

An die Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung,
Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung

**Ausschuss für Soziales, Gleichstellung,
Antidiskriminierung und
Bürger*innenbeteiligung**

Geschäftsführung: Ansgar Rohner
Telefon: 06421 201-2005
E-Mail: ansgar.rohner@marburg-stadt.de
Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Freitag von 8 – 12
Uhr Donnerstag von 15 – 18 Uhr
und nach Vereinbarung

Marburg, 07.06.2022

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer **Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung (öffentlich)** am

**Mittwoch, dem 15.06.2022, 16:30 Uhr,
Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg**

lade ich Sie ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Anträge der Fraktionen
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.05.2022
- 2.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion bzgl. Einrichtung eines Seniorenamtes in der Universitätsstadt Marburg VO/0682/2022

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 2.2 | Antrag der CDU/FDP-Fraktion bzgl. Erweiterung Öffnungszeiten Obdachlosenunterkunft, Gisselberger Straße | VO/0684/2022 |
| 2.3 | Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Wohncontainer für Obdachlose | VO/0706/2022 |
| 3 | Marburger Milieustudie - Eine Untersuchung in Kooperation des vhw Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. mit der Universitätsstadt Marburg ab 17:30 Uhr
<i>Bernd Hallenberg vom vhw e.V. stellt die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen persönlich vor, die Mitglieder des Bauausschusses werden eingeladen</i> | VO/0708/2022 |
| 4 | Kenntnisnahmen | |
| 4.1 | Zwischenbericht zur Arbeit der Ombudsstelle „Fair Wohnen“ – ein Angebot für Mieterinnen und Mieter in Marburg | VO/0720/2022 |
| 5 | Verschiedenes | |

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Roland Böhm

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung (öffentlich)

Sitzungstermin: Donnerstag, 12.05.2022
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:50 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesend

Vorsitz

Roland Böhm - Marburger Linke	
-------------------------------	--

reguläre Mitglieder

Alexandra Klusmann - SPD	
Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	Vertretung für: Madelaine Stahl
Karen von Rüden - B90/Die Grünen	
Jelena Noe - CDU	
Winfried Kissel - CDU	
Phillip Knaack - CDU	
Liban Abdirahman Farah - SPD	
Dr. Mohammad Malmanesh - SPD	Vertretung für: Erika Lotz-Halilovic
Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke	
Mariele Sofi Diehl - Klimaliste Marburg	

Magistratsmitglieder

Kirsten Dinnebier - SPD	
-------------------------	--

Protokollführung

Peter Schmidt -	
-----------------	--

Abwesend

reguläre Mitglieder

Katharina Rink - B90/Die Grünen	entschuldigt
Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	entschuldigt
Erika Lotz-Halilovic - SPD	entschuldigt

beratende Mitglieder

Andrea Suntheim-Pichler - BfM	
Matthias Pozzi - AfD	
Dr. Michael Weber - Piratenpartei	
Dietmar Göttling - B90/Die Grünen	

Magistratsmitglieder

Dr. Thomas Spies - SPD	
Nadine Bernshausen - B90/Die Grünen	

Protokollführung

Ansgar Rohner -	
-----------------	--

Gäste:

Fr. Dr. Amend-Wegmann, Fr. Cloutier, Fr. Griese, Fr. Meier

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.03.2022

Die Niederschrift ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen werden nicht gewünscht. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

Anlage 1 Protokoll

zu 3 Anträge der Fraktionen

zu 3.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Anhebung der finanziellen Mittel und personellen Kapazitäten für die Sozial- und Schuldnerberatung, sowie die Beratung und Begleitung in der Privatinsolvenz
VO/0671/2022

Herr Sánchez begründet die Vorlage für die Antrag stellende Fraktion; Stadträtin Frau Dinnebier erläutert aus Sicht des Magistrats.

Herr Farah formuliert für die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Klimaliste folgenden Änderungsantrag der Vorlage:

„1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat der Universitätsstadt Marburg zu prüfen und berichten, welche zusätzlichen Bedarfe in den finanziellen, personellen und räumlichen Ressourcen für die soziale Arbeit, insbesondere in der Schuldner- und Sozialberatung existieren. Die Prüfung soll für das gesamte Stadtgebiet erfolgen. Dabei sind auch solche Maßnahmen einzubeziehen, die frühzeitig auf eine Vermeidung von Überschuldung und Insolvenz zielen.“

„2. Der Magistrat soll prüfen und berichten, welche Konzepte für die Beratung und Begleitung von Privatinsolvenzen bereits verwendet werden. Wenn Bedarf besteht, soll der Magistrat gemeinsam mit den in diesem Bereich tätigen Trägern ein solches Konzept erstellen oder überarbeiten.“

3. Der Magistrat wird damit beauftragt zu prüfen und berichten, in welchem Umfang mobile Beratungsmöglichkeiten und Online-Angebote von den Trägern umgesetzt werden können und die Zielgruppe erreichen.“

4. Darüber hinaus soll der Magistrat prüfen und berichten, wie wirksam bereits getroffene Maßnahmen sind und zusätzliche öffentlichkeitswirksame Maßnahmen ergreifen.“

Begründung:

„Dennoch zeigt sich immer deutlicher: Die bereits vorhandene tolle Infrastruktur und die engagierten Mitarbeiter:innen in der Gemeinwesenarbeit muss weiter unterstützt werden. Die Nachfrage gerade in der Schuldnerberatung der Sozialberatung ist so hoch wie nie. Es muss festgestellt werden, wie das Beratungsangebot erweitert werden kann und in welchen Stadtteilen es förderlich ist, ein neues Angebot zu schaffen.“

Die vorgeschlagene Änderungsfassung wird ausführlich diskutiert.

Der Vorsitzende lässt danach über den Änderungsantrag abstimmen: Der so geänderte Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, B 90/Die Grünen, Klimaliste und CDU gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke zur Annahme empfohlen.

Der Vorsitzende lässt sodann über den Ausgangsantrag abstimmen: Der Ausgangsantrag wird mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, B 90/Die Grünen, Klimaliste und CDU gegen die Stimmen der Fraktion Marburg Linke zur Ablehnung empfohlen.

Die Fraktion Marburger Linke meldet die Aussprache an.

zu 3.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Ombudspersonen für geflüchtete Menschen benennen

VO/0676/2022

Herr Sánchez begründet die Vorlage für die Antrag stellende Fraktion; Stadträtin Frau Dinnebier führt aus Sicht des Magistrats aus.

Die Vorlage wird diskutiert und Fragen der Mitglieder beantwortet.

Herr Kissel stellt den Geschäftsordnungsantrag auf „Erledigterklärung“. Hierüber lässt der Vorsitzende sofort abstimmen:

Dem Geschäftsordnungsantrag auf „Erledigterklärung“ wird mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, B 90/Die Grünen, Klimaliste und CDU gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke zugestimmt.

zu 4 Kennntnisnahmen

zu 4.1 Abschlussbericht zum Zweiten Marburger Aktionsplan EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

VO/0658/2022

Stadträtin Frau Dinnebier erläutert zum Abschlussbericht aus Sicht des Magistrats. Frau Dr. Amend-Wegmann und Frau Griese ergänzen die Ausführungen und beantworten Fragen der Mitglieder.

zu 5 Verschiedenes

Der Vorsitzende Herr Böhm und die Sozialplanerin Frau Meier weisen auf die nächste, für den 15. Juni 2022 geplante Sitzung dieses Ausschusses hin. Die Sitzung beginnt wie immer um 16:30 Uhr, wird aber ab 17:15 Uhr als gemeinsame Sitzung mit dem Bau- und Planungsausschuss geführt. Grund: Das vhw soll für beide Ausschüsse die Sinus Milieu Studie öffentlich vorstellen.

Abschließend gibt Stadträtin Frau Dinnebier noch einen Hinweis auf die Veranstaltungsreihe

zum Kulturprogramm „Women on stage for Gender Equality“ im Rahmen von MR800.

Marburg, 17.05.2022

Vorsitz:

Protokoll:

Roland Böhm

Peter Schmidt

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0682/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	03.05.2022
Antragsteller*in:	CDU/FDP	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der CDU/FDP-Fraktion bzgl. Einrichtung eines Seniorenamtes in der Universitätsstadt Marburg

Beschlussvorschlag

In der Universitätsstadt Marburg soll ein kommunales Seniorenamt (Amt für Senioren und Generationenfragen) eingerichtet werden.

Begründung

Der Demografische Wandel ist nicht nur angekommen, sondern wir stecken mittendrin. Unsere Gesellschaft wird Gott sei Dank immer gesünder und damit älter. Der Wille und das Ziel ist es dabei, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben zu können – sei es auch mit externer Hilfe – damit das Schreckgespenst, die letzten Lebensjahre im 2-Bett-Zimmer eines Altenheimes verbringen zu müssen und dafür alles was man im Leben erarbeitet hat für Unterbringungs- und Pflegekosten herzugeben, geringer wird. Nicht unerheblich sind dann dabei auch die staatlichen Einsparungen für diesen Personenkreis.

Die Jugendämter der Kommunalverwaltungen helfen jungen Menschen und Familien die in Schwierigkeiten geraten sind.

Erwachsene Mitbürger mit eingeschränkter Tageskompetenz wird über das Betreuungsrecht geholfen, indem ihnen ein gerichtlich bestellter Betreuer zur Seite gestellt wird. Wer aber hilft älteren Menschen, die Probleme bekommen? Aus dieser Erkenntnis heraus ist man z.B. in Bayern oder

Nordrhein-Westfalen per Landesgesetz dazu übergegangen, bis auf die Kreisebene verpflichtend sogenannte Seniorenämter einzurichten und zu betreiben. Dieses geschieht vielfach unter Einbeziehung der Erfahren von kommunalen Seniorenbeiräten auf allen Ebenen.

Die Aufgabenbeschreibungen dieser Ämter ähneln sich, indem sie ganz gezielt auf die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren ausgerichtet sind.

Im Gegensatz zu den überall etablierten Jugendämtern fehlt es noch an der Notwendigkeit, vielleicht auch an der Erkenntnis, dass vielen älteren Mitbürgern in manchen Dingen mehr geholfen werden muss, als es vielleicht vordergründig ersichtlich ist.

Laut dem Sozialbericht von 2020 sind 15 564 Einwohner von Marburg 61 Jahre und älter, das sind 20,43 Prozent. Diese Zahl zeigt, dass die dringende Notwendigkeit besteht, sich verstärkt um Seniorinnen und Senioren zu bemühen.

Was soll nun dieses Seniorenamt leisten?

- Es soll Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger ab 60 Jahren, deren Angehörige, Verbände und Träger von Seniorendienstleistungen sein.
- Es soll Seniorenberatung zu allen Fragen „rund um das Alter“ anbieten, z.B. Leben und Wohnen im Alter, Förderbeiträge für barrierefreies Wohnen.
- Es soll bei Anträgen zur Grundsicherung, Rente oder Beihilfe helfen.
- Es soll bei rechtlichen und finanziellen Fragen rund um das Alter helfen.
- Es soll Beratung zu allen Fragen „rund um die Pflege“ bieten und zur Pflegeversicherung unabhängig vom Alter informieren. Dabei soll es eng mit den Pflegestützpunkten, den Gemeindefachkräften oder der Heimaufsicht zusammenarbeiten.
- Es soll zu Themen wie Sicherheit im Alter – zu Hause, im öffentlichen Raum oder als Teilnehmer im Straßenverkehr – informieren und eventuell Zusatzschulungen anbieten.
- Es soll die Anlaufstelle in der Seniorenberatung sein und ehrenamtliche Paten vermitteln, die Seniorinnen und Senioren kostenlos beim Einkauf oder Arztbesuch begleiten und unterstützen.
- Es soll ein eigenes Veranstaltungsprogramm haben, das u.a. Angebote zu Kultur, Reisen, Freizeit und Bildung beinhaltet. Auch kostenlose digitale Weiterbildung sind hier denkbar.
- Es soll einen Stadtwegweiser ständig auf dem neusten Stand halten.
- Es ist endlich Zeit zu handeln, um Seniorinnen und Senioren den Stellenwert, die Anerkennung und Wertschätzung in unserer Gesellschaft durch Unterstützung und Hilfe zuteil werden zu lassen.

- Es soll eine Bündelung aller Angebote im Seniorenbereich beinhalten.

Winfried Kissel

Jelena Noe

Phillip Knaack

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0684/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	03.05.2022
Antragsteller*in:	CDU/FDP	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	Vorberatung	öffentlich
Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der CDU/FDP-Fraktion bzgl. Erweiterung Öffnungszeiten Obdachlosenunterkunft, Gisselberger Straße

Beschlussvorschlag

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, die Öffnungszeiten der Obdachlosenunterkunft dahingehend auszuweiten, dass bei extrem schlechten Witterungsverhältnissen die Möglichkeit eines verlängerten Aufenthaltes besteht. Die Verlängerung soll dann bis zur Öffnung der Tagesaufenthaltsstätte (TAS) ausgedehnt werden.

Begründung

Die Öffnungszeiten der Obdachlosenunterkunft in der Gisselbergerstraße von 18.00 Uhr bis 8.00 Uhr am Folgemorgen sind nicht mehr zeitgemäß und sollten gerade bei extrem schlechtem Wetter (Kälte, Sturm, Regen) entsprechend ausgeweitet werden. Gerade Menschen ohne Dach über dem Kopf müssen bei schlechten Witterungsverhältnissen spontan die Möglichkeit eines „unkomplizierten Schutzes“ erhalten. Nach Nächtigung in der Obdachlosenunterkunft soll zumindest die Ausweitung des Aufenthaltes bis zur Öffnung der TAS möglich sein.

Des Weiteren ist generell über die Ausweitung der Öffnungszeiten nachzudenken.

Karin Schaffner

Lisa Deißler

Heiko Schäfer

Winfried Kissel

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0706/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	17.05.2022
Antragsteller*in:	CDU/FDP	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Wohncontainer für Obdachlose

Beschlussvorschlag

Der Magistrat wird gebeten mit dem Marburger Standort der Wohnungsnotfallhilfe und Tagesaufenthaltsstätte des Diakonischen Werk Marburg–Biedenkopf den aktuellen, konkreten Bedarf an Wohncontainern für Obdachlose abzustimmen. Es wird weiter darum gebeten zu prüfen, inwieweit die Stadt Marburg geeignete Standorte zur Verfügung stellen könnten und wie die konkrete Förderung von kombinierten Wohn- und Sanitärcontainern möglich wäre.

Begründung

Wohnen ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Trotzdem sind bundesweit zurzeit rund 860 tsd. Männer, Frauen und Kinder wohnungslos. Wer ohne Unterkunft ist, ist nicht nur dem Wetter, sondern auch Gewalt, Kriminalität, Anfeindungen und vielem mehr schutzlos ausgeliefert. Es gibt in Marburg bereits diverse Unterstützungsangebote für Wohnungsnotfälle. Allerdings gibt es einige wenige gravierende Einzelschicksale, die aufgrund ihrer individuellen Geschichte nur und einzig in einem Wohncontainer die letzte Chance auf wenige Quadratmeter Privatsphäre und Unterkunft finden können.

Karin Schaffner

Heiko Schäfer

Lisa Deißler

Winfried Kissel

Anlage/n

Keine

Beschlussvorlage	Vorlagen-Nr.:	VO/0708/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	18.05.2022
Dezernat:	III	
Fachdienst:	50 - Soziale Leistungen	
Sachbearbeitung:	Meier, Monique	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Kenntnisnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Marburger Milieustudie - Eine Untersuchung in Kooperation des vhw Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. mit der Universitätsstadt Marburg

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Abschlussbericht der „Marburger Milieustudie“ wird zur Kenntnis genommen.

Die Ergebnisse der Studie und Empfehlungen des vhw e.V. sind Grundlage der zukünftigen Planungsprozesse und Stadtentwicklungsprojekte.

Sachverhalt

Die Universitätsstadt Marburg hat in Kooperation mit dem vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. eine umfangreiche Milieustudie zur sozialen Lage der Marburgerinnen und Marburger durchgeführt. Ziel war es, durch die sozialstrukturelle Analyse anhand der „Sinus-Milieus“ und zahlreicher Datenbestände einen besseren Einblick in die Bevölkerungsstruktur zu bekommen und Hinweise für die Stadt- und Sozialplanung zu erhalten.

Die Ergebnisse und Erkenntnisse aus der Marburger Milieustudie werden für Planungsprozesse und die Gestaltung von Stadtentwicklungsprojekten genutzt, um Teilhabebedingungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu verbessern.

Der vhw e.V. als gemeinnütziger Verband und die Universitätsstadt Marburg haben für die Durchführung der Studie eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, die auf einem beiderseitigen Forschungsinteresse beruht. Zum Prozessauftakt im Frühjahr 2021 formulierten die unterschiedlichen Fachabteilungen der Stadtverwaltung ihr jeweiliges Erkenntnisinteresse und entsprechende Fragen. Dieser Fragenkatalog hat den Rahmen für die Studie gebildet und legte die Forschungsschwerpunkte fest.

Die Fragestellungen u.a. aus den Fachdiensten Soziale Leistungen, Stadtplanung, Altenplanung, Bürger*innenbeteiligung, Migration und Flüchtlingshilfe bezogen sich beispielsweise auf das Zusammenleben in den Quartieren, Herkunftsstrukturen, soziale Teilhabe, Wohnraumversorgung, Wohnformen, Mietpreisentwicklung, Arbeitsmarkt, Kaufkraft, die Frage des Milieuschutzes, Partizipation und die Ansprache unterschiedlicher Milieus (Gruppe Gleichgesinnter).

Im Rahmen der Marburger Studie wurden zahlreiche, anonymisierte Daten auf der Ebene der 33 statistischen Bezirke zusammengeführt. Hierzu gehören bspw. die Bevölkerungs- und Altersstrukturen, deren Entwicklung, der Bezug von Wohngeld und Sozialhilfe. Veröffentlichungen, wie Berichte und Broschüren sind in die Betrachtung aufgenommen worden. Zudem ergänzten Angaben u.a. aus dem Bildungsbereich, zur Infrastruktur und zum Wohnungsmarkt die Bestandsaufnahme.

Neben verfügbaren Datenquellen in der Stadtverwaltung sind auch Daten von regionalen Netzwerkpartner*innen zur Verfügung gestellt worden. Insbesondere das Kreisjobcenter Marburg-Biedenkopf, die Philipps-Universität Marburg, die GWH, die Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt und die GeWoBau haben die Studie mit quantitativen Daten unterstützt. Ein detailliertes Datenschutzkonzept lag dem Vorhaben hierfür zugrunde.

Zusätzlich wurden Interviews zur Erfassung qualitativer Daten durchgeführt.

Der vhw e.V. war im Sommer und Herbst 2021 in Marburg. Es fanden Gespräche und Austauschrunden u.a. mit einzelnen Fachdiensten, den Gemeinwesenträgern BSF, IKJG, AKSB und dem Studentenwerk statt. Zudem sind Videokonferenzen und Telefoninterviews mit vielfältigen Akteur*innen vom Ausländerbeirat bis zur Praxis GmbH geführt worden. Die Spannweite der Themenfelder reichte von der „Migration und Integration“ bis zur „Beschäftigungsförderung in Marburg“.

Die städtische Sozialplanung hat als Projektverantwortliche parallel zu der Datenerhebung einen Workshop zur „Milieuforschung“ für Fachplaner*innen und Kooperationspartner*innen der Stadt Marburg organisiert. Das Sinus-Institut und der vhw e.V. haben in das Sinus-Milieumodell eingeführt und es wurde vermittelt, wie Milieuwissen in Planungsprozessen zur Stadtentwicklung genutzt werden kann. In diesem Rahmen ist ein Einblick in die Sozio-Demografie in Marburg gegeben worden. Zwischenergebnisse wurden der sogenannten Steuerungsgruppe „Milieustudie“ und dem Arbeitskreis „Städtische Planung“ zur Verfügung gestellt.

Die Studie wurde zum Jahresbeginn 2022 und mit dem vorliegenden Endbericht abgeschlossen. Nach der öffentlichen Vorstellung der Ergebnisse und den Empfehlungen des vhw e.V. ist ein zweiter Workshop zur Weiterarbeit auf der Grundlage der vorliegenden Forschungsergebnisse geplant. Die Dokumente zum Prozess sind online abrufbar:

<https://www.marburg.de/sozialberichterstattung>

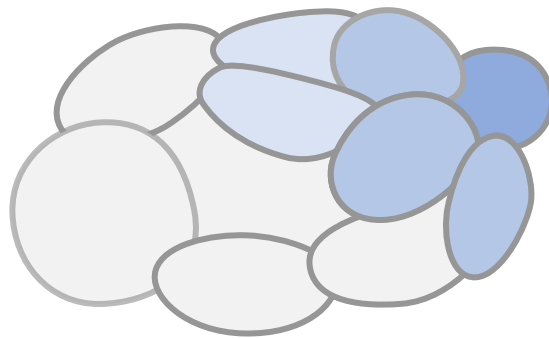
Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Finanzielle Auswirkungen

-

Anlage/n

- 1 Marburger Milieustudie 2022



Universitätsstadt

Marburg

Eine Milieustudie

Verfasser für den vhw Bundesverband:

Bernd Hallenberg

Mitwirkung: Robert Kretschmann

Eine Untersuchung in Kooperation des vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. mit der Universitätsstadt Marburg

Projektverantwortliche für die Universitätsstadt Marburg:

Monique Meier

Berlin und Marburg, Mai 2022

Inhalt

Kapitel 1: Ziele und Bestandteile der Untersuchung	5
Kapitel 2: Milieuforschung und die Milieustruktur in Marburg	7
2.1. Hintergrund und Mehrwert der Milieuforschung	7
2.2. Die Milieulandschaft	9
2.3 Vom alten zum neuen Migrantenmilieumodell	11
2.4. Marburg: Milieuverteilung im Binnen- und Außenvergleich	15
2.5. Clusterbildung – Milieustrukturen auf Blockebene	23
Kapitel 3: Bevölkerungsstruktur und -entwicklung im Außen- und Binnenvergleich	25
3.1. Überblick	25
3.3. Wanderungsstrukturen	28
3.4. Bevölkerungsstrukturen und -entwicklungen in den Ortsteilen	31
3.5. Vielfältige Herkunftsstrukturen der Ausländerinnen und Ausländer in Marburg	38
3.6. Verteilung und residentielle Segregation in den Ortsteilen	40
3.7. Migranten-Milieus und sozialräumliche Segregation	47
3.8. Milieumischung, -konzentration und Rechtspopulismus	51
Kapitel 4: Die soziale Lage in Marburg und den Ortsteilen sowie der Sozialwohnungsbestand	55
4.1. Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen nach SGB-II und SGB-XII im sozialräumlichen Kontext	55
4.2. SGB-II-Bezug und Milieuverteilung	64
4.3. Die Versorgung mit geförderten Wohnungen und deren (Belegungs-) Struktur	66
Kapitel 5: Studierende als eine der zentralen Bevölkerungsgruppen in Marburg	73
Kapitel 6: Rahmenbedingungen der Teilhabe: Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Wirtschaftsstruktur	80
6.1. Überblick	80
6.2. Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Beschäftigung im Milieukontext	80
6.3. Daten zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten im Kreis Marburg-Biedenkopf	88

6.4. Wirtschaftsstruktur und Beschäftigungslage: Implikationen für die Zukunft des Standorts	88
6.5. Die Milieus: Qualifikationen und berufliche Schwerpunkte	91
6.6 Ein Trend mit weitreichenden Folgen? Homeoffice in der neuen Arbeitswelt und die künftige Wohnungsnachfrage	96
6.6.1 Potenzial und Bedeutung des Homeoffice in regionaler und milieubezogener Betrachtung.....	99
 Kapitel 7: Wohnen, Milieus und der Wohnungsmarkt in Marburg.....	103
7.1. Milieus und Wohnen – Einstellungen und Bedürfnisse	105
7.2. Spezifische Wohnbedürfnisse der Migranten-Milieus.....	110
7.3. Der Marburger Wohnungsmarkt: Bautätigkeit, Bestandsentwicklung, Mieten und Preise	114
7.3.1. Bautätigkeit und Bestandsentwicklung.....	114
7.3.2. Mieten, Preise und Relationen.....	121
 7.4. Milieus und der Wohnungsmarkt in Marburg.....	126
7.5. Wohnen und Milieus: Fazit und Folgerungen.....	131
 Kapitel 8: Milieuschutzgebiete – ein Erfordernis für die Stadt Marburg?	134
8.1. Veränderte rechtliche Rahmenbedingungen.....	137
8.2. Indikatoren für soziale Mischung in Marburg.....	138
8.3. Ein kurzes Fazit.....	146
 Kapitel 9: Gesellschaftliche Teilhabe: Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung in den Milieus..	147
9.1. Zum Stand der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung in Marburg	147
9.2. Komponenten und Erfolgsfaktoren inklusiv-deliberativer Partizipation	148
9.3. Milieus und Partizipation.....	150
9.4. Migrantenmilieus und Beteiligung	154
9.5. Die Nutzung des Milieuwissens und der Geo-Milieudaten in der Verfahrensgestaltung	157
9.6. Marburg, Milieus und Beteiligung – Ein Zwischenfazit	159
 Kapitel 10: Zusammenfassung und ergänzende Handlungsempfehlungen.....	161

Anhang

Übersicht der Indikatoren und Variablen auf Ortsteilebene	169
Tabelle 1: Anteile der Sinus-Milieus auf der Ebene der Marburger Ortsteile	170
Tabelle 2: Kaufkraftindex in den Marburger Ortsteilen	171
Tabelle 3: Indikatoren- und Variablen-Tabelle der Ortsteile	172
Tabelle 4: Veränderung der Bevölkerung nach <i>Altersgruppen und Nationalität</i> in den Ortsteilen, 1.1.2016 bis 1.1.2021	173
Diagramm 5: Anteile Herkunftsgebiete an allen Ausländer/Innen, Stadt Marburg und Deutschland, in % (Quelle: Ausländerzentralregister)	174
Tabelle 6: Gesamtübersicht SGB-II und SGB-XII in Marburg auf der Ortsteilebene.....	175
Tabelle 7: Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften - Anteile nach Verweildauer in % im Jahr 2020.....	176
Tabelle 8: Studierende mit Wohnadresse im Ortsteil in % der Bevölkerung bzw. der Bevölkerung zwischen 16 und 35 Jahren	177
Diagramme 9: Entwicklung des Anteils ausgewählter Gruppen an allen Arbeitslosen, 2011-2020/21	178
Karten 10: Homeoffice-Potenzial und Homeoffice-Lücke auf Kreisebene	179
Diagramme 11: Baufertigstellungen in den Universitätsstädten Marburg, Gießen und Tübingen, 2011 bis 2020 nach Gebäudetyp	180

Kapitel 1: Ziele und Bestandteile der Untersuchung

Im März 2021 haben die Universitätsstadt Marburg und der vhw Bundesverband Wohnen und Stadtentwicklung eine Kooperationsvereinbarung zur Untersuchung von Milieustrukturen in der Stadt und deren Implikation für die Teilhabe breiter Teile der Bevölkerung in den wichtigsten Teilhabefeldern wie Arbeitsmarkt, Wohnen und soziale Lage abgeschlossen. Zu den Ergebniszielen gehörte auch die Wahrung und Erweiterung der sozialen Mischung unter den spezifischen Bedingungen einer großen Mittelstadt mit einer hohen Quote von Studierenden.



Für den vhw ist diese Kooperation ein weiterer Baustein für ein übergreifendes Verständnis zur Verbesserung der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe in der lokalen Demokratie und zur Ermittlung der Zusammenhänge von Vielfalt, Mischung, Fluktuation sowie der Teilhabe bei unterschiedlichen strukturellen Kontextbedingungen. Teile der Untersuchung sind entsprechend komparativ angelegt und beziehen andere Universitätsstädte mittlerer Größe wie Gießen und Tübingen ebenso mit ein wie die benachbarten Kreise und Kommunen in der Region Marburg in Mittelhessen. Darüber

hinaus wurden in der Untersuchung übergreifende Erkenntnisse zu den Mechanismen von Segregation und den Effekten von Fluktuationsmustern angestrebt.

Durch eine **milieuräumliche Analyse und Bewertung** der Lage und Entwicklung im Untersuchungsgebiet sollen Hinweise für strukturelle Erfordernisse und zielführende Maßnahmen in den Handlungsfeldern der integrierten Stadtentwicklung gewonnen werden. Zudem wurde der Frage nachgegangen, ob es in Marburg angesichts eines begrenzten Bebauungspotenzials und einer verstärkten Wohnungsnachfrage in den attraktiven Ortsteilen Voraussetzungen für die Einführung von „Milieuschutzsatzungen“ nach §172 Abs. 1, Nr. 2 BauGB gibt. Ein weiteres Untersuchungsfeld war der Beitrag der Milieuforschung zur weiteren Verbesserung der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung in der Stadt in Bezug auf Vorbereitung, Durchführung und eine breite Inklusion der vielfältigen Bevölkerung.



Methodik und Datenbasis

Das Vorgehen im Projekt umfasste eine erweiterte Datenanalyse, Einzel- und Gruppengespräche mit Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen wie Sozialträgern, Wohnungsunternehmen, Studierendenwerk oder Jobcenter sowie Ortsbegehungen. Als räumliche Auswertungsebene stehen die 33 Statistischen Bezirke im Mittelpunkt; punktuell wurden auch tiefergegliederte Räume bis auf die Ebene der Baublöcke einbezogen. Herangezogen wurden zudem – kleinräumliche –

Daten als Ergebnis von Sonderauswertungen, etwa im Hinblick auf Sozialtransfers, Zusammensetzung der zugewanderten Bevölkerung, Wohnadressen der Studierenden oder auch Informationen zu früheren Beteiligungsverfahren.

Die wichtigsten **Datenquellen** waren - neben den verschiedenen **Fachbereichen** der Stadt Marburg und des Studentenwerks – die Regionaldatenbanken der Statistischen Landes- und Bundesämter, das Ausländerzentralregister (AZR), der Statistikbereich der Bundesagentur für Arbeit, die Milieudatenbank des vhw, die Kaufkraftdaten der MBM Düsseldorf, Prognosedaten des BBSR und des Prognos-Instituts sowie die Preis- und Angebotsdaten der großen Immobilienportale wie Immoscout24 oder Immowelt.

Im Hinblick auf die inhaltliche Milieuforschung wurde auf gemeinsame Projekt- bzw. Befragungsergebnisse von vhw und dem **Sinus-Institut** ebenso zurückgegriffen wie auf die jährlichen, milieubasierten Erhebungen im Rahmen der Markt-Media-Studie „Best for Planning“ (b4p).

Die Milieudaten aus der Micro-Geografie, einer speziellen Methode zur räumlichen Übertragung und Zuordnung der Sinus-Milieus auf tiefgegliederte Ebenen, wurden mit den sonstigen teilräumlichen Datenbeständen adressscharf verknüpft, in der Regel auf der Ebene der Ortsteile, teilweise bis auf die Ebene der Baublöcke um zu weiteren raumscharfen Differenzierungen zu gelangen.

Aufbau der Studie

Das erste Kapitel beschäftigt sich allgemein mit der Milieuforschung und stellt die Sinus-Milieus sowie die Migrantenmilieus zusammenfassend vor.



In den Folgekapiteln wird das allgemeine und das themenspezifische Milieuwissen, also zum Beispiel die beruflichen Schwerpunkte, die Verbreitung des Homeoffice in den Milieus, die Einstellungen zum Wohnen und den Wohnumfeldern oder zur Beteiligung jeweils in die entsprechenden Kapitel eingearbeitet. Diese befassen sich mit der Bevölkerungsstruktur

und -entwicklung, der sozialen Lage, die Mischung und Segregation oder dem Wohnungsmarkt dem Thema „Milieuschutz“ sowie der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung. Damit kann die spezifische Marburger Situation im Kontext des Milieuwissens bewertet werden.

Spezifische Kapitel beschäftigen sich mit den Studierenden und den Perspektiven Marburgs als Uni-Standort oder mit den möglichen Folgen einer vermehrten Homeoffice-Tätigkeit für Stadt und Region.

Abgerundet wird die Studie mit einer kurzen Zusammenfassung der Befunde sowie der Vorlage von Handlungsempfehlungen am Ende des Kapitels zum „Wohnen“ sowie am Ende der Gesamtstudie.

Kapitel 2: Milieuforschung und die Milieustruktur in Marburg

2.1. Hintergrund und Mehrwert der Milieuforschung

Das Modell der sozialen Milieus dient seit vierzig Jahren dazu, die traditionelle Einteilung der Gesellschaft in soziale Schichten oder allein durch sozio-demografische Merkmale gezielt zu erweitern, da diese aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungen zunehmend an Erklärungskraft und Trennschärfe verloren haben. Durch die zusätzliche Berücksichtigung der „kulturellen Dimension“ wurde es möglich, Werthaltungen, Grundeinstellungen und typische Verhaltensmuster in die gesellschaftliche Betrachtung einzubinden. Auf diese Weise konnte eine erhebliche Verbesserung der Erklärungstiefe von sozialen Phänomenen – „jenseits von Klasse und Stand“¹ - erreicht werden, wie sich etwa nach 2015 im Zusammenhang mit den – polarisierten – Einstellungen zur Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland gezeigt hat.²

Dieser seit den 1970er Jahren vorangetriebene Weg im Bereich der Sozialstrukturanalysen zog allerdings immer wieder auch Kritik auf sich. Während die einen soweit gingen, von einem „deutschen Sonderweg in der Sozialstruktur-Analyse“ zu sprechen³, warfen andere die Frage auf, ob aus einem solchen „Kessel Buntes“ überhaupt konsistente Einheiten gezogen werden könnten⁴. Im Kontext der Krisen der späten 2000er Jahre meinten Kritiker bereits, dass die sozialen Milieus angesichts verschlechterter wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse ihre Erklärungskraft eingebüßt hätten, wobei „die alte Unübersichtlichkeit klareren gesellschaftlichen Verhältnissen gewichen“ sei. Zwar seien diese nicht wieder ganz die alten, doch eine Modifizierung der Schichttheorie, etwa als „pluralisierte Klassengesellschaft“, erschien manchem Soziologen als angemessen⁵.

Demgegenüber betonten die meisten Forscherinnen und Forscher den anwendungs- bzw. praxisorientierten Bezug des heutigen Milieuansatzes, der zahlreiche Dimensionen und Aspekte bündelt und somit „synthetisch“ angelegt ist. Bei ihnen beschränkte sich die akademische Kritik weitgehend auf die methodische Intransparenz des Konzeptes⁶. Auch übersahen die Kritikerinnen und Kritiker die - ungeachtet der sozialen Problemlagen - wachsende Dynamik vielschichtiger Gesellschaften, die gerade in den 2010er Jahren nach weiter ausdifferenzierenden Betrachtungen verlangten.

Genauso hält die im Diskurs häufig anzutreffende Vermengung von „Lebenswelten“ und „Lebensstilen“ einer näheren Prüfung nicht stand. Anders als Lebensstile mit ihren teilweise nur kurzlebigen Präferenzen – etwa bei der Mode – zeichnen sich **soziale Milieus** durch vergleichsweise stabile Werthaltungen aus. Sie ähneln sich in ihrer Lebensauffassung und in ihrer (Alltags-) Lebensweise und sind insofern Ausdruck einer ganzheitlichen Wahrnehmung menschlicher „Lebenswelten“. Grundlegende Wertorientierungen gehen dabei ebenso in die Analyse ein wie Einstellungen zur Arbeit, zur Familie, zur Freizeit, zu Medien, zu Geld und Konsum oder zu den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Fragen. Die Grenzen zwischen den Milieus sind fließend. Lebenswelten sind nicht so exakt eingrenzbar wie soziale Schichten; dieser Umstand wird als „**die Unschärferelation der Alltagswirklichkeit**“ bezeichnet. Ein grundlegender Bestandteil des Konzepts sind die Berührungspunkte und Übergänge zwischen den Milieus, die mit „tektonischen Platten“ verglichen worden sind.

¹ Vgl. Beck, U.: *Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und das Entstehen neuer sozialer Formationen*, in R. Kreckel (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten*, Göttingen 1983, S.35-74.

² Hallenberg, B.: *Vielfalt und Flüchtlinge - Die Spaltung der gesellschaftlichen Mitte*. Vhw-Werkstadt Nr. 2, März 2016

³ So Geißler, R.: *Die Sozialstruktur Deutschlands*. Wiesbaden: Springer VS, 7.A. 2014, insbes. Kap. 5

⁴ Siehe Konietzka, D.: *Lebensstile im sozialstrukturellen Kontext*. Wiesbaden: Springer 1995

⁵ Vgl. Pehrke, J.: *Deutschland – eine Kartoffelgrafik?* Telepolis, 22.10.2009





⁶ Siehe Hradil, S.: *Soziale Milieus - eine praxisorientierte Forschungsperspektive*, APuZ, Heft 44/45, 23.10.2006

Praktisch modelliert werden die Milieus durch **non-direktive Lebensweltexplorationen** im Rahmen narrativer Interviews, in denen die Interviewten alle aus ihrer Sicht relevanten Lebensbereiche darstellen. Durch die Ableitung fallübergreifender Kategorien wird ein zunächst hypothetisches Milieumodell gebildet, welches anschließend im Zuge repräsentativer (Groß-)Befragungen quantitativ überprüft wird⁷.

Der vielfältige **Anwendungsbezug** in unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Anwendungsfeldern macht die sozialen Milieus zu einem transparenz- und handlungsfördernden Analysetool in Fragen, die von Bildung, Mobilität, Stadtentwicklung und Mobilität bis zum Konsumverhalten und (Direkt-) Marketing reichen. Häufig wurde dabei der Begriff des „Goldstandards“ in der Zielgruppenforschung verwendet⁸.

Warum Milieus? - Der lebensweltliche Ansatz

Mehr als Lebensphase, Haushaltstyp & Schicht! – Die sozio-demografischen „Zwillinge“

Lebensphase, HH-Typ, Schicht	 Familie A	 Familie B
Alter Haushaltsvorstand	36	36
Haushaltstyp	3-Pers.HH	3-Pers.HH
Haushaltseinkommen	2-3.000 Euro	2-3.000 Euro
Wohngeld	nein	nein
Wohnung	4 Zi, 110 qm	4 Zi, 110qm
Milieuzugehörigkeit macht den Unterschied		
Mobilität	Gering	Hoch
Bedeutung Wohnen	Hoch	Normal
Ortspräferenz	Offen	Stadt
Entscheidung	Preis-Leistung	Lage
Soziales Umfeld	Homogen, Gleichgesinnte	Heterogen Vielfalt
Ergebnis	 Eigentum – Reihenhaus im Stadtumland Bürgerliche Mitte	 Miete oder Eigentum – Stadtwohnung mit „Urbanem Flair“ Performer

Der Mehrwert der Sinus-Milieus gegenüber den traditionell genutzten Daten wird in der Grafik oben zu den „**sozio-demografischen Zwillingen**“ verdeutlicht. So erscheinen zwei Personen oder Haushalte aufgrund ihrer sozio-demografischen Merkmale als weitgehend identisch – und wurden typischerweise in dieselbe „Zielgruppen“-Schublade gesteckt. Tatsächlich können sie sich jedoch, wie in der Grafik angedeutet, aufgrund ihrer **Werte und Einstellungen** in ihren Bedürfnissen oder Verhaltensmustern grundlegend unterscheiden. Dies gilt für eine Vielzahl von Fragen, die etwa im Zusammenhang mit Themen wie „Wohnungsnachfrage“, nachbarschaftlichem Zusammenleben, Einstellungen zu Globalisierung oder Klimawandel bis zur Partizipation und darüber hinaus reichen.

⁷ Dazu eingehend. B. Flaig, B. Barth: *Hoher Nutzwert und vielfältige Anwendung: Entstehung und Entfaltung des Informationssystems Sinus Milieus*, in: dies. Et al (Hrsg.): *Praxis der Sinus-Milieus*. Wiesbaden: Springer VS 2018, S.3-22

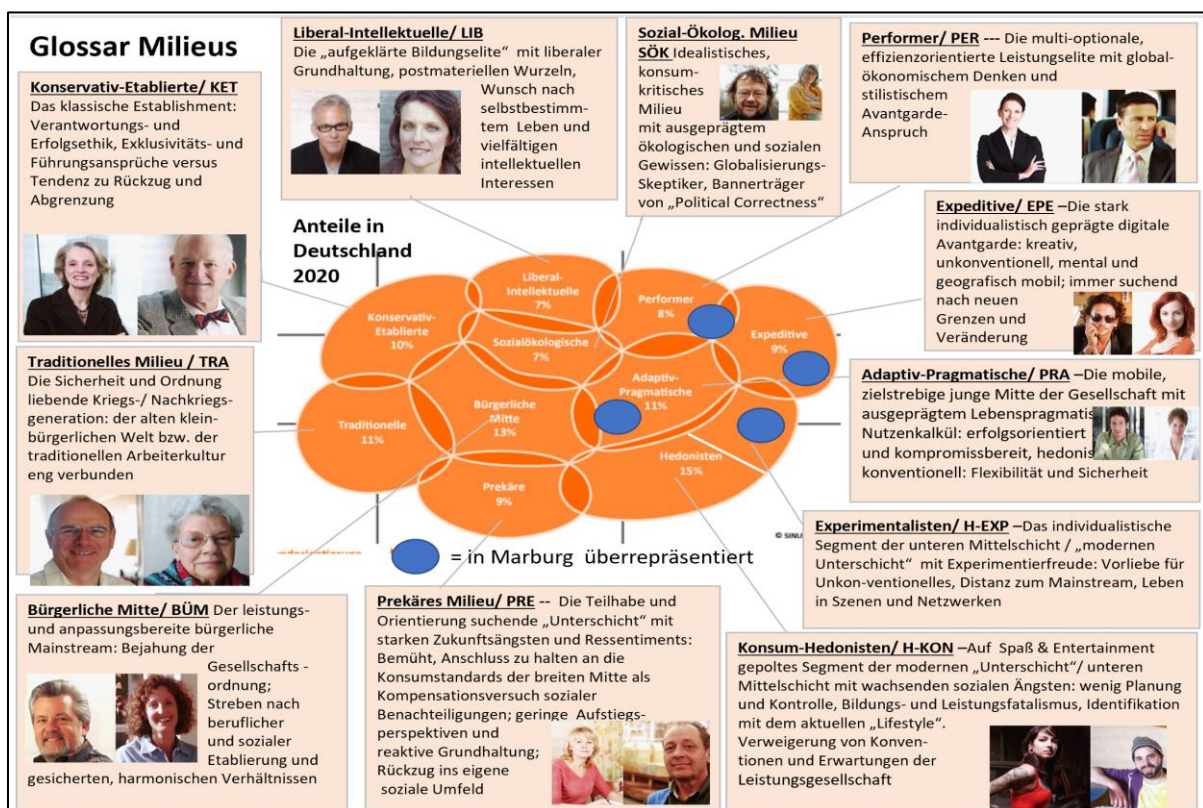
⁸ Siehe auch Allgayer, F. Kalka, J.: (Hrsg.): *Der Kunde im Fokus. Die wichtigsten Zielgruppen im Überblick – Milieus, Lebenswelten, Konsumenten*. Redline Wirtschaftsverlag, Heidelberg 2007

Die Sinus-Milieus liefern ein wirklichkeitsgetreues Bild der real existierenden Vielfalt in der Gesellschaft, indem sie die Befindlichkeiten und Orientierungen der Menschen, ihre Werte, Lebensziele, Lebensstile und Einstellungen sowie ihre soziale Lage vor dem Hintergrund des soziokulturellen Wandels in der Gesellschaft genau beschreiben. Mit den Sinus-Milieus kann man die Lebenswelten der Menschen insofern „von innen heraus“ verstehen. Über die Typologie der Sinus-Milieus erfährt man, was die Menschen bewegt, während zugleich deutlich wird, welche Gruppen die Zukunft besonders beeinflussen oder bestimmen werden.

Als Modell, das kontinuierlich durch Begleitforschung und Beobachtung soziokultureller Trends aktualisiert wird, spiegeln die Sinus-Milieus die Dynamiken und Veränderungen in der Gesellschaft wider. Die Sinus-Milieus rücken das gesamte Bezugssystem der Lebenswelten ganzheitlich ins Blickfeld. Grundlegende Wertorientierungen sind dabei ebenso Teil der Analyse wie Alltagseinstellungen zur Arbeit, zur Familie, zur Freizeit oder zu Geld und Konsumverhalten⁹.

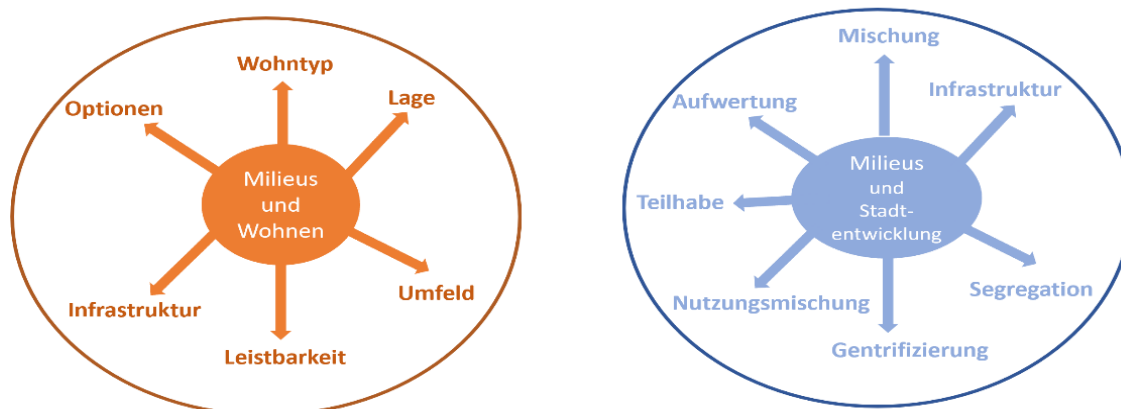
Gerade hier liegt ein entscheidender **Mehrwert**, da die Milieuforschung nicht nur qualitative Aspekte des Verhaltens in die Analysen einbringt, sondern gerade auch über eindimensionale Erklärungsmuster hinausweist, wie sie in herkömmlichen Analysen oft zu finden sind. Damit werden integrierte Ansätze wie in der Stadtentwicklung, in der Sozialplanung oder bei der Wohnungspolitik unterstützt. Denn es reicht zum Beispiel nicht aus, die Wohnwünsche einer bestimmten Alters- oder Haushaltsgruppe zu kennen. Wichtig ist vielmehr, welche Faktoren bei der konkreten Entscheidung für eine urbane Mietwohnung oder ein Eigenheim zusammenwirken und welche „Pakete“ von kommunaler oder Anbieterseite zu schnüren sind, um eine Lenkungswirkung zu erzielen.

2.2. Die Milieulandschaft

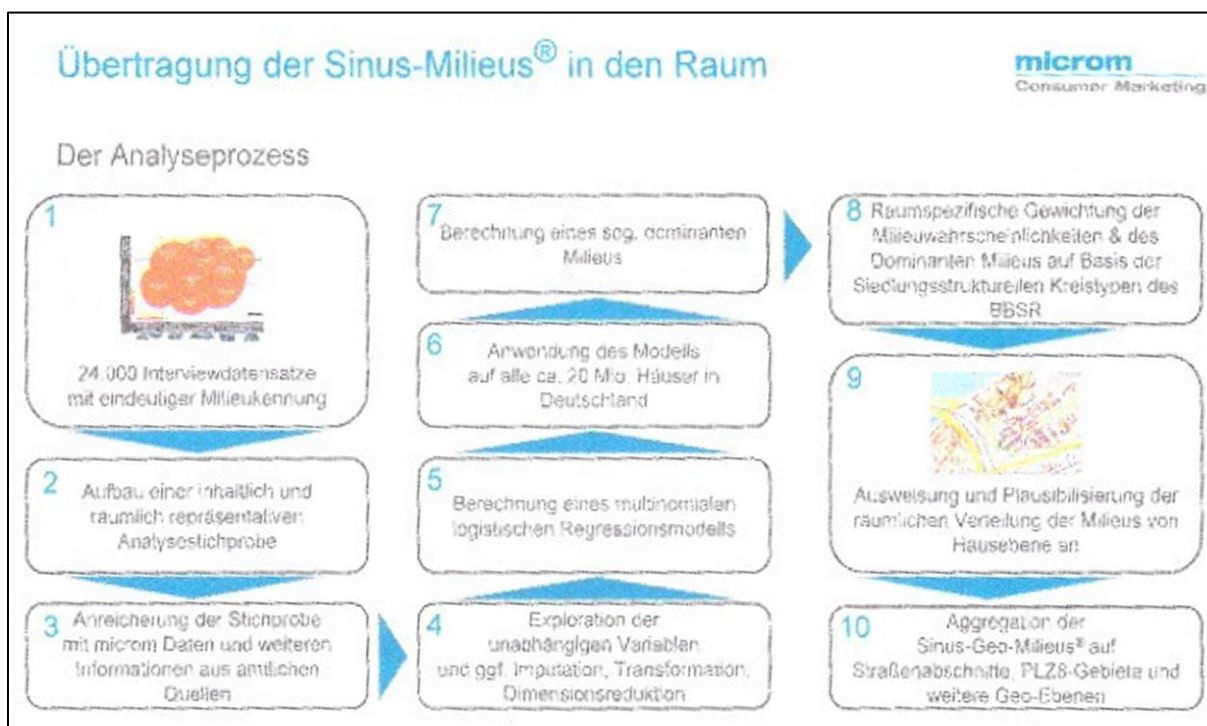


⁹ Wohn- und Lebenswelten in den Sinus-Milieus®, Bericht für: vhw. Heidelberg: Sinus-Institut, Dezember 2017

Das hier verwendete Sinus-Modell¹⁰ besteht aus zehn Kernmilieus – wobei die quantitativ großen Milieus der Traditionellen, der Hedonisten und der Bürgerlichen Mitte bei Bedarf subdifferenziert werden können. In der vorliegenden Untersuchung wird dies, wie vom vhw seit vielen Jahren praktiziert, durchgehend für die Hedonisten vorgenommen, da sich die Submilieus der Konsum-Hedonisten und Experimentalsten im Hinblick auf ihr gesellschaftliches oder soziales Verhalten deutlich unterscheiden. Die Milieus werden in der Grafik oben kurz vorgestellt. Tatsächlich ist das **Milieuwissen** durch vielfältige Studien mit dem Milieuindikator inzwischen sehr viel breiter und betrifft nahezu alle Lebensbereiche, von der Mediennutzung über die Einstellung zum öffentlichen Raum oder zum Verkehr bis zu den Hürden für eine aktive Teilnahme an Beteiligungsverfahren. Damit können die Ergebnisse der Milieuforschung auch für viele aktuelle und zusammenhängende Fragen der Stadtentwicklung eingesetzt werden, wie die folgende Grafik zeigt:



Milieuwissen und Einsatzbereiche zu den Themen „Wohnen“ und Stadtentwicklung

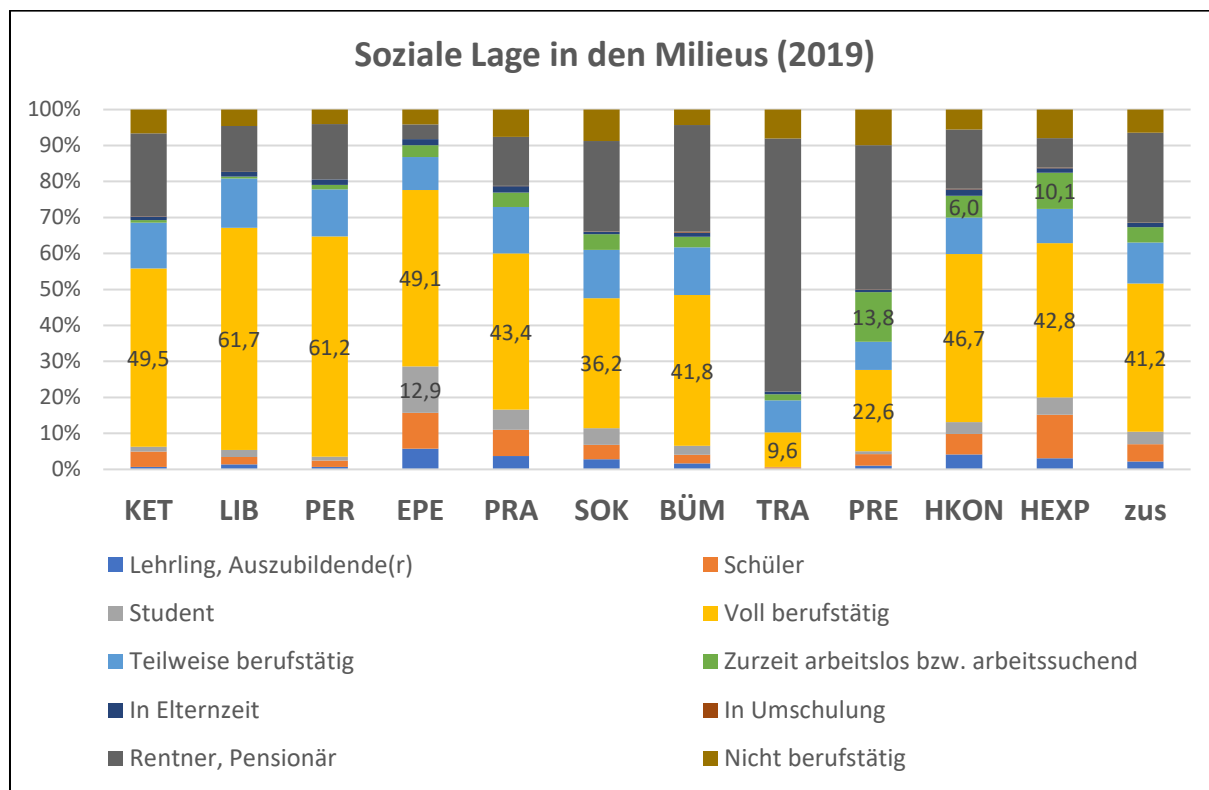


Schematische Darstellung des Prozesses der Raumübertragung der Sinus-Milieus ©

¹⁰ Seit Ende 2021 gibt es ein leicht modifiziertes Modell, auf das am Ende der Studie kurz verwiesen wird. Dieses konnte für die vorliegende Untersuchung noch nicht genutzt werden.

Von besonderem Nutzen für die operative Nutzung der sozialen Milieus ist die **mikrogeografische Übertragung in den Raum**¹¹, die seit 1998 praktiziert und vom vhw seit 2002 für unterschiedlichste Fragestellungen im sozialräumlichen Kontext von Wohnen und Stadtentwicklung genutzt wird.

Diese durch ein mehrstufiges Verfahren generierten Daten liegen als „Milieuwahrscheinlichkeit“ bzw. als „**dominantes Milieu**“ bis auf die Ebene von etwa 22 Mio. Adressen in Deutschland vor, die zu Wohnzwecken genutzt werden. Bei der Modellierung kann auf ein breites Spektrum von mehr als 100 Variablen zurückgegriffen werden, die aus unterschiedlichen Quellen für jeden Haushalt vorliegen und anonymisiert sowie unter Berücksichtigung des Datenschutzes, d.h. mit einer Untergrenze von fünf Haushalten, in den Übertragungsprozess einbezogen werden¹².



Überblick: Soziale Lage, Bildungs- und Berufssituation in den Milieus

2.3 Vom alten zum neuen Migrantenumilieu

Mitte der 2000er Jahre wuchs das Interesse an einer spezifischen Ermittlung der unterschiedlichen Lebenswelten in der Bevölkerung mit einem Migrationshintergrund, nicht zuletzt um auf diese Weise differenzierten Bedürfnissen und Integrationsorientierungen besser gerecht werden zu können. Zuvor wurden, „*formal oder augenscheinlich Nicht-Deutsche in die Container-Kategorie der "Migranten" eingeordnet mit der unausgesprochenen Erwartung, man wisse damit schon (irgend)etwas über ihre Werte, ihre soziale Lage, ihren Lebensstil – so als determiniere der ethnische Hintergrund die Orientierung und dann auch den Alltag des Einzelnen*“¹³.

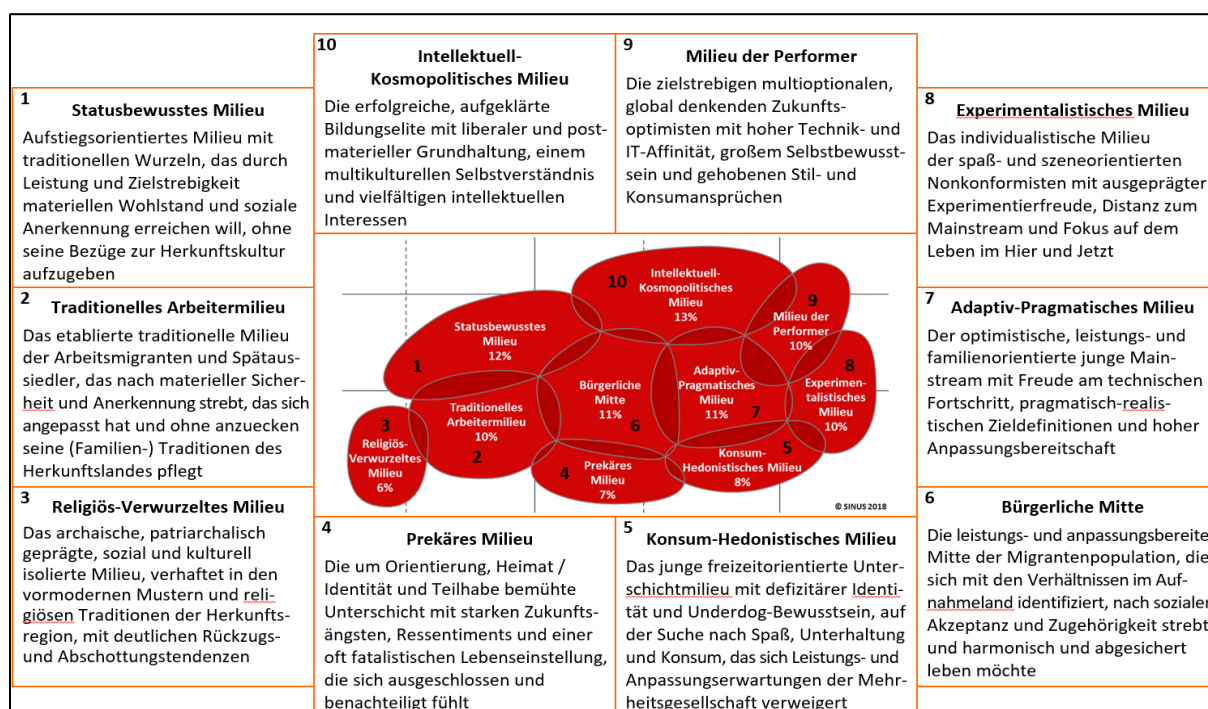
¹¹ Vgl. R. Küppers: *Übertragung in den Raum: Die Sinus-Geo-Milieus*®, in Barth et al: *Praxis der Sinus-Milieus*, a.a.O., 2018, S.95-102 (98)

¹² Bis 2020 hat Sinus mit der microm GmbH Neuss bei der Verräumlichung der Daten zusammengearbeitet. Seither kooperiert Sinus mit der MBM in Düsseldorf. Dort finden sich auch detaillierte Informationen zur Raumübertragung der Milieus.

¹³ Zit.n. Wippermann, C., B. Flaig: *Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten*. APuZ, Heft 5-2009, S.3-11

Unterschiedliche Auftraggeber – vom Bundesfamilienministerium über die Deutsche Caritas, die Düsseldorf Staatskanzlei, den Südwestrundfunk¹⁴ bis zum vhw – fanden in dieser multithematischen Studie zusammen, aus der 2008 das erste Milieumodell für die Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte des Sinus-Instituts hervorging. Das Migranten-Milieumodell wurde später auch in einer Reihe von thematischen Studien genutzt, etwa im Bereich Bildung.¹⁵

Kritik blieb aber auch hier nicht aus. Diese richtete sich insbesondere auf die vermeintliche Vernachlässigung der sozialen Wirkungsmacht von ethnischer Herkunft und sozialer Lage, die im Milieumodell durch eine „postethnische Vision“ ersetzt werde¹⁶. Tatsächlich war als Ergebnis der Studie jedoch deutlich geworden, dass die lebensweltliche Orientierung ethnische oder religiöse Zugehörigkeiten überlagerte – ohne diese zu ignorieren. In nahezu allen ethnischen oder religiösen Gruppen fand sich die Gesamtheit der Lebenswelten wieder; Orthodoxe, katholische Christen oder Muslime können einer traditionellen, postmodernen, bürgerlichen oder hedonistischen Lebenswelt angehören – et vice versa. Faktoren wie ethnische Zugehörigkeit, Religion und Zuwanderungsgeschichte beeinflussen zwar die Alltagskultur, sind aber nicht milieuprägend. Kurzum: Menschen des gleichen Milieus aber mit unterschiedlichem Migrationshintergrund verbindet mehr miteinander als mit dem Rest ihrer Landsleute aus anderen Milieus.



Kurzbeschreibung der Migranten-Milieus 2018/19

Im Vergleich zur „autochthonen Bevölkerung“ wurde bereits 2008 deutlich, dass das Spektrum der lebensweltlichen Grundorientierungen beim Bevölkerungsteil mit Zuwanderungsgeschichte breiter ist und insofern auch die große Vielfalt der Herkunftsländer, -kulturen und spezifischen gesellschaftlichen

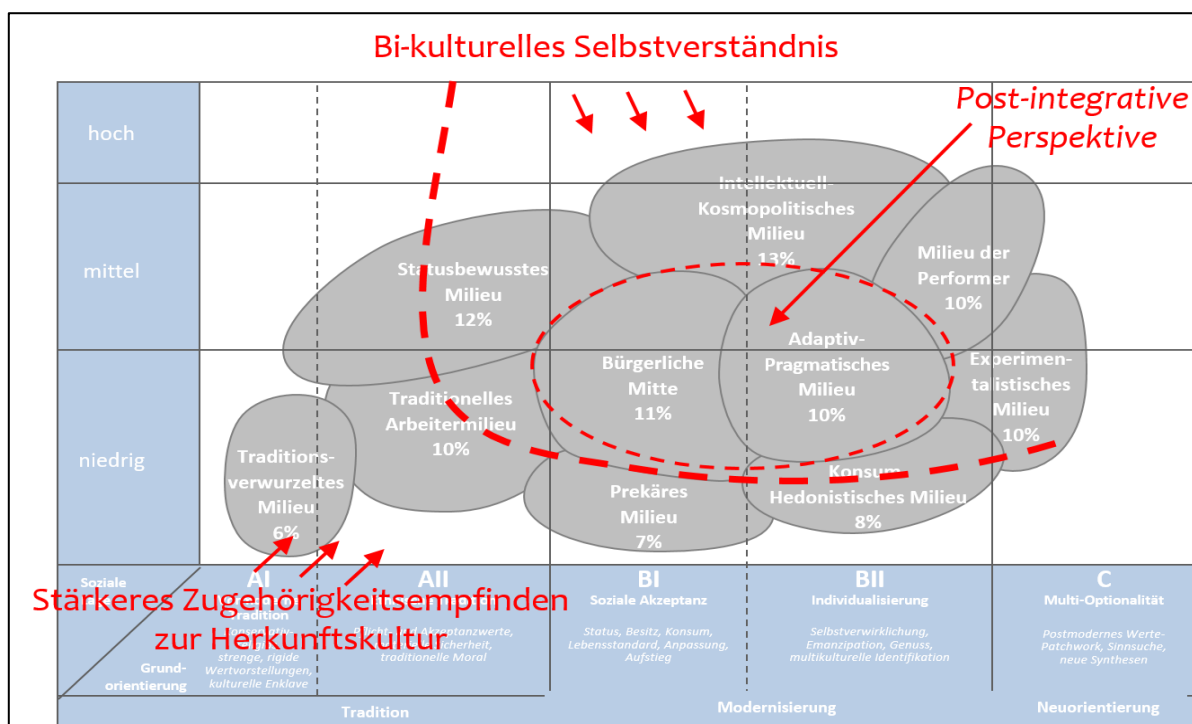
¹⁴ Omenaca, R.: Mediennutzung von Migranten. SWR, 15.5.2009. <https://www.swr.de/international/swraktuellmondial/mediennutzung-von-migranten/-/id=2900538/did=4853370/nid=2900538/6rvavj/index.html>

¹⁵ Siehe Bartz, H. et al: *Große Vielfalt – weniger Chancen*. Ergebnisse des Forschungsprojekts „Bildung, Milieu & Migration“ der Abteilung für Bildungsforschung und Bildungsmanagement an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Essen, Düsseldorf März 2015

¹⁶ Siehe Erdem, E.: *Community and Democratic Citizenship: A Critique of the Sinus Study on Immigrant Milieus in Germany*. *German Politics and Society*, Band 31, Nr. 2, 2013, S. 93–107

Entwicklungen reflektiert. Es reicht vom Festhalten an vormodernen, bäuerlich geprägten Traditionen über das Streben nach materieller Sicherheit und Konsumteilhabe, das Streben nach Erfolg und gesellschaftlichem Aufstieg, das Streben nach individueller Selbstverwirklichung und Emanzipation bis hin zu Entwurzelung und Unangepasstheit. In der Migranten-Population lassen sich somit sowohl traditionellere als auch soziokulturell modernere Segmente als bei einheimischen Deutschen ausmachen¹⁷.

Der vhw hat die Ergebnisse der ersten Migrantenmilieustudie 2009 dokumentiert und damit erstmals auch wichtige qualitative Informationen über Wohnwünsche, Nachbarschafts-Orientierung oder soziale Bedürfnisse unterschiedlicher migrantischer Lebenswelten erhalten¹⁸. In den Folgejahren wurden die Ergebnisse in einer Vielzahl von Studien insbesondere zu Stadtentwicklungs- oder Wohnthemen genutzt und trugen dazu bei, kommunikative und partizipative Zugänge zu verbessern oder differenzierte lokale Bedürfnisanalysen zu erstellen. Dieses breite Anwendungsspektrum wurde maßgeblich durch die räumliche Verortung auch der neuen Migrantenmilieus begünstigt, die ebenfalls seit 2010 möglich ist.



Das Migranten-Milieu-Modell 2018: Selbstverständnis und Zugehörigkeit

2018 hat der vhw mit dem Sinus-Institut eine **Neuaufgabe** der Studie umgesetzt. Das aktualisierte Milieumodell zeigt eine Zunahme der Vielfalt von Werten und Lebensentwürfen. Neue Einstellungsmuster sind hinzgetreten, wie etwa die Verbindung von Aufstiegswillen und Bewahrung der Herkunftstradition im *Statusbewusstes Milieu*. Insgesamt ist eine Parallelität der Hin- und Abwendung von modernen Lebensformen, Traditionen und Weltbildern zu verzeichnen. Festzustellen ist ein breiter Wille zur Integration, allerdings bei der überwältigenden Mehrheit unter Wahrung der (Herkunfts-) Kultur. In der konkreten Ausprägung der Integrationsvorstellungen sind allerdings erhebliche Unterschiede festzustellen, die von einer umfassenden Anpassung bis zur klaren Differenzmarkierung reichen.

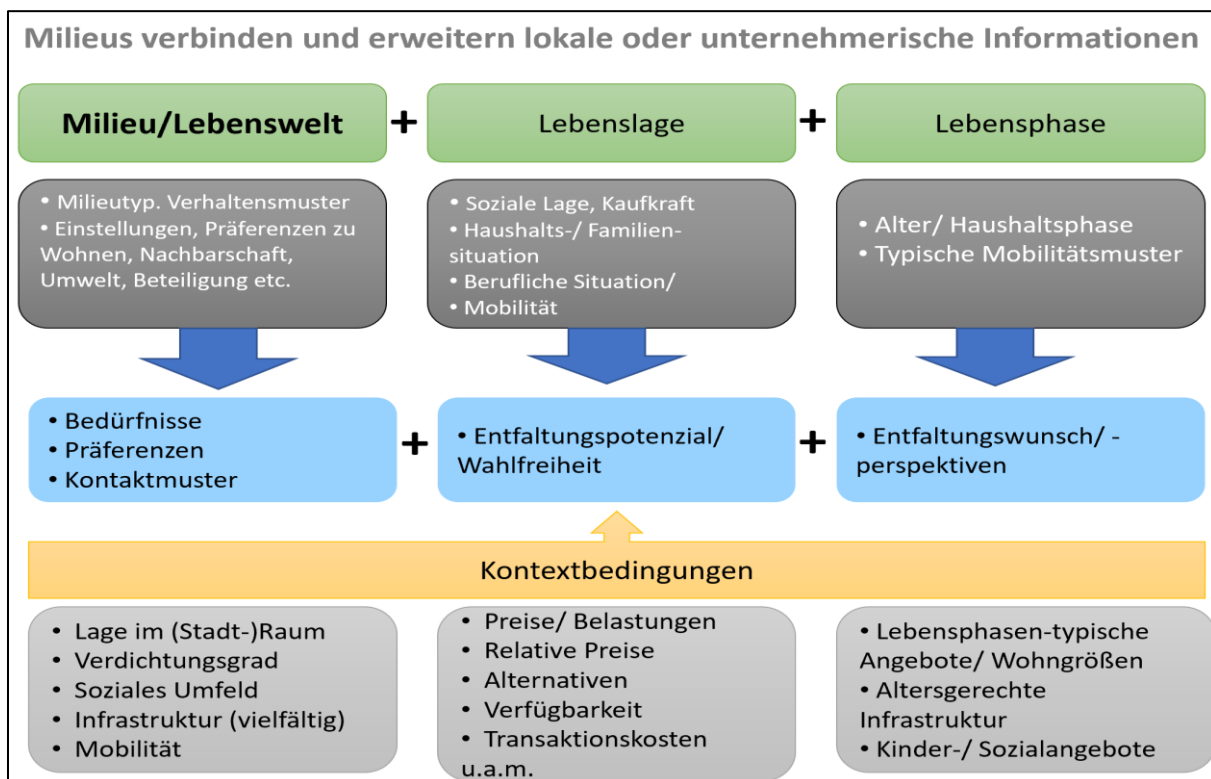
¹⁷ Wippermann/ Flaig, a.a.O., S.11

¹⁸ vhw-Schriftenreihe, Band 1: *Migranten-Milieus*. Berlin, September 2009

In den „modernen“ Milieus ist ein bi- oder auch „multi“-kulturelles Selbstverständnis vorherrschend. „Deutschland“ ist die neue Heimat, viele Wertorientierungen sind inzwischen universell, doch die kulturellen Bezüge zur früheren (elterlichen-) Heimat sollen nicht aufgegeben werden. Der Mainstream der Migrantenpopulation, die Milieus der bürgerlichen Mitte, neigt zu einer post-integrativen Perspektive, teilweise im Sinne einer weitgehenden Anpassung. Dies schlägt sich in Teilen in einer „Überidentifikation“ mit deutschen Normen und Regeln nieder. Die Angehörigen dieser Milieus sind längst angekommen und sehen sich als selbstverständliche Teile der gesellschaftlichen Mitte.

In den traditionellen und benachteiligten Milieus der Religiös-Verwurzelten, der Hedonisten und der Prekären, fühlt man sich dagegen der Herkunftskultur deutlich stärker zugehörig als in der Vor-Dekade. Man hält an heimatlichen Traditionen fest, teilweise sogar deutlich verstärkt im Vergleich zu 2008. Die deutsche Kultur ist vielen dieser Milieugehörigen fremd; ein Teil der „westlichen“ Werte wird vehement abgelehnt. Dabei muss allerdings zwischen den einzelnen Milieus deutlich unterschieden werden. „Tradition“ besitzt eine durchaus unterschiedliche Wertigkeit, sie kann Richtschnur, Identitätsanker – wie etwa bei den in den letzten Jahren Geflüchteten - oder auch „nur“ fortbestehende emotionale Bindung sein. Viele Befragte berichten in diesem Kontext von **Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen** und damit verbundener Resignation. Diese Enttäuschung wurde durch „externe Impulse“ verstärkt und mündet häufig in einem partiellen Rückzug (Selbst-Ausgrenzung).

Eine große Herausforderung bleibt auch nach den Ergebnissen dieser Studie die „soziale und gesellschaftliche **Teilhabe**. Deutlich wurde zudem der enge Zusammenhang zwischen Sprachbeherrschung, breiter Kommunikation, Kontaktvielfalt sowie der Bereitschaft zur Mitwirkung¹⁹.



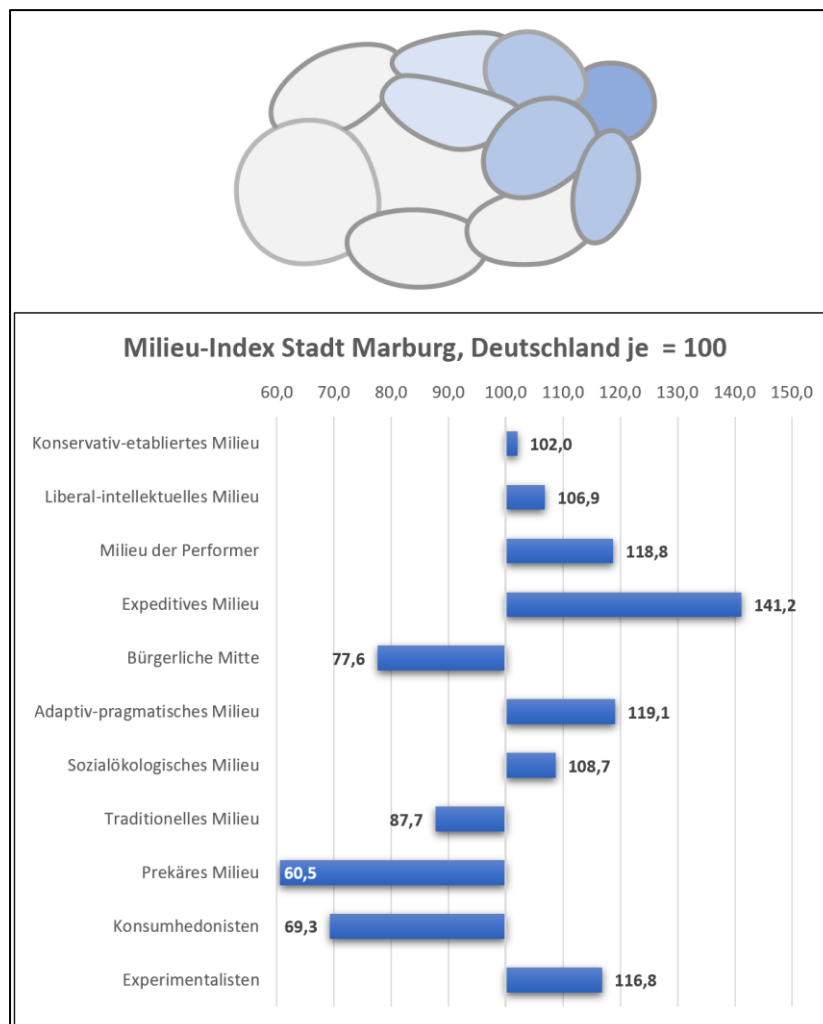
¹⁹ Ausführlich zur Studie: Hallenberg, B.: *Identität, Teilhabe und das Leben vor Ort. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland – vhw-Migrantenmilieu-Survey 2018*. Berlin, vhw-Schriftenreihe Band 10, 2019

In den folgenden Kapiteln wird zunächst die Milieuverteilung in Marburg im Binnen- und Außenvergleich vorgestellt, bevor die Milieus in die Darstellung der demografischen, sozialen, beruflichen und wohnbezogenen Kontexte bewertend einbezogen werden. Die Grafik oben verdeutlicht zusammenfassend den **Mehrwert der Milieuforschung**, der als wichtige Ergänzung zu den übrigen statistischen Daten und Informationen zu betrachten ist und sowohl kleinräumig wie qualitativ neue Aus- und Bewertungsmöglichkeiten schafft.

2.4. Marburg: Milieuverteilung im Binnen- und Außenvergleich

Mit Hilfe des mikrogeografischen Instrumentariums lassen sich die Anteile der einzelnen Milieus für die Gesamtstadt Marburg und ihre unterschiedlichen Teilräume ableiten, wobei in dieser Studie sowohl die Ortsteile, die Baublöcke sowie einzelne abgrenzbare Wohnungsbestände ausgewertet worden sind. Auf der Ebene der Gesamtstadt werden zudem Vergleiche mit anderen Städten vorgenommen, um strukturelle Ähnlichkeiten und Unterschiede bewerten zu können.

Im **Deutschland-Vergleich** – hier als Index dargestellt (der Anteil der Milieus in Deutschland jeweils = 100) – fällt der erheblich höhere Anteil der jüngeren, „kreativen“ Milieus in Marburg besonders deutlich auf, am stärksten bei den *Expeditiven*. Diese Struktur reflektiert unmittelbar den hohen Anteil von Studierenden an der Bevölkerung. Obwohl in mehreren Quartieren bzw. Ortsteilen Marburgs sozial prekäre bzw. benachteiligte Haushalte zu finden sind, fällt der Gesamtanteil dieser Milieus stark unterdurchschnittlich aus. Dies gilt allerdings auch für die „*Bürgerliche Mitte*“ und, in geringerem Maße, für das *Traditionelle* Milieu.



lich auf, am stärksten bei den *Expeditiven*. Diese Struktur reflektiert unmittelbar den hohen Anteil von Studierenden an der Bevölkerung. Obwohl in mehreren Quartieren bzw. Ortsteilen Marburgs sozial prekäre bzw. benachteiligte Haushalte zu finden sind, fällt der Gesamtanteil dieser Milieus stark unterdurchschnittlich aus. Dies gilt allerdings auch für die „*Bürgerliche Mitte*“ und, in geringerem Maße, für das *Traditionelle* Milieu.

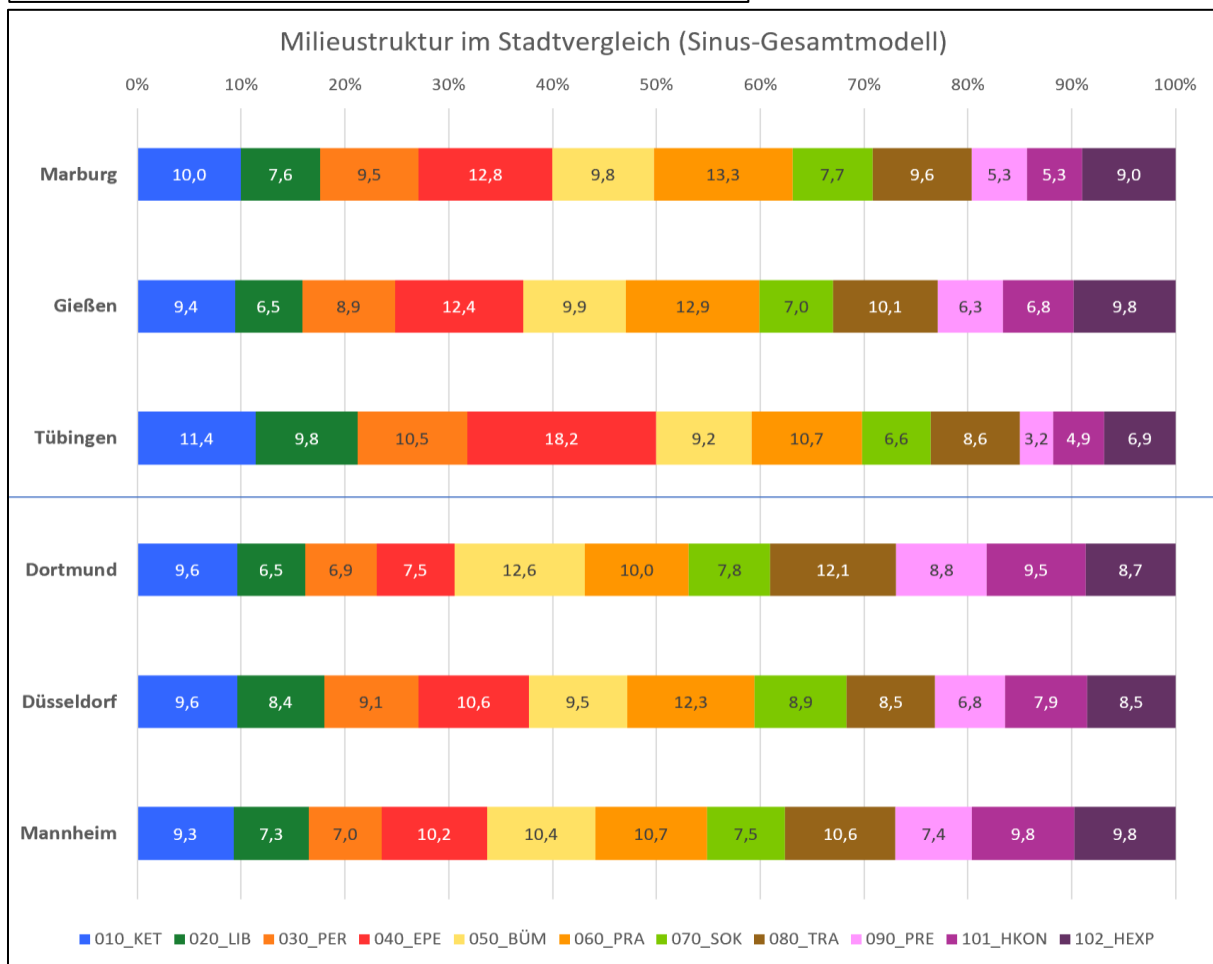
Dieses Muster schwächt sich im **Städtevergleich** jedoch bereits deutlich ab, wie das folgende Diagramm dokumentiert. Neben den ähnlich großen Universitätsstädten Gießen und Tübingen sind drei sozial unterschiedlich strukturierte Großstädte in den Vergleich einbezogen worden.

Während die beiden benachbarten Uni-Städte Marburg und Gießen durchaus ähnliche Anteile aufweisen, weicht Tübingen mit einem Anteil von 18 % bei den *Expeditiven* erheblich nach oben ab.

Name	Abkürzung	Farbe
Konservativ-etabliertes Milieu	KET	Blau
Liberal-intellektuelles Milieu	LIB	Grün
Milieu der Performer	PER	Orange
Expeditives Milieu	EPE	Rot
Bürgerliche Mitte	BÜM	Gelb
Adaptiv-pragmatisches Milieu	PRA	Orange
Sozialökologisches Milieu	SOK	Grün
Traditionelles Milieu	TRA	Braun
Prekäres Milieu	PRE	Rosa
Konsumhedonisten	HKON	Violett
Experimentalisten	HEXP	Dunkelviolett

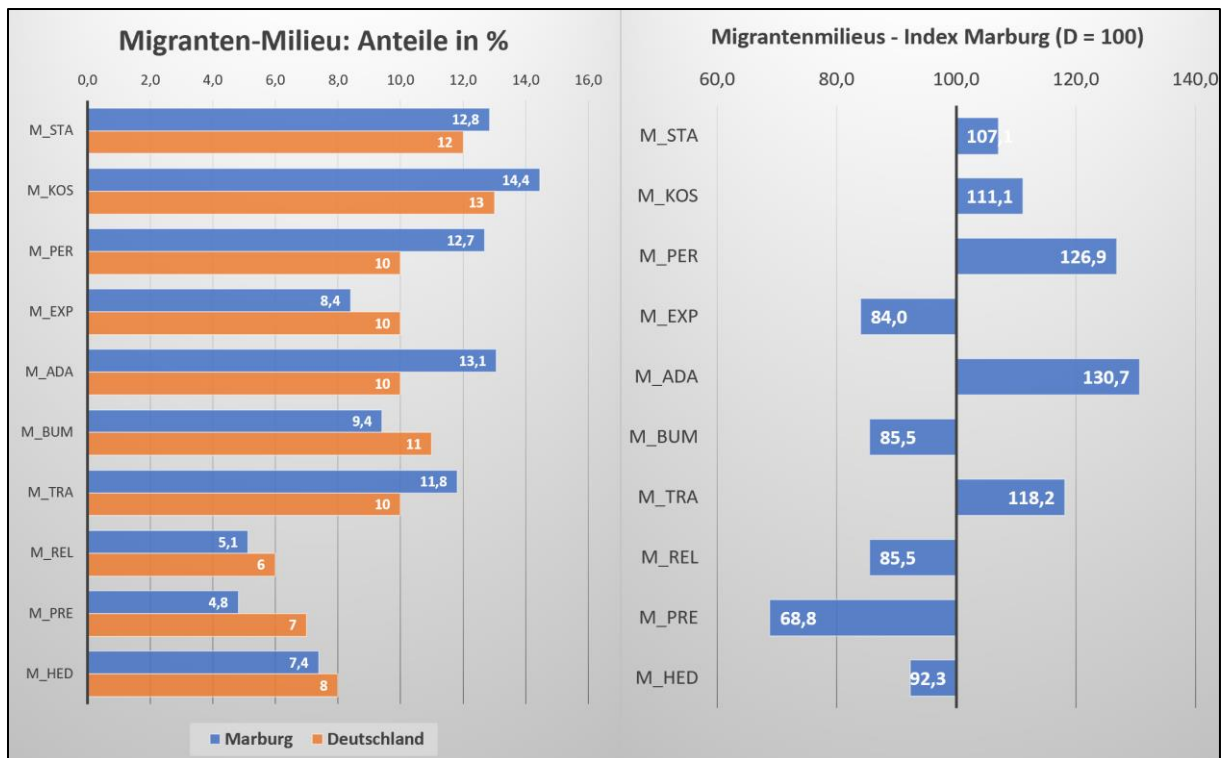
Links: Basisfarben der Milieus in den Diagramm-Darstellungen

Auch der Anteil der traditionellen und prekären Milieus ist dort deutlich geringer als in den übrigen Städten. Relativ große Ähnlichkeit lässt sich trotz der sehr unterschiedlichen Bevölkerungsgröße zwischen Marburg und Düsseldorf beobachten, während in Dortmund die traditionellen, sozial schwächeren Milieus sowie die *Bürgerliche Mitte* weitaus anteilstärker sind.



Milieuvergleich von Mittel- und Großstädten, Anteile der Milieus, in %

Eine zusätzliche Differenzierung nach **Milieus mit und ohne Migrationshintergrund** lässt weitere Unterschiede im Deutschland- und Stadtvergleich erkennen, wobei Marburg einen **relativ geringen Anteil von Migrantenumilieus** an allen Haushalten aufweist.



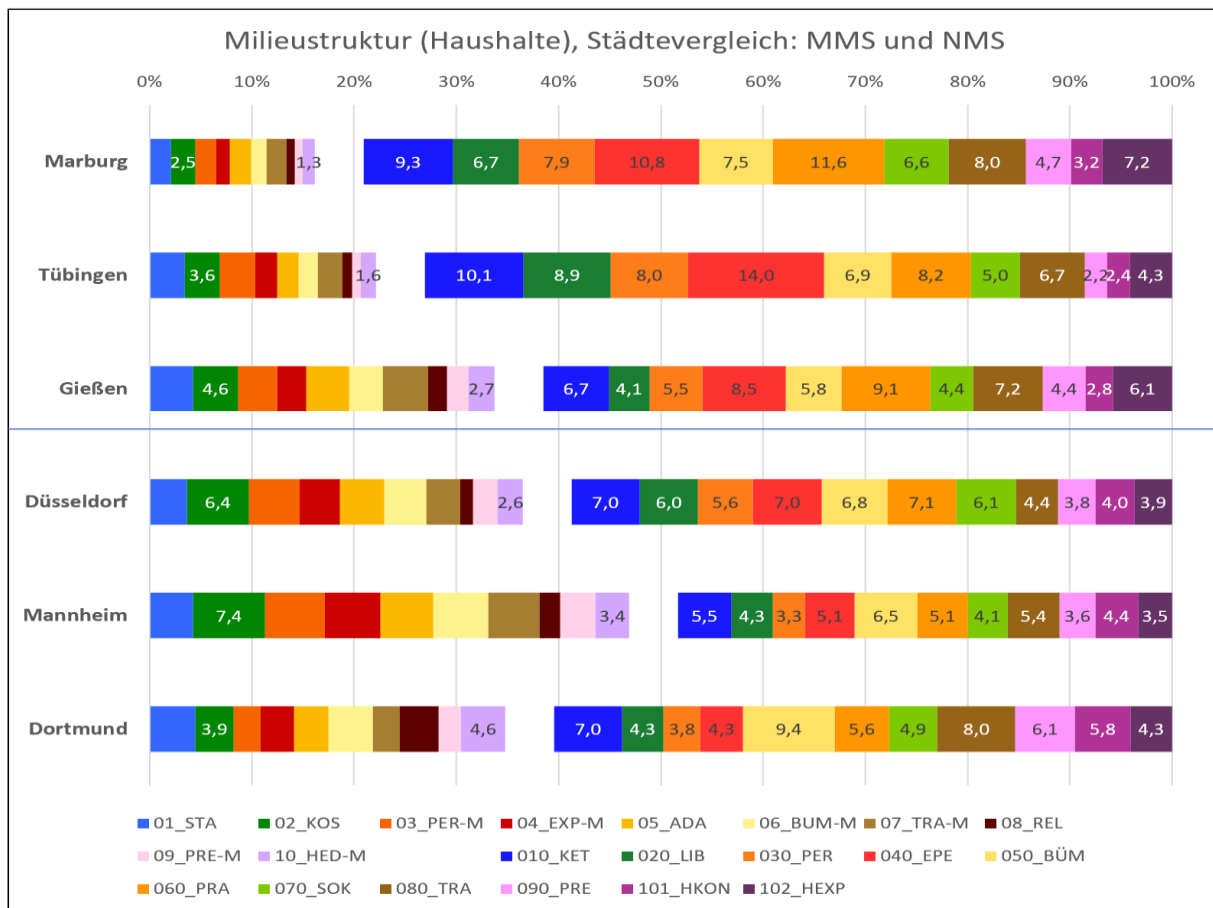
Struktur der Migranten-Milieus: Marburg im Deutschland-Vergleich

Name Migrantenmilieu	Abkürzung	Farbgebung
Statusbewusstes Milieu	01_STA	Blue
Intellektuell-kosmopolitisches Milieu	02_KOS	Green
Milieu der Performer	03_PER	Orange
Experimentalistisches Milieu	04_EXP	Red
Adaptiv-Pragmatisches Milieu	05_ADA	Yellow
Bürgerliche Mitte	06 BUM	Light Yellow
Traditionelles Arbeitermilieu	07_TRA	Brown
Religiös-Verwurzelte	08_REL	Dark Red
Prekäres Milieu	09_PRE	Pink
Konsum-hedonistisches Milieu	10_HED	Purple

Miliefarben in der Diagramm-Darstellung: Migranten-Milieus

Deutlich überrepräsentiert sind innerhalb der **Migrantenmilieus** die *Performer*, das *Adaptiv-Pragmatische-Migrantenmilieu* sowie das *Traditionelle Arbeitermilieu*. Die Anteile der prekären Migrantenmilieus (REL, PRE und HED) fallen dagegen deutlich geringer aus.

Bei einigen, lebensweltlich ähnlichen Milieus wie zum Beispiel dem *Kosmopolitisch-Intellektuellen* Migrantenmilieu und dem *Liberal-Intellektuellen* (Gesamt-) Milieu verschieben sich die Relationen, so etwa in Gießen, Mannheim und Düsseldorf. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die weitreichende lebensweltliche Ähnlichkeit gleichzeitige Unterschiede nicht überdecken kann, so etwa beim Lebensstil oder beim kritischen bzw. stärker pragmatischen Weltbild (LIB; siehe Kasten unten). Dieses Muster ist auch bei weiteren lebensweltlich ähnlichen Milieus zu beobachten.



Milieustrukturen im Stadtvergleich: Oben: Migranten- und Nichtmigranten

Intellectuell-Kosmopolitisches Milieu (KOS)

Migranten

Die erfolgreiche, aufgeklärte Bildungselite mit liberaler und postmaterieller Grundhaltung, einem multikulturellen Selbstverständnis und vielfältigen intellektuellen Interessen



Unter den Migranten-Milieus Anteil von 13%

Liberal-Intellektuelles Milieu (LIB)

Gesamtbevölkerung

Die aufgeklärte Bildungselite: kritische Weltsicht, liberale Grundhaltung und postmaterielle Wurzeln; Wunsch nach Selbstbestimmung und Selbstentfaltung



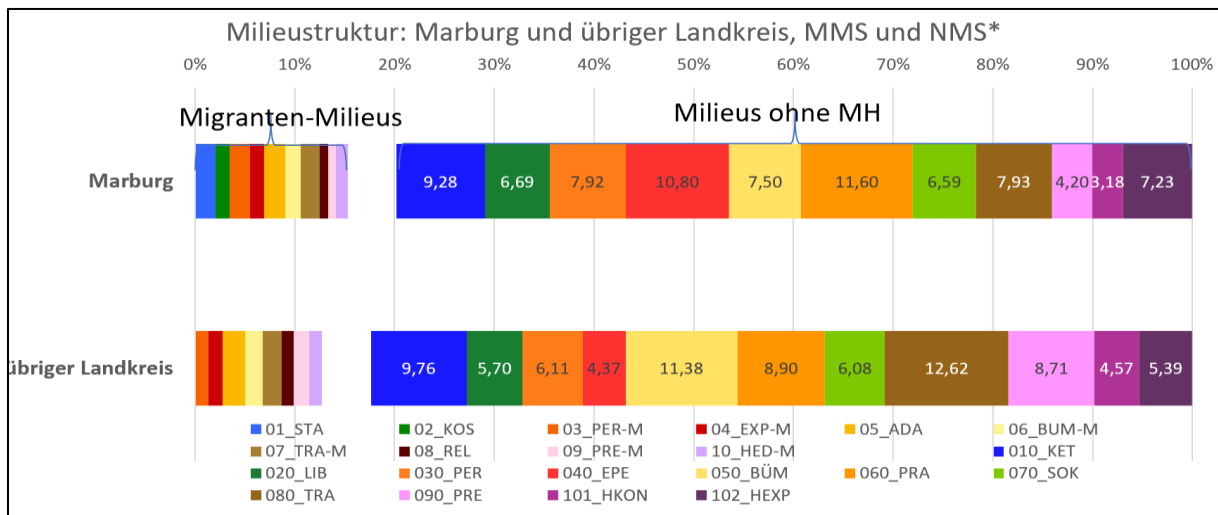
Unter den Sinus-(Gesamt-)Milieus Anteil von 7%

Viele **Gemeinsamkeiten** der beiden Milieus – sowohl hinsichtlich ihrer (privilegierten) sozialen Lage als auch ihrer **postmateriell geprägten, stark individualistischen Grundorientierung mit den Kernwerten Selbstbestimmung und Selbstentfaltung**

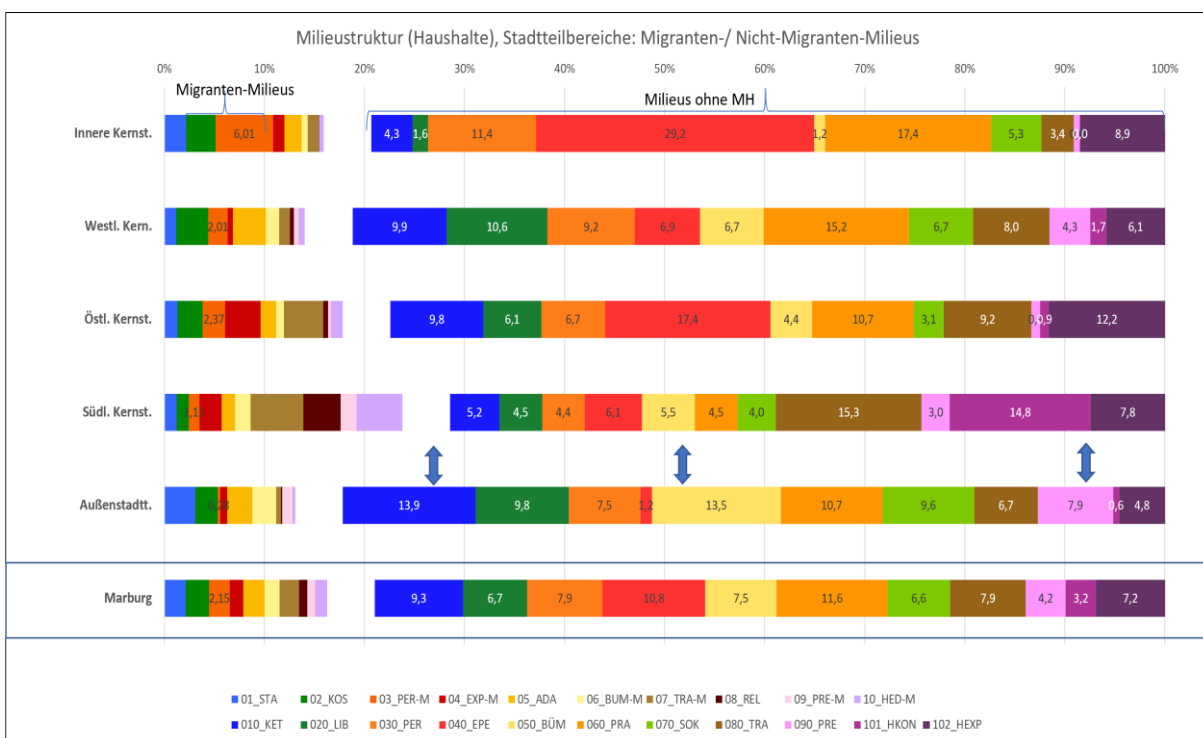
Hauptunterschiede zwischen den Milieus liegen im **Lebensstil, der bei Liberal-Intellektuellen deutlich etablierter und exklusiver** ist sowie in deren **liberal-pragmatischer Grundhaltung, der auf Seiten der Intellektuell-Kosmopolitischen eine (kapitalismus-)kritische Weltsicht mit entsprechendem Sendungsbewusstsein gegenüber steht**

Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen LIB (Sinus-Milieu) und KOS (Migrantenmilieu)

Strukturtypisch fallen auch die **Milieuunterschiede zwischen der Stadt Marburg und dem umliegenden Landkreis** aus. Diese Unterschiede resultieren im Wesentlichen aus der abweichenden räumlichen Orientierung einzelner Milieus zwischen eindeutiger Präferenz für urbanes bzw. suburbanes oder ländliches Leben. Angesichts weiterer verdichteter Stadträume im Kreisgebiet sind die Abweichungen jedoch begrenzt und betreffen vornehmlich die *Expeditiven* auf der einen sowie die *Bürgerliche Mitte*, die *Traditionellen* und das *Milieu der Prekären* auf der anderen Seite - sowie den abweichenden Anteil der Migrantenumilieus (siehe folgendes Diagramm).



Einzelne Migrantenumilieus finden sich im „Restkreis“ nahezu gar nicht. Dagegen ist das Verhältnis der Anteile bei den *Konservativ-Etablierten* (KET) oder den *Liberal-Intellektuellen* (LIB) nahezu ausgeglichen – auch eine Folge der unterschiedlichen Voraussetzungen für die Wohneigentumsbildung zwischen Stadt und Umland. Allerdings ist der Anteil beider Milieus im Außenbereich der Stadt Marburg höher als im weiteren Umland. Urbanität in der nahen Kernstadt und naturnahes Wohnen im Eigentum können bei ihnen in Einklang gebracht werden.

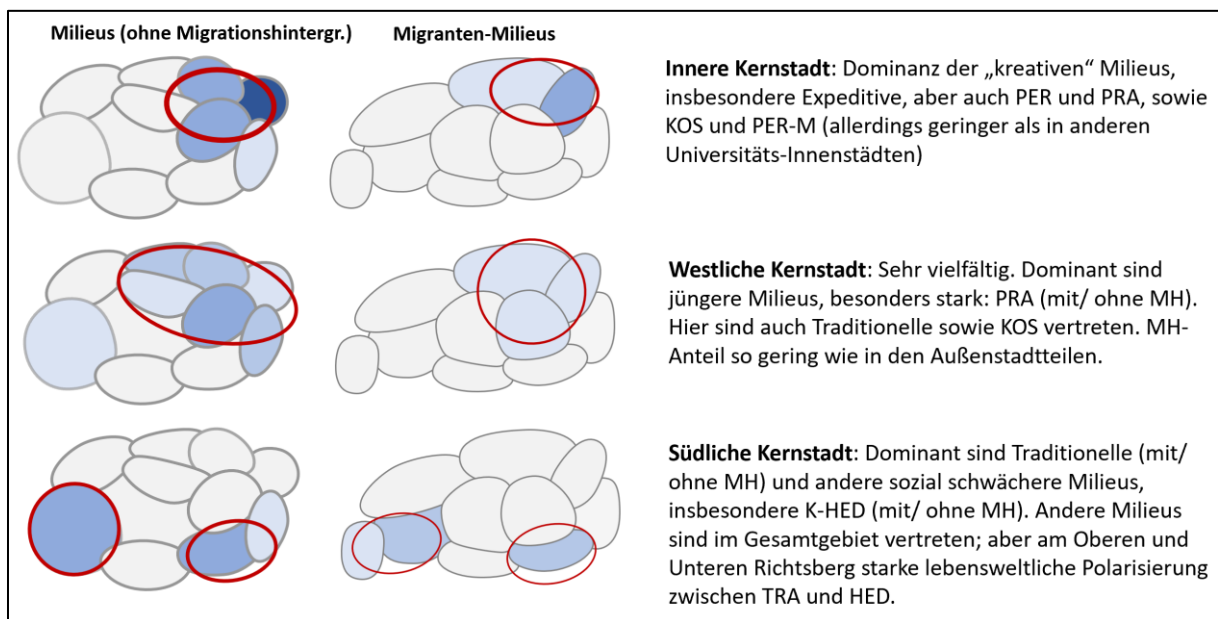


STT Nr.	STTName	Anzahl Haushalte	Milieuanteile in % (Sinus-Milieus)										
			KET	LIB	PER	EPE	BÜM	PRA	SOK	TRA	PRE	HKON	HEXP
211	Altstadt	2504	3,3	0,2	7,7	54,0	0,2	18,8	6,2	1,2	0,4	0,0	8,1
212	Weidenhausen	846	4,8	1,2	5,8	30,3	6,7	5,8	6,5	4,0	1,3	1,7	31,9
213	Campusviertel	1467	7,8	2,0	7,6	39,1	0,3	21,5	7,2	3,1	0,2	0,0	11,2
214	Südviertel	4330	6,7	2,8	17,7	22,2	3,2	29,8	4,4	6,4	0,8	0,0	6,0
221	Grassenberg	1603	6,9	25,3	16,0	15,8	3,1	22,0	7,1	0,4	0,0	0,0	3,4
222	Ockershausen	2563	15,8	5,7	6,8	2,6	14,7	14,4	10,5	13,3	8,1	1,9	6,2
223	Stadtwald	624	5,6	0,0	1,4	1,0	4,0	25,0	4,8	13,9	4,3	17,8	22,1
231	Nordviertel	2306	12,0	2,3	8,7	22,0	8,6	11,4	3,5	13,2	1,0	1,0	16,3
232	Waldtal	630	0,8	0,0	0,5	16,0	5,2	1,4	0,0	18,9	0,0	9,4	47,8
233	Ortenberg	1551	12,4	14,1	13,3	20,2	2,7	22,4	4,6	3,7	1,2	0,0	5,4
234	Lahnberge	29	3,4	10,3	48,3	0,0	6,9	13,8	10,3	0,0	0,0	0,0	6,9
241	Südbahnhof	660	9,5	15,8	18,9	7,4	9,1	21,7	5,2	4,1	2,3	0,0	6,1
242	Hansenhaus	2826	10,5	6,9	7,4	16,7	10,4	6,8	3,8	15,6	5,8	4,6	11,5
243	Oberer Richtsberg	2869	0,8	2,9	2,5	0,1	4,7	1,6	2,9	20,9	7,5	40,7	15,4
244	Unterer Richtsberg	971	0,0	0,1	0,1	4,0	0,4	0,0	1,0	26,2	2,0	46,5	19,7
311	Wehrda	3150	10,7	11,1	8,3	5,7	19,0	8,9	12,4	8,9	5,4	0,3	9,2
321	Marbach	1835	12,6	23,7	16,8	2,3	10,1	20,1	9,0	1,9	1,1	0,0	2,3
322	Michelbach	947	18,1	7,9	11,2	0,3	14,7	9,7	25,9	8,1	3,7	0,0	0,4
323	Wehrshausen	384	6,8	51,0	17,4	2,6	16,4	1,8	3,4	0,0	0,5	0,0	0,0
324	Dagobertshausen	207	13,0	56,0	7,7	8,2	5,8	4,3	2,9	0,0	0,0	0,0	1,9
325	Elnhausen	602	18,9	3,7	10,1	2,0	8,6	9,1	20,9	9,8	14,0	0,8	2,0
326	Dilschhausen	91	23,1	0,0	2,2	0,0	8,8	14,3	0,0	7,7	13,2	18,7	12,1
331	Cyriaxweimar	287	13,6	15,0	4,9	0,0	19,2	6,6	2,4	2,1	35,9	0,0	0,3
332	Haddamshausen	256	18,0	10,9	5,5	0,0	27,3	1,6	5,5	5,1	26,2	0,0	0,0
333	Hermershausen	178	9,0	0,0	1,7	0,0	14,0	2,2	4,5	14,0	43,8	7,3	3,4
341	Ginseldorf	394	23,1	2,0	21,6	0,0	13,5	11,4	10,7	6,1	7,4	1,3	3,0
342	Bauerbach	761	16,3	6,4	18,3	1,6	11,7	18,1	16,8	4,3	3,9	0,0	2,5
343	Schröck	858	24,9	1,2	4,1	0,0	15,6	3,7	23,4	13,6	12,0	0,0	1,4
344	Moischt	616	14,9	1,1	1,3	0,0	17,4	6,0	8,3	19,2	24,5	1,6	5,7
351	Cappel	3785	13,7	10,2	6,6	0,3	22,0	8,4	9,1	11,1	11,4	1,9	5,2
352	Ronhausen	119	13,4	0,8	0,8	0,0	42,0	2,5	3,4	11,8	25,2	0,0	0,0
353	Bortshausen	117	14,5	0,0	5,1	0,0	27,4	6,0	17,1	12,8	6,8	5,1	5,1
354	Gisselberg	468	10,7	3,2	22,0	0,0	17,1	1,3	14,1	11,8	11,5	3,6	4,7
Marburg	gesamt	40834	10,0	7,6	9,5	12,8	9,8	13,3	7,7	9,6	5,3	5,3	9,0

(stark) überrepräsentiert

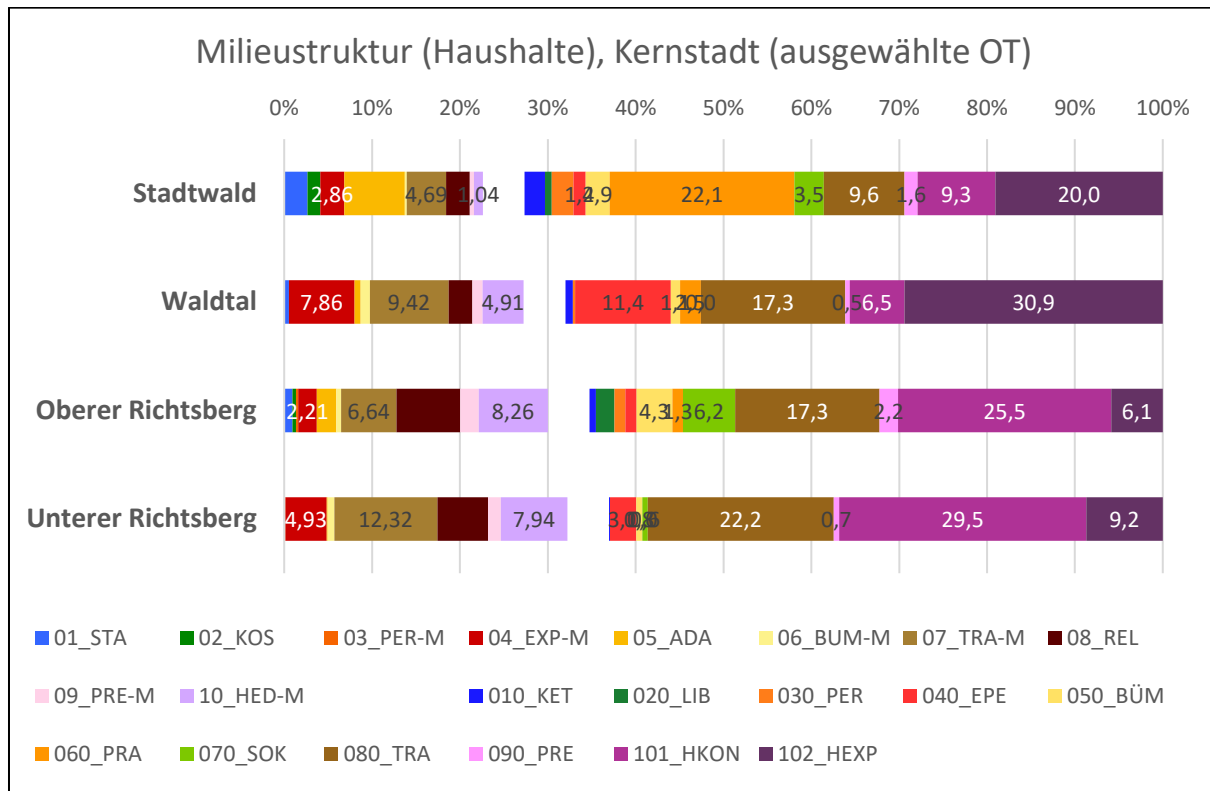
Übersichtstabelle: Milieuanteile (Sinus-Milieus) in den Ortteilen in %

Bei den Milieuanteilen und in der Milieustruktur bestehen zwischen den **größeren Stadträumen** erhebliche Abweichungen, wobei die Migrantenmilieus mit Abstand am stärksten in der südlichen Kernstadt vertreten sind, während die Kreativmilieus in der Inneren Kernstadt dominieren.

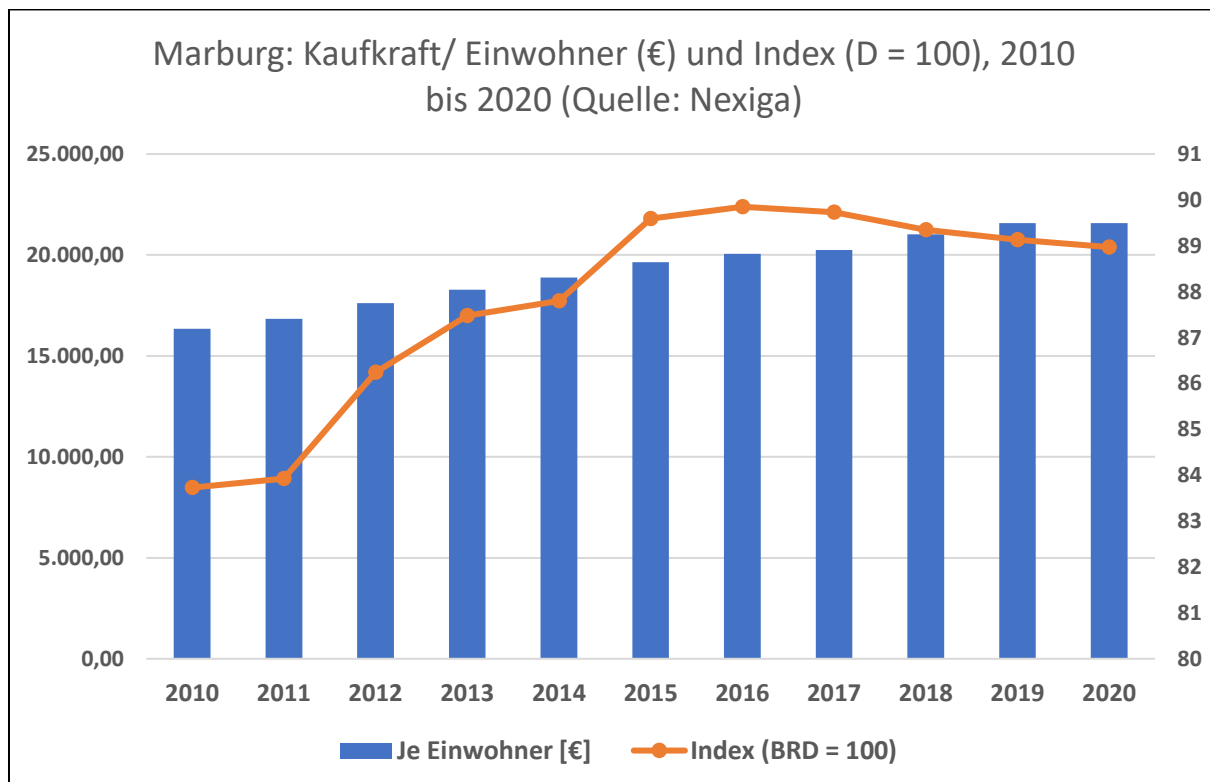


Daraus ergeben sich unterschiedliche Grundmuster des Zusammenlebens in den Teilräumen wie in der Grafik oben abgebildet. Eine gewisse „lebensweltliche Polarisierung“ ist vor allem in der südlichen Kernstadt zwischen den sozial schwächeren Migrantenmilieus und den Traditionellen festzustellen.

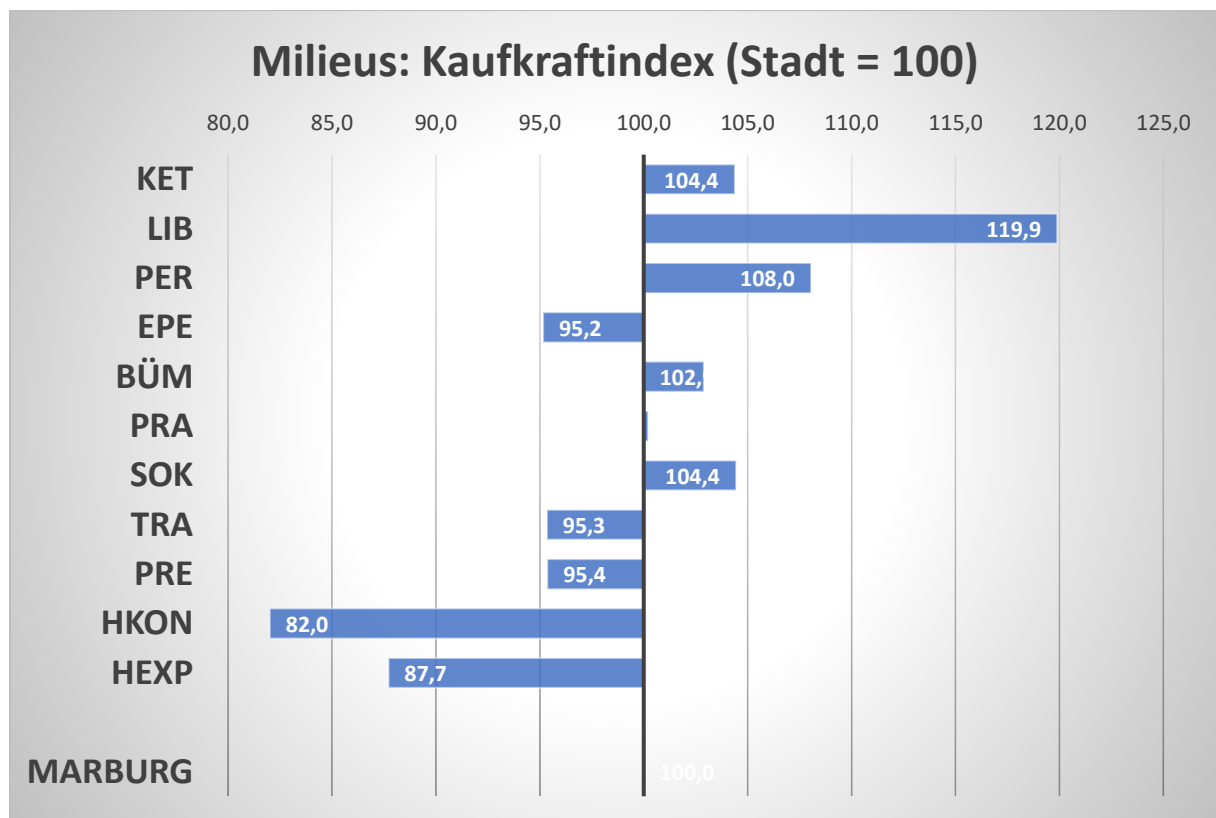
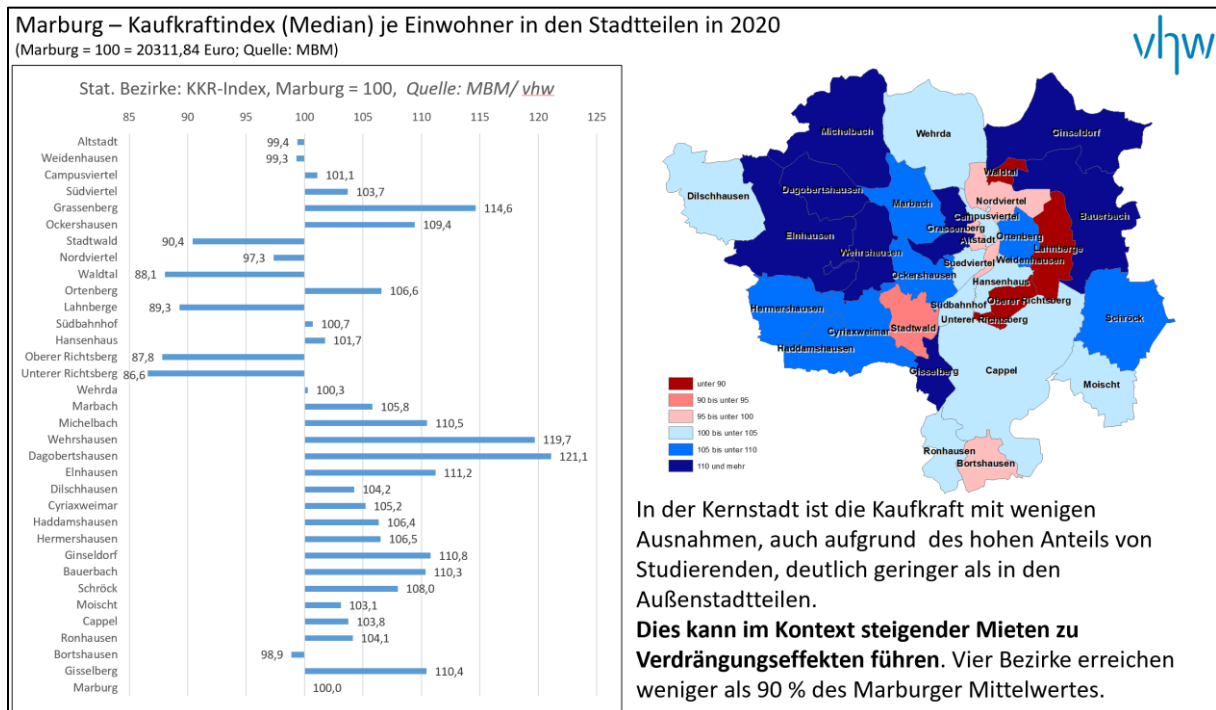
Demgegenüber sind in der inneren und westlichen Kernstadt soziale bzw. lebensweltliche Mischungsmuster von jüngeren kreativen und pragmatischen Milieus bestimmend.



Doch sind auch kleinteiliger gravierende Abweichung in der Struktur auszumachen, wie der Vergleich zwischen den vier **sozial schwächeren Bezirken** zeigt. Gerade hier wird deutlich, wo die Übergänge von stabilen Mischungsverhältnissen zu stärkerer Konzentration verlaufen.



Die Unterschiede zwischen den vier Ortsteilen zeigen sich weniger in der durchaus ähnlichen **Kaufkraft** der vier Ortsteile (siehe unten) als in ihrer Milieustruktur. Während in Stadtwald das Adaptiv-Pragmatische Milieu ein Fünftel der Haushalte stellt und in Waldtal immerhin 11 % *Expeditive* (Studierende) leben, spielen am Richtsberg *Konsum-Hedonisten* mit und ohne Migrationshintergrund sowie traditionelle Milieus die Hauptrolle.



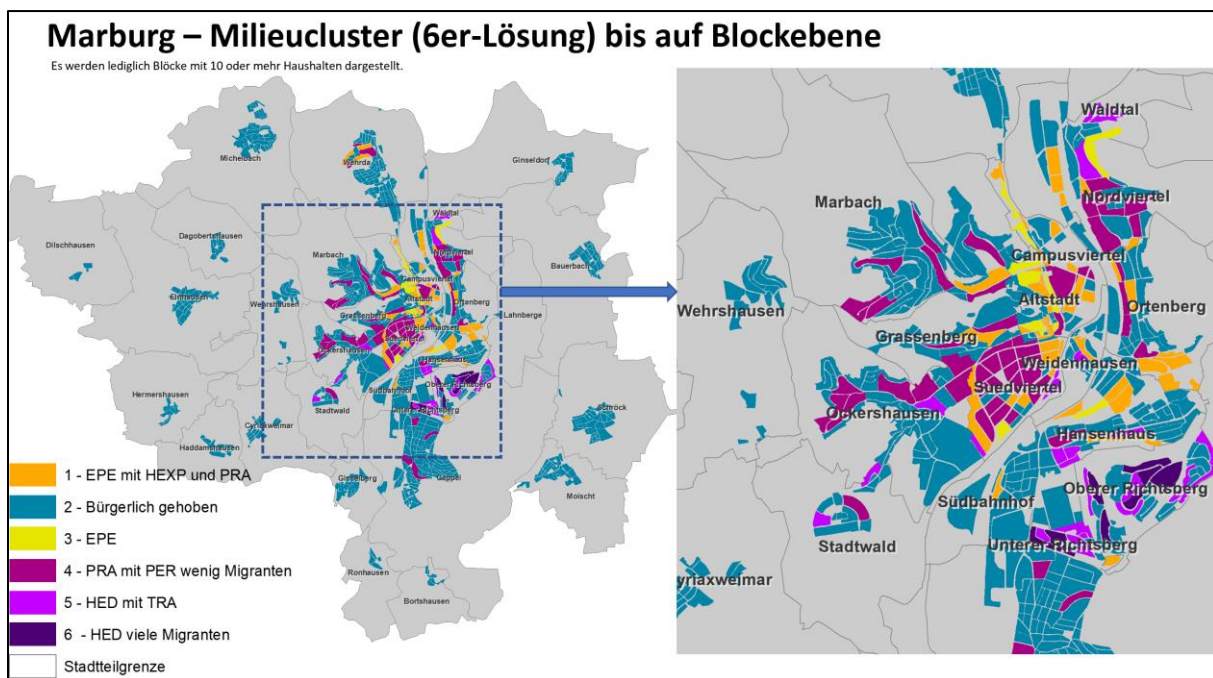
Kaufkraftindex der dominanten Milieus in Marburg (Stadt Marburg = 100)

Insgesamt sind die *Konsum-Hedonisten* das bei weitem einkommenschwächste Milieu in Marburg; sie erreichen nur 82 % der mittleren Kaufkraft in der Stadt. Gefolgt werden sie von den *Experimentalisten* mit 88%. Dagegen weichen die – oft älteren – *Prekären* und *Traditionellen* deutlich weniger vom Mittelwert ab und befinden sich insgesamt etwa auf dem Niveau der *Expeditiven*, also vieler Studierender²⁰. Das mit Abstand kaufkraftstärkste Milieu stellen die *Liberal-Intellektuellen*, die etwa 20 % über dem Mittelwert rangieren.

2.5. Clusterbildung – Milieustrukturen auf Blockebene

Mit Hilfe von Geo-Koordinaten können die Milieuanteile und -strukturen bis auf die Ebene der Baublöcke ausgewertet werden. Auf dieser Grundlage können Milieu-Cluster identifiziert werden, die sich durch **spezifische Milieukonstellationen** identifizieren. Der analytische Vorteil einer blockscharfen Auswertung besteht in der damit gegenüber der Ortsteilebene verbesserten Möglichkeit, Bau- bzw. Siedlungsstrukturen abzugrenzen und entsprechende sozial- bzw. milieuräumliche Zusammenhänge sichtbar zu machen.

Favorisiert wurde in der vorliegenden Darstellung eine Lösung mit sechs Clustern, wie sie in den nachfolgenden Karten umgesetzt und in ihrer jeweiligen Milieustruktur tabellarisch beschrieben werden.



Cluster	KET	LIB	PER	EPE	BÜM	PRA	SOK	TRA	PRE	HKON	HEXP	MigHH	Haushalte gesamt	Anzahl Blöcke	Farbe	Beschreibung
1	7,4	3,0	7,1	40,7	2,7	13,1	5,3	5,5	2,2	0,6	12,4	19,2	5127	50	1.	Jüngere Kreative und Bürgerliche
2	13,1	12,4	10,1	4,6	14,4	10,3	9,9	10,5	7,5	1,5	5,7	13,7	21192	973	2.	Gehobene bürgerlich, wenige Zugewanderte
3	3,6	0,6	3,8	63,0	1,9	12,0	4,1	1,2	0,6	0,0	9,2	19,7	2106	12	3.	Kreative, ganz überwiegend Expeditiv
4	10,6	3,9	16,7	10,0	7,4	31,1	8,2	5,3	2,2	0,6	3,9	15,2	7033	57	4.	Pragmatische und Performer
5	1,9	0,2	0,8	2,6	6,2	3,5	0,4	22,3	5,8	23,6	32,7	27,0	2982	27	5.	Hedonisten (EXP) und Traditionelle
6	0,1	0,0	1,7	0,0	1,3	0,0	3,5	16,3	3,4	57,0	16,7	38,3	1866	8	6.	Konsum-Hedonisten mit EXP und TRA
Marburg	10,0	7,6	9,5	12,8	9,8	13,4	7,7	9,6	5,3	5,3	8,9	17,1	40306	1127		
	(stark) überrepräsentiert															
	(stark) unterrepräsentiert															

²⁰ MBM-Kaufkraftdaten liegen bis auf die Ebene von Straßenabschnitten vor und werden dort mit den jeweiligen Geo-Milieus verknüpft.

Fast 86 % der Blöcke mit 52 % der Haushalte in Marburg sind dem **Cluster 2** zuzuordnen, welches fast die gesamte Außenstadt, aber auch große Teile der Kernstadt dominiert. Kennzeichnend ist eine breite Milieumischung, ein starkes Übergewicht der bürgerlich-traditionellen, liberalen und konservativen Milieus mit wenigen jüngeren Kreativen sowie aus dem Ausland zugewanderten Personen.

In den **Clustern 1 und 3**, die sich vornehmlich in der inneren Kernstadt, aber auch im Südviertel finden, besteht ein eindeutiges Übergewicht der jüngeren Kreativen, insbesondere des Milieus der *Expeditiven*, welches im **Cluster 3** nahezu zwei Drittel der Haushalte stellt. Dagegen sind in **Cluster 1** auch einige Haushalte der Leitmilieus (KET, LIB, PER sowie PRA) vertreten.

Das **Cluster 4** umfasst 57 Baublöcke und wird durch die jüngeren, urbanen Milieus der Performer und vor allem der Adaptiv-Pragmatischen geprägt. Daneben sind auch Expeditiv und Konservative zu finden.

Die **Cluster 5 und 6** sind von sozial deutlich schwächeren Milieus und relativ vielen Migrantmilieus gekennzeichnet. Daneben entfällt ein großer Anteil auf das *Traditionelle Milieu*. Die beiden Cluster unterscheiden sich durch die stark abweichenden Anteile der beiden hedonistischen Milieus. Die *Konsum-Hedonisten* stellen im **Cluster 6** weit mehr als die Hälfte der Haushalte und konzentrieren sich somit stark, insbesondere in Teilen des Oberen und des Unteren Richtsbergs.

In den folgenden Kapiteln werden diese Muster durch sozio-demografische Daten auf der Ebene der Ortsteile ergänzt und erweitert.

Kapitel 3: Bevölkerungsstruktur und -entwicklung im Außen- und Binnenvergleich

3.1. Überblick

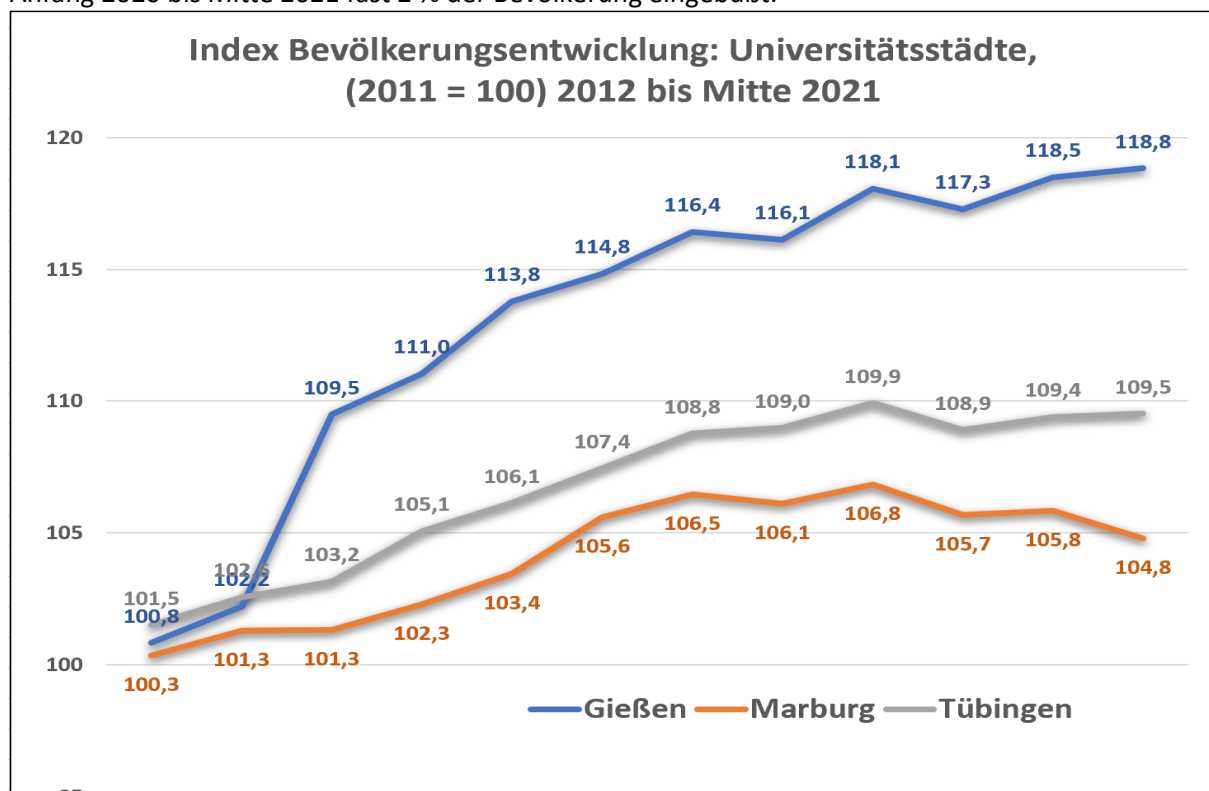
In diesem Kapitel werden die verschiedenen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung näher betrachtet. Dazu zählt zunächst der Außenvergleich, insbesondere mit anderen mittelgroßen Universitätsstädten, einschließlich der Altersstrukturentwicklung. Anschließend werden Umfang und Struktur der Marburger Außenwanderung dargestellt. Deutlich wird neben kommunalen und regionalen Spezifika die Bedeutung übergreifender Trends der letzten Jahre, insbesondere hinsichtlich der verschiedenen Folgen der Corona-Pandemie etwa für Studierende (detailliert dazu Kapitel 5).

Der übrige Teil des Kapitels untersucht die Bevölkerungsstrukturentwicklung in den Ortsteilen als Bestandteil der sozialräumlichen Betrachtung, die im folgenden Kapitel 4 durch soziale Indikatoren erweitert wird. Ein besonderes Gewicht wird bei der Binnenbetrachtung auf die Herkunftsstruktur und räumliche Verteilung der aus dem Ausland zugewanderten Bevölkerung gelegt. Um etwaige Konzentrations- und Segregationstendenzen zu ermitteln, werden diese Informationen mit der teilräumlichen Milieustruktur verbunden.

Für die Außenvergleiche wurde auf die Daten der Statistischen Landesämter zurückgegriffen; für die Wanderungsstrukturen wurde eine Sonderauswertung des hessischen StaLa herangezogen. Die Binnenvergleiche basieren dagegen auf Daten der Stadt Marburg aus verschiedenen Jahren und auf einer Auswertung der Ausländerbehörde zu den Zugewanderten.

3.2. Die Bevölkerungsentwicklung im Außenvergleich

Die Bevölkerungsentwicklung der drei hier im Fokus stehenden mittelgroßen Universitätsstädte verläuft in den letzten Jahren unterschiedlich. Während Gießen ein nahezu durchgängiges Wachstum verzeichnet und Tübingen sich mit etwas geringerer Dynamik weitgehend stabil zeigt, hat Marburg von Anfang 2020 bis Mitte 2021 fast 2 % der Bevölkerung eingebüßt.

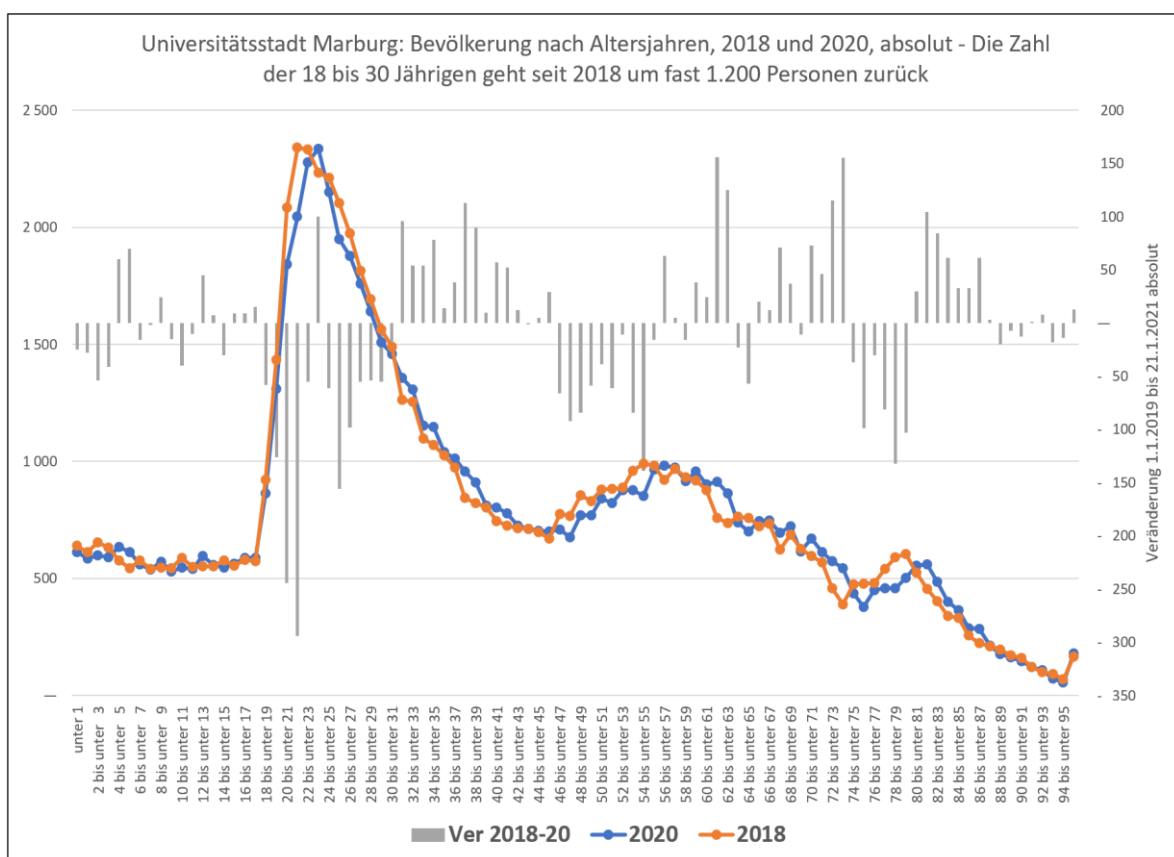


Quellen: Eigene Berechnungen, Datenbasis: Stat. Landesämter Baden-Württemberg und Hessen

Ursächlich für diese Abweichungen sind mehrere Faktoren, die sich teilweise überschneiden. Spezifische Bedingungen wie die Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen beeinflussen die jeweilige Zahl der Zugewanderten erheblich; von Anfang 2020 bis Mitte 2021 ist die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in Gießen auf diese Weise um 11 % gestiegen, in Marburg (-2 %) und Tübingen (-1,2 %) dagegen zurückgegangen, verstärkt durch die Folgen der Corona-Pandemie.

Doch die Restriktionen in der Pandemie werden in ihrer Wirkung ergänzt durch allgemeine demografische Entwicklungen, insbesondere die **rückläufige Zahl der 16 bis 29-Jährigen** mit ihren spezifischen, aber ebenfalls variierenden Auswirkungen auf Universitätsstädte (*siehe unten Kapitel „Studierende“*).

Darüber hinaus werden auch regionalstrukturelle Faktoren, etwa bei der **unterschiedlichen Beschäftigungsdynamik** für die Entwicklung wirksam. So konnten die umliegenden Landkreise Gießen und Tübingen leicht steigern, während sie im strukturschwächeren Kreis Marburg-Biedenkopf und der erweiterten Region mit fünf benachbarten Landkreisen seit 2015 stagniert.

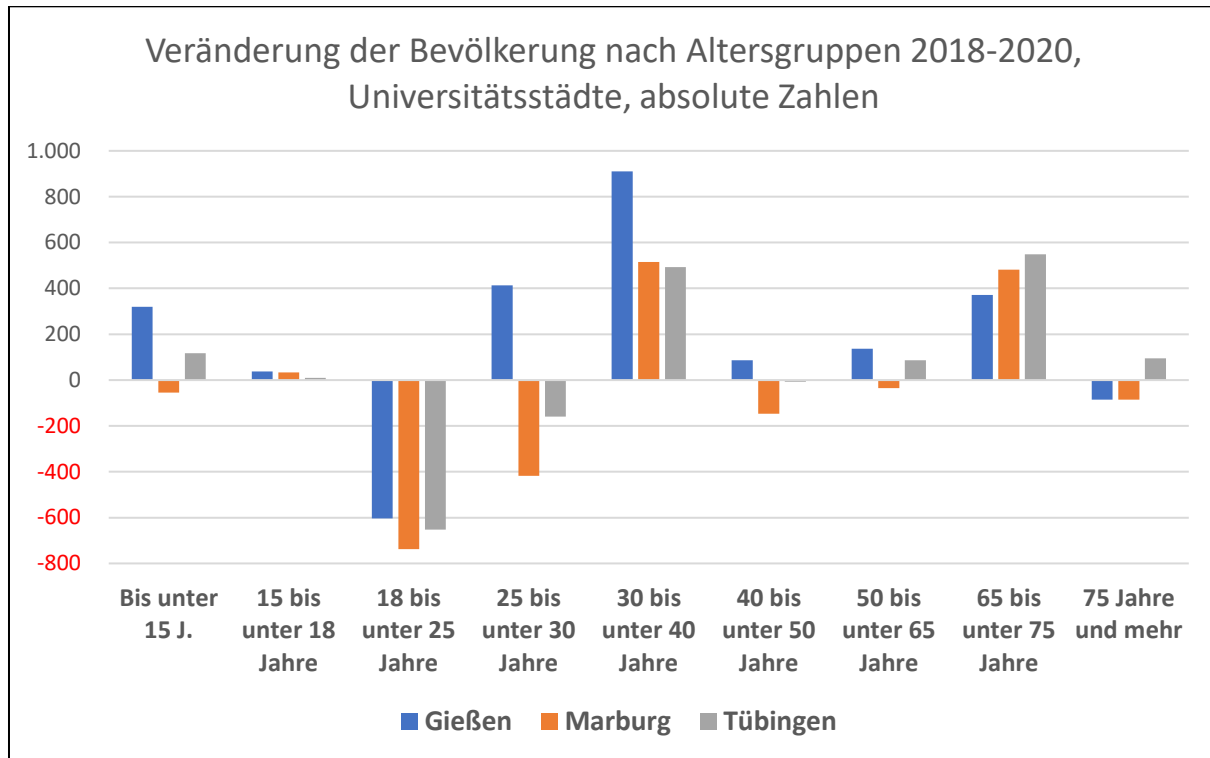


Quellen: Eigene Berechnungen, Datenbasis: Stat. Landesämter Baden-Württemberg und Hessen

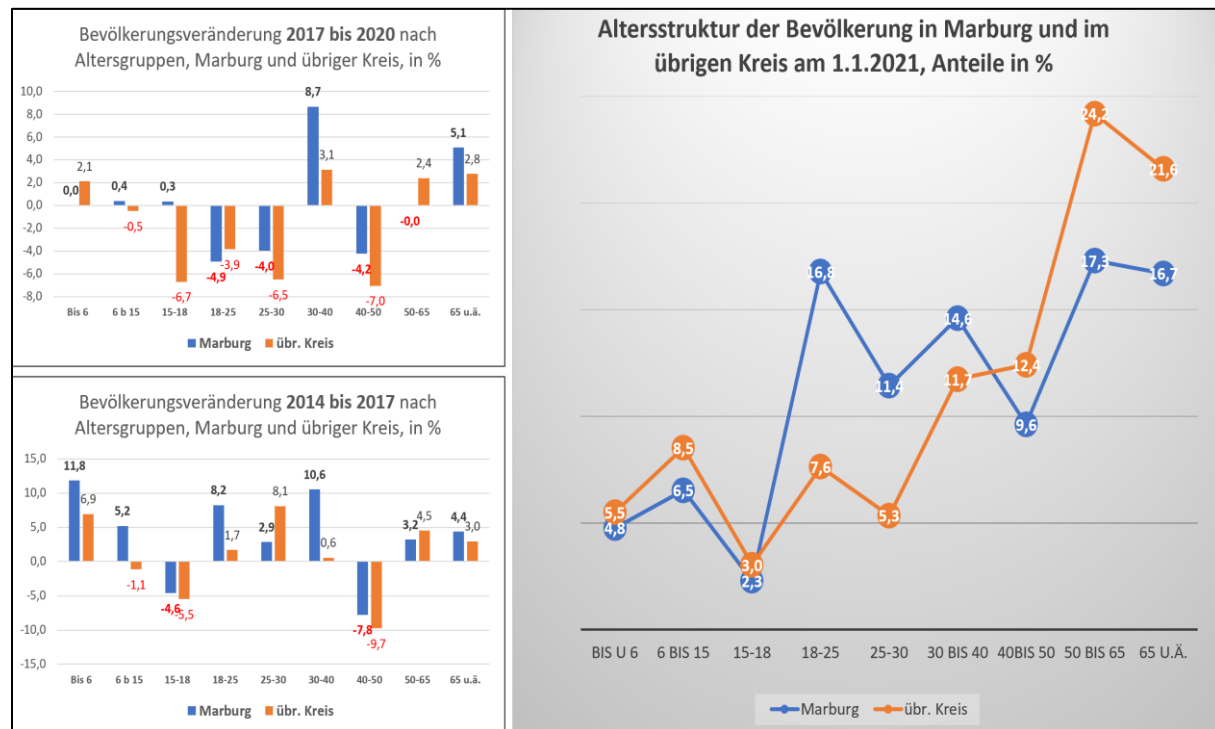
Die demografischen Verschiebungen in Verbindung mit den Corona-Maßnahmen haben in Marburg zu einem Rückgang der Zahl der 18 bis 30-Jährigen um mehr als 1.200 von Anfang 2020 bis Mitte 2021 geführt. Im Unterschied zu den beiden Vergleichsstädten verliert Marburg deutlicher bei den 25 bis 30-Jährigen, was auch mit dem eingeschränkten Verbleib von Uni-Absolventen* zu tun haben kann.

Tatsächlich war bereits im Zeitraum von 2014 bis 2017 der Zuwachs bei den 25 bis 30-Jährigen mit knapp 3 % deutlich geringer als im übrigen Landkreis Marburg-Biedenkopf, wobei die Fluchtzuwanderung zu berücksichtigen ist - was sich etwa beim starken Zuwachs der Zahl der jüngeren Kinder in dieser Phase ablesen lässt.

Inzwischen gibt es in dieser Altersgruppe keinen Zuwachs mehr, anders als im übrigen Kreis, was bedingt auch auf eine wohneigentumsinduzierte Familienabwanderung schließen lässt. Auch gegenüber den beiden Vergleichsstädten fällt die Abweichung bei Kindern sowie den 25- bis 30-Jährigen auf.



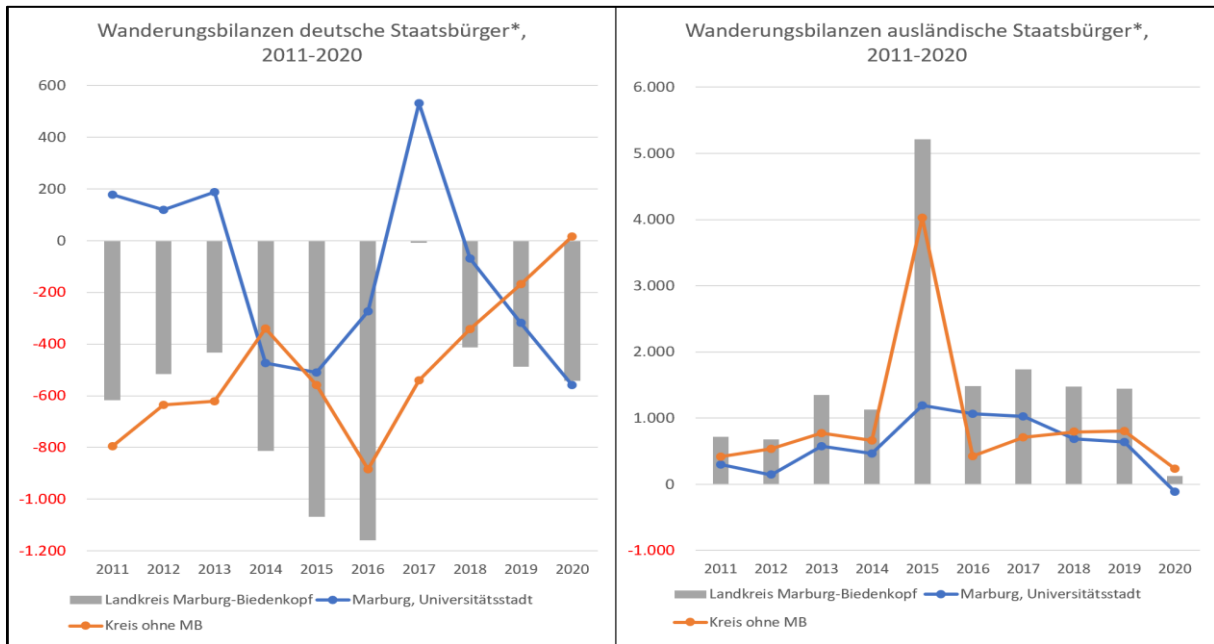
Vergleich der Altersstrukturentwicklung: Städte Marburg, Gießen und Tübingen



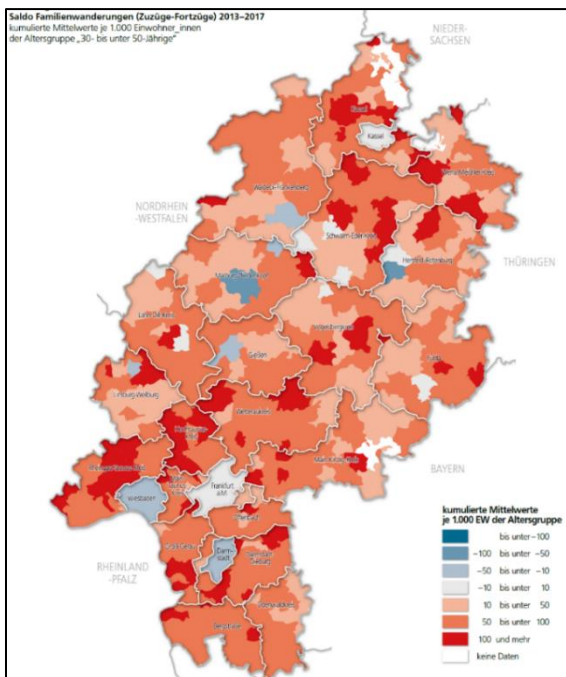
Vergleich der Altersstrukturentwicklung: Stadt Marburg und Restkreis Marburg-Biedenkopf

3.3. Wanderungsstrukturen

Mit Ausnahme des Jahres 2017 verzeichnet Marburg seit 2014 negative Bilanzen bei deutschen Staatsbürgerinnen und -bürgern, während die Überschüsse bei Nichtdeutschen seit 2016 leicht zurückgehen und 2020 pandemiebedingt sogar negativ ausfielen. Im ersten Halbjahr 2021 verlor Marburg saldiert insgesamt 708 Bürgerinnen und Bürger durch Abwanderung, während der übrige Kreis erneut einen, allerdings rückläufigen Überschuss aufwies.



Quellen: Eigene Berechnungen; Hessische Gemeindestatistik, diverse Jahrgänge (bis 2021)



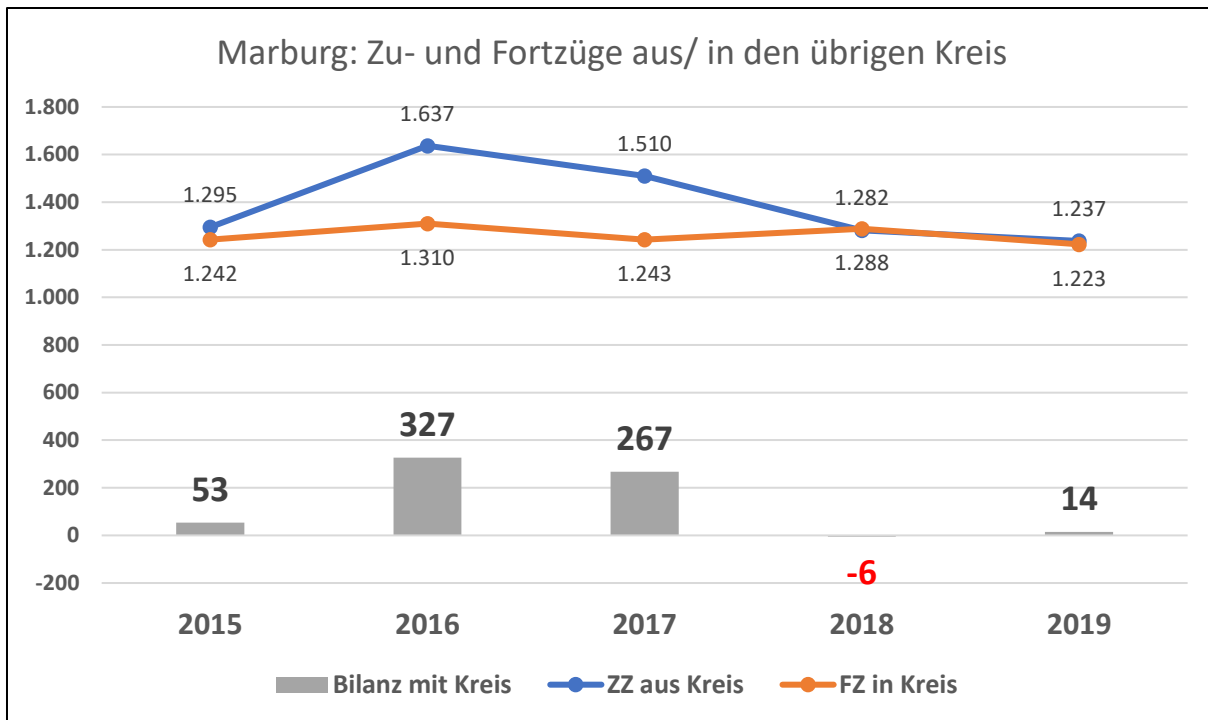
Schon 2020, als der übrige Kreis erstmals in den 2010er Jahren einen leichten Gewinn bei deutschen Staatsbürgern* erzielte, dürfte sich diese Entwicklung fortsetzen, nicht zuletzt als Effekt zusätzlicher Wohneigentumsbildung im Zuge fortbestehender Preisabstände zum Zentrum (siehe Kap. Wohnen). Wie die nebenstehende Karte verdeutlicht, ist dieser Effekt nicht ganz neu, hier bezogen auf die Bilanz der 30 bis 49-Jährigen zwischen 2013 und 2017, die für die Stadt Marburg deutlich negativ ausfällt²¹.

Tatsächlich sind die Fortzüge aus Marburg in den übrigen Kreis von 2015 bis 2019 relativ konstant geblieben, während sich die Zuzüge von dort deutlich verringert haben.

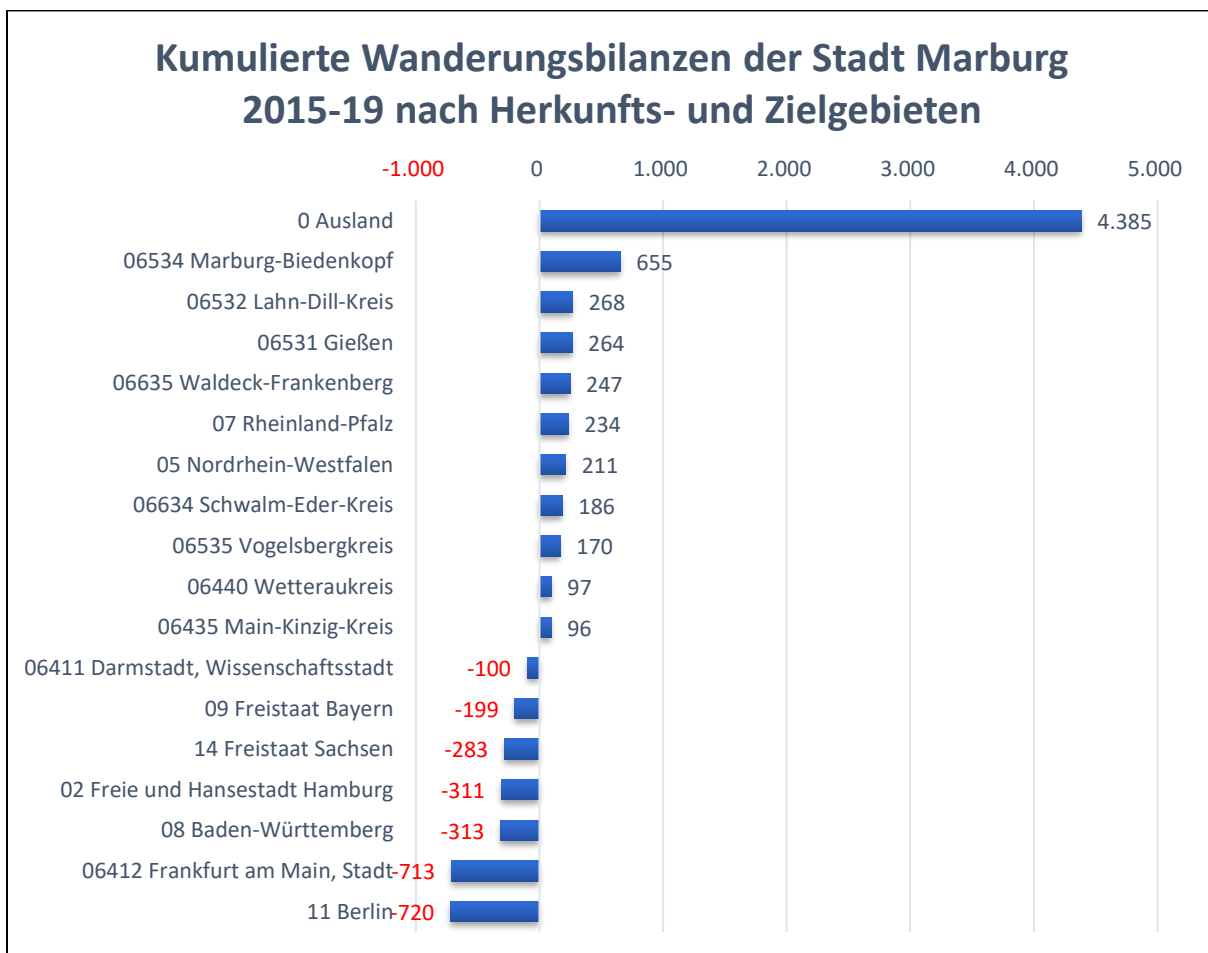
Quelle: Stefan Fina, Bastian Heider: *Ungleiches Hessen* -

Wie können gleichwertige Lebensverhältnisse erreicht werden? FES (Hrsg.) Februar 2021

²¹ Regionalstatistik.de hat Wanderungen nach Altersgruppen auf Gemeindeebene nur bis 2017 veröffentlicht.



Quelle: Eigene Darstellungen auf Basis einer Sonderauswertung des Stat. Landesamtes Hessen



Mit Abstand größte Quelle der Wanderungsüberschüsse für die Halbdekade 2015/19 war die **Auslandswanderung**, mit weitem Abstand gefolgt von den angrenzenden Kreisen.

Deutliche **Verluste** traten **gegenüber hessischen und den übrigen deutschen Großstädten** auf. Die räumliche Herkunfts- und Zielstruktur der Wanderungen ist weitgespannt, wie die nachfolgenden Diagramme verdeutlichen. Insofern ist die Stadt für viele Bürgerinnen und Bürger auch eine Durchgangsstation von ländlichen Gebieten in die Metropolen oder andere strukturstarke Regionen.

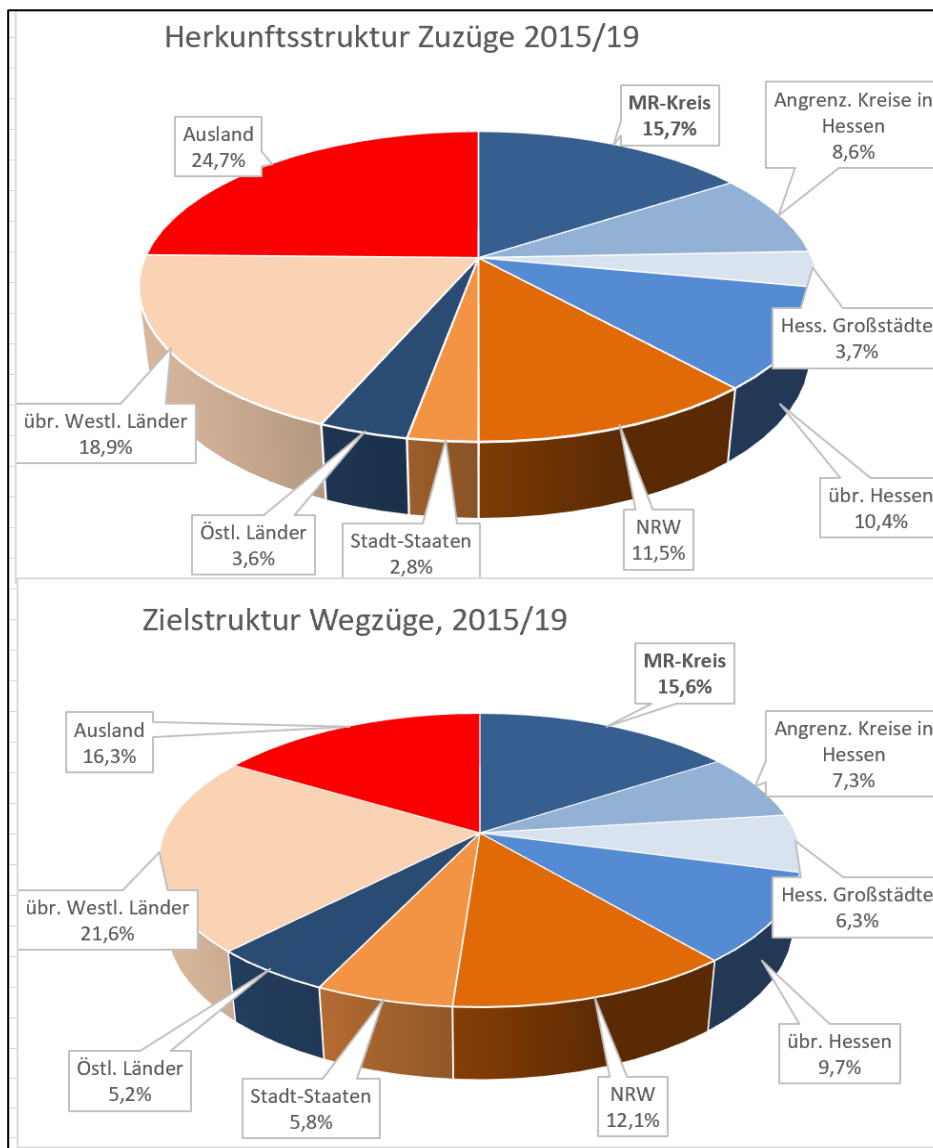


Diagramme: Zuzüge und Fortzüge Universitätsstadt Marburg nach Herkunfts- und Zielgebiet, kumuliert 2015-2019, Anteile an allen Zu- und Fortzügen, in %. Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Landesamtes Hessen, Sonderauswertung für vhw/ Universitätsstadt Marburg

Verschlechtert haben sich von 2015 bis 2019 die Wanderungsbilanzen mit dem übrigen Bundesland Hessen, einschließlich der Großstädte, und seit 2017 auch mit den westdeutschen Flächenländern.

Insgesamt überlagern sich in Marburg verschiedene **strukturelle Wanderungsfaktoren**, deren jeweiliges Gewicht sich in den letzten Jahren allerdings verschoben hat. Während die Bildungszuwanderung rückläufig war und deutliche Verluste bei den 18 bis 25-Jährigen hervorruft, verstärkt sich die – auch Wohneigentums-suchende - Abwanderung in die Region.

Ungebrochen entwickelt sich der Fortzugsüberschuss bei den Berufseinsteigerinnen und -einsteigern, vor allem den Uni-Absolventinnen und -absolventen, oft in die hessischen und bundesweiten Ballungsräume.

3.4. Bevölkerungsstrukturen und -entwicklungen in den Ortsteilen

Nachfolgend wird als Teil der sozial- und milieuräumlichen Analyse auf **Ortsteilebene** die Bevölkerungsentwicklung und -struktur nachgezeichnet. Ein zusätzliches Augenmerk gilt den beiden wichtigen Gruppen der ausländischen Zuwanderer, einschließlich ihrer Herkunftsgebiete und Altersstruktur sowie den Studierenden, insbesondere jenen, die Marburg als Wohnort angeben. Diese (Teil-)Strukturen überlagern und ergänzen sich zumindest teilweise. Durch die in den weiteren Kapiteln vorgenommene Einbeziehung von weiteren Sozial- und Milieudaten rundet sich das sozialräumliche Bild ab.

Ortsteil	Bis u 16	16 bis 29	30 bis 39	40 bis 49	50 bis 64	65+	2020
211 - Altstadt	3,59	65,87	12,35	4,80	7,67		5,72
212 - Weidenhausen	6,61	43,52	15,69	8,21	15,62		10,35
213 - Campusviertel	4,86	53,43	15,31	6,48	8,40		11,51
214 - Südviertel	8,91	39,55	15,06	8,96	15,58		11,94
221 - Grassenberg	9,54	36,62	12,39	9,11	14,37		17,97
222 - Ockershausen	11,51	24,13	13,65	9,92	19,47		21,32
223 - Stadtwald	15,27	38,87	13,33	10,00	14,87		7,67
231 - Nordviertel	7,46	51,31	14,25	6,56	10,49		9,92
232 - Waldtal	15,33	39,04	13,33	7,56	14,96		9,78
233 - Ortenberg	10,48	34,58	15,00	10,09	15,60		14,25
234 - Lahnberge	0,00	26,67	0,00	26,67	46,67		0,00
241 - Südbahnhof	11,59	33,72	14,07	8,85	16,02		15,75
242 - Hansenhaus	10,05	33,53	14,09	9,39	17,65		15,28
243 - Oberer Richtsberg	20,91	20,50	12,65	11,14	18,20		16,60
244 - Unterer Richtsberg	16,14	29,05	13,99	9,99	17,09		13,74
311 - Wehrda	12,27	26,53	12,70	10,55	19,00		18,95
321 - Marbach	12,94	27,06	13,67	11,52	16,42		18,39
322 - Michelbach	20,32	12,99	12,25	14,94	23,90		15,59
323 - Wehrshausen	14,52	15,27	7,19	9,43	26,95		26,65
324 - Dagobertshausen	12,68	20,85	7,89	10,14	18,87		29,58
325 - Elnhausen	14,64	14,35	10,62	13,21	25,36		21,82
326 - Dilschhausen	10,18	16,77	14,37	15,57	25,15		17,96
331 - Cyriaxweimar	14,50	17,66	9,29	13,75	22,49		22,30
332 - Haddamshausen	13,25	15,06	11,65	11,24	27,51		21,29
333 - Hermershhausen	15,01	19,34	12,72	13,23	23,66		16,03
341 - Ginseldorf	14,64	14,23	13,25	10,60	28,45		18,83
342 - Bauerbach	14,25	20,27	13,64	10,21	25,69		15,93
343 - Schröck	16,09	16,49	10,11	14,66	23,56		19,08
344 - Moischt	14,00	15,72	11,47	12,20	24,30		22,31
351 - Cappel	13,58	19,16	12,66	10,68	21,14		22,79
352 - Ronhausen	12,08	13,04	9,66	12,56	27,54		25,12
353 - Bortshausen	12,55	11,69	12,55	12,55	29,87		20,78
354 - Gisselberg	16,11	17,49	11,66	14,40	22,51		17,83
MARBURG	12,04	31,52	13,28	9,84	17,43		15,89
							(stark) unterrepräsentiert
							(stark) überrepräsentiert

Tabelle: Altersstruktur der Bevölkerung Anfang 2021 in den Ortsteilen, Anteile in %. Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Daten der Stadt Marburg

Zwischen den Ortsteilen zeigt sich sowohl im Hinblick auf die Altersstruktur (Diagramm und Tabelle oben), Anteil und Entwicklung der Zuwanderung sowie bei den Anteilen von Studierenden ein sehr heterogenes Bild, das sich teilweise in den letzten Jahren weiter verstärkt hat, auch als Folge abweichender kleinräumig Wohnungsmarktbedingungen. In einigen Fällen ist es zu signifikanten Konzentrations- bzw. Segregationstendenzen gekommen, die sich mit Hilfe von Indices quantifizieren lassen. Diese können zu einer Verfestigung sozial-räumlicher Problemlagen in sozial belasteten Ortsteilen beitragen.

Ortsteil	0 - 5	6 - 10	11 - 15	16 - 20	21 - 25	26 - 30	31 - 35	36 - 40	41 - 45	46 - 50	51 - 55	56 - 60	61 - 65	66 - 70	71 - 75	76 - 80 81 - 85			Ver. Ew gesamt
	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	86 u.ä.	
211 - Altstadt	-33	13	-7	-3	-46	-53	-88	-38	-12	-60	-45	-2	-15	13	6	-13	18	1	-364
212 - Weidenhausen	-8	-2	-7	2	12	-53	0	5	-23	-19	-17	-1	9	20	9	9	9	0	-55
213 - Campusviertel	7	-8	-18	-9	-65	-67	35	-2	-30	-12	-26	-2	11	-6	-14	8	17	2	-179
214 - Südviertel	10	-3	-36	-18	-44	-112	-113	-24	-39	-144	-61	45	30	65	-3	21	18	-33	-441
221 - Grassenberg	-23	6	2	-5	-49	-48	-34	-24	-52	-38	-8	-14	-13	7	-15	-7	37	21	-257
222 - Ockershausen	-27	-2	15	-20	-46	-100	-28	39	-19	-102	-28	26	28	34	-28	17	28	-3	-216
223 - Stadtwald	-1	2	-25	18	-24	-21	-6	9	-20	0	-17	39	0	16	-6	8	9	0	-19
231 - Nordviertel	35	17	1	14	-102	77	33	36	23	-38	-14	20	-30	35	-6	-18	26	-9	100
232 - Waldtal	21	13	-8	-46	-94	37	11	13	12	-21	-7	-19	11	18	2	-12	13	-1	-57
233 - Ortenberg	-19	10	-7	-27	-25	-48	-55	-19	-45	-37	-20	12	-25	43	-11	-5	25	-6	-259
234 - Lahnberge	-2	-1	-1	0	0	-1	-2	-2	0	3	-1	1	3	0	0	0	0	0	-3
241 - Südbahnhof	16	20	3	-1	-39	3	4	7	-26	-6	4	15	-11	1	-15	20	1	-9	-13
242 - Hansenhaus	20	26	-15	20	-163	-40	-16	36	7	-90	-52	40	-21	77	-28	-32	29	-9	-211
243 - Oberer Richtsberg	75	19	65	-31	-84	-57	16	-10	18	-45	-91	8	15	53	-27	-47	36	-16	-103
244 - Unterer Richtsberg	32	14	13	-5	-37	9	19	31	5	19	-26	20	53	30	9	-9	-1	24	200
311 - Wehrda	47	1	0	-113	-123	-53	29	-22	-37	-82	-38	-2	23	20	-39	-53	21	16	-405
321 - Marbach	-3	1	11	-3	-92	-37	-24	-42	-20	-32	-22	27	-28	4	-23	-39	49	7	-266
322 - Michelbach	43	-28	53	-17	-13	-26	27	-1	-26	-20	35	-4	60	25	-8	-8	14	17	123
323 - Wehrshausen	4	-7	13	7	-1	7	-16	2	-18	-22	-26	18	7	0	-2	-12	13	1	-32
324 - Dagobertshausen	1	8	-7	9	6	-9	-19	-6	3	-12	-1	-1	-15	3	5	-2	11	-4	-30
325 - Elnhausen	-8	6	2	-8	-42	0	-15	-4	-11	-26	12	-21	22	15	-20	11	19	1	-67
326 - Dilschhausen	-1	0	-2	3	-7	-7	-4	0	0	3	-8	8	0	5	1	-2	0	1	-10
331 - Cyriaxweimar	-10	-4	-3	2	-6	5	-11	-10	-22	4	-12	14	-1	-4	4	3	1	-2	-52
332 - Haddamshausen	13	-2	-1	-13	-12	-4	0	4	-10	-7	-14	5	9	2	-1	11	0	1	-19
333 - Hermershausen	10	2	-19	2	-2	-11	5	3	1	-12	-4	12	-6	16	-2	-9	8	-4	-10
341 - Ginseldorf	-5	-6	2	-6	-39	-19	1	-3	-6	-38	-29	27	8	31	-5	-3	-3	6	-87
342 - Bauerbach	6	-15	5	-32	-36	-38	-11	0	-25	-44	-30	7	52	-3	-17	10	6	-3	-168
343 - Schröck	-27	3	-2	-25	-18	-12	-30	-36	-5	0	-56	56	1	21	-9	-12	10	4	-137
344 - Moischt	10	-4	-14	-2	-39	-30	-5	-2	-36	-18	10	-2	-6	31	-2	-17	9	-9	-126
351 - Cappel	-40	-26	-44	-222	-234	-138	-95	-46	-97	-139	-128	81	6	18	-10	-48	77	27	-1.058
352 - Ronhausen	6	-6	3	-4	-3	0	0	-10	4	-12	0	3	-3	4	2	-4	10	-3	-13
353 - Bortshausen	-8	4	2	-11	4	-3	0	-11	-7	-16	19	-3	3	2	-2	-8	4	-1	-32
354 - Gisselberg	-11	3	-6	-8	-31	-1	1	-11	-23	-10	0	27	4	13	-16	1	16	6	-46
MARBURG	130	54	-32	-552	-1.494	-850	-391	-138	-536	-1.073	-701	440	181	609	-271	-241	530	23	-4.312

Tabelle: Veränderung der Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner nach Altersgruppe und Ortsteil, 1.1.2016 bis 1.1.2021 (Quelle: Eigene Darstellung, Daten der Stadt Marburg) – Im Anhang Tabelle mit Veränderung der Bevölkerung nach Nationalität und Alter

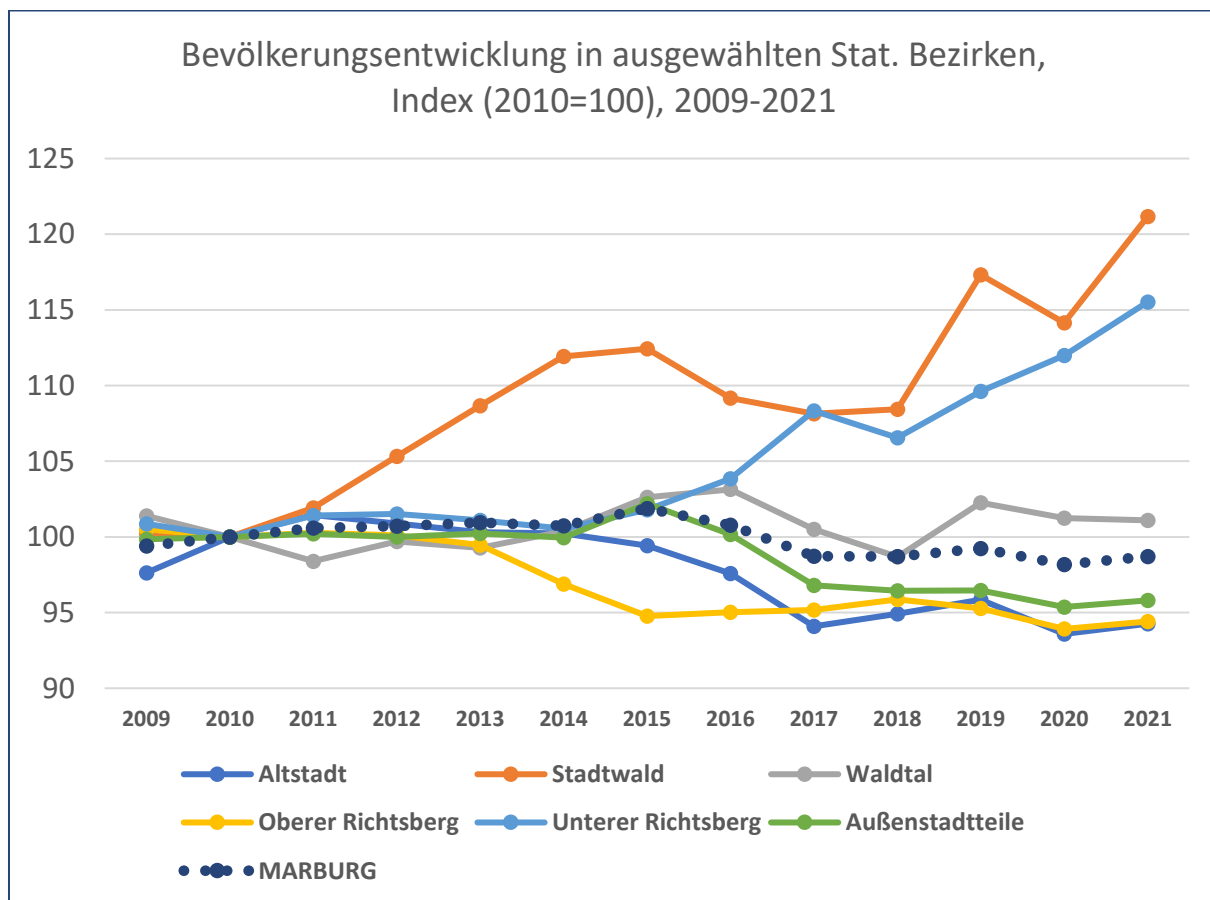
In den meisten Ortsteilen ist die Bevölkerung seit 2015 zurückgegangen, was allerdings ganz überwiegend durch die Abnahme der deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger verursacht wurde. Dem steht in den meisten Ortsteilen ein unterschiedlich starker Zuwachs von Ausländerinnen und Ausländern gegenüber. Dieser konnte den Verlust bei den deutschen Staatsangehörigen allerdings nur teilweise kompensieren (siehe Tabellen und Diagramm).

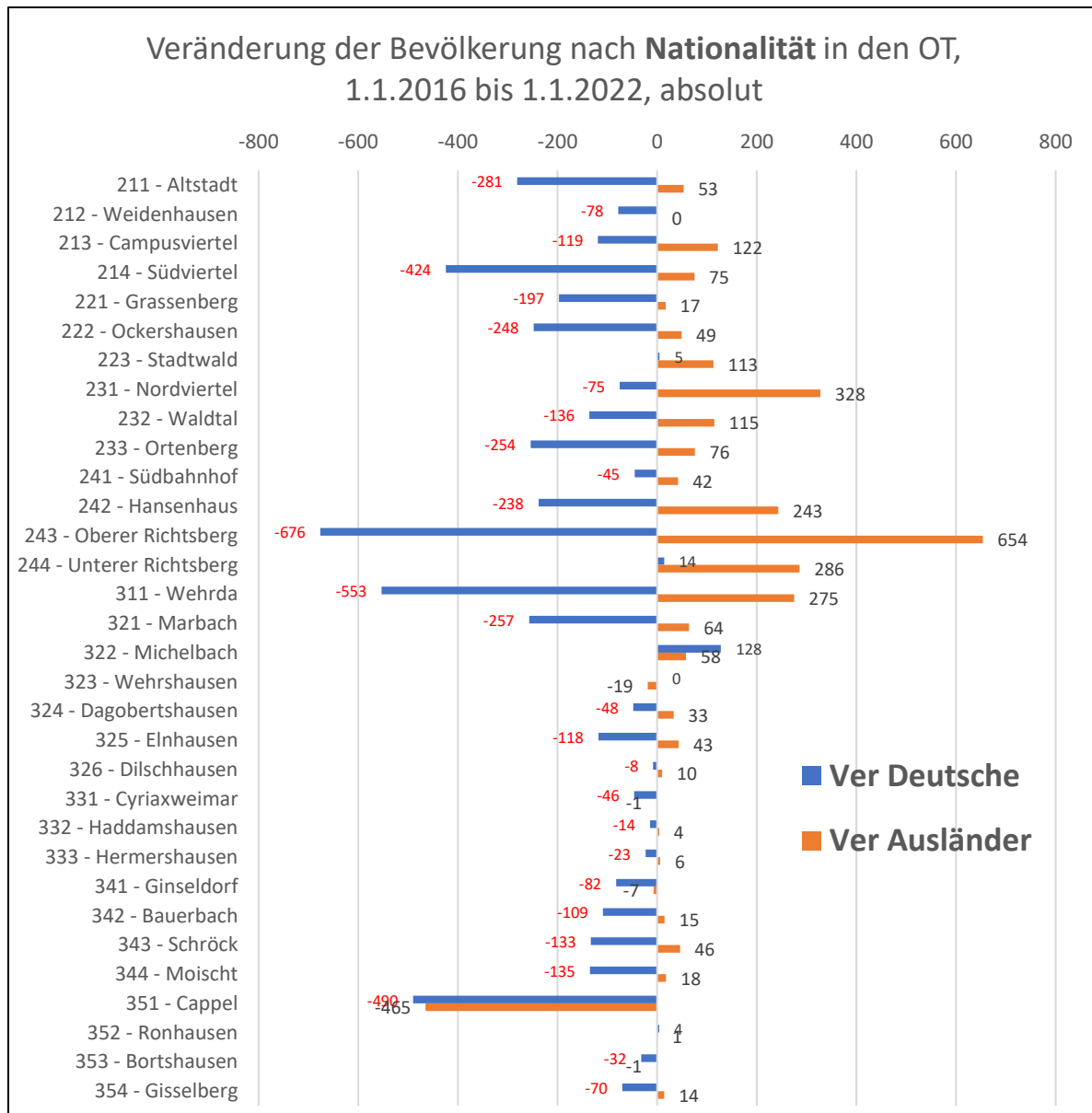
Im Jahr 2021 hat sich die Bevölkerungsentwicklung insgesamt stabilisiert, wobei einem positiven Saldo bei Ausländerinnen und Ausländern ein wanderungsbedingter Rückgang bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gegenüberstand.

Im Saldo der vergangenen sechs Jahre hat die Stadt Marburg mehr als 4.700 deutsche Staatsangehörige verloren und gut 2.200 Ausländerinnen und Ausländer hinzugewonnen.

Index Bevölkerungsentwicklung, 2010 = 100, 2009-2021	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Altstadt	97,6	100,0	101,4	100,9	100,3	100,2	99,4	97,6	94,1	94,9	95,8	93,6	94,3
Weidenhausen	94,4	100,0	99,9	98,6	101,6	102,0	100,1	99,1	98,5	100,1	101,2	99,2	95,0
Campusviertel4	99,3	100,0	100,2	100,6	100,3	99,4	98,2	98,0	96,7	94,3	94,1	93,7	98,4
Südviertel	98,5	100,0	101,1	100,7	100,2	100,8	101,2	101,3	99,3	98,3	99,0	97,9	96,6
Grassenberg	100,6	100,0	101,4	103,1	101,8	100,1	102,1	98,5	96,3	96,5	95,0	96,1	96,0
Ockershausen	99,7	100,0	100,9	102,2	102,4	102,6	103,5	103,3	100,4	100,0	101,2	100,0	99,1
Stadtwald	100,2	100,0	101,9	105,3	108,7	111,9	112,4	109,2	108,1	108,4	117,3	114,1	121,2
Nordviertel	97,7	100,0	99,1	102,1	105,0	107,9	111,5	111,7	113,5	116,6	118,4	117,4	117,6
Waldtal	101,4	100,0	98,4	99,7	99,3	100,4	102,6	103,1	100,5	98,7	102,3	101,2	101,1
Ortenberg	98,1	100,0	102,5	102,0	101,4	100,9	100,0	97,3	95,4	95,6	96,8	94,4	94,2
Lahnberge	107,7	100,0	92,3	69,2	65,4	76,9	69,2	42,3	65,4	46,2	42,3	57,7	42,3
Südbahnhof	98,5	100,0	102,2	102,8	106,1	107,6	106,6	106,1	102,6	105,3	107,4	107,3	106,3
Hansenhäuser	99,8	100,0	101,1	100,2	100,9	99,2	102,2	102,7	100,6	101,2	100,4	99,5	102,3
Oberer Richtsberg	100,5	100,0	100,3	100,1	99,5	96,9	94,8	95,0	95,2	95,9	95,3	93,9	94,4
Unterer Richtsberg	100,9	100,0	101,4	101,5	101,1	100,5	101,8	103,8	108,3	106,5	109,6	112,0	115,5
KERNSTADT	99,1	100,0	100,8	101,2	101,4	101,2	101,7	101,2	99,9	100,1	100,9	99,9	100,5
Wehrda	100,6	100,0	101,0	100,1	100,8	99,6	100,2	98,2	96,6	96,3	97,1	94,8	95,7
Marbach	98,1	100,0	100,4	100,0	100,1	101,0	101,3	99,0	96,8	96,6	97,2	95,4	95,8
Cappel	100,7	100,0	100,6	100,9	101,7	100,9	1087,9	103,9	97,5	97,4	96,7	96,1	95,4
Außenstadtteile zus.	99,9	100,0	100,2	100,0	100,2	100,0	102,2	100,2	96,8	96,4	96,5	95,4	95,8
MARBURG	99,4	100,0	100,6	100,7	101,0	100,7	101,9	100,8	98,7	98,7	99,2	98,2	98,7

Index der Bevölkerungsentwicklung, Ortsteile, 2009 bis 2021 (2010 = 100)





Auffällig ist in diesem Kontext die abweichende Entwicklung zwischen dem Oberen und dem Unteren Richtsberg. Während am Oberen Richtsberg die Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit stark zurückgegangen ist und ähnlich wie in Stadtwald und Waldtal zu mehr als 80 % durch ausländische Zuwanderungen ausgeglichen wurde, blieb die Zahl der am Unteren Richtsberg nahezu unverändert. Hohe Verluste bei deutschen Staatsangehörigen waren auch in Cappel, Wehrda sowie im Südviertel festzustellen.

Altersstrukturell ist bis Ende 2020 in allen Ortsteilen der Anteil der Seniorinnen und Senioren über 65 Jahren um bis zu 5,7 Prozentpunkte (Marburg: 1,7 PP) angestiegen, während die Veränderung des Anteils der übrigen Altersgruppen stark variiert. Innerhalb der **Kernstadt** ist nur in der Altstadt der Anteil der 16 bis 29-Jährigen weiter gestiegen - um 3,1 Punkte -, während er in Marburg insgesamt (-2 Punkte) rückläufig war. Hier wirkt sich die **gestiegene teilsräumliche Konzentration der Studierenden** deutlich aus – angesichts rückläufiger Studentenzahlen und begrenztem Wohnangebot sowie steigenden Mieten mit allerdings unklaren Perspektiven. Familien oder Alleinerziehende mit Kindern stellen in den studentisch geprägten Vierteln nur einen sehr geringen Bevölkerungsanteil, insbesondere in der Altstadt.

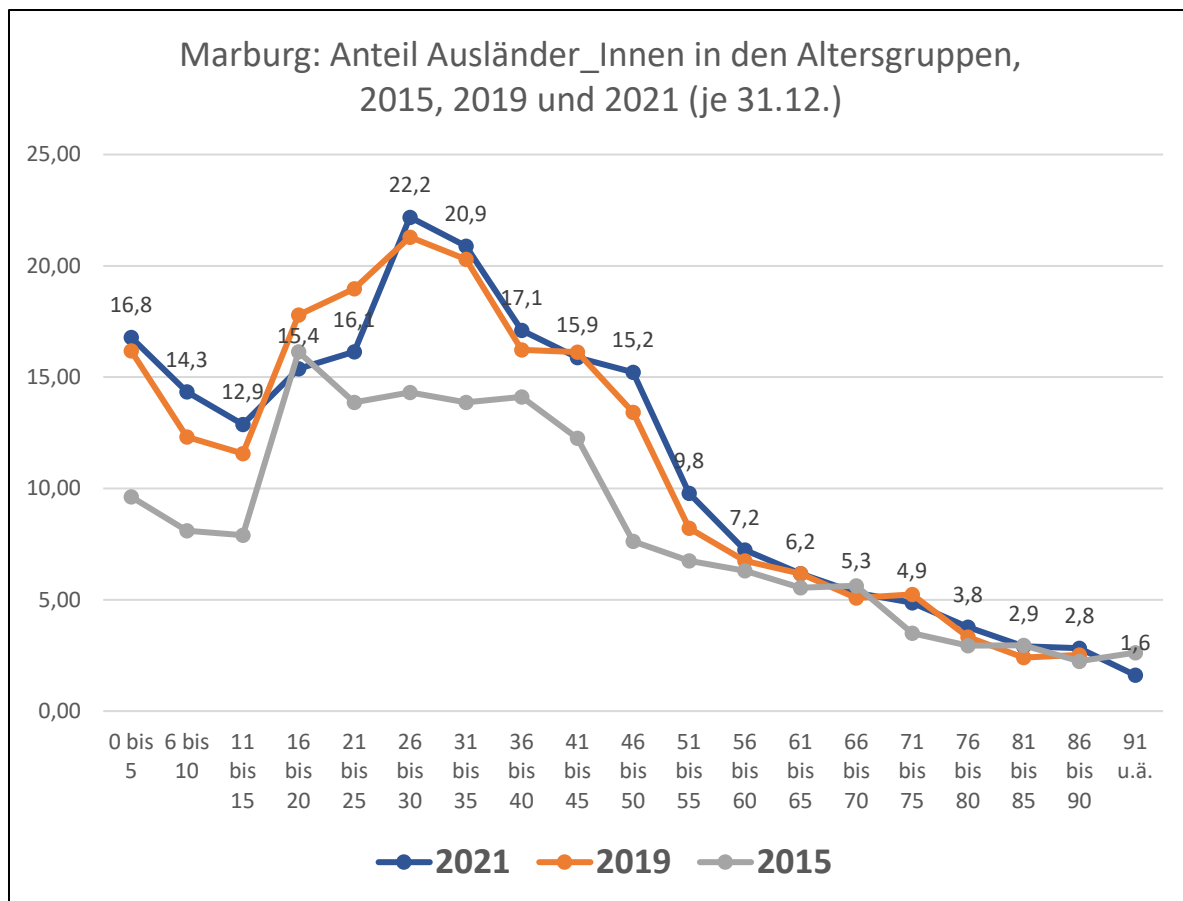


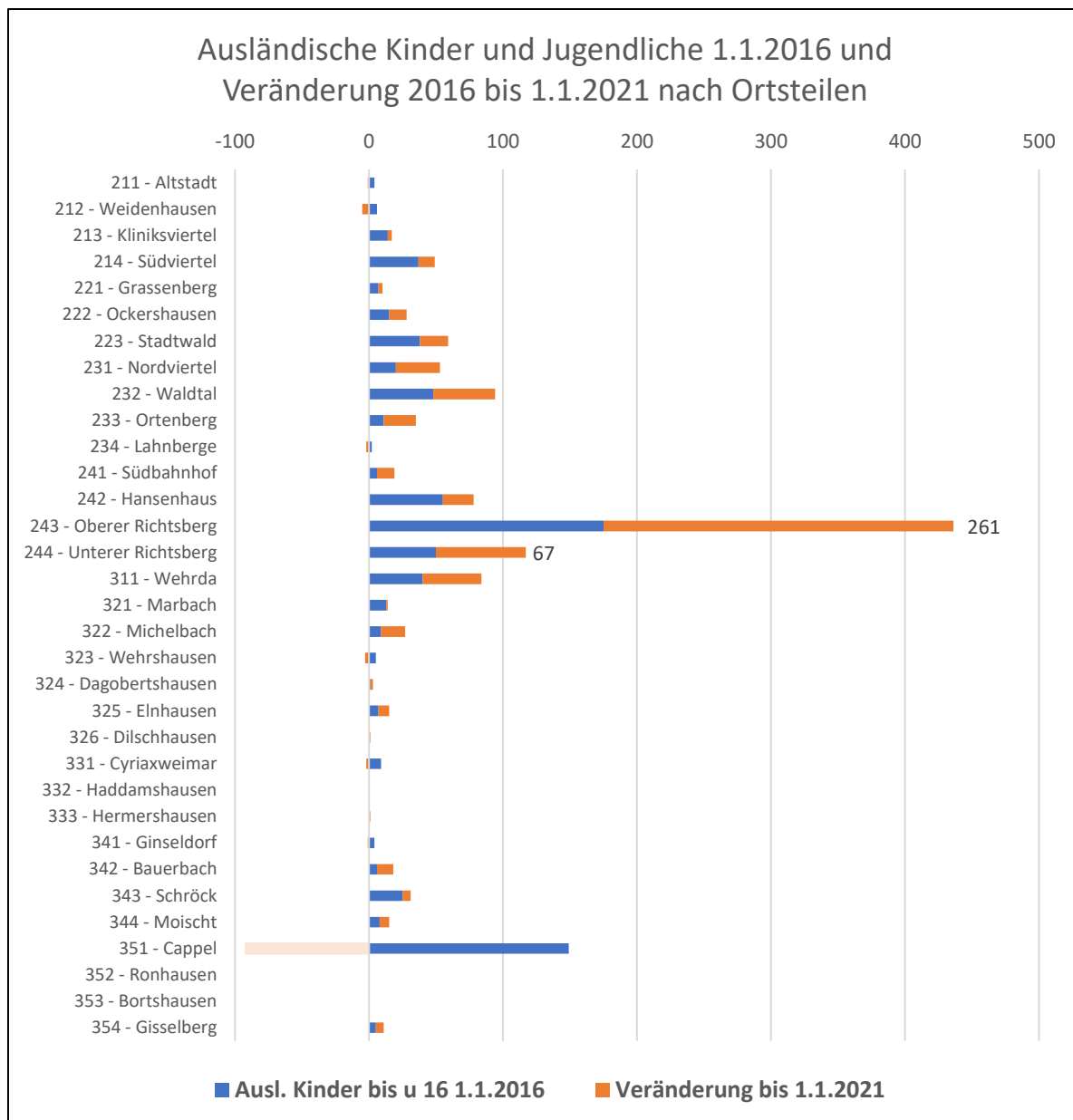
Diagramm: Anteile von Ausländerinnen und Ausländern in den Altersgruppen, 2015, 2019 und 2021

Die dargestellten Veränderungen in der Altersstruktur wirken sich entsprechend auf die Veränderung des Anteils ausländischer Zugewanderter in den Altersgruppen aus. Besonders stark hat dieser Anteil in den Altersgruppen der Vorschulkinder und der 26 bis 35-Jährigen zugenommen, also häufig bei Familien mit Kindern.

Am **Oberen Richtsberg** hat sich der Anteil der ausländischen Kinder unter sechs Jahren von 2015 bis 2020 mehr als verdoppelt. Auf die vier sozial schwächeren Ortsteile – Oberer und Unterer Richtsberg, Waldtal und Stadtwald - entfallen drei Viertel des Anstiegs an ausländischen Kindern und Jugendlichen in Marburg seit 2016. Viele kleinere Außenstadtteile, mit Ausnahme von Wehrda, haben dagegen seit 2015 kaum eine Veränderung der Zahl der nichtdeutschen Bürgerinnen und Bürger erlebt.

Entsprechend ist die **Segregation** ausländischer Kinder und Jugendlicher auf Ortsteilebene von 38,5 % in 2015 auf 40,9 % Anfang 2021 angestiegen; das heißt, zwei von fünf ausländischen Kindern müssten in einen anderen Ortsteil umziehen um eine Gleichverteilung dieser Gruppe im Stadtgebiet herzustellen.

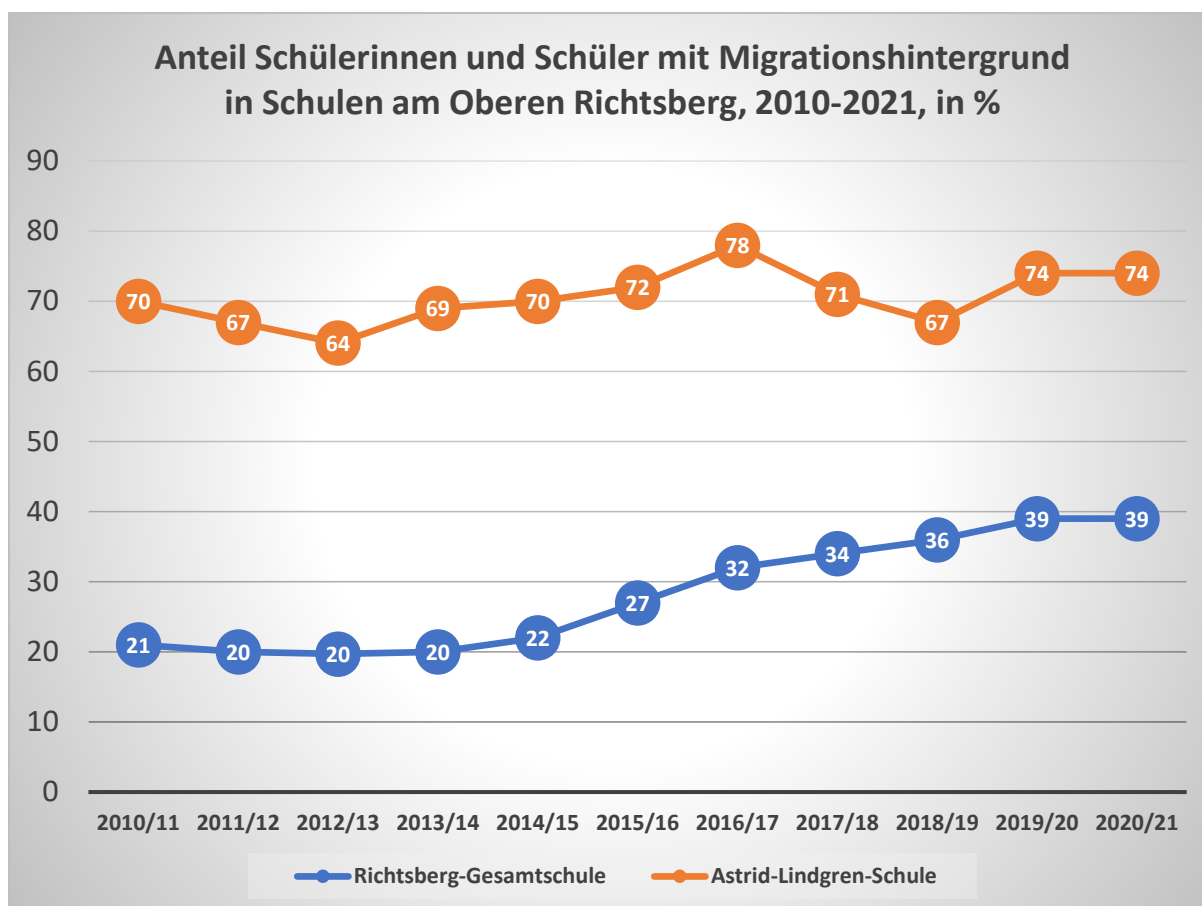
Die erhebliche Segregation ist bei Kindern bzw. Familien mit Kindern grundsätzlich stärker ausgeprägt als in der Gesamtbevölkerung. Besonders ungleich verteilen sich teilträumlich und bundesweit Kinder in Haushalten mit SGB-II-Bezug und Zuwanderungsgeschichte, wie auch in Marburg festzustellen ist.



Diese Konzentration sozial benachteiligter Kinder hat das Potenzial, sich negativ auf die **Integrations- und Lebenschancen** der jungen Bewohnerinnen und Bewohner in diesen Quartieren auszuwirken²².

Am **Oberen Richtsberg** weist vor allem die Astrid-Lindgren-Grundschule seit etlichen Jahren einen hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund auf, der aber, anders als in der Gesamtschule Richtsberg, nur einen geringen Zusatzimpuls durch die Fluchtzuwanderung vor allem seit 2015 erhalten hat.

²² Vgl. Helbig, M., Jähnen, S.: *Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten*. Discussion Paper P 2018–001, WZB Berlin, Berlin 2018; Jeworutzki, S.: *Segregation und Bildungsteilhabe in NRW*. Impulsforum1: Soziale und ethnische Segregation in NRW. Bochum, Ruhr-Universität Bochum/ZEFIR, 14.11.2017 <https://docplayer.org/112577948-Segregation-und-bildungsteilhabe-in-nrw.html>; Parade, R., Heinzel, F. *Sozial-räumliche Segregation und Bildungsungleichheiten in der Grundschule – eine Bestandsaufnahme*. ZfG 13/ 2020, S. 193–207. <https://doi.org/10.1007/s42278-020-00080-w>; Nonnenmacher, A.: *Städtische Armutsquartiere und Bildung*. In T. Coelen, A. J. Heinrich & A. Million (Hrsg.), *Stadtbaustein Bildung*. Wiesbaden: Springer VS 2015, S. 137–145



Quelle: Stadt Marburg

Angesichts des hohen Anteils von Vorschulkindern in diesen Quartieren, insbesondere am Richtsberg, ist aber bei gleichbleibender Wohnverteilung mit einem weiteren Anstieg dieses Anteils zu rechnen.

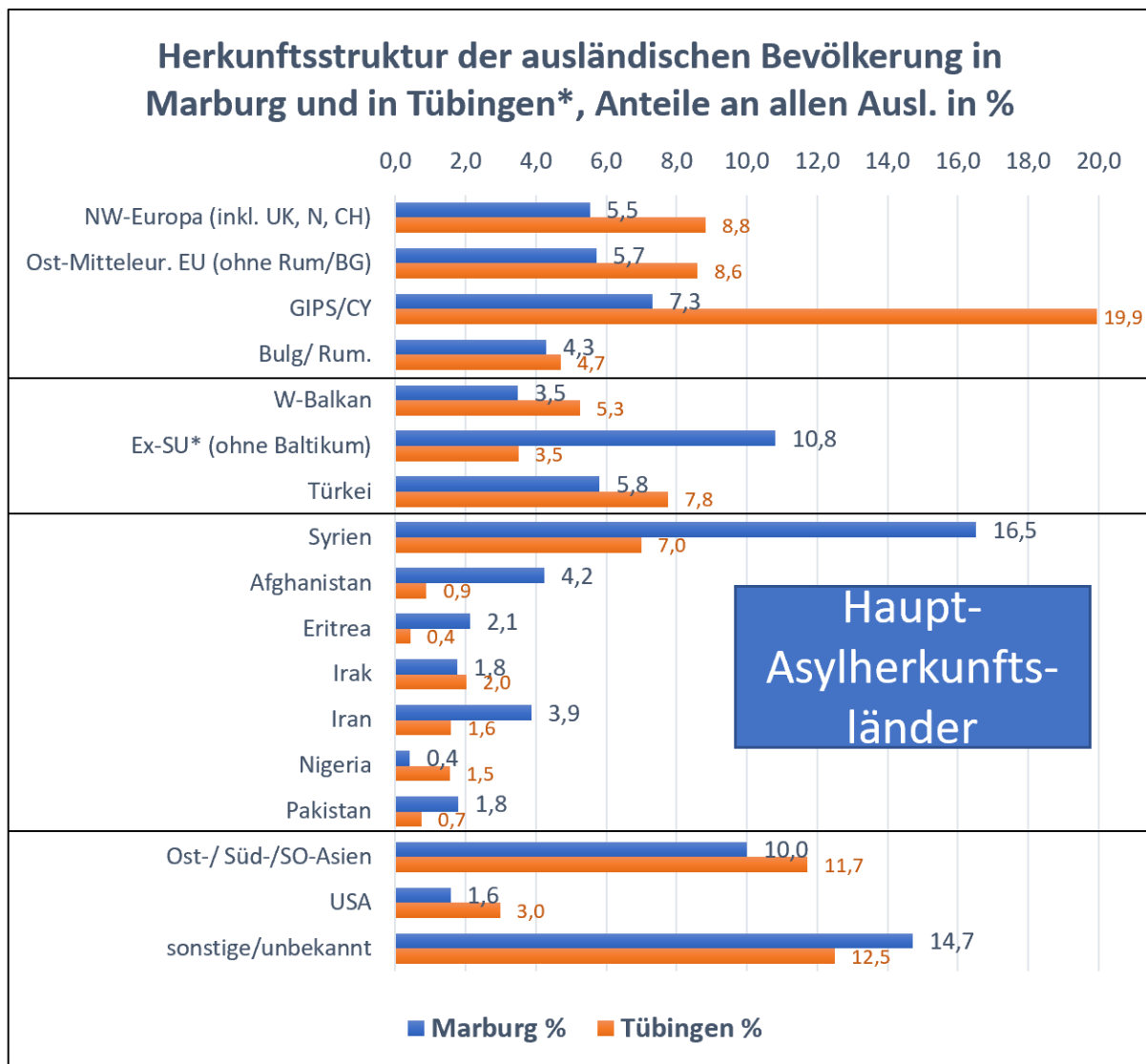
3.5. Vielfältige Herkunftsstrukturen der Ausländerinnen und Ausländer in Marburg

Die Milieuzugehörigkeit überlagert in Fragen von Lebensgestaltung und typischen Einstellungen grundsätzlich die ethnische und religiöse Herkunft von Zugewanderten, doch in Marburg sind teilweise auch spezifische räumliche Zusammenhänge zwischen Herkunft und Lebenswelt bzw. Milieuzugehörigkeit zu erkennen. Dies gilt insbesondere für die Fluchtzuwanderung der vergangenen Jahre, hat aber auch viel mit dem lokalen und regionalen Arbeitsplatzangebot oder dem auch von Bildungsausländerinnen und -ausländern genutzten Hochschulstandort zu tun.

Insgesamt belegt Marburg mit einem **Anteil von Nichtdeutschen von 13,6 % Mitte 2021** in Hessen nur den 112. Rang unter den Kommunen, was bereits auf die **niedrige Repräsentanz bestimmter (Herkunfts-) Gruppen** hindeutet – obwohl insgesamt 140 Staatsangehörigkeiten vertreten sind.

Wie die folgenden Diagramme verdeutlichen, weicht die Zusammensetzung der nichtdeutschen Bevölkerung erheblich von den Strukturen im gesamten Land oder auch jenen in der strukturähnlichen Universitätsstadt Tübingen ab²³.

²³ Quelle: Ausländerbehörde Marburg und AZR (Ausländerzentralregister). - Die Stadt Gießen bleibt aufgrund ihrer besonderen Rolle bei der Erstaufnahme von Geflüchteten hier unberücksichtigt.

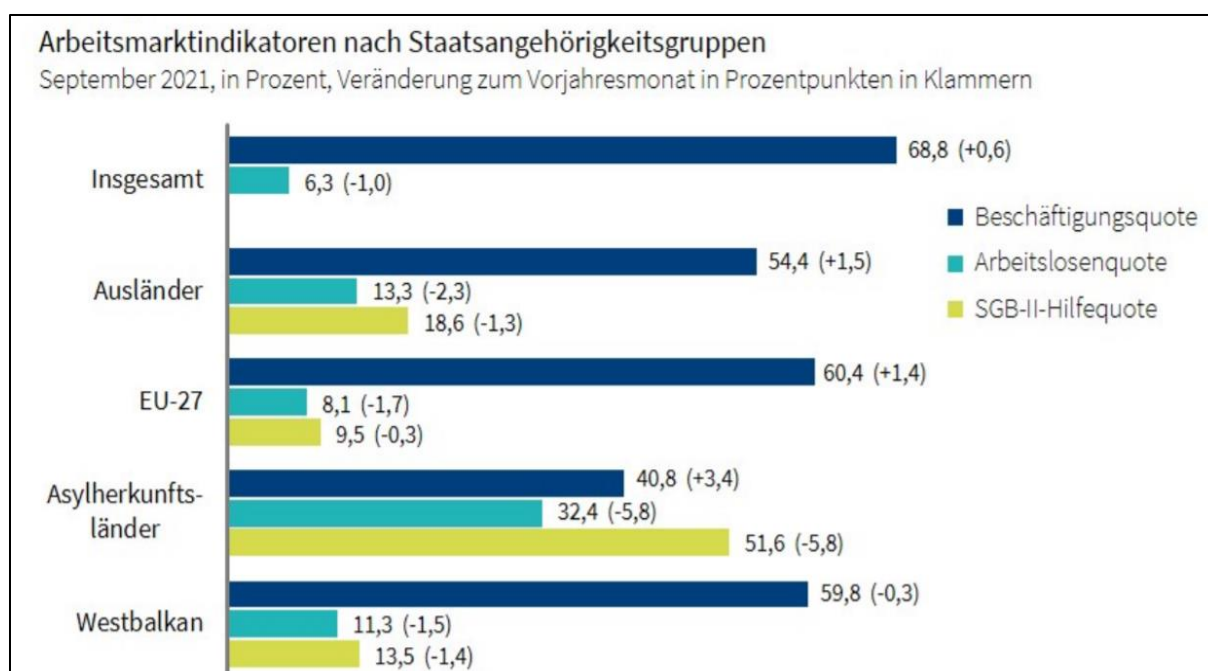


In Marburg stammt ein Drittel der Nichtdeutschen aus einem der acht **Haupt-Asylherkunftsländer** (HKL). Dieser Anteil ist mehr als doppelt so hoch als im Bundesmittel und auch erheblich höher als in **Tübingen** (siehe Diagramm oben und Anhang, Diagramm 3). Im Oberzentrum Marburg leben 31 % aller Nichtdeutschen und mehr als die Hälfte der Personen aus den Asyl-Herkunftsländern (HKL) innerhalb des Landkreises Marburg-Biedenkopf.

Stark überrepräsentiert sind in der Stadt auch Bewohnerinnen und Bewohner aus den ehemaligen Teilrepubliken der UdSSR (ohne Baltikum), sowie aus Ost- und Südostasien, was auch mit ihrem Anteil unter den Studierenden zusammenhängen dürfte, wie die Teilraumanalyse zeigt. Knapp 49 % der Nichtdeutschen in Marburg sind weiblich, unter den Zugewanderten aus den Haupt-Asylherkunftsländern liegt dieser Anteil bei 41 %.

Erheblich **unterrepräsentiert** sind dagegen Bewohnerinnen und Bewohner aus nahezu allen Teilen der **Europäischen Union**, die es auf einen Gesamtanteil von 23 % bringen, aber auch Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit. Deren Anteil beträgt 5,8 % und ist damit weniger als halb so hoch wie in Deutschland insgesamt.

Somit weist Marburg ein Defizit gerade bei jenen Herkunftsgruppen auf, die bundesweit die höchste Beschäftigungsquote aufweisen, wie die nachfolgende Übersicht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung verdeutlicht²⁴. Diese Zahlen bestätigen die relativ geringe Rolle der Arbeitsmigration in und für Marburg – mit Ausnahme des wissenschaftlichen Bereichs.



Arbeitsmarktindikatoren nach Staatsangehörigkeit in Deutschland, September 2021

3.6. Verteilung und residentielle Segregation in den Ortsteilen

Die innerstädtische Verteilung und häufige Segregation unterschiedlicher Herkunftsgruppen von Zugewanderten ist Gegenstand intensiver Debatten über Formen „erfolgreicher Integration“, wobei die Positionen häufig von unterschiedlichen Vorstellungen hinsichtlich der Ansprüche an Integration geprägt sind²⁵. Durch die umfangreiche Fluchtzuwanderung hat diese - keineswegs neue²⁶ - Diskussion, wie zum Thema Wohnsitzauflage bereits erwähnt, erheblich an Fahrt aufgenommen²⁷.

Zum einen wird die Rolle von Ankunftsquartieren („**Arrival City**“) in entsprechend vorbereiteten Städten als Ausgangspunkt für Orientierung und Eingewöhnung sowie eine sukzessive Teilhabe betont. Zum anderen wird jedoch vor einer räumlichen Verfestigung sozio-ökonomischer Benachteiligungsstrukturen gewarnt, die sich bis hin zu Parallelgesellschaften mit geringer werdenden Teilhabechancen entwickeln können.²⁸ Entsprechend „sollte von Seiten der Stadtplanung und Wohnungspolitik alles

²⁴ IAB (Hrsg.): *Zuwanderungsmonitor - Dezember 2021*. Nürnberg 2022, S.2

²⁵ Krüger, K.: *Kommunale Integrationskonzepte. Großstädtische Konzepte im Wandel. kleinstädtisch-ländliche Konzepte im Kommen*. Vhw-Werkstadt Nr. 29, Berlin, Februar 2019

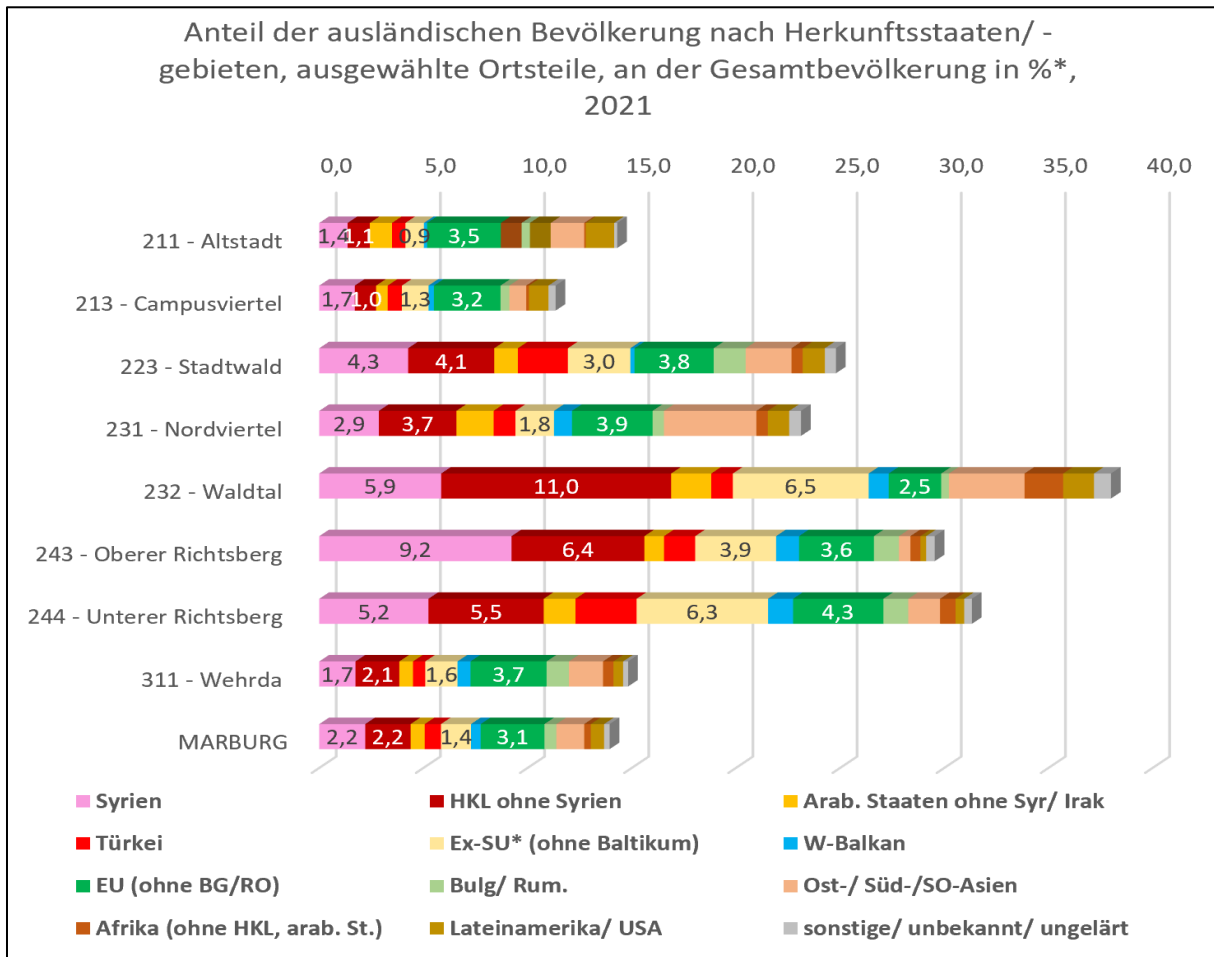
²⁶ Etwa: Friedrich, L.: *Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland*. BAMF, Integrationsreport Nr. 4, 2008.

²⁷ Siehe exemplarisch: Wiegandt, CC.: *Wohnorte von Flüchtlingen in Deutschland – eine Balance zwischen freier Wahl und Zuweisung*. In: Becker M., Kronenberg V., Pompe H. (Hrsg.) *Fluchtpunkt Integration*. Springer VS, Wiesbaden 2018, 299-318; Lauerbach, T., Gödecke-Stellmann, J.: *Segregation, Konzentration, Dekonzentrationsstrukturen von Zuwanderern in deutschen Großstädten*. Stadtforschung und Statistik. Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, 32(2), 2019, 6-13. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-64106-9>

²⁸ Vgl. Saunders, D.: *Arrival City*. Karl Blessing Verlag, 2011; *Die neue Völkerwanderung – Arrival City*. München: Pantheon Verlag 2013; Schmidt, K.: *"Arrival Cities" - Ankommen in Deutschland? Das Konzept "Ankunftsstadt" und seine Übertragbar-*

unternommen werden, um das Ausmaß der räumlichen Konzentration einkommensarmer Bevölkerungsgruppen – zumindest in ihren extremen Formen – abzumildern²⁹, wobei ein verstärktes Engagement im sozial geförderten Wohnungsbau für einkommensschwächere Gruppen in kleinteiliger Streuung empfohlen wird. Ergänzend kann auch mit dezentralen Belegungsrechten gearbeitet werden.

Hinzuzufügen bleibt, dass aussagekräftige und – im zeitlichen Längs- und im räumlichen Querschnitt - vergleichende empirische Studien zu den Folgen unterschiedlicher residentieller Segregation auf Integration und Teilhabe bisher eher selten sind.



Auch in **Marburg** verbinden sich allgemeine sozio-ökonomische Problemlagen und die räumliche Konzentration von Teilen der Zugewanderten. Zunächst soll hier auf die räumliche Verteilung von Migrantinnen und Migranten eingegangen werden, bevor im Folgekapitel weitere Faktoren der sozialen Lage einbezogen werden, so der SGB II und SGB XII-Bezug, die teilräumliche Kaufkraft und der Sozialwohnungsbestand.

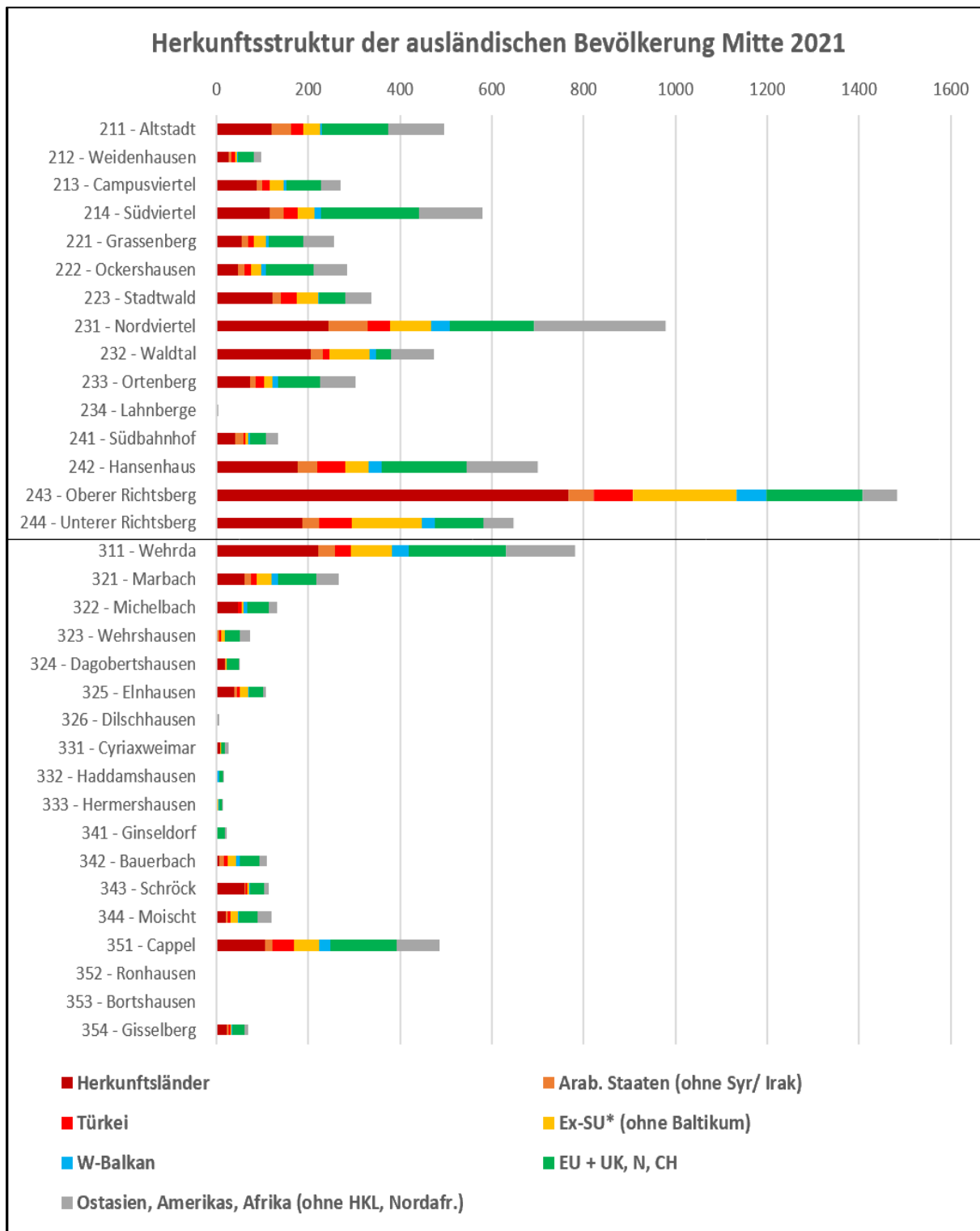
In den vier **sozial schwächeren Ortsteilen** leben 30,5 % aller Nichtdeutschen in Marburg. Stark überproportional vertreten sind Zugewanderte aus den acht wichtigsten Asyl-Herkunftsländern (HKL)³⁰,

keit. Bundeszentrale für politische Bildung 2018 Schulze-Böing, M.: *Stadt der Vielfalt, Stadt in Bewegung. Ankunftsstadt Offenbach am Main: Urbanisierung durch Migration und Nutzungsmischung*. In: Schäfer, K. (Hrsg.): *Aufbruch aus der Zwischenstadt. Urbanisierung durch Migration und Nutzungsmischung*. transcript Verlag 2018. Farwick, A.: *Segregation und Integration – ein Gegensatz?*, Bundeszentrale für politische Bildung, 9.7.2018, <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216880/segregation-und-integration>

²⁹ So Farwick, A., ebd.

³⁰ Datenbasis: Ausländerbehörde Marburg, anonymisierte Straßendaten Mitte 2021 sowie Oktober 2018, Auswertung: vhw.

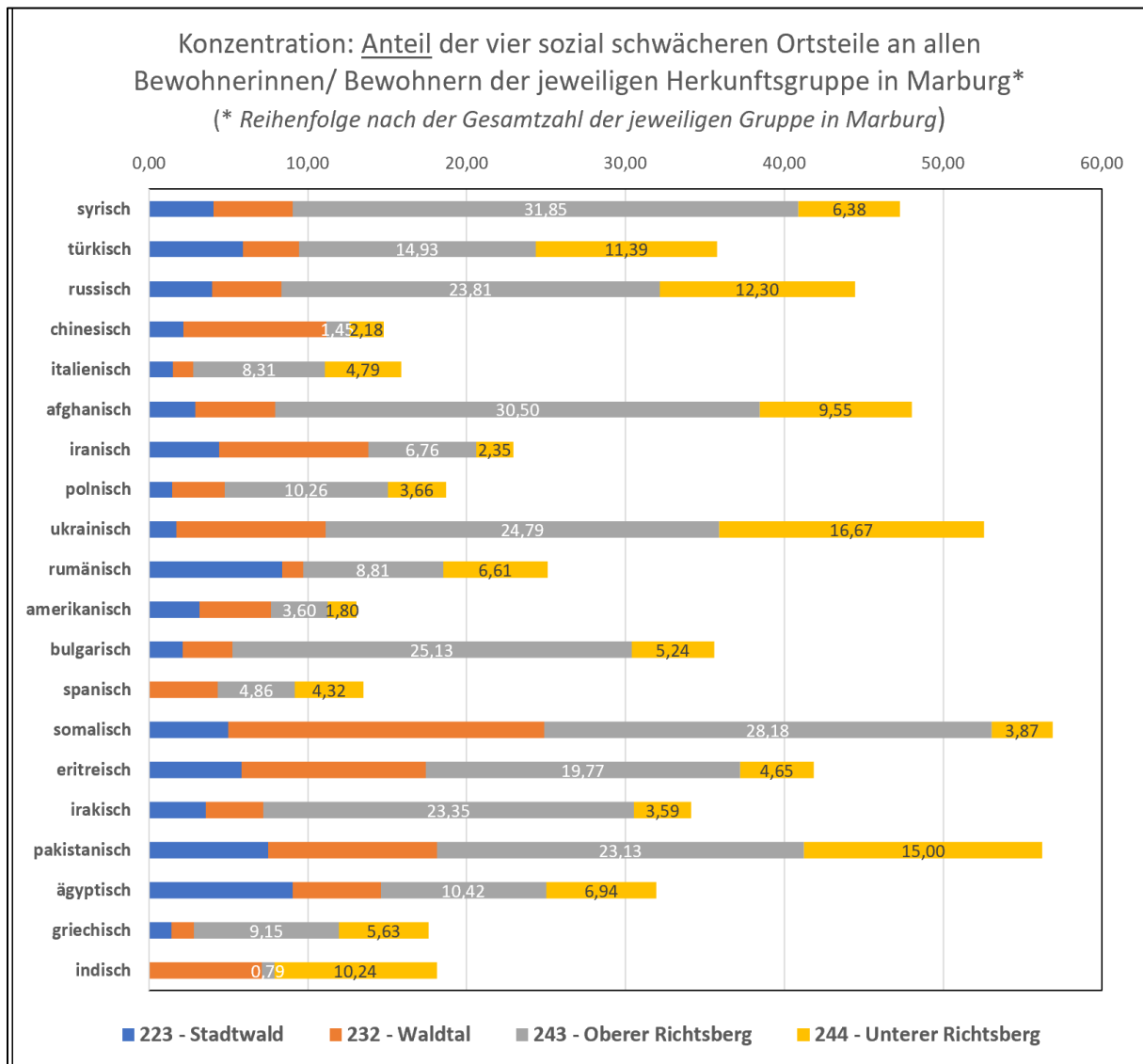
von denen kumuliert 46,2 % in Stadtwald, in Waldtal sowie am Oberen und Unteren Richtsberg wohnen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung variiert zwischen 8,4 % (Stadtwald) bis knapp unter 17 % in Waldtal und am Oberen Richtsberg.



Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten in den OT 2021

In den vier Ortsteilen leben sogar 47 % aller Zugewanderten aus der ehemaligen UdSSR, allein 21 % am Oberen Richtsberg. Sie stellen dort zwischen 3 % und 6,5 % der Bevölkerung. Ausländer/Innen aus der Türkei, Bulgarien oder Rumänien sind in den vier Ortsteilen dagegen nur durchschnittlich bzw. leicht überdurchschnittlich gemeldet; sonstige EU-Bürger/Innen und Bildungsausländerinnen und -ausländer sogar stark unterrepräsentiert.

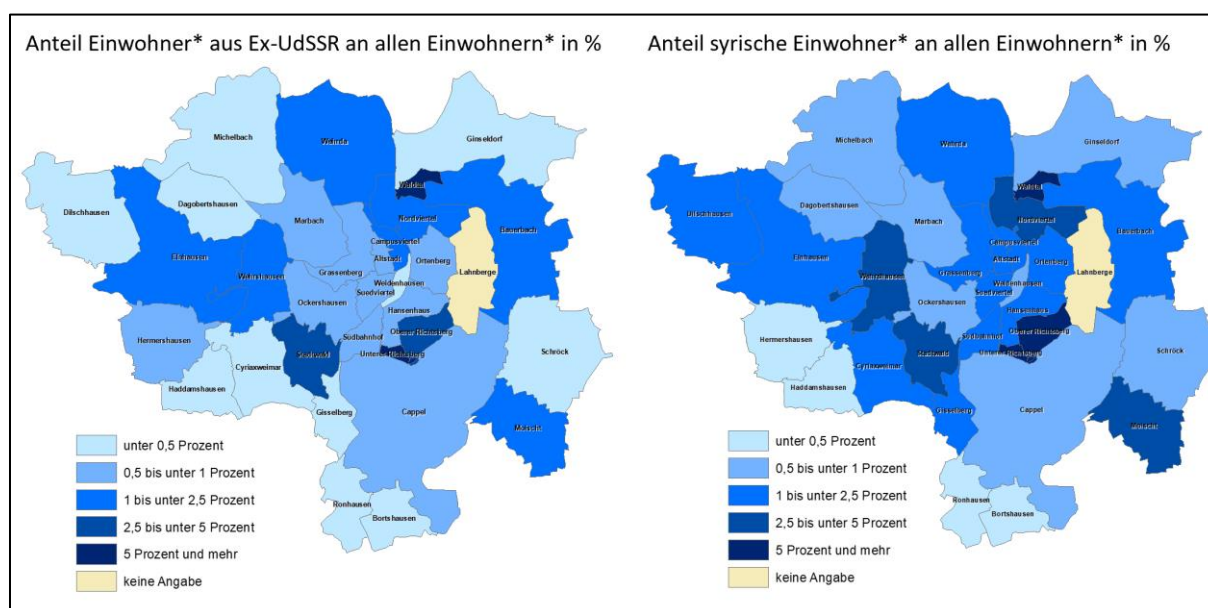
In den übrigen Ortsteilen der **Kernstadt** ist das Bild wesentlich gemischerter, etwa im Nordviertel oder in der Altstadt, wo vor allem Studierende aus verschiedenen Kontinenten zu finden sind. Besonders breit sind Staatsangehörige aus den anderen EU-Ländern verteilt; ein Drittel von ihnen wohnt in den Außenstadtteilen.



Absolute Zahlen. Quellen: AZR; eigene Darstellung. Herkunftsländer: Acht Haupt-Asylherkunftsländer nach BA/BAMF (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien)

Das Diagramm auf der übernächsten Seite dokumentiert die stark abweichende Entwicklung von Zu- und Abwanderung nach Staatsangehörigkeiten zwischen den Ortsteilen. Entsprechend der vorliegenden Datenbasis wurde die Veränderung der Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner aus verschiedenen Herkunftsgebieten dargestellt. Auffällig sind die Verluste in jenen Kernstadt-Ortsteilen mit einem hohen Anteil von Studierenden; teilweise sind alle Gruppen vom Rückgang betroffen, wie in der Altstadt, in Weidenhausen oder im Campusviertel.

Teilweise kann diese Entwicklung neben dem Wunsch zu nachbarschaftlichem Zusammenleben in der Herkunftscommunity auch den vergleichsweise hohen Mietanstiegen und dem Fortzug in andere Stadtteile zugeschrieben werden. Neben einigen Gebieten in der Außenstadt verzeichnen vor allem der Obere und Untere Richtsberg Zuwächse bei Nichtdeutschen. Für diese Zunahme sind vornehmlich Zugewanderte aus Syrien und den übrigen Asyl-Herkunftsländern verantwortlich. So entfällt mehr als die Hälfte des Nettozuwachses bei Syrern auf diese beiden Ortsteile.

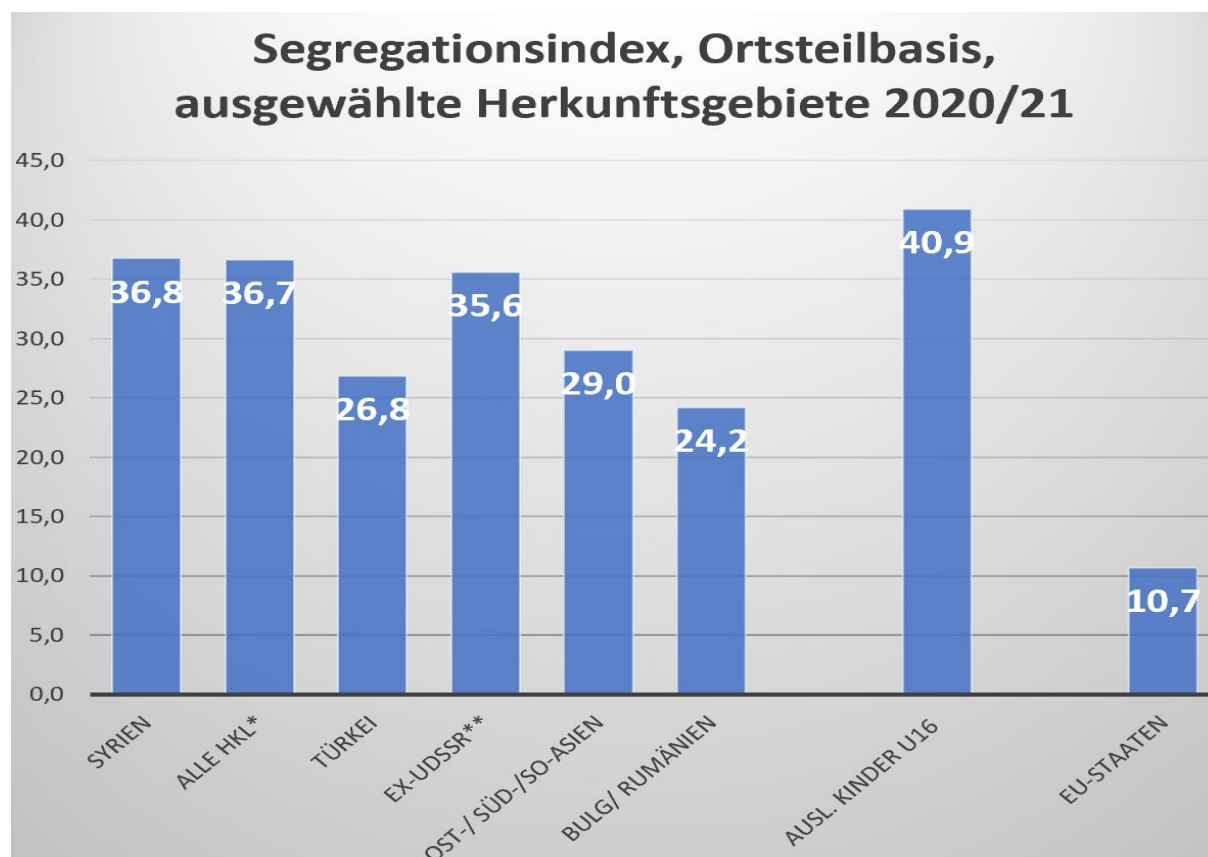


Hier deutet sich bereits eine **zunehmende Segregation bestimmter Zuwanderergruppen** auf Ortsteilebene an. Diese lässt sich mit Hilfe von Segregationsindizes quantifizieren; gemessen wird die Summe der Anteilsabweichungen einzelner Gruppen von ihrem Gesamtanteil in der Stadt. Auch wenn diese Maßzahl aufgrund ihrer – isoliert betrachtet – begrenzten Aussagekraft keineswegs unumstritten ist³¹, gibt sie doch einen wichtigen Einblick in Konzentrationslagen und -entwicklungen.

Die vorliegenden Daten weisen besonders hohe Indexwerte für die Hauptherkunftsländer der Schutzsuchenden, aber auch für das Gebiet der ehemaligen UdSSR aus. Übertroffen werden diese Werte nur von der ungleichen Verteilung der ausländischen Kinder und Jugendlichen in Marburg, also von zugewanderten Familien. Deutlich geringer fallen die Indizes dagegen für Türkei-stämmige Bürgerinnen und Bürger oder Zugezogene aus Südosteuropa oder Asien aus. Nahezu gleichverteilt im Stadtgebiet sind dagegen Ausländer aus den übrigen EU-Staaten.

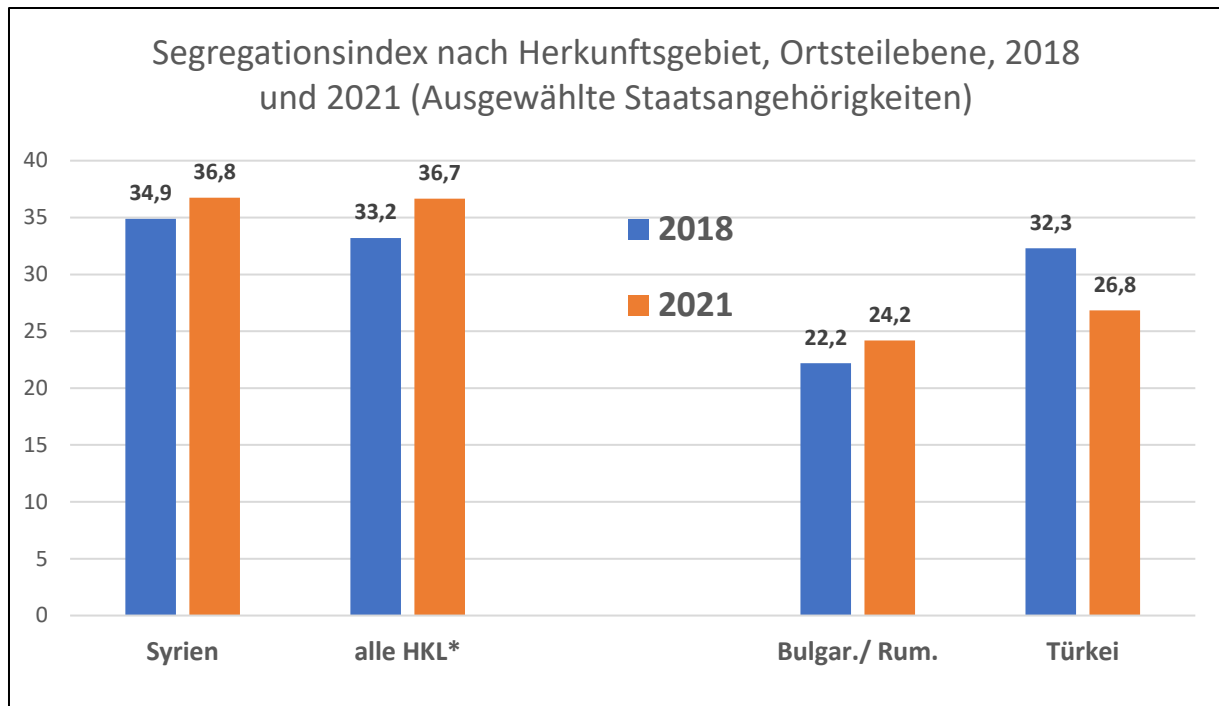
³¹ So etwa Dangschat, J.S. *Residentielle Segregation nach Nationalität – ein Diskurs voller Widersprüche*. Österreichische Zeitschrift für Soziologie 41(S2) 2016, S.81-101.

Von 2018 bis 2021 ist die Segregation, insbesondere der Schutzsuchenden aus den Haupt-Asylherkunftsländern, weiter angestiegen³². Dies ist auch bei Zugewanderten aus Südosteuropa zu beobachten, während sich Türkei-stämmige Bewohner deutlich gleichmäßiger im Stadtgebiet verteilen als 2018. Mögliche Ursachen sind die unterschiedliche Verfügbarkeit und relativen Mietpreise im Stadtgebiet, die ungleiche Verteilung von Sozialwohnungen (siehe unten) oder auch Formen der informellen Anbahnung. Zudem müssen innerstädtische Umzüge zur Verbesserung der Wohnsituation berücksichtigt werden. In zunehmendem Maße verbindet sich die steigende Segregation mit sozio-ökonomischen Entwicklungen in einigen Quartieren, insbesondere in der ab den 1960er Jahren gebauten, später infrastrukturell „nachgerüsteten“ und in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommenen Großwohnsiedlung am Richtsberg.

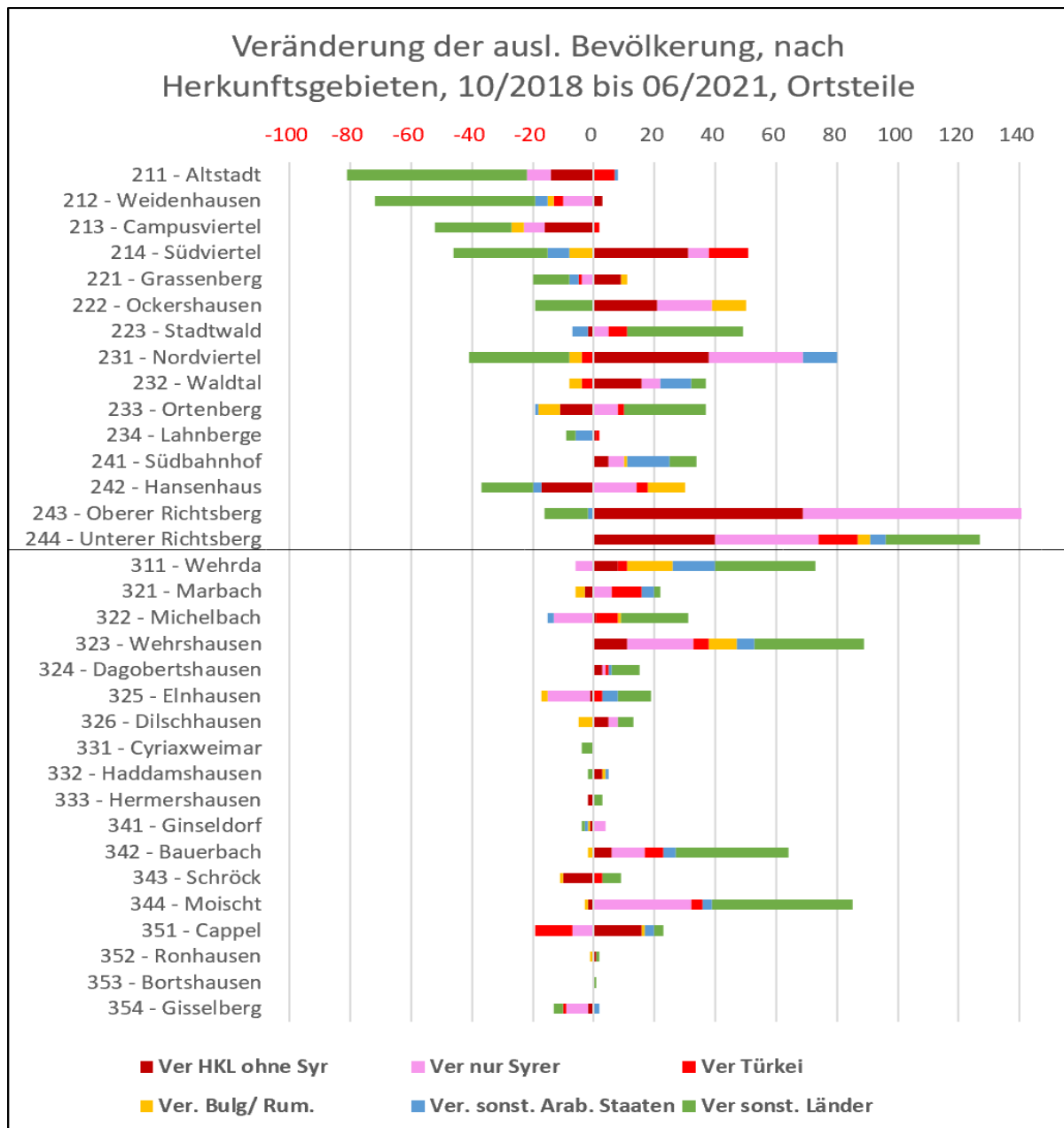


Segregationsindex, ausgewählte Herkunftsgruppen, Mitte 2021

³² Siehe dazu allgemein: Tanis, K.: *Entwicklungen in der Wohnsituation Geflüchteter*. (BAMF-Kurzanalyse, 5-2020). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ). 2020. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-68901-8>



Veränderung des Segregationsindex nach Herkunftsländern, 2018 und 2021



Absolute Zahlen. Eigene Darstellung nach Daten des AZR, Ausländerbehörde Marburg 2021

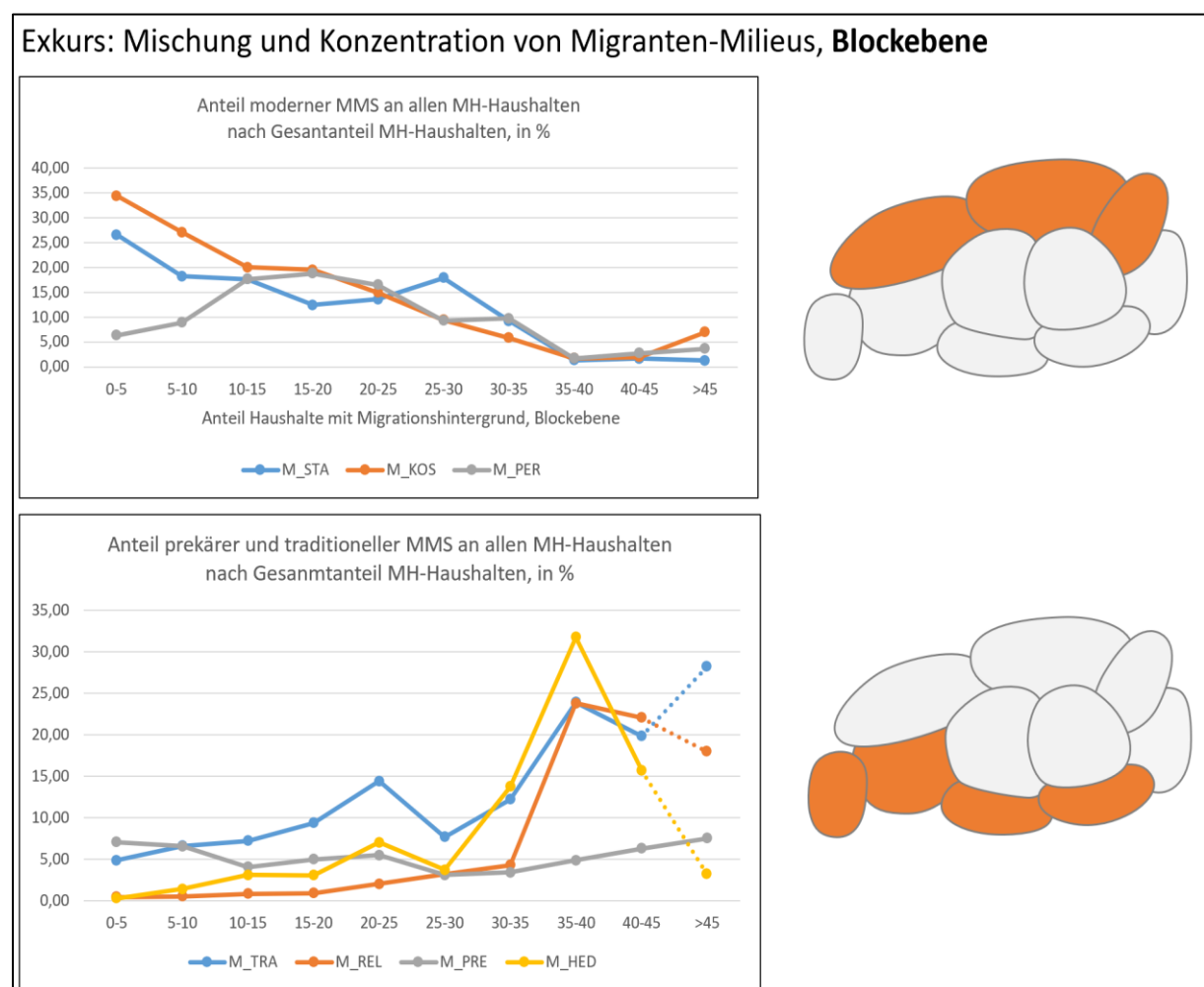
3.7. Migranten-Milieus und sozialräumliche Segregation

Ein enger Zusammenhang zum Ausmaß der Segregation ist jedoch nicht nur im Hinblick auf soziale Lebenslagen insbesondere bei Haushalten mit Kindern festzustellen, sondern hat auch einen ausgeprägten lebensweltlichen also **Milieu-Hintergrund** (siehe Kapitel 4). Dabei steigt in der Regel die Segregation gerade solcher Milieus auf der **Quartierebene** deutlich an, die entweder sozial ausgegrenzt werden und/ oder ein homogenes nachbarschaftliches Umfeld bevorzugen, wie etwa das *Religiös-Verwurzelte Milieu*.

In diesem Kontext spielen auch unterschiedliche sozial-räumliche Integrationsvorstellungen bei und für neu Zugewanderte eine zentrale Rolle, wie im Hinblick auf Überlegungen zur Wohnsitzzuweisung bei Geflüchteten zur Vermeidung starker Konzentration deutlich geworden ist³³.

In der folgenden Grafik wird der Zusammenhang zwischen dem Gesamtanteil von Migrantemilieus an allen Haushalten dem jeweiligen Anteil ausgewählter Milieus bzw. Milieugruppen gegenübergestellt. Diese Auswertung ist bis auf die Ebene von **Baublöcken** vorgenommen worden.

Bei einem geringeren Gesamtanteil von Migranten an der Bevölkerung stellen die modernen und kreativen Milieus die relative Mehrheit unter den Migrantenhaushalten. Wenn jedoch eine starke Segregation von Migrantenhaushalten *insgesamt* vorliegt, dominieren die Milieus der Hedonisten, des Traditionellen Arbeitermilieus und der Religiös-Verwurzelten, etwa bei einem Gesamtanteil von Migranten von über 35 %. In diesen Strukturen überlagern und verstärken sich soziale und lebensweltliche Faktoren gegenseitig und können sich ohne Bridging-Potenzial durch andere Gruppen bzw. Milieus stark verfestigen und die Teilhabechancen massiv reduzieren.



³³ Vgl. Hallenberg, B.: *Wohnsitzauflage und Zuzugssperre. Die Diskussion über die Wohnsitzauflage und die Position der Kommunen in der vhw-Kommunalbefragung.* Vhw Werkstatt, 5-2016, S.4 ff.

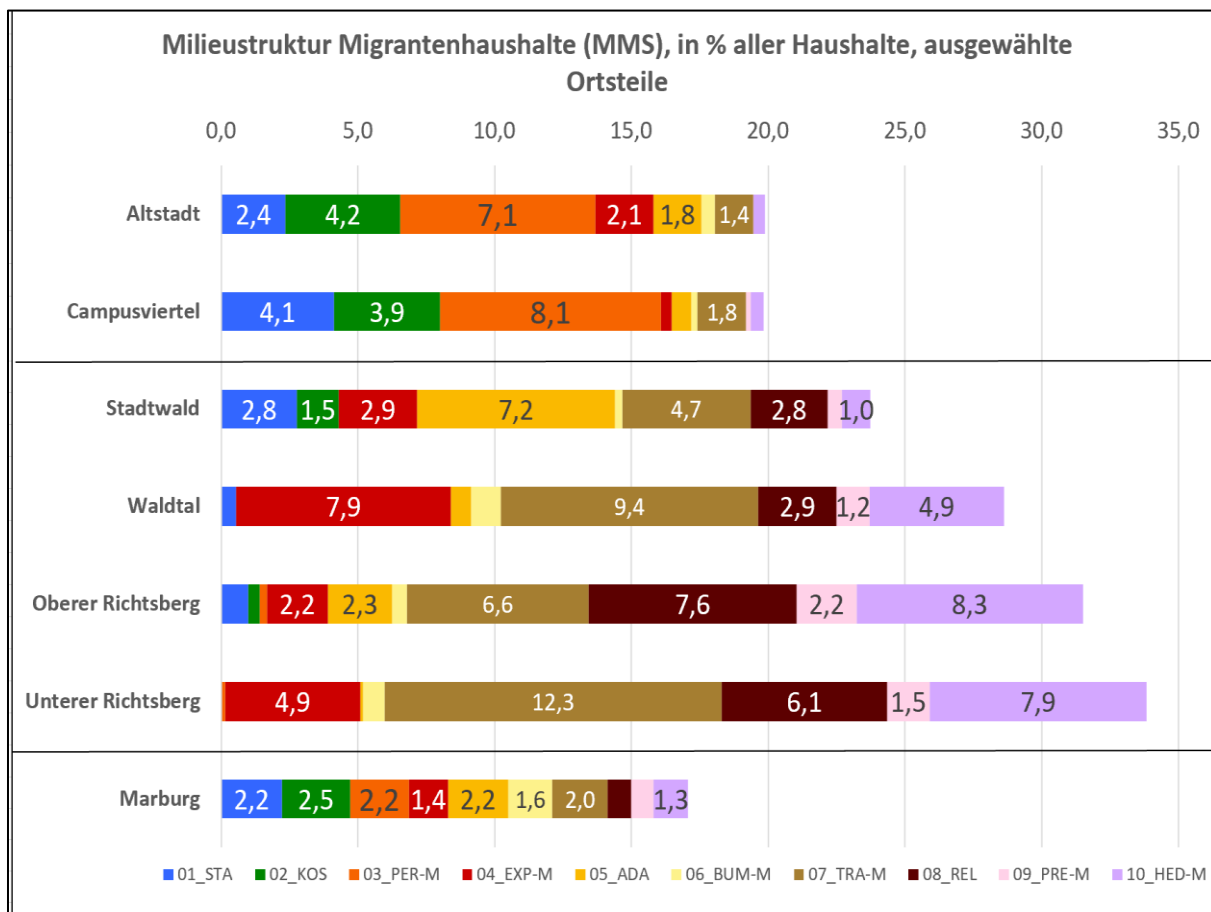
Hier wird deutlich, wie wichtig es ist, Voraussetzungen für den Zuzug anderer Milieus zu schaffen, etwa durch bedürfnisgerechte Wohn-, Bildungs- und weitere Infrastrukturangebote³⁴.

Diese Daten spiegeln sich in der stark variierenden Verteilung der **Migrantenmilieus** in den Marburger **Ortsteilen**, auf die bereits kurz hingewiesen wurde.

Name	Abkürzung	Farbgebung
Statusbewusstes Milieu	01_STA	Blau
Intellektuell-kosmopolitisches Milieu	02_KOS	Grün
Milieu der Performer	03_PER	Orange
Experimentalistisches Milieu	04_EXP	Rot
Adaptiv-Pragmatisches Milieu	05_ADA	Gelb
Bürgerliche Mitte	06 BUM	Hellgelb
Traditionelles Arbeitermilieu	07_TRA	Braun
Religiös-Verwurzelte	08_TVW	Dunkelrot
Prekäres Milieu	09_PRE	Rosa
Konsum-hedonistisches Milieu	10_HED	Lila

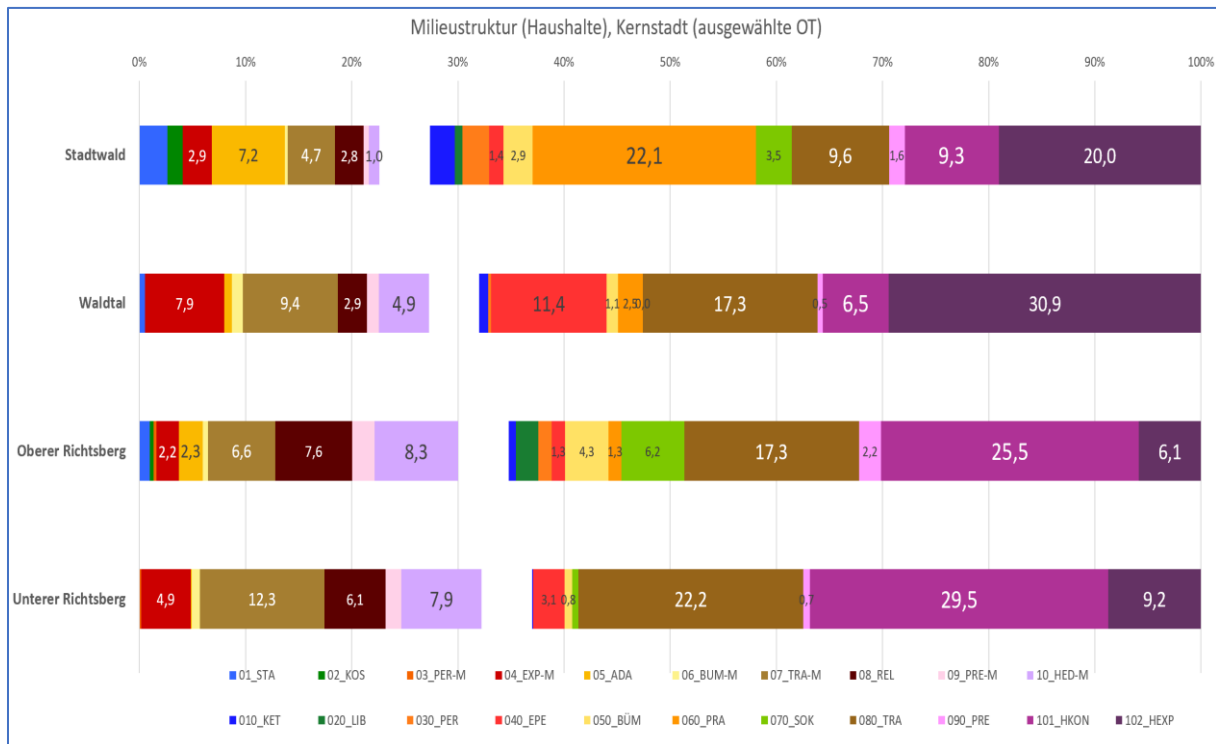
So ist am **Unteren Richtsberg** sowie in **Waldtal** das Traditionelle Arbeitermilieu besonders stark vertreten, gefolgt von den Hedonisten. Am **Oberen Richtsberg** ist dagegen der Anteil des *Religiös-Verwurzelten* Milieus (REL) besonders hoch, welches in Stadtwald und Waldtal nur einen geringen Anteil aufweist. Dieses Milieu ist besonders stark an einem – in ihrem Sinne – homogenen

Umfeld interessiert. Hervorzuheben sind die relativ hohen Anteile von *Experimentalisten* in Waldtal, etwas geringer am Unteren Richtsberg sowie der Adaptiv-Pragmatischen (ADA) in Stadtwald.



³⁴ Zur Unterbringung und Verteilung von Geflüchteten siehe auch Leßke, F., Singfield, K. E., & Blasius, J.: *Übergang von Geflüchteten in regulären Wohnraum*. (FGW-Studie Integrierende Stadtentwicklung, 20). Düsseldorf 2019: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-68586-6>

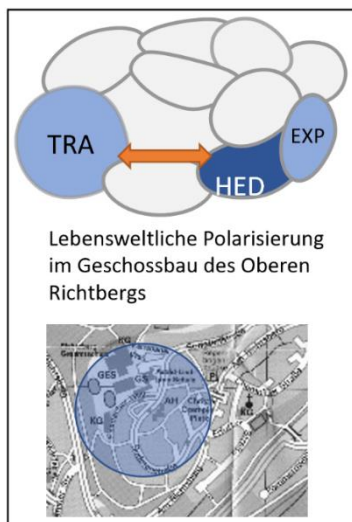
Sozial vermeintlich ähnlich strukturierte Ortsteile unterscheiden sich in der lebensweltlichen Zusammensetzung auch der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ganz erheblich. Dies gilt gerade auch für die **vier Ortsteile** mit überdurchschnittlichen sozialen Problemlagen. Daraus ergeben sich unterschiedliche Ausgangsbedingungen und Erfordernisse für bedürfnisgerechte Maßnahmen einerseits und die Schaffung von Bedingungen für den Zuzug anderer Milieus auf der anderen Seite. Zwar kann in der Forschung wenig über die Effekte präziser „Mischungsverhältnisse“ gesagt werden³⁵, aber die lebensweltliche (milieuorientierte) Betrachtung hilft zumindest dabei, potenziell integrative von polarisierenden Strukturen zu unterscheiden und entsprechende Schlüsse für zielführende Maßnahmen und ergänzende Angebote oder Anreize zu ziehen. Dabei darf es allerdings nicht zur Verdrängung schwächerer Gruppen durch weitreichende Aufwertungsmaßnahmen kommen³⁶.



Gesamtstruktur der Milieus mit und ohne Migrationshintergrund in den vier sozial schwierigen Ortsteilen

³⁵ So auch Dangschat, a.a.O.

³⁶ Siehe Farwick, A.: *Segregation und Integration – ein Gegensatz?*, Bundeszentrale für politische Bildung, 9.7.2018, <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216880/segregation-und-integration>



Wie eingangs mit Hilfe der **Blockdaten** bereits dargestellt, zeigt sich die Segregation einzelner Milieus häufig in vollem Umfang erst unterhalb der Ebene der Verwaltungsgrenzen, also der Grenzen der Ortsteile, auf siedlungsstruktureller Ebene.

Exemplarisch sei auf das Gebiet der Mittel- und Hochgeschosser am Oberen Richtsberg verwiesen. In diesem Gebiet (siehe Karte unten) dominieren vier Milieus bzw. Milieugruppen. Hedonisten mit einem Anteil von fast 38 %, etwa 25 %, die dem Traditionellen und dem Traditionellen Arbeitermilieu zugerechnet werden, fast 11 % Experimentalisten mit oder ohne Migrationshintergrund sowie gut 9 % aus dem Religiös-Verwurzelten Milieu. Grundsätzlich bedeutet dies eine soziale und zugleich lebensweltliche Polarisierung, wie die nebenstehende Grafik veranschaulicht.

Die genannten Milieus sind in der Regel eher beteiligungsfern, wobei viele von ihnen nach Erkenntnissen der Milieuforschung neben einem begrenztem Interesse an einer Mitwirkung im Quartier auch auf vielfältige Hürden bei der Beteiligung hinweisen, sei es durch begrenzte Sprachbeherrschung, mangelnde Informationen oder das Gefühl, nicht willkommen zu sein³⁷.

3.8. Milieumischung, -konzentration und Rechtspopulismus

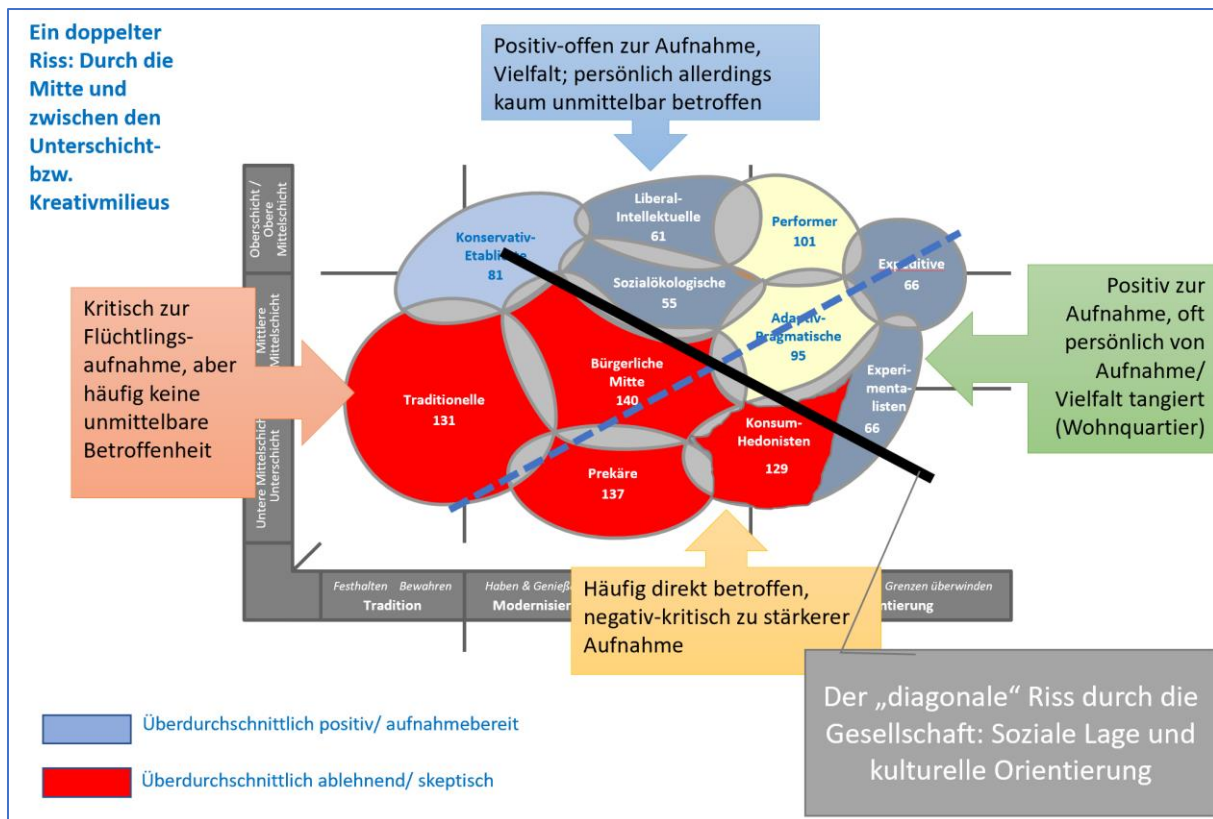
Eine weitere Folge starker räumlicher Konzentration kann ein überdurchschnittliches rechtspopulistisches Wahlverhalten in den entsprechenden Quartieren oder Stadtteilen sein.

In der Grafik unten wird die Grundhaltung in den Sinus-Milieus zu den Themen „Aufnahme von Geflüchteten“ und „Integration“ dargestellt. Diese Darstellung beruht auf den Ergebnissen der vhw-Sinus Trendbefragung 2015³⁸. Die Grundhaltung der Milieus hat sich auch in den Folgejahren kaum verändert; in den Befragungen vor der Wahl 2021 hatte die AfD unter den Prekären und in Teilen der Bürgerlichen Mitte die meisten Anhänger.

Allerdings ist in diesem Kontext nicht nur zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Ländern zu unterscheiden, sondern vor allem, ob es sich bei den für Rechtspopulismus anfälligen Wählern um Menschen handelt, die in Nachbarschaft zu bestimmten Migrantenmilieus leben. Dies gilt besonders für die Milieus der Hedonisten, Experimentalisten und Religiös-Verwurzelten mit Migrationshintergrund.

³⁷ Migrantenmilieustudie 2018, a.a.O. Vor allem das Religiös-Verwurzelte Milieu und die Hedonisten äußerten sich in der Befragung in diesem Sinne.

³⁸ Hallenberg, B.: *Vielfalt und Flüchtlinge - Die Spaltung der gesellschaftlichen Mitte*. Vhw-Werkstadt, Nr.2, 2016

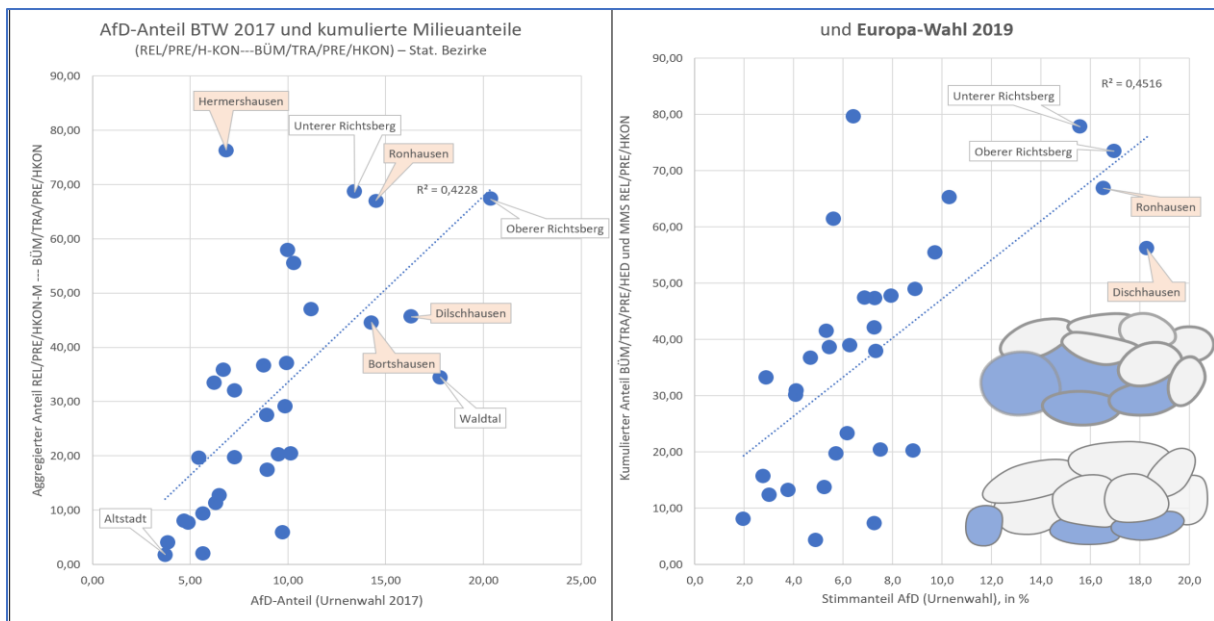


Milieus und die Aufnahme von Geflüchteten

Quartiere, in denen Prekäre oder sozial schwächere Haushalte der Bürgerlichen Mitte oder der Traditionellen nähräumlich auf diese Migrantenumilieus treffen, weisen in fast allen westdeutschen (Groß-) Städten überdurchschnittliche AfD-Anteile bei den Wahlen der vergangenen Jahre auf, die in Einzelfällen (Ruhrgebiet, Pforzheim) 30 % und mehr betragen können³⁹.

Dieses Phänomen ist in den vergangenen Jahren bis einschließlich der Bundestagswahl 2021 auch in Marburg zu beobachten, insbesondere am Oberen Richtsberg. In der Grafik unten ist dieser Zusammenhang zwischen dem kumulierten Anteil der genannten Milieus (BÜM/TRA/PRE sowie REL/HED/EXP) und dem AfD-Anteil für die Bundestagswahl 2017 und die Europawahl 2019 abgebildet. Die folgende Übersicht ergänzt dies durch die AfD-Anteile bei der Wahl im Herbst 2021 in den entsprechenden Stadtteilen.

³⁹ Hallenberg, B.: *Rechtspopulismus, Raumstrukturen und Milieus. Eine milieu- und geomilieubasierte Betrachtung der Wahlergebnisse der AfD*. Vhw-Werkstadt, Nr. 38, Januar 2020 – Selbst bei der NRW-Wahl im Mai 2022 erzielte die AfD trotz Verlusten ihre besten Ergebnisse im westlichen Ruhrgebiet.



Anteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 und der Europawahl 2019 in den Marburger Ortsteilen

Bei der **Bundestagswahl 2021** war der Anteil der Briefwähler pandemiebedingt deutlich höher als bei früheren Wahlen. In Marburg erreichte die AfD nur 4,6 % aller Zweitstimmen, deutlich weniger als in den übrigen Gemeinden des Landkreises⁴⁰ Bei der Urnenwahl auf der Ebene der Ortsteile erzielte die AfD erneut ihre besten Ergebnisse am Oberen Richtsberg mit 20,3 %, gefolgt vom Unteren Richtsberg mit 17,6 % und Waldtal mit 16,2 %. Das Gesamtergebnis unter Einschluss der Briefwähler* lag in den beiden Teilen des Richtsberg bei 14,4 %. Das Gesamtergebnis mit den Briefwahlstimmen lag für den gesamten Richtsberg immer noch erheblich höher als in fast allen anderen Ortsteilen⁴¹. Auch dieses Ergebnis sollte Anlass sein, lebensweltlich polarisierten Strukturen entgegenzuwirken.

⁴⁰ Das kommunale Anteilsspektrum reichte von 6,9 % in Weimar bis 16,1 % in Neustadt/ Hessen.

⁴¹ Datenbasis: Landeswahlleiter Hessen 2021.

Die bisherigen Darstellungen zur Verteilung und Struktur von Milieus und Zugewanderten wird in den beiden folgenden Unterkapiteln um Informationen zur sozialen Lage in den Ortsteilen, zum Sozialwohnungsbestand sowie zur wichtigen sozialen Gruppe, den Studierenden in Marburg, erweitert. Daraus lässt sich ein differenziertes Bild zu den sozialräumlichen Strukturen gewinnen.

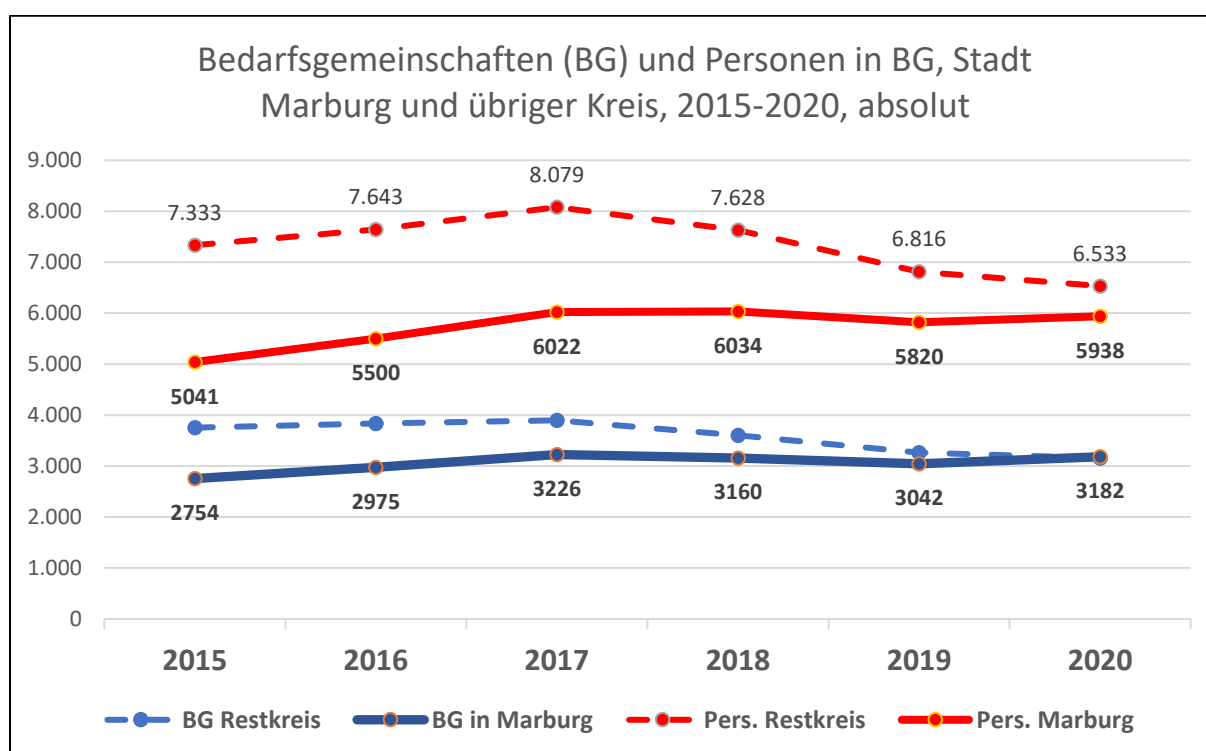
Wahllokal oder Briefwahl - Bundestagswahl September 2021	Gültige Zweit- stimmen	davon: AfD	in %
Oberer Richtsberg I St. Elisabeth-Verein	233	39	16,7
Oberer Richtsberg II Ökumenisches Zentrum Thomaskirche	293	73	24,9
Oberer Richtsberg III Altenzentrum	180	47	26,1
Oberer Richtsberg IV A.-Lindgren-Schule	178	39	21,9
Oberer Richtsberg V Gertrudisheim	283	39	13,8
nur Urne Oberer Richtsberg	1167	237	20,3
Unterer Richtsberg I Sozialzentrum	187	30	16,0
Unterer Richtsberg II Kindergarten	324	60	18,5
nur Urne Unterer Richtsberg	511	90	17,6
Briefwahl 15 (Oberer und Unterer Richtsberg)	829	42	5,1
Oberer/ Unterer Richtsberg insgesamt	2507	369	14,7
Stadtwald (JUKO BISTRO A Capella)	345	34	9,9
Waldtal (Kindertagesstätte)	277	45	16,2

Kap. 4: Die soziale Lage in Marburg und den Ortsteilen sowie der Sozialwohnungsbestand

Mit einem vielgestaltigen Angebot einer breit aufgestellten **Gemeinwesenarbeit** wirkt die Universitätsstadt Marburg sozialen Problemlagen aktiv entgegen⁴² und versucht so, die soziale und gesellschaftliche Teilhabe sozial schwächerer Bevölkerungsteile zu verbessern⁴³. Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit ist das Erkennen und Bewerten sozialer Bedarfslagen und ihrer Hintergründe. In diesem Kapitel werden Stand und Entwicklung des **sozialen Unterstützungsbedarfs** bis auf die Ortsteilebene unter Einbeziehung der Milieuverteilung als Teil der Sozialraumanalyse dargestellt. Die Versorgung mit **Sozialwohnungen** und deren Perspektiven wurde ebenfalls in dieses Kapitel aufgenommen.

4.1. Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen nach SGB-II und SGB-XII im sozialräumlichen Kontext

Seit 2017 stagniert in der Stadt Marburg die Anzahl der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (BG) und der Personen in diesen BG. Allerdings sinken im übrigen Kreis seither diese Zahlen, offenbar teilweise auch durch einen Fortzug in das Kreiszentrum. Entsprechend hat sich der Anteil des Zentrums an allen BG im Kreis von 42 % 2015 auf 50 % 2020 erhöht, jene der Personen in BG von 41 % auf 48 % und bei Kindern und Jugendlichen in BG von 37 % auf 43 %.



Entwicklung der Zahl von Bedarfsgemeinschaften⁴⁴ und Personen in BG, Kreis und Stadt⁴⁵

⁴² Vgl. auch www.gemeinwesenarbeit-hessen.de/marburg/

⁴³ Auf die vielfältigen Aspekte der Gemeinwesenarbeit kann hier nicht näher eingegangen werden. Siehe z.B. Stövesand, S., Stoik, C., Troxler, U. (Hg.): *Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit*, Band 4. Opladen, Berlin; Toronto: Verlag Barbara Budrich 2013

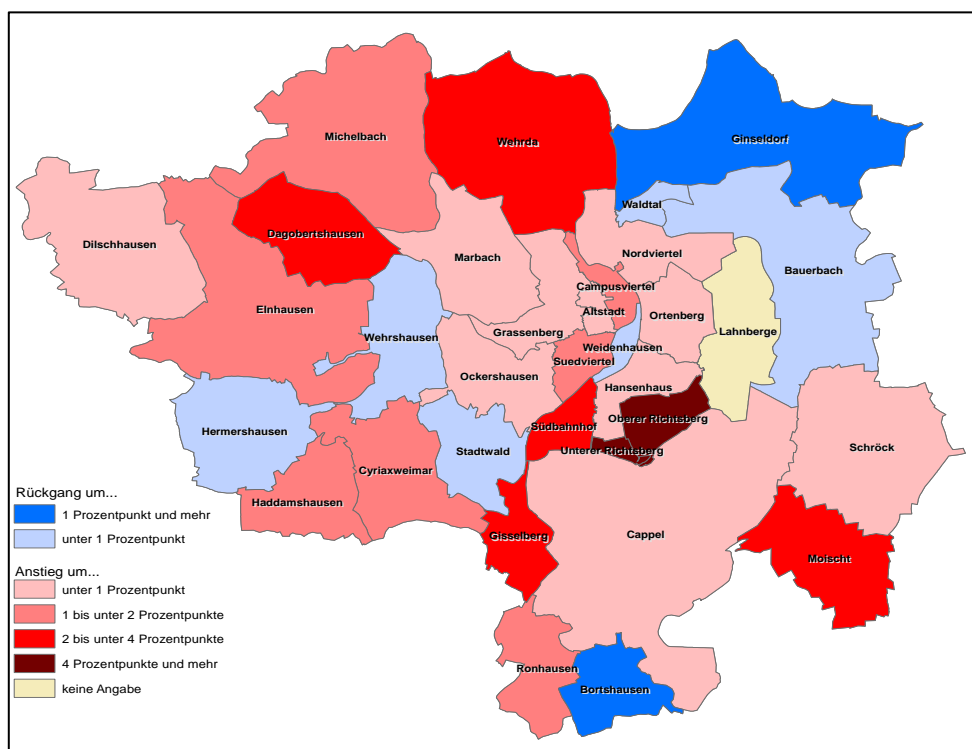
⁴⁴ Statistik der BA, Glossar: „Eine Bedarfsgemeinschaft (BG) bezeichnet eine Konstellation von Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Von jedem Mitglied der BG wird erwartet, dass es sein Einkommen und Vermögen zur Deckung des Gesamtbedarfs aller Angehörigen der BG einsetzt (Ausnahme: Kinder). Es besteht eine sog. bedingte Einstandspflicht“.

⁴⁵ Datenbasis Landkreis: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ortsteil-Datenbasis Stadt Marburg: Jobcenter

Strukturell dominieren in Marburg Bedarfsgemeinschaften (BG) mit **einer Person**; deren Anteil an allen BG ist mit gut 60 % deutlich höher als in Hessen (52 %) oder in den Großstädten des Landes (Frankfurt: 55 %, Wiesbaden: 49 %).

Die vorliegenden **teilräumlichen Informationen** zu den Bezieherinnen und Beziehern von SGB-II- Leistungen sowie von Grundsicherung nach dem SGB-XII verdeutlichen den engen Zusammenhang von Herkunftsstruktur, räumlicher Verteilung der Zugewanderten und sozialer Lage in Marburg. Der relativ hohe Anteil von Schutzsuchenden unter allen Zugewanderten und ihre residentielle Konzentration auf wenige Stadtgebiete prägen dieses Bild. So liegt die Korrelation zwischen dem Anteil von Personen in SGB-II-BG und dem Anteil von Bewohnerinnen und Bewohnern aus den acht wichtigsten Asylherkunftsländern bei einem hohen Wert von 0.88. Auch für Bürgerinnen und Bürger aus der ehemaligen UdSSR ergibt sich ein ähnlich starker Zusammenhang, während für Bürgerinnen und Bürger aus den anderen EU-Staaten nur eine Korrelation von 0.22 ermittelt wurde.

Eine hohe Konzentration schwieriger sozialer Lagen bezüglich der Quoten von Leistungsempfängerinnen und -empfängern lassen sich in den **vier Ortsteilen** Oberer und Unterer Richtsberg, Stadtwald und Waldtal feststellen, die seit längerem im Fokus der Stadtpolitik stehen. Dort lebten Anfang 2021 kumuliert zwar nur knapp 15 % aller Einwohnerinnen und Einwohner in Marburg, aber 46 % der Schutzsuchenden aus den Asyl-Herkunftsländern sowie 49,8 % aller Personen in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften – kaum eine Veränderung gegenüber 2015. Allerdings sind innerhalb dieser Gruppe von Ortsteilen erhebliche Unterschiede in den Strukturen und in der Entwicklungsdynamik sozialer Problemlagen zu erkennen.

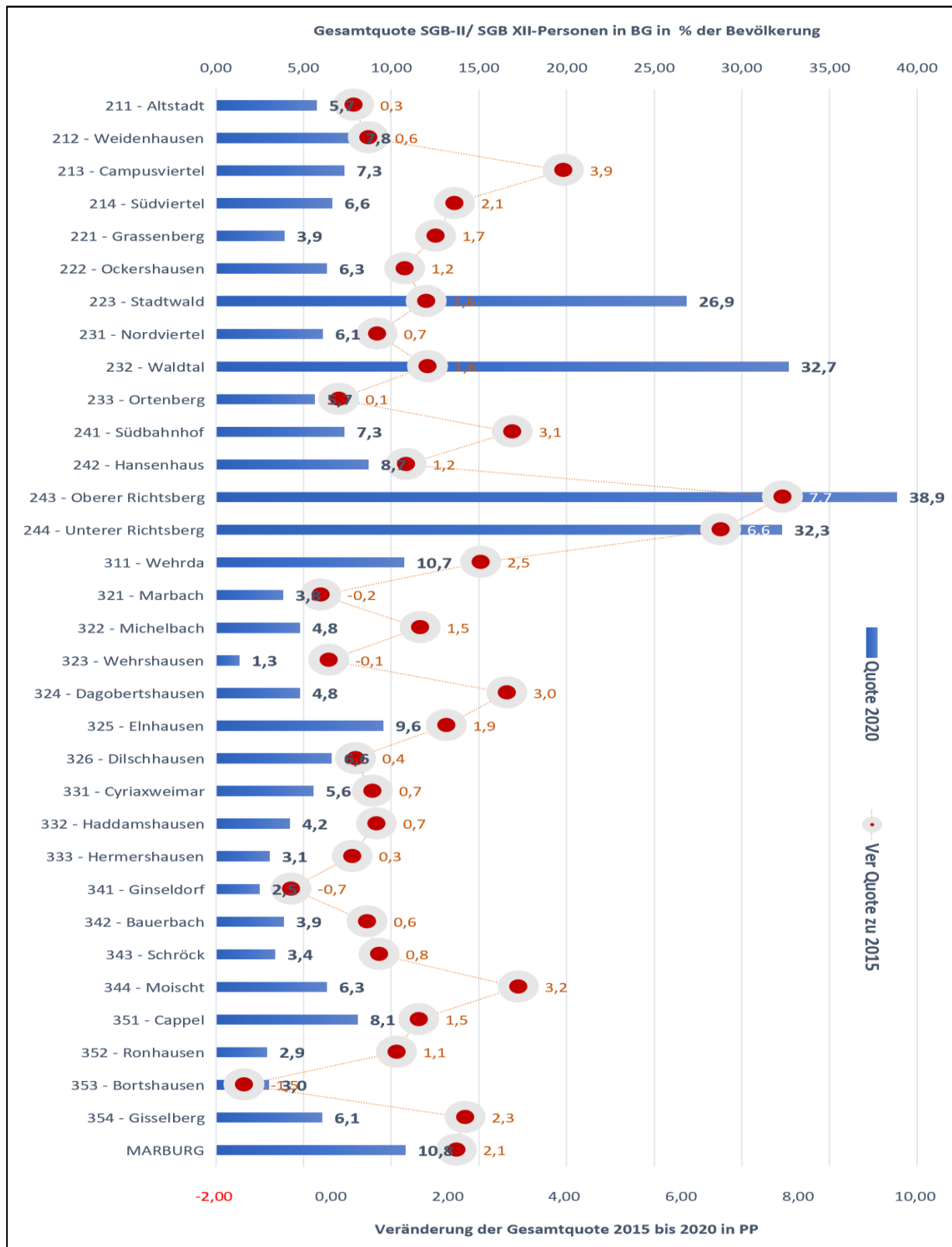


Wenn man die Gesamtquote der Bezieher von SGB-II und SGB-XII-Leistungen vergleicht, heben sich die vier Ortsteile mit einem entsprechenden Anteil an der jeweiligen Bevölkerung von 26,9 % in Stadtwald bis zu 38,9 % am Oberen Richtsberg deutlich vom Rest der Stadt ab (Marburg: 10,8 %). Doch während diese Quote am Oberen Richtsberg (plus 7,7

Veränderung der Quote der Personen in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften zur Gesamtbevölkerung in Prozentpunkten, 2015 bis 2020

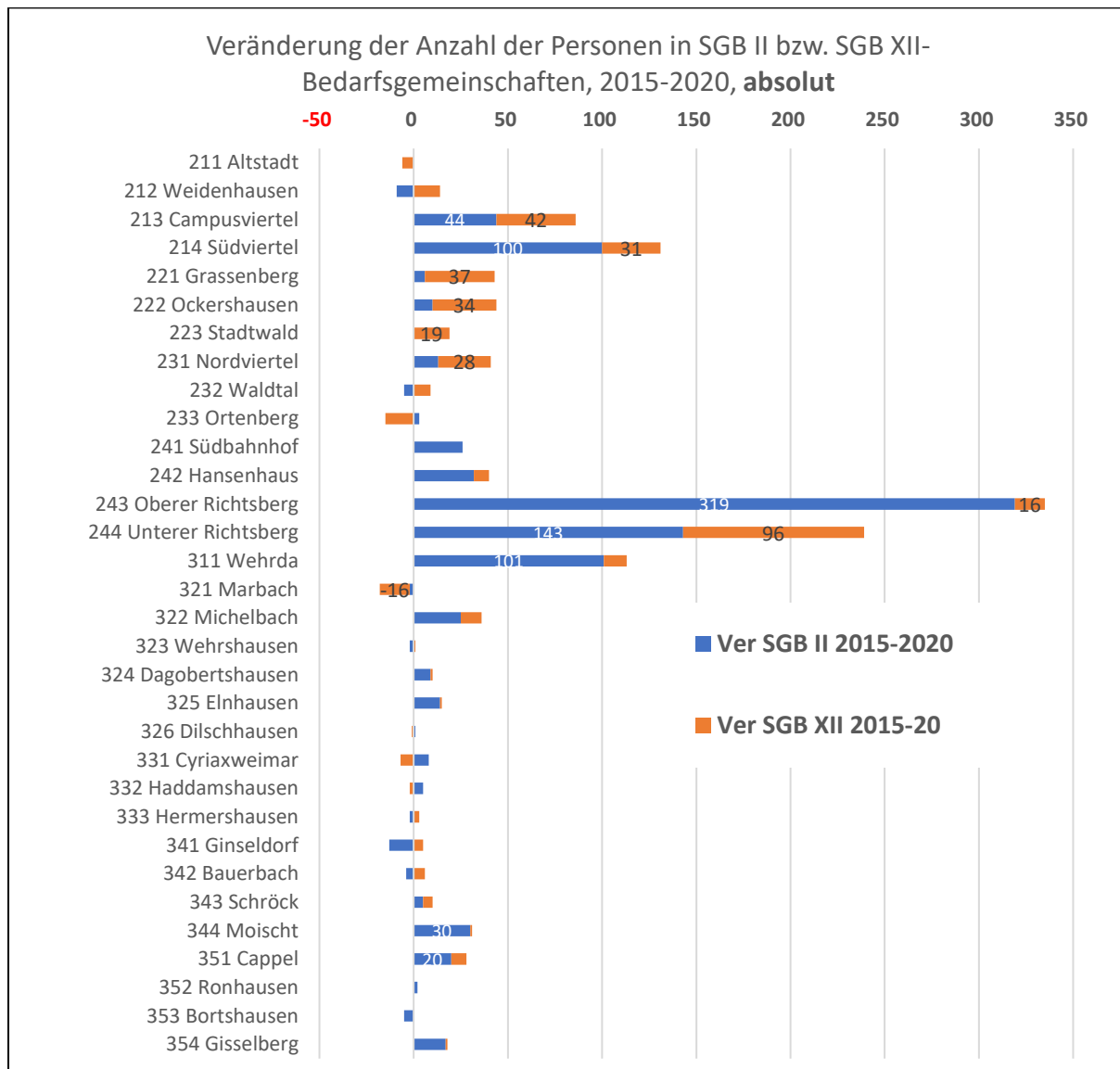
Prozentpunkte) und am Unterem Richtsberg mit plus 6,6 Punkten seit 2015 deutlich zugenommen hat, ist sie in den beiden anderen sozial schwächeren Ortsteilen sogar leicht zurückgegangen. (siehe Diagramm, folgende Seite)

Allerdings ergibt sich selbst zwischen den beiden Ortsteilen am Richtsberg ein uneinheitliches Bild, wenn neben der Entwicklung von SGB-II-Beziehern auch jene mit **Grundsicherungsanspruch** in die Betrachtung einbezogen werden.



Kombinierte Quote von Personen in SGB-II und SGB-XII-Bedarfsgemeinschaften, in % der jeweiligen Bevölkerung auf Ortsteilebene

So basiert der Zuwachs von Leistungsempfängern am Unteren Richtsberg zu etwa 40 % auf dem Anstieg von SGB-XII-Beziehern, während der Anstieg am Oberen Richtsberg fast vollständig auf Personen im SGB-II-Bezug zurückgeht.

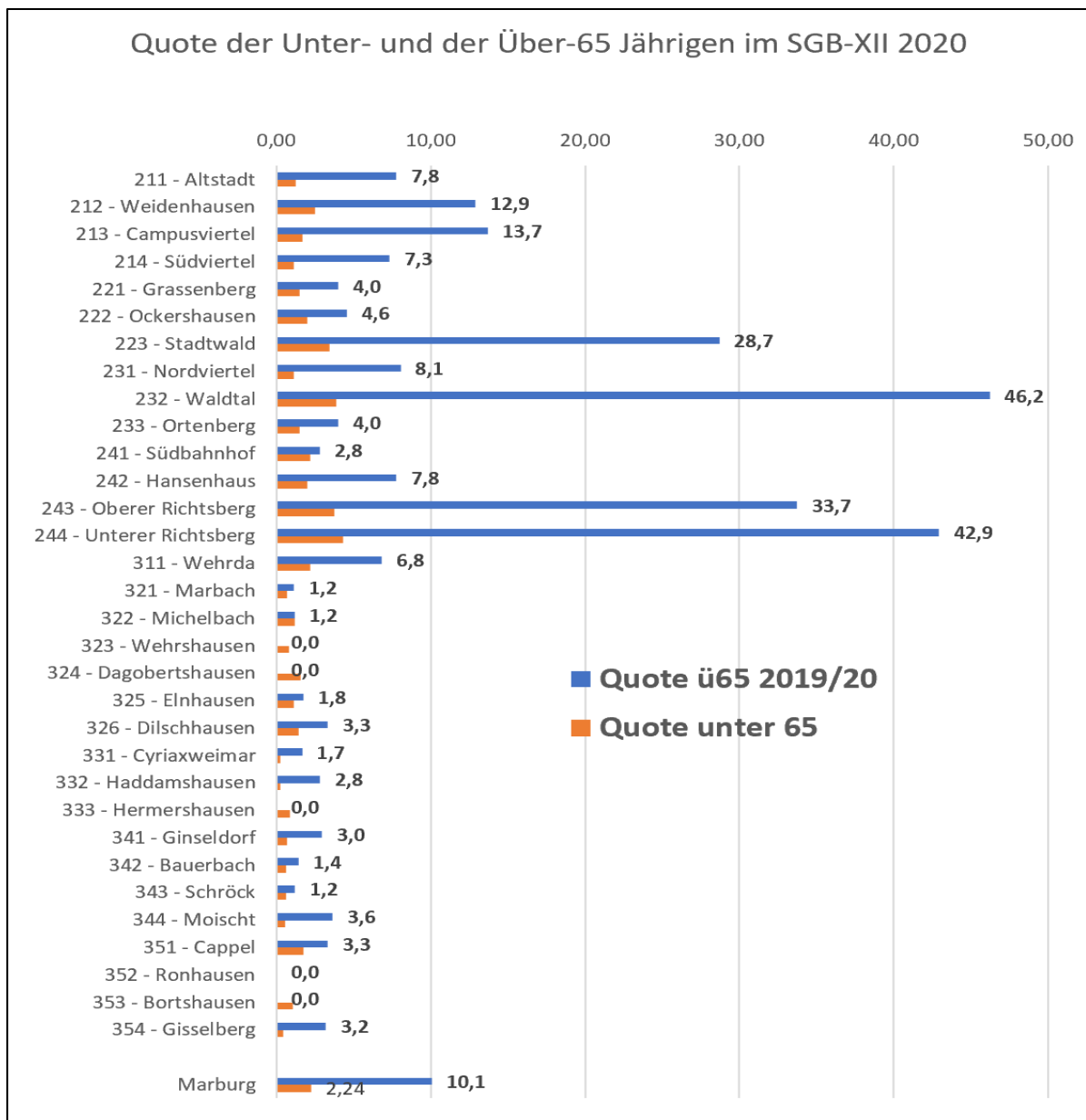


Absolute Veränderung der Zahl der Personen in SGB-II und SGB-XII-Bedarfsgemeinschaften zwischen Ende 2015 und Ende 2020

Die relativ starke Konzentration von Personen in SGB-II-BG zeigt sich auch darin, dass auf nur **acht Straßenzüge** am Oberen und Unteren Richtsberg mehr als 35 % aller Personen in Bedarfsgemeinschaften in Marburg entfallen. Insgesamt leben in Marburg in einem Viertel aller Adressen (auch) Haushalte mit SGB-II-Bezug, am Oberen und Unteren Richtsberg beträgt dieser Anteil 70 %, in Stadtwald 64 % und in Waldtal 54 %.

Die **abweichenden Verteilungsmuster der sozialen Problemlagen** werden auch bei einer Analyse der Verteilung von Grundsicherungs-Empfängerinnen und -Empfängern deutlich.

So sind die Quoten für **Grundsicherung im Alter**, bezogen auf die lokale Bevölkerung über 65 Jahre, in Waldtal mit 46 % und am Unteren Richtsberg mit 43 % deutlich höher als am Oberen Richtsberg (34 %) oder in Stadtwald (29 %). Der Anteil der Grundsicherungsempfänger *unter* 65 Jahren ist erheblich geringer und erreicht stadtweit 2,2 % des entsprechenden Bevölkerungsteils.



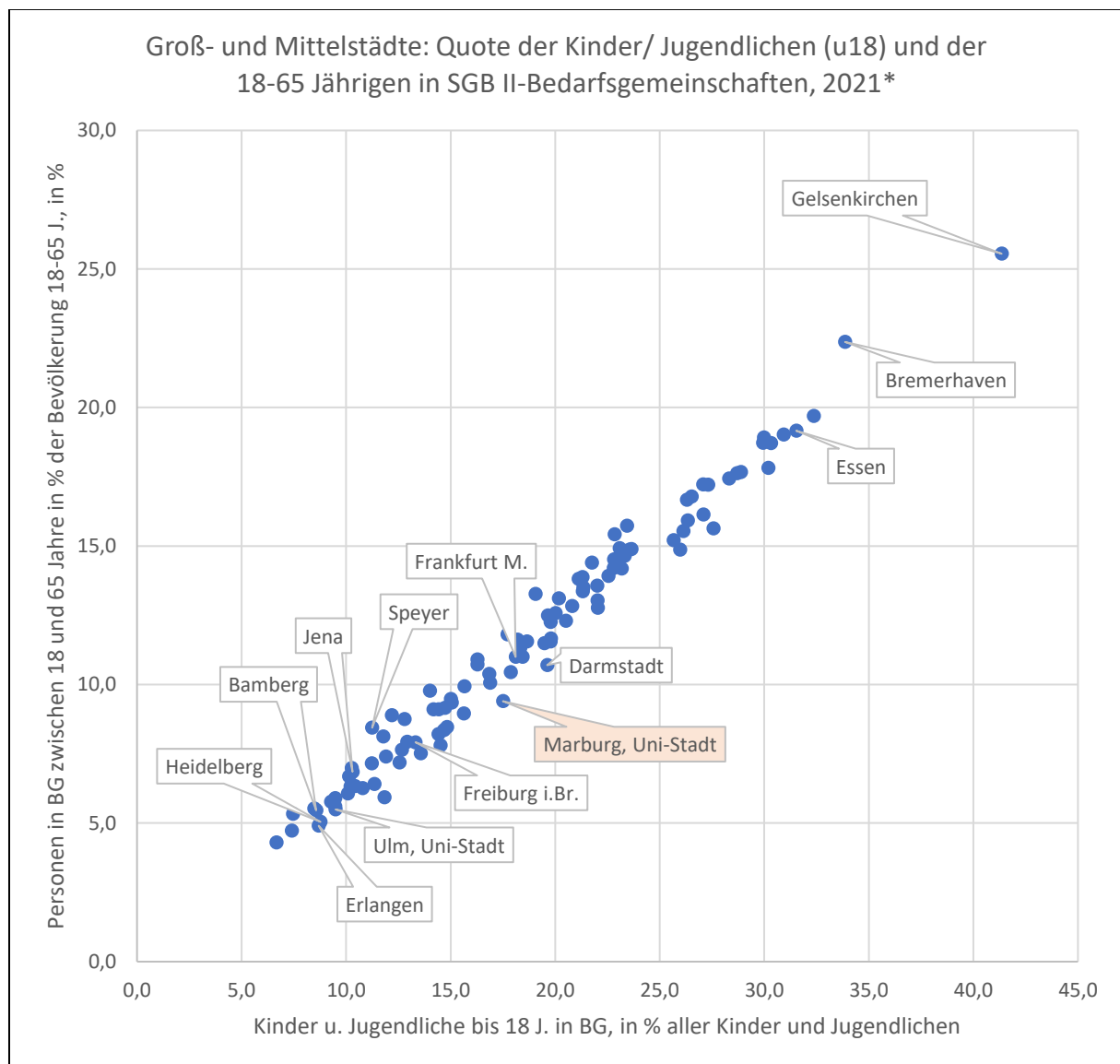
Grundsicherungsquoten im SGB-XII nach Altersgruppen 2020 (Quelle: Stadt Marburg)

Die kombinierte **Gesamtquote** – bezogen auf die gesamte Bevölkerung - von Menschen in einer SGB-II und in einer SGB-XII-Bedarfsgemeinschaft beträgt 2020 in Marburg 10,8 %. Die höchsten Gesamtquoten in den Ortsteilen sind am Oberen Richtsberg mit fast 39 %, sowie in Waldtal und am Unteren Richtsberg mit je fast 33 % festzustellen. Stadtwald folgt mit deutlichem Abstand (27 %). In allen übrigen Ortsteilen erreicht der Anteil maximal 11 %.

Ein besonderes Augenmerk ist angesichts der Alters- und Zuzugsstruktur der sozialen Situation der **Kinder und Jugendlichen** und insbesondere der Kinderarmut zu widmen. Diese wird hier ebenfalls über

die Anzahl und den Anteil von Kindern und Jugendlichen in Bedarfsgemeinschaften definiert. Wissenschaftlich anerkannt ist, dass Teilhabe- und damit Lebenschancen⁴⁶ von Kindern und Jugendlichen in erheblichem Maße von sozialräumlicher Segregation und deren vielfältigen Wirkungen, etwa bei Bildung oder gruppengerechter Infrastruktur, beeinflusst werden⁴⁷.

Tatsächlich sind Kinder und Jugendliche in Deutschland, sei es in Familien oder in Haushalten von Alleinerziehenden, überdurchschnittlich stark von Armut bedroht oder betroffen. So beträgt die Quote von Unter-18-Jährigen, die in SGB II-Bedarfsgemeinschaften leben, bundesweit 13,3 %; in einzelnen Städten – wie Gelsenkirchen - leben zwei von fünf Kindern in Bedarfsgemeinschaften.

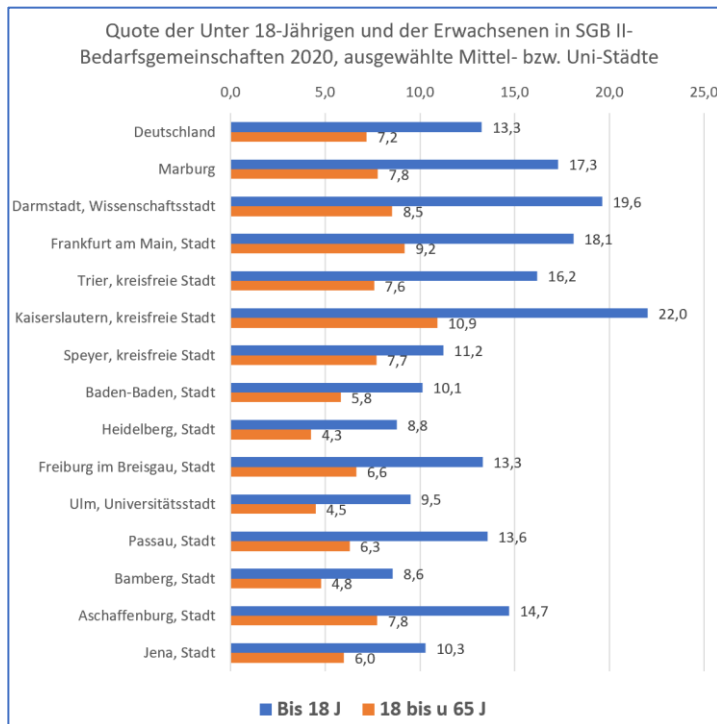


Quellen: Eigene Darstellung auf Basis der Statistik der Arbeitsagentur und des Statistischen Bundesamtes

⁴⁶ Siehe etwa: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.: *Wenn Kinderarmut erwachsen wird ... AWO-ISS Langzeitstudie zu (Langzeit-) Folgen von Armut im Lebensverlauf*. Frankfurt am Main: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. 2019; Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hrsg.): *Kinderreport Deutschland 2018*. Rechte von Kindern in Deutschland. Berlin 2018

⁴⁷ Vgl. die Untersuchung bei: Helbig, M., Salomo K.: *Eine Stadt – getrennte Welten? Sozialräumliche Ungleichheiten für Kinder in sieben deutschen Großstädten*. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Deutschen Kinderhilfswerk (DKHW), Berlin 2021

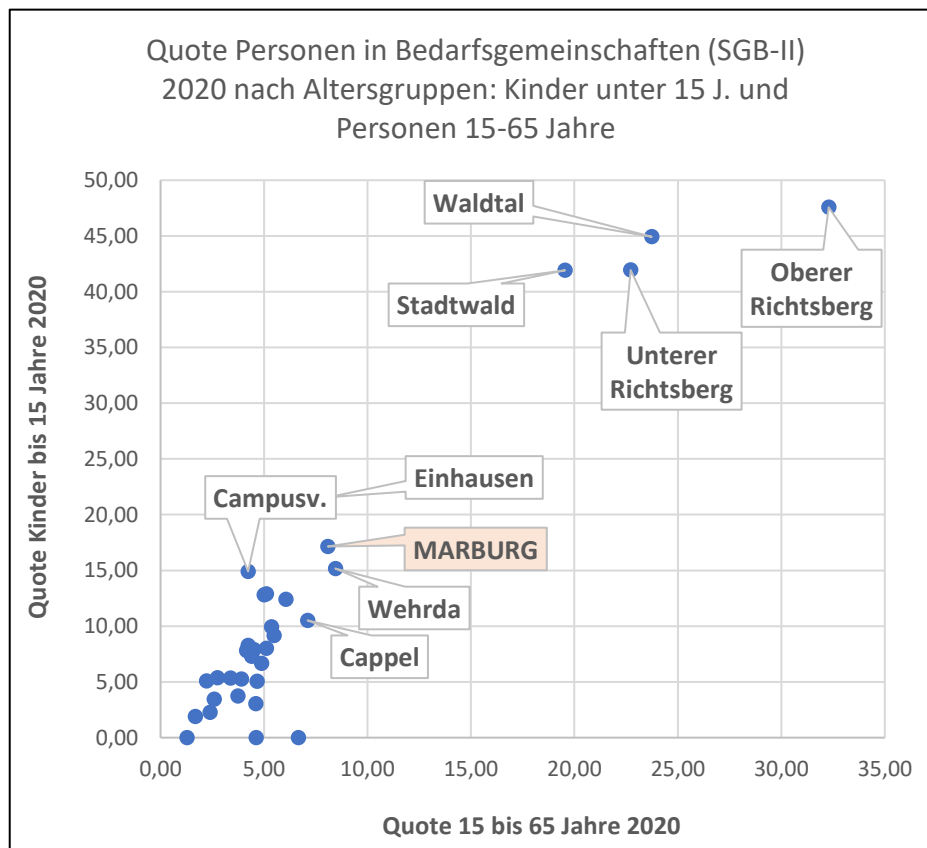
Dagegen liegt die BG-Quote bei den 18 bis 65-Jährigen deutschlandweit bei 7,2 % und ist durchweg geringer als die Kinder- und Jugendquote. Dies gilt auch für Marburg, doch ist hier die **Kinderquote** sogar **mehr als doppelt so hoch wie die Erwachsenen-Quote im SGB-II**. Diese Relation wird unter den betrachteten Städten nur von Darmstadt übertroffen. Sie kennzeichnet die spezielle Überlagerung von Haushalts-, Familien- und Sozialstruktur in Marburg.



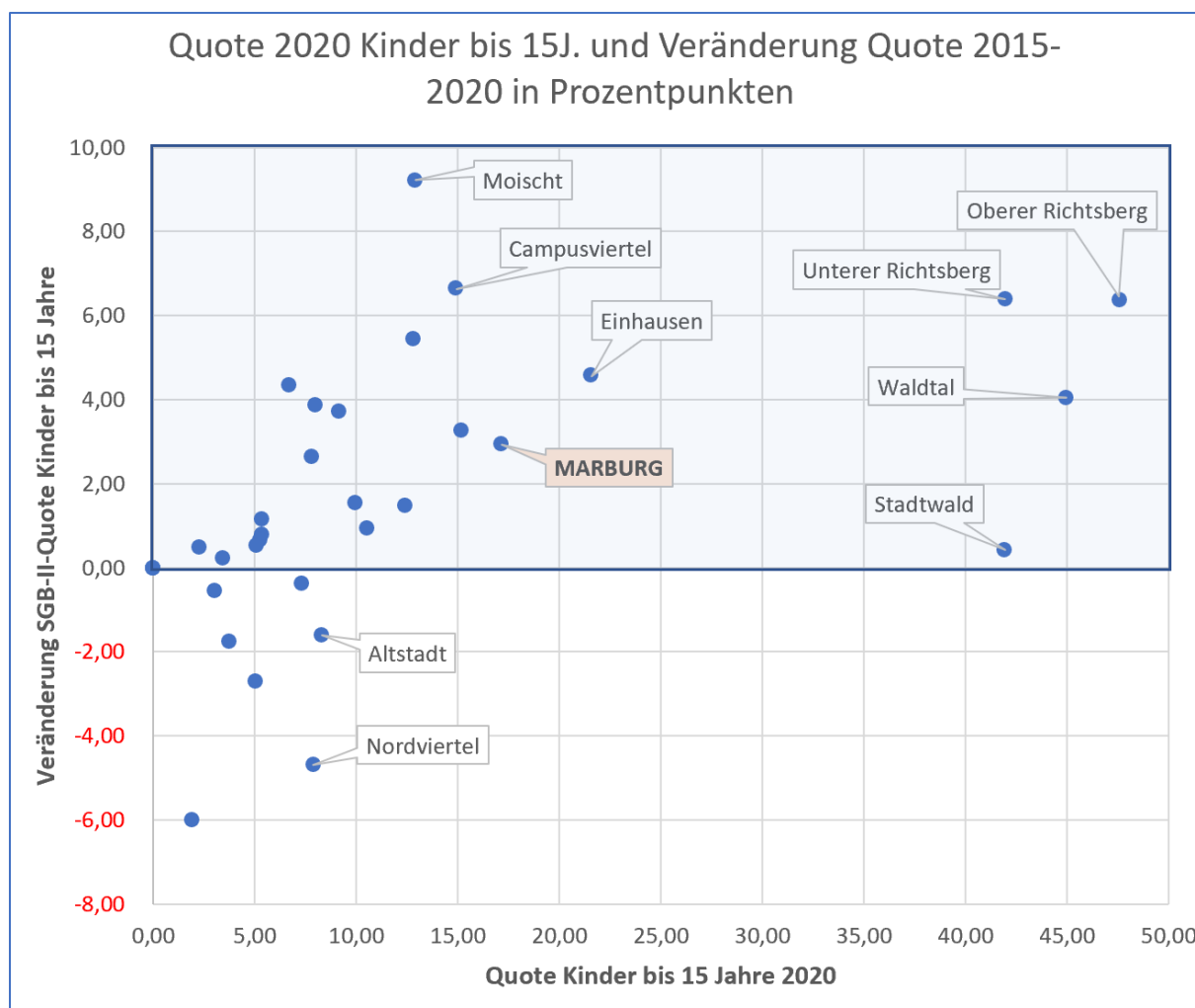
Darüber hinaus hat **innerhalb der Stadt** die sozialräumliche Segregation von **Haushalten mit Kindern im SGB-II** weiter zugenommen. Diese korrespondiert entsprechend mit der Herkunfts- und Verteilungsstruktur von Zugewanderten. Dabei überkreuzen sich verschiedene „Ungleichheitsmerkmale“ und werden zudem durch die **Zuweisungsprozesse** sozialer Gruppen zu **Wohnungsmarktsegmenten** bzw. entsprechende Wohnungsmarktbedingungen⁴⁸ verstärkt – wie im Fall Marburgs etwa die allgemeine Preisstruktur oder die Wohnflächenstruktur von geförderten Wohnungen.

⁴⁸ Alisch, M.: *Sozialräumliche Segregation: Ursachen und Folgen*. In: Huster EU., Boeckh J., Mogge-Grotjahn H. (Hrsg.) *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*. Springer VS, Wiesbaden 2018. https://doi.org/10.1007/978-3-658-19077-4_22

Die Quote von Kindern und Jugendlichen **unter 15 Jahren**, die in einer SGB-II-BG leben liegt in Marburg 2020 bei 17 % und erreicht in den vier sozial schwierigen Ortsteilen zwischen 42 % und fast 48 % am Oberen Richtsberg. Dort ist - neben dem Campusviertel – auch der stärkste Anstieg der Quote seit 2015 zu verzeichnen, während die Quote in anderen Teilen der Kernstadt – Altstadt, Weidenhausen oder Nordviertel – zurückgegangen ist (Diagramm folgende Seite).



Die leicht **zunehmende räumliche Segregation der Kinder und Jugendlichen im Sozialleistungsbezug** wird auch daran deutlich, dass am Oberen Richtsberg nicht nur 38 % aller Marburger Kinder in SGB-II-BG leben, sondern besonders hohe Anteile auf Bedarfsgemeinschaften mit vier oder mehr Kindern, also große Familien entfallen.

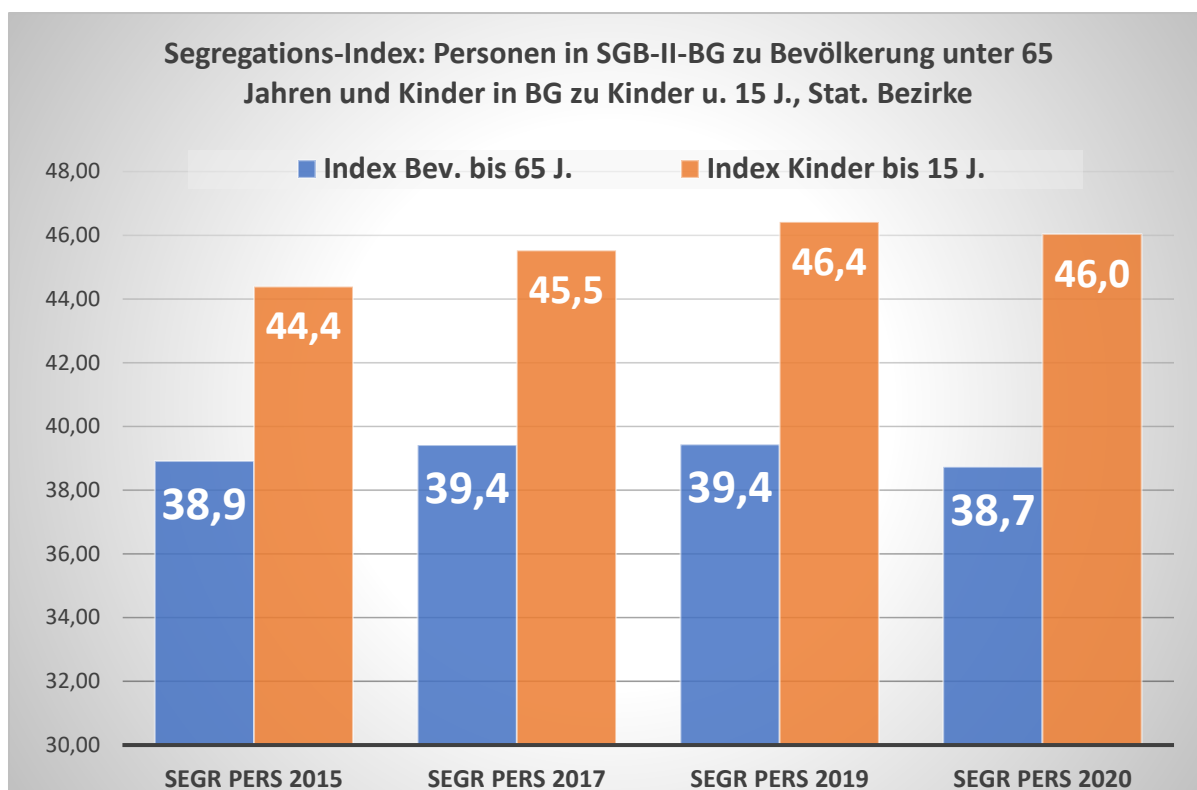


Quote der Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften 2020 und Veränderung der Quote von 2015 bis 2020 in Prozentpunkten

Am Oberen Richtsberg lebte 2020 fast die Hälfte aller dortigen Kinder unter 15 Jahren in BG, 6,4 Prozentpunkte mehr als 2015. Etwas geringer ist die Quote in Waldtal, am Unteren Richtsberg sowie im Stadtwald. Im Stadtwald ist die Quote zudem konstant geblieben, während sie am Unteren Richtsberg deutlich gestiegen ist.

Gleichwohl hat sich der Anteil des Oberen Richtsbergs an allen Kindern und Jugendlichen **unter 18 Jahren in BG in Marburg** seit 2015 nur begrenzt erhöht, von 35 % in 2015 auf 37,5 % im Jahr 2020. Dies gilt entsprechend für größere Familien im SGB-II. Der weitgehende Fortbestand dieser Strukturen beruht offenbar auf dem am Richtsberg verfügbaren geförderten **Wohnungsbestand** und weiterer Marktfaktoren wie relativer – also günstigerer - Preis und die Verfügbarkeit entsprechend größerer Wohnungen. Dazu kommt eine entsprechende Belegungspraxis.

Insgesamt verharrt der **Segregationsindex für Personen in BG** – bezogen auf die gesamte Bevölkerung unter 65 Jahren und bezogen auf Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren in den letzten Jahren auf einem ähnlichen Niveau, mit fortbestehendem Abstand zwischen dem Gesamt- und dem Kinder-Index. Die für diese Untersuchung vorliegenden Daten ermöglichen es außerdem, die **Bezugsdauer** von SGB-II-Leistungen auszuwerten. Dazu wurden fünf Bezugsdauerklassen gebildet und die entsprechenden Anteile der Personen in Bedarfsgemeinschaften berechnet.



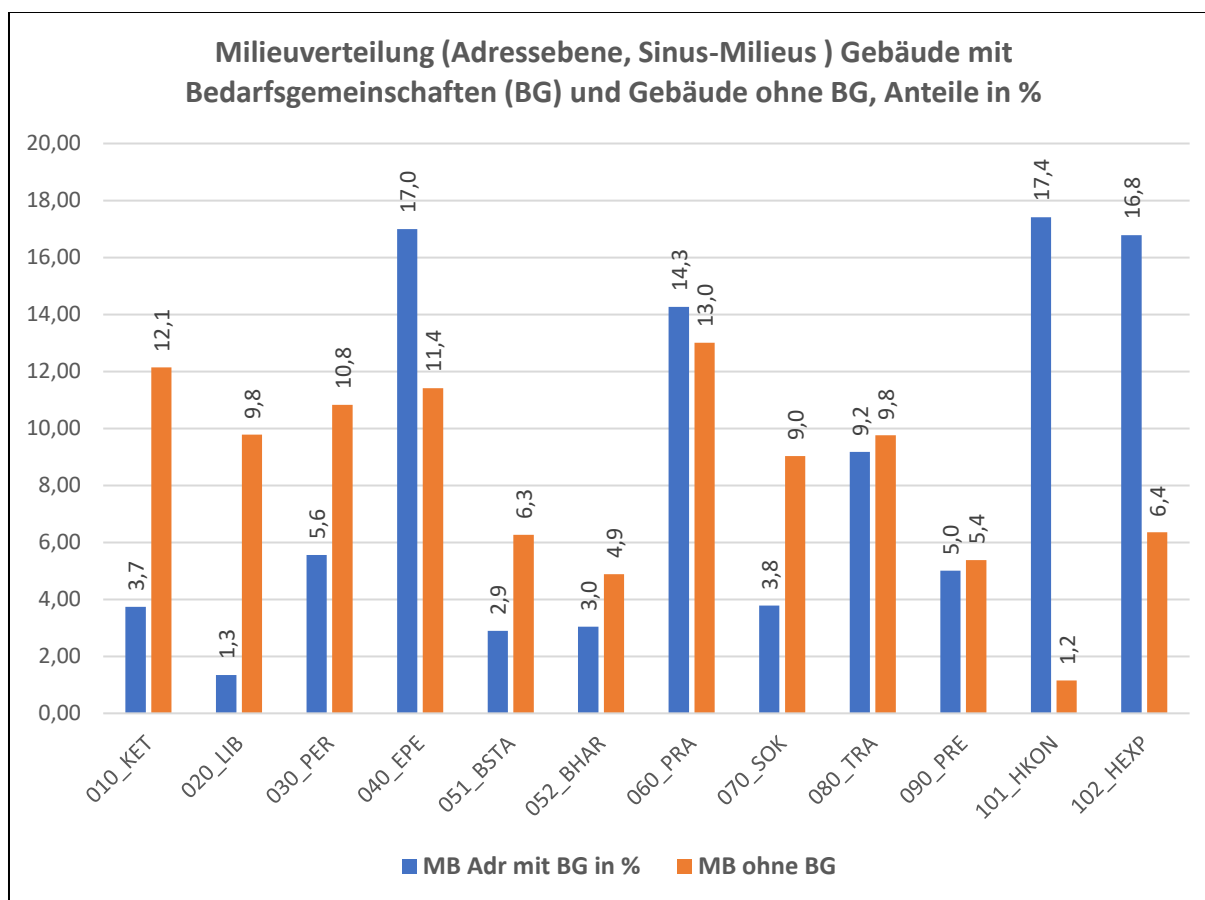
Danach beziehen am Oberen Richtsberg knapp ein Viertel aller Personen in BG seit mehr als elf Jahren entsprechende Leistungen, in Waldtal sogar 27 %, während es am Stadtwald mit 19 % und in Marburg insgesamt mit 18 % deutlich weniger sind. Insofern verteilt sich die Verfestigung entsprechender Strukturen lokal unterschiedlich.

In anderen Teilen der Kernstadt sind die Anteile nach Bezugsdauer anders verteilt; in einigen Ortsteilen beziehen 20 % bis 30 % ihre SGB-II-Leistungen 2020 seit weniger als einem Jahr (Tabelle 5 im Anhang).

4.2. SGB-II-Bezug und Milieuverteilung

Erweiterte Befunde zur sozialräumlichen Struktur von SGB-II-Bedarfsgemeinschaften lassen sich aus einer kleinräumlichen **Verknüpfung mit den Geo-Milieudaten** ableiten. In diesem Verfahren werden die kumulierten Milieuverteilungen in solchen Wohnadressen ausgewertet, in denen SGB-II-BG leben bzw. solchen ohne Bedarfsgemeinschaften. Diese Milieuverteilung entspricht den dominanten Milieus in den beiden Adresstypen und ist daher *nicht* mit der Milieustruktur ausschließlich der Bedarfsgemeinschaften gleichzusetzen. Gleichwohl lassen sich verschiedene Informationen zur Art der Mischung dieser Wohnbestände aus sozialen oder lebensweltlichen Perspektiven gewinnen. Darüber hinaus können indirekt auch Aussagen zur Wohnungsversorgung verschiedener Milieus in Marburg vorgenommen werden.

Etwa 10.500 also ein Viertel der Haushalte in Marburg leben in Häusern (Adressen), in denen auch SGB-II-Haushalte wohnen. Bei 30.500 Haushalte ist dies nicht der Fall. Die entsprechende **Milieuverteilung** der beiden Bestandsgruppen vermittelt ein differenziertes Bild. So sind die hohen Anteile von Konsum-Hedonisten und Experimentalisten in Beständen mit SGB-II-Beziehern kaum überraschend, zumal in etlichen Häusern die SGB-II-Haushalte dominierend sind.

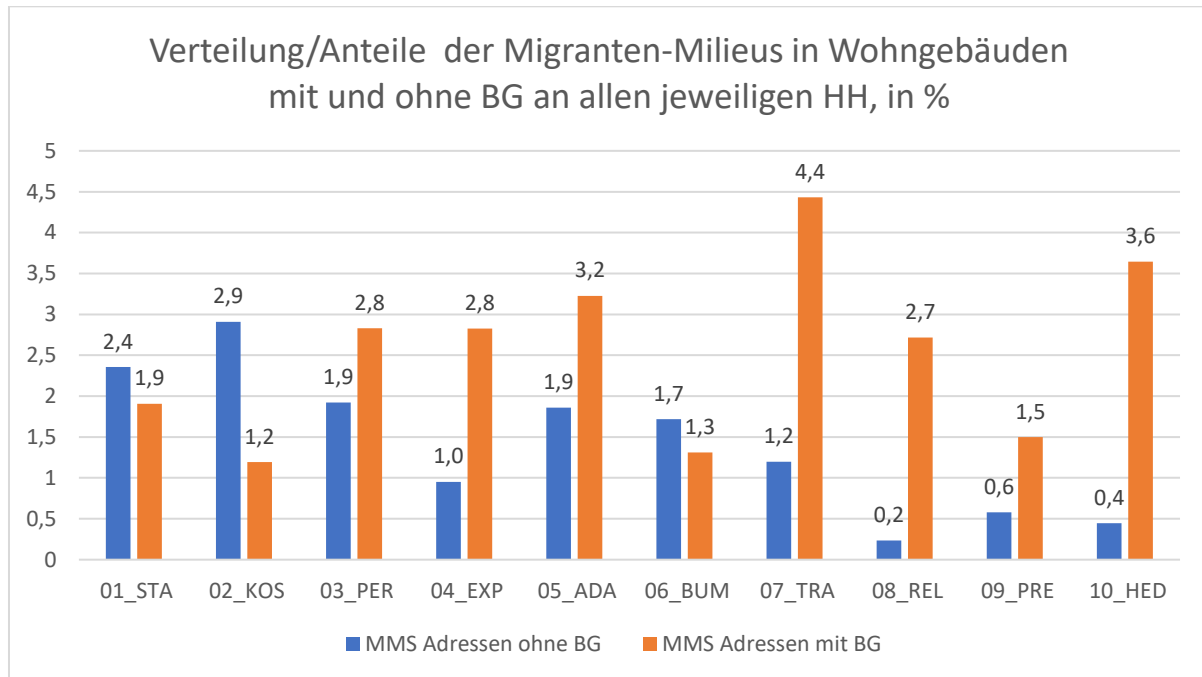


Dies trifft auch für die niveauähnlichen Anteile der *Traditionellen*, die häufig über Jahrzehnte in ihren Wohnungen verbleiben, oder Haushalte des Prekären Milieus zu.

Bemerkenswert sind jedoch die hohen Anteile von Adaptiv-Pragmatischen (PRA) und insbesondere den Expeditiven (EPE) in Häusern mit Transferbeziehern. Dieses Muster deutet zum einen auf eine **stärkere kleinteilige Mischung** in Ortsteilen außerhalb der vier sozial schwierigen Ortsteile hin, wobei die Verfügbarkeit von Wohnungen und deren **Preisniveau** eine wichtige Rolle spielen dürfte. Dies gilt in besonderem Maße für das *Expeditive Milieu*, also häufig **Studierende**, die typischerweise keine wohnräumliche Distanz zu schwächeren Haushalten suchen – und sich diese oft auch gar nicht leisten können.

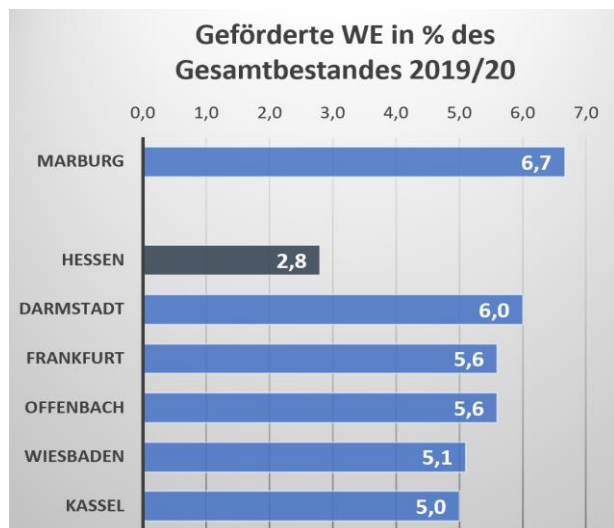
Wenn das gleiche Verfahren der **adressscharfen Verknüpfung** nur mit den „dominanten“ **Migranten-Milieus** durchgeführt wird, ergibt sich ein teilweise abweichendes Muster. Etwa 2700 Haushalte leben in Gebäuden, in dem BG leben, gut 4.300 in jenen ohne BG-Haushalte. Überdurchschnittlich stark in Häusern mit Bedarfsgemeinschaften vertreten ist das *Traditionelle Arbeitermilieu* (TRA). Dieses Milieu hat es insgesamt seltener zur Eigentumsbildung gebracht, bewohnt aber ebenfalls zum Teil seit vielen Jahren oder Jahrzehnten ihre (Miet-) Wohnung. Doch auch sechs andere Migrantenmilieus sind in Häusern mit BG stärker vertreten als in solchen ohne Bedarfsgemeinschaften. Dies gilt neben den Religiös-Verwurzelten oder den Hedonisten sogar für einen erheblichen Teil der Performer (PER-M) oder der Adaptiv-Pragmatischen (ADA). Auch bei ihnen kann die **Wohnungsmarktlage**, einschließlich der Verfügbarkeit preiswerter Wohnungen, aber auch die größere Bereitschaft in vielschichtigen sozialen Mischungsverhältnissen zu leben, für diese Struktur relevant sein.

Gleichwohl könnten gerade in diesen Milieus einige Haushalte künftig eine qualitative Verbesserung ihrer Wohnsituation anstreben – und damit in einigen Quartieren zu einer weiteren (passiven) Segregation solcher Gruppen beitragen, die ihre Wohnsituation nicht verändern können oder wollen.



Insofern zählt es zu den künftigen Aufgaben, bedarfsgerechte Wohnungsbedingungen für Milieus mit Veränderungspotenzial zu schaffen, damit diese weiterhin zur Stärkung der sozialen Mischung und als potenzielle „Brückenbauer“ vor Ort beitragen können.

4.3. Die Versorgung mit geförderten Wohnungen und deren (Belegungs-) Struktur



Bundesweit ist der geförderte Wohnungsbestand in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, in einigen Städten um mehr als die Hälfte in nur zehn Jahren. In Hessen lag der Rückgang bei 44 %⁴⁹.

Mit etwa 6,7 % am gesamten Wohnungsbestand weist Marburg (2020) im Landesvergleich (Anfang 2019)⁵⁰ gleichwohl einen **überdurchschnittlichen Anteil von geförderten Wohnungen** auf. Gleichwohl reicht dieser Bestand mengenmäßig nicht aus, alle berechtigten bzw. sozial schwächeren Haushalte zu versorgen.

In der folgenden Tabelle wird der Marburg Sozialwohnungsbestand nach Wohnflächengruppen, Ortsteilen und mittlerer Belegung dargestellt. Mehr als 55 % der geförderten WE entfallen auf vier Ortsteile, allein gut 30 % auf den Oberen Richtsberg.

⁴⁹ Etwa: *Neue Sozialwohnungen: Nicht nur in München Mangelware*, Haufe.de, 30.8.2021; zur kommunalen Situation und Politik s.a. Faller, B. et al: *Soziale Wohnungspolitik auf kommunaler Ebene*. Vhw-Schriftenreihe 25, Berlin 2021

⁵⁰ Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (Hrsg.): *Wohnraumförderbericht 2020*, Wiesbaden 2020, S.41

Etwa 28 % der Wohnungen verfügen über eine Fläche von mehr als 70m², 31 % sind zwischen 60 und 70m² groß; wobei der Anteil dieser Größenklasse am Oberen Richtsberg deutlich höher ist.

Ortsteil	Wohnfläche je Wohnung (Größenklasse)								WE zus	Anteil an allen Sozial-WE in MB
	40-50	50-60	60-70	70-80	80-90	90-100	>100			
211 - Altstadt	22	43	13	3	6				87	3,2
212 - Weidenhausen		10	10	41	15				76	2,8
213 - Campusviertel	68	3	3						74	2,7
214 - Südviertel	18		30	3	32	5			88	3,2
222 - Ockershäuser	61	125	76	24					286	10,8
231 - Nordviertel	6	52	38						96	4,0
232 - Waldtal	13	59	75	7					154	5,6
233 - Ortenberg		20							20	0,7
242 - Hansenhaus		6	6			13	6		31	1,1
243 - Oberer Richtsberg	51	230	308	138	99	10			836	30,4
244 - Unterer Richtsberg	15	73	79	8		8			183	8,3
311 - Wehrda	35	20	24	52	22	29	11		193	7,6
321 - Marbach			8	8					16	0,6
322 - Michelbach					5	9			14	0,5
325 - Elnhausen						8			8	0,3
332 - Haddamshäuser		4							4	0,1
342 - Bauerbach						5			5	0,2
344 - Moischt		5							5	0,2
351 - Cappel	63	86	145	131	50	1	7		483	17,6
MARBURG	352	736	815	415	229	88	24		2659	100,0
Anteile Oberer Richtsberg	6,1	27,5	36,8	16,5	11,8	1,2	0,0		100,0	
Anteile in Marburg in %	13,2	27,7	30,7	15,6	8,6	3,3	0,9		100,0	
Bewohner je Wohnung	1,11	1,42	1,85	2,16	2,58	3,34	3,29		1,81	

Die mittlere Belegung mit Bewohnerinnen und Bewohnern liegt bei 1,8 Personen, in Wohnungen zwischen 80 und 90m² leben im Mittel 2,6 Personen, in der anteilmäßig stärksten Wohnflächenklasse (60-70m²) sind es 1,85.

Wohnfläche/ WE	Personen je Wohnung										zusammen	Anteil in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	10	alle Personen	Nach Wfl/ WE	
Bis 20 m ²	5										5	0,1
20 bis 30 m ²	102										102	2,1
30 bis 40 m ²	120	4									124	2,5
40 bis 50 m ²	480	44	3								527	10,6
50 bis 60 m ²	323	222	36	4							585	11,8
60 bis 70 m ²	192	428	168	56	10		14				868	17,5
70 bis 80 m ²	211	370	339	196	70	12					1198	24,1
80 bis 90 m ²	47	112	153	236	75	18	14				655	13,2
90 bis 100 m ²	30	110	87	244	135	78	21	8	10		723	14,6
100 bis 110 m ²	9	28	18	48	15	12	14				144	2,9
110 m ² u.m.	6	6	3	8		6					37	0,8
alle Wfl	1525	1324	807	792	305	126	63	16	10		4968	100,00
Anteil Pers/ WE in %	30,7	26,7	16,2	15,9	6,1	2,5	1,3	0,3	0,2		100	

Knapp ein Drittel aller Personen, die in preisgebundenen Wohnungen leben, wohnen dort allein, gut ein Viertel zu Zweit. Unter den Single-Haushalten im Bestand hat etwa jeder fünfte Haushalt mehr als 70m² Wohnfläche zur Verfügung, während jeder achte dieser Haushalte in WE unter 40m² wohnt. Etwa 43 % aller Personen in Sozialwohnungen leben in Haushalten mit drei und mehr Personen.

Miete in € je m ²	Preisgebundene WE: Wohnfläche je Wohnung in m ²						Anteil in %	
	<20 m ²	20-40 m ²	40-60 m ²	60-80 m ²	80-100 m ²	>100 m ²		zusammen
<3 €/m ²		6	8	10	1		25	0,9
3-3,5		16	8	43	10		77	2,8
3,5-4		1	90	45	8	1	145	5,4
4-4,5		17	43	114	66	11	251	9,3
4,5-5		50	214	350	153	31	798	29,4
5-5,5		70	270	247	131	3	721	26,6
5,5-6	1	14	74	72	26	6	193	7,1
6-6,5	1	3	19	9	18	2	52	1,9
6,5-7		6	163	118	25	2	314	11,6
7-7,5		4	16	15	2		37	1,4
7,5-8			1				1	0,0
8-8,5			20	10	5		35	1,3
>9 €/m ²	3	33	20	5			61	2,3
zusammen	5	220	946	1038	445	56	2710	100,0

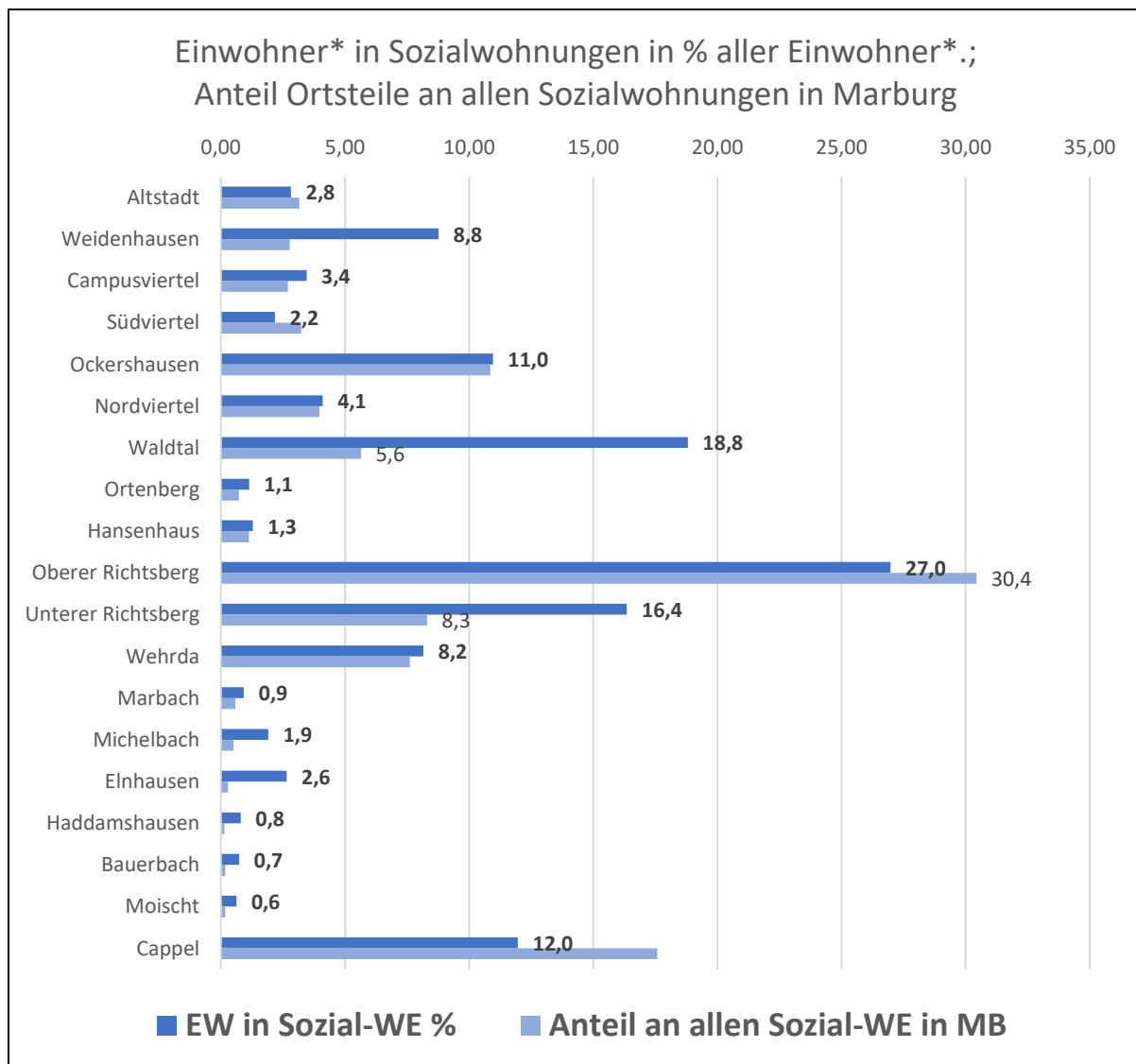
Die Miethöhe (Euro/ m²) hat ihren Schwerpunkt – in 56 % der Wohnungen - zwischen € 4,50 und € 5,50, und zwar unabhängig von der Wohnungsgröße. In jeder sechsten Wohnung liegt die Miete bei € 6,50 und mehr.

Der Anteil jener Bewohnerinnen und Bewohner in den **Ortsteilen** an allen Bewohnern, der in geförderten Wohnungen lebt, variiert stark. Neben den Ortsteilen ohne Sozialwohnungen ist der Anteil vor allem in der Außenstadt sowie in sechs Kernstadt-Ortsteilen mit jeweils unter 5 % relativ gering. Dagegen leben am Unteren Richtsberg 16 %, in Waldtal 19 % und am Oberen Richtsberg etwa 27 % aller Einwohnerinnen und Einwohner in solchen Wohnungen.

Im Hinblick auf das Einkommen der Bewohner in und außerhalb des geförderten Wohnungsbestandes kommt es ebenfalls zu erheblichen Schwankungen. Diese zeigen sich vornehmlich dort, wo wie in Ockershausen oder im Campusviertel Studierende in entsprechenden Wohnungen leben und für einen erheblichen Kaufkraft-Abstand zu den übrigen Bewohnern sorgen.

Am Oberen Richtsberg ist die **Kaufkraft** insgesamt gering, der Abstand zwischen den Bewohnern von geförderten und nicht geförderten Wohnungen entsprechend klein. Am Unteren Richtsberg oder im Südviertel verfügen die Bewohner von Sozialwohnungen sogar über eine etwas höhere Kaufkraft als die übrigen Ansässigen im Ortsteil.

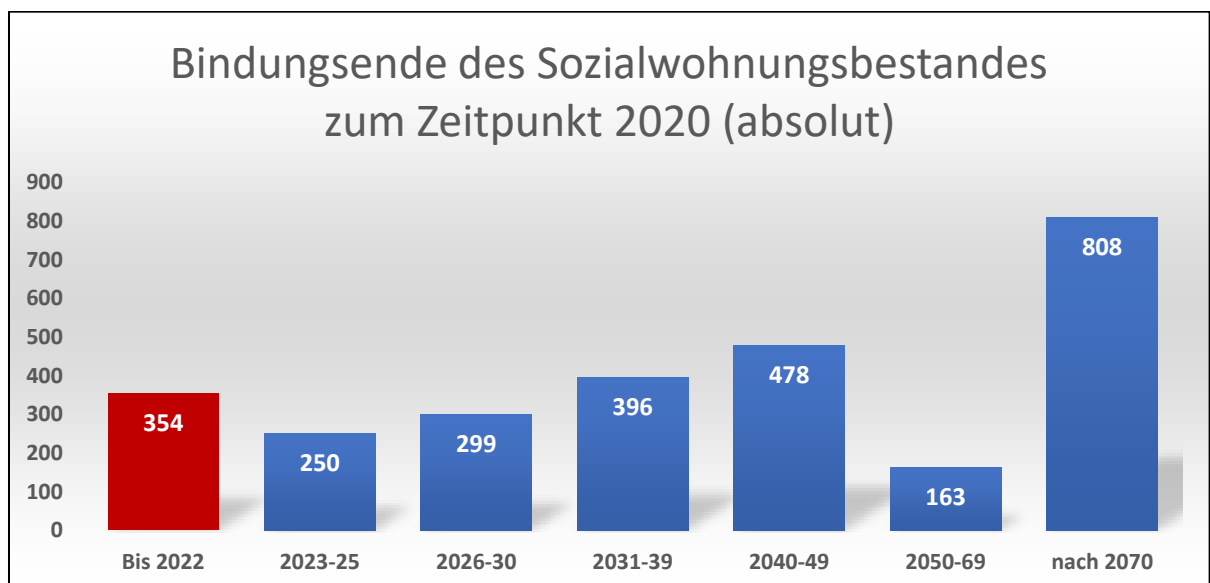
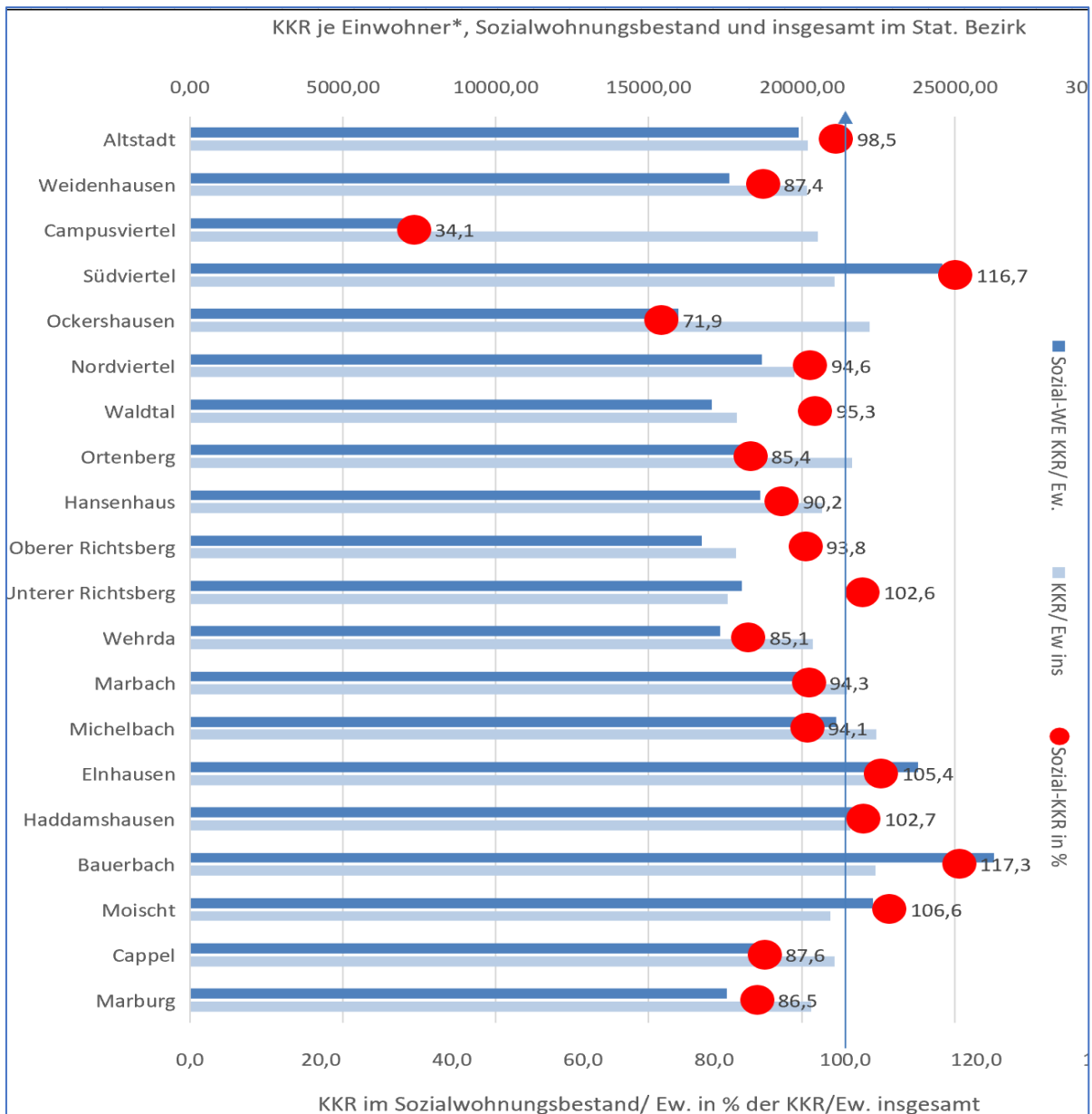
Auch der – rein rechnerische – Vergleich zwischen der Anzahl der Sozialwohnungen und der Zahl der SGB-Bedarfsgemeinschaften im Ortsteil weist auf die **unterschiedliche teilräumliche Versorgungslage** hin. So stehen mathematisch am Unteren Richtsberg nur 51 Sozialwohnungen je 100 Bedarfsgemeinschaften zur Verfügung, in Waldtal sind es 59 und am Oberen Richtsberg 70. Stadtweit liegt dieses Verhältnis bei 61 Sozialwohnungen pro 100 Bedarfsgemeinschaften.



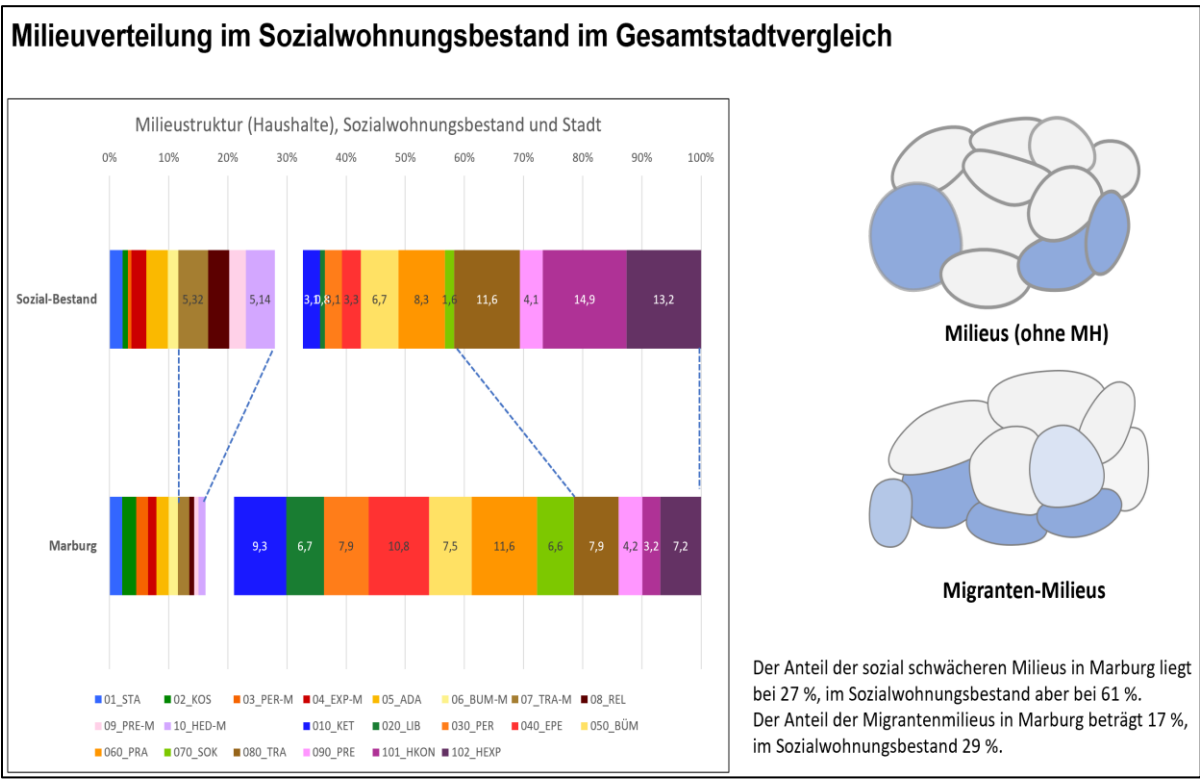
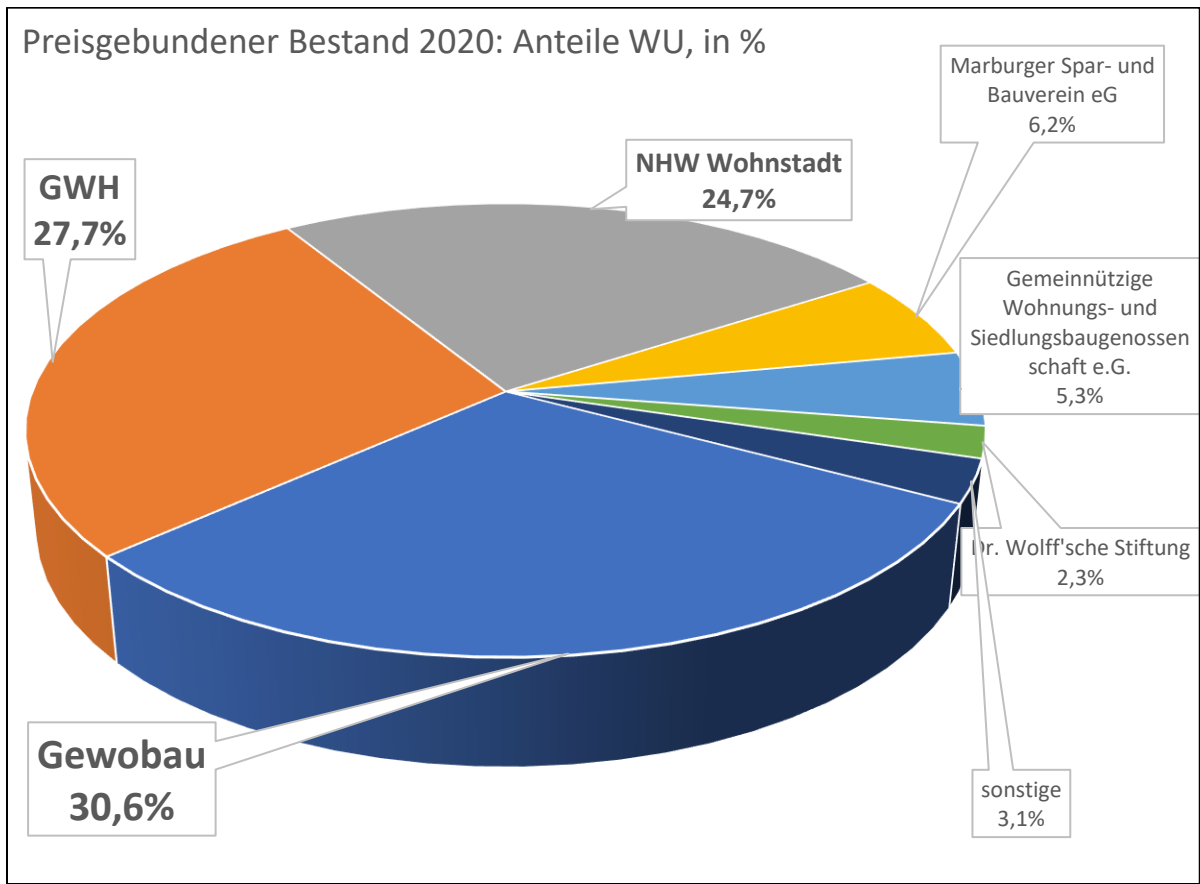
Zwar verbleiben vom derzeitigen Sozialwohnungsbestand etwa 1.450 Wohnungen bis mindestens 2040 in der Bindung, doch dürften vom Bestand des Jahres 2020 bereits 900 Wohnungen – oder knapp ein Drittel - vor dem Jahr 2031 aus der Bindung fallen. Tatsächlich umfasst der Bestand Anfang 2022 noch 2471 WE, darunter 22 Einfamilienhäuser⁵¹. Damit ist eine Erweiterung dieses Segmentes in den kommenden Jahren dringend geboten. 88 % des gebundenen Bestandes entfallen auf die vier größten Wohnungsunternehmen in der Stadt, die Gewobau, GWH, NHW Wohnstadt sowie den Marburger Spar- und Bauverein e.V.

Die **Milieuverteilung** im Sozialwohnungsbestand entspricht im Grundsatz dem **Versorgungsziel**. Sozial schwächere Milieus stellen 27 % aller Haushalte in der Stadt, aber 61 % der Haushalte im Sozialwohnungsbestand. Stärker vertreten sind Milieus mit Migrationshintergrund, die knapp 30 % der Haushalte in geförderten Wohnungen stellen, verglichen mit einem Anteil von 17 % in der Stadt insgesamt.

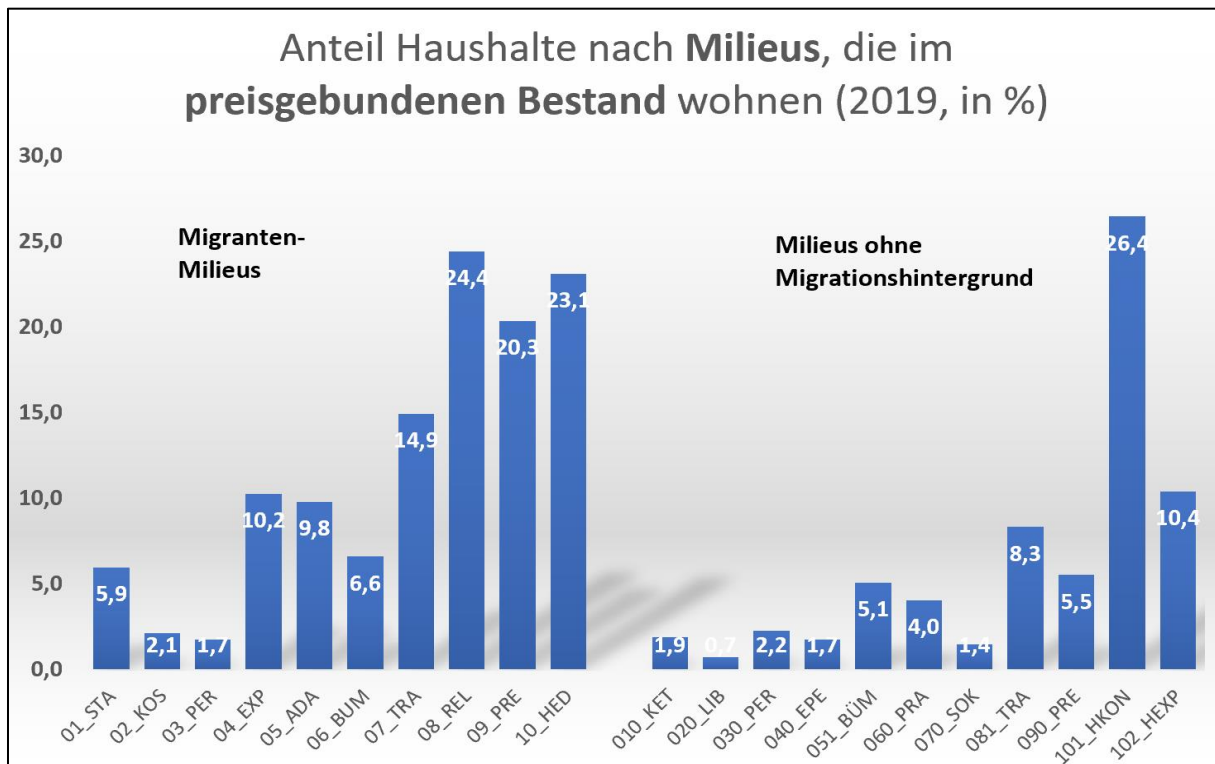
⁵¹ Stadt Marburg, FB Sozialplanung: *Sozialberichterstattung 2022*, Marburg 2022, S.12



Am stärksten **überrepräsentiert** sind in den Sozialwohnungen die *Konsum-Hedonisten*, gefolgt von den *Experimentalisten* sowie den *Traditionellen*, meist Seniorinnen- bzw. Senioren-Haushalte.



Die Zusammensetzung der **Migrantenmilieus** im geförderten Bestand ist breiter gefächert, was durch die insgesamt geringere Kaufkraft - auch innerhalb der migrantischen Mittelschicht - zu erklären ist.



Etwa jeder vierte Haushalt der *Religiös-Verwurzelten* und der *Konsum-Hedonisten* in Marburg (mit und ohne Migrationshintergrund) lebt in einer preisgebundenen Wohnung, aber nur knapp jeder 20. Haushalt aus dem Milieu der *Prekären* ohne Migrationshintergrund.

Hauptaufgabe bleibt, eine zu starke Segregation und lebensweltliche **Polarisierung im geförderten Bestand zu vermeiden** und gleichzeitig Anreize für Mittelschicht-Milieus zu geben, im bisherigen Umfeld ihre Wohnwünsche zu realisieren.

Zudem können inzwischen vielfach erprobte Verfahren, wie die **Konzeptvergabe** von öffentlichen Grundstücken zur Förderung der sozialen Versorgung und zur breiteren sozialräumlichen Mischung der Gesellschaft verstärkt genutzt werden⁵², um solchen Prozessen entgegenzuwirken.

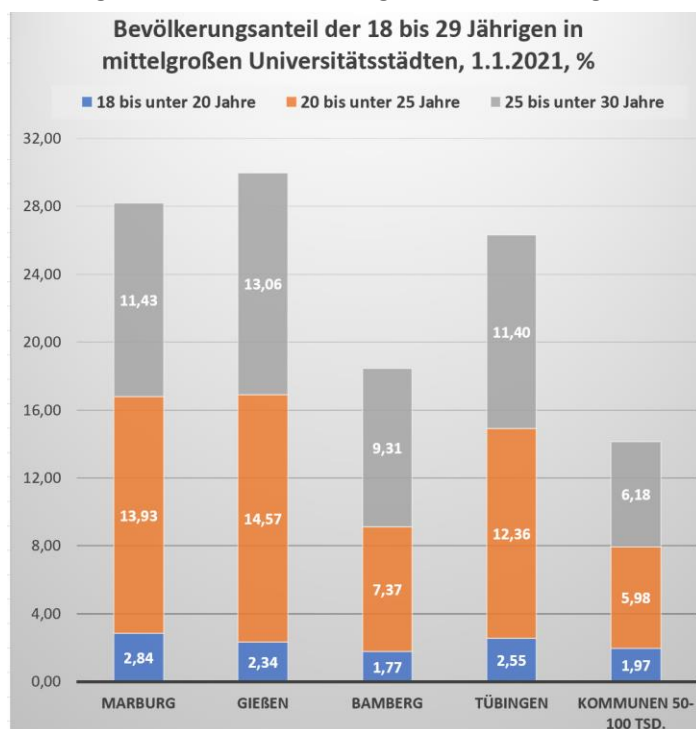
Eine vollständige oder auch nur überwiegende Dezentralisierung des geförderten Bestandes wird sich allerdings auf diesem Wege nicht erreichen lassen.

⁵² WOHNUNGSBAU IN HESSEN.DE: KONZEPTVERGABE IM WOHNUNGSBAU. Gute Konzepte entscheiden Grundstücksvergabe <https://wohnungsbau.hessen.de/fl%C3%A4chen/wohnbaulandshyentwicklung/konzeptvergabe>

Kapitel 5: Studierende als eine der zentralen Bevölkerungsgruppen in Marburg

Einen prägenden Teil der Marburger Stadtgesellschaft bilden die Studierenden an der Philipps-Universität – ungeachtet ihrer nur temporären und saisonalen Präsenz. Typischerweise tragen sie erheblich zur Belebung von (Innen-) Städten, von Handel und Gastronomie bei und sind ein wichtiger, auch Brücken-schlagender Pfeiler gesellschaftlicher Vielfalt. Diesen positiven Wirkungen können allerdings auch deutliche Herausforderungen gegenüberstehen, etwa am Wohnungsmarkt oder wegen einer eingeschränkten Teilhabe an urbanen Prozessen⁵³. Zudem hängt es stark von der jeweiligen kommunalen Attraktivität in wichtigen Bedürfnisfeldern von Uni-Absolventinnen und -Absolventen sowie von entsprechenden Beschäftigungsangeboten vor Ort ab, ob Studierende nach ihrem Abschluss am Studienort verbleiben⁵⁴ - eine auch für Marburg wichtiger werdende Frage. Eine Befragung von Studierenden an der Philipps-Universität im Rahmen einer Regionalstudie ergab 2018 eine eher negative Bewertung, insbesondere hinsichtlich der Jobvielfalt, den Wohnbedingungen oder der Verfügbarkeit von Schulen und Kinderspieleinrichtungen in der Stadt und im Landkreis⁵⁵.

Im Unterschied zu Tübingen, Gießen und anderen mittelgroßen Universitätsstädten zeichnet sich in Marburg seit 2015/16 ein langsamer aber stetiger Rückgang der Studierendenzahlen ab, seit 2020



aufgrund der Corona-Restriktionen zumindest vorübergehend auch bei ausländischen Studierenden. Verglichen mit den vier übrigen Universitäten in Hessen verzeichnet Marburg seit 2015 die höchsten Verluste bei der Zahl der Studierenden.

Wie in Hessen und Deutschland insgesamt — hat sich diese Abnahme im Wintersemester 2021/22 in Marburg weiter fortgesetzt⁵⁶. Der Rückgang betrifft die meisten Fachbereiche; nur der anteilstärkste Bereich „Medizin“ – mit jedem sechsten Studierenden - verzeichnete im WS 2021/22 mehr Studierende als 2017/18⁵⁷.

⁵³ Vgl. etwa Kramer, C.: *Studierende im städtischen Quartier – zeit-räumliche Wirkungen von temporären Bewohnern und Bewohnerinnen*, in: Henckel, Di; Kramer, C. (Hrsg.): *Zeitgerechte Stadt - Konzepte und Perspektiven für die Planungspraxis*. Hannover 2019, Forschungsberichte der ARL 09, S. 281-310

⁵⁴ Zu den komplexen Bedingungen des Arbeitsmarkteinstiegs von Hochschulabsolventinnen und -absolventen siehe aktuell: Teichert, C.: *Arbeitsmarkteinstieg und räumliche Mobilität von Hochschulabsolventen/innen*. Hannover: Gottfried Wilhelm-Leibniz-Universität, Dissertation., 2021 DOI: <https://doi.org/10.15488/10465>; Hallenberg, B., Wesselmann, St.: *Ansprüche und Realitäten des Lebens in der Stadt. Eine Studie mit Umfragen unter Studierenden in Osnabrück und Berlin*. Forum Wohnen & Stadtentwicklung, 5-2018, S.264-267

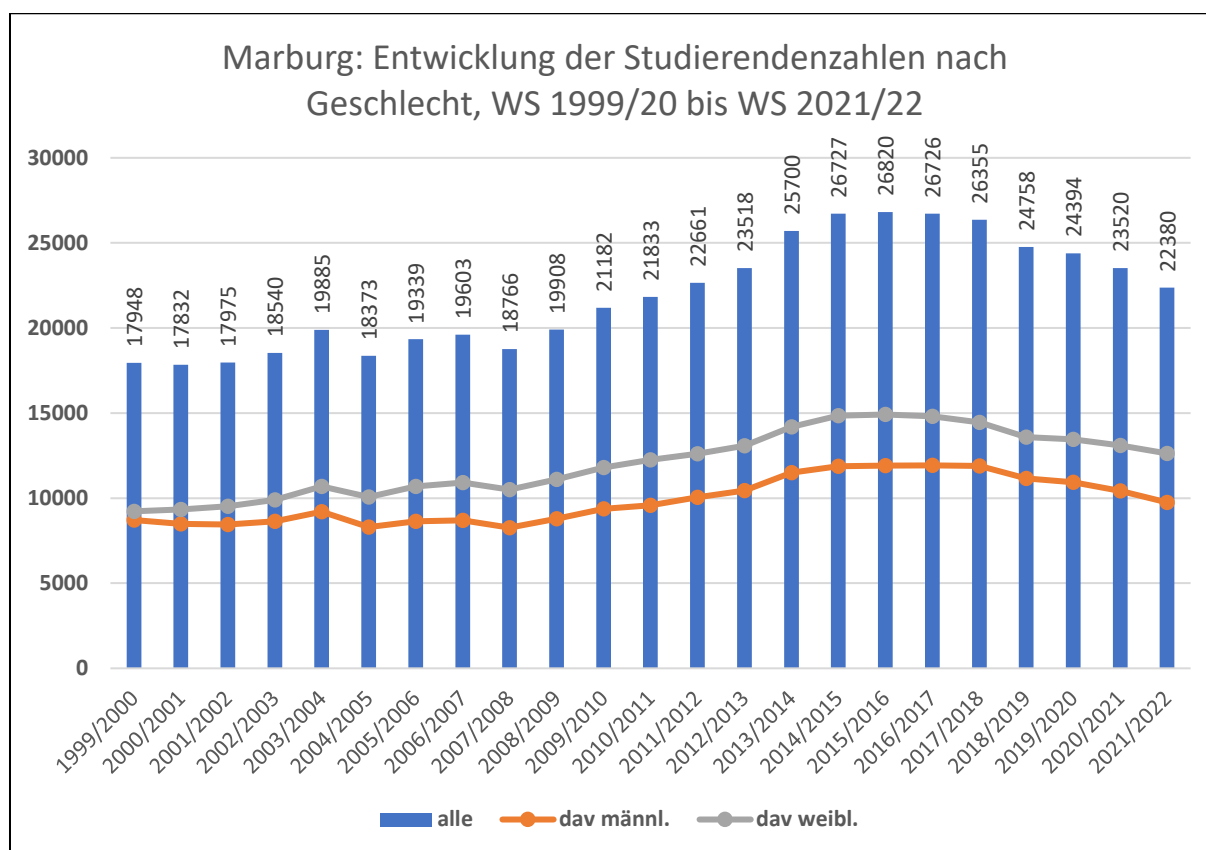
⁵⁵ Brenner, T., Ebert, T.: *Fachkräfte für den Landkreis Marburg-Biedenkopf – Wahrnehmung, Attraktivität und Potentiale*. Marburg, Philipps-Universität Marburg, Arbeitsgruppe für Wirtschaftsgeographie und Standortforschung, 2018, S.31

⁵⁶ Stat. Landesamt, Pressemitteilung, 156/2021: *Weniger Studierende an hessischen Hochschulen* 16.11.2021. Die Gesamtabnahme beträgt 5.300, davon entfallen gut 1.200 auf Marburg.

⁵⁷ Zuwächse gab es zudem in den FB Biologie und Geografie; im Bereich Mathematik und Informatik brach die Studierendenzahl dagegen um 36 % ein. Siehe auch Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 106, 14.03.2022: *Studienanfängerinnen und -anfänger 2021 um 4 % niedriger als im Vorjahr*

Im Unterschied zu Marburg blieb in Tübingen die Zahl der (Erst-) Einschreibungen im Wintersemester 2021/22 nahezu konstant⁵⁸. Bundesweit ging die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger 2021 um 4 % gegenüber dem Vorjahr und um 7 % im Vergleich zu 2019 zurück.⁵⁹

Die Ursachen für den Rückgang sind vielfältig; hauptverantwortlich sind die allgemeine **demografische Entwicklung**, das Abschmelzen der Altersgruppe potenzieller Studienanfängerinnen und -anfänger, sowie die **Corona-Restriktionen**. So ist in Marburg die Zahl der Neueinschreibungen vom WS 2019/20 bis zum WS 2021/22 um 15,5 % gesunken.



Quelle: Philipps-Universität Marburg

Infolge der Corona-Pandemie ging auch die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die zum Studium nach Deutschland kommen, zurück. Im Studienjahr 2020 war deren Zahl bundesweit um 22 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Parallel dazu hat sich allein in den vergangenen vier Jahren die Bevölkerungsgruppe der 17- bis 22-Jährigen, aus der derzeit rund drei Viertel der Studienanfängerinnen und -anfänger kommen, in Deutschland um 5 % verringert⁶⁰. Vielfach wird zudem vermutet, dass sich die Hochschulen in Deutschland nach der Pandemie verändern werden. Es werde mehr digitale Forschung und Lehre geben, „die die präsenten Raumbedarfe reduzieren“ würden; gerade große Vorlesungen mit mehreren hundert Studenten könnten nur noch digital angeboten werden⁶¹.

⁵⁸ <https://uni-tuebingen.de/einrichtungen/verwaltung/iv-studierende/studierendenabteilung/statistiken/>;
<https://www.uni-giessen.de/org/admin/kb/stat/studstat>

⁵⁹ Destatis, Pressemitteilung Nr. 106, 18.3.2022

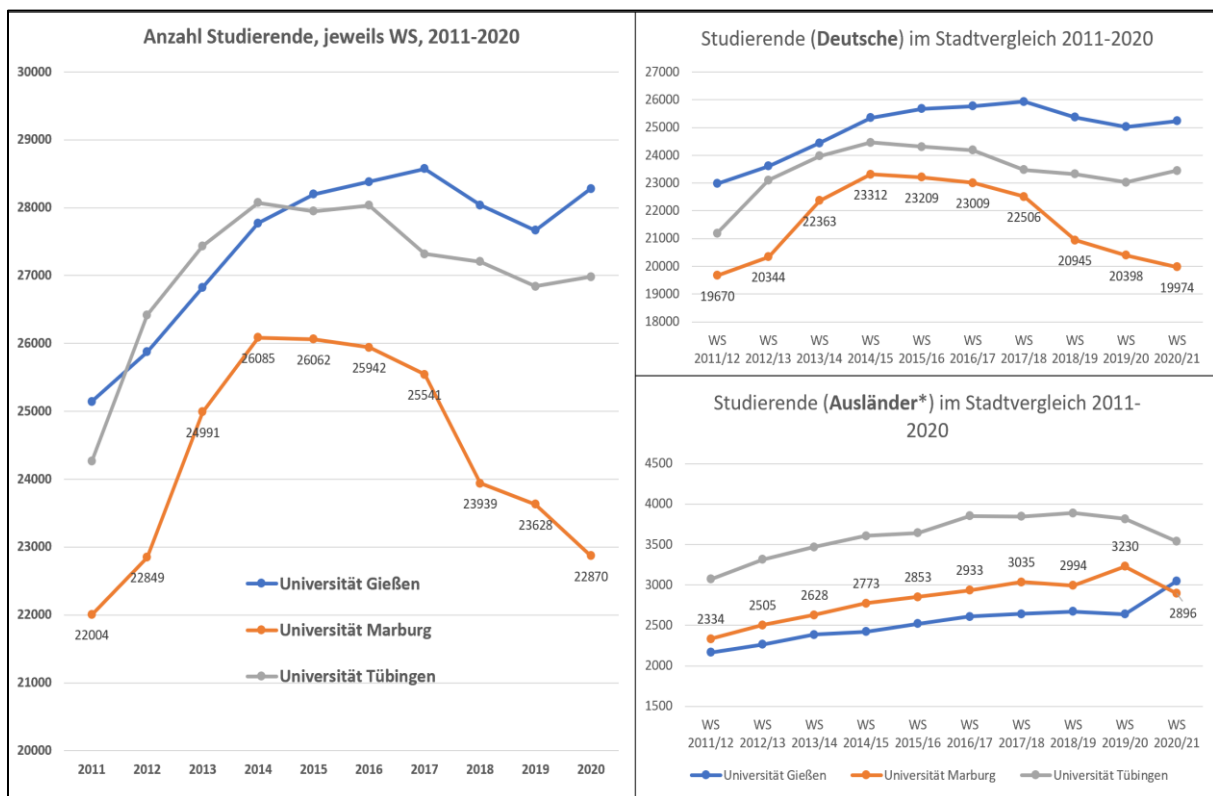
⁶⁰ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 538, 26.11.2021, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/11/PD21_538_21.html

⁶¹ Schmoll, H.: *Gibt es nach der Pandemie weniger Seminarräume an Unis?* FAZ-Online, 26.1.2022

In Marburg ist entsprechend bereits seit 2014 der Anteil der Studierenden bezogen auf die Gesamtbevölkerung von knapp 36 % auf nunmehr 29,9 % zurückgegangen, wie bereits die altersstrukturelle Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahren vermuten ließ. Dagegen ist die Studierendenquote in Gießen und Tübingen zuletzt sogar wieder leicht angestiegen.

Angesichts der demografischen bzw. altersstrukturellen Perspektiven kann dies einen mittel- bis längerfristigen **Trend** einleiten, auf den sich die Stadt auch im Hinblick auf potenzielle Folgen für den Wohnungsmarkt, die Infrastruktur oder die soziale Vielfalt in einigen Quartieren einstellen muss.

Immerhin weist Marburg unter den hessischen Hochschulstandorten mit 10,3 % (2020) die höchste **Unterbringungsquote** für Studierende in Wohnheimen auf, deutlich vor Gießen, allerdings im Fernvergleich erheblich geringer als in Tübingen oder Konstanz (*siehe Tabelle unten*).

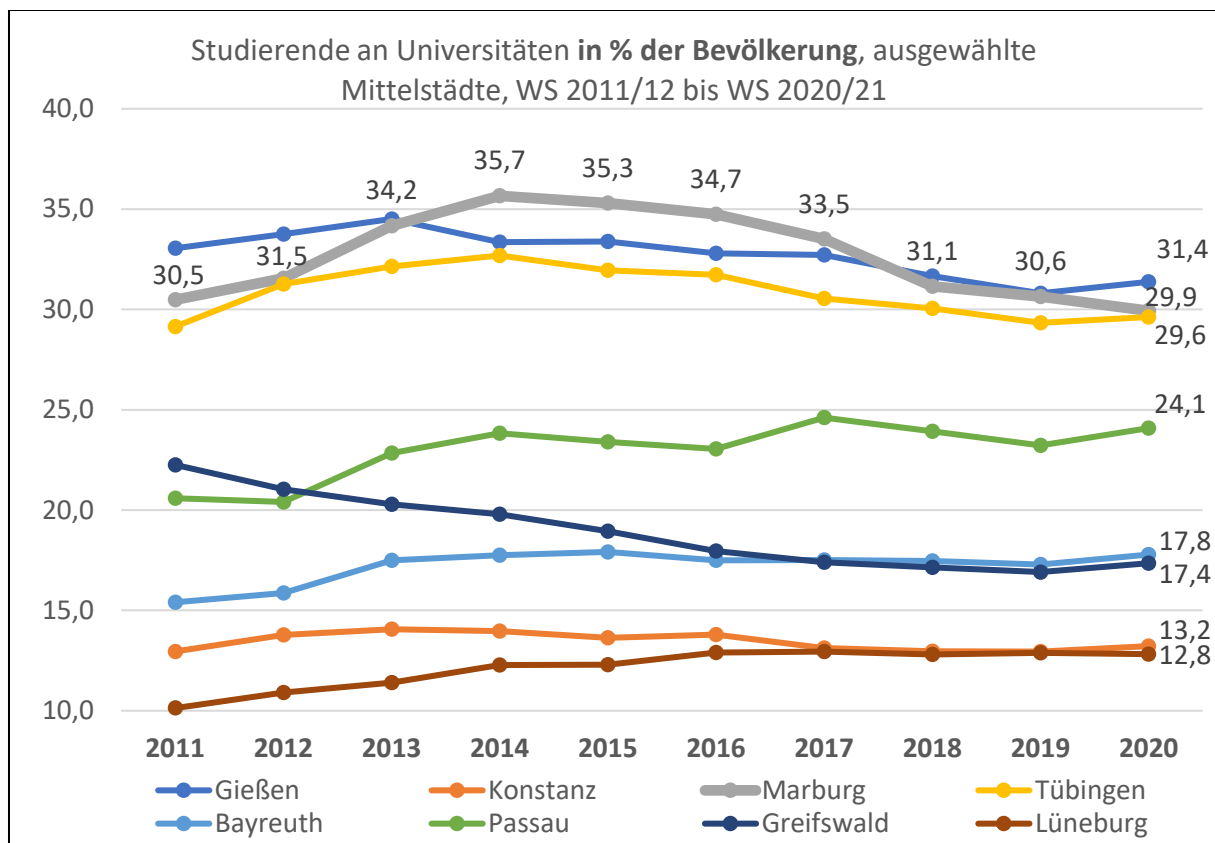


Entwicklung der Studierendenzahlen im Vergleich der Universitätsstädte 2011/12 bis 2020/21. Quellen: Eigene Darstellung, Destatis, Genesis Online.

Um die **teilkäumliche Bedeutung von Studierenden als Bevölkerungsteil** und als Nachfrager am Wohnungsmarkt einschätzen zu können, wurde auf die anonymisierten und Hausnummer-bereinigten Straßennamen der von den Eingeschriebenen angegebenen Wohnadressen zurückgegriffen⁶².

Bei der Auswertung ist zu berücksichtigen, dass unklar bleibt, ob es sich um den Haupt- oder Nebenwohnsitz handelt und ob Studierende mit einem auswärtigen Wohnort zeitweise auch in Marburg wohnen. Innerstädtisch konnten so 95 % der Wohnortangaben den Ortsteilen zugeordnet werden.

⁶² Quelle. Studentenwerk Marburg, Auswertung vhw



Quellen: Eigene Berechnungen; Statistische Landesämter; Genesis Online

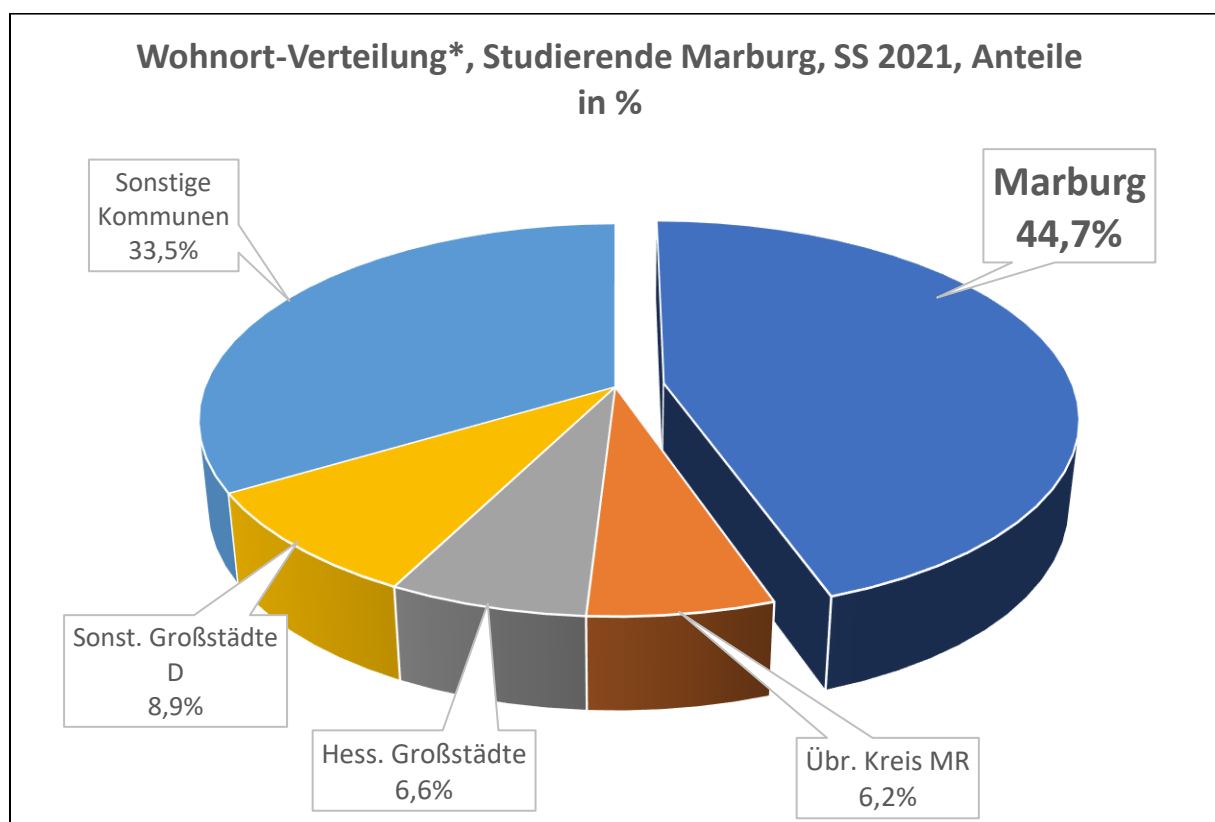
Ort	Studierenden-Wohnheime	Studierenden-Wohnplätze	Darunter: Wohnplätze der Studentenwerke	Zahl der Studierenden 2019/20	Unterbringungsquote in %
Marburg	36	2503	2008	24322	10,3
Gießen	36	2719	2719	39018	7,0
Tübingen	28	4534	3661	26842	16,9
Konstanz	19	3369	2361	15856	21,3
Lüneburg	6	978	520	9722	10,1
Greifswald	14	814	814	10238	8,0
Frankfurt O.	6	1309	1309	6118	21,4
Passau	7	980	516	12323	8,0
Bayreuth	15	1858	1348	12967	14,3
Bamberg	12	1409	931	12428	11,3

Quelle: Deutsches Studentenwerk (Hrsg.): Wohnraum für Studierende. Statistische Übersicht 2020. Berlin 2020, S.11, 16; eigene Darstellung. Inzwischen hat sich die Zahl der Wohnplätze erhöht

Von den gut 21.000 erfassten Studierenden gaben knapp 45 % eine Adresse innerhalb Marburgs an, weitere 6 % leben in den übrigen Städten des Kreises und mehr als 15 % in anderen deutschen Großstädten, ein weiteres Drittel nennt einen kleineren Ort in Deutschland als Wohnort.

Detaillierte Informationen zur konkreten Wohnform lassen sich daraus nicht ableiten. Insgesamt wohnten 2021 nach Angaben des hessischen Wissenschaftsministeriums 24 Prozent der Studierenden bei Eltern und Verwandten, 10 Prozent in einem Studierendenwohnheim, 14 Prozent allein in einer Wohnung, 22 Prozent mit Partner und/oder Kind in einer Wohnung sowie 29 Prozent in einer Wohngemeinschaft und 1 Prozent zur Untermiete.⁶³

Innerhalb des Stadtgebietes sind die Wohnortadressen zwischen den Ortsteilen sehr unterschiedlich verteilt. Gut 85 % entfallen auf die Kernstadt, knapp 15 % auf die Außenstadtteile. Der **Segregationsindex** für Studierende 2020/21 liegt auf Basis der ausgewerteten Zahlen⁶⁴ bei 37,1. Mit anderen Worten: Um eine gleiche Verteilung zwischen den Ortsteilen zu erreichen, müssten theoretisch 37 % der Studierenden in einen anderen Ortsteil ziehen.

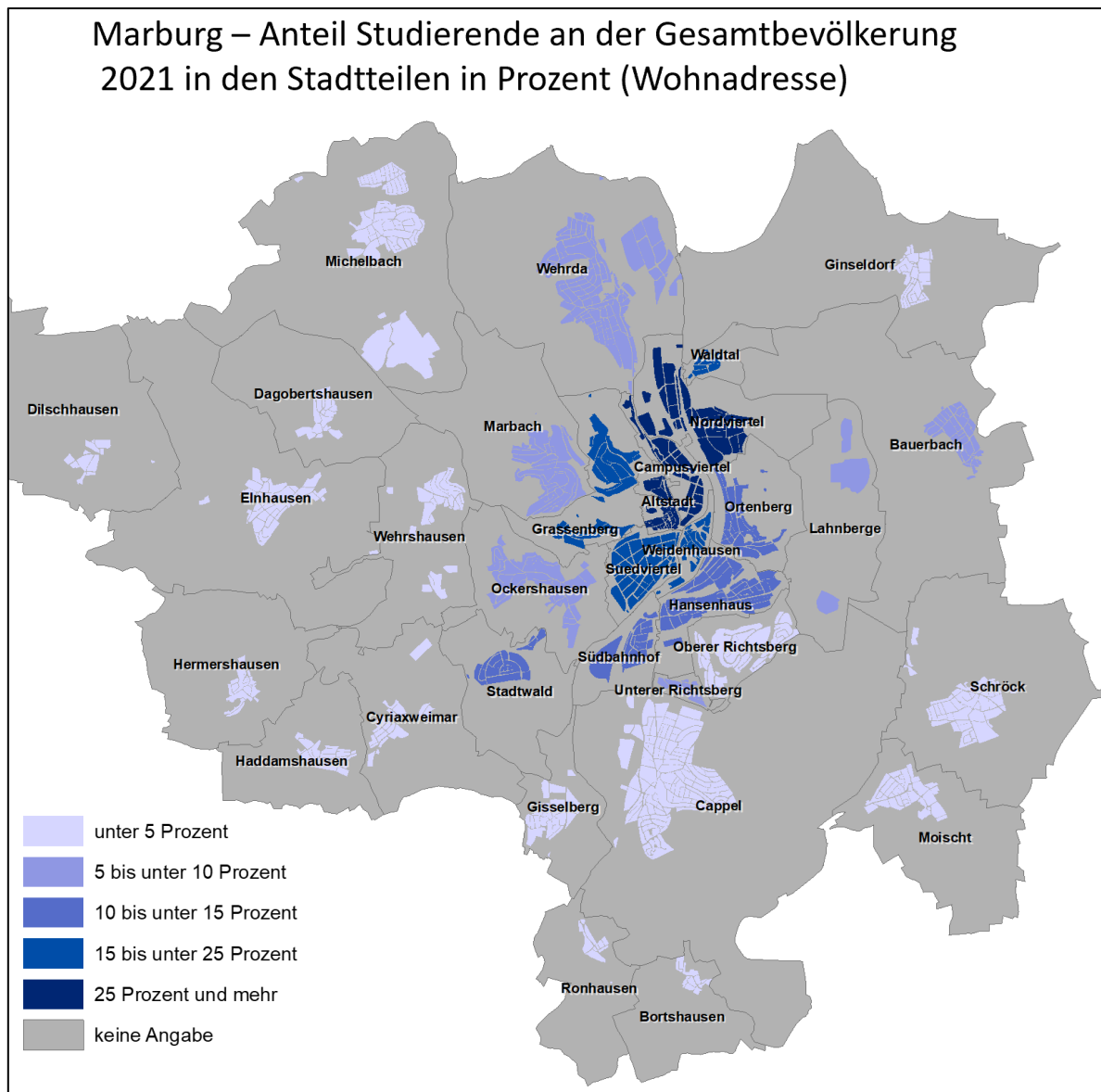


Tatsächlich wohnen 52 % der Studierenden mit einer Marburger Wohnadresse in nur vier Ortsteilen. In der **Altstadt** stellen sie ein Drittel der Gesamtbevölkerung, im **Campusviertel** mehr als 40 %. Wenn als Bezugsgröße nur die 16 bis 35-Jährige Bevölkerung gewählt wird, fallen die Anteile noch deutlicher aus und reichen bis 42 % in Grassenberg, 43 % im Südviertel, 49 % in der Altstadt und 63 % im Campusviertel.

⁶³ Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Pressemitteilung 15.10.2021: *Wohnraum für Studierende: 3.000 neue Wohnheimplätze und Rekordmittel für alle elf Hochschulstandorte.*

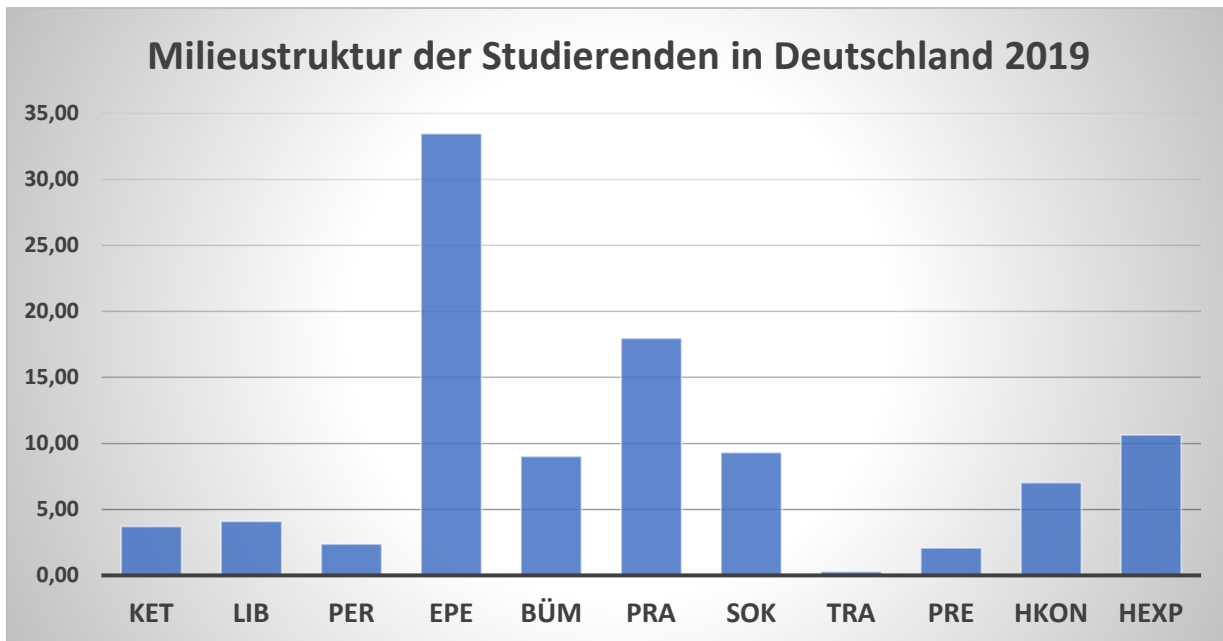
⁶⁴ Vergleichszahlen für frühere Jahre stehen nicht zur Verfügung.

Zwar geben 9 % der in Marburg wohnenden Studierenden eine Adresse in einem den vier sozial schwächeren Ortsteilen an; ihr Bevölkerungsanteil erreicht dort jedoch nur zwischen 3% am Oberen Richtsberg und 17 % in Waldtal. Insofern können Studierende dort nur begrenzt zur sozialen Vielfalt beitragen und eine Vor-Ort-Funktion als „Brückenbauer“ ausüben.

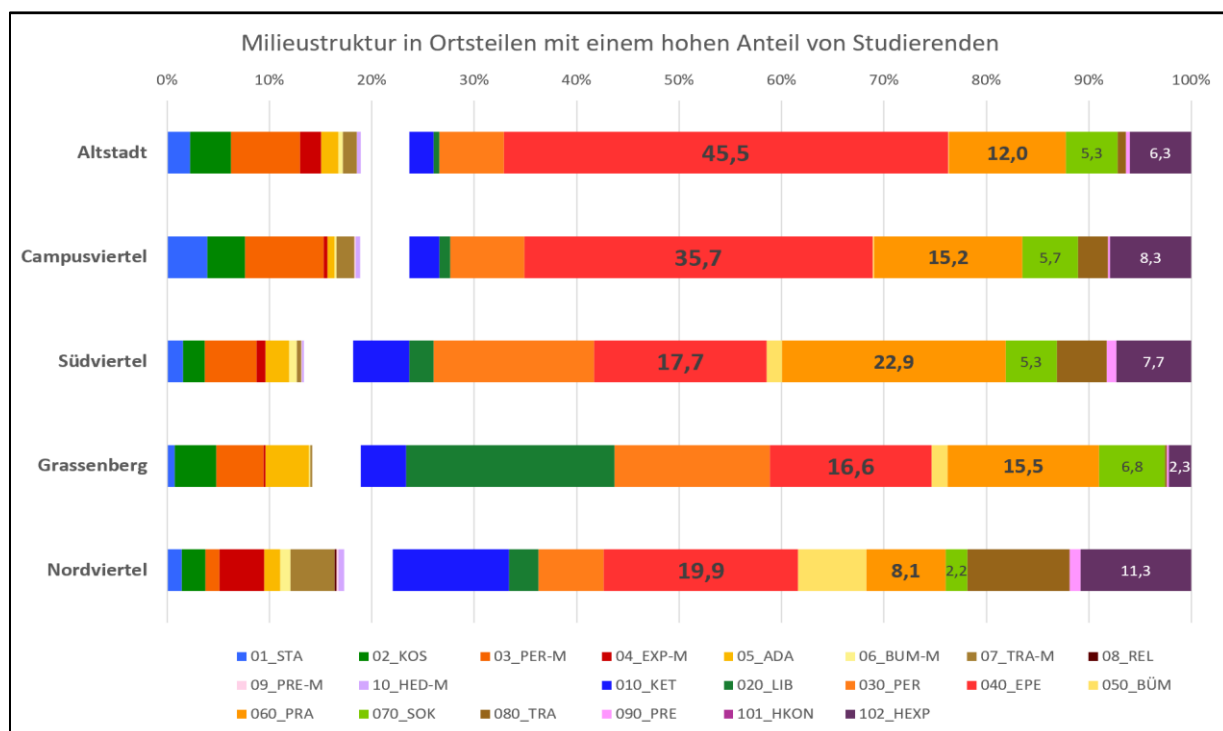


Studierende in % der Wohnbevölkerung in den Ortsteilen. Quelle: Studierendenwerk, Karte und Auswertung vhw (siehe auch Tabelle 6 im Anhang)

Eine unmittelbare **Milieuordnung** in Marburg ist wegen der vorliegenden rudimentären Adressdaten nicht möglich. Im Wesentlichen bestätigt sich jedoch das Bild, welches bundesweit für die Milieustruktur von Studentinnen und Studenten vorliegt. Danach dominieren die *Expeditiven* deutlich, gefolgt von *Adaptiv-Pragmatischen* und den *Experimentalisten*.



Quelle: b4p, 2019 II, eigene Berechnungen.



Dieses Grundmuster der Milieuverteilung bestätigt sich in den Marburger Ortsteilen mit einem hohen Anteil von Studierenden. Sowohl *Expeditive* als auch *Adaptiv-Pragmatische* sowie *Experimentalisten* sind hier besonders stark vertreten; insgesamt zeichnen sich die entsprechenden Ortsteile durch eine breite lebensweltliche Vielfalt aus.

Hauptaufgabe wird sein, Absolventinnen und Absolventen durch ein **verbreitertes Jobangebot** stärker zum Verbleib zu bewegen. Zugleich kann die **Altersstruktur** in den von Studierenden dominierten Ortsteilen differenziert und damit die Mischung verstärkt werden. Dazu muss auch ein **angepasstes Wohnungsangebot** beitragen.

Kapitel 6: Rahmenbedingungen der Teilhabe: Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Wirtschaftsstruktur

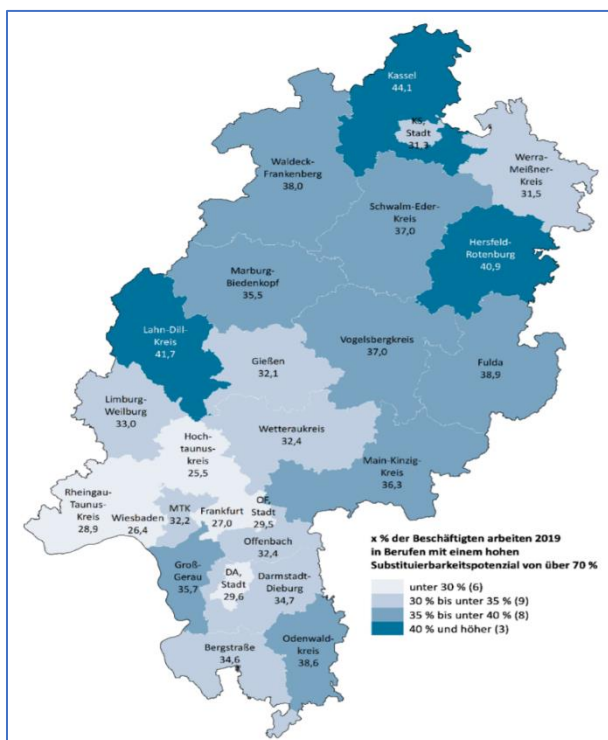
6.1. Überblick

Das folgende Kapitel stellt die Entwicklung von Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Wirtschaftsstruktur in Marburg und dem Landkreis dar und ordnet sie vergleichend ein. Ein zusätzlicher Fokus liegt auf aktuellen Trends in der Arbeitswelt wie Digitalisierung und Homeoffice und beschreibt ihre potenziellen (sozialräumlichen) Folgen. Dabei spielen die Erkenntnisse aus der Milieuforschung und der Verteilung der Geo-Milieus eine wichtige Rolle. Im Unterschied zu den Themenbereichen „Demografie“ oder „Sozialtransfers“ standen für Arbeitsmarkt und Beschäftigung in dieser Studie nur gesamtstädtische Daten zur Verfügung, die bis auf die Gemeindeebene extern verglichen werden können.

6.2. Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Beschäftigung im Milieukontext

Für die Analyse und die Perspektiven der Milieustrukturentwicklung in Marburg sind der Arbeitsmarkt, die Branchenstruktur sowie der Wohnungsmarkt von besonderer Bedeutung. Zugleich ist die Erwerbsteilnahme ein Hauptfaktor für eine gelingende soziale Teilhabe⁶⁵ und Integration.

Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger und insbesondere aus der Perspektive der verschiedenen Milieus sind Arbeits- und Wohnungsmarkt in einem engen Wirkungszusammenhang zu sehen, insbesondere hinsichtlich von abgestimmten, **integrierten Maßnahmen zur künftigen Bewohnerbindung** sowie zur Beeinflussung der Struktur der Zuwanderung. Dabei sind neben dem Erfordernis, **branchenstrukturell zukunftsfähige Arbeitsplätze in Verbindung mit bedürfnisgerechten Wohnangeboten zu schaffen**, auch die Folgen wirkmächtiger Umbrüche in der Arbeitswelt zu berücksichtigen - wie Umfang und Folgen eines vermehrten Homeoffice-Angebots mit möglichen sozialräumlichen Konsequenzen oder die Folgen der Substituierung bestimmter Arbeitsplätze durch die fortschreitende **Digitalisierung**.



Karte: Betroffenheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berufen mit einem hohen Substituierbarkeitspotenzial (von über 70 Prozent) durch Digitalisierung. Quelle: IAB Hessen, Fn 1, unten

So waren bereits 2019 im Kreis Marburg-Biedenkopf 35,5 % der Beschäftigten in Berufen tätig, in denen potenziell schon heute mehr als 70 Prozent aller Tätigkeiten von Computern oder computergesteuerten Maschinen durchgeführt werden könnten⁶⁶. Diese weitreichende Transformation der Arbeitswelt muss frühzeitig in ihren vielfältigen Folgen analysiert und durch begleitende Maßnahmen gesteuert werden.

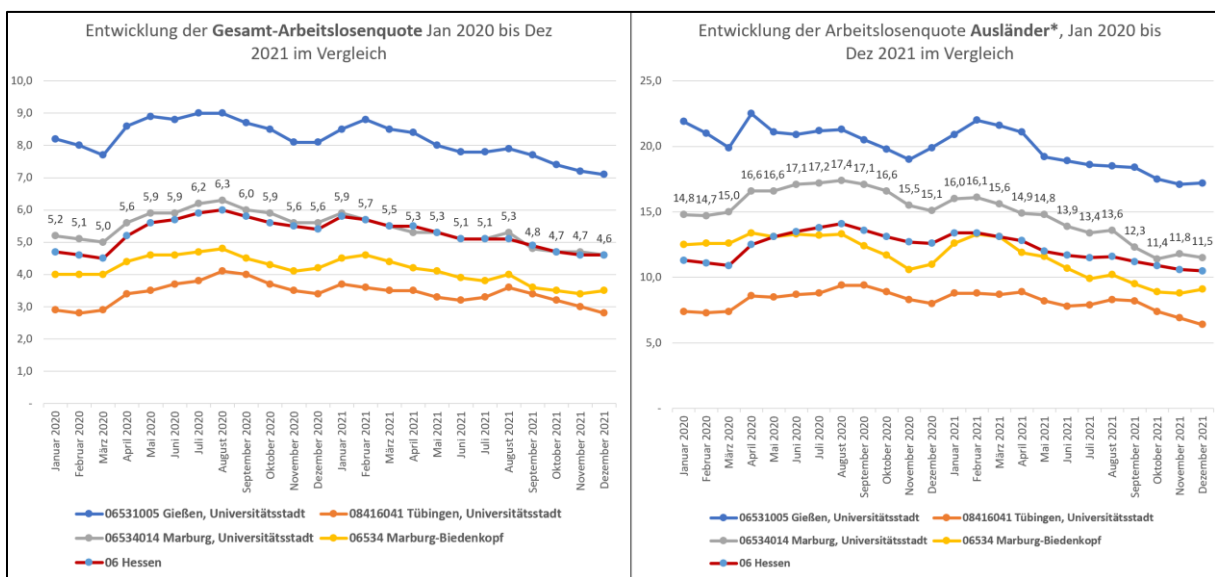
⁶⁵ Zusätzlich sei hier auf entsprechende Förderprogramme wie ESF etc. verwiesen.

⁶⁶ Vgl. Burkert, C., Röhrig, A., Schaade, P.: *Digitalisierung der Arbeitswelt: Mögliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Hessen – Aktualisierung*. IAB Hessen, 1-2021.

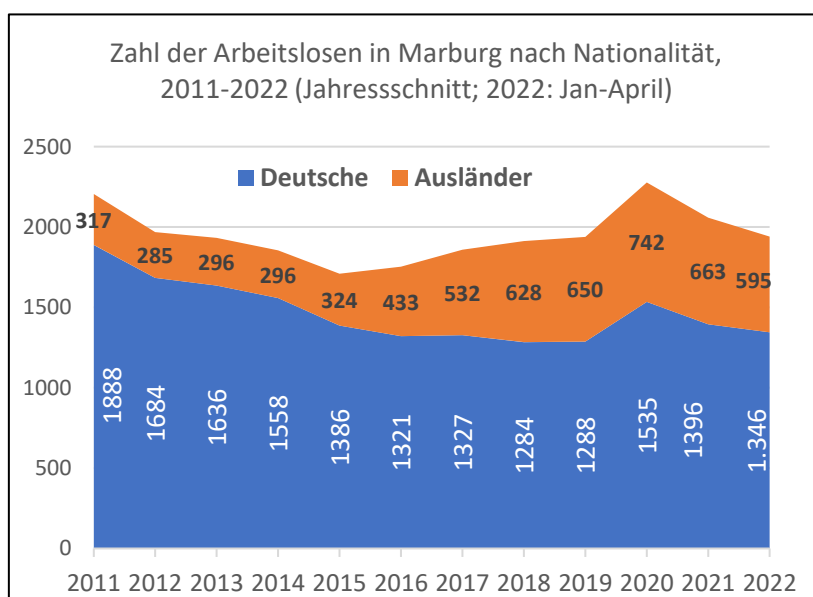
Im interkommunalen und -regionalen **Standortwettbewerb** gilt es, solche zukunftsfähigen Branchen anzusiedeln, mit denen Milieus angesprochen werden können, die durch ihren Zuzug zur **Stabilität der sozialen Mischung** und zur wirtschaftlichen Anpassung in der Stadt beitragen können.

Nachfolgend werden zunächst die wichtigsten **Parameter des Arbeitsmarktes** und deren Entwicklung kurz vorgestellt, überwiegend im Regional- und Städtevergleich. Besonders hervorzuheben ist bei der Bewertung der ökonomischen Situation der Stadt Marburg im regionalräumlichen Kontext die stark abweichende Wirtschaftsstruktur im Vergleich zum näheren Umland, dem Landkreis, aber auch zur weiteren Region Mittelhessen. Diese strukturelle Diskrepanz unterscheidet Marburg bedingt von der Situation in Gießen und sehr deutlich von jener in Tübingen und deren Umland.

Die **Arbeitslosigkeit** in Marburg bewegt sich in den letzten beiden Jahren durchgängig auf dem Niveau des Bundeslandes und ist - ähnlich wie in Gießen, aber anders als in Tübingen - etwas höher als im umliegenden **Landkreis**.



Dagegen bestehen bei der Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer ein gewisser, zuletzt rückläufiger Abstand zum Land. Auch hierin zeigen sich gewisse Abweichungen zwischen Marburg und dem Land, teilweise bedingt durch die **Qualifikations- und Herkunftsstruktur** der Zugewanderten.

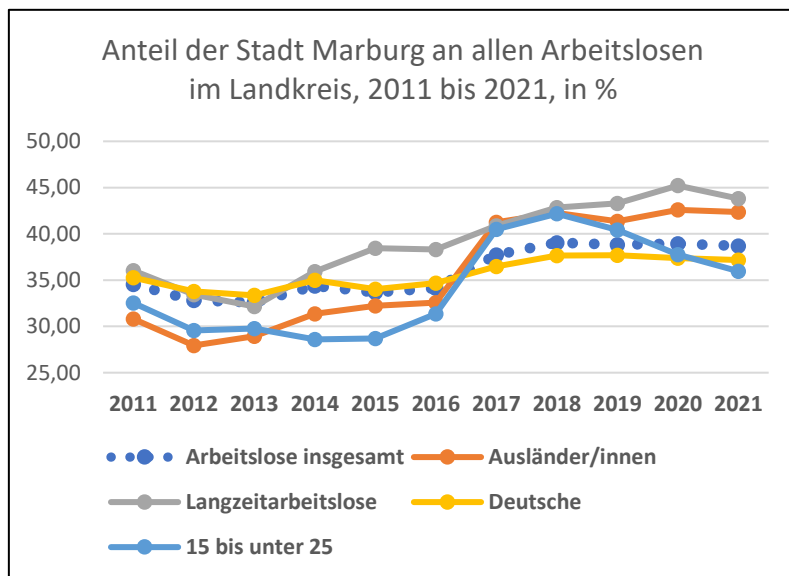


Die Zahl der Arbeitslosen mit **deutscher Staatsangehörigkeit** war von 2011 bis 2019 fast durchgängig rückläufig, bevor sie pandemiebedingt 2020 deutlich angestiegen ist⁶⁷. Bei den **Zugewanderten** machte sich der starke Anteil aus den

⁶⁷ Quellen: Eigene Darstellung auf Basis der Statistik der Arbeitsagentur, Nürnberg 2022.

Asyl-Herkunftsländern seit 2015 bemerkbar, allerdings in einem insgesamt überschaubaren Ausmaß (siehe Diagramm links).

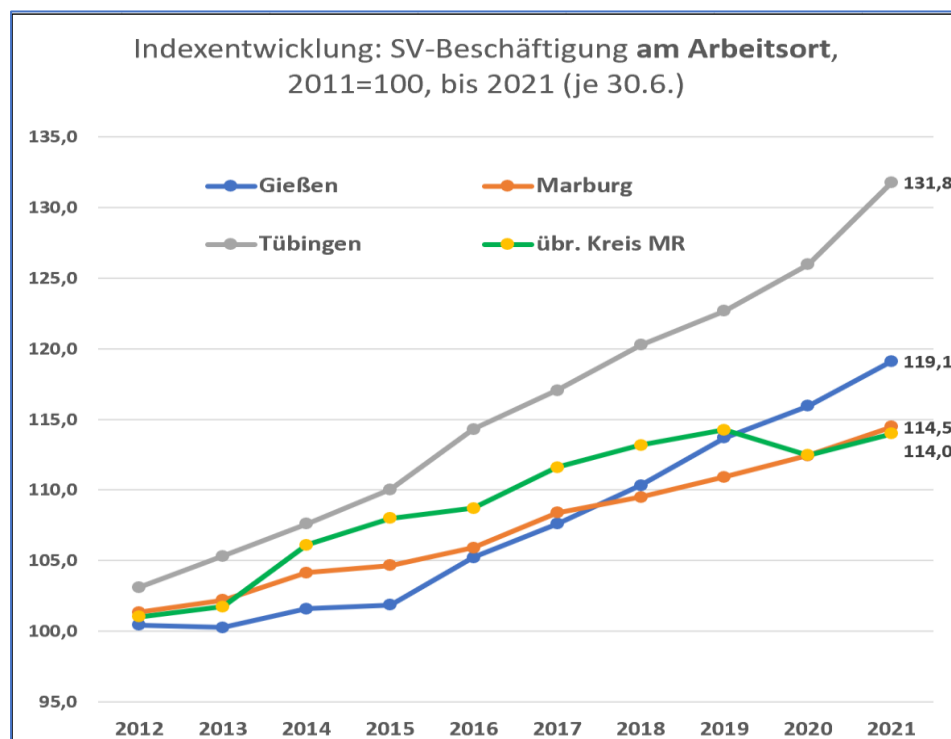
Aufschlussreich, gerade im Hinblick auf die Arbeitsmarktteilhabe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, ist die **Zusammensetzung** der Arbeitslosen im Zeitablauf. Im Hinblick auf die Teilhabe der jüngeren Erwachsenen fällt der vergleichsweise **überdurchschnittliche Anteil der 20 bis 25-Jährigen** an allen Arbeitslosen auf, auch wenn dieser seit 2018 leicht zurückgegangen ist. Der Anteil der **Nichtdeutschen** ist dagegen seit 2019 und - anders als in Gießen oder Tübingen - nicht weitergewachsen und beträgt im April 2022 30,5 %.



Stärker verfestigt als in den beiden Vergleichsstädten hat sich der **Anteil der Langzeitarbeitslosen**, der mehr als ein Drittel aller Arbeitslosen ausmacht und 2021 deutlich angestiegen ist. Im April 2022 waren fast 39 % der Arbeitslosen seit mehr als einem Jahr ohne Beschäftigung. Auf die Stadt Marburg entfällt ein Anteil von 44 % an allen Langzeitarbeitslosen im Landkreis. Gerade diese Gruppe, in Marburg im April 2022 etwa 740 Personen, hat fortbestehende Einstiegsprobleme bei der beruflichen Teilhabe.

leme bei der beruflichen Teilhabe.

Beschäftigung im Außenvergleich



Die Zahl der **Beschäftigten am Arbeitsort** Marburg ist von 2018 bis 2021 - jeweils 30. Juni - um 4,5 % gewachsen und wird in der näheren Region nur vom Kreis Gießen und vom Schwalm-Eder-Kreis über-troffen, während der übrige Kreis Marburg auch strukturell bedingt nur um 0,7 % zulegen konnte.

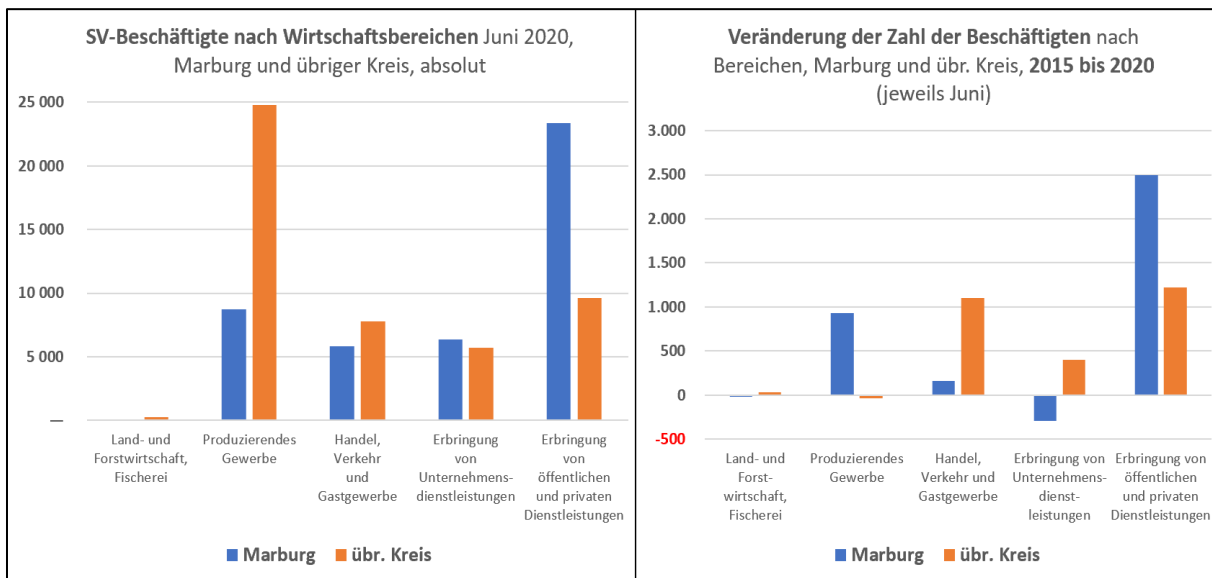
Bezogen auf die gesamte vergangene Dekade ist die sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigung in Marburg jedoch mit einem Zuwachs von 14,5 % seit 2011 deutlich langsamer gewachsen als in Gießen (+ 19 %) oder in Tübingen (+32 %). Der übrige Kreis musste, auch aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur, gerade zu Beginn der Pandemie sogar deutliche Beschäftigungsverluste hinnehmen

Die Zahl der Geringfügig Beschäftigten bewegt sich in Marburg mit etwa 10.400 Personen 2021 auf dem Niveau von 2011. Dabei ist ein höherer Anteil geringfügig beschäftigt im Nebenjob, während die Zahl der *ausschließlich* geringfügig Beschäftigten auf 7.100 in 2021 zurückgegangen ist, offenbar als Folge der Corona-Restriktionen, wie etwa in der Gastronomie oder im Einzelhandel.

Die Wirtschaftsstruktur in Marburg zeichnet sich durch einen starken **Dienstleistungssektor** aus. Mehr als 10.000 Menschen sind allein im Gesundheitssektor oder in der Wissenschaft tätig. Auch die Gastronomie, bestehend aus mehr als 300 Restaurants, Cafés und Kneipen, trägt zur Wertschöpfung bei.

Dieses Muster wird durch die Liste der großen **Arbeitgeber** vor Ort zusätzlich deutlich: Gut 2.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Philipps-Universität beschäftigt, sogar 4.000 im Universitätsklinikum. Für die Verwaltung der Stadt und des Kreises sind knapp 2.500 Menschen tätig; Sparkasse und Stadtwerke steuern zusammen 1.500 Angestellte und Arbeiter bei. Die Pharma- bzw. Gesundheitsunternehmen CSL Behring und Biontech – zuvor Novartis – haben derzeit ca. 3.400 Mitarbeitende. Insgesamt entfallen somit etwa 27 % aller Beschäftigten in der Stadt auf die „TOP 10-Arbeitgeber“.

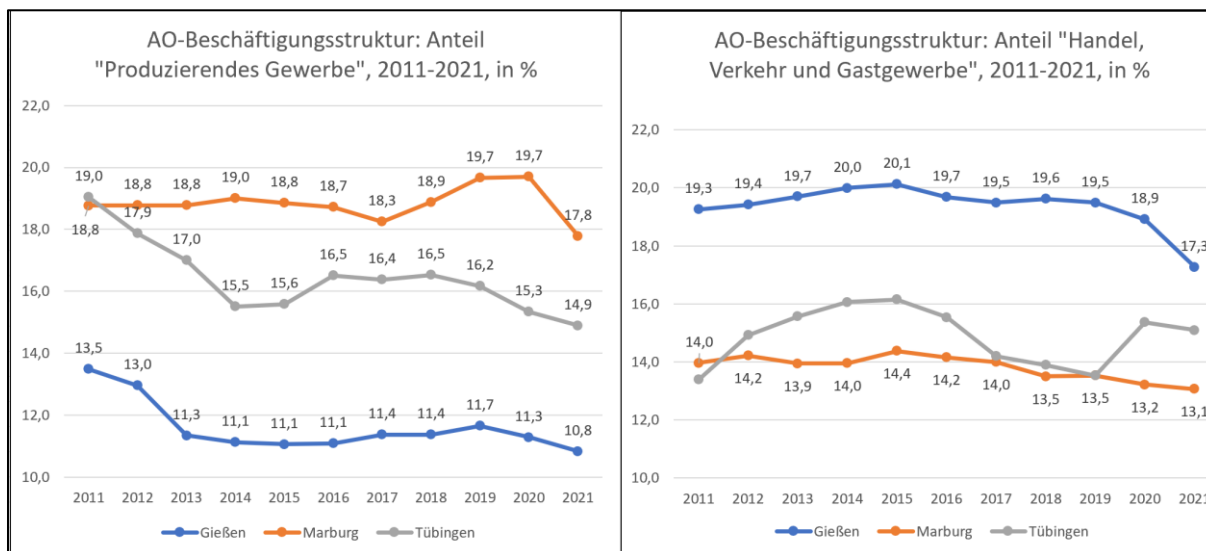
Zwischen dem Oberzentrum und dem umgebenden **Kreis** bestehen grundsätzliche **strukturelle Unterschiede**, da der Restkreis weiterhin stark vom Produzierenden Gewerbe geprägt wird. Allerdings hat es in diesem Wirtschaftsbereich in den vergangenen Jahren, anders als in der Stadt Marburg, kaum Zuwächse gegeben, während leichte Zunahmen im Handels-/Verkehrs- und im Dienstleistungssektor festzustellen sind (siehe Diagramme unten).



Stadt und Rest-Kreis: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Bereichen und deren Veränderung 2015 bis 2020

Verglichen mit den beiden anderen **Universitätsstädten** ist der Anteil des Produzierenden Gewerbes selbst in der Stadt Marburg jedoch weiterhin hoch, wenngleich mit einem deutlichen Anteilsrückgang bis 2020/2021. Dabei ist jedoch die herausgehobene Rolle der **Pharmaindustrie** zu berücksichtigen.

Zahl und Anteil der Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig sind in den letzten Jahren weiter angestiegen und haben durch die Corona-Pandemie einen zusätzlichen Schub erhalten. Tatsächlich arbeiteten im Herbst 2020 im Kreis Marburg-Biedenkopf, ganz überwiegend in der Stadt Marburg, fast 5,5 % aller Beschäftigten in der deutschen Pharmaindustrie. Dieser Wirtschaftsbereich wird den Zukunftsbranchen zugerechnet⁶⁸. Es wird davon ausgegangen, dass es in diesem Sektor in den kommenden Jahren allgemein zu einer Erweiterung bzw. Modifizierung von Geschäftsmodellen kommen dürfte⁶⁹.



Eigene Darstellung, Datenbasis: Statistik der Arbeitsagentur, Kommunalreport, div. Jahrgänge (AO = Arbeitsort)

Der Zusammenhang zwischen **Wirtschaftsstruktur** und **milieubasierter Arbeitsplatznachfrage** wird auch im **Gesundheitswesen**, einschließlich der Pharmaindustrie deutlich: Vor allem das *Expeditive*, das *Liberal-Intellektuelle* und das *Adaptiv-Pragmatische Milieu* sind bundesweit überdurchschnittlich häufig in diesem Segment tätig und sind insofern Zielgruppen bei einer weiteren Zunahme der Beschäftigung in diesem Sektor. Für eine erfolgreiche Ansprache dieser Milieus sind allerdings, wie im Weiteren ausgeführt, zusätzliche wichtige Faktoren zu berücksichtigen, nicht zuletzt ein bedürfnisgerechtes Wohn- und Infrastrukturanangebot.

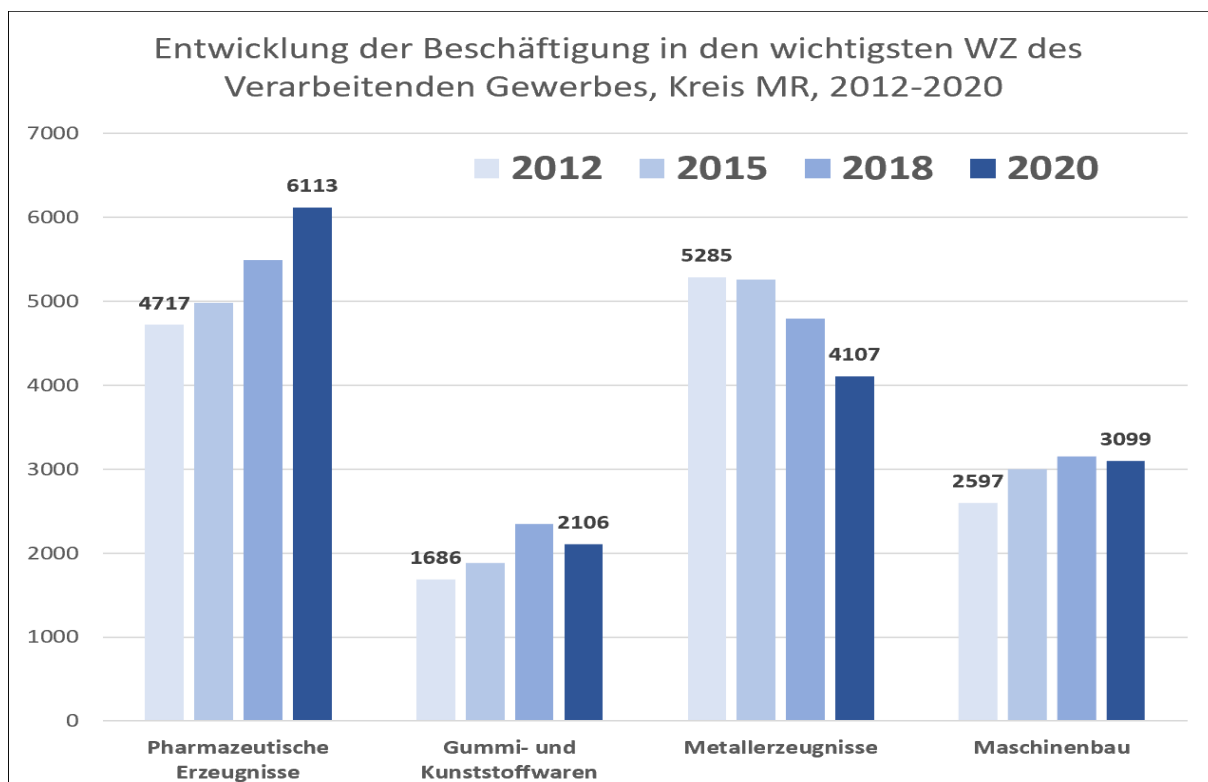
Deutliche Rückgänge, zumindest aber stagnierende Beschäftigtenzahlen sind im Kreis demgegenüber in anderen Bereichen des **verarbeitenden Gewerbes** festzustellen, etwa in der Metallerzeugung.

Ein detaillierter Blick auf die **Gesamtstruktur der Wirtschaftszweige** im Kreis Marburg-Biedenkopf im Vergleich zu Westdeutschland ergänzt die bisherigen Befunde zur strukturellen Abweichung bzw. zum strukturellen Gefälle. Zwar sind die Anteile der Sektoren des verarbeitenden Gewerbes stärker zurückgegangen als im früheren Bundesgebiet insgesamt, bleiben jedoch - auch 2021 - weiterhin auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau.

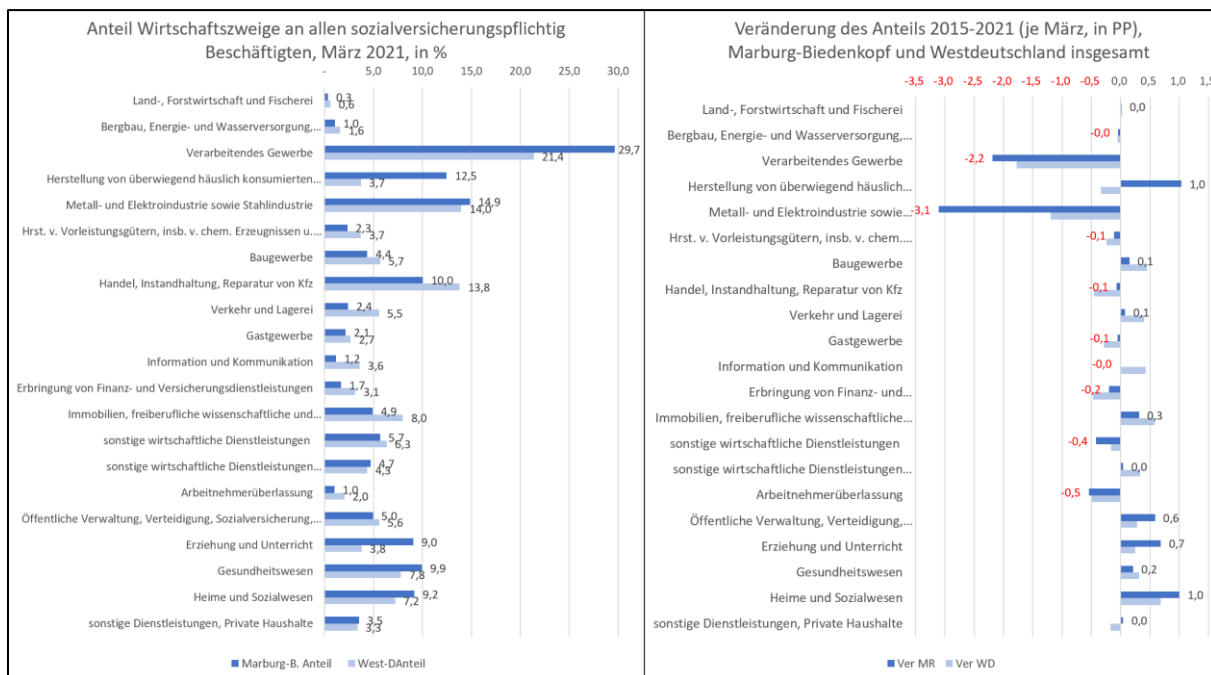
⁶⁸ Die Deutsche Wirtschaft (DDW): *Die 50 Trendfelder und Wachstumsmärkte der Wirtschaft*. 19.11.2021 <https://die-deutsche-wirtschaft.de/trend-und-wachstumfelder/>

⁶⁹ PWC: *Future of Health. How to transform BioPharma for the upcoming LIFecare system*. 2021 <https://www.strategyand.pwc.com/de/en/industries/health/future-of-health-2021.html> Das Stichwort ist „Lifecare“ als Kombination aus klassischer Krankenbehandlung und Gesundheitspflege (mit einem Fokus auf Vorsorge und Wohlbefinden), wobei das zweite Feld künftig deutlich stärker wachsen wird als das erste. Entsprechend sollen Pharmaunternehmen ihre Strategien neu auszurichten.

Beispielhaft für den **eher langsamen und nur bedingt diversifizierten Strukturwandel** in der Region steht auch der Rückgang der Zahl der Beschäftigten im Landkreis im Bereich „**Information und Kommunikation**“ von minus 7,3 % (2018 bis 2021), während in Westdeutschland parallel ein Zuwachs von 12 % zu verzeichnen war.



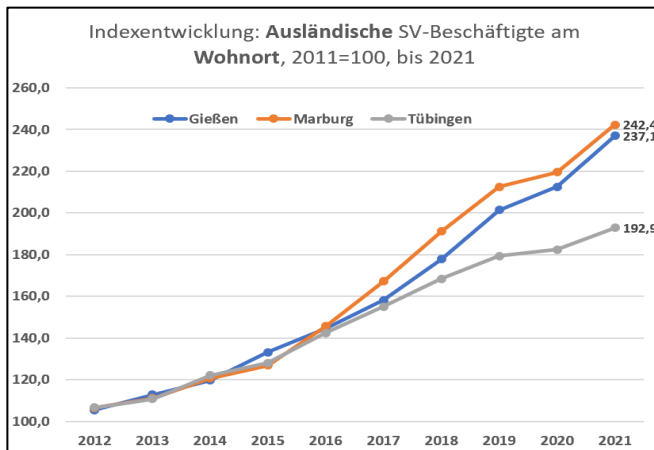
Eigene Darstellung, Datenbasis: Statistik der Arbeitsagentur, Regionalreport Kreis Marburg-Biedenkopf und regionalstatistik.de, div. Jahrgänge



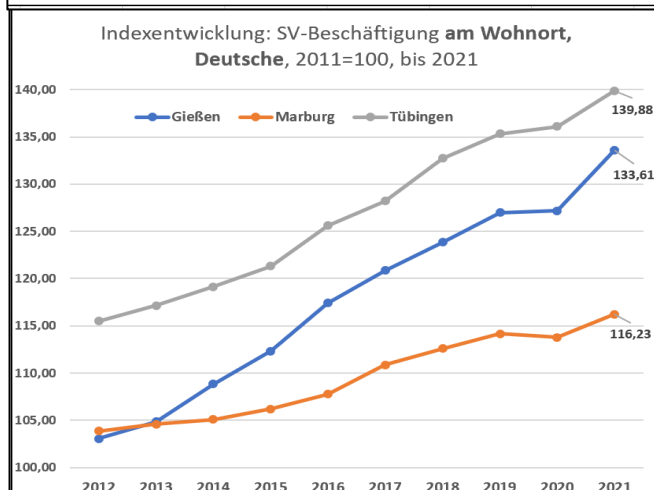
Anteil und Veränderung der Wirtschaftszweige an der Beschäftigung im Kreis Marburg-Biedenkopf im März 2021 bzw. von 2015 bis 2021, in Prozentpunkten (MR = Marburg-Biedenkopf, WD = Westdeutschland)

Die aktuelle Beschäftigungslage am **Arbeitsort Marburg** ist durch weitere **Auffälligkeiten** gekennzeichnet, wenn sie mit der Situation in den anderen **Universitätsstädten** verglichen wird. Dazu zählt der **hohe Anteil von Teilzeitbeschäftigten** an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, der mit knapp 40 % in 2020 von keiner Kommune in Hessen übertroffen wird⁷⁰. Zudem ist die Zahl der Beschäftigten unter 25 Jahren in den vergangenen zehn Jahren kaum angestiegen, während zum Beispiel in Tübingen im gleichen Zeitraum ein Zuwachs von fast 38 % festzustellen ist.

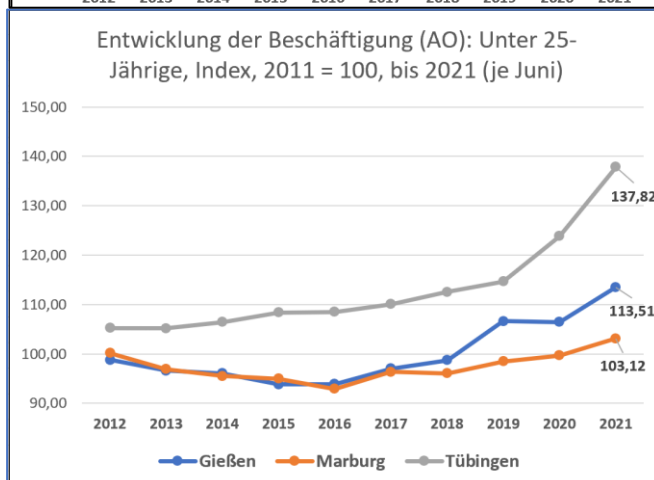
Wohnort-Beschäftigte



Bei jenen Personen, die einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz haben und in der genannten Stadt wohnen („**Wohnort-Beschäftigte**“ / **WO**) verläuft der Zuwachs in Marburg deutlich langsamer als in den beiden Vergleichsstädten, insbesondere bei deutschen Staatsangehörigen.



Der schnellere Anstieg bei ausländischen Beschäftigten muss allerdings durch den geringeren Anteil an allen WO-Beschäftigten in Marburg (2021: 12,5 %) im Stadtvergleich (je 17 %) relativiert werden.



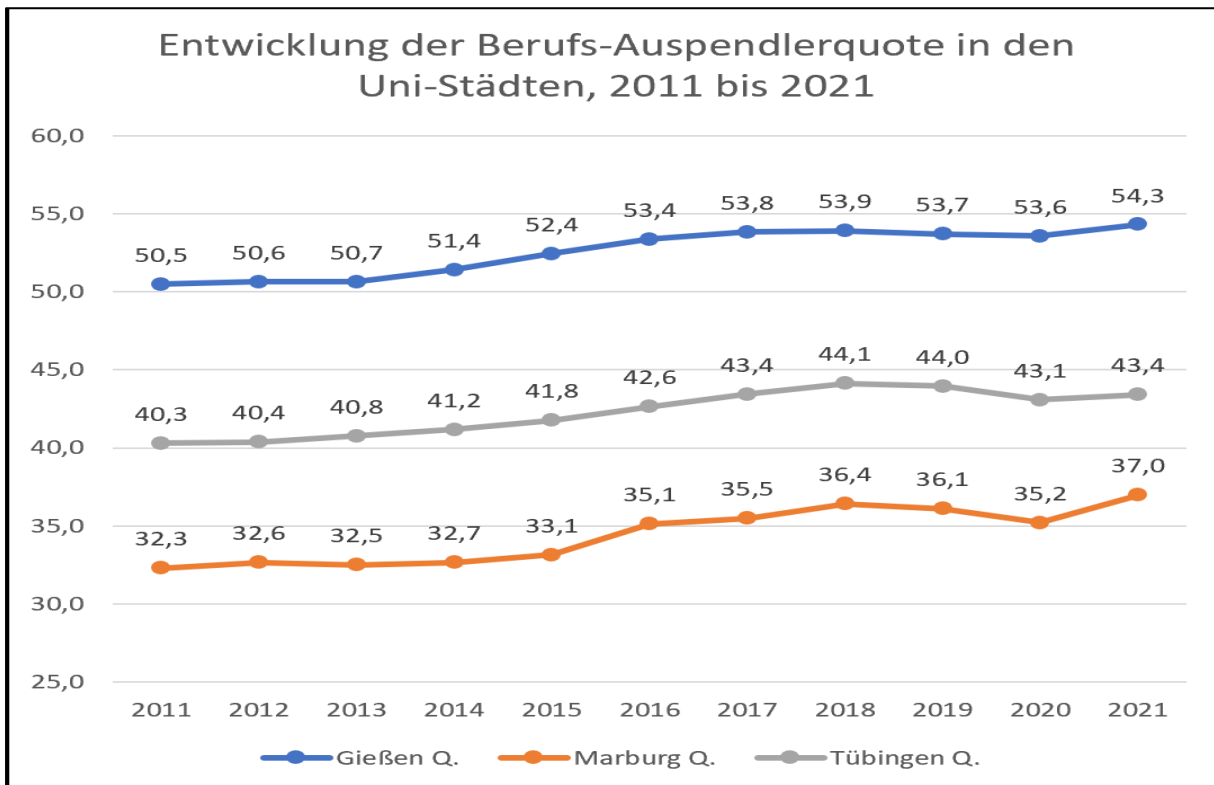
Auch bei den **jungen Erwachsenen** bis 25 Jahren bleibt die Zunahme der Wohnort-Beschäftigten deutlich hinter jenem in den anderen Uni-Städten zurück. Offenbar gelingt es in Marburg weniger häufig, neben Studierenden auch jüngere Beschäftigte, einschließlich Uni-Absolventen, zum Wohnen und Arbeiten in der Stadt zu bewegen. Dagegen entspricht der Zuwachs bei den älteren Beschäftigten über 55 Jahren in den letzten Jahren weitgehend dem in den Vergleichsstädten.

Auffällig ist auch die im Vergleich zu den anderen Unistädten trotz leichtem Anstieg geringe **Auspendlerquote** in Marburg. Nur 37 % der in Marburg wohnenden Beschäftigten haben ihren Arbeitsplatz in einer anderen Stadt, 2011 waren es sogar nur 32 %. Damit bewegt sich Marburg auf einem Niveau, das typischerweise nur von Großstädten erreicht wird. Während in Marburg die Wohnort-Beschäftigung von 2018 bis 2021 um 5,7 % und die Arbeitsplätze in der Stadt um 4,5 % angestiegen sind, waren es im übrigen

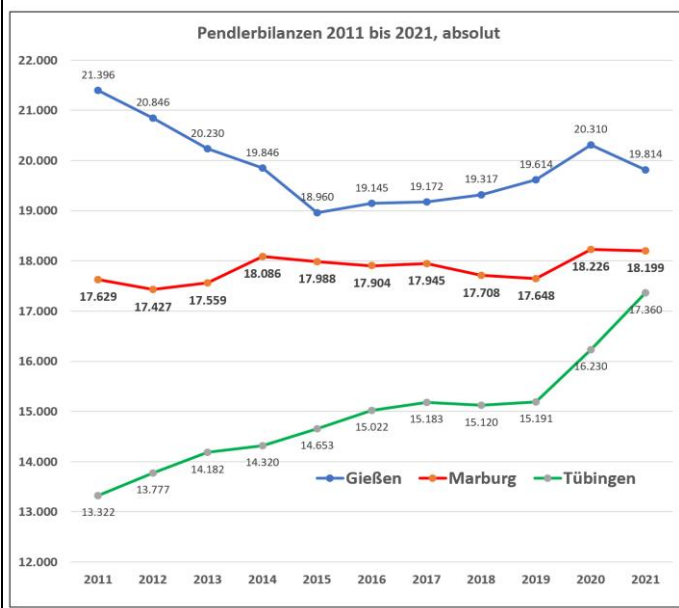
⁷⁰ Vgl. *Hessische Gemeindestatistik 2021*, Wiesbaden: Statistisches Landesamt, Januar 2022

Kreis nur 1,5 % bzw. 0.7 % bei den Arbeitsplätzen. Dies bedeutet einerseits einen **hohen „Selbstversorgungsgrad“** mit Arbeitsplatzangeboten, zeigt zugleich aber das begrenzte wirtschaftliche (Wachstums-) Potenzial des übrigen Kreises in seiner aktuellen Wirtschaftsstruktur – und damit die relativ starke Abhängigkeit der Marburger Bewohnerinnen und Bewohner von lokalen Arbeitsplätzen.

Der **Einpendler-Überschuss** in Marburg ist, anders als in Tübingen, in den letzten Jahren nahezu konstant geblieben. Überschüsse werden gegenüber den nördlichen und östlichen Landkreisen erzielt, während gegenüber den südlich gelegenen Kreisen, aber auch dem Rhein-Main-Gebiet – zunehmende - Verluste festzustellen sind.



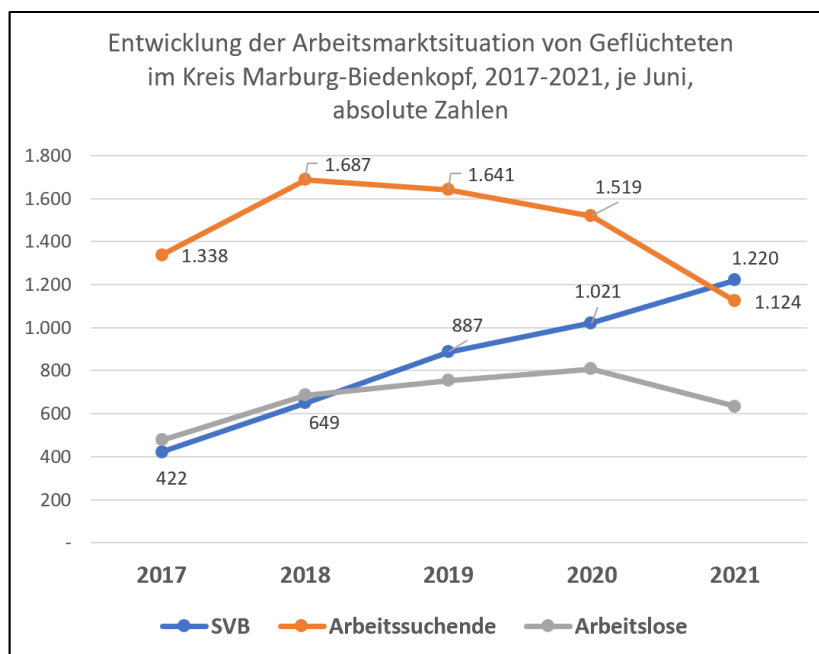
Pendlerbilanzen im Vergleich – Gießen, Marburg und Tübingen (Quelle: BA)



Die **Auspendlerquote** ist in Marburg mit 37 % deutlich geringer als in Tübingen (43 %) oder Gießen (54 %) d.h. Marburg versorgt einen größeren Teil der Bew. In der Stadt mit Arbeit, ist damit aber stark auf die Stadt angewiesen

Quellen: Statistik Arbeitsagentur, *Pendlerverflechtungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Kreisen - Deutschland (Jahreszahlen)*, mehrere Jahrgänge; Gemeindedaten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, mehrere Jahrgänge; eigene Darstellung

6.3. Daten zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten im Kreis Marburg-Biedenkopf



Daten zur Arbeitsmarktlage der in den letzten Jahren nach Deutschland **geflüchteten Menschen** liegen bis auf die Kreisebene vor⁷¹, was nur einen begrenzten Blick auf die Entwicklung der beruflichen Teilhabe dieser Bevölkerungsgruppe zulässt.

Im Kreis Marburg-Biedenkopf ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den acht **Haupt-Asylherkunftsländern** (HKL) in den vergangenen Jahren **kontinuierlich angestiegen**. Mitte 2021 wurden erstmals mehr Beschäftigte als Arbeitssuchende aus diesen Herkunftsländern registriert.

Das Verhältnis von Arbeitssuchenden zu Beschäftigten ist auf 0,9 gesunken und befindet sich damit auf Bundesniveau. In Großstädten wie Frankfurt (0,5) stellt sich die Lage allerdings weiterhin günstiger dar.

Die besondere Lage dieser Personengruppe am Arbeitsmarkt in der Region wird auch darin deutlich, dass sie knapp **die Hälfte aller ausländischen Arbeitssuchenden** stellen, deutlich mehr als in den Großstädten des Landes. Dies reflektiert die abweichende Herkunftsstruktur, die bereits im Kapitel zur demografischen Entwicklung thematisiert worden ist.

Bezogen auf die Gesamtzahl der geflüchteten Menschen aus den acht wichtigsten Asyl-Herkunftsländern ist der Anteil der Beschäftigten an dieser Personengruppe im Kreis Marburg-Biedenkopf von 7,4 % in 2017 auf 17 % Mitte 2020 angestiegen.

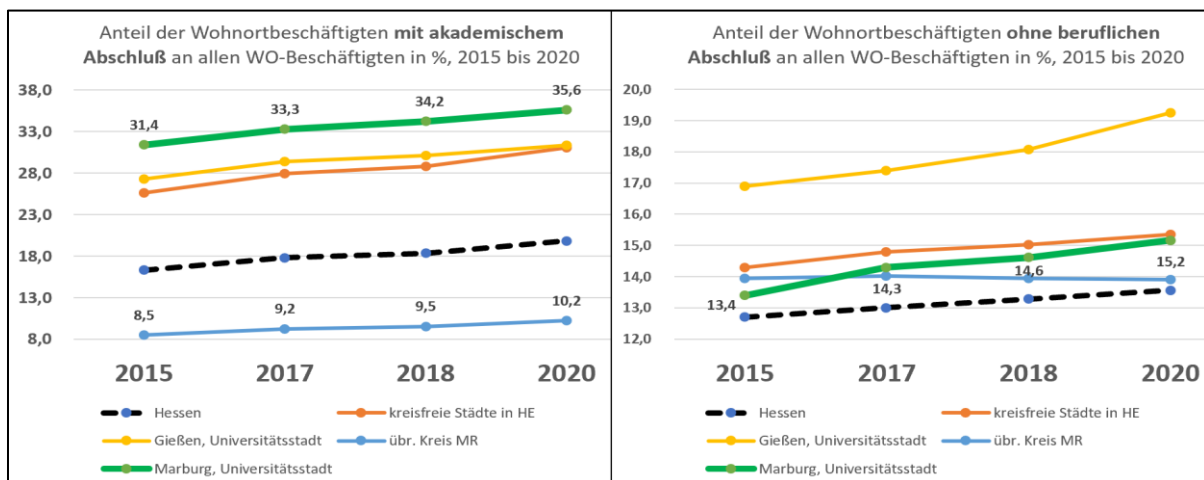
6.4. Wirtschaftsstruktur und Beschäftigungslage: Implikationen für die Zukunft des Standorts

In der allgemeinen **Transformationsphase** der Wirtschaft und der – Stichworte: Nachhaltigkeit und Digitalisierung – ist es für die Zukunftsfähigkeit eines Wirtschafts- (und Wohn-) Standortes von zentraler Bedeutung, sich im interregionalen und -kommunalen Standortwettbewerb zu behaupten und die Strukturen „krisenfest“ bzw. „**resilient**“ anzupassen bzw. auszugestalten.

⁷¹ Statistik Arbeitsagentur: *Migrations-Monitor: Personen im Kontext von Fluchtmigration*, monatlich, hier: jeweils 30.6.

Zu den wichtigen Aufgaben in diesem Kontext gehört die weitere **Diversifikation** der Wirtschaftsstruktur, um neben vorhandenen Stärken, wie dem Gesundheits- und Pharmacluster in Marburg, sowie weiteren, auch „weichen“ Standortvorteilen die Bindungskraft und Anziehungskraft insgesamt zu erhöhen und positive Agglomerationseffekte schaffen und nutzen zu können. Der **Grad** der Diversifikation spielt eine wichtige Rolle, da Regionen mit einem relativ ausgeglichenen Branchen-Portfolio tendenziell weniger stark von branchenspezifischen „Schocks“ betroffen sind bzw. diese leichter abfedern können. Zugleich verfügt eine diversifizierte Ökonomie über mehr Potentiale, um den Einfluss branchenübergreifender Trends wie der digitalen Transformation durch Quervernetzung intelligent zu managen und zu kanalisieren⁷².

Erforderlich ist dazu ein ausreichend großes lokales Reservoir an **qualifizierten und spezialisierten Arbeitskräften**. Dazu muss die Qualifikation der lokal verfügbaren Arbeitskräfte gesteigert und hoch qualifiziertes Fachpersonal örtlich **gebunden bzw. angeworben** werden⁷³.



Quellen: Eigene Darstellung auf Basis der Statistik der Arbeitsagentur und der Hessischen Gemeindestatistik

Die Bündelung von „Wissen“ und Humankapital ist somit eine entscheidende Brücke in die Zukunft⁷⁴. Nach der bereits erwähnten Untersuchung der Universität Marburg zur Gewinnung von Fachkräften⁷⁵ haben Stadt und Landkreis im Juli 2021 eine gemeinsame Kampagne zur Anwerbung von Fachkräften gestartet⁷⁶. Hingewiesen wurde auf **Standortvorteile** wie der Mix aus Urbanität und Naturnähe, die Rolle als Forschungs- und Entwicklungsstandort sowie der gebündelten Attraktivität für „Familie, Freizeit und Beruf.“

⁷² Vöpel, H., Wolf, A.: *Regionalwirtschaftliche Resilienz in Zeiten strukturellen Wandels*, in: Wirtschaftspolitische Blätter, 2-2018, S.221-232 (226f) <https://www.wko.at/site/WirtschaftspolitischeBlaetter/voepel-wolf-2-2018.pdf>

⁷³ Döring, T.: *Standortpolitik*, in: ARL (Hrsg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hannover 2018, S. 2583 bis 2593, URN: urn:nbn:de:0156-55992453; s.a. Randstad-Ifo: Personalleiterbefragung, 4.Q 2021: *Fachkräftemangel wird zur großen Herausforderung für Unternehmen* <https://www.randstad.de/hr-portal/personalmanagement/randstad-ifo-personalleiterbefragung/>

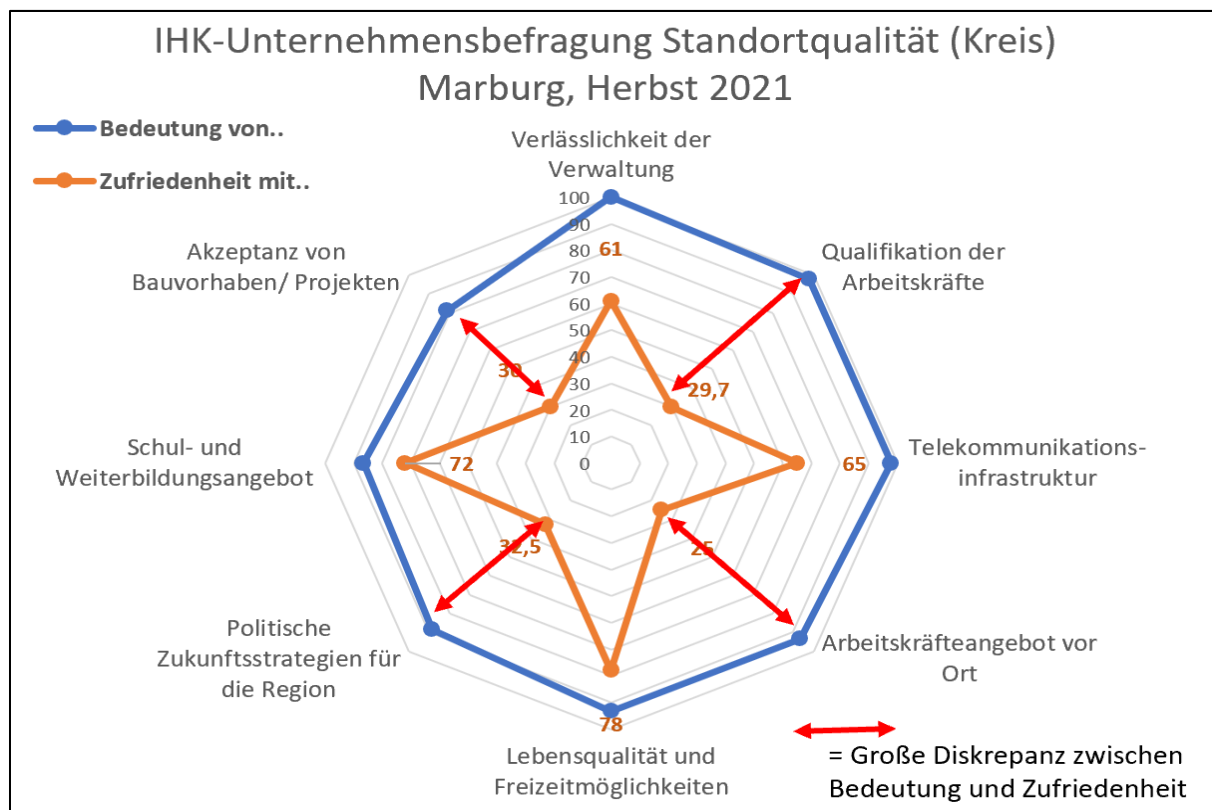
⁷⁴ Vgl. etwa Jank, HH.: *Standortwettbewerb, Standortentwicklung und Wirtschaftsförderung*. In: Stember J., et al (Hrsg.): Handbuch Innovative Wirtschaftsförderung. Springer Gabler, Wiesbaden 2020, S.531-546. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21404-3_35

⁷⁵ Brenner, T., Ebert, T.: *Fachkräfte für den Landkreis Marburg-Biedenkopf – Wahrnehmung, Attraktivität und Potentiale*. Marburg, Philipps-Universität Marburg, Arbeitsgruppe für Wirtschaftsgeographie und Standortforschung, 2018.

⁷⁶ Pressemitteilung 402/2021, vom 15.07.2021: Gemeinsame Pressemitteilung der Universitätsstadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf. <https://www.marburg-biedenkopf.de/innovation?fbclid=IwAR0Wf8Sjji7iUDb0VjNddC68SAPARdUyo1CqNU4PVVfWZNOJ2sWrOxKTsgE>

Offenbar ist es bislang - wie an anderer Stelle bereits erwähnt wurde - allerdings nicht gelungen, diese Standortattraktivität erfolgreich etwa in größere Teile der Studentenschaft zu kommunizieren und viele Absolventinnen und Absolventen zum beruflichen Verbleib in Stadt und Region zu bewegen. Besonders negativ wurde von den befragten Studierenden nicht zuletzt die fehlende Vielfalt der „Jobmöglichkeiten“ in der Region bewertet.

Derzeit kann die Stadt Marburg – anders als der übrige Kreis - zwar auf einen überdurchschnittlich hohen und weiter zunehmenden Anteil von Wohnort-Beschäftigten mit **akademischem Abschluss** verweisen, dem am anderen Ende der Qualifikationsskala ein geringerer, aber ebenfalls ansteigender Anteil von Beschäftigten **ohne Berufsabschluss** gegenübersteht. Deutliche Defizite weist die Stadt dagegen bei Beschäftigten mit anerkanntem, nicht-akademischem Berufsabschluss auf, also Fachkräften. Deren Zahl stagniert seit mehreren Jahren. Angesichts dieser Lage und der sozio-demografischen Entwicklung hat das **Prognos-Institut** den Kreis Marburg-Biedenkopf in seinem Zukunftsatlas 2019 in die Kategorie der Kreise mit „ausgeglichenen Chancen und Risiken“ eingestuft und insbesondere auf die mangelnde Entwicklungsdynamik hingewiesen⁷⁷.



Eigene Darstellung auf Basis der IHK-Unternehmensbefragung: So ist die Lage. Kassel 2021

Eine **Unternehmensbefragung** des IHK Kassel-Marburg im (Alt-) Kreis Marburg zeigte 2021 die von ökonomischen Akteuren wahrgenommenen Stärken und Schwächen des Standortes auf. Gerade im Vergleich mit deren jeweiliger Relevanz äußerten sich die Befragten besonders unzufrieden mit dem Arbeitskräfteangebot vor Ort und der Qualifikation der verfügbaren Arbeitskräfte. Kritisch sahen sie zudem die „Akzeptanz von Wirtschaftsprojekten wie Bauvorhaben und die Dauer von Genehmigungsverfahren“ sowie Defizite bei Zukunftsstrategien für die Region.

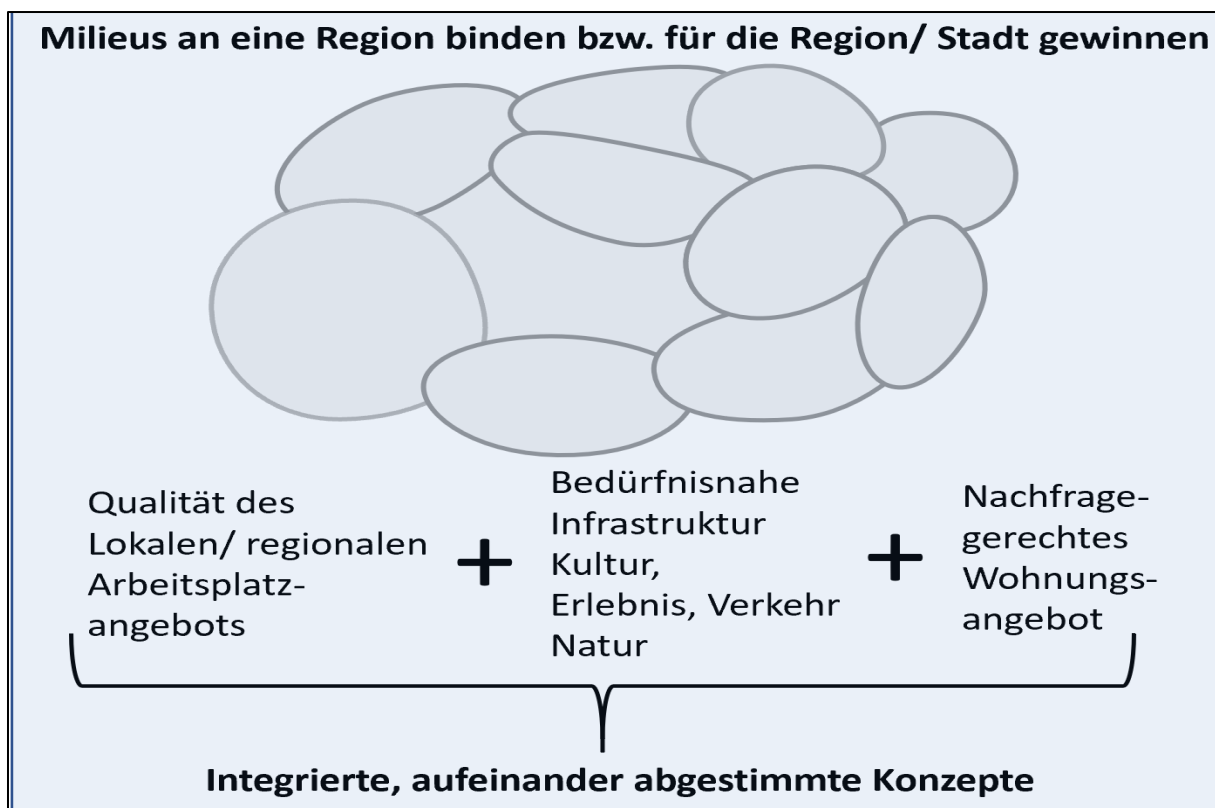
⁷⁷ Prognos (Hrsg.): *Zukunftsatlas 2019*.

Auch der „Zugang zur Wasserstofftechnologie“ und die Verfügbarkeit von Ladestellen für elektro-, Gas- oder Wasserstofffahrzeuge wurden schlecht bewertet. Wesentlich besser schnitten dagegen Faktoren wie „Lebensqualität und Freizeitmöglichkeiten“, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder das regionale Bildungsangebot ab⁷⁸.

Die vielfältigen Aufgaben werden sich nur durch **integrierte Politikansätze** bewältigen lassen. Im Unterschied zum traditionellen Nebeneinander verschiedener Fachpolitiken ist also eine stärkere Vernetzung von Wirtschaftsförderungs-, Stadtentwicklungs-, Verkehrs-, Kultur- und Arbeitsmarktpolitik erforderlich⁷⁹

6.5. Die Milieus: Qualifikationen und berufliche Schwerpunkte

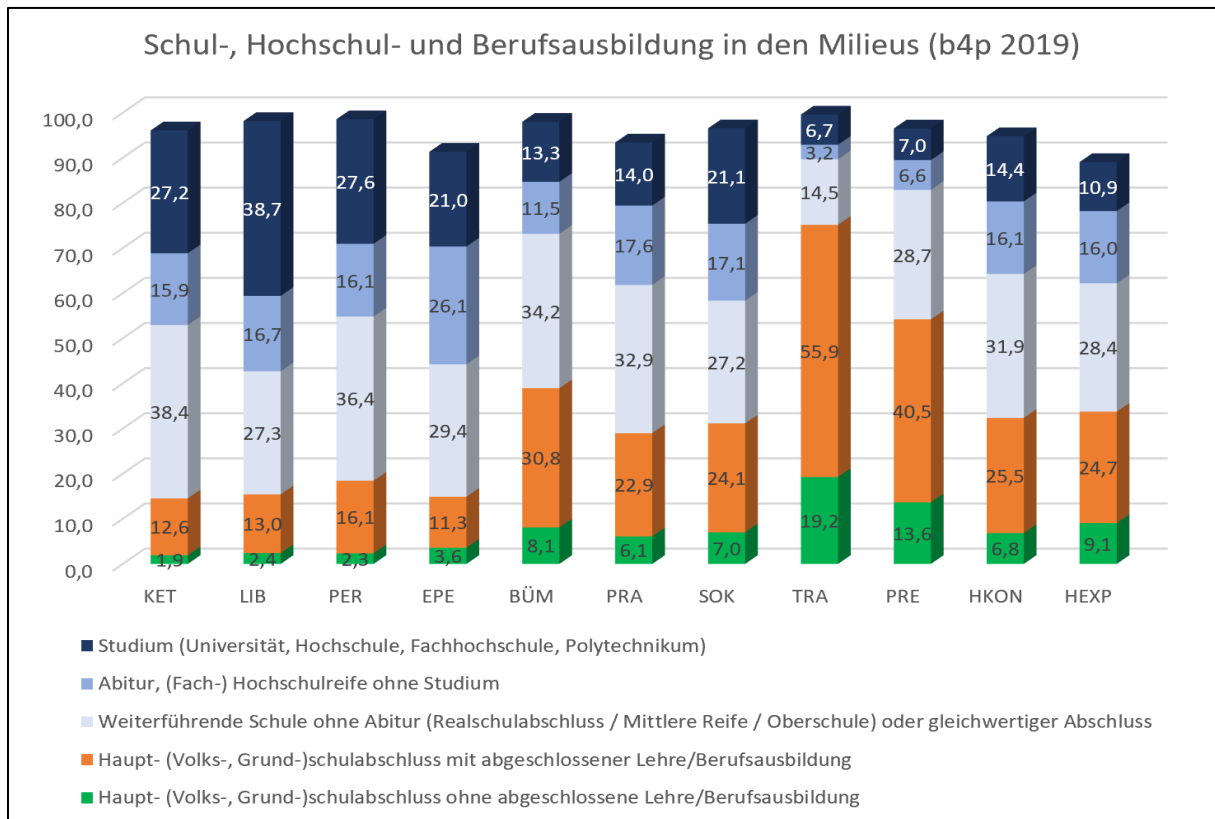
Bei der Bewältigung dieser Aufgabe kann die **Milieuforschung** einen wichtigen Beitrag zur Identifizierung und Gestaltung erfolgversprechender Konzepte leisten. Sie führt in den einzelnen Milieus jene Ansprüche und Befähigungen an einen Arbeits- und Wohnort zusammen, deren Vorhandensein in einer Stadt oder Region über Verbleib und Zuzug von Angehörigen dieser Milieus entscheiden können. Die passende **Kombination** aus qualifizierungsgerechten Arbeitsplätzen, gewünschter Infrastruktur und qualitativ bedürfnisgerechtem sowie leistbarem Wohnungsangebot erfordert ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen der relevanten Akteure vor Ort (siehe Grafik). Wichtig ist zudem das Wissen darüber, welche dieser Faktoren für die einzelnen Milieus **entscheidungsrelevant** für die Wahl von Job, Arbeits- und Wohnort sind. In diesem Unterkapitel soll zunächst das Berufs- bzw. Branchenspektrum der einzelnen Milieus vorgestellt werden. Im Anschluss wird als zukunftsrelevante Sonderentwicklung in der Arbeitswelt das Thema „**Homeoffice**“ und dessen Folgen für die räumliche und qualitative Nachfrage behandelt.

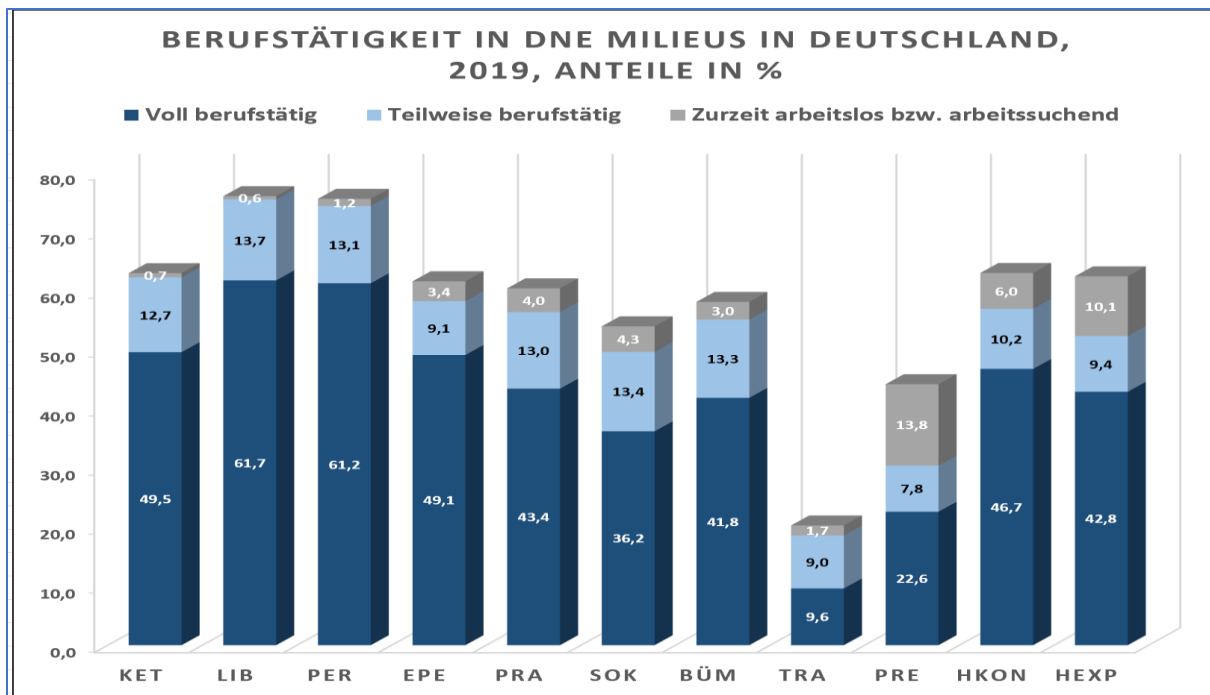


⁷⁸ Vgl. IHK Kassel-Marburg (Hrsg.): *So ist die Lage. Standortbefragung der IHK Kassel-Marburg*. Kassel, November 2021. In dem Papier wurden auch die Ergebnisse für die anderen Teilräume des IHK-Bezirks veröffentlicht.

⁷⁹ So auch Döring: Standortpolitik, a.a.O.

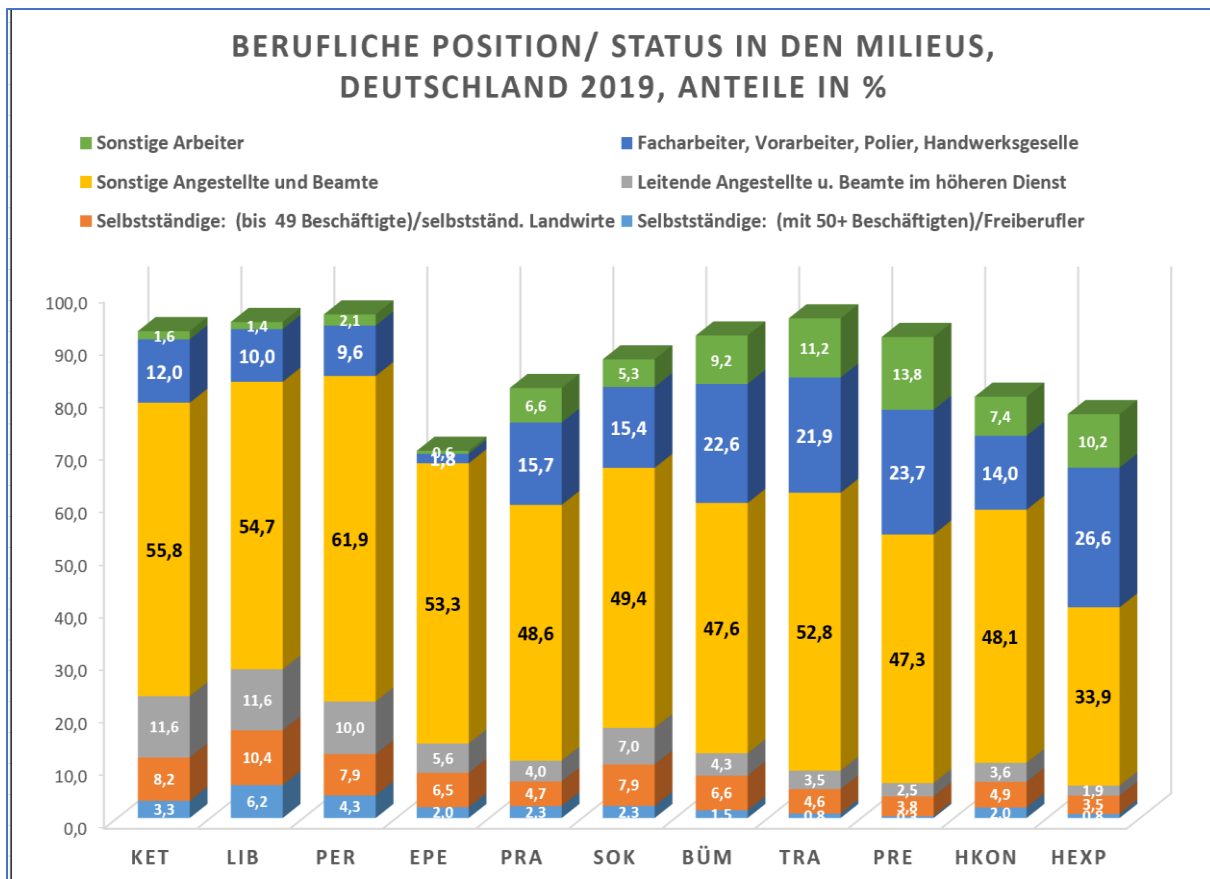
In **fünf Milieus** beträgt der Anteil von **Hochschulabsolventen** mehr als 20 %, wobei das Liberal-Intellektuelle Milieu den mit Abstand höchsten Anteil aufweist. Viele *Expeditive* befinden sich aktuell noch im Studium. In drei Milieus ist der Anteil von Personen mit Hauptschul- und abgeschlossener Berufsausbildung mit über 30 % bis hin zu 55 % bei den *Traditionellen* besonders hoch. Bei Performern und Adaptiv-Pragmatischen stellen die Absolventen mit mittlerer Reife den größten Anteil unter den fünf genannten Abschlüssen, wobei bei den *Performern* mehr als 43 % über Studium oder zumindest Hochschulreife verfügen.





Stark abweichend ist die **aktuelle Berufstätigkeit** in den Milieus. Während unter Liberal-Intellektuellen und Performern jeweils mehr als 60 % einer Vollzeit-Tätigkeit nachgehen, sind es unter den älteren Traditionellen weniger als 10 % und in den meisten Milieus zwischen 40 und 50 %. Dagegen liegt der Anteil von Teilzeitbeschäftigten in den Milieus relativ nahe beieinander. Höhere Anteile von (aktuell) Arbeitslosen bzw. Arbeitssuchenden finden sich im Prekären Milieu, aber auch bei den Experimentalisten mit 14 % bzw. 10 %.

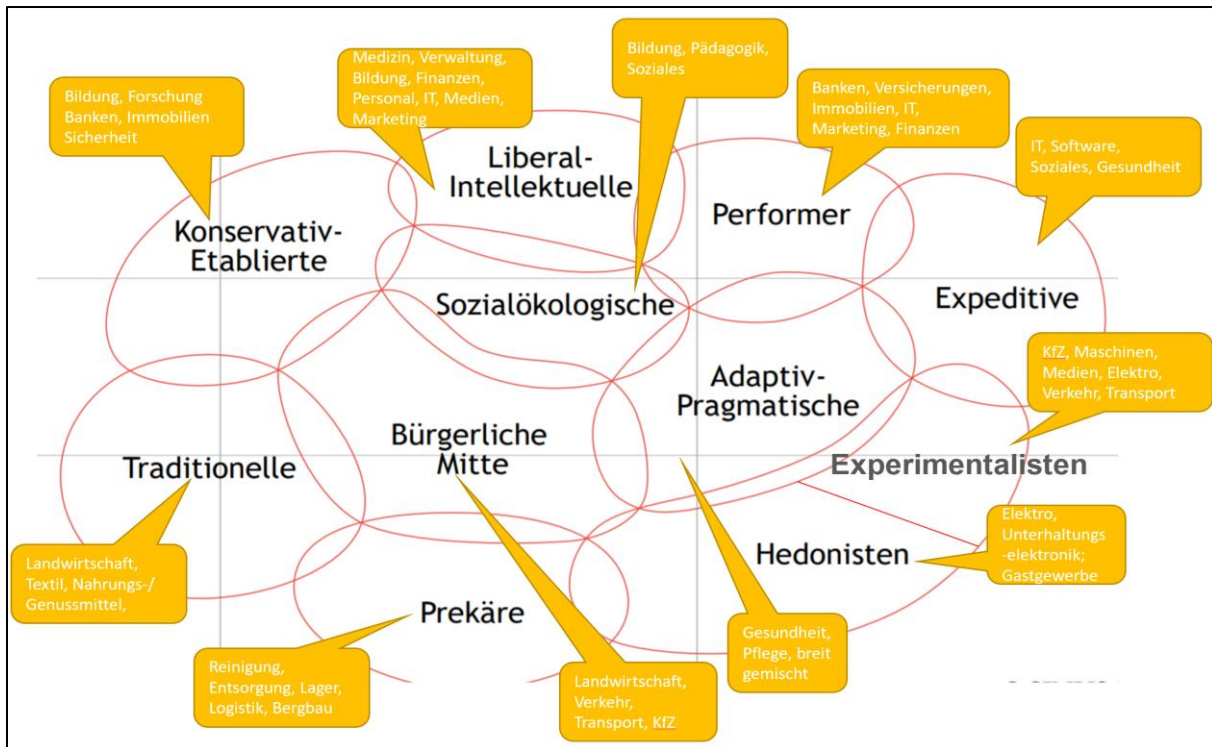
Deutliche Unterschiede zwischen den Milieus sind auch hinsichtlich der **Position bzw. des beruflichen Status** festzustellen. So sind Selbständige und Freiberufler mit einem Anteil von zusammen gut 16 % am häufigsten unter Liberal-Intellektuellen zu finden, gefolgt von Konservativ-Etablierten und Performern. Bei diesen drei Milieus ist auch der Anteil von Leitenden Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst mit 10 % bis 12 % besonders hoch. Den größten, wenngleich abweichenden Anteil stellen in allen Milieus (sonstige) Angestellte und Beamte, wobei das Spektrum von 62 % bei den Performern bis 34 % unter den Experimentalisten reicht. Facharbeiter, Vorarbeiter oder Gesellen spielen eine wichtige Rolle bei den bürgerlich-traditionellen Milieus aber auch den Prekären und Experimentalisten.



Besonders relevant für die Ausgestaltung der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sind die **beruflichen Schwerpunkte in den Milieus** – soweit diese erwerbstätig sind. In der folgenden Grafik sind diese Schwerpunkte in ihren Grundkonturen abgebildet. Die nachfolgende Tabelle gibt einen genaueren Einblick in das Spektrum der aktuell (oder früher) ausgeübten Berufe.

Die **Indexwerte** für die einzelnen Milieus beziehen sich auf das Verhältnis zwischen dem Anteil einer Branche in den Milieus bezogen auf den Anteil dieser Branche unter allen Beschäftigten⁸⁰.

⁸⁰ Derzeitige oder frühere Branche, Quelle: b4p 2019



Branche	Personality Types												Branchen-Anteil an allen Beschäftigten
	KET	LIB	PER	EPE	PRA	SOK	BÜM	TRA	PRE	HKON	HEXP		
Gesundheit, Medizin, Pflege, Kosmetik, Sport	102	126	98	138	126	105	88	79	71	93	92	9,7	
Automobile, Fahrzeuge, Metalle, Maschinen	81	80	96	71	91	86	120	83	101	117	189	8,6	
Verwaltung, Administration, öffentliche Dienstleistungen	148	133	117	112	105	102	91	85	83	64	48	7,8	
Nahrungs- und Genussmittel	59	66	81	85	109	97	104	166	118	99	85	7,2	
Verkehr, Transport, Lager, Logistik	81	76	63	90	97	79	135	90	131	117	129	5,8	
Bauwesen, Architektur, Vermessung	89	113	91	74	109	97	96	105	134	75	110	5,6	
Textil, Bekleidung, Leder	99	65	103	83	93	61	99	170	104	113	65	4,7	
Gastgewerbe, Hotel, Tourismus	61	68	103	123	105	89	115	103	99	142	94	4,6	
Bildung, Pädagogik, Forschung, Lehre	157	142	123	114	85	146	85	63	61	84	58	4,3	
Banken, Versicherungen, Immobilien	169	138	184	121	79	92	100	39	44	102	43	3,7	
Reinigung, Entsorgung	36	30	54	50	99	78	116	206	168	104	100	3,6	
Holz, Papier, Kunststoff	92	56	57	59	97	77	106	138	155	109	130	3,4	
Elektro, Unterhaltungselektronik	108	71	67	128	110	75	78	93	92	164	143	3,1	
Recht, Steuern, Finanzen, Controlling, Personal	118	178	148	135	113	128	79	52	38	88	56	2,8	
IT, Computer, Software, Internet, Datenverarbeitung	104	214	156	217	100	121	59	16	19	89	92	2,7	
Landwirtschaft, Natur, Tiere, Umwelt	69	21	47	28	92	112	165	183	117	82	106	2,4	
Chemische, Biologische, Pharmazeutische Industrie	99	76	153	128	86	74	112	93	98	65	106	2,3	
Soziales, Seelsorge, psychologische Beratung	137	92	134	161	84	127	75	74	53	107	92	1,8	
Medien, Kunst, Kultur, Gestaltung, Design	112	176	126	143	119	129	70	23	21	106	150	1,8	
Bergbau, Steine, Erden, Glas, Keramik	68	41	69	53	106	113	119	133	173	93	97	1,6	
Marketing, Werbung, PR, Beratung	135	200	153	128	86	83	61	32	54	162	65	1,3	
Sicherheit, Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr,	174	90	117	129	72	85	104	78	112	82	36	1,3	
Etwas anderes	98	104	88	68	88	135	89	100	136	93	113	9,8	
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	

Daraus lässt sich zum Beispiel erkennen, dass *Liberal-Intellektuelle* und *Expeditive* überdurchschnittlich häufig in den wissensbasierten Bereichen IT, Software oder Datenverarbeitung tätig sind, während *Performer* Tätigkeitsschwerpunkte bei Banken, Immobilien oder Versicherungen haben.

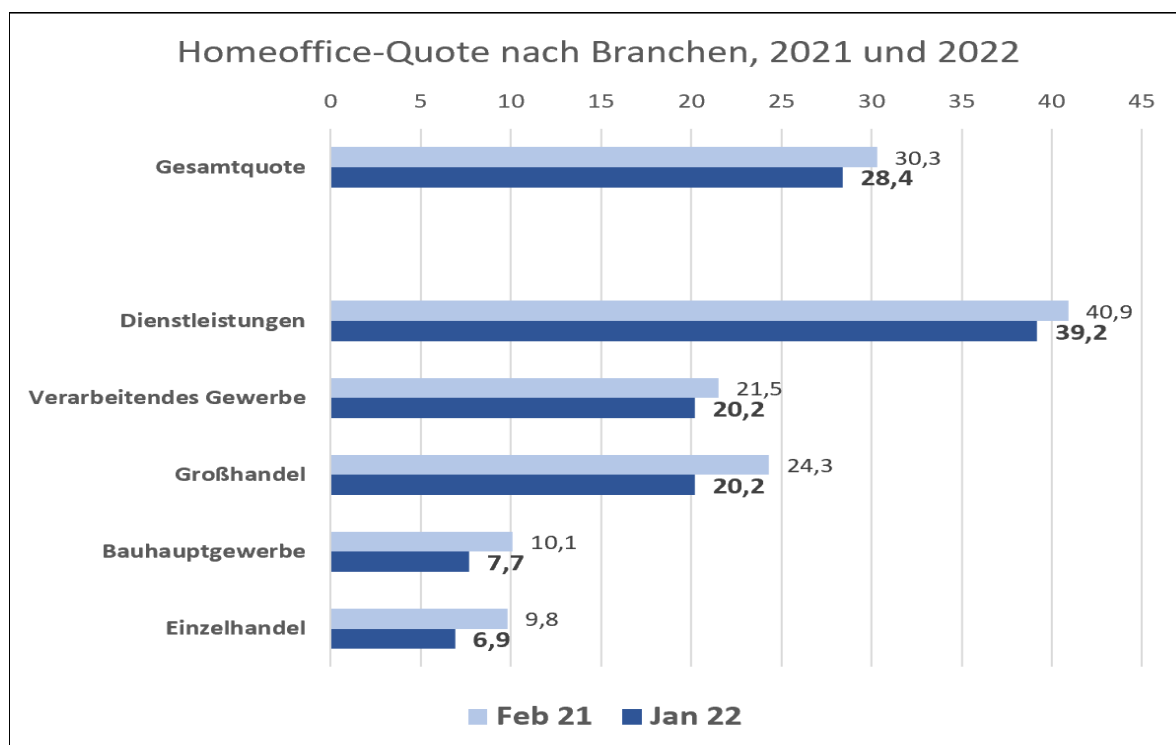
Prekäre sind dagegen in den oft schlecht bezahlten Bereichen Reinigung, Entsorgung oder Bergbau, Steine, Erden tätig. In der *Bürgerlichen Mitte* finden sich überdurchschnittlich viele Handwerker, kleine Einzelhändler, Meister in Fachberufen oder auch Landwirte. Im für Marburg wichtigen **Gesundheitsbereich** sind Liberal-Intellektuelle, Exeditive aber auch Adaptiv-Pragmatische überdurchschnittlich häufig vertreten, während *Konservativ-Etablierte* und *Liberal-Intellektuelle*, oft als Beamte, in der öffentlichen Verwaltung überrepräsentiert sind.

Eine Politik der branchenspezifischen und diversifizierenden Wirtschaftsförderung sollte diese Zusammenhänge und die daraus entstehenden **Erfordernisse für bedarfsgerechte Wohnungs- und Infrastrukturangebote** berücksichtigen und ko-produktiv umsetzen.

6.6 Ein Trend mit weitreichenden Folgen? Homeoffice in der neuen Arbeitswelt und die künftige Wohnungsnachfrage

Zu den potenziell weitreichenden Folgen der Corona-Pandemie für die Arbeitswelt wird der Anstieg des mobilen Arbeitens gezählt, insbesondere aus dem **Homeoffice**.

Als sicher gilt, dass die Nutzung des Homeoffice nicht auf das Niveau der Vor-Pandemiezeit zurückfallen, sondern wichtiger Teil der künftigen Arbeitsort-Formate bleiben wird. Unklar und je nach Perspektive umstritten sind jedoch die Fragen nach Umfang und Ausgestaltung der Homeoffice-Nutzung. Gerade daraus können sich stark abweichende Folgen, etwa für die **wohnräumliche Nachfrage** vieler Beschäftigter bis hin zur Attraktivität unterschiedlicher lokaler oder regionaler Standorte ergeben. Dies gilt insbesondere für jene Beschäftigten mit Homeoffice-Nutzung, die eine Verbesserung ihrer Wohnsituation und/ oder den Eigentumserwerb anstreben – und dies an ihrem derzeitigen Wohnort nicht umsetzen können oder wollen.

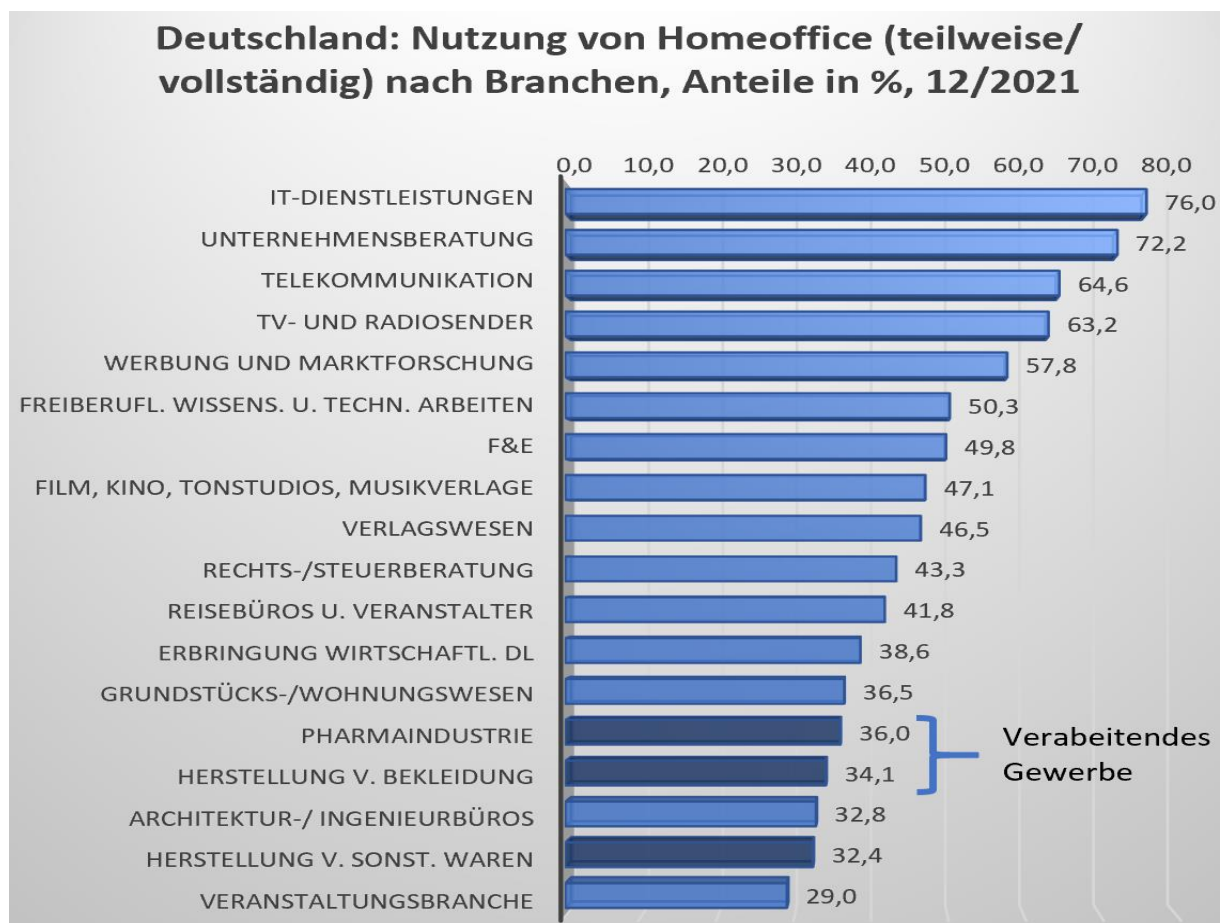


In einem breiten Spektrum von Untersuchungen werden seit 2020 die unterschiedlichen Dimensionen, Folgen und Perspektiven von Homeoffice im Kontext der Pandemie behandelt. Betriebswirtschaftliche, soziale oder gesundheitliche Aspekte sind Gegenstand von Befragungen und Bewertungen⁸¹.

Anfang 2022 arbeiteten knapp 30 % der Beschäftigten überwiegend oder vollständig von zu Hause aus, etwas weniger ein Jahr zuvor aber weiterhin deutlich mehr als in Vor-Pandemie-Zeiten. Zwischen den Wirtschaftsbereichen variiert die Homeoffice-Quote dabei erheblich, wie die Grafik verdeutlicht.

Selbst nach dem Auslaufen der Verpflichtung, Homeoffice anzubieten, blieb der Anteil von Homeoffice-Beschäftigten nach ifo-Angaben mit insgesamt 25 % im April 2022 deutlich über dem Vor-Pandemie-Niveau; im Dienstleistungsbereich sind es 35 %.⁸²

Andere Untersuchungen weichen aufgrund der Befragungsmethodik im Hinblick auf die Höhe der Quote etwas ab, bewegen sich aber im Zeitablauf in ähnlicher Grundrichtung⁸³.



⁸¹ Ein Überblick über die Untersuchungen und ihre Befunde bei: Flüter-Hoffmann, C., Stesses, O.: *Homeoffice nach fast zwei Jahren Pandemie*. Ein Rück- und Ausblick über die Verbreitung und Struktur der räumlichen und zeitlichen Flexibilisierung von Arbeit in Deutschland, Europa und den USA. IW-Report 2-2022, Köln, 19.01.2022

⁸² Ifo-Pressemitteilung - 9. Mai 2022: *Homeoffice-Nutzung sinkt trotz Ende der Pflicht zur Telearbeit kaum*

⁸³ IZA Research Report No. 126, Bonin, H., Krause-Pilatus, A., Rinne, U. (IZA): *Arbeitsituation und Belastungsempfinden von abhängig Beschäftigten im von der Corona-Pandemie geprägten Jahr 2021*. Kurzexpertise im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Bonn, Dezember 2021

Nach tiefergegliederten Branchen unterscheidet sich die Quote noch weit stärker wie das nachfolgende Diagramm verdeutlicht. Danach sind auch in einigen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes überdurchschnittlich hohe Quoten festzustellen, wie etwa in der – für Marburg besonders relevanten – **Pharmaindustrie** oder bei der Herstellung von Bekleidung⁸⁴. Die grundsätzliche Zunahme an Homeoffice-Angeboten am Stellenmarkt wird auch durch eine Auswertung von entsprechenden Anzeigen in den Jahren von 2019 bis 2021 deutlich⁸⁵.

Die erhebliche Abweichung zwischen den Homeoffice-tauglichen Branchen weist bereits auf einen anderen Aspekt hin: Die Möglichkeit im Homeoffice zu arbeiten ist **sozial stark selektiv**, Beschäftigte mit höherer formaler Bildung wie Abitur oder Studium und höheren Einkommen arbeiten weit überdurchschnittlich häufig im Homeoffice.

Diese Basisdaten vermitteln allerdings nur ein grobes Bild der unterschiedlichsten **Vor- und Nachteile** welches das vermehrte Homeoffice aus der Sicht von Beschäftigten und Arbeitsgebern mit sich bringt. Viele Bewertungen hängen neben der Branche auch von der Größe des Unternehmens, der Möglichkeit zur Flächenreduzierung oder Themen wie Zusammenhalt, soziale Kontakte, Vereinbarkeit von Beruf und Arbeit und vielem anderen mehr ab⁸⁶.

Seitens der im Homeoffice tätigen Beschäftigten überwiegt trotz vielfältiger Herausforderungen, etwa



wenn Kinder im Haushalt leben, die „Zufriedenheit“ mit ihrer Situation, wie eine Langzeitstudie der Uni Leipzig ermittelt hat⁸⁷ (siehe Grafik links).

Angesichts des breiten Spektrums von Faktoren, die fördernd oder bremsend auf die Ausbreitung bzw. Beibehaltung von Homeoffice wirken, gehen die meisten Beobachter von einer flexiblen, hybriden Aus-

gestaltung des Arbeitens vom heimischen Schreibtisch aus⁸⁸. Viele Jobs werden auch künftig die Anwesenheit im Büro oder am Arbeitsplatz erfordern, und viele Beschäftigte wollen zumindest nicht ausschließlich im Homeoffice arbeiten. Als Lösung bieten sich Teillösungen an, bei denen Beschäftigte mit Homeoffice-Potenzial zwischen ein und drei Arbeitstagen am heimischen Schreibtisch tätig sein können und zwei bis vier Tage im Büro verbringen.

⁸⁴ Daten nach: Ifo-Pressmitteilung, 3. Januar 2022, *Corona schiebt Homeoffice erneut an*.

<https://www.ifo.de/node/67217>

⁸⁵ J.-V. Alipour, C. Langer und L. O’Kane: *Wird uns das Homeoffice erhalten bleiben? Ein Blick in 35 Millionen Stellenanzeigen*. ifo Schnelldienst 9 / 2021, 74. Jahrgang, 15. September 2021, S.50 https://www.ifo.de/DocDL/sd-2021-09-alipour-et-al-homeoffice_0.pdf

⁸⁶ Eine breite Übersicht bei Flüter-Hoffmann, C. et al: *Homeoffice nach fast zwei Jahren Pandemie*, a.a.O., S.35ff

⁸⁷ Reintjes, D.: *Die Wahrheit über das Homeoffice in fünf Grafiken*. WirtschaftsWoche, 23.1.2022: s.a. Pressemitteilung der Uni Leipzig vom 7.1.2022 <https://www.uni-leipzig.de/newsdetail/artikel/experte-zu-auswirkungen-der-pandemie-auf-die-arbeitswelt-2022-01-07>

⁸⁸ Siehe etwa Bersch, A.: *Die Post-Corona-Wirtschaft*. Weinheim: Wiley 2022, S.174; Flüter-Hoffmann, a.a.O., S.40

6.6.1 Potenzial und Bedeutung des Homeoffice in regionaler und milieubezogener Betrachtung

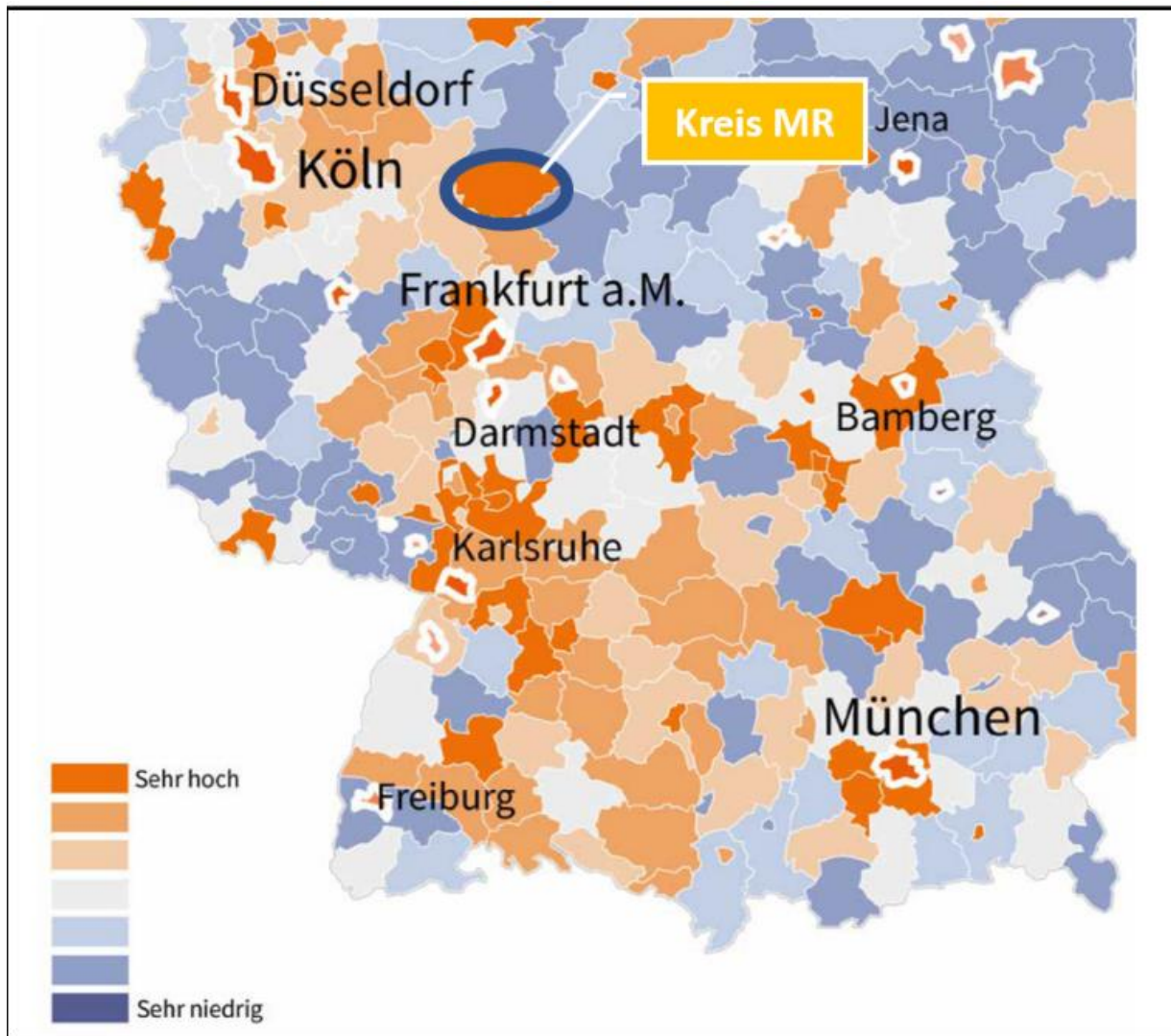
Diese allgemeinen Entwicklungsperspektiven gelten grundsätzlich auch bei einer regional-räumlichen Betrachtung. Zu berücksichtigen ist zunächst die derzeitige Branchen- und Beschäftigungsstruktur in den Regionen, um so das jeweilige (Zusatz-) Potenzial für eine Homeoffice-Tätigkeit ableiten zu können. Dazu haben mehrere Institute wie das Ifo oder Johns Lang LaSalle⁸⁹ Berechnungen vorgelegt.

Grundsätzlich könnte eine stärkere räumliche Trennung von Arbeitsort und Unternehmenssitz durch Homeoffice die regionale Verteilung von Beschäftigungsmöglichkeiten erheblich flexibilisieren. Auf der Ebene der Landkreise sind die Möglichkeiten, Arbeitsplätze von Präsenzarbeit auf Homeoffice umzustellen, gemessen am Homeoffice-Potenzial sehr heterogen verteilt.

Nach Ifo-Berechnungen variiert das Homeoffice-Potenzial regional zwischen 39 % und 68 %. Zur Bestimmung des regionalen Homeoffice-Potenzials auf Landkreisebene wird dazu das Homeoffice-Potenzial einzelner Berufe herangezogen und mit der Zusammensetzung der Arbeitsplätze nach Berufen im jeweiligen Landkreis aggregiert⁹⁰.

⁸⁹ Johns Lang LaSalle: *Veränderte Arbeitsmarktwelt - Zunahme von Homeoffice beeinflusst die Nachfrage nach Büro und Wohnen*. Frankfurt, Juli 2020

⁹⁰ Alipour, J.-V., O. Falck und S. Schüller: *Germany's capacities to work from home*, CESifo Working Paper, 8227, CESifo Network 2020



Das Homeoffice-Potenzial auf Kreisebene nach Johns Lang LaSalle

Die tatsächliche Homeoffice-Quote, also der Anteil jener Beschäftigten, die teilweise oder vollständig von zu Hause arbeiten, wurde Mitte 2021 für den Kreis Marburg-Biedenkopf mit 21,4 % beziffert. Dem steht ein – rechnerisches – Potential wie oben beschrieben von 54,2 % gegenüber, also jener Anteil der Beschäftigten, die aufgrund ihrer Tätigkeit und Branche im Homeoffice arbeiten könnten. Daraus ergibt sich eine rechnerische „Lücke“ von 32,8 %.

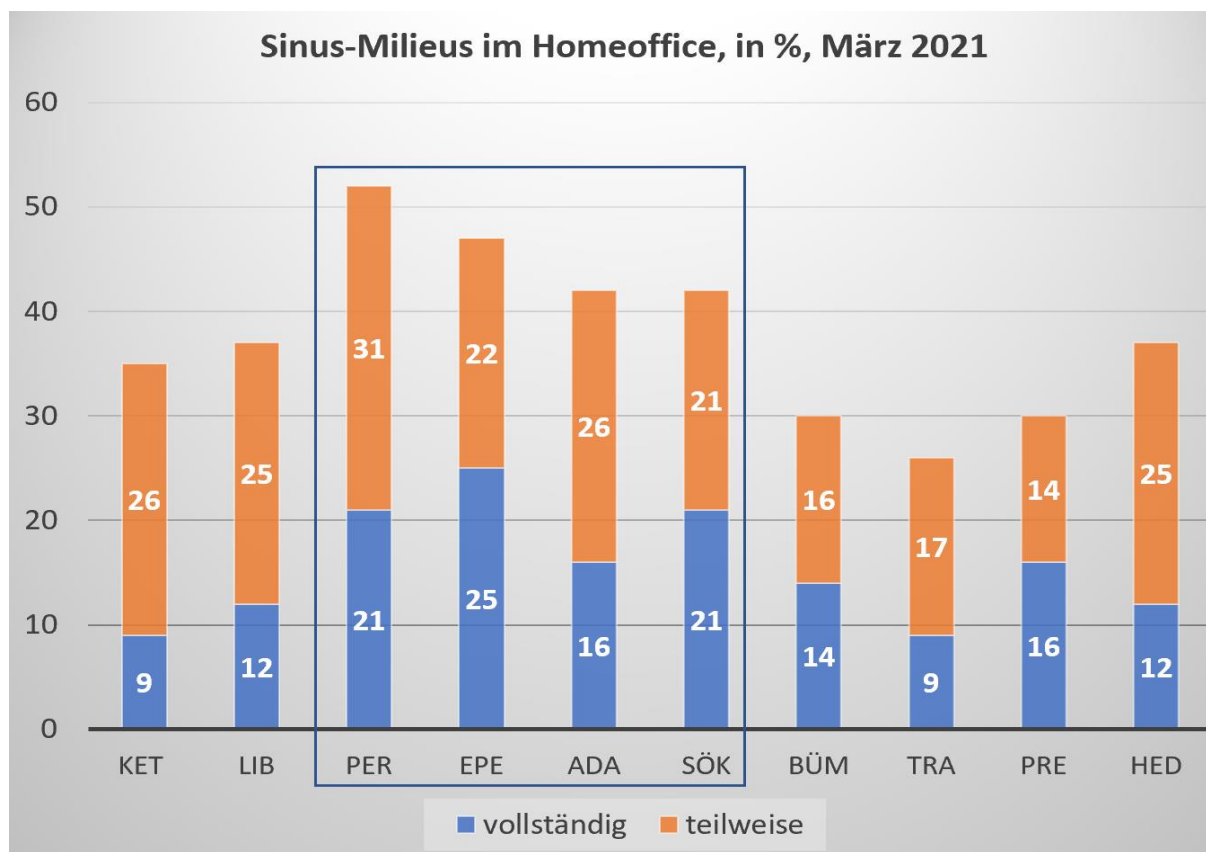
Fast ein Drittel der Beschäftigten in der Region Marburg könnte demnach zusätzlich aus der eigenen Wohnung arbeiten⁹¹. Diese derzeitige „Unternutzung“ des Homeoffice ist auf Kreisebene die dritthöchste in Hessen und eine der höchsten im mittel- und süddeutschen Raum. Allerdings ist einerseits unklar, ob dieses Potenzial nur annähernd ausgeschöpft werden kann bzw. wird. Andererseits lassen sich die Effekte eines Zuwachses von Homeoffice nur in Konturen darlegen (*Karte im Anhang*)

An diesem Punkt verbessert der Zusammenhang von Homeoffice und Milieuzugehörigkeit die analytische Basis, da nicht nur die Homeoffice-Quote der Milieus bekannt ist, sondern auch Informationen zu ihrer möglichen Wohnnachfrage-Reaktion auf veränderte Arbeitsbedingungen vorliegen.

⁹¹ Vgl. Infas, Corona Daten-Plattform, i.A. des BMWV <https://www.corona-datenplattform.de/>

Milieus und Homeoffice

Wie eine Sinus-Befragung vom Frühjahr 2021 ergeben hat, weisen gerade jene vier Milieus (siehe Kästen im Diagramm) eine überdurchschnittlich hohe Homeoffice-Quote auf, die auch in Marburg überrepräsentiert sind: Performer, Expeditive, Adaptiv-Pragmatische sowie Sozialökologische.



Anteil der Beschäftigten, die teilweise oder vollständig im Homeoffice arbeiten nach Milieus, Deutschland. Eigene Darstellung, Quelle: Sinus-Institut 2021⁹²

Relevante Effekte durch eine verstärkte Arbeit aus dem Homeoffice sind bei der Wohnungsnachfrage bzw. am Wohnungsmarkt zu erwarten und teilweise bereits eingetreten. Dies betrifft einerseits die **qualitative Nachfrage**, also zusätzliche Ansprüche an Ausstattung der Wohnung wie etwa nach einem Balkon, nach zusätzlicher Wohnfläche, etwa für ein Arbeitszimmer, oder für Terrasse oder Garten⁹³.

Zum anderen, und mit diesem Anspruch in Verbindung stehend, kann es zu Verschiebungen in der **(struktur-)räumlichen Nachfrage** kommen. Wenn sich der Aufwand für das Berufspendeln im Zuge hybrider Homeoffice-Lösungen mehr oder weniger deutlich reduziert, können Wohnansprüche wie etwa der Wunsch nach Wohneigentum auch im **Umland** realisiert werden ohne dass es zu höheren Transaktionskosten durch den Verkehr kommen muss⁹⁴. Viele Haushalte könnten dann ihre Wohnpräferenzen umsetzen, die teilweise außerhalb der Städte liegen.

⁹² Sinus-Infopaket zur Corona-Krise 2021, S4 ff

⁹³ Vgl. etwa Scherbaum, C.: *Balkon, Garten, Glasfaser: Wie Corona den Wohnungsmarkt verändert hat*. RND, 5.1.2022 <https://www.rnd.de/wirtschaft/wie-hat-corona-den-wohnungsmarkt-veraendert-SZTVP5UN2BGKPONN47HFD2AMD4.html> siehe auch Johns Lang Lasalle: *Veränderte Arbeitsmarktwelt*, a.a.O.

⁹⁴ M. Schnitzer, N. Garnadt, S. Viète: *Räumliche Flexibilisierung durch zunehmende Homeoffice-Nutzung*, Wirtschaftsdienst, 100. Jahrgang, 2020 · Heft 9 · S. 661–666, <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2020/heft/9/beitrag/raeumliche-flexibilisierung-durch-zunehmende-homeoffice-nutzung.html>

Beobachter erwarten daher, dass die Abwanderung in die sogenannten Speckgürtel der Metropolen zunehmen wird.: "Mit dem Arbeiten von Zuhause könnte ein größerer Umkreis um die Metropolen attraktiv werden". Wer nur zwei Mal die Woche ins Büro kommen müsse, könne weitere Wege zum Arbeitsplatz in Kauf nehmen als beim täglichen Pendeln. Das Homeoffice sei deswegen auch eine Chance für ländliche Regionen. Der suburbane Raum werde vor allem im sogenannten "Speckgürtel" von Städten einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen⁹⁵.

Allerdings werde eine mögliche Verlagerung nur Teile der gesamten Nachfrage betreffen, urbanes Wohnen werde für viele Menschen die bevorzugte Wohnform bleiben, möglicherweise mit verstärktem Gewicht der Stadtränder: „Anderes Stadtleben statt reinem Landleben“⁹⁶. Gleichwohl könnte sich ein gewisser Verlagerungseffekt auf die Höhe der Mieten und Kaufpreise auswirken und gerade dort, wo der Markt sehr angespannt ist, etwas dämpfend wirken.

Damit Verschiebungen der Wohnungsnachfrage in die Peripherie und das Umland tatsächlich erfolgen, müssen gewisse Voraussetzungen zwingend erfüllt sein. Das Preisgefälle zum Umland muss signifikant hoch (in der JLL- Untersuchung >25 %) und Wohneigentum unterdurchschnittlich erschwinglich bzw. die Wohnkostenbelastung überdurchschnittlich hoch sein, damit eine - je nach konkreter Ausgestaltung des Homeoffice - auch eine erhöhte Pendelzeit aufgewogen werden kann.⁹⁷ Zu berücksichtigen ist allerdings auch das insgesamt rückläufige Potenzial, Wohneigentum zu bilden. Daran tragen zum einen die erheblich gestiegenen Baukosten bei, zum anderen erschwert die rückläufige Eigenkapitalbasis die Eigentumsbildung bei 30 bis 45-Jährigen Mieterhaushalten⁹⁸.

Welche **Konsequenzen** ergeben sich aus den Homeoffice-Trends für die Stadt **Marburg**? Mit einem überdurchschnittlichen Homeoffice-Potenzial und einer hohen Lücke zwischen Potenzial und Umsetzung ist in Marburg eine zusätzliche Abwanderung ins Umland durchaus realistisch.

Eine der Voraussetzungen für eine Abwanderung eines Teils der zusätzlichen Homeoffice-Nutzer ins Umland ist in Marburg, im Unterschied etwa zu Gießen, gegeben, wie das Diagramm vermittelt. Der mittlere Preisabstand für den Hauskauf zwischen Zentrum und Umland im Kreis lag im 4. Quartal 2021 bei gut einem Drittel, verglichen mit nur bei 20 % in Gießen und dem Kreis Gießen. Zudem könnten auch andere Parameter des lokalen Wohnungsangebotes, die im folgenden Kapitel dargestellt werden, einen Fortzug ins Umland begünstigen.

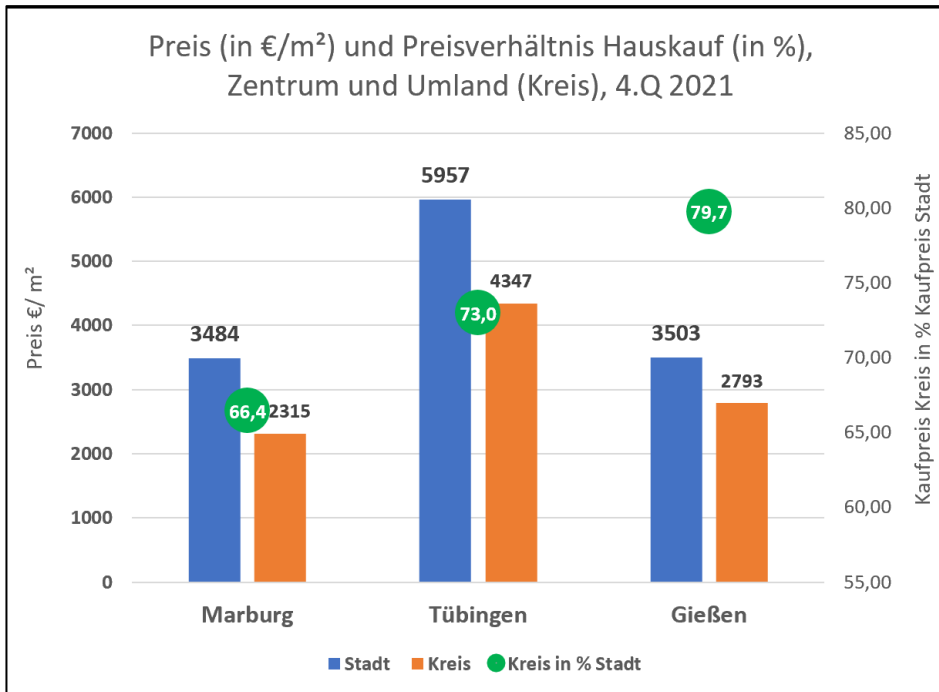
⁹⁵ Haufe.de: *Homeoffice und das Potenzial von "Ex-Büro-Wohnungen"*. https://www.haufe.de/immobilien/entwicklung-vermarktung/marktanalysen/corona-homeoffice-co-wohnqualitaet-gewinnt-an-bedeutung_84324_521262.html

⁹⁶ Bersch, A.: *Die Post-Corona-Wirtschaft*. A.a.O., S.174f

⁹⁷ Johns Lang Lasalle: *Veränderte Arbeitsmarktwelt - Zunahme von Homeoffice beeinflusst die Nachfrage nach Büro und Wohnen*. A.a.O., S.8

⁹⁸ Laut LBS konnten sich 2020 nur noch 4,8 % der Mieterhaushalte in dieser Altersgruppe Wohneigentum leisten, 2010 waren es noch 8,7 % <https://www.lbs-markt-fuer-wohnmobilien.de/inhalt/eigentumsbildung/> -- Diese Entwicklung wird durch Befragungen weitgehend bestätigt. Siehe Fabricius, M. *Wohneigentum ist für junge Leute zunehmend unerschwinglich*. Welt-Online, 11.9.2021

Dazu tritt ein relativ hoher Anteil des **Milieus der Performer** in Marburg, die unter den Milieus mit Abstand am stärksten eine Wohneigentumsbildung anstreben. Dagegen steht für viele Haushalte der Adaptiv-Pragmatischen eher eine Verbesserung ihrer Wohnsituation, auch als Mieter, im Vordergrund, dabei könnte der „Suchradius“ über die Grenzen der Stadt erweitert werden. Bei ihnen bleibt angesichts ihres mittleren Einkommensniveaus abzuwarten, ob die Wohneigentumsbildung aufgrund der



steigenden Baukosten und Kaufpreise eine reale Option bleibt. Möglich bleibt eine – auch suburbane – Eigentumsbildung dagegen bei Teilen der Liberal-Intellektuellen.

Schließlich könnte Marburg im Standortwettbewerb von den günstigeren Marktpreisen in Kombination mit vermehrten Home-office-Jobs profitieren,

etwa im Wettbewerb um Fachkräfte.

Festzuhalten bleibt die Notwendigkeit, das Beschäftigungsangebot in Marburg zu verbreitern und soweit möglich dabei auch den umliegenden Kreis zu unterstützen. Zudem müssen die Folgen einer sich wandelnden Arbeitswelt antizipiert und durch **integrierte Konzepte** kontextgerecht gestaltet werden. Zu sorgen ist für die Qualifikation, die verstärkte Bindung und die Anwerbung von Beschäftigten durch ein integriertes Angebot aus Arbeitsplätzen, passenden Wohnungen und begleitender Infrastruktur. Dabei kann die **Milieuforschung** eine wichtige Rolle bei der Gestaltung dieser „Angebotspakete“ spielen.

Im folgenden Kapitel wird das Thema „Wohnungsmarkt“ und Milieus sowohl im Hinblick auf Teilhabe als auch hinsichtlich künftiger Erfordernisse näher beleuchtet.

Kapitel 7: Wohnen, Milieus und der Wohnungsmarkt in Marburg

Zu den wichtigsten Handlungsfeldern für die Nutzung der Milieuforschung zählt der Wohnungsbereich. Milieus erlauben eine differenziertere Betrachtung und Bewertung der unterschiedlichen Bedürfnisse, der Leistungsfähigkeit oder der Entscheidungsfaktoren in der Wohnungsnachfrage als dies mit den üblichen Daten und Informationen möglich ist. Zudem stellen sie einen direkten Zusammenhang zu anderen Entwicklungen und Handlungsfeldern her, wie bereits im Kapitel zur „Beschäftigung“ deutlich geworden ist. In diesem Sinne wird das Handlungsfeld „Wohnen und Wohnungsversorgung“ zu einem **zentralen Baustein einer integrierten Stadtentwicklungspolitik** und einem kooperativen Zusammenwirken der relevanten Akteure wie Wohnungsunternehmen oder sozialen Einrichtungen.

Bei einer milieuorientierten Bewertung zentraler Aufgaben im Wohnungsbereich sind verschiedene Herausforderungen bzw. Zieldimensionen zu unterscheiden, die sich beispielhaft kurz zusammenfassen lassen:

- Teilhabe und Wohnversorgung für alle sozialen Gruppen,
- Reaktionen auf sozio-demografische oder räumliche Verschiebungen der Nachfrage
- Stärkung der sozialen Mischung,
- Aufwertung, Verdrängung und „Milieuschutz“ (Kapitel 8),
- Festigung der Bestandsbindung und Antizipation von Veränderungsbedarfen,
- Standortwettbewerb im Kontext der Attraktivierung für Fachkräfte⁹⁹.

Die Milieuforschung hilft dabei, die mit diesen Zielen und Entwicklungen verbundenen konkreten Handlungsoptionen fachlich zu bewerten und Informationen für eine politische Abwägung bereitzustellen. Dies gilt beispielsweise für die Frage nach qualitativen und quantitativen Schwerpunktsetzungen im **Wohnungsbau** - im Zusammenwirken mit Wohnungsunternehmen bzw. Bauträgern -, für eine erweiterte Nutzung städtebaulicher Instrumente wie der Konzeptvergabe in Verbindung mit der dezentralen Schaffung von preiswertem Wohnraum oder für die Bereitstellung zielgruppen- bzw. bedürfnisgerechter Infrastruktur.

Zu berücksichtigen sind bei einer milieuorientierten Bewertung die spezifischen Rahmenbedingungen, die allgemeinen Entwicklungstendenzen¹⁰⁰ und (fach-) politischen Ziele der Universitätsstadt Marburg. Zu nennen sind unter anderem:

- Die fortbestehende Rolle als Universitäts-Mittelstadt mit einer weit überdurchschnittlichen Studierendenquote. Diese Quote ist zu Beginn der 2020er Jahre rückläufig und dürfte sich in den kommenden Jahren auf einem etwas niedrigeren Niveau einpendeln. Damit verbinden sich bestimmte Herausforderungen am Wohnungsmarkt, etwa im Hinblick auf kleine Wohnungen, oder für die soziale und altersstrukturelle Mischung in einigen Quartieren.
- Damit in Zusammenhang stehen die bereits dargestellten Bemühungen, Absolventinnen und Absolventen häufiger an den Studienort Marburg und sein Umland zu binden, auch durch ein bedürfnisgerechtes „Wohn- und Infrastrukturlpaket“.
- Der Anspruch, vermehrt **Fachkräfte** zur Zuwanderung in Stadt und Kreis zu bewegen. Auch bei ihnen spielen, wie bereits angedeutet, bedürfnisgerechte Wohnangebote eine wichtige Rolle, auch im interkommunalen und -regionalen Standortwettbewerb.
- Die lokale Befriedigung der Wünsche ansässiger Haushalte, ihre **Wohnsituation zu verbessern**, um so eine marktinduzierte Abwanderung zu verhindern und die Bindung an den Standort zu stärken.
- Die **breite Versorgung aller sozialer Gruppen** mit preiswerten bzw. nachfragegerechtem Wohnraum, wobei eventuelle „Sickereffekte“¹⁰¹ im Bestand zu prüfen sind

⁹⁹ Vgl. etwa Oberst C.A.: *Mobilität, Wohnen und der Arbeitsmarkt*. In: Depenheuer O., Hertzsch E., Voigtländer M. (Hrsg.): *Wohneigentum für breite Schichten der Bevölkerung*. Bibliothek des Eigentums, Vol. 18. Springer, Berlin, Heidelberg 2020, 75-93 https://doi.org/10.1007/978-3-662-61287-3_6

¹⁰⁰ Siehe ARGE e.V.: *Wohnungsbau: Die Zukunft des Bestandes. Studie zum 13. Wohnungsbautag 2022 und Ergebnisse aus aktuellen Untersuchungen*. Kiel 2022. Walberg, D., Gniechwitz, T., Paare, K., Schulze, T.; Braun, R., Fuchs, L.: *Wohnungsmarktprognose 2022/23*. Regionalisierte Prognose in drei Varianten mit Ausblick bis 2035. empirica-Paper Nr. 263, Berlin 2022; Feld, L. et al: *Frühjahrgutachten Immobilienwirtschaft 2022 des Rates der Immobilienweisen*. ZIA, Berlin 2022

¹⁰¹ Braun, R.: *Metastudie „Sickereffekte“ – Endbericht. Übersicht, Kritik und Gegenkritik sowie Schlussfolgerungen auf Basis einer Meta-Analyse von fünf empirischen Sickerstudien*. Empirica, Berlin 2020, für Bauherren-Schutzbund e.V.

- Möglichen **Verdrängungseffekten** von ansässigen Bewohnergruppen im Zuge von Aufwertungsmaßnahmen entgegenzuwirken.
- Ansätze zur verstärkten **dezentralen Unterbringung sozial schwächerer Haushalte** zur Vermeidung von zusätzlicher Segregation einzelner Bevölkerungsgruppen.

Das breite Ziel- und Handlungsspektrum ist nicht frei von potenziellen Zielkonflikten. Diese zu bewerten und mit ihnen umzugehen ist Aufgabe der Politik vor Ort.

7.1. Milieus und Wohnen – Einstellungen und Bedürfnisse

In jährlichen Befragungsrunden sowie durch verschiedene Trendstudien werden die Wohnsituation und die Wohnbedürfnisse der Milieus regelmäßig ermittelt und aktualisiert. Inzwischen steht ein breiter Fundus entsprechenden Milieuwissens zum Thema „Wohnen“ zur Verfügung. Dieses beschränkt sich nicht auf wohnunmittelbare Aspekte wie Größe, Preis, Typ und Ausstattung der Wohnung, sondern bezieht auch Aspekte wie die räumliche Lage, das Umfeld, Ansprüche an Ausstattung bzw. Infrastruktur und den öffentlichen Raum mit ein. Aus diesem Wissen lassen sich typische Entscheidungsmuster ableiten, in die auch die milieutypische Mobilität, die bestehende Wohnversorgung, die Leistbarkeit der Wohnwünsche oder die typischen Alters- und Haushaltsschwerpunkte einbezogen werden.

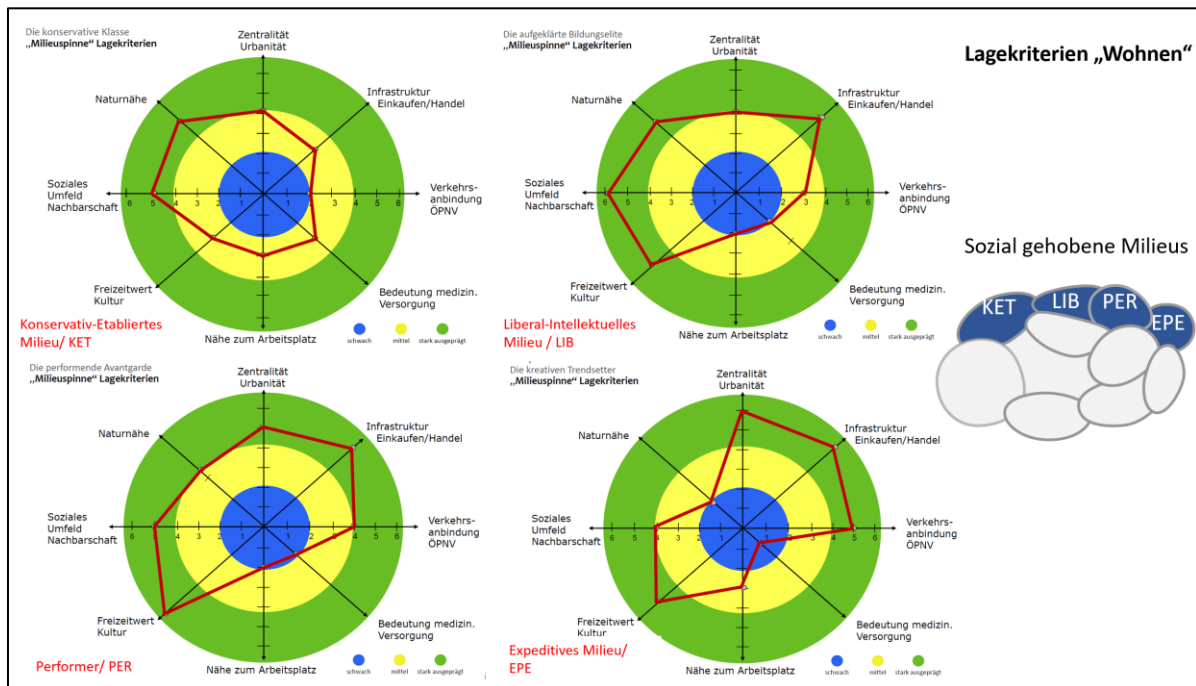
Milieus: Wichtigkeit von Aspekten der Wohnsituation bei einem Umzug ("sehr wichtig"), Index, alle =100 (vhw-Sinus-Trendbefragung)													
Antwort "sehr wichtig"	KET	LIB	PER	EPE	PRA	SÖK	BÜM	TRA	PRE	HKON	HEXP	alle, in %	
Höhe Wohnungskosten	86	93	92	114	112	105	103	104	107	71	111	73	73
Sicherheit im Wohnviertel	96	106	101	93	106	103	113	116	96	81	78	67	67
Einkaufsmöglichkeiten	87	88	92	94	106	102	110	131	98	83	90	52	52
Schnitt, Raumaufteilung WE	98	122	114	110	116	108	98	90	86	84	84	51	51
Sauberkeit im Wohnviertel	86	114	108	82	104	86	125	127	92	80	63	51	51
Verkehrsanbindung/ ÖPNV	89	94	102	115	100	106	104	100	106	87	104	47	47
Größe der Wohnung	94	117	117	117	128	96	109	79	79	77	96	47	47
Energiesparendes Wohnen	93	105	100	89	118	109	123	100	93	89	80	44	44
Lage der Wohnung (Nähe, Ruhe)	88	119	110	112	114	100	98	93	83	98	86	42	42
Qualität der Ausstattung	97	131	121	108	113	85	105	100	69	92	69	39	39
Grünflächen im Wohnviertel	82	100	113	95	108	111	97	97	105	105	79	38	38
Zusammensetzung der Nachbarschaft	91	85	109	103	91	97	115	141	97	94	59	34	34
Kulturelles Angebot, Freizeit, Kneipen/Cafés	97	117	117	121	107	93	90	97	66	103	103	29	29
Image des Wohnviertels	89	100	114	89	118	107	121	96	93	114	61	28	28
Barrierefreies Wohnen	96	85	89	59	67	78	126	167	111	107	67	27	27
Angebote für Kinder und Jugendliche	63	107	122	107	126	130	111	56	89	133	93	27	27
	(deutlich) überrepräsentiert												
	(deutlich) unterrepräsentiert												

Da auch innerhalb der einzelnen Milieus variierende Bedürfnis- und Umsetzungsmuster zu finden sind, werden in milieubasierten Studien typischerweise Nachfrage- bzw. Entscheidungsschwerpunkte benannt, wozu auch mehrere in Frage kommende Nachfrageoptionen wie etwa „Stadthaus“ oder „freistehendes Eigenheim“ gehören können.

Die Tabelle (oben) verdeutlicht das Gewicht der unterschiedlichen **Nachfragefaktoren** bzw. Prioritäten in den Milieus bei der Wohnungs- und Infrastruktur-Nachfrage. Signifikante Unterschiede werden nicht nur hinsichtlich der Relevanz der Wohnkosten sichtbar, sondern es zeigen sich auch grundsätzliche **Abweichungen im Hinblick auf die wohnbegleitende Infrastruktur**. So sind Angebote für Kinder und Jugendliche im Umfeld vor allem Anliegen der jüngeren bis mittelalten Familien-Milieus. Nahräumliche Einkaufsmöglichkeiten sind für die älteren und wenig mobilen Traditionellen sehr wichtig, doch auch die beiden bürgerlichen Milieus (PRA und BÜM) schätzen Geschäfte zur Nahversorgung im Umfeld. Während die meisten aus durchaus unterschiedlichen Gründen der Zusammensetzung der Nachbarschaft eine eher geringe Bedeutung beimessen, ist diese für die Bürgerliche Mitte und die Traditionellen überdurchschnittlich wichtig und verbindet sich mit ihrem ausgeprägten Sicherheitsbedürfnis.

Anders sieht es beim kulturellen und gastronomischen Angebot aus, dessen Qualität für Expenditive, Performer sowie Liberal-Intellektuelle überdurchschnittlich relevant ist.

Wie die „Spinnendiagramme“ (unten) zu den Lagekriterien vermitteln, bestehen auch zwischen den „Leitmilieus“ erhebliche Unterschiede bei den relevanten Lagekriterien des Wohnumfeldes¹⁰².



Während die „Nähe zur Natur“ für Konservative und Liberal-Intellektuelle ein wichtiger Faktor ist, spielt er für die Expenditiven nur eine nachgeordnete Rolle – ein auch für die Stadt Marburg mit ihrem hohen Anteil von Expenditiven (EPE) – meist Studierenden - wichtiger Umstand. Kultur- und Freizeitwert ist ihnen, wie auch den Performern (PER), dagegen bedeutend wichtiger. Insofern überrascht es wenig, dass bei ihnen Urbanität bzw. „Zentralität“ weit oben auf der Bedürfnisskala rangieren, wobei ihnen die Performer mit gewissem Abstand folgen.

¹⁰² Quelle: Sinus-Institut 2022 auf Basis b4p 2021.

In der folgenden **Matrix** werden verschiedene Aspekte und die jeweiligen typischen Präferenzen der Milieus zusammengefasst. Vor allem die rechte Spalte verdeutlicht, in welchen Milieus – auch

Milieu	Bevorzugte Lage	Bevorzugter Wohntyp	Welches soziale Umfeld?	Welche Infrastruktur?	Entscheidungsprofil	Versorgung, Veränderung Mobilität
KET	Gehoben, Stadtrand, Umland	EFH; kleine MFH, z.T. ETW	Homogen; Abgrenzung	Anbindung	Lage und Qualität	Versorgt; Gering
LIB	Innenstadt oder Land	Gehobener Altbau (ETW); individuell-energet. EFH	Heterogen aber problemfrei	Verkehrsarm; Kultur, Einkauf	Umwelt; Vielfalt; Qualität	Eigentum; Eher gering
PER	Innenstadt, auch Stadtrand (EFH)	Kleinere MFH / ETW (Townhouse bis Altbau) und EFH	Heterogen, aber problemfrei	Anbindung; Kultur, Einkauf, Gastronomie	Vielfalt; Qualität	Eigentum; Sehr hoch
EPE	Innenstadt (wenn möglich: vielfältig, vital)	Blockrand, Altbau	Vielfältig, aber problemfrei	Erlebnis; Anbindung	Vitales Umfeld	Später Eigentum; sehr hoch
PRA	Stadt/ Stadtrand	Reihenhaus, auch ETW, kleine MFH	überschaubar	Anbindung, Kinderfreundl.	Leistung; Sicherheit;	Eigentum/ hoch
TRA	Stadtrand, Land	Zeile; einfache/ mittlere EFH/ ZFH	Homogen, überschaubar, ruhig	ÖPNV; Gesundheit/ Nahversorgung	Veränderungen vermeiden	Sehr gering
SOK	Stadtrand; Innenstadtrand	Breiteres Spektrum, auch EFH	Offen für heterogen, aber kontaktarm	Verkehrsarm	Gelegenheit; Natur	Eher gering
BÜM	Stadtrand, Umland, Land	Zeile, Reihenhaus, einf. bis mittlere E/ZFH	Homogen; überschaubar	Anbindung; Kinderfreundl.	Preis/ Leistung; Sicherheit	Gering
PRE	Innenstadt und Stadtrand	Blockrand; Zeile	Eher homogen	Sozial; ÖPNV	Leistung/ Verfügbarkeit	Gering
H-EXP	Innenstadt	Hochhaus; Blockrand	Heterogen	Vielfalt/ Erlebnis	Leistung. Lage	Hoch, aber begrenzt
HED-KON	Innenstadt, auch Stadtrand	Wenig Festlegung; Gelegenheit	Heterogen	Spaß und Erlebnis	Lage; Verfügbarkeit, Leistung	Hoch, aber begrenzt

Quellen: Sinus-Institut; vhw-Trendstudien. Eigene Darstellung

wohnungsbezogener – Veränderungsbedarf besteht. In der Hälfte der Milieus ist aufgrund einer guten Versorgung (Konservativ-Etablierte/KET), dem fortgeschrittenen Alter (Traditionelle/TRA) oder bereits vollzogener Eigentumsbildung (Bürgerliche Mitte/BÜM) in Verbindung mit geringer bis nicht vorhandener beruflicher oder familiärer Mobilität kaum mit einer signifikanten Zusatznachfrage nach Wohnungen zu rechnen. Im Mittel äußerte jede bzw. jeder 20. Befragte 2020 die Absicht, in Kürze umzuziehen, unter den Expeditiven aber bereits jede/jeder Elfte. Relativ häufig war eine solche Absicht auch von den Hedonisten, Prekären und Pragmatischen sowie den Performern mit 5 % bis 8 % zu hören, selten dagegen bei KET, LIB, BÜM und vor allem den Traditionellen.

Bei einem Teil von ihnen wird aber aufgrund des teilweise hohen Alters die Frage nach der Wohnnachfolge relevant werden. Welche Gruppe wird nach dem Umzug ins Senioren-Heim oder dem Ableben den Mietern oder Eigentümern in ihre Wohnung folgen wollen oder können? Was bedeutet dies für das soziale Zusammenleben in besonders betroffenen Quartieren?



Welche Gruppe wird nach dem Umzug ins Senioren-Heim oder dem Ableben den Mietern oder Eigentümern in ihre Wohnung folgen wollen oder können? Was bedeutet dies für das soziale Zusammenleben in besonders betroffenen Quartieren?



Links: *Adaptiv-Pragmatisches Milieu: Wohnformen.* Fotos: Sinus

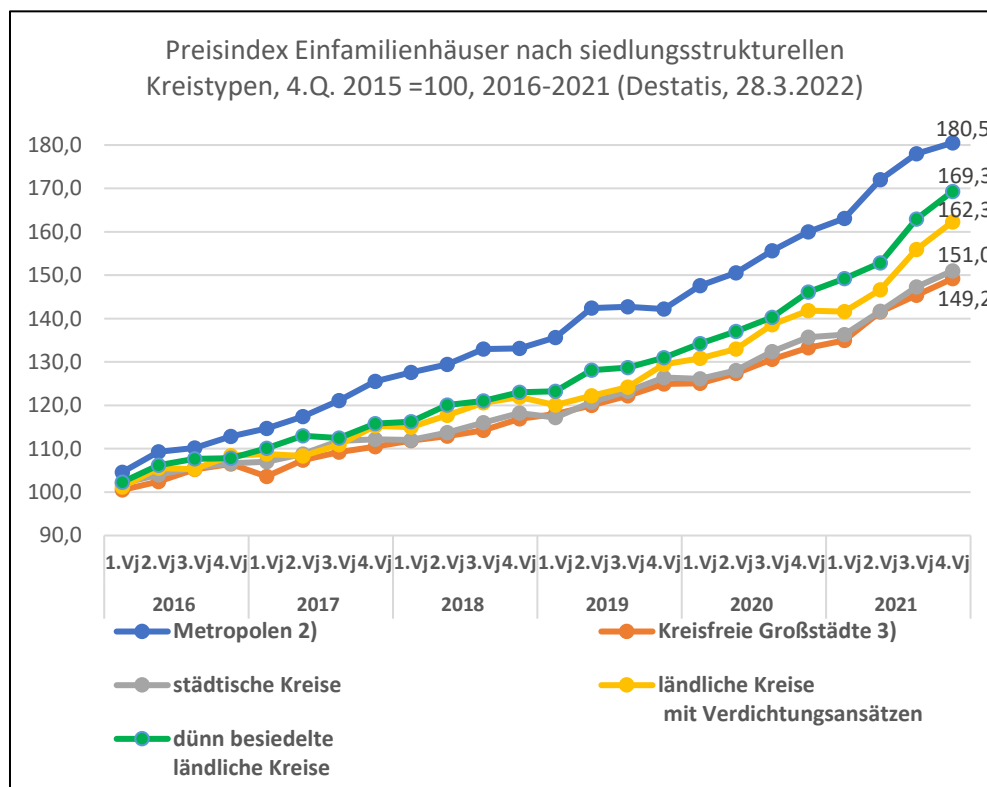
Für eine belastbare Bewertung der konkreten (Milieu-) Nachfrage im Wohnbereich müssen in der Regel mehrere Faktoren und ihr jeweiliges Entscheidungsgewicht berücksichtigt werden. Anschließend werden diese Profile mit der konkreten Situation in Marburg und seinem Umland abgeglichen. Dabei müssen auch die verfügbaren Nachfrage-Alternativen in die Bewertung einbezogen werden.

Dies betrifft zum Beispiel die Preisdifferenz zwischen Zentrum und Umland bei Mieten oder Haus- und Wohnungspreisen für Milieus mit hoher Preissensibilität.

Für die *Adaptiv-Pragmatischen* (PRA) kommt ein relativ breites Spektrum von Mietwohnungen bis leistbaren Eigenheimen in Betracht. Ihre Lagepräferenzen sind nur begrenzt ausgeprägt; Leben in verdichteten Stadträumen ist ebenso denkbar wie eine „leistbare“ Eigentumsbildung am Stadtrand oder im näheren Umland. Unter den PRA sind besonders viele Familien mit Kindern zu finden, häufig auch in Doppelverdiener-Haushalten. Gute Bildungsangebote vor Ort oder Spiel- und Freizeitmöglichkeiten für ihre Kinder sind daher überdurchschnittlich wichtig. Dieser Anspruch verbindet sich zudem mit bedürfnisgerechter Größe und Zuschnitt entsprechend nachgefragter Wohnungen.

Die konkrete Absicht zum Erwerb von Wohneigentum hat sich zuletzt in vielen Milieus abgekühlt, wobei insbesondere die hohen Baukosten und Kaufpreise in Verbindung mit den Finanzierungskonditionen eine entscheidende Rolle spielen, zumal die Preisdynamik zunehmend auch auf ländlich geprägte Kreise übergangen ist.

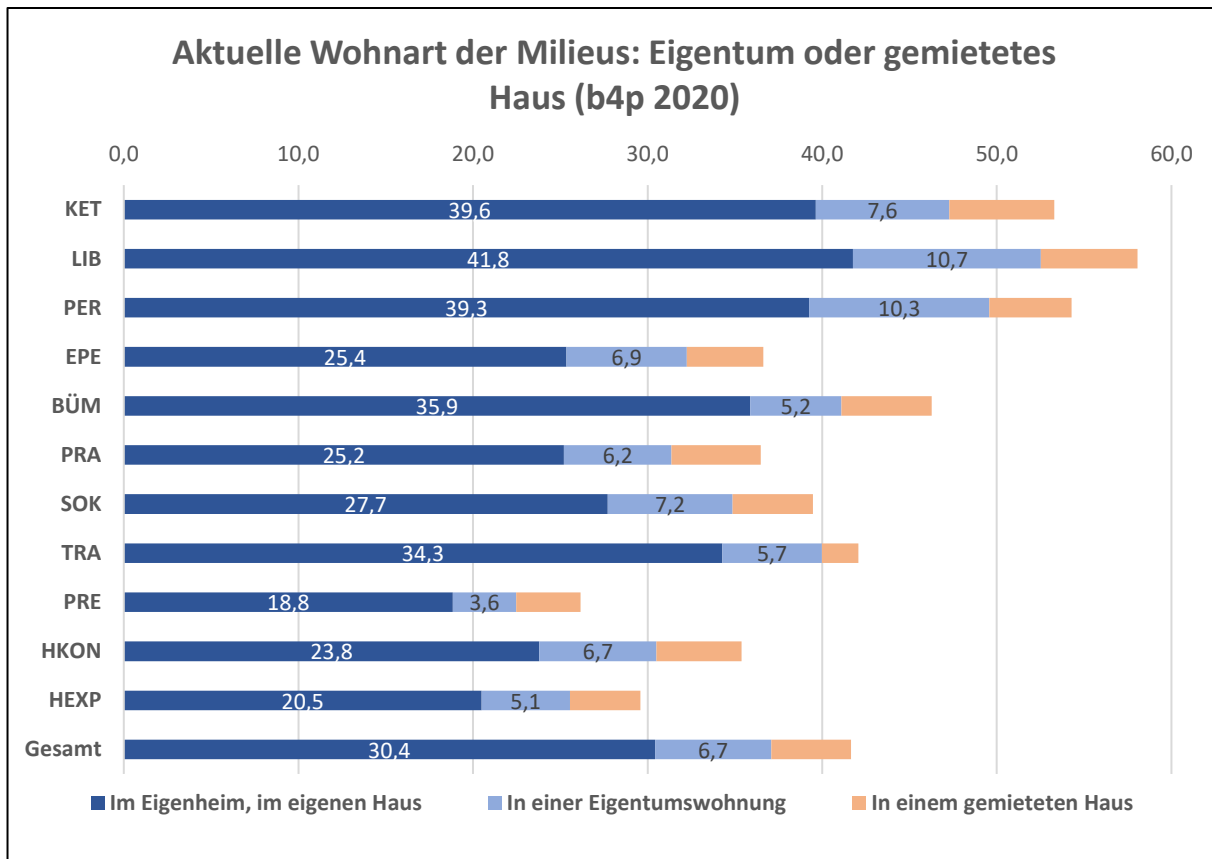
Mit Abstand am stärksten ausgeprägt ist die Erwerbsabsicht unterschiedlicher Formen von Wohneigentum im Milieu der *Performer*. Mehr als jeder siebte Haushalte will in den kommenden beiden Jahren Eigentum bilden, wobei **Bau- und Kaufabsicht** von individuellem Eigentum, insbesondere Einfamilienhäusern, deutlich vor dem Geschosseeigentum rangieren. Mit erheblichem Abstand folgen Liberal-Intellektuelle, Expeditiv sowie Adaptiv-Pragmatische, wobei Liberal-Intellektuelle Etageeigentum auch als Anlagemöglichkeit betrachten dürften, ähnlich wie bei den Konservativ-Etablierten. Nur im Traditionellen Milieus tendiert die Eigentumsplanung gegen null.



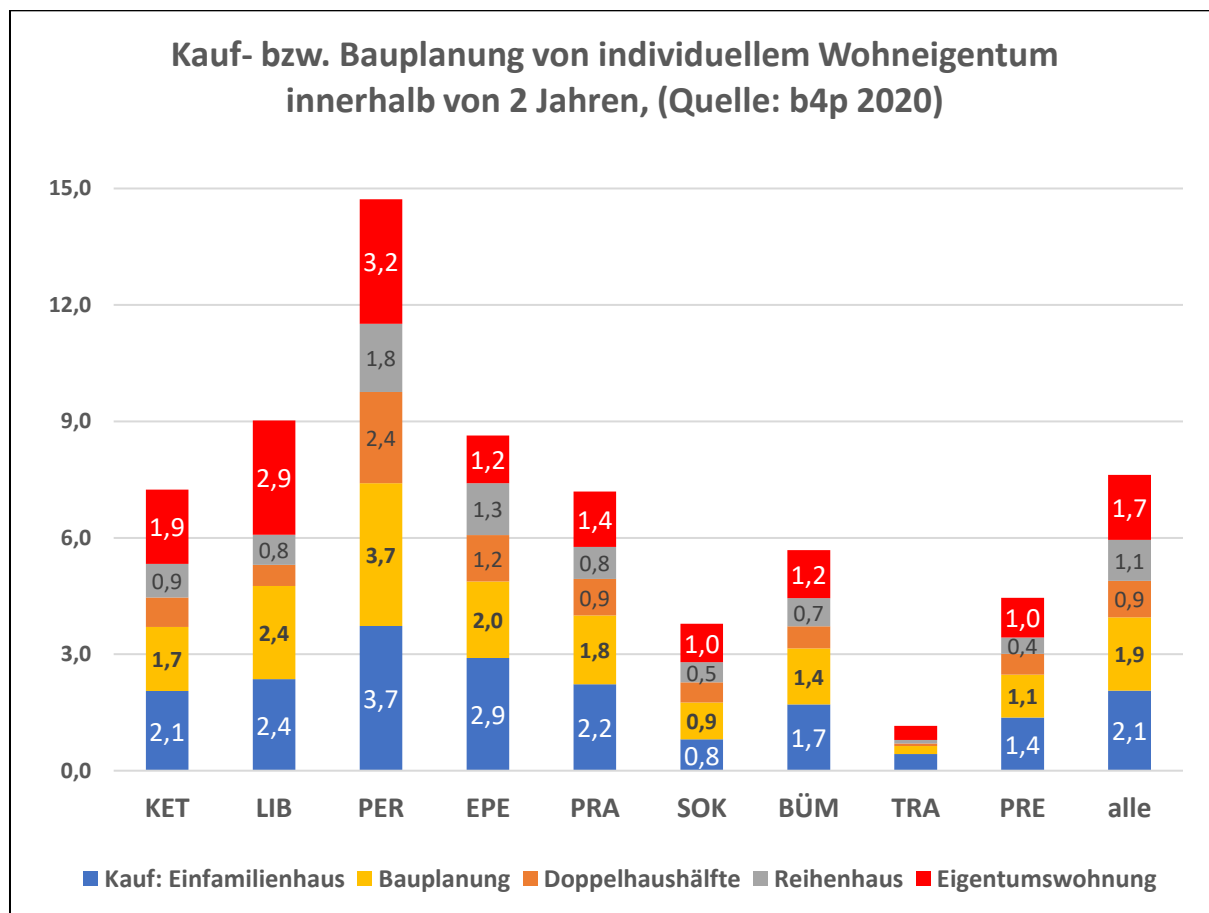
Insgesamt spiegelt sich in diesen Befragungsdaten der unterschiedliche Versorgungsgrad der Milieus (siehe Diagramm unten)¹⁰³. Hinzu treten unterschiedliche Raumpräferenzen und eine stark divergierende Leistbarkeit angesichts der aktuellen preislichen Bedingungen¹⁰⁴.

¹⁰³ Die Befragungen erfolgen auf Personenbasis. Expeditiv oder Hedonisten können also durchaus im elterlichen Haus o.ä. leben. Der Eigentumsanteil unter den Prekären erklärt sich auch durch viele Alleinstehende im Rentenalter im Milieu.

¹⁰⁴ Statistisches Bundesamt. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Baupreise-Immobilienpreisindex/Tabelle/haeuserpreisindex-kreistypen.html>. Siehe etwa Kerler, M: *Das Eigenheim wird für die Mittelschicht unbezahlbar*. Augsburger Allgemeine, 13.04.2021



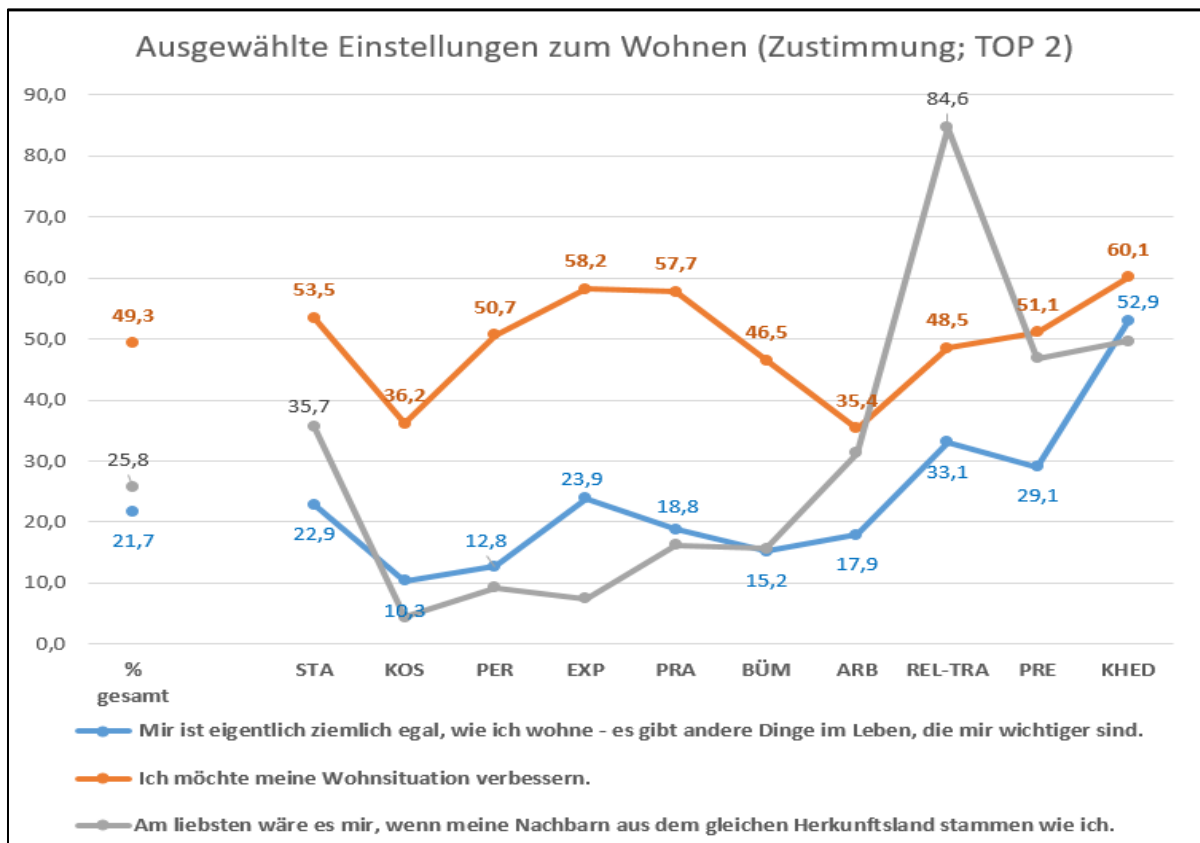
Wohneigentum in den Milieus: Aktuelle Wohnsituation (oben) und Bau- bzw. Erwerbsabsicht (unten)



7.2. Spezifische Wohnbedürfnisse der Migranten-Milieus

Erforderlich ist eine in Teilen gesonderte Betrachtung der Wohnsituation und -bedürfnisse der Migrantenmilieus. Damit wird sowohl der objektiven qualitativen Versorgungslage als auch dem Wunsch von etwa der Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund Rechnung getragen, ihre Wohnsituation verbessern zu wollen. Tatsächlich hat der Strukturwandel der Auslandszuwanderung in den 2010er Jahren, nicht zuletzt die Fluchtzuwanderung mit ihrem Höhepunkt 2015/16, das Gesamtbild der qualitativ messbaren Versorgungslage verschlechtert. Nachdem die Wohneigentumsquote von 2006 bis 2014 von 28,6 % auf 34,5 % gestiegen war, lag sie 2018 nur noch knapp über 30 %.¹⁰⁵ Die verfügbare Wohnfläche bei Personen mit Migrationshintergrund erreichte 2018 in Mietwohnungen 29,9 m², verglichen mit 42,6 m² in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Spezifische Unterschiede werden zudem zwischen den verschiedenen Migranten-Milieus deutlich.

In **Marburg** sind im Bundesvergleich, wie dargestellt, die Migrantenmilieus der Performer (PER) und der Adaptiv-Pragmatischen (PRA) erheblich überrepräsentiert, die Kosmopolitischen, Statusbewussten und das traditionelle Arbeitermilieu (ARB) leicht.



Grundeinstellungen zum Thema „Wohnen“ nach Migrantenmilieus¹⁰⁶

Für die überwiegende Mehrheit der Befragten in der Migrantenmilieu-Untersuchung - und für neun von zehn Milieus - ist ihre Wohnsituation keineswegs eine Nebensächlichkeit; allein die *Konsum-Hedonisten* haben mehrheitlich eine abweichende Einstellung. Angesichts der bestehenden Versorgungsdefizite, die typischerweise von vergleichsweise höheren Wohnkosten und oft von qualitativen Wohnungsmängeln begleitet werden, will die Hälfte der Migrantenmilieus ihre **Wohnsituation** verbessern, besonders häufig unter den *Adaptiv-Pragmatischen*, den *Experimentalisten*, sowie den *Hedonisten*.

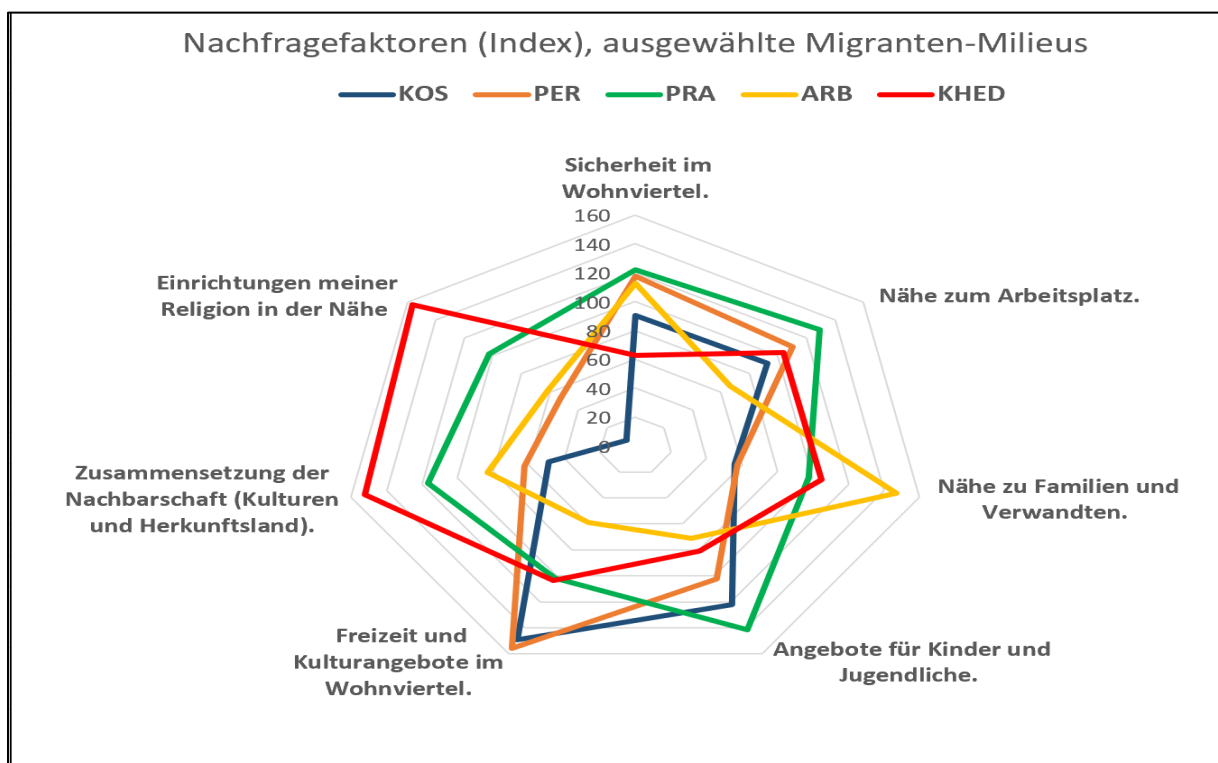
¹⁰⁵ Statistisches Bundesamt: *Zusatzerhebung zum Mikrozensus (MZZ) 2018*, Wiesbaden 2019, und frühere Jahrgänge.

¹⁰⁶ Ausführlich: Hallenberg, B.: *vhw – Migrantenmilieu-Survey*. Berlin 2018, vhw-Schriftenreihe

Nur bei den vergleichsweise besser versorgten *Kosmopoliten* und beim wenig mobilen *Traditionellen Arbeitermilieu* bleibt der Anteil der Veränderungswilligen in der Minderheit. Homogene Nachbarschaften wünschen sich dagegen nur die *Religiös-Verwurzelten* und, mit weitem Abstand, die beiden prekären Milieus.

Migrantenmilieus: Wichtigkeit von Aspekten der Wohnsituation bei einem Umzug ("sehr wichtig"), Index, alle =100 (Quelle: vhw/ Sinus-Migrantenmilieustudie 2018)												
ENTSCHEIDEND (Auswahl):	Gesamt	STA	KOS	PER	EXP	PRA	BÜM	TRA/ARB	REL	PRE	KHED	
Sicherheit im Wohnviertel.	55,1	109	90	118	79	122	105	113	94	86	63	
Gute Anbindung an den ÖPNV	37,7	95	108	115	104	110	81	93	100	98	94	
Nähe zum Arbeitsplatz.	28,4	106	92	110	114	129	106	67	57	90	104	
Nähe zu Familien und Verwandten.	23,7	101	56	58	55	97	94	147	276	99	105	
Guter Ruf des Wohnviertels.	22,9	135	101	106	65	127	120	92	101	62	48	
Angebote für Kinder und Jugendliche. Freizeit und Kulturangebote im Wohnviertel.	20,2	111	122	102	64	142	100	71	95	81	81	
Zusammensetzung der Nachbarschaft (Kulturen und Herkunftsland).	13,9	101	149	155	118	102	65	59	50	46	104	
Einrichtungen meiner Religion in der Nähe	9,9	106	49	62	50	117	100	83	288	86	152	
	5,8	99	6	53	26	102	70	61	526	109	157	
											(deutlich) überrepräsentiert	
											(deutlich) unterrepräsentiert	

Im Falle eines Wohnungswechsels belegt der Aspekt „Sicherheit im Wohnviertel“ unter den vorgelegten Auswahlkriterien eindeutig den Spitzenplatz, gefolgt von der Anbindung an den ÖPNV, der auch in Verbindung zur „Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes“ zu sehen ist. Nur Konsum-Hedonisten, Experimentalisten und Angehörige des Prekären Milieus stufen das Thema „Sicherheit“ unterdurchschnittlich ein. Bereits an dritter Stelle rangiert der „gute Ruf“ des Wohnviertels, der für die beiden bürgerlichen Milieus, vor allem aber für die Statusbewussten eine überdurchschnittlich wichtige Rolle spielt, für die Konsum-Hedonisten dagegen wenig relevant ist.

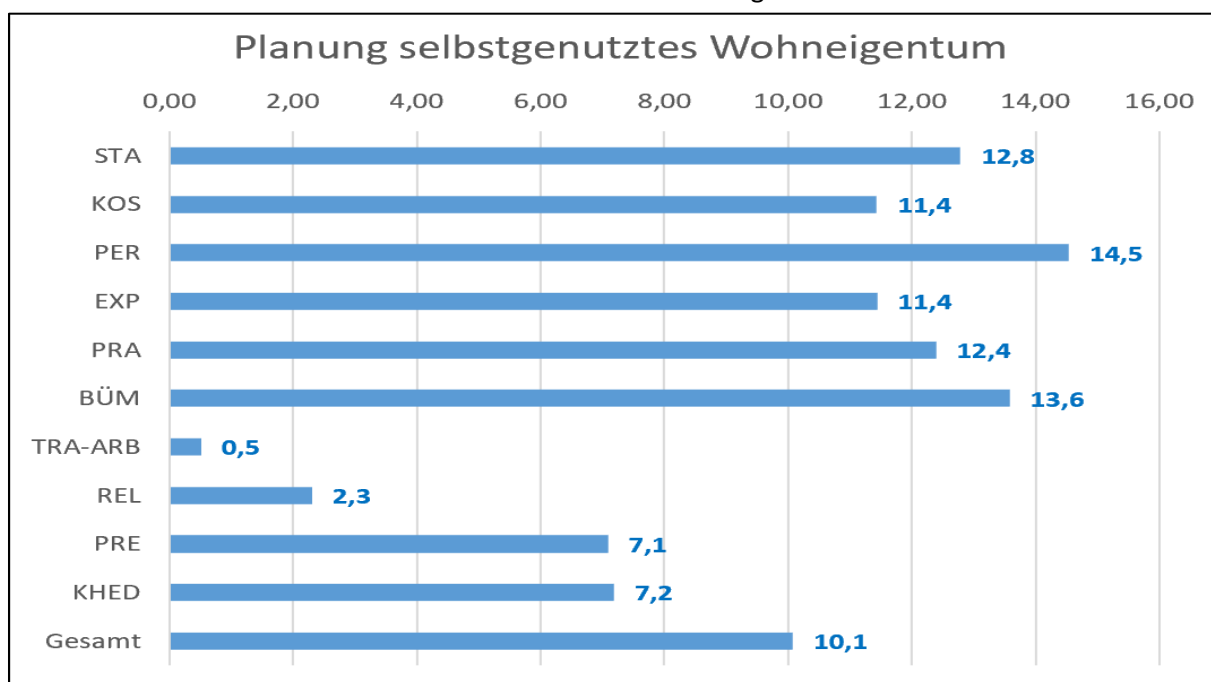


„Spinnendiagramm“: Wohnnachfragefaktoren, ausgewählte Migranten-Milieus

Angebote für **Kinder und Jugendliche** werden von den Adaptiv-Pragmatischen, den Kosmopoliten sowie den Statusbewussten häufiger genannt, bei denen die Lebensphasen mit heranwachsenden Kindern eine zentrale Rolle spielt. **Freizeit- und Kulturangebote** sind für die modernen und überdurchschnittlich gebildeten Milieus der Kosmopoliten und Performer besonders wichtig, während sie für die traditionellen Milieus und die Bürgerliche Mitte - auch altersbedingt – weit hinten rangieren.

Angesichts des weiterhin bestehenden Rückstandes bei der Wohneigentumsquote von Migranten gegenüber der autochthonen Bevölkerung gewinnt das Thema „**Eigentumsbildung**“ im Zuge der Aufstiegsorientierung vieler Migrantenhaushalte an Bedeutung und ist seit längerem zum Gegenstand stadtpolitischer¹⁰⁷ und integrationspolitischer Fragestellungen geworden¹⁰⁸.

Darin wird über mehrere – reale oder potenzielle – Wirkungsstränge migrantischer Eigentumsbildung diskutiert, bei denen sowohl gesellschafts- und sozialpolitisch erwünschte als auch unerwünschte Folgen im Fokus stehen. In der Summe entsteht daraus ein ambivalentes Bild der integrationsfolgen einer höheren Selbstnutzerquote. Im Kern geht es um mögliche Zusammenhänge, bei denen das sozial-räumliche „Wo“ der Eigentumsbildung eine wichtige Rolle spielt¹⁰⁹: Von den derzeitigen Mietern unter den Befragten strebt etwa jeder siebte Haushalt in den nächsten Jahren den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum an¹¹⁰. Neben den drei statushöheren Milieus neigen auch die beiden bürgerlichen Milieus und die Experimentalisten einer solchen Verbesserung ihrer Wohnsituation zu – soweit sie nicht bereits im Wohneigentum leben, wie etwa die KOS, BÜM oder STA. Nur bei den traditionellen Milieus ist nahezu kein Interesse an einer solchen Anschaffung festzustellen.



Planung von Wohneigentumsbildung in den Migranten-Milieus

¹⁰⁷ In mehreren Städten wurden Analysen erstellt, vgl. z.B. Wiesbadener Stadtanalysen: *Wohneigentum von Migranten*. Stadt Wiesbaden, April 2016. H. Hanhörster: *Türkeistämmige Eigentümer in Migrantenvierteln. Soziale und räumliche Mobilität der zweiten Generation*, Wiesbaden 2014, darin: Wohnsituation und Eigentumsbildung von Migranten in der Stadt Duisburg, S. 121-148.

¹⁰⁸ Vgl. etwa B. Reimann et al: *Wohneigentum als Chance für Stadtentwicklung und Integration*. Difu-Berichte, 4-2014, S.78ff

¹⁰⁹ Siehe auch ebd., S.80f

¹¹⁰ Zurückhaltend zur Steigerung der Eigentumsquote unter Migranten angesichts der vielfach unklaren Bleibeabsicht der Neu-Zuwanderer, siehe M. Voigtländer, B. Seipelt: *Analyse der Wohneigentumsbildung*. IW Köln, Februar 2018.

Eigentumsbildung *außerhalb* des bisherigen Wohnquartiers kann zu einem Verlust jener migrantischen Bevölkerungsgruppen führen, die gerade in sozial und ethnisch schwierigen Quartieren zuvor eine „**Brücken- bzw. Mittlerfunktion**“ ausgeübt haben, wie etwa die Statusbewussten oder die Kosmopolitisch-Intellektuellen. So wollen von jenen Milieus, die sich selbst „als Mittler zwischen den Kulturen“ verstehen, etwa 20 % in den nächsten Jahren Wohneigentum bilden. Tendenziell zeichnen sich also soziale Kosten ab, wenn die Eigentumsbildung von Milieus weit entfernt vom bisher bewohnten Quartier erfolgt

Die Migrantenumilieus unterscheiden sich auch in ihren Einstellungen zur Bedeutung, Nutzung und Regularien für den **öffentlichen Raum**, wie die folgende Tabelle dokumentiert.

Öffentlicher Raum: welche der folgenden Aspekte sind Ihnen besonders wichtig?											
Bereich	% gesamt	STA	KOS	PER	EXP	PRA	BÜM	ARB	REL	PRE	KHED
Orte, die Ruhe und Erholung bieten	48,3	104	109	83	83	91	119	127	107	94	72
Für jeden nutzbare Grün- und Freiflächen.	47,3	86	112	130	114	98	84	82	80	115	93
Öffentliche Plätze, wo ich mich sicher fühlen kann.	39,7	104	82	91	85	107	105	114	118	134	76
Raum für Freizeitaktivitäten (Spiel, Sport, usw.)	39,3	101	134	122	124	117	91	38	43	58	128
Öffentliche Plätze, um sich mit Freunden/ Bekannten zu treffen.	38,3	107	76	105	127	87	93	70	116	94	148
Öffentliche Plätze, wo Kinder spielen können.	37,8	94	126	90	103	116	114	77	91	101	64
Bänke/Straßenmöbel, um zu verweilen und sich auszuruhen.	23,2	90	71	91	69	85	101	177	202	85	73

Grundsätzlich sind für mehr als 60 % der Befragten öffentliche Plätze und Straßen als „Treffpunkte“ wichtig, die Ausstattungswünsche variieren je nach typischer Lebenslage allerdings erheblich.

Bei den **Nutzungsregeln** für den öffentlichen Raum bestehen weitgehende Ähnlichkeiten zu den Einstellungen in der Gesamtbevölkerung. Eine deutliche Mehrheit von 62 Prozent fordert genauere und kontrollierte Vorschriften, was man im öffentlichen Raum machen darf und was nicht. Gerade die jüngeren, modernen Milieus vertreten durchweg tolerantere Ansichten als der Durchschnitt der Befragten, wobei sie allerdings – mit Ausnahme der *Konsum-Hedonisten* - keineswegs finden, dass es auf öffentlichen Plätzen zu viele Regeln und Verbote gebe. Die hohe Bedeutung öffentlicher Räume gerade für vielfältige Stadtteile und Quartiere erfordert ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und Pflege hinsichtlich Erscheinungsbild, Funktionsfähigkeit und Gestaltung.

Statement	% gesamt	STA	KOS	PER	EXP	PRA	BÜM	ARB	REL	PRE	KHED
Es sollte genaue und häufig kontrollierte Vorschriften geben, was man in öffentlichen Parks und Grünflächen machen darf und was nicht	62,0	109	92	93	71	108	117	106	127	101	76
Alkohol trinken auf öffentlichen Plätzen, Straßen, etc. sollte in meinem Wohnviertel generell verboten werden	59,8	110	67	88	63	119	120	129	138	106	72
In meinem Wohnviertel sollte die Polizei häufiger für Recht und Ordnung sorgen	41,6	125	67	68	66	103	106	103	175	128	102
Auf den öffentlichen Plätzen gibt es zu viele Regeln und Verbote	25,1	126	78	72	105	82	80	84	70	107	229
Würde begrüßen, wenn Restaurants, Kneipen und Bars in meinem Wohnviertel früher schließen	17,4	109	72	48	34	91	123	106	243	163	90

Migrantenumilieus: Einstellungen zu Nutzungsregeln im öffentlichen Raum, Zustimmung zu den Statements (TOP 2) in %, Milieus: Indexwert, Gesamtzustimmung jeweils = 100

Diese **allgemeinen Erkenntnisse der Milieuforschung** zu Wohnbedürfnissen, Nachfrageverhalten oder Leistbarkeit von Wohnraum werden im folgenden Abschnitt mit Stand und Entwicklung des Marburger Wohnungsmarkts in Verbindung gesetzt. Auf diese Weise kann bewertet werden, ob und inwieweit das qualitative und preisliche Wohnungsangebot den derzeitigen und künftigen Bedürfnissen entspricht und wo ein entsprechender Anpassungsbedarf besteht.

7.3. Der Marburger Wohnungsmarkt: Bautätigkeit, Bestandsentwicklung, Mieten und Preise

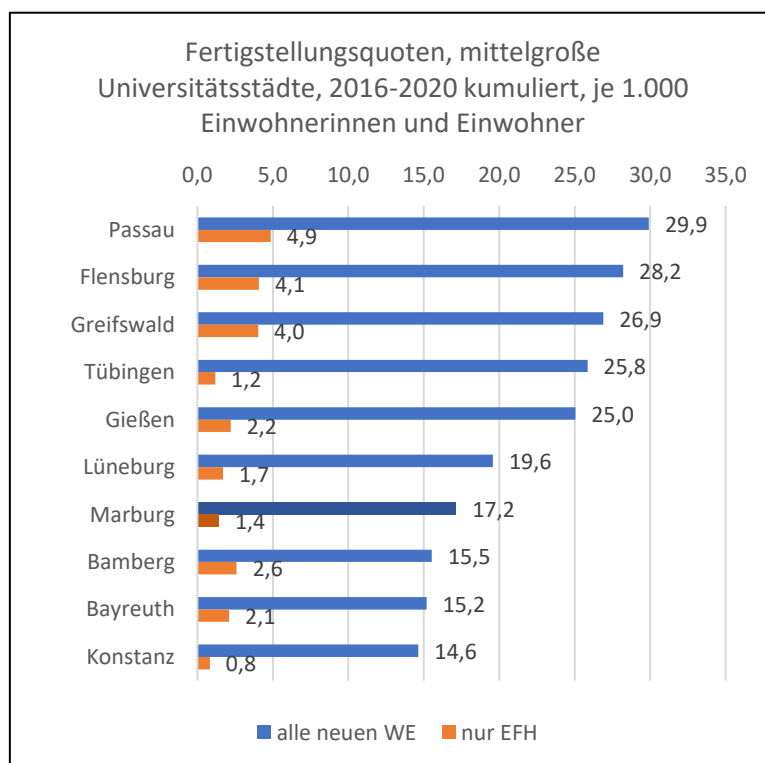
Für diesen Teil der Untersuchung konnte nur in begrenztem Umfang auf kleinteilige Daten zurückgegriffen werden, die für den preisgebundenen Bestand sowie die Bestände der drei größten Wohnungsunternehmen verfügbar waren. Für Baufertigstellungen und Bestandsstrukturen wurden Daten aus den Regionaldatenbanken der Statistischen Landesämter und des Bundesamtes herangezogen¹¹¹, Mieten und Preise wurden den großen Immobilienportalen entnommen und konnten teilweise den Ortsteilen zugeordnet werden.¹¹²

Für den Außenvergleich der Situation und Entwicklung des Marburger Wohnungsmarktes wurden durchgehend zwei Vergleichsebenen genutzt: Der (übrige) Kreis Marburg-Biedenkopf, insbesondere im Hinblick auf seine Rolle für die Nachfrage nach individuellem Wohneigentum, sowie die mittelgroßen Universitätsstädte wie Gießen und Tübingen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen strukturähnlichen Kommunen darzustellen.

Die anschließende Bewertung orientiert sich an mehreren Zielgrößen der kommunalen Wohnungspolitik: Der sozialen Wohnungsversorgung, der Vermeidung von Verdrängungseffekten, der Bindung von Bestandsbewohnerinnen und -bewohnern, der zusätzlichen Wohnungsnachfrage im Zuge der Fachkräfteanwerbung sowie dem bereits erwähnten Ziel, Universitätsabsolventen vermehrt zum Verbleib in Stadt und Umland zu bewegen.

7.3.1. Bautätigkeit und Bestandsentwicklung

Die Baufertigstellungsquote¹¹³ in Marburg bewegt sich insgesamt auf dem Niveau der deutschen Mittelstädte (50 bis 100 Tsd. Ew.), allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunkten im Hinblick auf Ein- und Zweifamilienhäuser (EZFH) auf der einen und Geschosswohnungen (MFH) auf der anderen Seite.



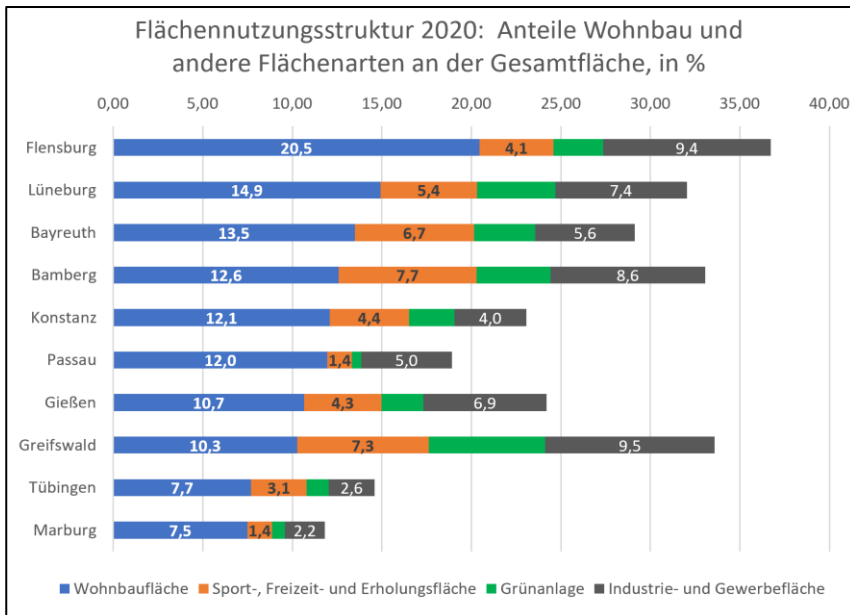
Die **Fertigstellungsquote** von EZFH war in den letzten fünf Jahren (2016-20) in Marburg nur halb so hoch wie in allen Mittelstädten, die Gesamtquote aller WE dagegen um knapp die Hälfte höher. Auch im Vergleich zu anderen mittelgroßen Universitätsstädten (*siehe Diagramm links*) rangiert Marburg bei den Fertigstellungsquoten im hinteren Mittelfeld und wird bei Einfamilienhäusern nur von Tübingen und Konstanz unterboten. Allerdings wurden in Tübingen in den

letzten fünf Jahren fast doppelt so viele Geschosswohnungen neu gebaut wie in Marburg.

¹¹¹ Siehe www.regionalstatistik.de

¹¹² Immoscout24.de und immowelt.de

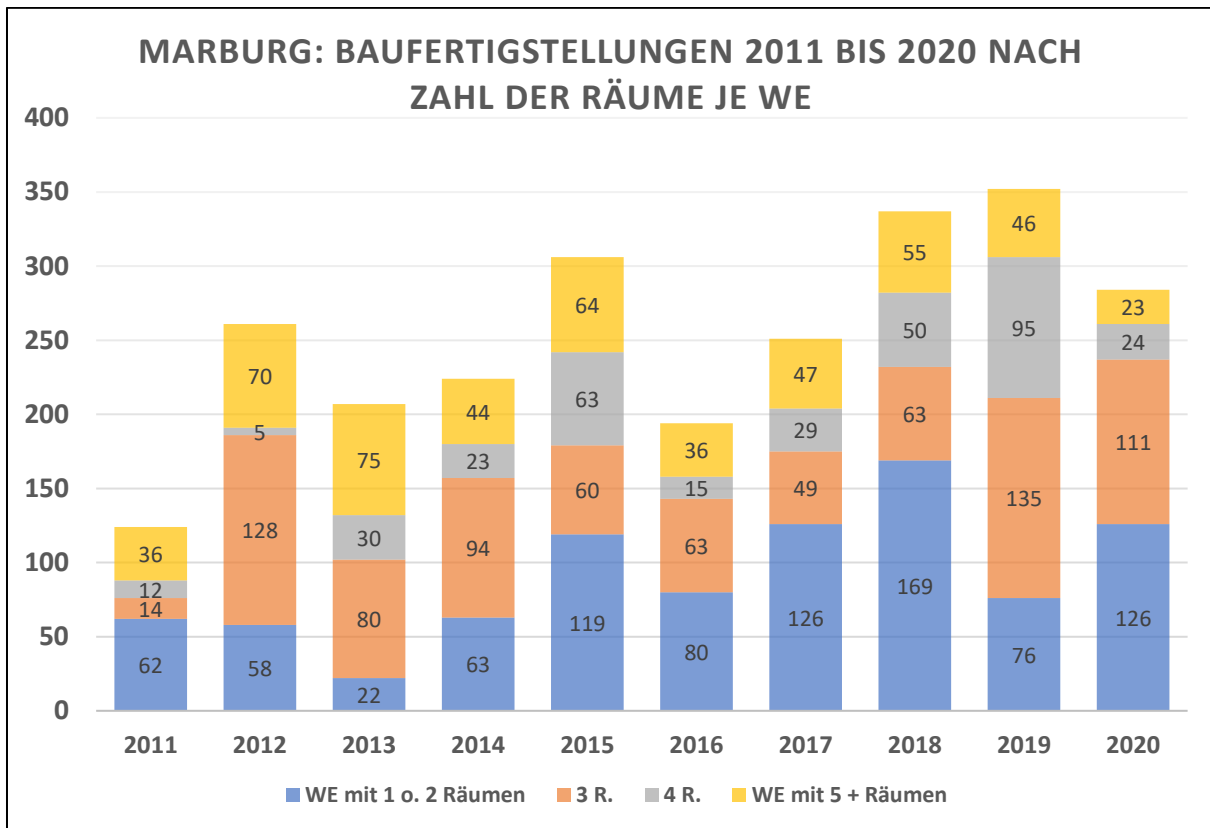
¹¹³ Fertiggestellte Wohnungen je Tausend Einwohnerinnen und Einwohner



Zu berücksichtigen ist dabei, dass Marburg in dieser Städtegruppe den geringsten Anteil von **Siedlungsfläche** und darunter Wohnbaufläche aufweist. Weniger als 15 % der Gesamtfläche wird als Siedlungsfläche genutzt, 7,5 % für den Wohnungsbau. Der Wohnbauanteil beträgt in den übrigen Städten zwischen 7,7 % und 20,5 %.

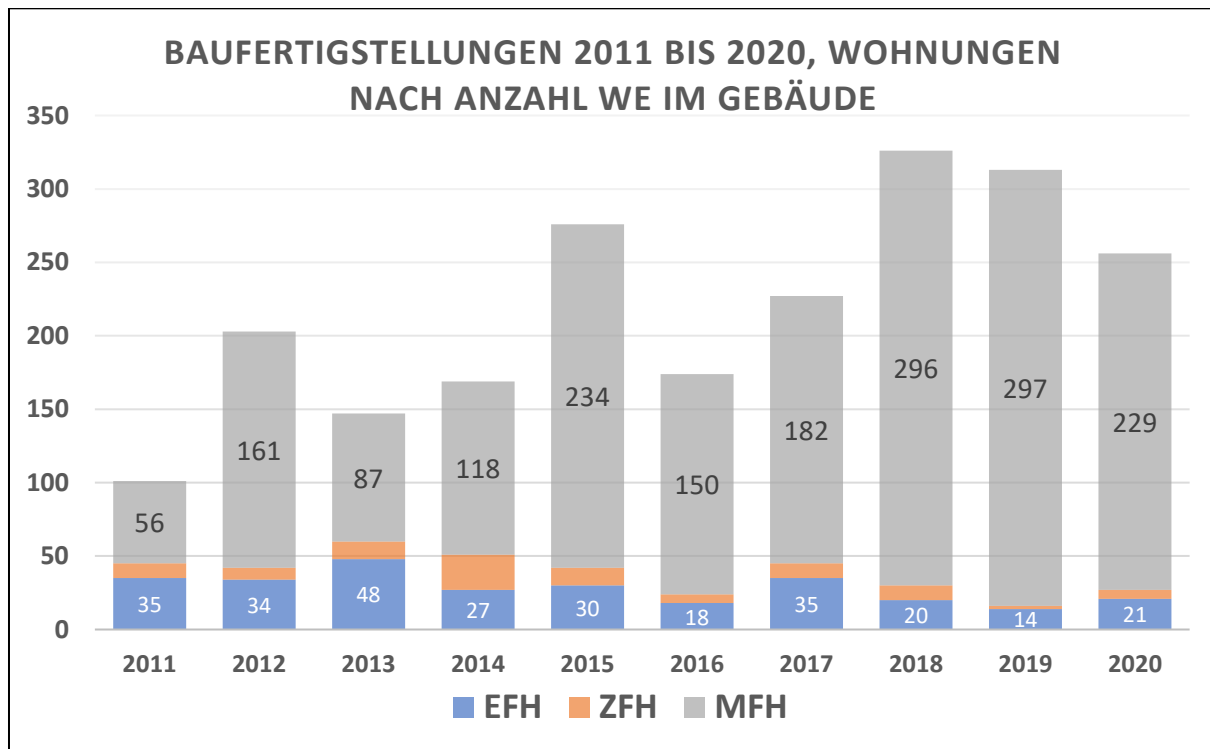
Diagramm: Flächennutzung 1.1.2021, Anteile in %

Vor dem Hintergrund des Anstiegs der Studierendenzahlen Mitte der 2010er Jahre ist es zu einer deutlichen strukturellen Verschiebung der Bautätigkeit in Marburg gekommen. So sind zwischen 2016 und 2020 insgesamt knapp 21 % mehr Wohnungen neu gebaut worden als in den fünf Jahren zuvor. Dabei stieg die Fertigstellung von 1- und 2-Raum-Wohnungen um fast 44 % an, bei WE mit 3- und 4-Räumen lag der Zuwachs bei 22%, während der Bau von Wohnungen mit fünf und mehr Räumen, meist Ein- und Zweifamilienhäuser, um fast 40 % zurückging.

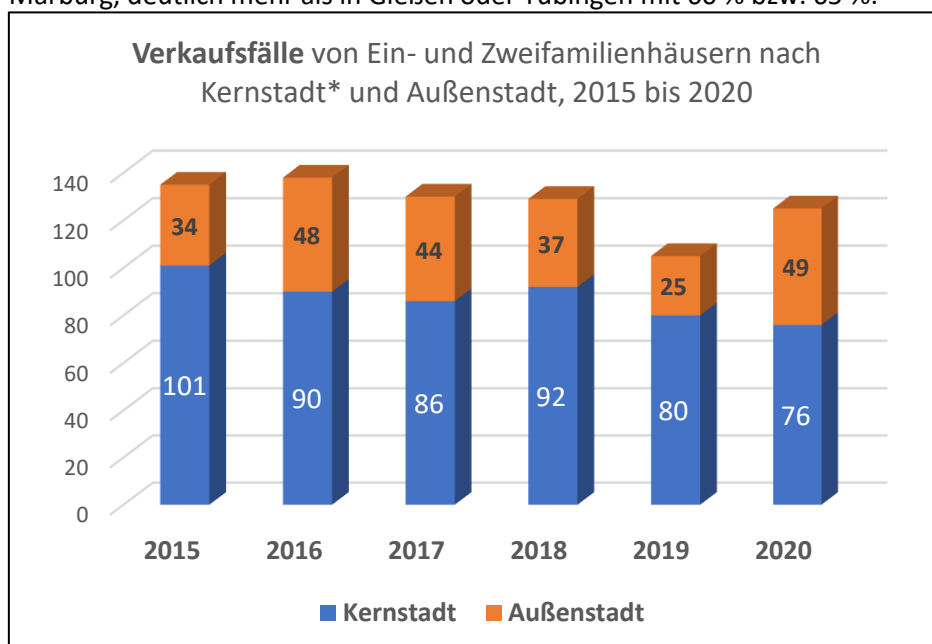


Quelle: Regionalstatistik.de, eigene Darstellung

Von 2016 bis 2020 wurden noch 118 Einfamilienhäuser fertiggestellt, nach 174 in der Halbdekade zuvor. Steil nach oben entwickelte sich dagegen der Geschosswohnungsbau, wie das Diagramm unten verdeutlicht. Gut 1.150 Geschosswohnungen wurden in dieser Periode neu gebaut.



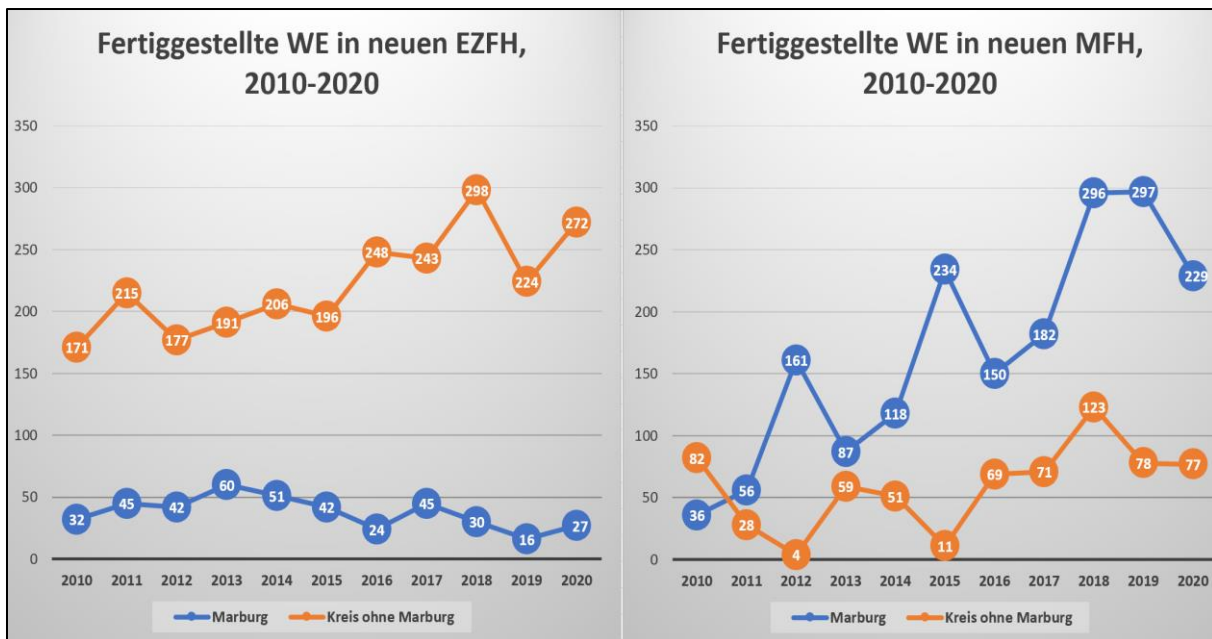
Bei den Baufertigstellungen im Landkreis Marburg-Biedenkopf hat das Zentrum nur einen geringen Anteil von 9,6 % an allen fertiggestellten Einfamilienhäusern zwischen 2016 und 2020 (Gießen: 14,4 %), während zwischen 2011 und 2015 noch zwischen 17 % und 24 % auf das Zentrum entfallen waren. Neue Geschosswohnungen im Kreis entstanden dagegen 2016-20 zu fast drei Vierteln in der Stadt Marburg, deutlich mehr als in Gießen oder Tübingen mit 60 % bzw. 65 %.



Von 2016 bis 2020 wurden innerhalb Marburgs 627 Ein- und Zweifamilienhäuser verkauft bzw. gekauft.

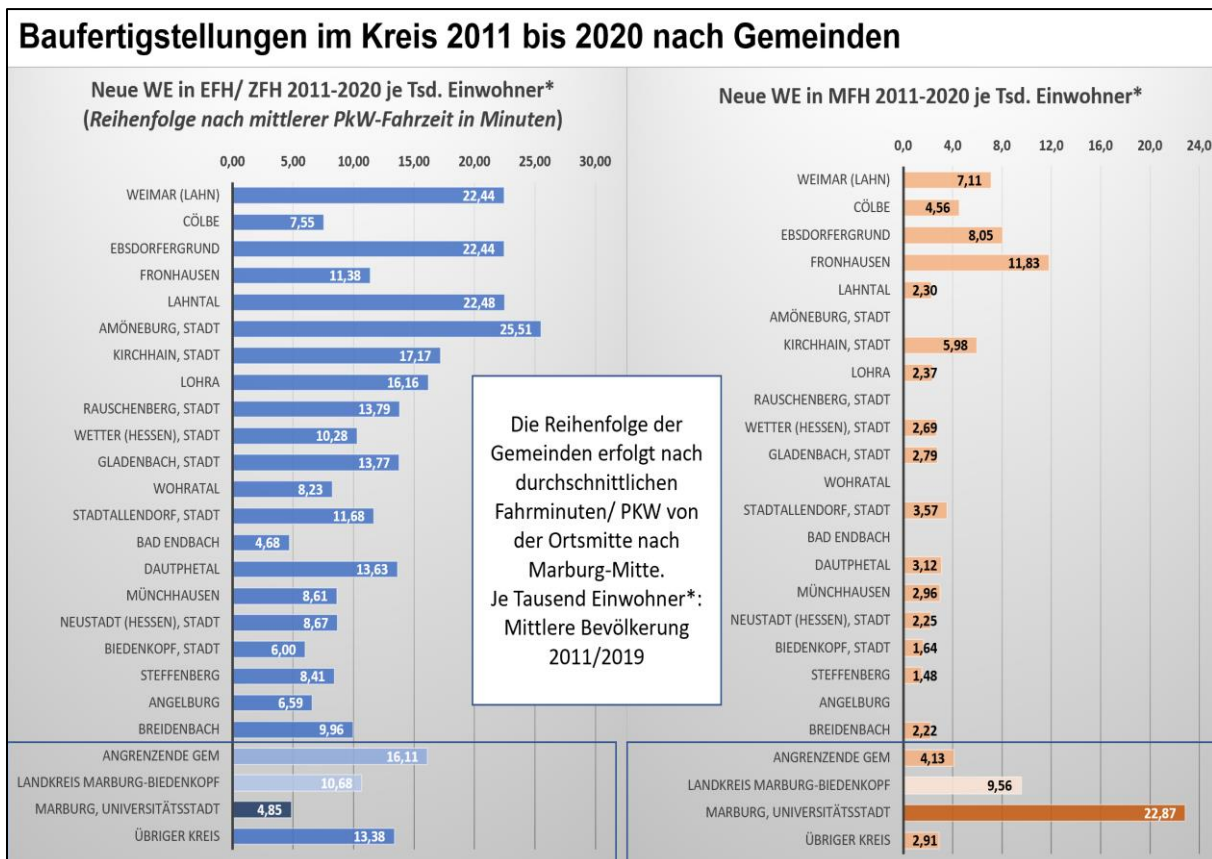
Gut zwei Drittel dieser Verkäufe entfielen auf die Kernstadt einschließlich der Ortsteile Cappel und Wehrda.¹¹⁴

¹¹⁴ Gutachterausschuss für Immobilienwerte: *Immobilienmarktbericht für den Bereich der Stadt Marburg 2016, 2020, 2021*

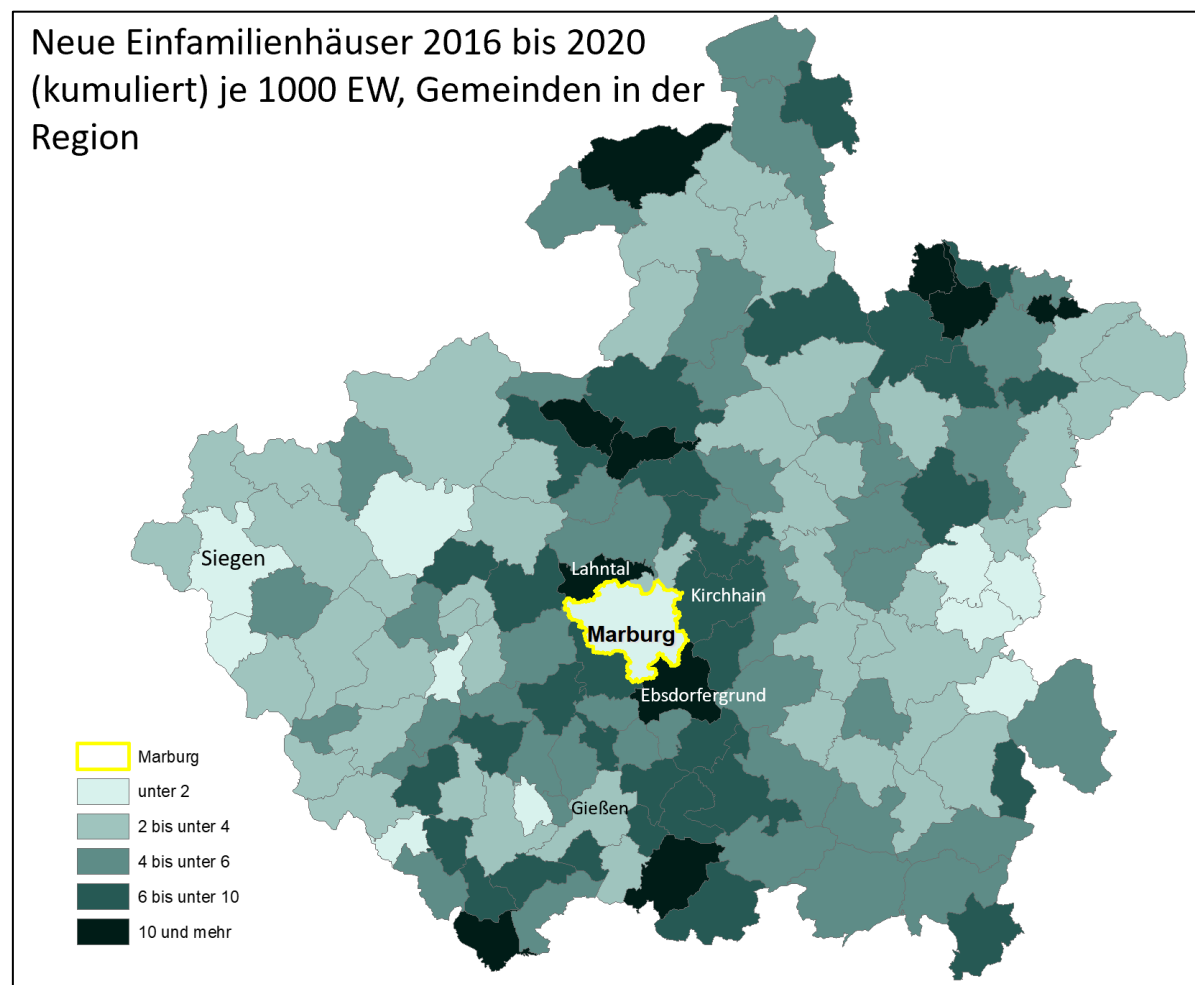


Fertiggestellte Wohnungen in der Stadt Marburg und im übrigen Kreis nach Gebäudetyp, 2010-2020

Diagramm und Karte (unten) verdeutlichen die räumliche Struktur der Baufertigstellungen auf Gemeindeebene in Kreis und Region Marburg.



Die bei weitem höchsten Fertigstellungsquoten bei Ein- und Zweifamilienhäuser weisen jene Kommunen mit einer relativ geringen **(PKW-) Fahrzeit nach Marburg** auf. Dort sind auch deutlich höhere Fertigstellungsquoten bei Geschosswohnungen zu beobachten als in den entfernteren Teilen des Kreises.



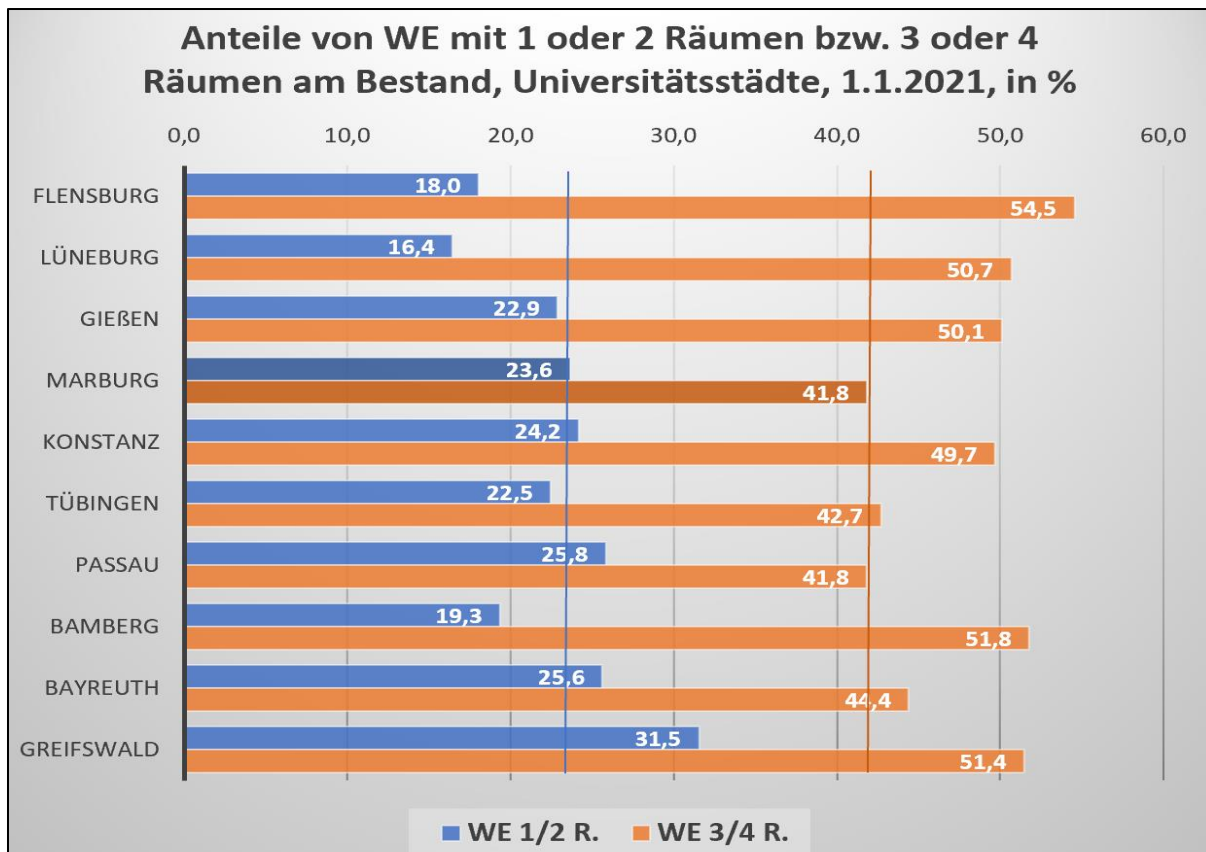
Fertigstellungsquote von Einfamilienhäusern, 2016 bis 2020, kumuliert, je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in den Gemeinden des Kreises Marburg-Biedenkopf

Offenbar können eigentumsorientierte **Berufspendler** so ihren Arbeitsort Marburg mit dem Wunsch nach einem Eigenheim verbinden. Zudem scheint auch ein Teil der Geschosswohnungseigentümer oder -mieter in die benachbarten Gemeinden auszuweichen. Dort lag bereits 2011 die Eigentümerquote zwischen 62 % in Kirchhain und 72 % in Ebsdorfergrund¹¹⁵.

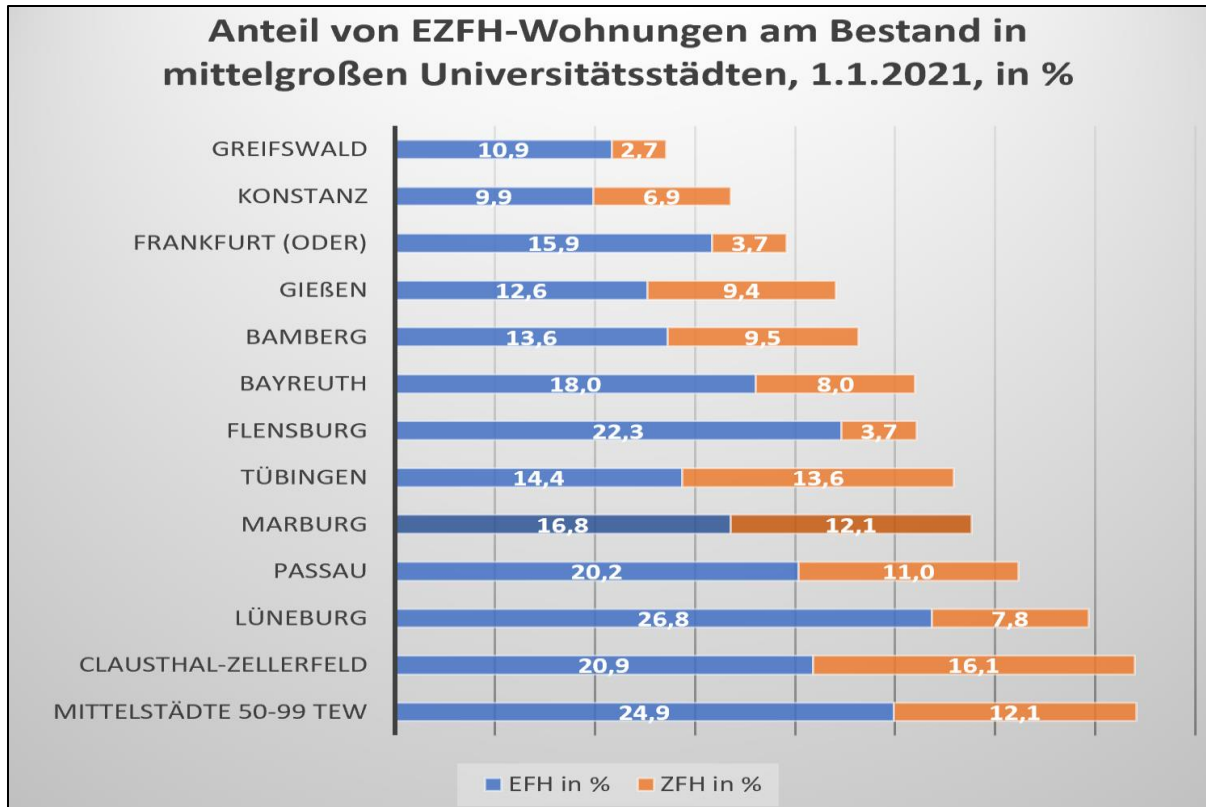
Die **Strukturverschiebungen der Bautätigkeit** bilden sich in der Entwicklung der **Bestandsstruktur** ab. So ist die Zahl der Bestandswohnungen mit 1 oder 2 Räumen von 2011 bis 2020 in Marburg um 9,3 % angestiegen, bei den Wohnungen mit 3 oder 4 Räumen sind es 6,7 %, während die Zahl größerer Wohnungen mit 5 und mehr Räumen seit 2011 nur um 3,2 % zugenommen hat, überwiegend bis 2015¹¹⁶.

¹¹⁵ Zensus Mai 2011. Die Eigentümerquote in Marburg lag bei 32,6 %, in Tübingen sogar bei 40,5 %.

¹¹⁶ Das Basisdatum „2011“ wurde wegen des in jenem Jahr durchgeführten Zensus gewählt.



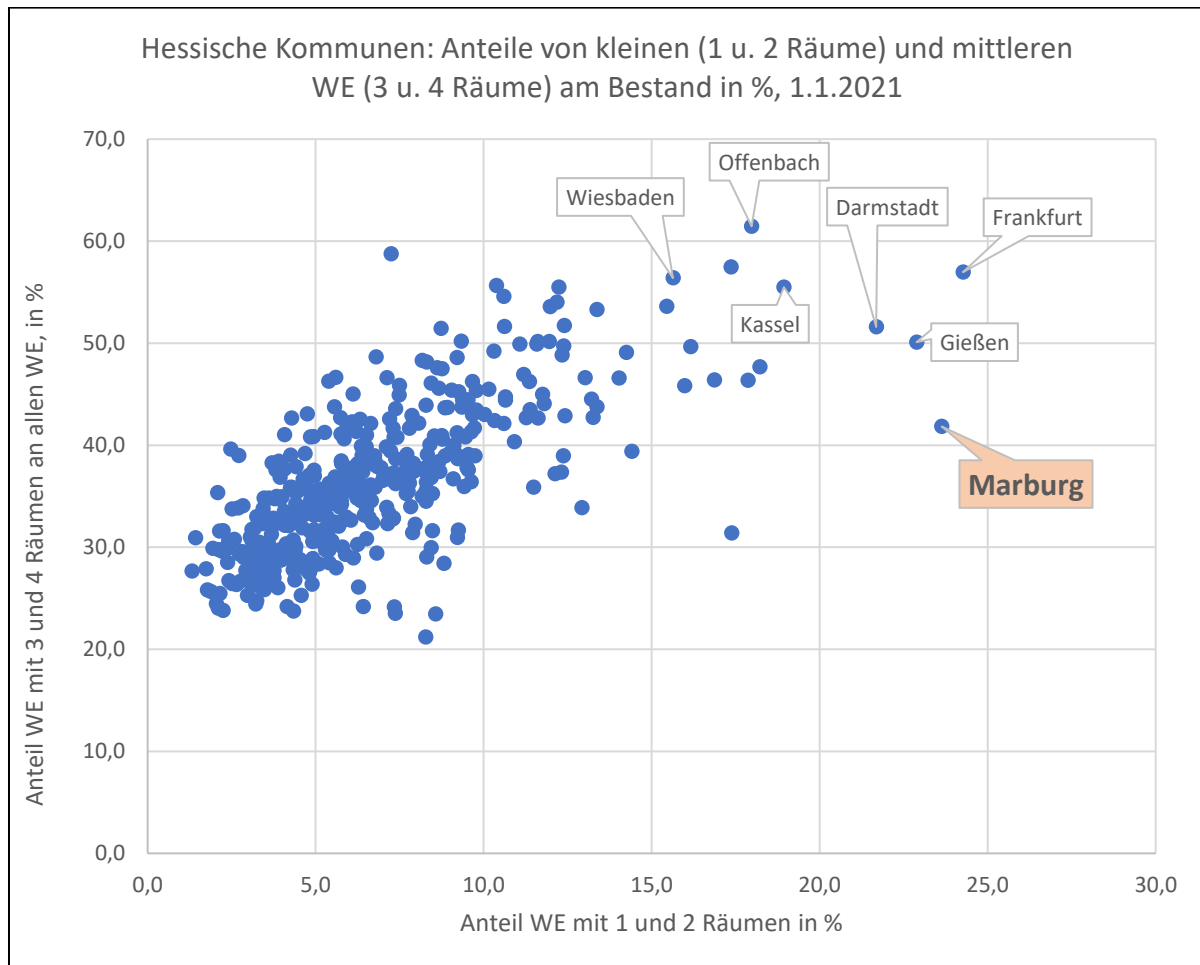
Wohnungsbestand in mittelgroßen Universitätsstädten nach Zahl der Räume, Anteile in %



Wohnungsbestand in mittelgroßen Universitätsstädten nach Gebäudegröße, Anteile in %

Im Vergleich zu den übrigen mittelgroßen Universitätsstädten hat Marburg einen leicht überdurchschnittlichen, seit 2015 jedoch rückläufigen Anteil von Ein- und Zweifamilienhauswohnungen am Bestand. Auch der Anteil von 1- und 2-Raum-Wohnungen bewegt sich im Mittelfeld der Vergleichsstädte. Geringer fällt jedoch das Gewicht der mittelgroßen **Wohnungen mit drei und vier Räumen** aus; nur Passau hat ähnlich wenige Wohnungen dieser Größenklasse.

Dieses Defizit wird auch im Vergleich zu allen **hessischen Kommunen** deutlich: In der Kombination von einem hohen Anteil kleinerer und einem geringen Anteil mittelgroßer Wohnungen unterscheidet sich Marburg deutlich von den Großstädten oder auch Gießen, wo mittelgroße WE jeweils mehr als die Hälfte des Bestandes bilden.



Die Lücke in diesem Teilsegment beeinträchtigt das Angebot für Haushalte mit ein bis drei Personen und dem Wunsch, auch in besserer Qualität, im urban verdichteten Raum zu wohnen¹¹⁷. Dazu können jüngere Einzel- oder Doppelverdiener ebenso zählen wie kleine Familien außerhalb des preisgebundenen Bestandes. Bezogen auf den Geschosswohnungsbestand liegt der Anteil **preisgebundener Wohnungen**¹¹⁸ bei gut 11 %. In diesem Segment dominieren Wohnungen zwischen 40 und 80 m²; nur 8,3 % entfallen auf Wohnungen mit einer Fläche unter 40 m², 18,5 % dagegen auf Wohnungen mit mehr als 80 m². Diese Struktur entspricht im Wesentlichen der Belegung mit einem höheren Anteil von Mehrpersonenhaushalten.

¹¹⁷ Vgl. ähnlich: Inwis: *Wohnungsmarktanalyse Universitätsstadt Marburg*. Bochum 2015, S.86

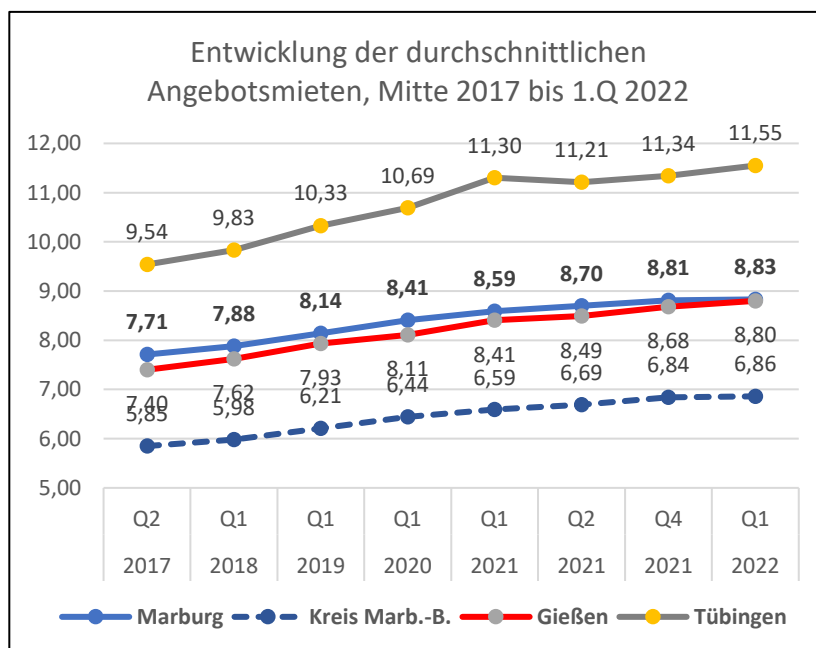
¹¹⁸ Detailliert zum Sozialwohnungsbestand, siehe Kapitel 4.3. in diesem Text

Die **Angebotsseite** ist durch einen hohen Anteil kleiner oder größerer Privatvermieterinnen und -vermieter gekennzeichnet. Die **vier größeren Wohnungsunternehmen** in Marburg verfügen kumuliert über 4.100 Wohnungen, was etwa 17 % des Geschosswohnungsbestandes in der Stadt entspricht. Der größte Teil des Bestandes der Wohnungsunternehmen ist preisgebunden (siehe Kapitel 4.3. oben).

7.3.2. Mieten, Preise und Relationen

Die Mieten- und Preisentwicklung in Marburg spiegelt sowohl die allgemeinen Trends als auch die Spezifika der Marburger Angebots- und Nachfragesituation und deren Trends wieder. Zu den allgemeinen Trends zählt der deutliche Anstieg der Neu- und Weitervermietungsangebote sowie der Preise für Eigentumswohnungen und Häuser als Zeichen wachsender Angebotsverknappung¹¹⁹.

Strukturtypisch für eine mittlere Universitätsstadt ist die Zusammensetzung des Mietangebotes, welches die Nachfrageschwerpunkte der besonders großen und zugleich mobilen Nachfragegruppe, der Studierenden, reflektiert.



Demgegenüber sind in Marburg einige Abweichungen von den typischen Mustern der relativen Preise und verfügbaren Wohnungen zu erkennen. Dazu zählt vor allem der **überdurchschnittlich hohe Miet- und Preisabstand zum Umland**, das heißt dem übrigen Landkreis. Zudem hinterlässt der Rückgang der Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger inzwischen erste sichtbare Spuren am Wohnungsmarkt, nachdem sich viele – nicht zuletzt private – Vermieter in den Vorjahren auf diese

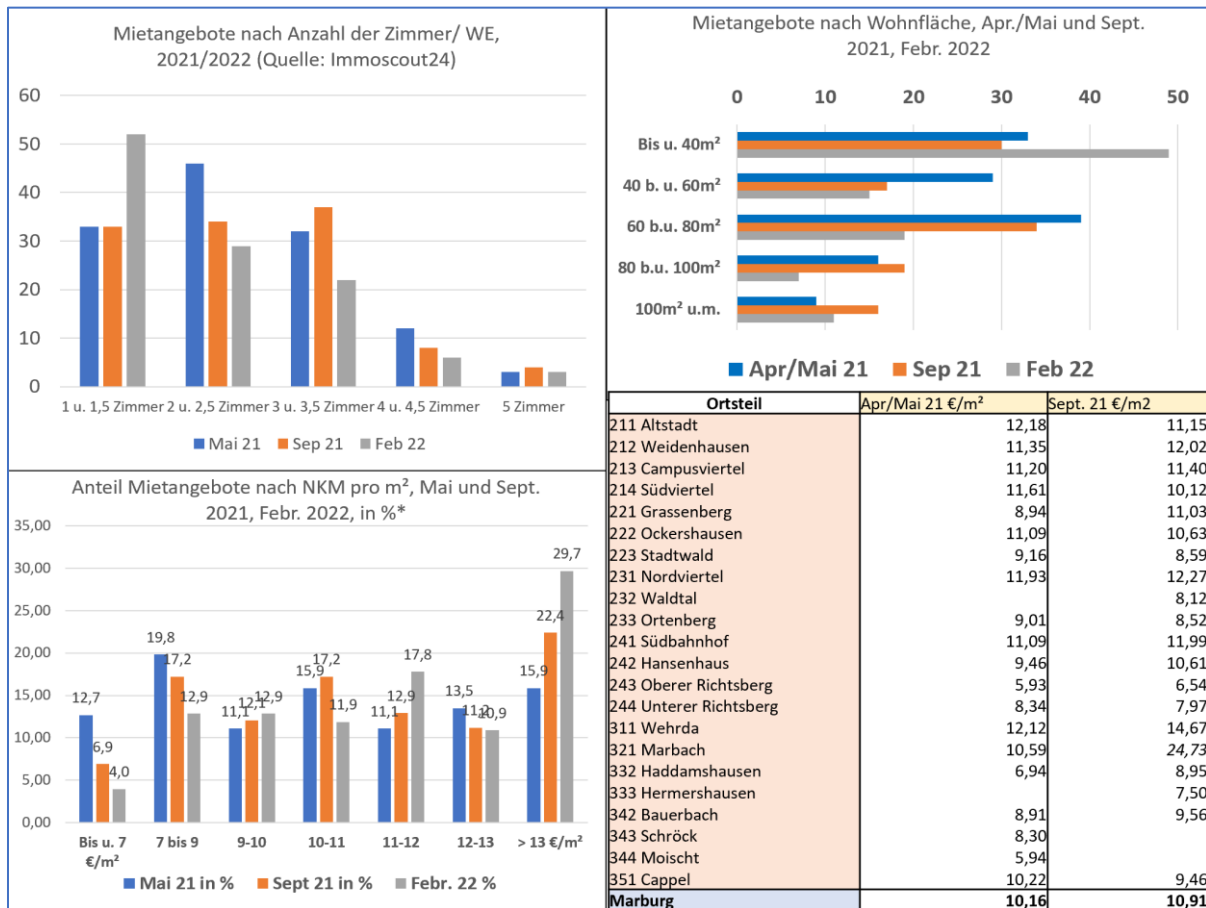
Gruppe konzentriert hatten¹²⁰. Bei den hier verwendeten Mietangeboten wurde überwiegend auf die großen Portale zurückgegriffen, bei Preisen und Kauffällen von Wohneigentum auf den örtlichen Immobilienmarktbericht für Marburg. Danach hat sich die Mietpreisdynamik in Marburg 2021/22 trotz hoher Steigerung in den letzten Jahren etwas abgeflacht. Vom 2. Quartal 2017 bis zum 1. Quartal 2022 sind die mittleren Mietangebote um 14,5 % angestiegen, verglichen mit 17,3 % im Landkreis sowie 18,9 % bzw. 21,1 % in den Vergleichsstädten Gießen und Tübingen.

Mit diesem Anstieg bewegt sich Marburg im **preislichen Mittelfeld der mittelgroßen Universitätsstädte** in Deutschland. Allerdings bleibt die **Spreizung der Mietangebote** hoch. Im Februar 2022 hatten 30 % der angebotenen Wohnungen eine Nettokaltmiete je m² von mehr als € 13,00 – im Mai 2021 waren es erst 16 %. Nur 17 % der Angebote Anfang 2022 lagen unter € 9 je m², im Vorjahr waren es noch 32 %.

¹¹⁹ Siehe zusammenfassend: *IVD-Wohn-Preisspiegel 2021/22*

¹²⁰ Siehe auch Sciurti, D.: *Studenten- und Boom-Städte mit hohen Renditemöglichkeiten*. Handelsblatt.com, 16.4.2021

Diese Verschiebung wird begleitet von einer **Zunahme der Angebote kleiner Wohnungen** mit 1 bis 1,5 Räumen und weniger als 40 m² Wohnfläche. Dagegen ist die Zahl der Angebote größerer Mietwohnungen bis Frühjahr 2022 deutlich zurückgegangen. Insgesamt bildet sich hier der angesprochene Rückgang der Zahl der Studierenden sowie deren, auch durch Corona, eingeschränkte finanzielle Leistungsfähigkeit ab.



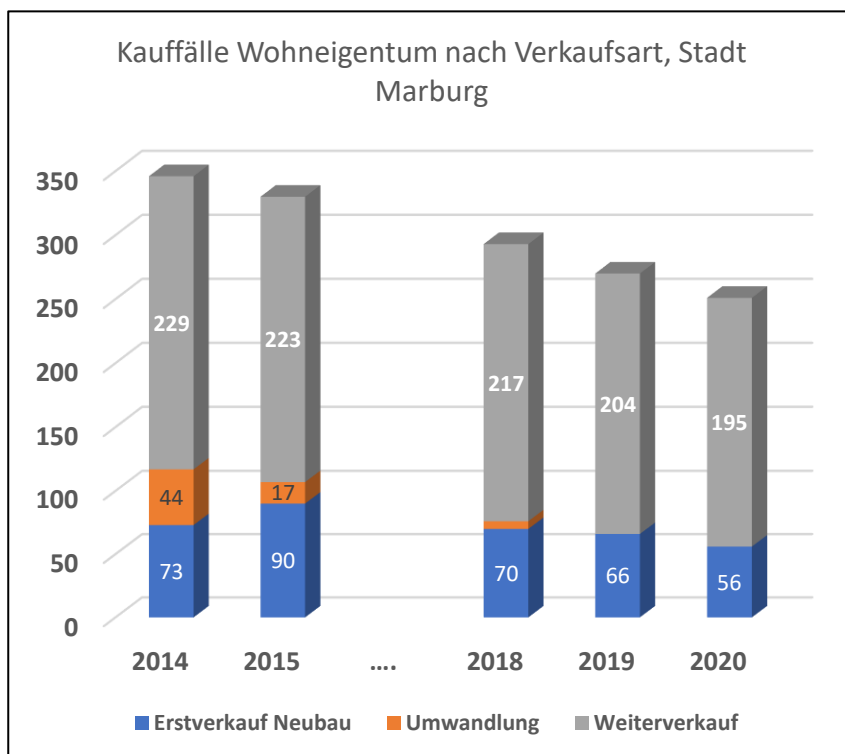
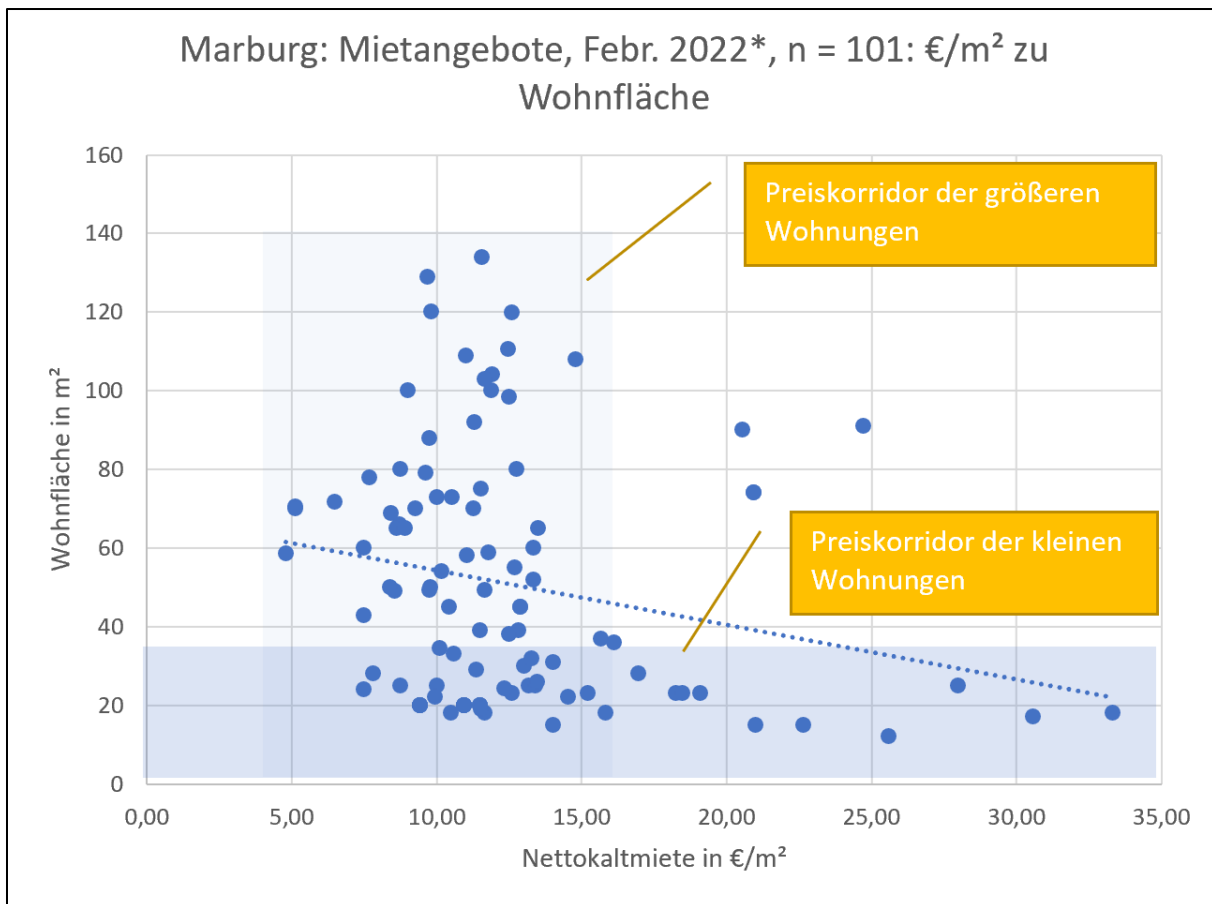
Übersicht der Mietangebote 2021/ 2022 nach Zahl der Räume, Wohnfläche sowie Nettokaltmiete

Während größere Wohnungen, soweit verfügbar, überwiegend zwischen € 8 und € 15 je m² angeboten werden, reicht die Preisspanne bei Ein-Raum-Wohnungen oder Studios über € 30 hinaus und trifft auf eine **stagnierende Nachfrage**, die sich in den kommenden Jahren fortsetzen dürfte (siehe Kap. 5).

Die **steigende Nachfrage nach Wohneigentum** und das teilweise rückläufige Angebot hat zu deutlichen Preissprüngen im Eigentumssegment geführt¹²¹. So ist der Preis für Eigentumswohnungen von 2017 bis 2022 um 47 %, für Häuser um 35 % angestiegen (siehe Diagramm).

Die Zahl der **Kauffälle von ETW** in Marburg ist in den letzten Jahren leicht, aber kontinuierlich zurückgegangen, während die Preise deutlich angezogen haben. Wurden 2014 noch mehr als 340 Kauffälle registriert, so waren es 2020 noch 250, wobei das Auslaufen der Möglichkeit, Miet- in Eigentumswohnungen umzuwandeln, nur begrenzt ins Gewicht fällt.

¹²¹ Bundesweit ist der Preis für Einfamilienhäuser in Mittelstädten von 2020 bis 2021 um 8,3 % gestiegen – stärker als in allen anderen Ortsgrößenklassen. Quelle: IVD Wohn-Preisspiegel 2021/22.



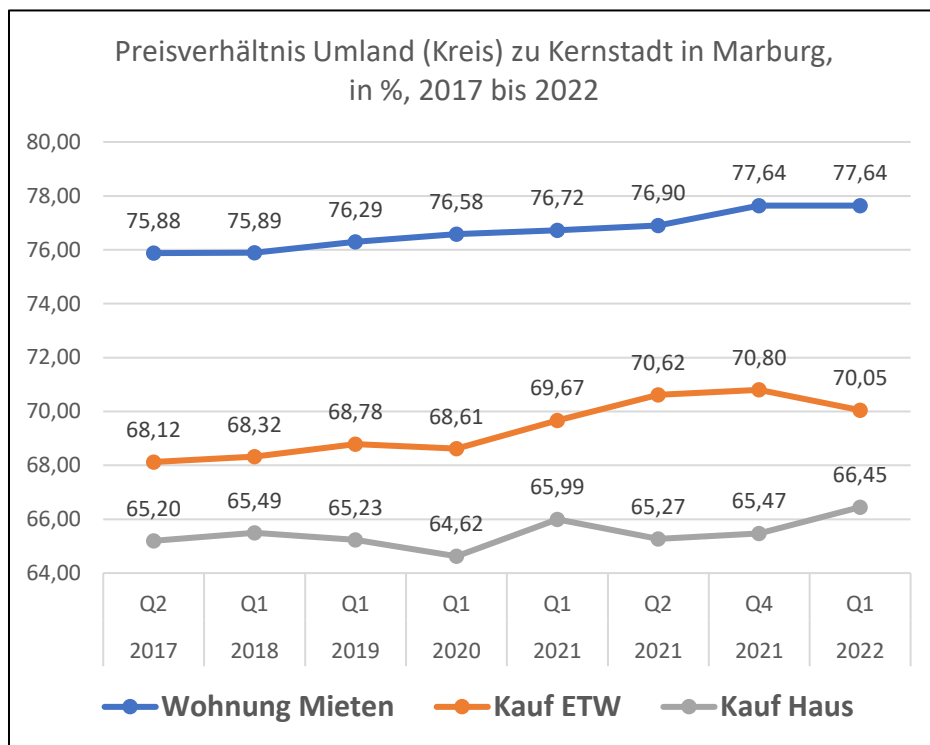
Räumliche Schwerpunkte des **ETW-Marktes** waren 2019/20 Wehrda mit 84 dokumentierten Kauffällen, gefolgt vom Unteren Richtsberg (46), Hansenhaus (38) und Marbach sowie dem Südviertel mit 30 bzw. 28 Fällen. Das Preisspektrum bei Neubau-ETW reichte im Mittel von € 3.600 bis € 4.500 je m², beim Weiterverkauf von € 1.247 am Unteren Richtsberg bis € 3.031 in Grassenberg¹²².

Angesichts der hohen Preise und der abnehmenden Leistbarkeit bei Mieten oder der

Eigentumsbildung kommt den **räumlichen Preisrelationen** eine wachsende Bedeutung zu, gerade auch

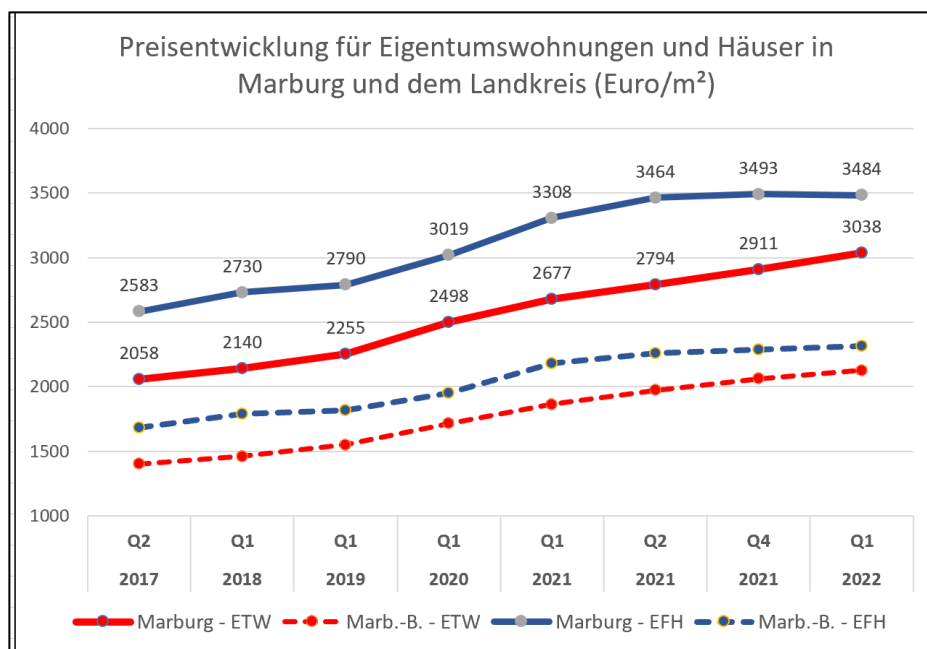
¹²² Basis: Immobilienmarktbericht 2021, S.27

im Hinblick auf eine **milieuorientierte Bewertung** – und keineswegs nur bezüglich besonders preissensitiver Milieus.



Aktuell beträgt die Preisdifferenz zwischen Marburg und dem übrigen Landkreis bei Mieten etwa 23 % - in Tübingen und Gießen jeweils nur 15 % -, Eigentumswohnungen kann man im Umland um 30 % günstiger erwerben (Tübingen um 25 %, Gießen 20 %) und bei Häusern erreicht der Preisabstand sogar 34 %, deutlich höher als in Tübingen mit 27 % und in Gießen mit 21 %-igem Abstand. Mit

anderen Worten: Für eigentumswillige Haushalte ist zum einen das Preisniveau insgesamt in den hessischen Mittelstädten erheblich niedriger als in den Großstädten oder manchen Mittelstädten wie in Württemberg. Zum anderen ist es für eigentumswillige Haushalte rein preislich betrachtet - und in



Anbetracht des gestiegenen Gesamtniveaus der Preise in Marburg - **finanziell attraktiv, Eigentum im Umland zu bilden**. Darauf wurde bereits in den Abschnitten zum Fachkräftemangel und zur Wirkung eines vermehrten Homeoffice-Angebots hingewiesen.

Der preislichen Attraktivität des Marburger Umlandes stehen allerdings eine Reihe einschränkender Aspekte gegenüber, wozu neben der Beschäftigungsstruktur, die mangels Diversifizierung häufig einen Arbeitsweg nach Marburg erfordert, auch weniger optimale Verkehrsverbindungen in den westlichen und nordwestlichen Kreis oder eingeschränkte Einkaufs- und Eventangebote in Teilen des Kreises gezählt werden können.

Festzuhalten bleibt, dass Marburg...

- angesichts des absehbaren Bindungsendes vieler **Sozialwohnungen** auf eine Kompensation und Steigerung des Wohnungsangebots für einkommensschwächere Haushalte hinarbeiten muss;
- dass der Bau neuer Sozialwohnungen zur Vermeidung einer weiteren räumlichen Konzentration sozial schwächerer Haushalte stärker **dezentral** ausgerichtet sein sollte und dabei verstärkt im Rahmen von Verfahren der **Konzeptvergabe** umgesetzt werden kann;
- einen im Vergleich zu anderen mittelgroßen Universitätsstädten **geringen Siedlungsflächenanteil** aufweist – und damit theoretisch ein nicht unerhebliches zusätzliches Wohnbaupotenzial verfügbar sein könnte;
- vor allem seit 2015 den Wohnungsbau relativ **stark auf studentisches Wohnen ausgerichtet** hat und nur ein beschränktes Angebot leistbarer urbaner Mietwohnungen mittlerer Größe, etwa für Fachkräfte im Familienverbund, bereithält;
- (in Marburg) die **Möglichkeiten zur Eigentumsbildung**¹²³ deutlich zurückgegangen sind, was durch die geringen Fertigstellungen und Kauffälle dokumentiert wird.
- ein **integriertes Vorgehen** benötigt, um Wirtschaftsförderung, demografische Verschiebungen, Wohnungsbau und Infrastruktur zielgruppengerecht aufeinander abzustimmen.

Marburg verfolgt (Stand: Frühjahr 2022) eine Reihe von Wohnbauprojekten, die auch alternative und innovative Konzepte enthalten, wie etwa das Wohngebiet "Rinnacker" in Ginseldorf, das Wohngebiet "Oberer Rotenberg", das im Konzeptverfahren und mit gemeinschaftlichen Wohnprojekten¹²⁴ entsteht, einem Konzept, welches selbstbestimmtes, individuelles Wohnen mit gleichzeitiger Erfahrung von Gemeinschaftlichkeit verbindet¹²⁵, oder die zusätzliche Wohnbebauung im Quartier Stadtwald und im Baugebiet Michelbach-Nord.

Ein größeres Projekt am „**Hasenkopf**“ in Ockershausen, bei dem auf neun ha zwischen 300 und 350 Wohnungen in einem ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Quartier und mit einem Mix aus verschiedenen Wohnformen entstehen sollen, deutet aber auch auf die Herausforderungen und Widerstände bei Neubauprojekten hin. Trotz umfangreicher Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung hat sich dort eine örtliche Initiative formiert, die unter Berufung auf die biologische Landwirtschaft, den Klima- und Artenschutz und den Erhalt der Lebensqualität einen Stopp der Pläne fordert¹²⁶.

Dieses Beispiel dokumentiert die vielfältigen Einwände¹²⁷, die sowohl bei der Flächenerweiterung als auch im Innenbereich regelmäßig zu erwarten sind, wenn es um zusätzlichen Wohnungsbau und seine Folgen geht.

¹²³ Auf die anhaltende Attraktivität der Eigentumsbildung trotz steigender Baukosten weist auch das *Frühjahrgutachten 2022* der Immobilienweisen hin (S.54).

¹²⁴ Vgl. <https://www.marburg.de/portal/seiten/gemeinschaftliches-wohnen-in-der-universitaetsstadt-marburg-900002046-23001.html>. Allgemein zu gemeinschaftlichen Wohnformen: <https://www.serviceportal-zuhause-im-alter.de/wohnen/spezielle-wohnformen/gemeinschaftliche-wohnformen.html> <https://www.schader-stiftung.de/themen/stadtentwicklung-und-wohnen/fokus/gemeinschaftliches-wohnen>

¹²⁵ s.a. *Streit um Verkehrsführung am Oberen Rotenberg*, Oberhessische Presse, 18.3.2022

¹²⁶ <https://wirsindhasenkopf.de/>

¹²⁷ Als Beispiel: Hallenberg, B., Jähn, S., Rohland, F., Voth, A.: *Qualifizierte Bürgerbeteiligung zur Neuaufstellung des FNP in Bergisch Gladbach*. Vhw-Werkstadt, Nr. 12, April 2017

Gerade bei der Innenentwicklung gilt es abzuwägen, ob zusätzliche **Verdichtung** nicht zulasten eines höheren urbanen **Grünanteils** geht, wie er auch von vielen Milieus gewünscht wird. Diese Frage wird in der Fachöffentlichkeit kontrovers diskutiert¹²⁸; vielfach sind inzwischen neue Lösungsansätze in Vorbereitung oder Umsetzung.

Grundsätzlich sind die Instrumente der Innenentwicklung¹²⁹ und Konzeptvergaben, die bereits seit einigen Jahren auch in Marburg etwa im Rahmen des „Großprojekts 300“ angewendet werden¹³⁰, probate Mittel, um verschiedene Ziele und Voraussetzungen in der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik in Einklang zu bringen. Sie berücksichtigen unterschiedliche Wohnbedürfnisse, lassen innovative Nutzungsideen zu, orientieren sich an ökologischen, sozialen, wohnungs- und städtebaulichen Kriterien und können so auch eine stabile soziale Mischung im Quartier fördern. Allerdings erfordern sie die Verfügbarkeit von entsprechend nutzbaren Flächen.

Im Hinblick auf die Nachfrage nach entsprechenden Wohnungen kann auch in diesem Punkt auf das Milieuwissen zurückgegriffen werden, das anschließend in den Kontext des Marburger Wohnungsmarktes und der sonstigen Strukturen gesetzt werden soll.

7.4. Milieus und der Wohnungsmarkt in Marburg

Im Hinblick auf die Gestaltung der kommunalen Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik sind mehrere **Zieldimensionen** zu unterscheiden.

- Bedürfnisgerechte Versorgung und Bindung der Bestandsbewohnerinnen und -bewohner;
- Zuwanderung nach Marburg steigern, vor allem bei qualifizierten Fachkräften;
- Rückgang der Studierendenzahlen kompensieren und Studienabsolventinnen und -absolventen stärker an ihren Studienort binden;
- Soziale Wohnungsversorgung ausbauen und räumlich durch Instrumentennutzung gestalten;
- Verdrängungseffekte durch geeignete Maßnahmen vermeiden;
- Stabile Bevölkerungsmischung mit Bridging-Potenzial aufrechterhalten oder verbessern.

Um eine **milieuorientierte Bewertung von Erfordernissen, Chancen und Risiken für eine erfolgreiche Bindung, Versorgung und den Zuzug nach Marburg** vornehmen zu können, müssen die relevanten Voraussetzungen dargelegt und mit den Möglichkeiten und Ansprüchen der Milieus abgeglichen werden. In allgemeiner Form wurden diese am Anfang des Kapitels bereits dargelegt.

In diesem Kontext sind die grundsätzliche Veränderungsabsicht und das Umsetzungspotenzial besonders zu berücksichtigen. Bei mehreren Milieus sind sowohl aktive Nachfrageabsicht als auch das (Umsetzungs-) Potenzial als gering einzuschätzen, insbesondere bei den *Traditionellen*, großen Teilen der *Bürgerlichen Mitte* und der *Konservativ-Etablierten* sowie des *Sozialökologischen Milieus*. Bei den sozial Schwächeren unter ihnen wäre vornehmlich die Frage nach potenziellen Verdrängungseffekten durch Aufwertungen im Quartier relevant.

¹²⁸ Vgl. Weisser, W.: *Wenn das Grün aus den Städten verschwindet*. Süddeutsche Zeitung, 7.8.2019

¹²⁹ BBSR: *Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen in wachsenden Kommunen*. ExWoSt-Informationen 51/1 - 06/2018

¹³⁰ Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: *Nachhaltige Innenentwicklung für Wohnungsbau. Beispiele aus Städten und Gemeinden in Hessen*. Wiesbaden 2018; allgemein s.a. Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: *Grundstücksvergabe nach der Qualität von Konzepten. Verfahren und Praxisbeispiele*, Wiesbaden o.J. S.11-13; BBSR/ BMI: *Baukultur für das Quartier – Prozesskultur für Konzeptvergabe*. Berlin 2020 https://bfstudio-architekten.de/wp-content/uploads/2020/10/20-08-18_temel-roboter_baukultur-fuer-das-quartier_kurz-kl.pdf mit diversen Fallbeispielen.

Ein geringes Umsetzungspotenzial, also eine geringe Wahlfreiheit am Markt, weisen zudem die beiden hedonistischen Milieus, die Haushalte im *Prekären Milieu* sowie ein größerer, vor allem jüngerer Teil der *Expeditiven* auf.

Eine aktive Verbesserung ihrer Wohnsituation bzw. entsprechende Ansprüche im Falle eines Zuzugs nach Marburg streben dagegen Teile der *Performer*, des *Adaptiv-Pragmatischen Milieus* sowie der *Liberal-Intellektuellen* an. Zudem sind an dieser Stelle, wie bereits dargestellt, **mehrere Migrantenmilieus** zu nennen, deren Wohnsituation an den beruflichen und finanziellen Aufstieg angepasst werden soll. Allerdings ist der Umfang der **Arbeitsmigration** nach bzw. in Marburg bislang eher gering, wie die Milieuteile und die Herkunftsstruktur der Zugewanderten dokumentieren.

Faktoren	KET	LIB	PER	EPE	PRA	BÜM	SÖK	TRA	PRE	HKON	EXP
Zusatznachfrage?	gering	mittel	Mittel bis hoch	Mittel bis hoch	hoch	gering	gering	Sehr gering	Sehr gering	Mittel, oft nicht leistbar	Mittel, oft nicht leistbar
Preisniveau	Weniger relevant	Weniger relevant	Weniger relevant	relevant	relevant	relevant	relevant	s.o.	s.o.	Sehr relevant	Sehr relevant
Vielfalt Arbeitsplatangebot	Weniger relevant	Relevant bei Zuzug	Relevant bei Zuzug	Sehr relevant	Relevant bei Zuzug	Weniger relevant	Weniger relevant	Nicht relevant	Weniger relevant	relevant	relevant
Wohntyp	Sehr relevant	Sehr relevant	Sehr relevant	relevant	relevant	s.o.	s.o.	s.o.	s.o.	Kaum relevant	Kaum relevant
Lage	relevant	relevant	Sehr relevant	Sehr relevant	relevant	s.o.	s.o.	s.o.	s.o.	Weniger relevant	relevant
Kultur und Erlebnis	relevant	Sehr relevant	Sehr relevant	Sehr relevant	Weniger relevant	Weniger relevant	Weniger relevant	Kaum relevant	Kaum relevant	Sehr relevant	Sehr relevant

Matrix: Potenzielle Zusatznachfrage der Milieus in Marburg und die relevanten Entscheidungsfaktoren

Die schematische Darstellung zur Zusatznachfrage und den relevanten Bedürfnissen kann mit Blick auf die genannten Zieldimensionen ergänzt und präzisiert werden. Entscheidend ist dabei, dass das konkrete Nachfrageverhalten meist nur durch die **Realisierungsmöglichkeit mehrerer (Teil-) Bedürfnisse** vor Ort umfassend bewertet werden kann. Erforderlich ist also zum Beispiel, die Faktoren Wohnungsart, Miete oder Eigentum, Preis und Preisrelation, Lage und Umfeld, Infrastruktur und berufliche Möglichkeiten zusammenhängend zu betrachten.

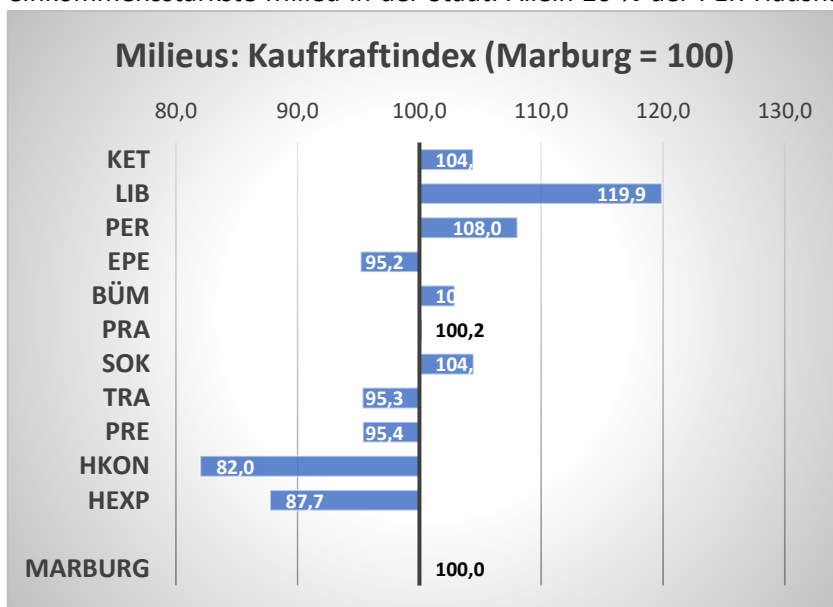
Aufgrund fehlender kleinteiliger Daten zur Wohnungsstruktur kann die aktuelle Versorgungslage und Bedürfnisbefriedigung der Milieus in Marburg nur begrenzt bewertet werden¹³¹.

- **Konservativ-Etabliertes Milieu (KET):** Deutlich mehr als die Hälfte der KET-Haushalte lebt im Außenbereich; relativ stark sind sie zudem in Ockershausen. Das Milieu schätzt die freistehende Einfamilienvilla und das traditionelle Stadt- oder Doppelhaus. Auch in Marburg dürften viele Eigentumswohnungen mit komfortablen Grundrissen von KET bewohnt werden. In der Regel ist das Milieu gut versorgt und aufgrund des Alters wenig mobil; mit einem Wegzug ist

¹³¹ Vhw Trendstudien; Sinus-Institut: *Wohn- und Lebenswelten in den Milieus*. Bericht für den vhw 2017/18

nur in seltenen Fällen zu rechnen. Möglich ist jedoch der Erwerb von Wohneigentum zu Anlagezwecken, wobei rationale Entscheidungskriterien wie Werthaltigkeit oder Wiederverkaufsfähigkeit dominieren. Infrastrukturell schätzen sie höherwertige kulturelle Angebote, wie sie in Marburg verfügbar sind. Von einem nennenswerten weiteren Zuzug dieses Milieus nach Marburg ist nicht auszugehen.

- **Das Liberal-Intellektuelle Milieu (LIB):** Die Hälfte der Liberal-Intellektuellen lebt allein in vier Ortsteilen: Grassenberg, Wehrda, Marbach und Cappel – sie sind deutlich stärker auf die Außenbereiche konzentriert. In Marburg sind die LIB das kaufkraftstärkste Milieu. Bevorzugt werden das freistehende oder einseitig angebaute Einfamilienhaus, Wohnen in Hausgruppen oder im ländlichen Vierkanthof. Der Garten hat eine hohe Bedeutung; gefragt sind Haus- und Wohnungsgrundrisse für gesellige Offenheit. Bevorzugt werden individuelle Bauformen; Reihenhäuser oder genormte Eigenheime kommen kaum in Frage. Entscheidungskriterien wie Wohlfühlen und Freizeit spielen eine große Rolle. Ausgeprägtes Bewusstsein für den energetischen Zustand des Gebäudes. Im Außenbereich in Marburg verbindet sich für sie Naturnähe mit der schnellen Erreichbarkeit der urbanen Vielfalt. Einige Haushalte des Milieus könnten im Zuge eines vermehrten Homeoffice-Angebots eine Veränderung ihrer Wohnsituation in räumlicher und qualitativer Hinsicht anstreben.
- **Performer (PER):** Bei den Performern ist in Marburg mit zusätzlicher Nachfrage, aber auch partiellem Wegzug im Zuge ihrer beruflichen Mobilität zu rechnen. Nach den LIB sind sie das einkommensstärkste Milieu in der Stadt. Allein 20 % der PER-Haushalte in Marburg wohnen



im Südviertel, insgesamt 62 % in der Kernstadt. Ihre urbane Grundorientierung möchten die PER häufig mit Eigentumserwerb verbinden, sei es in modernen Stadthäusern oder im stadtnahen Eigenheim. Sie haben einen hohen Individualisierungsgrad und möchten eigene Vorstellungen einbringen. Bei den

Haus- und Wohnungsgrundrissen schätzen sie repräsentative, offene Grundrisse, Räume fließen ineinander, offene Küchen, ein großes Entree, das Bad als Wellness- und Fitnessoase. Bei den PER gibt es einen hohen Anteil an Bestandsimmobilien oder von Kapitalanlagenbesitzern. Marburg ist grundsätzlich attraktiv für sie, Umfang und Qualität des Immobilienangebots können allerdings weiteren Zuzug oder ihre Bindung begrenzen.

- **Expeditive (EPE):** 55 % der Expeditiven, sehr häufig Studierende, leben in der Altstadt sowie im Campusviertel und im Südviertel. Ihre finanziellen Mittel sind meist begrenzt; die Kaufkraft erreicht etwa 95 % des Mittelwertes in Marburg. Ihre hohe, Lebenslagen-bedingte Fluktuation verbindet sich mit Individualität und Kreativität. Sie bevorzugen historische Bausubstanz wie Gründerzeit oder Fabrikambiente mit Zeitspuren und Patina. Haus- und Wohnungsgrundrisse sollten idealerweise einen großen offenen Raum enthalten, in dem man die Funktionen frei

gestalten, verteilen und variabel modifizieren kann. Wichtig ist ihnen die Bezahlbarkeit in Verbindung mit ihrer Wohnstil- und Architekturausrichtung. In Marburg nimmt ihre Zahl derzeit (leicht) ab; zudem verteuern sich einige der bevorzugten Wohnungen überdurchschnittlich. Vielen fehlt in Marburg trotz des Ambientes die großstädtische Urbanität, zudem fehlt es ihnen in der Breite an solchen innovativen Arbeitsplätzen, die sie zum Bleiben nach dem Studium bewegen könnten.

- **Die Adaptiv-Pragmatischen (PRA):** Gut 23 % aller PRA-Haushalte leben im Südviertel, fast drei Viertel in der Kernstadt – und damit umgekehrt proportional zu den älteren Bürgerlichen (BÜM). Ihre Kaufkraft in Marburg entspricht nahezu exakt dem Mittelwert in der Stadt. Angesichts ihrer Lebenslage mit Familiengründung bzw. Konsolidierung sind sie flexibel bei der Wohnungswahl mit eher geringeren Ansprüchen an Architektur und Design. Es dominiert das Bestreben, überhaupt Eigentum am Wunschstandort realisieren zu können. Insofern sind sie als „Schwellenhaushalte“ besonders preissensitiv. Günstigere Angebote können sie zum räumlichen Ausweichen bewegen, obwohl sie urban orientiert sind. Aufgrund ihrer Haushaltsstruktur, oft mit Kindern, ist für sie die Zahl der – auch kleineren - Zimmer und der Grundriss wichtig. Kindgerechte Umfelder, wenn möglich auch ein eigener Garten oder eine Spielstraße können zusätzliche Entscheidungskriterien sein. Entscheidungsauslöser sind daher Geburt, Kindergarten, Schuleinstieg und ähnliche Einschnitte. Zahl und Anteil der PRA kann sich in Marburg erhöhen, was aber entsprechende berufliche Möglichkeiten und leistbare Wohnungsangebote in der beschriebenen Form erfordert.

- **Die Bürgerliche Mitte (BÜM):** Zwei Drittel der BÜM-Haushalte in Marburg leben in den äußeren Stadtteilen, vor allem in Cappel und Wehrda sowie in Ockershausen. Ihre Einkommenssituation liegt leicht über dem Marburger Durchschnitt. Bei diesem „älteren“ Milieu der Mitte



sind die Wohnbedürfnisse im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits weitgehend umgesetzt worden; die Zusatznachfrage ist entsprechend gering. Sie schätzen ein überschaubares Umfeld und ähnlich „gesinnte“ Nachbarschaften. Bezahlbarkeit – bei Kaufpreis oder Miete – steht bzw. stand bei ihnen im Vordergrund, wobei die eigenen finanziellen Möglichkeiten eher defensiv, und konservativ eingeschätzt werden. Eine hohe Verschuldung und finanzielle Abhängigkeiten will der familienorientierte Mainstream vermeiden. Priorität haben die eigene Familie, die Zukunft der Kinder, inzwischen oft aus dem Haus, der jährliche Urlaub, das Wohnmobil oder gesellige Abende mit Freunden. Bei den BÜM in Marburg sind nur geringe Veränderungen zu erwarten. Gemeinsam mit LIB- oder KET-Haushalten können sie sich allerdings neuen Bauvorhaben widersetzen, die ihr gewohntes Umfeld stören würden.

- **Das Sozialökologische Milieu (SÖK):** In Marburg lebt ein Drittel dieser Milieuhaushalte in Wehrda, Cappel oder Ockershausen. Sie werden den Milieus der Mitte zugerechnet, definieren sich aber überwiegend über ihre gesellschaftskritische und ökologische Grundhaltung. Ihre Kaufkraft rangiert leicht über dem Mittel in Marburg. In zentralen Lagen bevorzugen sie Gründerzeit- und Alternativquartiere; außerhalb der verdichteten Räume steht die Naturnähe im Vordergrund. Entsprechend hohe Bedeutung wird dem eigenen Grün beigemessen. Typischerweise schöpfen sie die Förderprogramme für energetische Nachhaltigkeit aus. Auch in diesem Milieu sind in Marburg in den kommenden Jahren nur geringe Veränderungen zu erwarten.

- **Das Traditionelle Milieu (TRA):** Die Verteilung der Traditionellen im Marburger Stadtgebiet – zwei Drittel leben in der Kernstadt, überwiegend am Richtsberg, in Hansenhaus und Ockershausen sowie in Cappel – verdeutlichen zusammen mit ihrer unterdurchschnittlichen Kaufkraft ihre spezifische Situation in der Stadt. Sie sind stärker im Zeilen- und Hochhausbau der 1960er und 1970er Jahre anzutreffen als vielfach üblich und seltener in älteren Eigenheimen. Altersarmut kann hier eine überdurchschnittliche Rolle in diesem immobilen Milieu spielen. Ihre Umfeldler haben sich in ihrer Zusammensetzung oft grundlegend verändert; viele Traditionelle leben – dabei ähnlich dem Traditionellen Arbeitermilieu unter den Migrantenmilieus – eher zurückgezogen. „Einen alten Baum verpflanzt man nicht“, ist ihr Leitsatz. Nur gesundheitliche oder finanzielle Probleme lösen eine Veränderung aus, doch die allermeisten wollen so lange wie möglich in ihrer angestammten Wohnung verbleiben. Aufgrund des fortgeschrittenen Alters werden Aufzug und Barrierefreiheit ebenso geschätzt wie fußläufige Nahversorgung und ÖPNV-Anbindung. Spezielle Ausstattungen und Serviceleistungen können allerdings kaum bezahlt werden. Auch in Marburg stellt sich auf mittlere Sicht die Frage, wer den TRA in ihren derzeit bewohnten Wohnungen nachfolgen könnte, ohne dass damit eine weitere Konzentration verbunden wäre.
- **Das Prekäre Milieu (PRE):** Das Prekäre Milieu wohnt in Marburg zu zwei Dritteln im Außenbereich, vor allem in Cappel; 10 % leben am Oberen Richtsberg. Ihre Kaufkraft ist ähnlich gering wie bei den Traditionellen. Neben der Altersarmut bei Rentnern und Rentnerinnen sind auch prekäre Lebensverhältnisse mit gering bezahlten Jobs oder durch Sozialtransfers anzutreffen. Prekäre leben oft resigniert-zurückgezogen. Für Wohnungswechsel fehlen ihnen meist die Mittel; oft sind sie unzufrieden mit den veränderten Nachbarschaften im Quartier. Sie haben kaum Ansprüche an Architektur und Ausstattung der Wohngebäude; die Bezahlbarkeit der Miete und die nötige Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV-Anbindung) sind wichtiger als Wohnwerte. Häufig kommt es auch zur Überbelegung der Wohnungen. Für sie ist eine ausreichende Teilhabe bei der Wohnungsverorgung entscheidend; Veränderungen sind in Marburg kaum zu erwarten.
- **Die Hedonisten (H-KON und H-EXP):** Nahezu 93 % der Konsum-Hedonisten und 82 % der Experimentalisten leben in der Kernstadt, überwiegend am Richtsberg sowie im Nordviertel. Hier gilt es zwischen dem Migrantenmilieu der HED-M und den länger Ansässigen zu unterscheiden. Insgesamt verfügen die Hedonisten in Marburg nur über 85 % der mittleren Kaufkraft in der Stadt. Auswahlkriterien für eine Wohnung sind die Konzentration Gleichgesinnter im Stadtteil und der Preis; es geht allein um die Versorgung. Gerade „einheimische“ Hedonisten verweigern typische Wohnlösungen und Wohneinrichtungen. Wohnen ist für sie Leben auf Zeit im ständigen Wandel. Genutzt werden sich bietende Gelegenheiten wie WGs, Leerstand oder auch marode Substanz. Eine wirkliche Bindung an das Zuhause entsteht nicht. Problematisch, auch für das soziale Miteinander, ist eine (zu) starke räumliche Konzentration und entsprechend polarisierte Milieustrukturen; diese gilt es zu reduzieren. In Marburg ist mit einem stabil bleibenden Anteil der hedonistischen Milieus zu rechnen.



Aus **Milieu-Perspektive** stehen für die künftige Veränderungs- bzw. Zusatznachfrage nach Wohnungen die drei Milieus der *Adaptiv-Pragmatischen*, der *Performer* sowie der *Expeditiven* im Vordergrund. Die Pragmatischen fragen leistbare Wohnungen mit mittlerer bis höherer Wohnfläche sowohl im verdichteten Stadtraum als auch an den Stadträndern nach. Vielfach handelt es sich um Paare mit jüngeren Kindern, häufig auch mit Migrationshintergrund, für die eine Kind- und Jugend-gerechte Infrastruktur im Umfeld besonders wichtig ist; gemischte aber sichere Umfelder sind ihnen wichtig. Einige von ihnen können im Zuge der Fachkräfteanwerbung nach Marburg gelangen.

Eine Veränderungs- und begrenzte Zusatznachfrage geht auch von den *Performern* aus, die auf attraktive Stadthäuser, auch als selbstgenutztes Eigentum, zielt, verstärkt, angesichts des steigenden Alters, auch individuelles Wohneigentum anstrebt. Auch für sie sind gemischte, aber stabile Umfelder wichtig. Eine Zusatznachfrage dieses Milieus kann mit dem Ausbau des Forschungsstandortes Marburg einhergehen, welcher auch *Liberal-Intellektuelle* Haushalte aus anderen Regionen anziehen kann.

Das *Expeditive* Milieu wird weiterhin als Milieu der Studierenden in Marburg eine wichtige Rolle spielen, allerdings nur in begrenztem Maße nach Studienende an den Hochschulort zu binden sein. Dafür wären, wie mehrfach betont, eine weitere Diversifizierung des Job-Angebotes sowie Erhaltung und Ausbau der für dieses Milieu relevanten Attraktoren wie Event- oder Einkaufsvielfalt erforderlich. Doch auch auf diesem Wege wird es für Marburg schwer sein, sich gegenüber der ungebrochenen Anziehungskraft der großen Metropolen in diesem Milieu entscheidend zu behaupten.

Bei den übrigen Milieus sind nur in begrenztem Umfang Veränderungen bei der Wohnungsnachfrage zu erwarten, da sie zum einen bedürfnisgerecht versorgt sind, zum anderen aufgrund ihrer sozialen Lage und eingeschränkten Auswahlfreiheit kaum Umsetzungschancen am Markt haben. Der künftige soziale Wohnungsbau sollte, in Verbindung mit dem Instrument der sozial orientierten Konzeptvergabe, dazu genutzt werden, die räumliche Konzentration der sozial schwächeren Milieus zu reduzieren.

7.5. Wohnen und Milieus: Fazit und Folgerungen

Es erscheinen angesichts der dargestellten Situation und Perspektiven mehrere Anpassungsmaßnahmen im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung erforderlich. Auslöser dafür sind:

- Ein gewisser, mittelfristig wirkender **Rückgang** der Zahl der **Studienanfängerinnen** und -anfänger;
- Die gestiegene **Wohnkostenbelastung** für viele Bewohnerinnen und Bewohner;
- Der **Ausgleichsbedarf** für das Bindungsende vieler **Sozialwohnungen** in Marburg;
- Das Ziel, in verstärktem Maße **Fachkräfte** nach Marburg zu holen und ihnen eine bedürfnisgerechtes Wohnungsangebot zu bieten;
- Versorgungsgaps im **mittleren Preis- und Wohnflächensegment** in der Kernstadt;
- Die Erhaltung und **Stärkung der sozialen Mischung** und der Abbau sozial- bzw. wohnräumlicher Konzentrationstendenzen;
- Ein stärkerer Wunsch nach **Wohneigentumsbildung**, auch bei Schwellenhaushalten;
- Potenzielle Konsequenzen bei der räumlichen Wohnungsnachfrage durch vermehrtes, wenngleich hybrides **Homeoffice** (siehe Kap. 3) und/ oder eine zunehmende Digitalisierung.

Aus diesen – potenziellen – Anforderungen lassen sich einige Empfehlungen ableiten. Zweifellos sind zwischen einigen Teilzielen **Abwägungen** und Kompromisse erforderlich, etwa wenn es um zusätzliche Flächenausweisung bzw. Verhinderung von zu großem Flächenverbrauch geht. Hier kann eine gezielte

Innenentwicklung einen wichtigen Beitrag leisten. Sie stößt allerdings dort an Grenzen, wo zum Beispiel die Wünsche von Bewohnerinnen und Bewohnern nach Erhaltung größerer innerstädtischer Grünflächen auf eine ausgedehnte und konkurrierende Nachverdichtungspraxis stoßen.

Zu den Handlungsempfehlungen zählen:

- Der **Sozialwohnungsbestand** in Marburg erfüllt im Hinblick auf Milieu- bzw. Sozialstruktur seinen Versorgungsauftrag, auch wenn nicht alle Versorgungsberechtigten eine Wohnung finden. Ein erheblicher Teil des Bestandes wird in den 2020er Jahren aus der Bindung fallen. Hier gilt es nicht nur auszugleichen und nachzubessern, wobei die ausgeweiteten Förderprogramme des Landes sehr hilfreich sind¹³². Zugleich ist zu überlegen, wie die räumliche Verteilung dieser Wohnungen künftig (noch) **dezentraler** gestaltet werden kann.
- Die **Ausweisung von Milieuschutzgebieten** ist angesichts der derzeitigen Bevölkerungs- und Milieustrukturen in den Ortsteilen sowie der für die Festsetzung solcher Satzungen erforderlichen, aber kaum gegebenen Verdrängungsgefahr der ansässigen Bevölkerung nicht zu empfehlen. Instrumente wie die sozial orientierte **Konzeptvergabe** können dabei helfen, Mischungsverhältnisse zu erhalten oder zu stärken (siehe folgendes Kapitel).
- Der mehrjährige, demografisch bedingte **Rückgang der Studierendenzahlen** in den kommenden Jahren hat Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, die sich bei den Angeboten bereits abzeichnen. Hier sollte parallel eine breitere Altersstrukturbildung in den entsprechenden Quartieren und Ortsteilen durch geeignete Maßnahmen unterstützt werden.
- Das innerstädtische und **leistbare Wohnungsangebot** für urban orientierte Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen, häufig als Paare mit Kindern und Jugendlichen (z.B. Pragmatisches Milieu), sowie die begleitende kinderfreundliche Infrastruktur, sollten ausgebaut werden. Dies gilt für Wohnungen mit **80 bis 100m² Wohnfläche und drei bis vier Zimmern**. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag zur Versorgung der erforderlichen und gesuchten **Fachkräfte** oder im Rahmen einer Diversifizierung des Jobangebotes in der Stadt.
- Diesem Erfordernis dient auch der Aufbau eines kommunalen Baulandpools und eines **Baulandkatasters** gem. § 200 Absatz 3 BauGB als Instrument zur Aktivierung und Mobilisierung der im Stadtgebiet vorhandenen Baulandpotentiale.
- Bei der Innenentwicklung und Baulückennutzung sind allerdings die **Bedürfnisse** der Bewohner und Zielgruppen im Hinblick auf den **Grün- und Freiflächenbedarf** im verdichteten Stadtraum abwägend zu berücksichtigen, um – etwa bei einigen Milieus wie den Liberal-Intellektuellen oder Sozialökologischen – einen möglichen Fortzug zu verhindern.
- Insgesamt besteht das Erfordernis eines quantitativ und räumlich ausgewogenen **Wohnungsangebotes** über **alle Segmente** hinweg, und zwar sowohl im Hinblick auf die sich anbahnenden Verschiebungen in der Nachfrage und die anzusprechenden Zielgruppen als auch zur Nutzung möglicher „technischer“ und „sozialer Sickereffekte“¹³³.
- Dazu gehört auch, in begrenztem Umfang die Bildung **selbstgenutzten Wohneigentums** zu ermöglichen, und zwar sowohl als Eigentumswohnung als auch in Form von Einfamilienhäusern.

¹³² dpa, 27.1.2022: Soziales: Minister Al-Wazir: *Trendwende bei Sozialwohnungen in Hessen*

¹³³ Diese Sickereffekte sind nicht unumstritten, aber durchaus häufig zu beobachten. Vgl. Braun, R.: *Metastudie „Sickereffekte“ - Endbericht - Übersicht, Kritik und Gegenkritik sowie Schlussfolgerungen auf Basis einer Meta-Analyse von fünf empirischen Sickerstudien*. Empirica-Berlin, Oktober 2020 https://www.empirica-institut.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Referenzen/PDFs/Bericht_Metastudie-Sickereffekte_2020063_final.pdf

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Marburg in den letzten Jahren eine der geringsten Bauquoten von EFH unter den mittelgroßen Universitätsstädten aufweist, zugleich aber auch den geringsten Anteil von Wohnflächen an der Gesamtfläche hat. Insbesondere Performer, Liberal-Intellektuelle oder Pragmatische streben weiterhin solches Eigentum an. Zugleich suchen viele von ihnen die räumliche Nähe zu den Stadtzentren. Die **negative Wanderungsbilanz bei deutschen Staatsangehörigen mit Kindern** in den letzten Jahren verdeutlicht den Nachholbedarf.

- Eine Verbesserung ihrer **Wohnsituation**, ggf. bis zur Eigentumsbildung, wird auch von mehreren **Migrantenmilieus** angestrebt. Dieses Anliegen kann allerdings ihre „**Brückenfunktion**“ in den bisher bewohnten Ortsteilen beeinträchtigen. Insofern sind Lösungen in oder im Umfeld der entsprechenden Quartiere zu priorisieren.
- Grundsätzlich sind viele dieser Ansätze auch Handlungsfeld-übergreifend. Durch das Zusammenwirken von Wohnungsmarktakeuren, den FB für Stadtplanung und Sozialplanung sowie der Wirtschaftsförderung und des IHK sind **integrierte Ansätze** leichter umzusetzen und ziel führend.
- Sinnvoll könnte in diesem Rahmen auch die Wiederbelebung des „**Runden Tisches**“ zur Wohnungspolitik sein, wie auch im Rahmen der studienbegleitenden Gespräche deutlich wurde.
- Darüber hinaus sollte die Stadt Marburg versuchen, die Bürgerinnen- und **Bürgerbeteiligung** auf möglichst viele Bevölkerungsgruppen auszudehnen, um so einseitigen und polarisierenden Verfahrensverläufen entgegenzuwirken. Dies kann auch durch eine gezielte Ansprache unterschiedlicher Milieus geschehen, wie der vhw in seiner Städtarbeit ermitteln konnte (ausführlich siehe Kapitel 9).

Kapitel 8: Milieuschutzgebiete – ein Erfordernis für die Stadt Marburg?

Im Rahmen des besonderen Städtebaurechts wurde dem Baugesetzbuch in den 1980er Jahren das Instrument der Erhaltungssatzung hinzugefügt, um so die städtebauliche Eigenart eines Gebietes zu er-

§ 172 Erhaltung baulicher Anlagen und der Eigenart von Gebieten (Erhaltungssatzung)

(1) Die Gemeinde kann in einem Bebauungsplan oder durch eine sonstige Satzung Gebiete bezeichnen, in denen der Rückbau, die Änderung oder die Nutzungsänderung baulicher Anlagen der Genehmigung bedürfen. In den Fällen des Satzes 1 Nummer 1 bedarf auch die Errichtung baulicher Anlagen der Genehmigung

1. zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebiets auf Grund seiner städtebaulichen Gestalt (Absatz 3),
2. zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (Absatz 4) oder
3. bei städtebaulichen Umstrukturierungen (Absatz 5)

(...)

(4) In den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 2 und Satz 4 darf die Genehmigung nur versagt werden, wenn die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung aus besonderen städtebaulichen Gründen erhalten werden soll. Sie ist zu erteilen, wenn auch unter Berücksichtigung des Allgemeinwohls die Erhaltung der baulichen Anlage oder ein Absehen von der Begründung von Wohnungseigentum oder Teileigentum wirtschaftlich nicht mehr zumutbar ist.

halten und zum anderen die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in einem ausgeschriebenen Gebiet zu schützen, den „Milieuschutz“¹³⁴. Dabei geht es jedoch nicht um den Schutz einzelner Mieterinnen und Mieter, sondern darum, den in einem intakten Gebiet wohnenden Menschen den Bestand der Wohnungen und der Umgebung zu sichern und so die Bevölkerungsstruktur in einem bestimmten Quartier oder Ortsteil vor unerwünschten Veränderungen zu schützen. Die Satzung kann nicht für das gesamte Stadtgebiet, sondern nur für klar definierte Wohngebiete erlassen werden.

Zugrunde liegen dieser Regelung die negativen Folgen bestimmter Aufwertungs-

prozesse bis hin zur Gentrifizierung von Quartieren und Stadtteilen. Diese Prozesse können durch den Zuzug verschiedener Bevölkerungsgruppen, wie etwa Kreativen, besser verdienenden Stadtbewohnern oder auch durch Infrastrukturmaßnahmen ausgelöst werden, in deren Folge es zu baulichen Aufwertungen bis hin zur „Luxussanierung“, Veränderungen der Eigentümerstruktur, der Nachbarschaftsverhältnisse und steigenden Mietpreisen kommt. Das BBSR unterscheidet in diesem Kontext verschiedene Formen der Verdrängung, die von „direkter Verdrängung“ durch Vermieter, „kulturelle Verdrängung“, bei der die vorhandenen sozialen Netze aufgrund von Fortzügen aufgelöst werden und in der Folge ein anderes Milieu mit seinem Lebensstil das Quartier dominiert, bis hin zur „indirekten“ Verdrängung reicht, bei der sich der örtliche Wohnungsmarkt für einkommensschwächere Wohnungssuchende aufgrund einer Steigerung der Neumieten schließt¹³⁵.

Um diese Entwicklungen zu verhindern oder abzufedern können im Rahmen der sozialen Erhaltungssatzung verschiedene Maßnahmen ergriffen werden. Dazu zählen etwa:

- Eine Genehmigungspflicht für Umbauten, Modernisierungen, Rückbau etc.,
- Einschränkungen für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen,
- Zeitlich begrenzte Mietobergrenzen für modernisierte Wohnungen,
- Nutzungsänderungen,

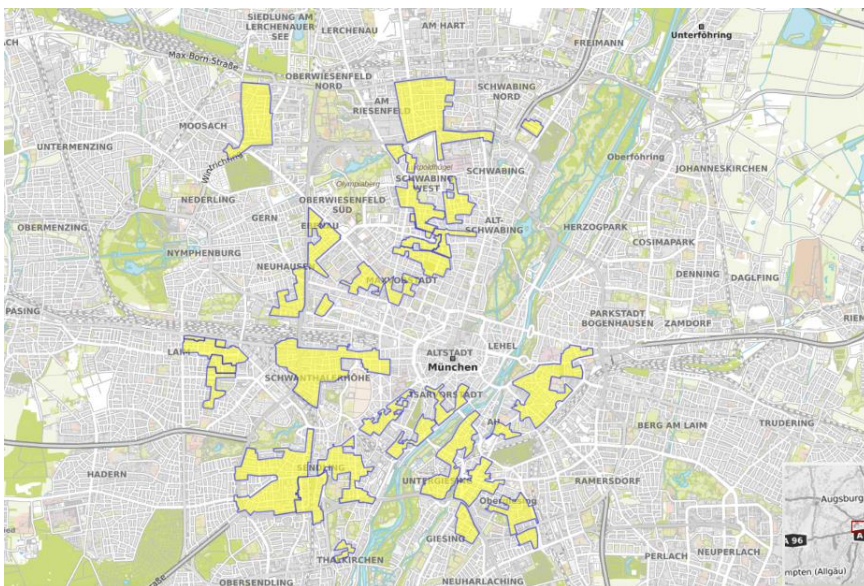
¹³⁴ Die dabei angewandte Definition des Begriffs „Milieu“ bezieht sich auf die ansässige Bevölkerung in einem solchen Gebiet und ist *nicht* identisch mit den sozialen Milieus, wie sie in dieser Studie in Gestalt der „Sinus-Milieus“ genutzt werden.

¹³⁵ BBSR (Hrsg.): *Soziale Vielfalt im Blick: Stadtquartiere unter Nachfragedruck*. BBSR-Online-Publ. 07/2019, Bonn, März 2019. Siehe auch Helbrecht, I. (Hrsg.): *Gentrifizierung in Berlin. Verdrängungsprozesse und Bleibestrategien*. Bielefeld, 2016, Transkript; BBSR (Hrsg.): *Zwischen Erhalt, Aufwertung und Gentrifizierung – Quartiere und Wohnungsbestände im Wandel*. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 4/2014

- Eine Genehmigung kann zum Beispiel auch davon abhängig gemacht werden, dass der Eigentümer sich verpflichtet, die durch Begründung von Wohnungseigentum entstandenen Eigentumswohnungen innerhalb von 7 Jahren nur an Mieter zu veräußern.

Mietpreissteigerungen sind im Rahmen des gesetzlichen Spielraums grundsätzlich weiterhin möglich. Des Weiteren kann eine Soziale Erhaltungssatzung nur auf solche Gebäude angewandt werden, die ganz oder teilweise für Wohnzwecke bestimmt sind.

Um ein Wohngebiet als satzungsgerecht einzustufen, müssen im Rahmen einer Voruntersuchung des Gebiets detaillierte Daten erhoben werden. Dabei soll das Aufwertungspotenzial, also das lokale Wohnungsangebot, der „Aufwertungsdruck“ beispielsweise die Entwicklung und Höhe der Bestandsmieten, Baugenehmigungen und Auswirkungen von Modernisierungen oder die Verdrängungsgefahr geprüft werden, etwa hinsichtlich von Wohndauer, Mietbelastungen oder der Nutzung der örtlichen Infrastruktur.



Beispiel: Karte der Milieuschutzgebiete in München

Diese aus der Sekundärforschung ermittelten Daten und Informationen, sind mit Primärerhebungen zu vergleichen die durch Befragungen und Beobachtungen der lokalen Bevölkerung ermittelt werden. Dabei geht es etwa um die Ausstattungen von Wohnungen, Mietbelastungen oder Modernisierungspotenziale. Der Abgleich der beiden Komponenten soll zur Identifizierung von – negativen – Folgen führen und Basis für die Formulierung von Zielen durch eine Satzung sein.

Eine bundesweite Übersicht zu „Milieuschutzgebieten“ gibt es bislang nicht. In München gibt es solche Gebiete bereits seit 1988¹³⁶, in Berlin seit 1991, mit stetiger Zunahme. Dort ist die Zahl inzwischen auf etwa 75 gestiegen, mit insgesamt 1,1 Mio. Einwohnern. In Frankfurt bestehen derzeit 15 Milieuschutzgebiete, neue Ausweisungen sind allerdings nicht geplant¹³⁷. Auch in mittleren Universitätsstädten bestehen Erhaltungssatzungen, allerdings primär zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart eines Gebietes wie etwa in Tübingen¹³⁸. Eine breitere Übersicht mit Links zu Erhaltungssatzungen in Ländern und Städten hat das Deutsche Notarinstitut zusammengestellt¹³⁹.

¹³⁶ Aktuell sind es in München 36 Gebiete mit zusammen 335.000 Einwohnern.

¹³⁷ Psotta, M.: *Der umstrittene Milieuschutz*, FAZ, 13.09.2020

¹³⁸ Satzung des „Vorderer Österberg“ aufgrund seiner städtebaulichen Gestalt vom 20. Juli 2019. https://www.tuebingen.de/verwaltung/uploads/vorderer_oesterberg_erhalt_satzung.pdf; siehe auch *Wohnen soll kein Luxus sein. Das Wohnraumbündnis Tübingen fordert ein Vorkaufsrecht der Stadt*. Schwäbisches Tagblatt, 10.12.2021 <https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Wohnen-sollkein-Luxus-sein-527894.html>

¹³⁹ Dnoti.: Übersicht zu Erhaltungssatzungen und Verordnungen i. S. d. § 172 Abs. 1 S. 4 BauGB (Stand: 24.9.2021) https://www.dnoti.de/fileadmin/user_upload/Uebersicht_Erhaltungssatzung.pdf

Eine breitere Evaluation über die **Auswirkungen** der Ausweisung von Milieuschutzgebieten gibt es offenbar weiterhin nicht (Stand: März 2022), nachdem dies bereits 2017 und erneut 2021 vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestages festgestellt worden war¹⁴⁰.

Vielmehr hat eine **Analyse des empirica-Instituts** für Aufsehen in der Fachöffentlichkeit gesorgt, in der die methodische Qualität vieler Gutachten, die für die Ausweisung von Milieuschutzgebieten erforderlich sind, kritisch bewertet wurde¹⁴¹. Nach Einschätzung des Verfassers enthielten die 51 untersuchten Gutachten, die als Grobscreenings oder Plausibilitätsprüfungen angelegt sind, „...zwar eine Fülle von Daten, (sind) aber weder allgemein noch im Detail geeignet, das Erfordernis der Ausweisung sozialer Erhaltungsgebiete wirklich schlüssig zu belegen“¹⁴².

Zu berücksichtigen sei, dass es keine gesetzlichen Vorgaben für die Auswahl und Anwendung der Kriterien gebe. Empirica kritisiert, dass nur in wenigen Fällen der Zusammenhang zwischen dem gewählten Indikator und den Kriterien "Aufwertungspotenzial", "Aufwertungsdruck", "Verdrängung" sowie "städtebauliche Folgen" belegt werde. Besonders zu bemängeln sei der Verzicht auf Vergleichszahlen bei "harten" Indikatoren, wie Einkommen, Bildungsabschluss oder Erwerbsbeteiligung. Auch ein Anstieg von Neu- oder Weitervermietungsrenten müsse nicht automatisch auf eine Aufwertung hindeuten, sondern sei zunächst Ausdruck einer – breiteren – Wohnungsknappheit. Allerdings muss in diesem Punkt bedacht werden, dass ein Quervergleich mit anderen Stadtgebieten bei der Entwicklung der Neumieten bezogen auf die jeweilige Leistungsfähigkeit der Bewohner* als Frühindikator dienen kann.

Auch das Kernstück der Gutachten, die – schriftliche - Befragung der Bevölkerung im untersuchten Gebiet, sei laut empirica hinsichtlich ihrer Repräsentativität und Reliabilität zu kritisieren. Zu wünschen sei vielmehr die Untersuchung der sozio-demografischen Verhältnisse von Zu- und Fortziehenden, was aber nicht geschehe. Ebenfalls verzichtet werde in den Gutachten auf mögliche negative städtebauliche Folgen bei Anwendung des Milieuschutzes. Milieuschutz-Viertel könnten künftig unter einer "Käseglocke" zu "Rentnergebieten" mutieren. Insgesamt müssten künftig erheblich höhere Anforderungen an inhaltliche und methodische Klarheit solcher Gutachten gestellt werden.

Kennwerte zur Bevölkerung und zum Wohnen in den sozialen Erhaltungsgebieten zum 31.12.2020 im Vergleich				
	72 soziale Erhaltungsgebiete	Innere Stadt	Äußere Stadt	Berlin
Bevölkerung				
Personen (Hauptwohnsitz)	1.078.268	1.377.522	2.392.440	3.769.962
Anteil Personen ...				
... im Alter unter 15 Jahre	13,5 %	13,0 %	14,2 %	13,8 %
... im Alter ab 65 Jahre	12,3 %	13,6 %	22,5 %	19,2 %
... mit Migrationshintergrund	50,5 %	47,2 %	29,0 %	35,7 %
... mit mindestens 10 Jahren Wohndauer	41,7 %	42,7 %	48,6 %	46,4 %
Anteil Arbeitslose an Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahre (SGB II und III)	9,2 %	9,0 %	7,2 %	8,0 %
Anteil Personen in Bedarfsgemeinschaften an Personen im Alter unter 65 Jahre (SGB II)	18,3 %	17,6 %	15,6 %	16,5 %
Wohnen				
Wohnungen (ohne Wohnheime)	579.625	739.233	1.214.563	1.953.796
Anteil Wohnungen in Gebäuden mit Wohnraum (GWZ 2011) ...				
... mit Baujahr vor 1919	56,2 %	52,6 %	12,3 %	27,5 %
... mit Baujahr 1919-1948	10,7 %	8,3 %	18,9 %	14,9 %
... mit Baujahr 1949-1990	28,7 %	34,3 %	56,0 %	47,8 %
... mit Baujahr ab 1991	4,4 %	4,8 %	12,8 %	9,8 %
... im Eigentum landeseigener Wohnungsunternehmen und von Wohnungsgenossenschaften	12,1 %	15,2 %	29,8 %	24,3 %
Anteil Eigentumswohnungen an allen Wohnungen	35,4 %	37,8 %	21,4 %	27,6 %
Angebotsmiete (nettokalt)	11,47 €/m ²	12,16 €/m ²	9,34 €/m ²	10,14 €/m ²

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg, SenSBW

Beispiel-Tabelle: Kennwerte Sozio-Demografie und Wohnen in Erhaltungsgebieten in Berlin, Quelle: Senatsverwaltung Stadtentwicklung

¹⁴⁰ WD 7 3000 123/17: *Untersuchungen über die Auswirkungen der Festsetzung von Milieuschutzgebieten*. Berlin, 19.10.2017; WD 7 - 3000 - 016/21, 4.3.2021

¹⁴¹ Simons, H., Tielkes, C.: *Aussagekräftige Kriterien zum Erlass sozialer Erhaltungssatzungen*. Empirica-Berlin, Endbericht für Verein zur Förderung von Wohneigentum in Berlin e.V., Juni 2020

¹⁴² Prof. Simons, Zit. nach Büniger, R.: *Milieuschutz „An den Haaren herbeigezogen“*, Tagesspiegel, 10.4.2021

<https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/immobilien/milieuschutz-an-den-haaren-herbeigezogen/27079820.html>

Milieuschutzgebiete in Marburg?

Angesichts der vielfach defizitären Grundlagen der einer Milieuschutzsatzung zugrundeliegenden Gutachten soll nachfolgend kurz zusammenhängend aufgezeigt werden, ob sich aus den verfügbaren und genutzten kleinteiligen Daten Anhaltspunkte für die Notwendigkeit der Aufstellung einer sozialen Erhaltungssatzung in Marburg ergeben. Zusammengefasst kann schon an dieser Stelle festgestellt werden, dass es derzeit nur sehr wenige belastbare Anzeichen für die Notwendigkeit der Ausweisung solcher Gebiete in den urbanen Teilgebieten der Kernstadt gibt.

Vielmehr erscheint es sinnvoller, durch die Nutzung anderer baugesetzlicher Instrumente sowie einer ergänzenden Bautätigkeit den Charakter von Quartieren mit kulturell und sozial diversifizierten Strukturen zu erhalten bzw. auszubauen und das Wohnungsangebot über die verschiedenen Teilsegmente entsprechend anzupassen. Dies sollte im Rahmen eines integrierten Ansatzes durchgeführt werden, bei dem Stadt- und Sozialplanung sowie Wirtschaftsförderung eng zusammenwirken. Als wichtige Voraussetzung sollte ein belastbares kleinräumiges Monitoringsystem installiert werden.

8.1. Veränderte rechtliche Rahmenbedingungen

Der Marburger Oberbürgermeister verlangte 2019 im Zuge seiner Anstrengungen zur Verbesserung des Mieterschutzes in Marburg nach einer Rechtsgrundlage für ein Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen in Hessen¹⁴³.

Zu dieser Zeit hatte die Landesregierung in Wiesbaden von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, durch Rechtsverordnung für die Dauer von acht Jahren eine verlängerte Kündigungsfrist für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu bestimmen, wenn eine „besondere Gefährdung für die ausreichende Versorgung der Bevölkerung in bestimmten Gemeinden mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen“ vorliegt¹⁴⁴. Zu den 31 Gemeinden, für die diese Sperrfrist in Kraft gesetzt wurde, gehörte auch Marburg.

Seit Anfang Juni 2020 gilt in Hessen zudem eine Umwandlungsgenehmigungsverordnung¹⁴⁵, die in den 31 Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten gilt. Allerdings griff diese Verordnung zunächst nur in Gebieten mit einer Milieuschutzsatzung – die es bislang allerdings nur in Frankfurt und Kassel gibt.

Im Rahmen der Einführung des Baulandmobilisierungsgesetzes in Hessen ab dem Frühjahr 2022 soll diese Hürde entfallen. Der Umwandlungsvorbehalt soll künftig für ganze Gebiete mit einem angespannten Wohnungsmarkt gelten. Allerdings gilt der Genehmigungsvorbehalt, als Kompromiss in der Landesregierung, nur für Wohnungen in Gebäuden mit sieben und mehr Wohnungen¹⁴⁶.

¹⁴³ Wisker, B.: *Marburg Wohnungsmarkt: Suche nach Werkzeug für Mieterschutz*, Oberhessische Presse, 20.12.2019; *Marburg Wohnungsmarkt: Marburg will Mieterschutz*, Oberhessische Presse, 20.12.2019

¹⁴⁴ Verordnung zur Bestimmung der Gebiete mit abgesenkter Kappungsgrenze und mit verlängerter Kündigungsbeschränkung (Kappungsgrenzen- und Kündigungsbeschränkungsverordnung) v. 23.9.2019; Inkrafttreten am 8.10.2019; Außerkrafttreten am 26.11.2020. Siehe Blankenstein, A.: *Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, Pkt. 2.3.2 Verlängerte Sperrfrist* https://www.haufe.de/immobilien/verwalterpraxis/umwandlung-von-mietwohnungen-in-eigentumswohnungen-232-verlaengerte-sperrfrist_idesk_PI9865_HI13977086.html

¹⁴⁵ <https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-UmwandlGVHEpP1>; s.a. Hessen: *Bauaufsicht kann Umwandlung von Mietwohnungen versagen*. Haufe-Online, 8.6.2020 https://www.haufe.de/immobilien/verwaltung/kappungsgrenze-und-verlaengerte-kuendigungssperrfrist-in-hessen_258_273642.html

¹⁴⁶ Thies, V.: *Hessen bereitet Umwandlungshürde für Wohnungen vor*. Immobilien-Zeitung, 08. Dezember 2021; s.a. Schulze, R.: *Mehr Spielraum für Bauherren*, FAZ, 3.12.2021

Zugleich entstehen mit der Einführung des Baulandmobilisierungsgesetzes neue Gelegenheiten für die Stadt Marburg, das Flächenpotenzial für den Wohnungsbau auszuweiten.

8.2. Indikatoren für soziale Mischung in Marburg

Zur Bewertung der Frage, ob aus analytischer Sicht die Ausweisung von Milieuschutzgebieten in Marburg sinnvoll sein können, wurde auf verschiedene kleinräumige Daten bis auf die Ortsteilebene zurückgegriffen. Diese standen für die Bereiche „**Milieuverteilung**“, Bewohnerinnen- und Bewohner-**Kaufkraft, Bevölkerungsstrukturentwicklung** nach Alter und Staatsbürgerschaft, **Sozialtransferbeziehungen** und -bezieher im SGB-II und SGB-XII sowie für ausgewählte **Mietangebote** zur Verfügung. Nicht verfügbar waren dagegen einerseits Informationen zum Wohnungsbau oder zur Flächennutzung auf der Ortsteilebene, zum anderen zur Bebauungs- bzw. Siedlungsstruktur – und damit auch zur Wohnversorgung der verschiedenen Milieus.

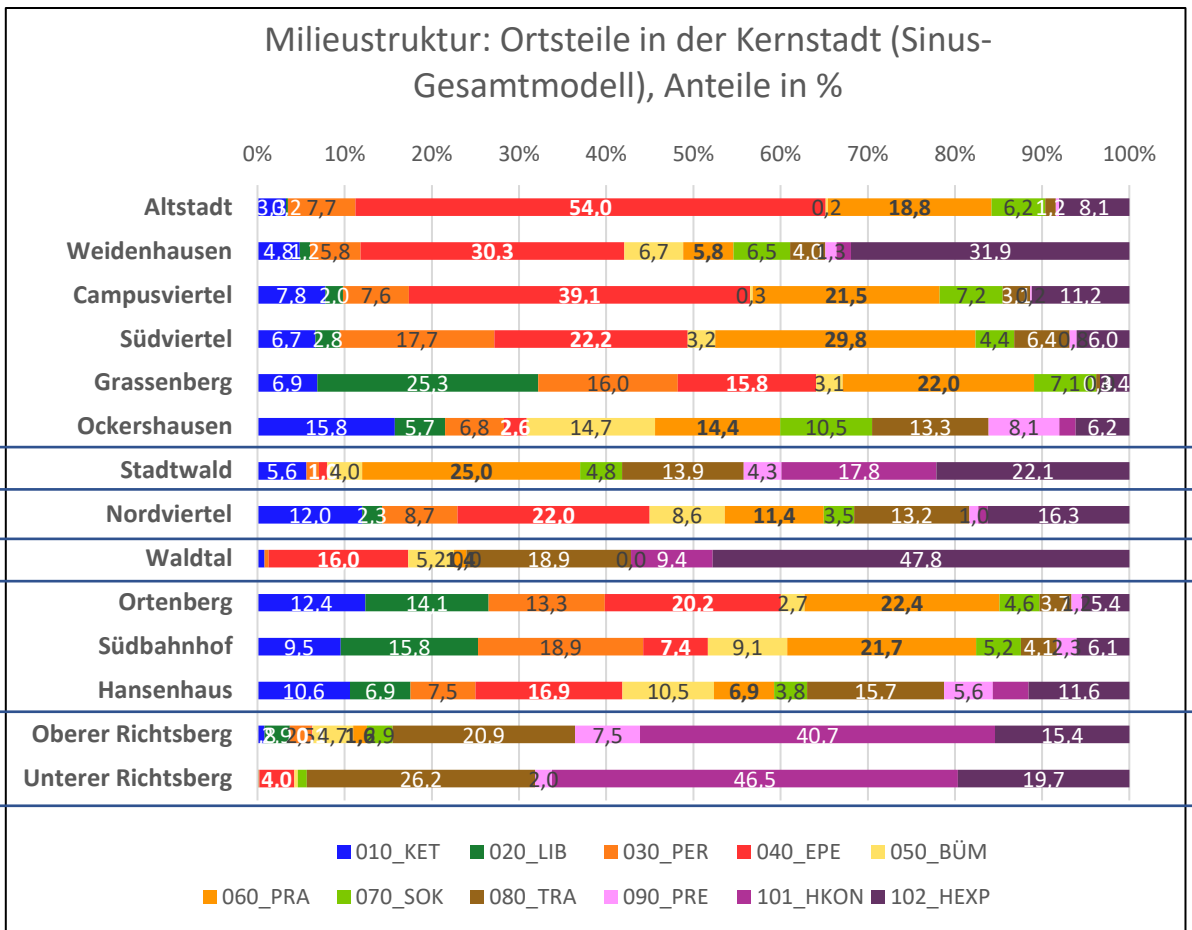
Eine solche Bewertung geht zwar über die üblicherweise in den einschlägigen Gutachten verwendeten Daten hinaus, reicht wegen des Fehlens einer Bevölkerungsbefragung nicht für eine juristisch belastbare Festlegung aus. Gleichwohl vermittelt sie wichtige Argumente dafür, dass derzeit (März 2022) in Marburg keine Notwendigkeit für die Ausweisung von Milieuschutzgebieten besteht.

(1) Milieuverteilung in den Ortsteilen

Das nachfolgende Diagramm verdeutlicht (wie in Kap. 2 ausgeführt) den **hohen Grad an lebensweltlicher Mischung** in den Ortsteilen der Kernstadt. Zwar sind die hohen Anteile der Expeditiven (EPE) in der Altstadt und drei weiteren Ortsteilen zu berücksichtigen; diese tragen regelmäßig jedoch zur Belebung der Stadträume bei und sind als Milieugruppe etabliert. Eine grundsätzliche Ausnahme bilden nur die Ortsteile am Richtsberg, in Waldtal sowie – in beschränktem Maße und sich zunehmend diversifizierend – im Ortsteil Stadtwald. Die stärkere Konzentration sozial schwächerer Milieus dort verlangt nach Maßnahmen, welche die Segregation abbauen und außerhalb der Zielsetzung für die Ausweisung von Milieuschutzgebieten liegen.

Durch eine Clusteranalyse wird eine Typologie von Milieustrukturen auf der Ortsteilebene ausgewiesen. Diese Clustergebiete wurden im Hinblick auf ihre Bevölkerungsentwicklung untersucht (siehe Tabelle oben). Danach kommt es in den dominierenden Kernstadt-Clustern durchgängig zu hohen Verlusten bei deutschen Staatsangehörigen, und zwar über alle Altersgruppe unter 65 Jahren hinweg, während die ausländische Bevölkerung zunimmt. Nur in den beiden Clustern, die in der Außenstadt dominieren (5 und 6) fallen Zu- und Abnahme geringer aus. Eine Sonderentwicklung ist auch im Cluster 4 zu beobachten, wo sich eine deutliche Zunahme der migrantischen Bevölkerung vollzogen hat.

Auch aus dieser Perspektive ergibt sich kein Anhaltspunkt für die Ausweisung von Milieuschutzgebieten.

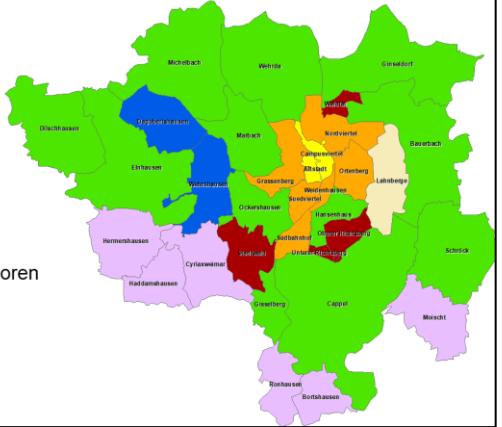


Marburg – erweiterte Clusteranalyse mit Milieus und Sozialraumdaten (6er Lösung)

Veränderung der Anzahl der Bewohner_innen nach Altersgruppen und Staatsangehörigkeit in den sechs Clustergebieten, 2015 bis 2020 (absolut)

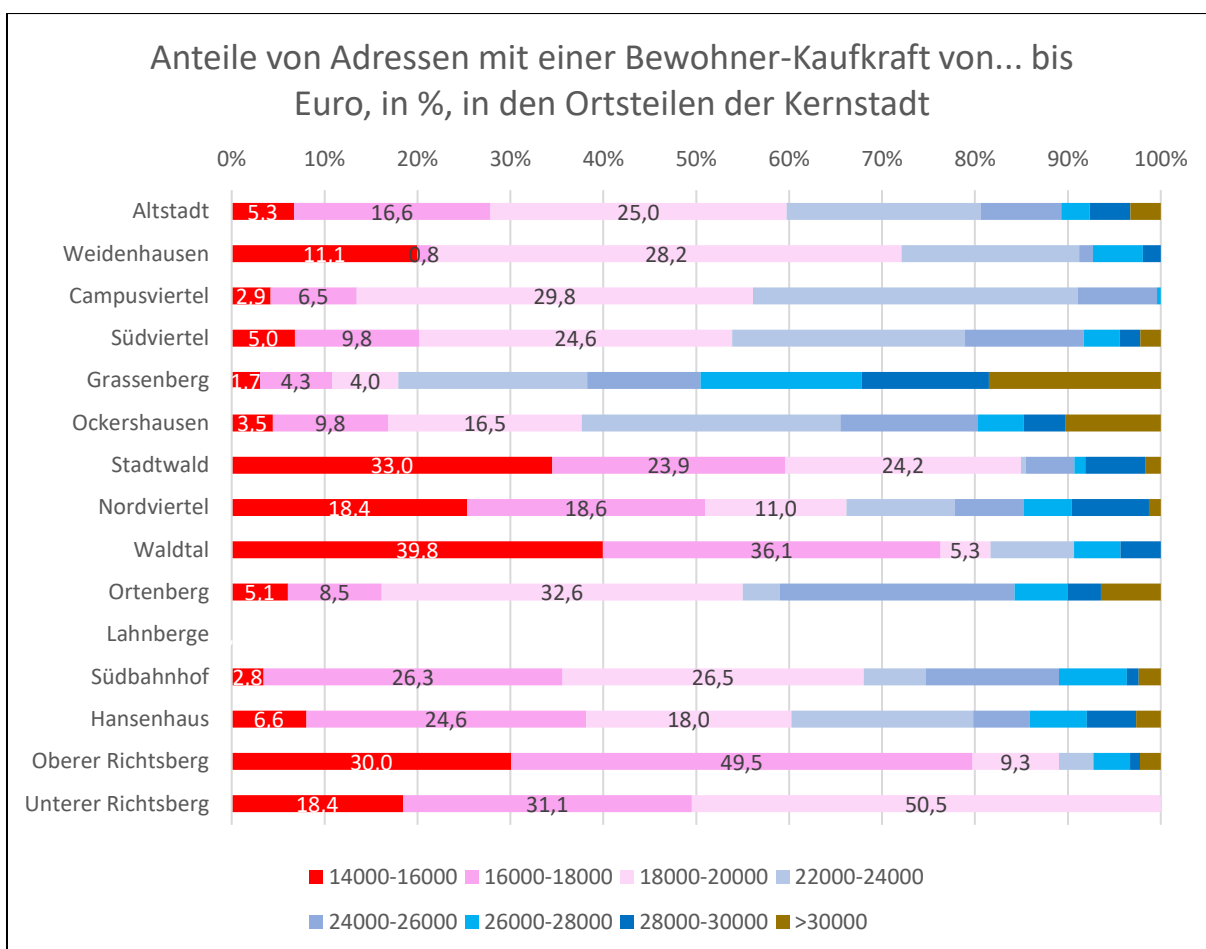
Cluster	Deutsche Staatsangehörige							Ausländische Staatsangehörige									
	0 - 15 Jahre	16 - 29 Jahre	31 - 40 Jahre	41 - 50 Jahre	51 - 65 Jahre	Bis u 65	66 u.ä.	Ver Dt 2015-20, abs	0 - 15 Jahre	16 - 29 Jahre	31 - 40 Jahre	41 - 50 Jahre	51 - 65 Jahre	Bis u 65	66 u.ä.	Ver Ausl 2015-20, abs	
1	-48	-302	-158	-111	-102	-721		33	-688	2	59	65	-3	23	146	-1	145
2	-67	-636	-322	-492	-83	-1600		204	-1396	78	172	134	51	7	442	26	468
3	-63	-1695	-318	-914	43	-2947		223	-2724	39	-51	63	72	40	163	13	176
4	-175	-503	-95	-129	-86	-988		73	-915	395	168	178	97	72	910	26	936
5	13	-5	-34	-55	-21	-102		16	-86	-1	24	-5	6	3	27	-3	24
6	-27	-132	-35	-139	21	-312		35	-277	6	5	-2	8	3	20	5	25
Gesamtergebnis	-367	-3273	-962	-1840	-228	-6670		584	-6086	519	377	433	231	148	1708	66	1774

- 1- jung kreativ, hoher Studentenanteil
- 2- jünger, breiter gemischt
- 3- bürgerlich, breit gemischt
- 4- polarisiert, geringe Kaufkraft, hoher Anteil Migranten,
- 5- gehoben, hoher Anteil Senioren
- 6- bürgerlich mit prekärem Milieu, leicht höherer Anteil Senioren
- keine Angabe



(2) Die Kaufkraftsituation der Bewohnerinnen und Bewohner

Ein wichtiger Indikator für die Anwendung der sozialen Erhaltungssatzung zum Schutz der anässigen Bewohner ist deren Einkommenslage bzw. Kaufkraft. Gerade Bezieher niedriger Einkommen können so - in der oben dargestellten Weise – im Zuge von Aufwertungsprozessen aus ihren Quartieren verdrängt werden. Tatsächlich dominiert in den meisten Ortsteilen der Kernstadt dagegen ein breit gemischtes Bild zur Einwohner-Kaufkraft, wie das Diagramm verdeutlicht. Ganz überwiegend sind relativ ausgewogene Sozialstruktur zu erkennen, bei denen sich Bewohner oberhalb und unterhalb des mittleren Einkommens in der Stadt die Waage halten. Die bereits oben genannten Ausnahmen der vier sozial schwächeren Ortsteile werden auch in der Kaufkraftstruktur bestätigt. Nur in Grassenberg und, mit Abstand, in Ockershausen dominieren die überdurchschnittlich einkommensstarken Bewohnerinnen und Bewohner, was allerdings mit der lokalen Siedlungsstruktur zusammenhängt. Selbst dort weisen aber zwischen 10 % und 30 % der Einwohner eine unterdurchschnittliche Kaufkraft auf.



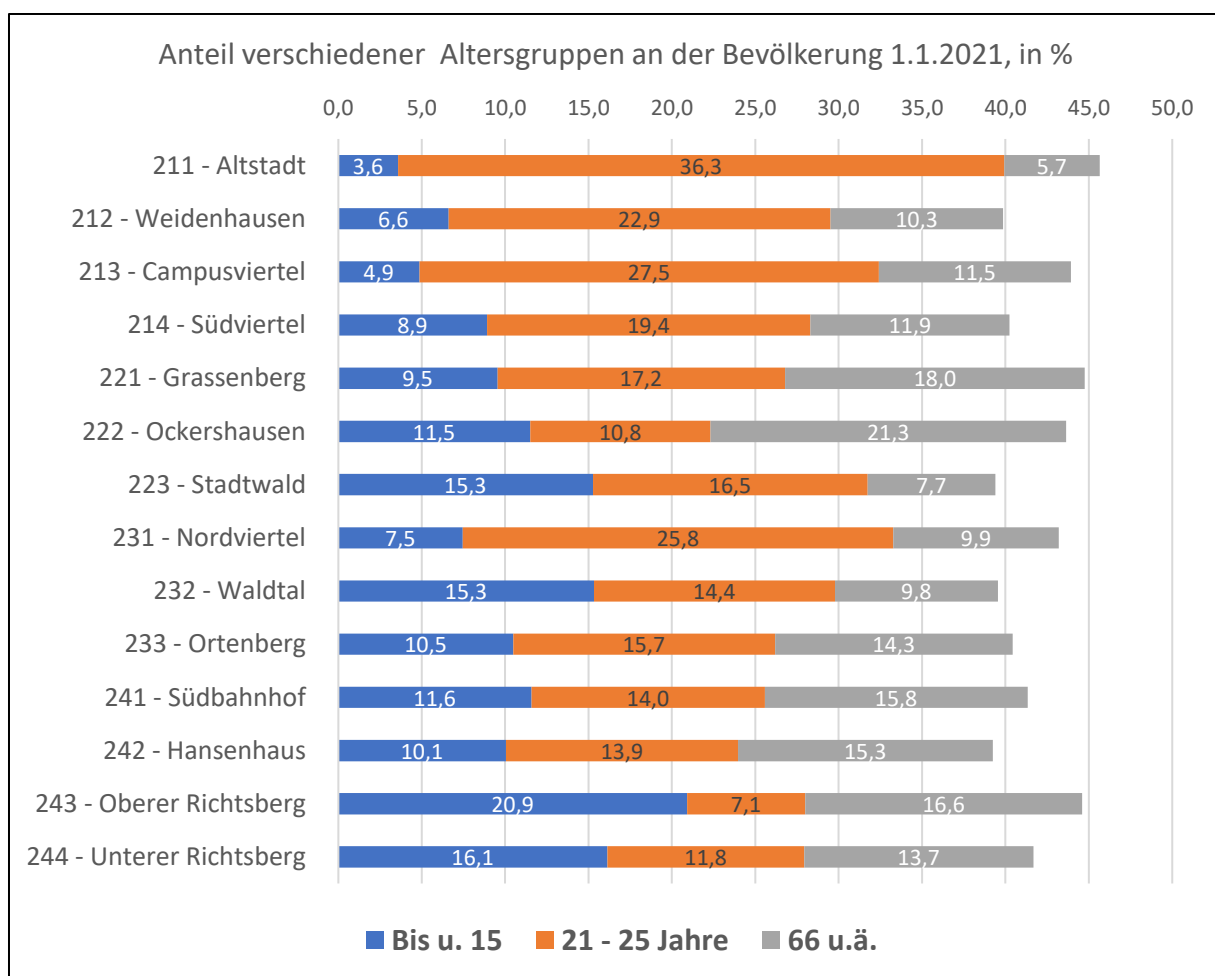
(3) Entwicklung der Alters- und Herkunftsstruktur der Bevölkerung

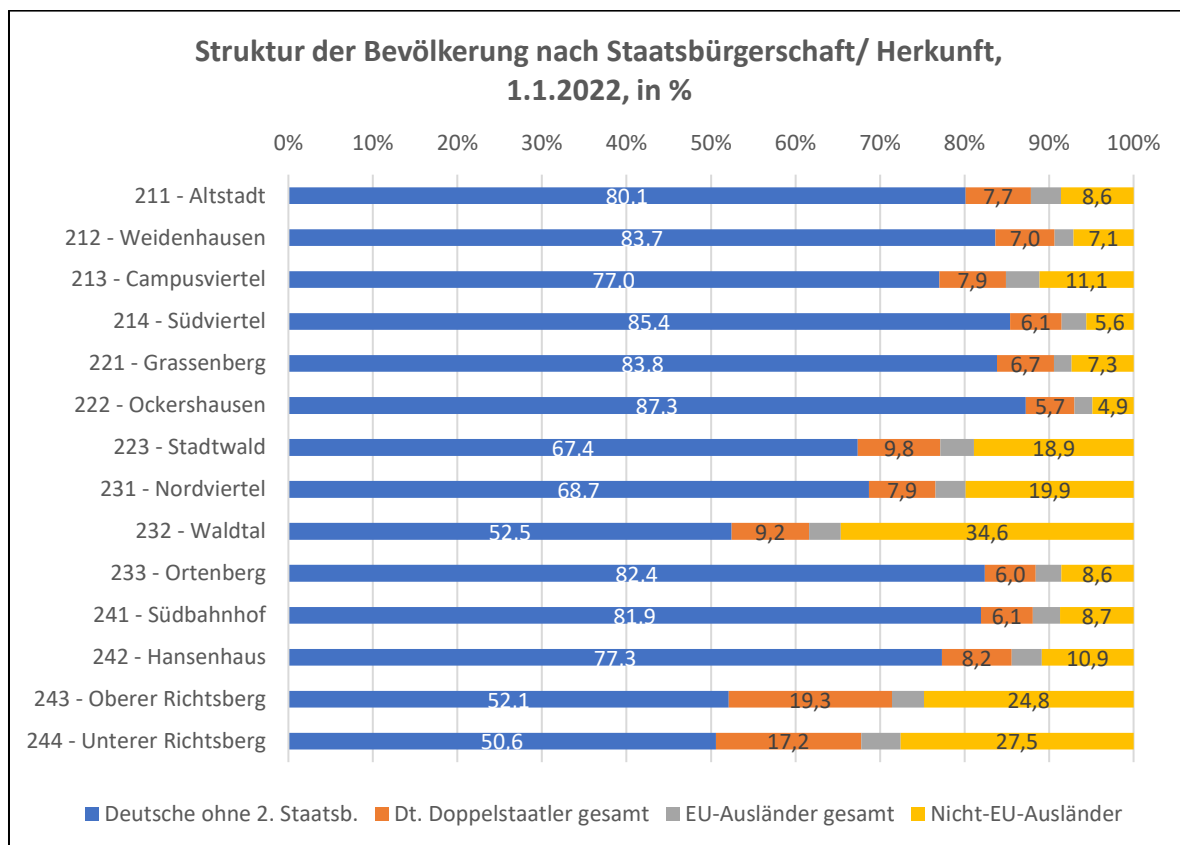
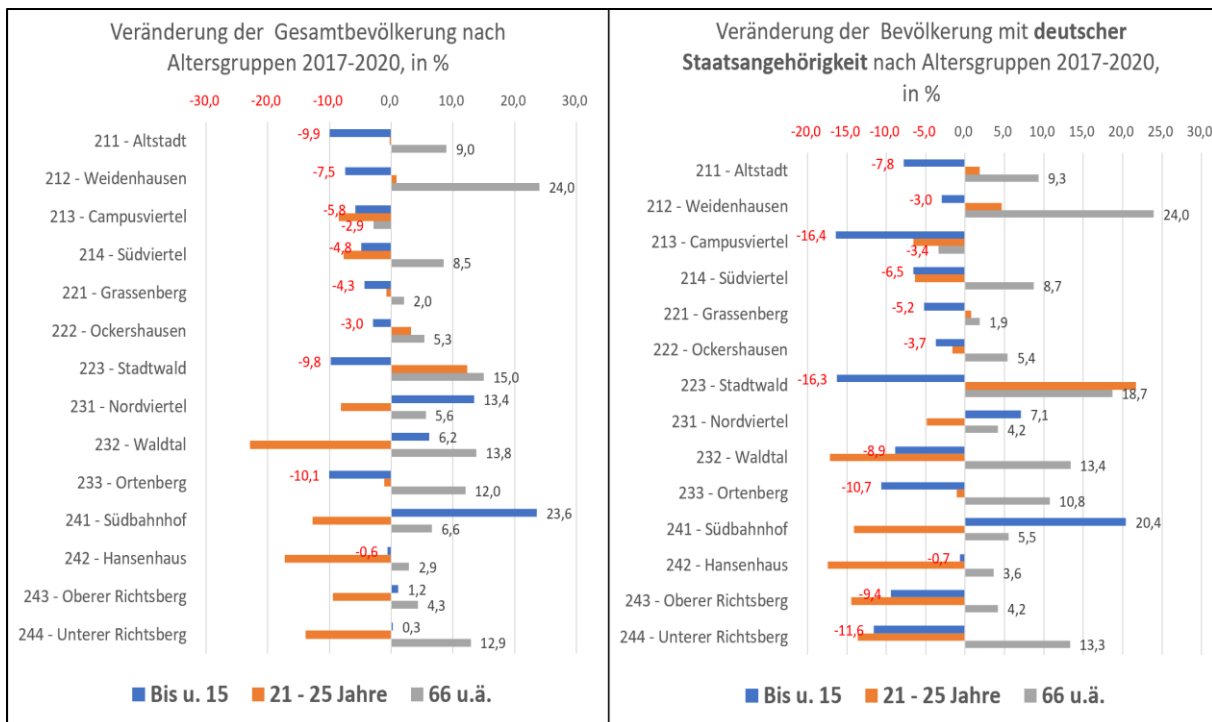
Tatsächlich ist in der Entwicklung der Altersstruktur in den Ortsteilen eine gewisse Bewegung zu beobachten. Zum einen hat der Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Bevölkerung nahezu überall in den vergangenen Jahren zugenommen und erreicht zwischen 6 % in der Altstadt und 21 % in Ockershausen. Gleichwohl kann nicht von „Verdrängungseffekten“ gesprochen werden, da es sich oft um eine langjährig ansässige Bevölkerungsgruppe handelt.

Rückläufig entwickelt sich dagegen der Anteil von Kindern und Jugendlichen in vielen Ortsteilen, insbesondere bei der Bevölkerung mit deutscher oder doppelter Staatsangehörigkeit. Dies ist jedoch eher Ausdruck fehlender Wohnungen mit familiengerechter Größe und zu leistbaren Mieten in der Kernstadt (siehe oben) oder dem Bestreben einiger Familien, Wohneigentum zu bilden.

Zudem sind an vielen Orten Sondereffekte wie der Bau von Wohnheimen für Studierende oder für Seniorinnen und Senioren zu berücksichtigen. Eine Überalterung der Ortsteil-Bevölkerung sollte gleichwohl vermieden werden, wie im Kontext der tendenzielle abnehmenden Milieu-Bevölkerung der Traditionellen bereits beschrieben wurde.

Hinsichtlich der Herkunft bzw. Staatsbürgerschaft der Bewohner bestehen – abgesehen von den vier sozial schwächeren Ortsteilen – ebenfalls nur geringe Anteils-Unterschiede zwischen den Ortsteilen, wie das Diagramm verdeutlicht, wobei die Präsenz von Bildungsausländerinnen und -ausländern mit einzubeziehen ist.

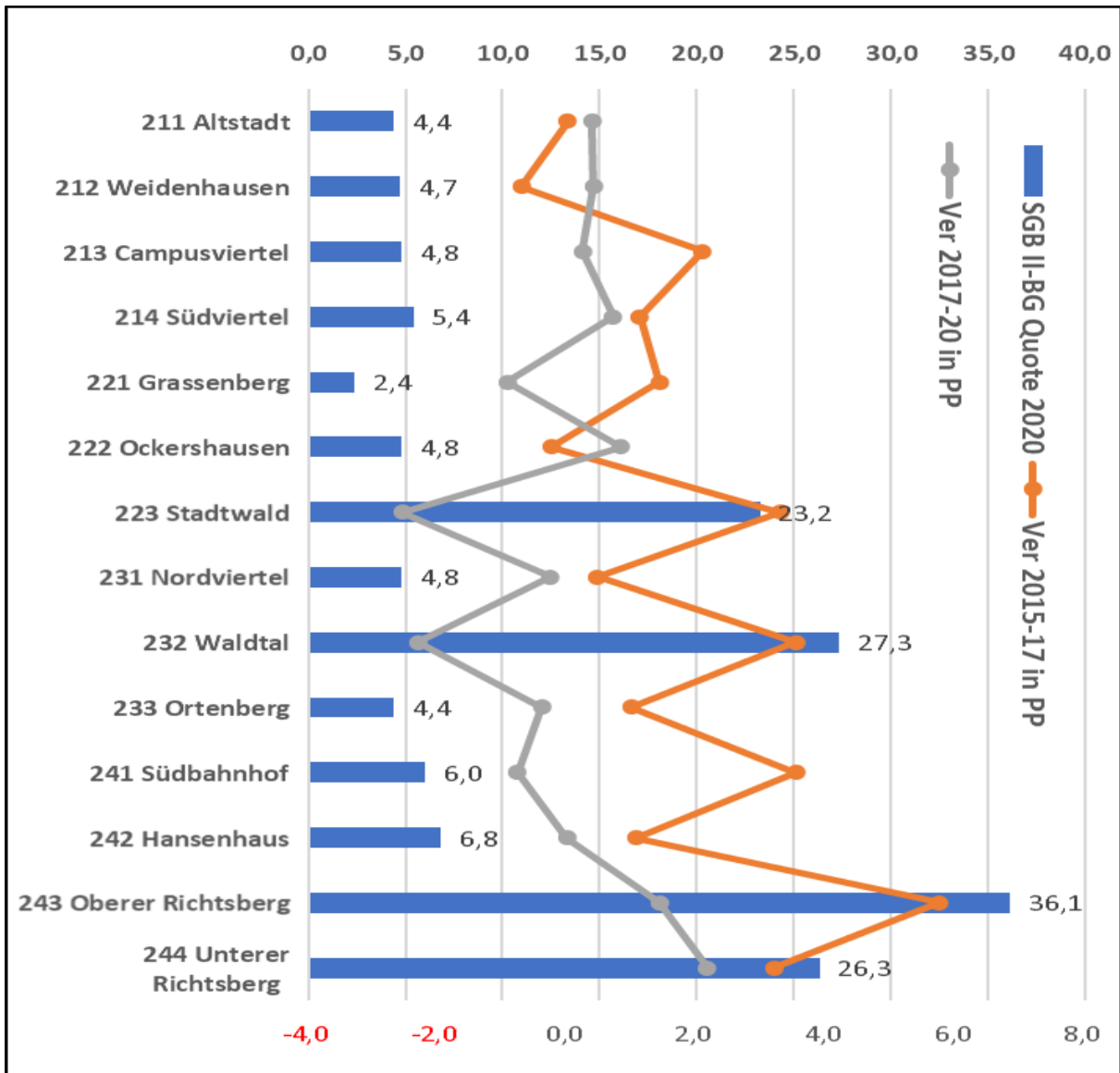




(4) Entwicklung und Verteilung der Bezieherinnen und Bezieher von Sozialtransfers

Weitere wichtige Indikatoren für drohende oder bereits fortschreitende Verdrängungsprozesse und deren Entwicklung sind die teilträumlichen Anteile von Personen in Bedarfsgemeinschaften (BG) nach SGB-II und SGB-XII an den jeweils relevanten Bevölkerungsgruppen sowie die Entwicklung dieser Anteile in den vergangenen Jahren. Für die Stadt Marburg konnten diese Daten anonymisiert ausgewertet und den Ortsteilen zugeordnet werden (ausführlich: siehe Kap. Xy, oben). Tatsächlich bewegt sich die Quote der Personen in SGB-II-BG bezogen auf die Bevölkerung unter 65 Jahren bis auf die vier sozial schwierigeren Ortsteile zwischen 2,4 % in Grassenberg und 6,8 % in Hansenhaus. Die Veränderung dieser Anteile wurde für zwei Zeitabschnitte, 2015 bis 2017 und 2017 bis 2020 ausgewiesen. Diese Veränderungen verlaufen in keinem Ortsteil in die gleiche Richtung, d.h. es ist überall zu leichten Zunahmen bzw. zu einer Mischung von Zu- und Abnahmen gekommen. Dies deutet nicht auf eine entsprechende Verdrängung hin. Vielmehr hat es durch die erwähnten Sondereffekte zuletzt sogar einen überdurchschnittlichen Rückgang der Quoten in zwei der vier sozial schwierigen Stadtteile (Stadtwald und Waldtal) gegeben; allein am Richtsberg bleiben Quote und Zunahme aufgrund der Konzentration sozial benachteiligter Gruppen hoch.

Ähnliches lässt sich über die SGB-XII-Quoten sagen, die nicht zuletzt das erfasste Ausmaß an Altersarmut beschreiben, während die Quote bei den Unter-65-Jährigen Beziehern relativ gering ist. Danach verteilt sich der SGB-XII-Bezug aktuell ebenfalls über alle Ortsteile und erreicht nur in den vier angesprochenen Ortsteilen Quoten bis zu 46 %.



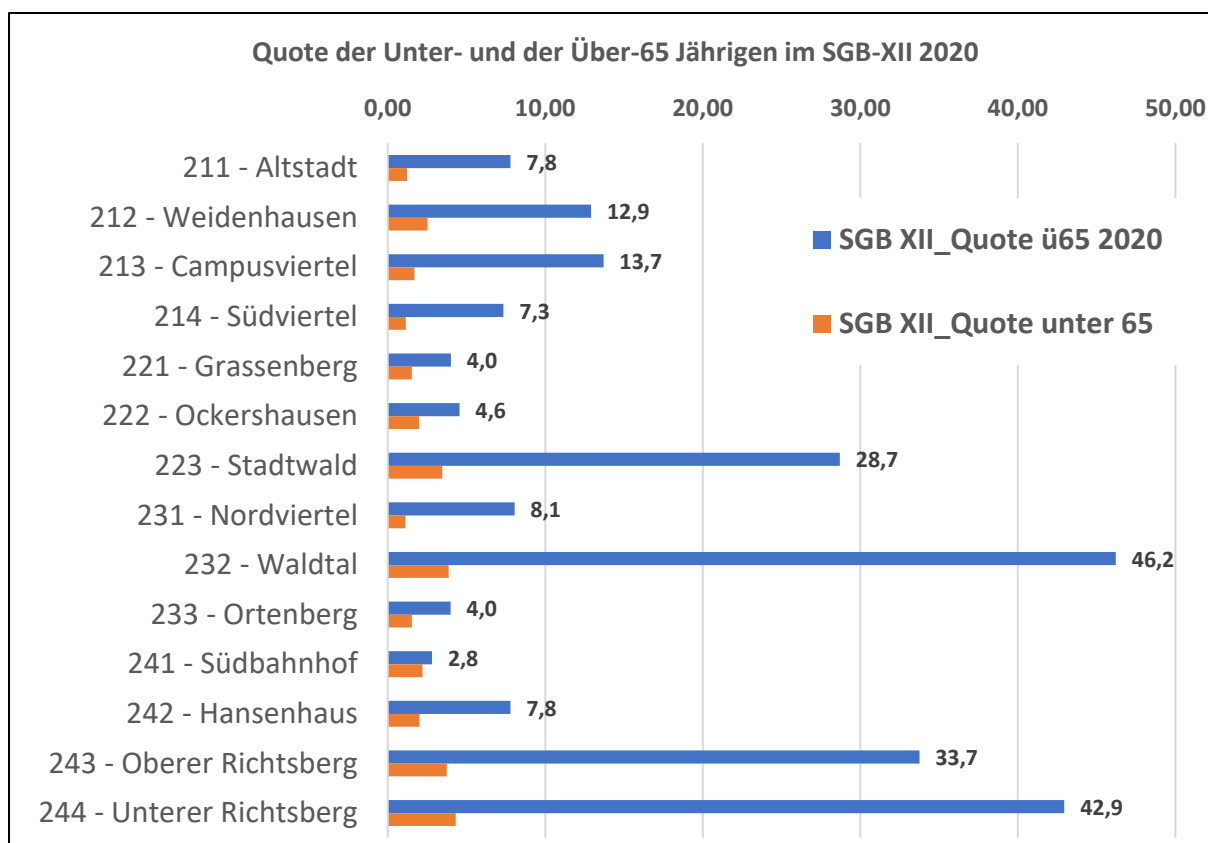


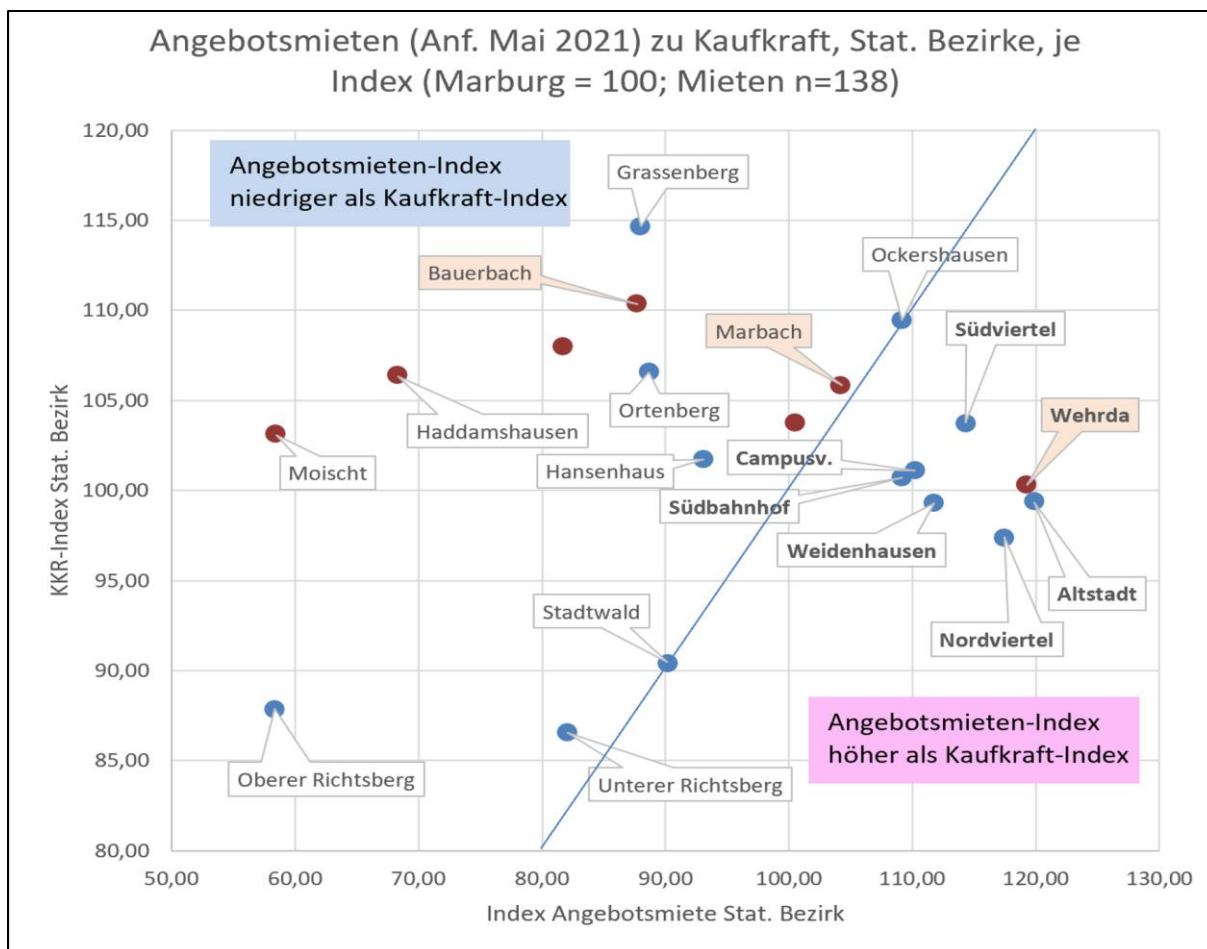
Diagramme: Quoten und Entwicklungen im SGB-II und SGB-XII-Bezug in den Ortsteilen

(5) Das Verhältnis von Angebotsmieten und Kaufkraft in den Ortsteilen

Grundsätzlich kann auch ein Vergleich zwischen dem Preisniveau der Angebotsmieten in den Ortsteilen und dem Kaufkraft-Niveau der ansässigen Bevölkerung ein geeigneter (Früh-) Indikator für sich anbahnende Verdrängungsprozesse – und damit für eine sinnvolle Anwendung des Milieuschutzes sein. Ein Missverhältnis zwischen Mietpreisniveau und Einkommensniveau kann ein erster Schritt dafür sein, dass einkommensstärkere Haushalte bzw. Milieus zuziehen und sich damit die Zusammensetzung der Bevölkerung schrittweise verändert. Der vhw hat diesen Ansatz mehrfach flächendeckend eingesetzt, etwa in Berlin.

In Marburg wurden zu diesem Zweck die Mietangebote der Immobilienportale im Mai 2021 auf der Ortsteilebene indexiert – Mittelwert aller Angebote in Marburg = 100 – und mit dem entsprechenden Kaufkraftindex des Gebietes verglichen. Tatsächlich ergab sich bei diesem Vergleich in sieben Ortsteilen ein Missverhältnis zu Lasten des Einkommensniveaus (siehe Diagramm).

Der Umfang dieses Missverhältnisses fiel allerdings vergleichsweise gering aus; zudem ist die begrenzte Anzahl von Mietangeboten zu berücksichtigen. Ein genauerer Blick offenbart vielmehr, dass es sich vornehmlich um jene Ortsteile handelt, in denen Studierende einen höheren Anteil an der Bevölkerung ausmachen (siehe Kapitel zu Studierenden in Marburg). Insofern ist der Unterschied eher Ausdruck der – zeitweisen – Knappheit von kleineren Wohnungen und dem darauf basierenden Versuch vieler Vermieter, auch durch Teilungen, deutlich überdurchschnittliche Mieten bei dieser von hoher Fluktuation geprägten Nachfragegruppe zu erzielen.



Bereits im Frühjahr 2022 zeigt sich, dass dieses Kalkül angesichts rückläufiger Studierendenzahlen zu bröckeln beginnt; der Anteil von Mietangeboten kleiner WE nimmt zu, es bahnt sich also ein Angebotsüberhang bei teuren Studentenwohnungen an, der durch zusätzliche Angebote in Wohnheimen weiter verstärkt werden dürfte.

Von diesem spezifischen Segment abgesehen, bewegt sich das Niveau der Angebotsmieten im Rahmen der Kaufkraft der heutigen Bewohnerschaft in den Ortsteilen und deutet nicht auf einen beginnenden und relevanten Verdrängungsprozess in einzelnen Teilräumen hin.

8.3. Ein kurzes Fazit

Ungeachtet des insgesamt - wie in den meisten anderen Groß- und Mittelstädten ansteigenden Miet- und Preisniveaus lässt sich zusammenfassend festhalten, dass es für die Ausweisung spezifischer Teilräume als soziale Erhaltungsgebiete derzeit kaum belastbare Anhaltspunkte gibt. Wie im Fazit zum Gesamtkapitel „Wohnen und Milieus“ zu zeigen ist, sind andere Maßnahmen und Instrumente erforderlich, um die quantitative und qualitative Versorgung sowohl mit preiswertem als auch mit bedürfnisgerechtem Wohnraum zu sichern.

Die Neuregelung der Genehmigungspflicht für Umwandlungen in Hessen eröffnet zusammen mit Maßnahmen wie der Konzeptvergabe Spielräume, die soziale Mischung in vielen Stadtgebieten zu sichern und durch dezentrale Unterbringung zu stärken.

Kapitel 9: Gesellschaftliche Teilhabe: Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung in den Milieus

9.1. Zum Stand der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung in Marburg

Die Universitätsstadt Marburg misst der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger eine hohe Bedeutung zu. Zwischen 2016 bis 2018 hat sie dazu ein **Konzept** entwickelt, um Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungsprozessen zusätzlich zu repräsentativen Formen der politischen Willensbildung zu ermöglichen¹⁴⁷. Es gehe darum, „gute Entscheidungen“ durch die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger zu treffen, „möglichst viele und möglichst unterschiedliche Menschen an stadtpolitischen Entscheidungen zu beteiligen“ und die demokratische Qualität von Beteiligung weiter zu verbessern. Die Schlüsselbegriffe sind „vielfältige Sichtweisen“, Transparenz, Information, Diskurs auf „Augenhöhe“ sowie die anschließende „Rückmeldung“ der Politik und Verwaltung.

Breiter formuliert heißt es in den **Leitlinien**¹⁴⁸:

- alle Einwohner/innen sind unabhängig von Bildung, Einkommen, Herkunft, Migrationshintergrund, Alter, Geschlecht und Stellung in der Gesellschaft miteinzubeziehen,
- die Verfahren müssen beständig, transparent sein und verlässlich begleitet werden,
- sie müssten sich öffentlich, sowohl digital als auch auf Papier, präsentieren und ihre Ergebnisse seien mitzuteilen,
- Neues sei mit Bewährtem zu verbinden,
- die Ideen der Bürger/innen sollen so auch zwischen den Wahlen aufgenommen werden.

Zur Weiterentwicklung des Bürgerbeteiligungskonzeptes sowie zur Vorhabenliste und zur Beteiligung an einzelnen Vorhaben wurde ein **Beteiligungsbeirat** eingerichtet, der auch als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger dient und zwanzig Mitglieder zählt, darunter elf Bürgerinnen und Bürger. Als Geschäftsstelle des Beteiligungsbeirates dient eine Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung. Darüber hinaus informiert die Stadt Marburg zumindest einmal pro Jahr in Bürger*innenversammlungen über aktuelle Geschehnisse.

Auf der Beteiligungsplattform „**MarburgMachtMit**“¹⁴⁹ findet sich ein breites Spektrum aktueller und bereits abgeschlossener Beteiligungsmöglichkeiten, sowohl für die Gesamtstadt als auch für einzelne Ortsteile. Thematisch umfasst das Beteiligungsangebot verschiedene Wohnungsbauprojekte, wie etwa am Hasenkopf, in den Wohngebieten "Rinnacker" in Ginseldorf, "Oberer Rotenberg", das im Konzeptverfahren mit gemeinschaftlichen Wohnprojekten gestaltet wird oder dem Baugebiet Michelbach-Nord¹⁵⁰. Daneben sind zu nennen: Das gesamtstädtische Verkehrs- und Mobilitätskonzept, die Umsetzung des Digitalpaktes, den Umbau von straßenbegleitenden Geh- und Radwegen, der Neubau einer Wohnungslosenunterkunft, das Kindertagesstätten-Bauprogramm, das Zukunftskonzept Oberstadt oder die Dorfentwicklung in den Außenstadtteilen.

¹⁴⁷ Bürger*innenbeteiligung in Marburg. Konzeptentwurf zur Beteiligung von Bürger*innen in Marburg. Vorschlag der Koordinierungsgruppe. Stand: Juni 2018

¹⁴⁸ <https://www.marburg.de/politik-stadtgesellschaft/marburg-auf-einen-blick/beteiligen-und-mitwirken/buerger-innenbeteiligung/entstehung-des-konzepts/>

¹⁴⁹ <https://marburgmachtmit.de/>

¹⁵⁰ Siehe dazu auch oben, Kapitel 7

Auch die Befragung zum Bewohnerparken am Ortenberg¹⁵¹, lokale Ortsteilbefragungen wie am Oberen Richtsberg oder die Beteiligung beim barrierefreien Ausbau des Südbahnhofs, die wegen der COVID-19-Pandemie in Form einer Online-Beteiligung auf der Beteiligungsplattform der Universitätsstadt durchgeführt wurde, oder das Präventionsprojekt "Einsicht-Marburg Gewalt" sind weitere Teile des umfangreichen Mitwirkungsangebotes.

Darüber hinaus wurde im Januar 2020 ein Handlungskonzept "Für Dialog und Vielfalt - Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit" verabschiedet, welches Maßnahmen in den vier Aktionsfeldern Antidiskriminierung, Dialog und Beteiligung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit sowie lokale Forschung umfasst.

Insgesamt kann Marburg somit zu den im Bereich der Partizipation weit überdurchschnittlich aktiven Kommunen gezählt werden. Durch die ergänzende Nutzung der Milieuforschung könnte die Zielorientierung künftig weiter gestärkt werden, etwa in den Bereichen „Kommunikation“, Auswahl der Teilnehmenden oder Evaluation der Verfahren.

9.2. Komponenten und Erfolgsfaktoren inklusiv-deliberativer Partizipation

Der konzeptionelle Ansatz der Stadt Marburg entspricht in wesentlichen Teilen den **Leitlinien**, die der vhw ab Ende 2000er Jahre im Zuge seiner verstärkten Hinwendung zur Beteiligungsthematik entwickelt und in der Praxis erprobt hat. Ausschlaggebend für die Neuorientierung war der schon zu dieser Zeit fortschreitende Vertrauensverlust in die politisch-parlamentarische Arbeit, die signifikante Abnahme der Wahlbeteiligung sowie der Rückgang bei der Mitarbeit in den Parteien bei einer gleichzeitig zunehmenden gesellschaftlichen Vielfalt. Strategisches Ziel sollte es daher sein, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken und „ein signifikantes Mehr an politischer Gleichheit und Gerechtigkeit im Rahmen der Bürgerbeteiligung zu erreichen und zu gewährleisten“¹⁵². Diesem Ziel folgend sollten die beiden Komponenten „**Inklusion**“ – die Einbeziehung und Berücksichtigung möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen - und „**Deliberation**“ – der argumentative, sachbezogene Austausch zur Konsens- oder Kompromissfindung - zentrale Gestaltungs- und Zielgrößen einer innovativen Beteiligungskultur werden.

Eine zentrale instrumentelle Rolle bei der Vorbereitung und Gestaltung von partizipativen Verfahren kam dabei der **Milieuforschung** und den Geo-Milieudaten zu, wie im nächsten Unterkapitel dargestellt wird.

Im Verlauf der 2010er Jahre blieben im allgemeinen Diskurs die Rolle deliberativ-inklusive Bürgerbeteiligung im Spannungsfeld zwischen repräsentativer (kommunaler) Demokratie und direktdemokratischen Beteiligungsformen wie Bürgerentscheiden im Rahmen von Urban Governance-Strukturen weiterhin umstritten, was sich auf die unterschiedlichen kommunalen Gestaltungsformen von Beteiligung auswirkte und weiterhin auswirkt. Auf diese breit geführte Debatte kann an dieser Stelle nur hingewiesen werden¹⁵³.

¹⁵¹ https://static.werdenktwas.de/domain/63/fs/Jetzt_-_Bewohnerparken_Ortenberg/OteamFD7.2Beteiligung_Einzelprozesse_MarburgParkraum_OrtenbergErgebnisseErgebnisbericht_Befragung_Parkraum-Ortenberg_Anwohner_2.pdf

¹⁵² Kuder, T.: *Starke Lokale Demokratie: Leitlinien für eine hochwertige, inklusive Bürgerbeteiligung*. vhw- Werkstatt, Nr. 08, Oktober 2016; ders.: *Bürgerbeteiligung – neu justiert! Fair, informiert und gleichberechtigt zum „besseren“ Ergebnis*. vhw-Werkstatt, Nr. 16, Sept. 2017

¹⁵³ Vgl. Förster, A. et al: *Lokale Politik und Beteiligung*. Vhw-Schriftenreihe Nr. 28, September 2021

https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriften-

Im Laufe der letzten Dekade haben sich einige **Rahmenbedingungen** der Beteiligung deutlich verändert. Neben schon länger wirksamen Tendenzen wie der asymmetrischen politischen Teilhabe und dem breiten Vertrauensverlust wirken auch Veränderungen der Kommunikationskultur – Stichwort „soziale Medien“ - wesentlich auf Beteiligungsprozesse ein¹⁵⁴. Zu erwähnen sind in diesem Kontext auch das Aufkommen des Rechtspopulismus, das verstärkte, oft wenig kompromissbereite Phänomen der Partikularinteressen, erhebliche politische Widerstände gegen die Implementierung von Partizipation als Mitentscheidungs-Regime oder die häufig zu beobachtende geringe Bereitschaft von Teilen der Kommunalverwaltungen zur offenen, transparenten Beteiligung, zum flexiblen Agenda-Setting oder zum offenen Umgang mit den Ergebnissen der Verfahren¹⁵⁵.

Gleichwohl konnte die bundesweite, theoretische wie praktische vhw-Arbeit in diesem Bereich deutliche **Erfolge** verzeichnen. Es wurde deutlich, **welche Voraussetzungen** erfüllt sein müssen, um die gesellschaftliche Breite der Teilnahme zu vergrößern, und wie die Milieuforschung in der Prozessgestaltung nutzbringend eingesetzt werden kann. Insgesamt wurden neue Erkenntnisse über zentrale Mechanismen und Wirkungszusammenhänge gewonnen, die zur Verfeinerung der Vorbereitungs- und Durchführungsinstrumente genutzt wurden.

So wurde in der Praxis deutlich, dass die positiven Effekte von inkludierend-deliberativen Verfahren davon abhängen, dass die Kommune transparent, glaubwürdig, Agenda-flexibel und nachhaltig mit der Beteiligung umgeht. Dazu gehört etwa, die Ergebnisse der Verfahren zu prüfen, zu bewerten und diese Bewertung öffentlich zu kommunizieren, auch in einer oder mehreren Nachfolgeveranstaltungen. Hinderlich ist dagegen eine fehlende verfahrenснаhe Öffentlichkeit, also das Fehlen einer medialen und kommunikativen Begleitung der Prozesse.

Auf der Bürgerinnen- und Bürger-Seite hängt die Beteiligungsbereitschaft stark von der Stärke der jeweiligen **räumlichen Bindung** an den Ortsteil oder Planungsraum oder von der vorhandenen Vertrauensbasis in die lokalen Institutionen sowie insbesondere von der Mitwirkungssubstanz im Verfahren ab, also von der Vorlage und Diskussion über Optionen im Planungskontext. „Substanz hat Beteiligung also dann, wenn Problemwahrnehmung, Prioritätensetzungen und Lösungswege noch veränderbar sind“ (Klaus Selle).

In den entsprechend gestalteten und positiv verlaufenen Verfahren konnte das **Vertrauen** der Teilnehmenden in die Kommune und deren Bereitschaft, die Bürgerschaft in die Prozesse einzubinden, signifikant gesteigert werden, wie etwa in Kiel¹⁵⁶, wo der vhw in zwei Ortsteilen drei Verfahren aktiv begleitet hat.

Insgesamt können nach Prüfung der Verfahren mehrere **Stufen** genannt werden, welche für ein erfolgreiches Beteiligungsangebot erforderlich sind. Dazu zählen:

- Die Vorbereitung: Optional, aber für eine strukturierte Gestaltung sehr wichtig ist die Umsetzung eines **Stimmungsbildes**, in welchem unterschiedliche Positionen zu einem vorgegebenen Thema (Projektplanung) oder aber besondere Anliegen oder Herausforderungen aus Bürgersicht ermittelt werden können. Die Ergebnisse helfen bei der Gestaltung der **Beteiligungsagenda**.

[reihe Nr. 28 LOB web.pdf; s.a. Allianz Vielfältige Demokratie: Bürgerbeteiligung in der repräsentativen Demokratie verankern. 2. Allianztagung, November 2016 <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/vielfaeltige-demokratie-gestalten/projektnachrichten/zweite-allianztagung-vielfaeltige-demokratie>](#)

¹⁵⁴ Selle, K.: *Öffentlichkeitsbeteiligung in der Stadtentwicklung – Anstiftungen zur Revision*. vhw-Schriftenreihe Nr. 15, 2019

¹⁵⁵ Hallenberg, B.: *Chancen demokratischer Deliberation und Perspektiven der Städtenetzarbeit*. Beitrag zur Sitzung des Verbandsrates des vhw, 6.7.2017 (unveröffentlicht)

¹⁵⁶ Höcke, C., Wichmann, B.: *Bürgerbeteiligung quer zur Linie – Gemeinsam für Kiel Suchsdorf*. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung. Heft 6/2015. S. 45 – 49

- Eine möglichst **qualifizierte Auswahl** der Einzuladenden, um so eine Annäherung an die angestrebte Repräsentativität der Teilnehmenden bzw. der möglichen thematischen Perspektiven zu erreichen. Dabei geht es eben nicht darum, eine möglichst hohe Anzahl von Teilnehmenden anzustreben, sondern um einen möglichst breiten Querschnitt durch die Bevölkerung im Planungsgebiet oder Ortsteil. Damit kann auch die Legitimität des Prozesses im Sinne der Urban Governance gesteigert werden.
- Eine möglichst **breite öffentlich-mediale Begleitung** des Verfahrens, auch bereits in der Vorbereitungsphase, um den Kontext, unterschiedliche Optionen und potenzielle Hindernisse transparent zu machen. Diese Begleitung sollte auch in der Bewertungs- und Umsetzungsphase fortgeführt werden und kann von den lokalen Medien und der Kommune selbst, aber auch von intermediären Akteuren gestaltet werden.
- Die **Durchführung** von Verfahren kann in unterschiedlichen Formaten erfolgen, bis hin zur digitalen Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung¹⁵⁷. Neben einer sachlichen und unabhängigen Moderation ist eine verständliche Darlegung des Beteiligungsgegenstandes von besonderer Bedeutung; diese sollte **weder unter- noch überkomplex** sein. Dabei können auch Alternativen aufgezeigt und nachvollziehbar diskutiert werden.
- Um die Wirkung des Verfahrens bewerten zu können, ist eine **Evaluation** durch Befragung der Teilnehmenden sinnvoll. Damit können einzelne Verfahrenselemente kritisch beleuchtet werden oder auch Sekundäreffekte wie ein gestiegenes Vertrauen in Kommunalpolitik und -verwaltung gemessen werden. Zudem ist es mit einem geeigneten Instrumentarium möglich, die soziale oder lebensweltliche Struktur der Teilnehmenden zu ermitteln – und damit den Inklusionserfolg.
- Von besonderer Relevanz für die Teilnahmebereitschaft unterschiedlicher Gruppen der Stadtgesellschaft ist, wie kurz erwähnt, die Verpflichtung der Kommune, die Ergebnisse zu prüfen und zu bewerten („**Compliance**“), auch im Hinblick auf sachliche Hindernisse, einschließlich finanzieller oder technischer Grenzen der Umsetzung von Vorschlägen aus dem Verfahren. Diese Prüfungsergebnisse sollten nicht nur an die Teilnehmenden, sondern auch insgesamt kommuniziert werden, um die Ernsthaftigkeit und Nachhaltigkeit des kommunalen Partizipationswillens zu verdeutlichen.

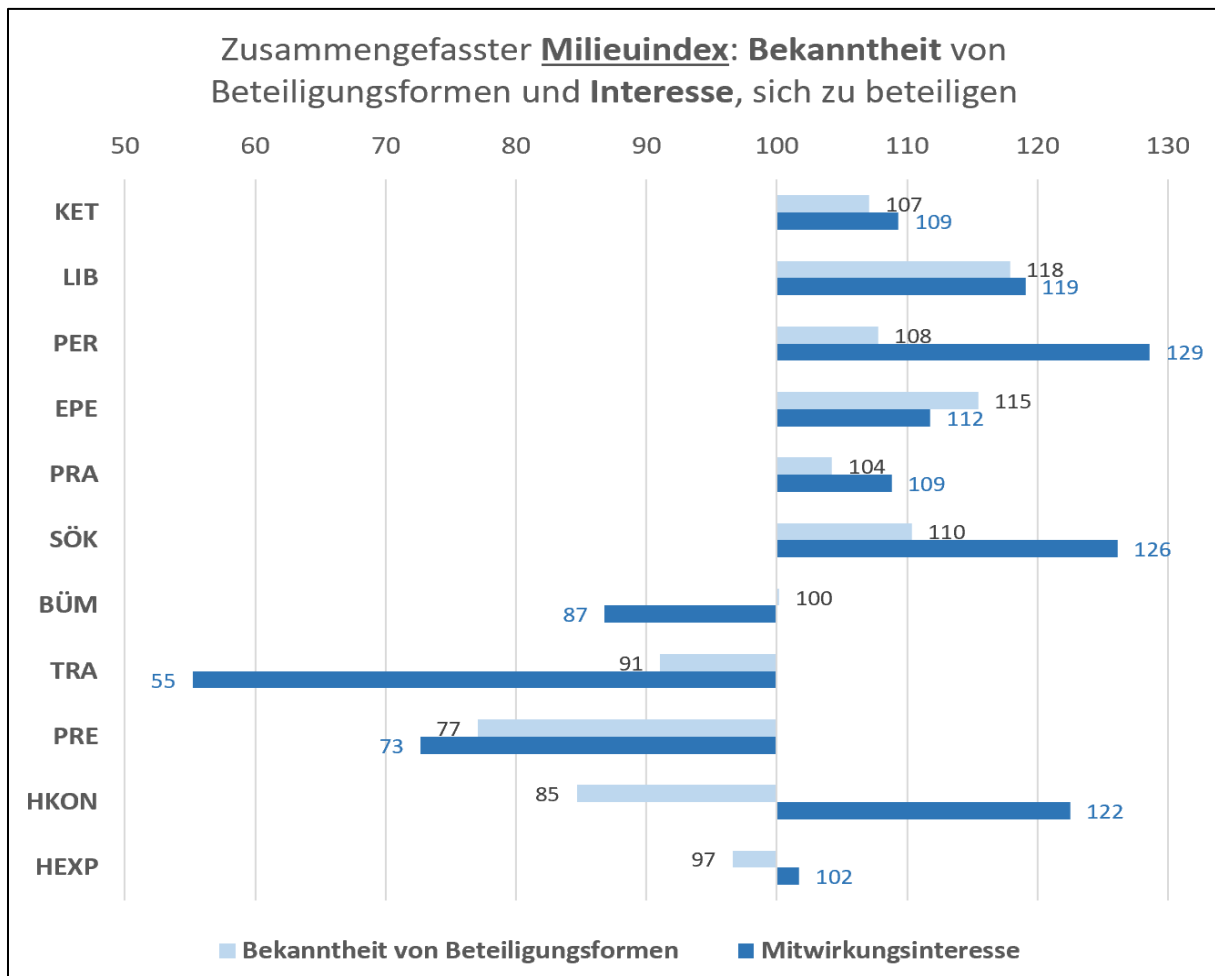
9.3. Milieus und Partizipation

Einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung mehrerer dieser Gestaltungsfaktoren bietet wie erwähnt das Milieuwissen sowie die Informationen zur räumlichen Verteilung der Milieus. Bevor dieses Anwendungsinstrument näher beleuchtet wird, zunächst ein Überblick über das allgemeine Milieuwissen zu Fragen der (kommunalen) Beteiligung, und zwar für das Gesamtmodell der Sinus-Milieus und für die Migrantenumilieus.

Inhaltlich geht es um die allgemeine Bekanntheit von Teilnahmeverfahren, die grundsätzliche Bereitschaft zur Teilnahme sowie die Wahrnehmung von Hürden und Hindernissen für die eigene Teilnahme. Die Fragen wurden im Rahmen der vhw-Sinus-Trendstudie 2016 und der Migrantenumilieustudie 2019 gestellt und ausgewertet.

¹⁵⁷ Siehe Kuder, T.: *Corona und der steinige Weg zur digitalen Beteiligung*. vhw-Werkstadt, Nr. 43, Juli 2020; Leitner, M. (Hrsg.): *Digitale Bürgerbeteiligung. Forschung und Praxis – Chancen und Herausforderungen der elektronischen Partizipation*. Wiesbaden, Springer VS 2018

Unter den Sinus-Milieus offenbaren die Befunde eine „**partizipative Mehrklassengesellschaft**“, die von engagierter Beteiligungsbereitschaft über ein punktuell und situatives Interesse bis zu einem weitgehenden, teilweise resignierten Desinteresse reicht, insbesondere bei den „Prekären“. Im nachfolgenden Index wurden mehrere Fragen zur Bekanntheit von Beteiligungsformen und zum Beteiligungsinteresse in zwei Gesamtindices zusammengefasst, die jeweils die Abweichung von der Beantwortung durch alle Befragten (= 100) anzeigen. Während die Leitmilieus, am stärksten die Liberal-Intellektuellen und die Performer, solche Angebote weithin kennen und, wie auch die Sozialökologen, ein hohes Mitwirkungsinteresse zeigen, bewegen sich die beiden bürgerlichen Milieus im Mittelfeld, während Prekäre und Traditionelle, ähnlich wie viele Hedonisten, nur begrenzt über Angebote informiert sind und eine insgesamt geringe Mitwirkungsbereitschaft zeigen.



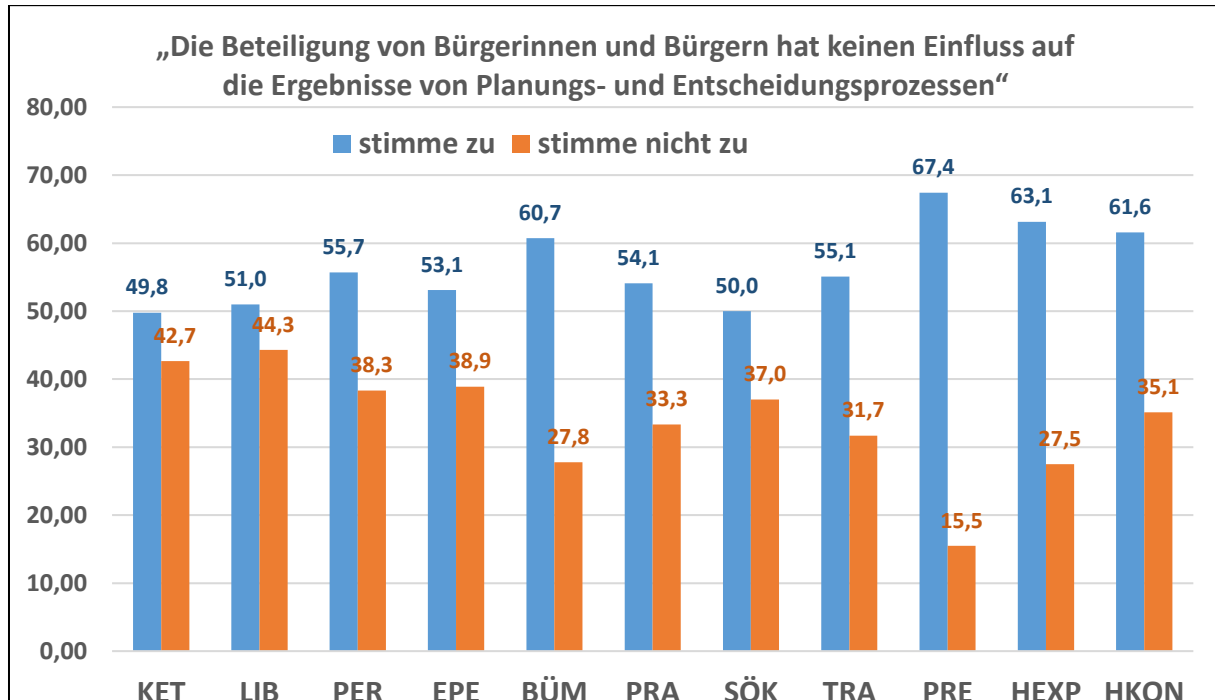
Quelle: vhw-Sinus Trendstudie

Hürden und Hindernisse für eine Beteiligung (TOP 2 Zustimmung und Milieuindex)

stimme voll und ganz zu/ eher zu	Ø	KET	LIB	PER	EPE	PRA	SÖK	BÜM	TRA	PRE	HKON	HEXP
Die Beteiligung von Bürgern hat keinen Einfluss auf die Ergebnisse von Planungs- und Entscheidungsprozessen	56	89,3	91,1	100,0	94,6	96,4	89,3	108,9	98,2	121,4	110,7	112,5
Ich interessiere mich zwar für Bürgerbeteiligung, aber mir fehlt die Motivation daran teilzunehmen	53	88,7	83,0	100,0	90,6	101,9	86,8	115,1	109,4	100,0	113,2	103,8
Für meine Themen und Anliegen interessiert sich ja doch niemand ernsthaft	49	75,5	69,4	104,1	83,7	100,0	69,4	110,2	112,2	124,5	122,4	110,2
Ich habe keine Zeit, mich zu beteiligen	45	91,1	113,3	120,0	117,8	131,1	97,8	95,6	53,3	91,1	128,9	108,9
Ich traue es mir nicht zu , mich an Planungs- und Entscheidungsprozessen aktiv zu beteiligen	41	82,9	63,4	75,6	61,0	95,1	85,4	117,1	141,5	119,5	129,3	100,0
Ich würde mich gerne mehr in und für die Gegend engagieren, in der ich wohne. Ich weiß nur nicht, wie und wo ich das tun kann	35	88,6	62,9	102,9	100,0	111,4	111,4	94,3	71,4	91,4	162,9	128,6
Ich verstehe oft gar nicht, worum es bei der Bürgerbeteiligung geht ; daher kann ich mich auch nicht aktiv einbringen	34	64,7	55,9	76,5	58,8	114,7	64,7	117,6	132,4	132,4	152,9	111,8
Ich sehe nicht ein, warum ich mich engagieren sollte. Das ist Aufgabe der Politik	29	72,4	65,5	106,9	48,3	103,4	44,8	110,3	137,9	131,0	179,3	86,2
Ich fühle mich bei denen, die sich engagieren, nicht willkommen	29	65,5	41,4	96,6	75,9	82,8	79,3	117,2	89,7	144,8	189,7	117,2
		(stark) überrepräsentiert										
		(stark) unterrepräsentiert										

Ein hohes Maß an Skepsis war hinsichtlich des Einflusses der Teilnehmenden auf die Prozessergebnisse zu beobachten; eine entsprechende Frage erhielt in sämtlichen Milieus eine negative Mehrheit (siehe Diagramm unten). Auffällig ist hier der hohe Anteil der **Bürgerlichen Mitte**, was die breite Unzufriedenheit in diesem Milieu über die allgemeine gesellschaftliche und politische Entwicklung reflektiert; dies zeigt sich erneut bei der Frage nach der „Motivation“ teilzunehmen (siehe Tabelle oben). „Zeitmangel“ als Hürde ist besonders stark bei den Adaptiv-Pragmatischen zu finden, da bei ihnen Doppelverdiener mit Kindern überdurchschnittlich stark vertreten sind¹⁵⁸.

Mangelnde Information zum „wann“ und „wo“ der Verfahren wird dagegen von den hedonistischen Milieus beklagt, die zusammen mit TRA und PRE häufig auch der Meinung sind, Inhalt und Zweck der Veranstaltung nicht zu verstehen. Unter den genannten Milieus ist zugleich auch die Vorstellung verbreitet, es sei Aufgabe der Politik sich um diese Fragen zu kümmern. Schließlich meinen gerade die sozial schwächeren Milieus (PRE, HED-KON) häufig, „nicht willkommen“ zu sein.



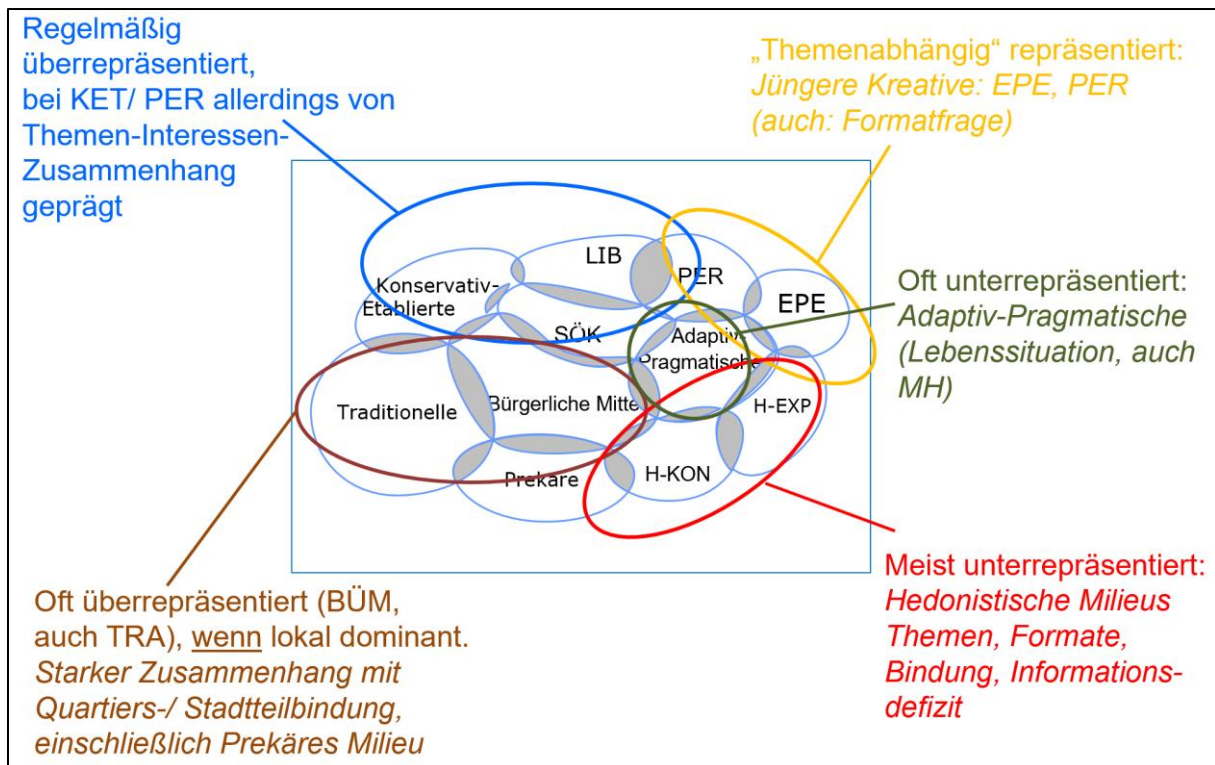
¹⁵⁸ Diese Beobachtung konnte auch bei der Evaluation der Verfahren gemacht werden, teilweise sogar in Abhängigkeit vom Wochentag einer Bürgerversammlung.

Die **Praxiserfahrungen** und Evaluationsstudien bestätigen einige dieser Hindernisse, zeigen jedoch zugleich die starke Kontext-Abhängigkeit der Teilnahme der verschiedenen Milieus.

Der vhw hat solche Verfahren und Evaluationen unter stark variierenden sozialräumlichen Bedingungen durchgeführt. Das Spektrum reicht von bürgerlich-traditionellen Stadtvierteln in Kiel über gemischte, auch von Zugewanderten geprägte Stadtteile in Hamburg oder Berlin über innerstädtische Quartiere (Hamm Westf.) bis zu kleinstädtischen Strukturen in Baden-Württemberg. Auch zivilgesellschaftlich organisierte Prozesse wie die Altenessen-Konferenz in Essen¹⁵⁹ waren Teil des Untersuchungsspektrums. Ungeachtet der jeweiligen Spezifika lassen sich mehrere übergreifende Erkenntnisse nennen, welche zusammen mit der Milieuzugehörigkeit ermittelt werden konnten. Dazu zählen:

- Durchgängig waren die Liberal-Intellektuellen, Konservativ-Etablierten und Performer überrepräsentiert, wobei sich bei den beiden letztgenannten Zusammenhänge zum behandelten Gegenstand feststellen ließen.
- Stärker themenabhängig beteiligten sich die jüngeren kreativen Milieus; bei ihnen spielt auch das Beteiligungsformat eine wichtige Rolle. Traditionelle Bürgerinnen- und Bürgerversammlungen werden seltener besucht, digitale Angebote dagegen häufiger.
- Bestätigt wurde die Unterrepräsentanz der jüngeren Bürgerlich-Pragmatischen (PRA), wie erwähnt auch als Folge ihres häufig begrenzten Zeitbudgets.
- Meist unterrepräsentiert waren die beiden hedonistischen Milieus, die sich oft mit den Themen, Formaten und Informationen bzw. den dafür verwendeten Medien nicht angesprochen fühlten.
- Interessant ist das Teilnahmeverhalten der bürgerlich-traditionellen Milieus (BÜM und TRA): Sie waren vor allem dann stärker vertreten, wenn sie im Projektgebiet eine Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner stellten; seltener dagegen, wenn andere Milieus dominant und sie demnach in der Minderheit waren.

¹⁵⁹ Hallenberg, B.: *Ergebnisse der Befragung zur Bewertung der bisherigen Altenessen-Konferenzen*. Berlin, Essen, Mai 2015



Erfahrungen aus der Beteiligungspraxis im vhw-Städtenetzwerk

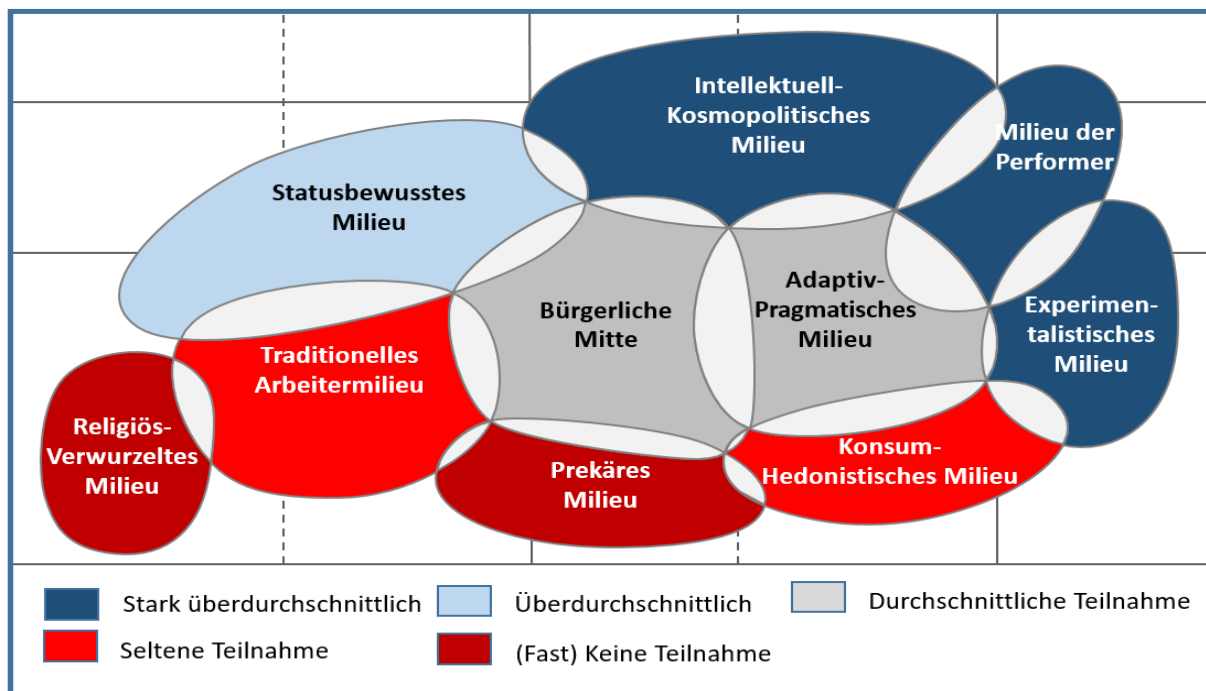
- Unabhängig von der Milieuzugehörigkeit war festzustellen, dass die Teilnahmebereitschaft eng mit der **Wohndauer im Quartier** und der dabei entstandenen Bindung zusammenhängt; dies konnte lokal durch den Rückgriff auf Daten zur Wohndauer festgestellt werden.
- Damit zusammenhängend spielt auch das **Alter der Teilnehmenden** eine wichtige Rolle; deutlich überrepräsentiert waren in vielen Veranstaltungen die 45- bis 65-Jährigen, während die Teilnahmequote bei den anderen Altersgruppen deutlich abfiel. Mit anderen, etwa digitalen Formaten ließe sich dieses Defizit vermutlich jedoch positiv beeinflussen – insbesondere dann, wenn für jüngere Milieus interessierende Themen auf der Agenda stehen.
- Die Anwendung innovativer Methoden bei der Kommunikation, Einladung und Gestaltung von Verfahren konnte jedoch nicht verhindern, dass **gut organisierte Initiativen** den Ausgang einzelner Verfahren maßgeblich in ihrem Sinne geprägt haben. Damit wurde die angestrebte Repräsentativität unterlaufen, wie etwa bei der Beteiligung zur (Neu-) Aufstellung des Flächennutzungsplans in Bergisch Gladbach¹⁶⁰.

9.4. Migrantenmilieus und Beteiligung

Besondere Aufmerksamkeit muss den **Milieus von zugewanderten Menschen** geschenkt werden. Sie waren (und sind) in vielen Fällen deutlich unterrepräsentiert, auch wenn es im Kontext der vhw-Veranstaltungen gelungen ist, ihren Teilnahme-Anteil durch gezielte Ansprache und Berücksichtigung ihrer - zuvor geäußerten - Anliegen teilweise deutlich zu steigern.

¹⁶⁰ Hallenberg, B., Jähn, S., Rohland, F., Voth, A.: *Qualifizierte Bürgerbeteiligung zur Neuaufstellung des FNP in Bergisch Gladbach*. vhw-Werkstadt, Nr. 12, April 2017

Als wichtigste Hürden bleiben sprachliche Probleme sowie unzureichende Informationen über Inhalte und Ziele kommunaler Beteiligungsangebote bestehen, was auf erhebliche Herausforderungen für ein erfolgreiches Empowerment hindeutet. In der migrantischen „Milieulandschaft“ ist eine scharfe Dreiteilung im Hinblick auf konkrete Beteiligungserfahrungen festzustellen, wie die folgende Grafik dokumentiert. Während die jüngeren, modernen und in größeren Teilen in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Milieus (KOS, PER, EXP sowie mit Abstrichen STA) sich häufig beteiligt haben, tendieren die konkreten Erfahrungen in den traditionellen bzw. sozial-schwächeren Milieus teilweise gegen Null.



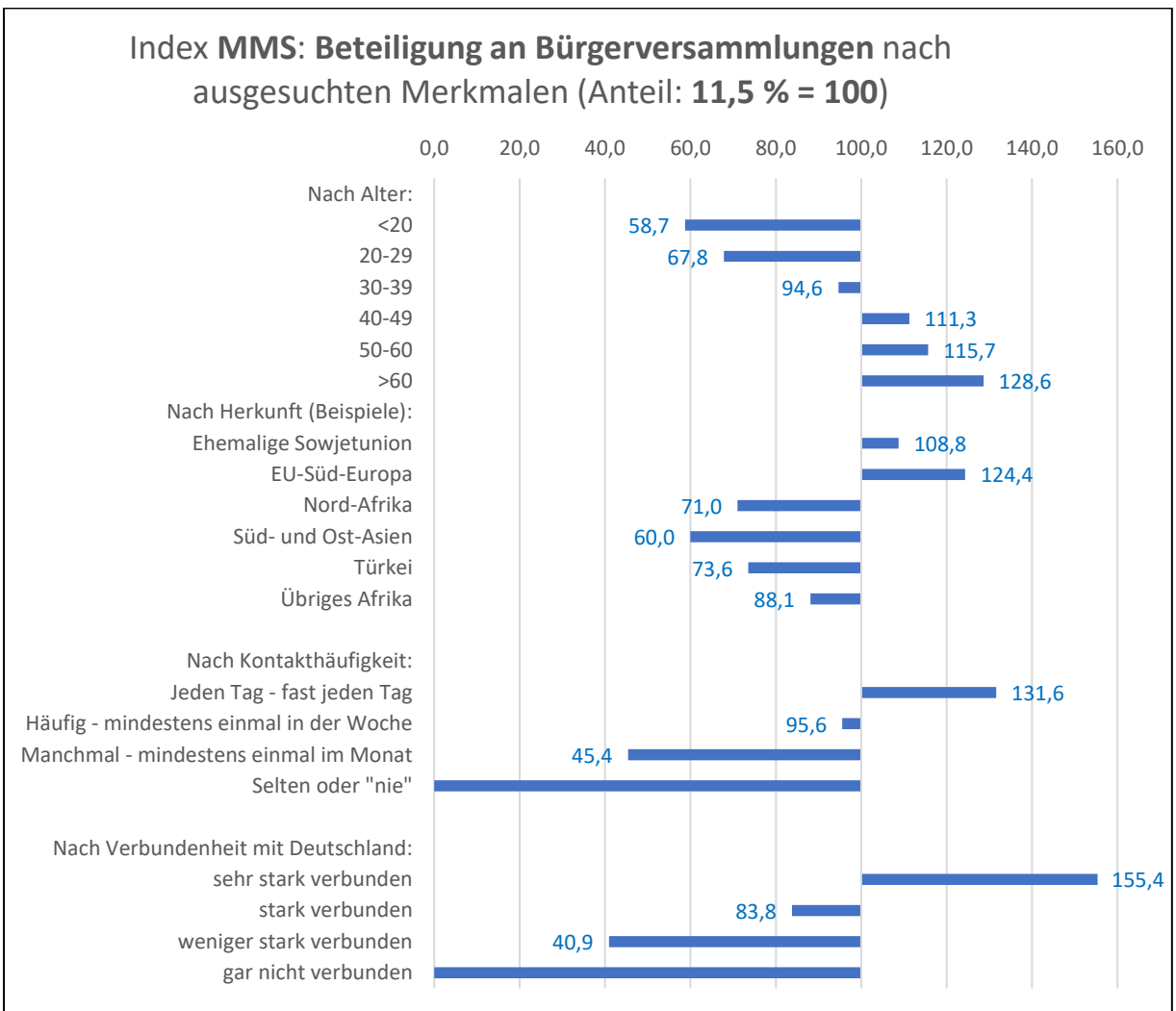
Teilnahme an Beteiligungsformaten in den Milieus

Aufgeschlüsselt nach weiteren sozio-demografischen Merkmalen sowie den Befragungsergebnissen zur Kontakthäufigkeit oder zur Verbundenheit zeigen sich starke Wirkungszusammenhänge: Bei den Befragten wächst die Beteiligungserfahrung mit zunehmendem Alter, der Häufigkeit von Kontakten zur Gesamtbevölkerung und der gefühlten Verbundenheit mit dem Land (Deutschland).

Zwar möchte eine Mehrheit der Migranten grundsätzlich in die Entwicklung ihres Quartiers einbezogen werden, doch aufgrund fortbestehender Hürden wirken nur wenige Milieus tatsächlich aktiv mit. Anders sieht es beim Ehrenamt aus; immerhin 45 % der Befragten möchten im Wohnviertel mitwirken, vornehmlich die Milieus der KOS, STA sowie die Bürgerliche Mitte (BÜM).

Bekanntheit von Beteiligungsmöglichkeiten	Milieuindex										
	Gesamterget	STA	KOS	PER	EXP	PRA	BÜM	ARB	REL	PRE	KHED
an Bürgerversammlung / Bürgergespräch der Stadt teilnehmen	55,0	96,5	125,4	131,3	109,4	103,3	97,2	87,6	85,3	77,3	51,1
an Bürgerbefragung / Unterschriftenaktion teilnehmen	66,8	95,7	112,6	118,0	116,1	93,4	86,8	96,7	93,2	93,4	84,1
an Protestversammlungen oder Demonstrationen beteiligen	68,4	89,5	113,9	118,5	117,9	98,1	80,6	85,5	104,6	100,6	89,8
eine Partei vor Ort um Unterstützung bitten	38,9	88,6	120,4	133,6	121,4	92,2	93,1	68,5	98,8	98,4	70,5
in einer Bürgerinitiative mitarbeiten	53,0	81,9	116,3	136,3	120,2	97,6	83,1	89,0	90,0	100,4	74,0
in Beiräten mitarbeiten	31,1	79,7	132,8	158,5	129,5	90,6	104,5	56,0	81,6	75,2	52,5
direktdemokratisch abstimmen, z.B. in einem Bürgerentscheid	48,6	85,3	121,5	132,3	125,9	94,9	78,7	86,5	106,0	89,0	68,6

Bereits teilgenommen an...	Milieuindex										
	Gesamterget	STA	KOS	PER	EXP	PRA	BÜM	ARB	REL	PRE	KHED
an Bürgerversammlung / Bürgergespräch der Stadt teilnehmen	11,5	110,8	182,2	141,2	116,4	77,7	99,8	80,0	46,6	12,3	39,6
an Bürgerbefragung / Unterschriftenaktion teilnehmen	25,9	94,4	151,2	168,6	171,2	62,8	92,3	63,4	14,9	54,8	53,1
an Protestversammlungen oder Demonstrationen beteiligen	17,5	55,3	183,1	160,8	198,6	73,1	77,4	26,3	43,9	32,4	89,5
eine Partei vor Ort um Unterstützung bitten	2,7	130,2	206,6	180,9	55,7	63,8	92,2	38,3	0,0	0,0	122,0
in einer Bürgerinitiative mitarbeiten	4,0	87,3	184,8	220,6	99,6	64,2	103,0	38,5	19,3	17,8	65,5
in Beiräten mitarbeiten	2,2	88,4	168,3	160,8	158,9	58,5	206,5	23,4	0,0	0,0	0,0
direktdemokratisch abstimmen, z.B. in einem Bürgerentscheid	12,2	91,9	187,1	158,5	134,3	66,4	101,0	50,3	69,2	29,0	32,1



Weit verbreitet ist unter den Religiös-Verwurzelten (REL), den Hedonisten und den Prekären das Gefühl „**nicht willkommen**“ zu sein, außerdem die Sprachbarriere und die Einschätzung, „**niemand interessiert sich für meine Anliegen**“. Allerdings zeigen in diesen Milieus relativ viele Befragte ein grundsätzlich geringes Interesse, in Entscheidungen zur Entwicklung des Wohnviertels einbezogen zu werden. Hier spiegelt sich die Gesamtsituation dieser Milieus, oft geprägt von Ausgrenzungserfahrungen, Resignation und Selbst-Ausgrenzung wieder. Vor allem beim Religiös-Verwurzelten Milieu trifft diese Grundhaltung auch für ihr sehr geringes Interesse an ehrenamtlicher Mitarbeit zu.

Insgesamt wird deutlich, dass bei den abseitsstehenden Milieus eine längere **negative Wirkungskette durchbrochen werden muss**, um sie zur partizipativen Mitwirkung zu bewegen. Dazu gehört primär die Sprachförderung, die Vermittlung der Ziele von Beteiligung und die Ermittlung und Berücksichtigung der Anliegen dieser Milieus in den Verfahren. Aber auch vorgelagerte Anstrengungen zur Bildungsteilnahme und zur Integration am Arbeitsmarkt sind wichtige Voraussetzungen.

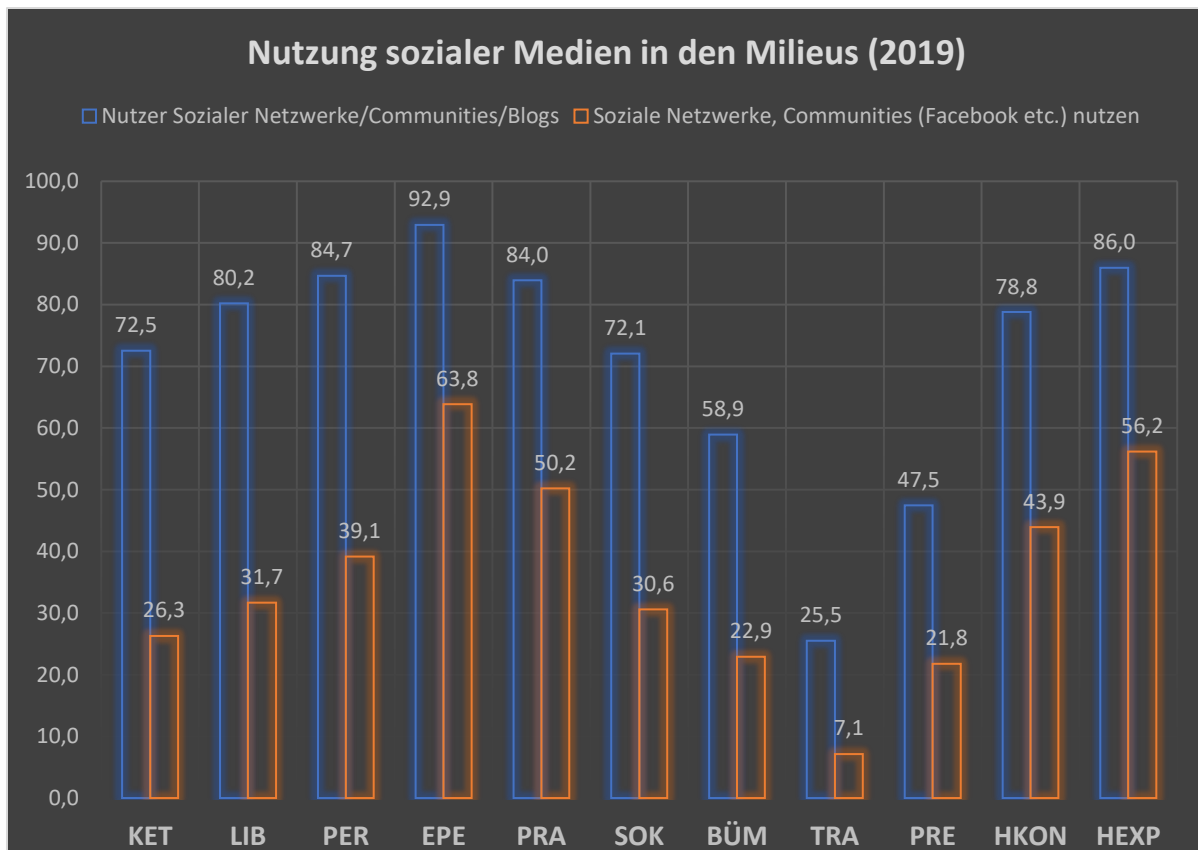
Statements zur Beteiligung : Zustimmung TOP 2, Milieuindex	Zustimmung TOP 2 in %	Milieuindex										
		STA	KOS	PER	EXP	PRA	BÜM	ARB	REL	PRE	KHED	
Ich finde es wichtig, in Entscheidungen über die Entwicklung meines Wohnviertels einbezogen zu werden.	60,2	112	125	119	88	104	114	84	52	72	84	
Ich finde es wichtig, in Entscheidungen über die Entwicklung meiner Nachbarschaft einbezogen zu werden.	58,6	116	126	116	87	105	109	94	59	73	68	
Ich habe keine Zeit, mich zu beteiligen.	52,8	102	87	111	111	118	104	62	65	118	117	
Ich finde es wichtig, mich ehrenamtlich für ein gutes Zusammenleben im Wohnviertel einzusetzen.	45,1	121	140	104	86	105	120	81	48	57	75	
Für meine Themen und Anliegen interessiert sich ja doch niemand ernsthaft.	42,1	100	41	62	96	95	82	119	188	138	166	
Ich sehe nicht ein, warum ich mich engagieren sollte. Das ist Aufgabe der Politik.	37,0	98	35	69	85	105	83	114	160	161	178	
Ich würde mich gerne mehr in und für die Gegend engagieren, in der ich wohne. Ich weiß nur nicht, wie und wo ich das tun kann.	24,3	129	109	83	82	121	134	61	41	96	99	
Bürgerbeteiligung finde ich zwar wichtig, aber ich habe Probleme mit der Sprache.	19,6	113	30	38	48	109	99	128	267	156	120	
Ich fühle mich bei denen, die bei Bürgerbeteiligungen mitmachen, nicht willkommen.	19,6	101	24	29	79	83	80	100	279	156	220	

9.5. Die Nutzung des Milieuwissens und der Geo-Milieuindexdaten in der Verfahrensgestaltung

Das vorhandene Milieuwissen zu den Voraussetzungen und Hürden bei der Beteiligung kann bei der Vorbereitung und -gestaltung der Verfahren aktiv genutzt werden.

Zum einen können durch den Abgleich mit der realen Milieuverteilung im Beteiligungsgebiet milieuo-orientierte Schwerpunkte in der Kommunikation, Information oder bei der Auswahl der Formate gesetzt werden. Entsprechende detaillierte Informationen zur **Kommunikation** sind ebenso wie die genannten Einstellungen zur Beteiligung bereits zusammengestellt worden¹⁶¹. Damit können entsprechende, von den Milieus genutzte Medien zur Vermittlung der verfahrensrelevanten Informationen eingesetzt werden. Um auch die älteren und/ oder prekären Milieus anzusprechen, reichen rein digital vermittelte Informationen nicht aus, wie im folgenden Diagramm deutlich wird. Erforderlich ist ein auf die Mediennutzung der Milieus abgestimmter Mix aus Lokalzeitung, Anzeigenblättern, digitalen Quellen und anderen Formen und Formaten.

¹⁶¹ Praxisleitfaden: Milieuwissen für die Stadtentwicklung und Stadtplanung. Vhw-Schriftenreihe Nr. 24, Berlin März 2021, S. 21ff https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr._24_Praxisleitfaden_Milieuwissen.pdf



B4p 2019: Das Spektrum der Nutzung sozialer Medien in den Milieus

Zum anderen kann auf die adressscharfe **Geo-Milieudatenbank** zurückgegriffen werden, um eine Annäherung an Repräsentativität und breite Inklusion der Verfahren zu fördern. Dieses Vorgehen ist vom vhw in der Praxisbegleitung mehrfach erfolgreich angewendet worden und besteht aus mehreren Stufen:

1. Für das vorgelagerte **Stimmungsbild** zur Ermittlung der Einstellungen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger im Beteiligungsgebiet kann die Zufallsauswahl durch die Auswahl von dominanten Milieudaten qualifiziert werden. Wenn also im Gebiet 15 % der Haushalte dem Adaptiv-Pragmatischen Milieu (PRA) angehören, können für die Vorbereitung des Stimmungsbildes mit z.B. 40 Befragten sechs Adressen mit dem dominanten Milieu „PRA“ angefragt werden, ggf. so häufig, bis sich sechs Haushalte aus der Einwohnermeldedatei zur Befragung bereit erklären. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der ausgewählte Haushalt tatsächlich den PRA zuzurechnen ist, sondern nur, dass er in einem von den PRA dominierten Kontext lebt und eine entsprechende Perspektive einbringt.
2. Um ein repräsentatives Abbild der Milieu- bzw. Sozialstruktur im Verfahren zu erhalten, kann bei den **Einladungen** zur Teilnahme am Verfahren ähnlich vorgegangen werden. Zu diesem Zweck können „Adresspools“ mit den jeweiligen dominanten Milieus gebildet werden. Die konkreten Einladungen erfolgen dann auf Basis der Milieuverteilung im Gebiet. Sollen etwa 200 Personen eingeladen werden und der Anteil der Konservativ-Etablierten (KET) beträgt z.B. 10 % im Gebiet, würden 20 Adressen mit dem dominanten Milieu der KET angeschrieben. Um sicherzustellen, dass durch Absagen dieses proportionale Gefüge nicht ausgehebelt wird, stehen „Ersatzadressen“ mit dem dominanten Milieu KET zur Verfügung. Entsprechendes gilt für alle anderen Milieus. Die bisherigen Auswertungen haben gezeigt, dass auf diese Weise eine

erhebliche Annäherung der Realverteilung im Verfahren an die Milieustruktur vor Ort erreicht werden konnte.

ADDRESS ID	Stadtteil	Stt-Nr	WBZ	BLOCK	HA_MBA_A_Ha ushalt	HA_MGS_K_D OM	HA_MMM_K _DomMig
Uferstr. 20	Campusviertel	213	21301	213007		7 020_LIB	02_KOS
Friedrich-Ebert-Str. 1	Unterer Richtsberg	244	24402	244009		1 090_PRE	ohneMighin
Friedrich-Ebert-Str. 4	Unterer Richtsberg	244	24402	244010		2 081_TBEW	07_TRA
Ernst-Lemmer-Str. 19	Wehrda	311	31105	311095		29 051_BSTA	ohneMighin
Sudetenstr. 26A	Oberer Richtsberg	243	24303	243026		20 082_TVER	07_TRA
Augustinergasse 1	Altstadt	211	21101	211005		10 102_HEXP	10_HED
Bachweg 21	Ockershausen	222	22202	222024		17 052_BHAR	09_PRE
Am Rain 2	Waldtal	232	23201	232002		21 102_HEXP	09_PRE
Am Rain 1	Waldtal	232	23201	232002		3 102_HEXP	09_PRE
Sudetenstr. 16	Oberer Richtsberg	243	24303	243025		22 101_HKON	10_HED
Am Richtsberg 78	Oberer Richtsberg	243	24302	243017		28 082_TVER	09_PRE
Potsdamer Str. 10	Oberer Richtsberg	243	24305	243010		10 101_HKON	08_REL
Potsdamer Str. 12	Oberer Richtsberg	243	24305	243010		16 101_HKON	10_HED
Potsdamer Str. 14	Oberer Richtsberg	243	24305	243010		27 102_HEXP	09_PRE
Potsdamer Str. 2	Oberer Richtsberg	243	24305	243010		28 090_PRE	05_ADA
Sudetenstr. 10	Oberer Richtsberg	243	24303	243025		25 102_HEXP	05_ADA
Sudetenstr. 12	Oberer Richtsberg	243	24303	243025		23 102_HEXP	10_HED
Sudetenstr. 14	Oberer Richtsberg	243	24303	243025		27 101_HKON	08_REL
Sudetenstr. 8	Oberer Richtsberg	243	24303	243025		25 082_TVER	08_REL
Neue Kasseler Str. 12C	Nordviertel	231	23101	231017		1 040_EPE	07_TRA
Am Rain 4	Waldtal	232	23201	232002		18 102_HEXP	04_EXP
In der Badestube 3	Oberer Richtsberg	243	24305	243014		30 090_PRE	08_REL
Cappeler Str. 19	Hansenhaus	242	24201	242027		20 102_HEXP	04_EXP

Beispiel: Ausriss aus der Adressdatenbank mit Adresse, Ortsteil und dominantem Milieu

- Schließlich können diese milieubasierten Adressinformationen anonymisiert in der **Evaluation** der Verfahren genutzt werden, um den Grad der Zielerreichung von „**Repräsentativität**“ zu ermitteln und ggf. unterrepräsentierte Milieus in der Folge gezielter anzusprechen. Dazu hinterlassen die Teilnehmenden ihre Adresse, die dann mit den entsprechenden Geo-Milieudaten abgeglichen wird und zeigt, wie die milieuräumliche Beteiligung konkret ausgesehen hat. Dabei müssen die Datenschutzregeln natürlich streng eingehalten werden.

Diese Verfahren können analog auch für die Migrantenumilieus bzw. Geo-Milieus genutzt werden.

9.6. Marburg, Milieus und Beteiligung – Ein Zwischenfazit

Die Universitätsstadt Marburg bringt durch die überdurchschnittlich hohen Anteile beteiligungsnaher Milieus sehr gute Voraussetzungen für eine gelingende Partizipation im Allgemeinen und ein deliberativ-inkludierendes Vorgehen im Besonderen mit. Mit dem entsprechenden Beteiligungskonzept und den darin enthaltenen Leitlinien wurde eine breite und solide Grundlage für eine erfolgreiche Beteiligungspolitik geschaffen, welche durch den Rückgriff auf die genannten Erfolgsfaktoren weiter gestärkt werden kann.

Die starke Präsenz beteiligungsnaher Milieus schafft eine gute Ausgangsbasis. Allerdings muss dieses Urteil in zwei Punkten eingeschränkt werden. Zum einen ist der hohe, in manchen Stadtvierteln dominierende Anteil von Studierenden zu berücksichtigen, die sich meist nur temporär in der Stadt aufhalten. Diese überschaubare Präsenz kann insbesondere bei mittel- bis längerfristig ausgerichteten Themen und Projekten zu einer erheblich beschränkten Beteiligungsbereitschaft führen¹⁶².

Auf der anderen Seite sind die Ausgangsbedingungen für erfolgreiche Bürger- bzw. Öffentlichkeitsbeteiligung in den **sozial schwierigen Ortsteilen** deutlich ungünstiger. Hier gilt es, mit einer Kette von integrierten Maßnahmen belastbare Grundlagen für eine Beteiligungskultur zu schaffen und die vorhandenen Einrichtungen und Ansätze weiterzuentwickeln. Dazu müssen sprachliche Defizite abgebaut, Kontaktmöglichkeiten verstärkt, der Nutzen von Beteiligungsverfahren verständlich kommuniziert und die spezifischen Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner ermittelt und, soweit möglich, in die Verfahren einbezogen werden. Die genannten Maßnahmen beeinflussen auch andere Handlungsfelder erfolgreicher Teilhabe wie Bildung und Berufseinstieg und sind insofern als Querschnittsaufgaben zu verstehen.

Die in diesem Kapitel beschriebenen Erfolgsfaktoren sind aus der Perspektive und mit dem Ziel einer möglichst repräsentativen, inhaltlich argumentierenden und ausgleichenden sowie Konsens- bzw. Kompromiss-suchenden Beteiligungspraxis entstanden und untersucht worden. Dahinter steht ein spezielles Verständnis von Partizipation als zusätzlichem Pfeiler einer bürgerorientierten Urban Governance¹⁶³.

¹⁶² Siehe auch Ritter, F.P.: *Aktuelle Herausforderungen der kommunalen Bürgerbeteiligung am Beispiel der Stadt Heidelberg*. In: Bätge, F., Effing, K., Möltgen-Sicking, K., Winter, T. (Hrsg.) *Politische Partizipation. Kommunale Politik und Verwaltung*. Springer VS, Wiesbaden 2021, S.235-256

¹⁶³ Zur Diskussion über die Rolle der Beteiligung für und in der lokalen Demokratie, s.a. Lobeck, M., Selle, K., Wiegandt, C.-C.: *Mehr als Bürgerbeteiligung*. Vhw-Werkstadt Nr.58, März 2021

Kapitel 10: Zusammenfassung und ergänzende Handlungsempfehlungen

Die Universitätsstadt Marburg zeichnet sich durch eine ganze Reihe positiver, teilweise unitärer Eigenschaften aus. Studierende sorgen für Vitalität und Belebung des öffentlichen Raumes, die Innenstadt wird von ihren Besucherinnen und Besuchern als überdurchschnittlich attraktiv bewertet, und ihre touristische Anziehungskraft ist hoch¹⁶⁴. Naturnähe und eine relativ dünne Besiedlung des Stadtgebietes sind ebenfalls zu nennen. Ökonomisch ist Marburg als ein führender Pharma- und Gesundheitsstandort zukunftsfähig aufgestellt, in enger Vernetzung mit dem Wissenschaftsbetrieb an Universität und Klinikum.

Gleichwohl sieht sich die Stadt mit mehreren Herausforderungen konfrontiert, die sich teilweise bereits deutlich, teilweise erst in Ansätzen abzeichnen. Die vorliegende Analyse hat versucht, diese Herausforderungen in den unterschiedlichen Handlungsfeldern der Stadtpolitik unter besonderer Nutzung des Instrumentes der sozialen Milieus deutlich zu machen. Die Liste der Herausforderungen ist vielfältig. Sie umfasst ebenso bundesweite Trends, denen sich die Stadt nicht entziehen kann, wie regional- und lokalspezifische Gegebenheiten und Perspektiven. Das Spektrum reicht von rückläufigen Studierendenzahlen und deren Folgen über das Erfordernis einer Verbreiterung der Wirtschaftsstruktur, einer zukunftsfähigen, integrierten Wohnungspolitik bis zum Abbau von teilträumlichen Segregationstendenzen und der Förderung der Teilhabe bei Arbeit und Wohnen. Zudem gilt es, die abnehmende Dynamik des Landkreises und dessen gemischte Zukunftsperspektiven im Blick zu behalten.

Eine breit angelegte Gemeinwesen- und Quartiersarbeit, unterstützt von zivilgesellschaftlichen Akteuren, ist längst im engagierten Einsatz. Die Bevölkerung wird durch ein umfangreiches Beteiligungsangebot in die Stadtgestaltung einbezogen. Zugleich besteht jedoch in mehreren Handlungsfeldern ein Anpassungs- bzw. Erweiterungsbedarf. Als sinnvolle Ergänzung erscheint etwa ein Ausbau der Ko-Produktion in den Feldern „Wohnen“ und „Arbeit“ unter Einbeziehung aller relevanten Stakeholder, um den anstehenden Herausforderungen zu begegnen. Dies gilt ebenso für das Erfordernis einer noch stärker **integrierten Stadtentwicklungspolitik**, deren künftige Erfordernisse gerade auch durch die Milieubrille deutlich gemacht werden können, wie etwa bei der nötigen Verzahnung von Arbeitsplatz-, Infrastruktur- und Wohnungsangeboten.

Im Weiteren werden die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung kurz zusammengefasst. Dazu zählt auch ein kurzer Blick auf die Perspektiven der Region.

(1) Milieustruktur und räumliche Verteilung

Marburg verfügt über eine **breit gefächerte Milieulandschaft**, die von **jüngeren und kreativen Milieus** geprägt wird. Zudem ist bei den drei in Marburg im Deutschland-Vergleich deutlich überrepräsentierten Milieus – Exeditive/ EPE, Adaptiv-Pragmatische/ PRA und Performer/ PER - grundsätzlich eine weitere Zunahme in Deutschland zu erwarten. Im Kern entspricht die Milieuverteilung den entsprechenden Strukturen in den ähnlich großen Universitätsstädten Gießen und Tübingen.

Zu berücksichtigen ist allerdings, dass der hohe, aber leicht rückläufige Anteil von Studierenden entscheidend zum hohen Anteil der **Exeditiven** beiträgt. Der absehbare Rückgang der Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger in den nächsten Jahren kann zu einem Abschmelzen dieses modernen und flexiblen Milieus führen, wenn es nicht gelingt, Studienabsolventen durch geeignete Maßnahmen wie der weiteren Diversifizierung des Jobangebotes stärker als bisher zum Verbleib zu bewegen.

¹⁶⁴ Vgl. IFH Köln (Hrsg.): Vitale Innenstädte 2020, a.a.O., S.14, 24

Auffällig ist der im Stadtvergleich deutlich geringere Anteil der **Migrantenmilieus** an allen Milieuhaltungen. Zwar studieren auch in Marburg viele „Bildungsausländerinnen und -ausländer“, doch der Anteil der Milieus der Mitte im mittleren Alter ist vergleichsweise gering. Dies zeigt sich auch im relativ geringen Anteil von EU-Ausländerinnen und -Ausländern in der Stadt. Von der Arbeitsmigration nach Deutschland profitiert Marburg nur in geringem Maße.

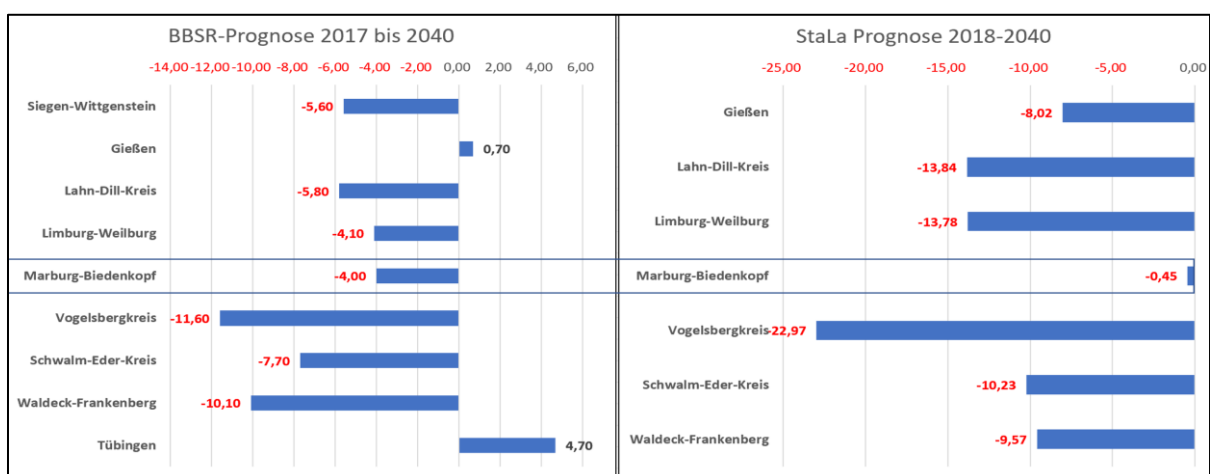
Teilräumlich unterscheiden sich **Kernstadt und Außenstadt** in der Milieuzusammensetzung erheblich. Die Leitmilieus – KET, LIB, PER - sind in der Außenstadt stark vertreten, wobei die Performer dort einen höheren Anteil ausmachen als in der Kernstadt, was auch durch den Mangel an bedürfnisgerechten Wohnungen in der Kernstadt begründet sein kann. In den meisten Teilen der Kernstadt besteht eine breite Milieumischung, die allerdings bis zur Dominanz der *Expeditiven* und der entsprechenden Altersgruppen reicht, wie in der Altstadt. Ausnahmen sind die vier **sozial schwächeren Ortsteile** mit hohen Anteilen der hedonistischen Milieus und der *Traditionellen* – dort handelt es sich um lebensweltlich polarisierte Strukturen, die sich zeitweise auch in relativ hohen rechtspopulistischen Stimmenanteilen niedergeschlagen haben. In Waldtal und Stadtwald sind deutlich breiter gemischte Strukturen zu beobachten als im Großsiedlungsbereich am Richtsberg.

Bis auf die Baublockebene lassen sich in Marburg sechs **Milieucluster** unterscheiden. Die Milieustruktur der jeweiligen Bevölkerung korrespondiert eng mit den sozialen Indikatoren bzw. Variablen, die in der Matrix im Anhang zusammengefasst werden. **Hauptaufgabe** bleibt, die Mischung zu erhalten und zu verbreitern, sowohl unter Milieu-, Herkunfts- als auch Altersstruktur- und sozialen Aspekten¹⁶⁵.

(2) Demografische Entwicklungen und sozialräumliche Strukturen

Die **Bevölkerungsdynamik** in Marburg ist **geringer** als in vergleichbaren Universitätsstädten. Besonders deutlich wurde dies in den Jahren der Pandemie, doch auch zwischen 2011 und 2019 blieb Marburg deutlich hinter Gießen und Tübingen zurück. Anders als in Gießen oder Tübingen folgt der Landkreis der Entwicklung in der weiteren Region Marburg mit insgesamt stagnierenden Zahlen.

Der Rückgang bei den **18-25-Jährigen** seit 2019 spiegelt die Corona-Folgen am Uni-Standort und die allgemeine „**demografische Delle**“ in der Altersgruppe der **Studienanfängerinnen und -anfänger**. Dagegen ist der zunehmende Wanderungsverlust bei den **Kindern unter 6 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit** (auch) Ausdruck für eine **Familienwanderung** zur Verbesserung der Wohnsituation, einschließlich der Eigentumbildung. Dieser Befund kann durch Bevölkerungs- und Fertigstellungsdaten in den benachbarten Gemeinden erhärtet werden.



¹⁶⁵ Zur Maßnahmenvielfalt vgl. BBSR (Hrsg.): *Soziale Vielfalt im Blick*. BBSR-Online Publikation 7/2019.

Quellen: Bevölkerungsprognosen 2017/2040 des BBSR und Prognose 2018/2040 des Stat. Landesamts Hessen.

Während die **Wanderungsverluste** Marburgs bis 2017 überwiegend auf Großstädte wie Frankfurt oder Berlin entfielen, haben sich ab 2018 die zuvor positiven Bilanzen gegenüber dem Restkreis Marburg-Biedenkopf deutlich verschlechtert. Die Abwanderung der Jüngeren in die Metropolen – etwa durch die *Expeditiven* nach Uni-Abschluss – wird inzwischen verstärkt durch die **Familienabwanderung ins Umland**. Insgesamt hat die Stadt zwischen Ende 2015 und Ende 2020 saldiert knapp 6.500 deutsche Staatsangehörige verloren und 2.300 ausländische Staatsangehörige hinzugewonnen.

Das BBSR rechnet für den Kreis Marburg-Biedenkopf und weite Teile der umliegenden Region mit einem **Bevölkerungsrückgang** bis 2040 von minus 4 %, der auch die Unter-20-Jährigen betrifft. Demgegenüber fällt der Rückgang nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes für den Zeitraum 2018 bis 2040 mit einem Minus von 0,45 % deutlich moderater aus (*Diagramme oben*), weist aber zugleich auf die Unsicherheiten der Prognostik für den Raum Marburg hin.

Kleinräumig ist die Bevölkerungsstrukturentwicklung in engem Zusammenhang mit der **sozialen Lage** sowie den Studierenden in den Ortsteilen zu sehen. Während in der Altstadt zwei Drittel der Bewohnerinnen und Bewohner zwischen 16 und 29 Jahren alt sind, bewegt sich der Anteil der **Seniorinnen und Senioren** in der Außenstadt durchgängig deutlich über dem Niveau der Kernstadt. Besonders auffällig ist die **hohe Konzentration von Zugewanderten** in einigen Ortsteilen, insbesondere im Rahmen der Fluchtzuwanderung seit 2015, vor allem am Richtsberg. Dort lebten 2021 etwa 35 % aller ausländischen Kinder und Jugendlichen in Marburg, bei einem Gesamtanteil des Ortsteils an der Bevölkerung von 8 %.

Die wachsende Konzentration einiger Bevölkerungsgruppen in ausgewählten Ortsteilen spiegelt sich im **Segregationsindex**, der Maßzahl für die (Un-) Gleichverteilung einer Gruppe zwischen den Ortsteilen wider. Bei den Geflüchteten aus den Haupt-Asylherkunftsändern ist er zuletzt weiter gestiegen, ähnlich hoch ist er bei Studierenden und am höchsten bei ausländischen Kindern und Jugendlichen.

Die Sozialräume in Marburg

Es lassen sich – entsprechend der Milieuclustering – sechs **Sozialräume** unterscheiden. **Cluster 1** umfasst die Altstadt und das Campusviertel. Prägend sind der sehr hohe Anteil von Studierenden, ein mehr als 70 %-iger Anteil von kreativen und urbanen Milieus, eine durchschnittliche Kaufkraft, ein sehr geringer Anteil von Familien mit Kindern sowie niedrigen SGB-II und SGB-XII-Quoten. **Cluster 2** ist breiter gemischt, auch mit gehobenen Milieus, einem etwas geringeren Studierendenanteil als in Cluster 1 und unterdurchschnittlichen Quoten im SGB II und XII. **Cluster 3** umfasst 12 Ortsteile, mit höheren Anteilen von bürgerlichen und gehobenen Milieus, einem geringeren Anteil von Migrantenmilieus, niedriger und überwiegend leicht rückläufiger SGB II-Quote sowie leicht steigender SGB-XII-Quote bei den Älteren.

Cluster 4 umfasst die **vier sozial schwächeren Ortsteile**, mit sehr geringer Kaufkraft, einem hohen Anteil von Hedonisten, aber auch Bürgerlich-Traditionellen sowie weit überdurchschnittlichen Sozialtransfer-Quoten. Allerdings sind unterschiedliche Entwicklungsmuster in den Ortsteilen erkennbar. Während die SGB-II-Quoten am Richtsberg in den letzten Jahren gestiegen sind, ist in Waldtal und Stadtwald ein leichter Rückgang zu beobachten. Hier schlägt sich der deutlich höhere Anteil von Studierenden nieder, obwohl in Waldtal der Anteil von Menschen aus den Haupt-Asylherkunftsändern ähnlich hoch ist wie am Richtsberg. Auffallend ist die erheblich höhere Quote der Grundsicherung im Alter in Waldtal und am Unteren Richtsberg, während am Oberen Richtsberg fast die Hälfte der Kinder unter 16 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften leben.

Cluster 5 – Wehrshausen und Dagobertshausen – weist die mit Abstand höchste Kaufkraft und den höchsten Anteil von Seniorinnen und Senioren auf, ohne dass Anzeichen für Altersarmut erkennbar sind. Dominierend sind die Leitmilieus der *Konservativ-Etablierten* und *Liberal-Intellektuellen*; zugleich ist der Anteil von Haushalten mit Migrationshintergrund dort am geringsten.

Cluster 6 erstreckt sich über die sonstigen Außenstadtteile, die Kaufkraft liegt nur leicht über dem Marburger Mittel. Prägend sind hohe Anteile von Bürgerlich-Traditionellen, aber auch vielen Haushalten aus dem (älteren) Milieu der Prekären. Die SGB-II-Quote ist in den vergangenen Jahren stärker gestiegen als in den meisten anderen Ortsteilen.

Der **Sozialwohnungsbestand** entfällt zu mehr als 55 % auf die vier Ortsteile in **Cluster 4**, allein gut 30 % auf den Oberen Richtsberg. Dort leben 27 % der Bewohnerinnen und -bewohner in preisgebundenen Wohnungen. Die Milieuverteilung und die SGB-II-Quote im Sozialwohnungsbestand entspricht weitgehend dem Versorgungsziel; so stellen die sozial schwächeren Milieus 61 % der Haushalte im Bestand. Allerdings zeigt ein Vergleich zwischen der Anzahl der Sozialwohnungen und der Zahl der SGB-Bedarfsgemeinschaften in den Ortsteilen eine sehr **unterschiedliche teileräumliche Versorgungslage**.

Da ca. ein Drittel des gebundenen Bestandes (Stand 2020) bis 2031 aus der Bindung fällt, ist eine (Über-) Kompensation durch neue geförderte Wohnungen erforderlich. Der Neubau sollte auch dezentrale Komponenten haben, um die soziale Mischung zu stärken und eine zu starke räumliche Konzentration einzelner Gruppen zu vermeiden.

(3) Stand und Perspektiven von Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Der Milieuforschung fällt auch bei der Bewertung der Handlungsfelder „Beschäftigung/ Arbeitsmarkt“ und „Wirtschaftsstruktur“ eine wichtige Rolle zu, da sich in den Milieus die spezifischen beruflichen Orientierungen und Qualifikationen mit den parallelen Wohnungs- und Infrastrukturbedürfnissen verbinden. Gerade im Blick auf die angestrebte Zuwanderung von (hoch-) qualifizierten Fachkräften und Experten kann dieser Mehrwert in einem integrierten Ansatz genutzt werden, etwa hinsichtlich der relevanten Milieus der *Pragmatischen*, der *Performer* sowie solcher *Expeditiver*, die nach dem Studienabschluss zum Verbleib in Marburg bewegt werden können.

Die **Beschäftigungs- und Wirtschaftsstruktur** in Marburg und dem umliegenden (Rest-) Kreis und deren Perspektiven sind insgesamt ambivalent zu bewerten. Zu Beginn der 2020er Jahre rangierte der Kreis Marburg-Biedenkopf bundesweit im Mittelfeld der Regionen. Der „Teilhabeatlas Deutschland“ des Berlin Instituts ordnet den Kreis im Hinblick auf die **Teilhabechancen der Bewohnerinnen und Bewohner** dem Cluster 5 – „*Ländliche Regionen mit vereinzelt Problemen*“ zu¹⁶⁶. Im „**Prognos Zukunftsatlas 2019**“ des Prognos-Instituts¹⁶⁷ belegt der Kreis bundesweit **Rang 235** und fällt damit in die Perspektiv-Kategorie mit der Bewertung „ausgeglichene Chancen und Risiken“. Im „Dynamikranking“ ist der Kreis 2019 um nahezu 200 Ränge gegenüber 2016 zurückgefallen und rangierte kurz vor der Corona-Pandemie nur auf Rang 371 unter den 401 Kreisen und Städten. Kritisch wurden in diesem Kontext die Wettbewerbs- und Innovationskraft des Kreises und der Region mit ihrem langsamen und nur bedingt diversifizierenden Strukturwandel bewertet.

¹⁶⁶ Berlin-Institut (Hrsg.): *Teilhabeatlas Deutschland. Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen*. Berlin 2019, S.12, 15. Siehe auch IW Köln (Hrsg.): *Die Zukunft der Regionen in Deutschland. Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit*. M. Huther, J. Sudekum, M. Voigtlander (Hrsg.). Köln 2019

¹⁶⁷ <https://www.prognos.com/de/projekt/zukunftsatlas-2019> Die nächste Ausgabe erscheint im Laufe des Jahres 2022.

So steht dem auch wissenschaftlich angebundenen und vernetzten Pharmastandort Marburg ein Restkreis gegenüber, in dem das Verarbeitende Gewerbe trotz eines gewissen Rückgangs weiterhin eine relevante bis dominante Rolle spielt. Ausdruck für dieses ökonomische Stadt-Umland-Gefälle ist auch die für eine Mittelstadt geringe **Auspendlerquote** in Marburg von 37 % (2021). Diese Zahl reflektiert einerseits einen hohen „Selbstversorgungsgrad“, zeigt andererseits aber das begrenzte wirtschaftliche (Wachstums-) Potenzial des übrigen Kreises in seiner aktuellen Wirtschaftsstruktur.

Entsprechend geringer fällt in Marburg im Vergleich zu Gießen oder Tübingen der Zuwachs bei den Wohnort-Beschäftigten aus. Zudem hat Marburg einen weit überdurchschnittlich hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten.

Erforderlich ist insgesamt eine weitere **Diversifizifizierung** der Wirtschaftsstruktur und der Jobangebote in Stadt und Kreis, etwa im IT-Bereich, um neben den vorhandenen Stärken und positiven „weichen“ Standortvorteilen die Bindungskraft und Anziehungskraft in der Breite zu erhöhen und positive Agglomerationseffekte zu schaffen.

Verstärkte Beachtung muss auch die vermehrte Abkoppelung von Arbeits- und Wohnort im Zuge des verstärkten **Homeoffice**-Angebotes finden, zumal in Marburg das entsprechende Potenzial bislang weit unterdurchschnittlich ausgeschöpft worden ist. Denkbar ist, dass ein Teil der Homeoffice-affinen Milieus ihre Wohnbedürfnisse in größerer Entfernung von der Stadt Marburg realisieren und damit auch die Sozialstruktur beeinflussen können. Zudem dürfte die fortschreitende **Digitalisierung** in vielen regional tätigen Branchen zu einem Arbeitsplatzverlust führen, der durch Neuansiedlungen von Zukunftsbranchen kompensiert werden muss.

Gewisse Erfolge sind in der Region bei der Arbeitsmarktintegration der in den letzten Jahren **geflüchteten Menschen** zu beobachten: Auf der Kreisebene wurden Mitte 2021 erstmals mehr Beschäftigte als Arbeitssuchende aus den Haupt-Asylherkunftsländern (HKL) registriert. Die besondere Lage der HKL-Personen am Arbeitsmarkt in der Region wird auch darin deutlich, dass sie im Kreis Marburg-Biedenkopf knapp die Hälfte aller ausländischen Arbeitssuchenden stellen, deutlich mehr als in den meisten Großstädten. Hier gilt es, die Zusammenarbeit zwischen der regionalen Wirtschaft und den Vermittlungsstellen weiter zu intensivieren.

(4) Wohnen und Wohnungsmarkt

Entwicklungsanalysen und Handlungsempfehlungen zum Thema „Wohnen und Wohnungsmarkt“ wurden bereits im Kapitel 7.5 vorgelegt. Im Kontext dieser Zusammenfassung ist vor allem die Notwendigkeit einer **integrierten Gesamtplanung** hervorzuheben, in der die Ziele der Wirtschaftsförderung, der sozialen und der allgemeinen, auch qualitativen Wohnungsversorgung, des Umwelt- und Klimaschutzes und der sozialen Mischung abgewogen und aufeinander abgestimmt werden müssen. Potenzielle Zielkonflikte, wie „Freiflächenentwicklung versus Verdichtung“¹⁶⁸ können durch innovative Konzepte verringert werden, bedürfen jedoch auch einer politischen Priorisierung. Grundsätzlich scheint das Zusatzpotenzial für den Wohnungsbau im Rahmen von Innenentwicklungsmaßnahmen bundesweit in vielen Städten durchaus hoch zu sein, wie eine aktuelle BBSR-Studie ermittelt hat¹⁶⁹.

¹⁶⁸ Unveröffentlichter Beitrag von C. Peters (Hamburg) bei der Sitzung des vhw-Kuratoriums am 31.3.2022

¹⁶⁹ BBSR im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): *Bauland- und Innenentwicklungspotenziale in deutschen Städten und Gemeinden*. BBSR-Online-Publikation 11/2022, Bonn, März 2022

Um den zu erwartenden Entwicklungen und Trends begegnen zu können besteht das Erfordernis eines verbreiterten, quantitativ und räumlich ausgewogenen **Wohnungsangebotes** über **alle Segmente** hinweg. Dazu gehört neben der Schaffung bezahlbaren Wohnraums auch ein leistbares Angebot für berufstätige Haushalte mit Kindern, sowohl um den Zuzug nach Marburg zu ermöglichen als auch um entsprechende Haushalte und Milieus zum Verbleib zu bewegen. Dies schließt auch die Wohneigentumsangebote ein, zumal diese für einige **Milieus** weiter an Attraktivität gewonnen haben. Hier ist auch an mehrere **Migrantenmilieus** mit ihrer bisherigen „Unterversorgung“ zu denken, wobei Konzepte innerhalb ihrer bisherigen räumlichen Umfelders ihre „Brückenfunktion“ sichern könnten.

Schließlich sollte auch die Mieter- oder Eigentüternachfolge vieler älterer Haushalte, etwa der Traditionellen, bedacht werden, damit deren Nachfolge nicht zu einer weiteren Segregation sozial benachteiligter Gruppen führt. Grundsätzlich ist beim sozialen Wohnungsbau und der Vermietungspraxis die dezentrale Ausrichtung zu fördern, insbesondere im Zusammenwirken mit den Wohnungsunternehmen, aber auch den privaten Vermietern, denen eine erhebliche Bedeutung zufällt.

(5) **Gesellschaftliche Teilhabe – Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung**

Die engagierte und umfangreiche Gemeinwesen-, Quartiers- und Beteiligungsarbeit in Marburg kann durch das **Milieuwissen** und den teilweise darauf aufbauenden Ansatz „inkludierender Beteiligungsverfahren“ sinnvoll ergänzt und erweitert werden. Mit Hilfe der Geo-Milieudaten kann eine milieuorientierte Kommunikation und Information der verschiedenen Bevölkerungsgruppen erfolgen. Zudem können Einladungen gezielt vorgenommen werden, um so das Ziel einer breiten, alle Bevölkerungsgruppen einbeziehenden Beteiligung aktiv zu fördern.

Milieubezogen sind nicht nur die jeweils genutzten Informationsmedien bekannt, sondern auch die typischen Hürden, die häufig eine Mitwirkung verhindern. Dabei spielen Aspekte wie „fehlende Kenntnisse über Beteiligungsinhalte“ ebenso eine Rolle wie das Gefühl, vom Thema nicht persönlich betroffen zu sein, Zweifel, ob man „überhaupt willkommen ist“ oder das Gefühl, dass eine Teilnahme „sowieso nichts“ bewirke. Zudem herrscht bei vielen Milieus oft Zweifel darüber, ob und wie die Kommune mit den Ergebnissen umgehen werde. Durch eine entsprechende inhaltliche und kommunikative Gestaltung der Verfahren und ihrer Rahmenbedingungen kann diesen Hindernissen entgegengearbeitet werden, um so die gesellschaftliche Teilhabe insgesamt zu stärken und zudem breit akzeptierte inhaltliche Ergebnisse zu erreichen.

Darüber hinaus können weitere Erfolgsfaktoren, die sich in der Praxis bewährt haben, in die Verfahrensgestaltung einbezogen werden. Dazu zählt ein vorgelagertes **Stimmungsbild**, um einen Einblick in die Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner im Beteiligungsgebiet zu erhalten, die deliberative Gestaltung des Verfahrens, die Verpflichtung der Stadt zu einem prüfenden Umgang mit den Ergebnissen der Verfahren (*compliance*) und eine **Evaluation** der Wirkung des Verfahrens auf die Teilnehmenden.

(6) **Sonstige Anwendungsfelder der Milieuforschung**

Die vorliegende Analyse konnte nicht sämtliche potenziellen Anwendungsmöglichkeiten der Milieuforschung einbeziehen. Neben den genannten Handlungsfeldern kann das Milieuwissen auch gezielt zur Konzeptionierung und Umsetzung zentraler Zukunftsaufgaben eingesetzt werden. Dazu zählen u.a. die **Digitalisierungspolitik** in der Kommune, die Ausgestaltung von **Mobilitäts- bzw. Verkehrskonzepten** oder ergänzende Maßnahmen zum **Klimaschutz** bzw. zum Umgang mit dem Klimawandel. Diese Themen können im Zuge von Beteiligungsverfahren aufgegriffen und milieuorientiert behandelt werden.

Ergänzende Handlungsempfehlungen

- Stärkung der Kooperation und Vernetzung zur **beruflichen Integration und Teilhabe**, insbesondere von **Geflüchteten**.¹⁷⁰ Dabei sollten Jobcenter, der Fachbereich Integration, die regionale IHK und größere Unternehmen abgestimmt zusammenarbeiten.
- Kurz erwähnt wurde das Erfordernis einer **intensiveren Abstimmung** zwischen den Wohnungsunternehmen, den relevanten Fachbereichen und Vertreterinnen bzw. Vertretern der privaten Vermieter. Dies könnte durch eine Wiederbelebung des „**Runden Tisches**“ geschehen¹⁷¹ oder durch andere Formate. In der Tendenz kann dies in einem zentralen Handlungsfeld zu einer Form von Ko-Produktion führen.
- Im **Innenstadtbereich** können die Ergebnisse der IFH-Studie in Verbindung mit einem veränderten Nutzungsverhalten in den Altersgruppen und den Milieus zu antizipierenden Anpassungsprozessen genutzt werden.
- Die Universitätsstadt Marburg kann ihre **Kommunikationsstrategie** erweitern - sowie milieugerecht ausgestalten -, um auch außerhalb der engeren Region über die Vorteile und Attraktoren von Stadt und Umland zu informieren. Eine zusätzliche Zielgruppe könnten Menschen aus den EU-Staaten sein, die bislang in Marburg stark unterrepräsentiert sind und zur nötigen Erweiterung des Jobangebotes beitragen können.
- Grundsätzlich zu empfehlen ist - neben den erwähnten Maßnahmen wie dem Aufbau eines Baulandkatasters oder der breiten Nutzung innovativer Baukonzepte – der Aufbau eines **Monitoring systems**, welches sich über alle relevanten Handlungsfelder erstrecken sollte. Dieses kann sowohl im Rahmen der integrierten Planung als auch als „Frühwarnsystem“ eingesetzt werden.
- Dazu kann auch der Milieubereich beitragen, etwa durch ein **Update der kleinräumigen Milieu- und Kaufkraftverteilung** im Rhythmus von etwa zwei Jahren. Die Neumodellierung des Sinus-Milieumodells Ende 2021 kann zusätzlicher Anlass für ein solches Vorgehen sein¹⁷².

Viele der Ergebnisse lassen sich auf ähnlich strukturierte Städte übertragen, insbesondere die mittelgroßen Universitätsstädte. Gleichzeitig wurde jedoch deutlich, dass lokale und regionale Spezifika eine erhebliche Wirkungsbreite haben und für vertiefte Kontextanalysen unverzichtbar sind.

Zugleich eröffnet der Rückgriffe auf die Milieuforschung und die Geo-Milieus neue und erweiterte Möglichkeiten, Maßnahmen wesentlich präziser auf Bedürfnis- und Sozialraum-Lagen auszurichten und so als zusätzliche Basis für eine antizipierende Planung zu dienen.

¹⁷⁰ Abzuwarten bleibt, welche Auswirkungen die Fluchtzuwanderung aus der Ukraine auf die Lage in Marburg haben wird.

¹⁷¹ Dieser Wunsch wurde auch in den Expertengesprächen vorgebracht.

¹⁷² Siehe dazu auch die Sinus-Unterlagen zum Milieuworkshop im Herbst 2021

Anhang:

Übersicht der Indikatoren und Variablen auf Ortsteilebene

Tabelle 1: Anteile der Sinus-Milieus auf der Ebene der Marburger Ortsteile

Nr.	Name	010_KET	020_LIB	030_PER	040_EPE	050_BÜM	060_PRA	070_SOK	080_TRA	090_PRE	101_HKON	102_HEX
211	Altstadt	3,3	0,2	7,7	54,0	0,2	18,8	6,2	1,2	0,4	0,0	8,1
212	Weidenhausen	4,8	1,2	5,8	30,3	6,7	5,8	6,5	4,0	1,3	1,7	31,9
213	Campusviertel[3]	7,8	2,0	7,6	39,1	0,3	21,5	7,2	3,1	0,2	0,0	11,2
214	Südviertel	6,7	2,8	17,7	22,2	3,2	29,8	4,4	6,4	0,8	0,0	6,0
	210 Innere Kernstadt	5,7	1,8	12,3	34,4	2,2	23,2	5,6	4,2	0,6	0,2	9,8
221	Grassenberg	6,9	25,3	16,0	15,8	3,1	22,0	7,1	0,4	0,0	0,0	3,4
222	Ockershausen	15,8	5,7	6,8	2,6	14,7	14,4	10,5	13,3	8,1	1,9	6,2
223	Stadtwald	5,6	0,0	1,4	1,0	4,0	25,0	4,8	13,9	4,3	17,8	22,1
	220 Westliche Kernstadt	11,5	11,5	9,2	6,8	9,4	18,3	8,6	9,1	4,9	3,3	7,3
231	Nordviertel	12,0	2,3	8,7	22,0	8,6	11,4	3,5	13,2	1,0	1,0	16,3
232	Waldtal	0,8	0,0	0,5	16,0	5,2	1,4	0,0	18,9	0,0	9,4	47,8
233	Ortenberg	12,4	14,1	13,3	20,2	2,7	22,4	4,6	3,7	1,2	0,0	5,4
234	Lahnberge	3,4	10,3	48,3	0,0	6,9	13,8	10,3	0,0	0,0	0,0	6,9
	230 Östliche Kernstadt	10,5	6,1	9,4	20,4	6,1	13,8	3,4	10,7	1,0	1,8	16,9
241	Südbahnhof	9,5	15,8	18,9	7,4	9,1	21,7	5,2	4,1	2,3	0,0	6,1
242	Hansenhäuser	10,6	6,9	7,5	16,9	10,5	6,9	3,8	15,7	5,6	4,1	11,6
243	Oberer Richtsberg	0,8	2,9	2,5	0,1	4,7	1,6	2,9	20,9	7,5	40,7	15,4
244	Unterer Richtsberg	0,0	0,1	0,1	4,0	0,4	0,0	1,0	26,2	2,0	46,5	19,7
	240 Südliche Kernstadt	5,3	5,2	5,6	7,7	6,8	5,2	3,2	18,1	5,5	23,8	13,6
301	Kernstadt	7,5	5,3	9,3	19,2	5,5	15,5	5,1	10,2	2,9	7,7	11,7
342	Bauerbach	16,3	6,4	18,3	1,6	11,7	18,1	16,8	4,3	3,9	0,0	2,5
353	Bortshausen	14,5	0,0	5,1	0,0	27,4	6,0	17,1	12,8	6,8	5,1	5,1
351	Cappel	13,7	10,2	6,6	0,3	22,0	8,4	9,1	11,1	11,4	1,9	5,2
331	Cyrlaxweimar	13,6	15,0	4,9	0,0	19,2	6,6	2,4	2,1	35,9	0,0	0,3
324	Dagobertshausen	13,0	56,0	7,7	8,2	5,8	4,3	2,9	0,0	0,0	0,0	1,9
326	Dilschhausen	23,1	0,0	2,2	0,0	8,8	14,3	0,0	7,7	13,2	18,7	12,1
325	Elnhäuser	18,9	3,7	10,1	2,0	8,6	9,1	20,9	9,8	14,0	0,8	2,0
341	Ginseldorf	23,1	2,0	21,6	0,0	13,5	11,4	10,7	6,1	7,4	1,3	3,0
354	Gisselberg	10,7	3,2	22,0	0,0	17,1	1,3	14,1	11,8	11,5	3,6	4,7
332	Haddamshausen	18,0	10,9	5,5	0,0	27,3	1,6	5,5	5,1	26,2	0,0	0,0
333	Herbershausen	9,0	0,0	1,7	0,0	14,0	2,2	4,5	14,0	43,8	7,3	3,4
321	Marbach	12,6	23,7	16,8	2,3	10,1	20,1	9,0	1,9	1,1	0,0	2,3
322	Michelbach	18,1	7,9	11,2	0,3	14,7	9,7	25,9	8,1	3,7	0,0	0,4
344	Moischt	14,9	1,1	1,3	0,0	17,4	6,0	8,3	19,2	24,5	1,6	5,7
352	Ronhausen	13,4	0,8	0,8	0,0	42,0	2,5	3,4	11,8	25,2	0,0	0,0
343	Schröck	24,9	1,2	4,1	0,0	15,6	3,7	23,4	13,6	12,0	0,0	1,4
311	Wehrda	10,7	11,1	8,3	5,7	19,0	8,9	12,4	8,9	5,4	0,3	9,2
323	Wehrshausen	6,8	51,0	17,4	2,6	16,4	1,8	3,4	0,0	0,5	0,0	0,0
	Außenstadtteile	14,3	11,6	9,8	1,9	17,2	9,6	12,2	8,6	9,3	1,0	4,5
	Marburg	10,0	7,6	9,5	12,8	9,8	13,3	7,7	9,6	5,3	5,3	9,0

Tabelle 2: Kaufkraftindex in den Marburger Ortsteilen

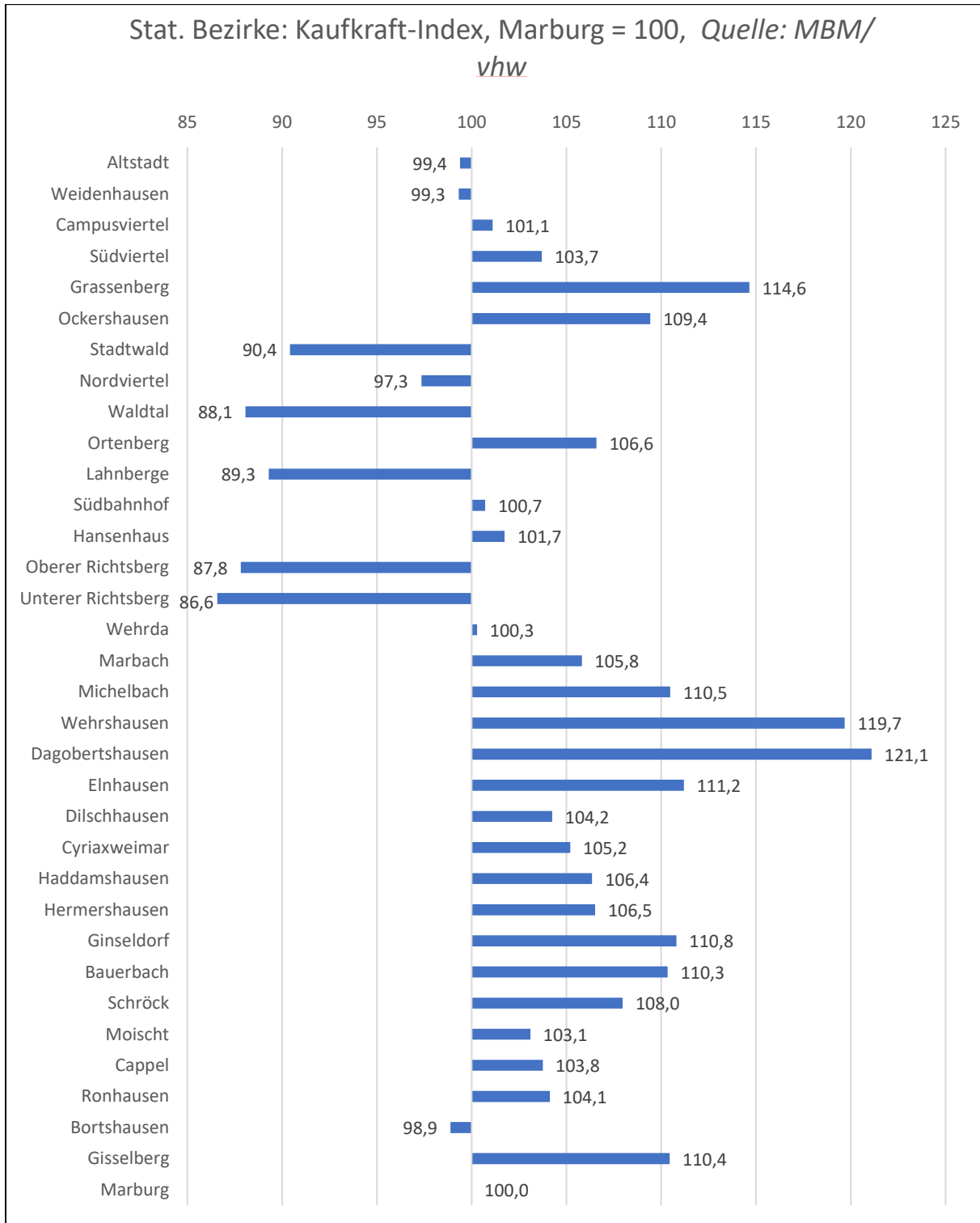


Tabelle 3: Indikatoren- und Variablen-Tabelle der Ortsteile

Indikator	KKR	Anteile Milieugruppen an allen Haushalten, in %	Bewölkerung	Altersstruktur 2020	Ausländer/innen in %, in Altersgruppen	nach Herkunft	Studierende	SGB-II Quoten: Personen in BG	Veränderung Quote	SGB-XII Quoten																							
Ortsteil	Kaufkraft_Index (Stadt = 100)	Kreative Urbane: PER PRA EPE Bürgerlich-Traditionell: BUM TRA Gehobene: LIB KET Hedonisten SOK PRE	Bevölkerung Ver 2016-2021 in %	Bis u 16 % 16 bis 29 % 65+ 2020 %	Ausl in % Anteil Ausl u16 Anteil Ausl 16-29 Anteil Ausl u65	Asyl-HKL an allen Einwohnern Anteil arab. Staaten mit Syr, Iraq EW Anteil Ex-SU* (ohne Baltikum) EW Anteil Türkei an allen EW	Studierende in % der EW 2021	Anteil Pers u65 in SGB II_BG 2015 Anteil Pers u65 in SGB II_BG 2020 Anteil BG u16 2015 Anteil BG u16 2020	Ver. Kinder Quote in PP 2015/2020 Ver Quote u65 2017-2020	Quote SGBXii ü65 2020 Quote SGBXii ü65 2017 Veränderung Quote in PP Quote unter 65 Jahre 2020																							
211 - Altstadt	99,4	80,5	1,4	3,5	8,1	6,2	0,4	19,9	1	4,176	-3,4	3,6	65,9	5,7	12,7	2,1	12,0	13,3	2,4	2,5	0,9	0,6	34,7	4,0	4,4	9,9	8,3	-1,6	0,4	7,8	6,6	1,2	1,2
212 - Weidenhausen	99,3	41,8	10,8	6,0	33,6	6,5	1,3	15,4	2	1,475	-4,1	6,6	43,5	10,3	9,9	1,0	11,3	10,7	1,3	0,9	0,3	0,5	10,1	5,0	4,7	7,8	5,1	-2,7	0,4	12,9	8,0	4,9	2,5
213 - Campusviertel	101,1	68,2	3,4	9,8	11,2	7,2	0,2	19,8	1	2,527	0,4	4,9	53,4	11,5	14,8	14,9	14,8	16,1	2,7	2,3	1,3	0,7	39,4	2,5	4,8	8,3	14,9	6,6	0,2	13,7	2,5	11,2	1,7
214 - Südviertel	103,7	69,7	9,5	9,4	6,0	4,4	0,8	14,1	2	7,384	-4,6	8,9	39,6	11,9	8,6	7,5	9,6	9,3	2,1	1,7	0,5	0,4	18,9	3,6	5,4	4,1	8,0	3,9	0,7	7,3	3,6	3,7	1,1
221 - Grassenberg	114,6	53,8	3,5	32,2	3,4	7,1	0,0	14,9	2	2,854	-2,5	9,5	36,6	18,0	10,2	3,8	16,6	11,8	2,2	1,7	1,0	0,4	18,2	1,9	2,4	1,8	2,3	0,5	-0,9	4,0	0,4	3,6	1,5
222 - Ockershausen	109,4	23,7	28,1	21,5	8,0	10,5	8,1	12,5	3	4,543	-4,0	11,5	24,1	21,3	7,3	5,4	12,2	9,0	1,9	1,2	0,5	0,3	5,8	4,2	4,8	7,7	7,3	-0,4	0,8	4,6	2,2	2,4	2,0
223 - Stadtwald	90,4	27,4	17,9	5,6	39,9	4,8	4,3	23,7	4	1,637	11,0	15,3	38,9	7,7	22,5	25,8	27,1	23,9	8,4	5,8	3,0	2,4	13,6	22,5	23,2	41,5	41,9	0,4	-2,5	28,7	17,0	11,7	3,5
231 - Nordviertel	97,3	42,1	21,9	14,3	17,3	3,5	1,0	28,1	2	4,910	5,3	7,5	51,3	9,9	22,5	14,9	28,0	24,4	6,6	4,8	1,8	1,0	25,5	4,6	4,8	12,6	7,9	-4,7	-0,2	8,1	3,4	4,7	1,1
232 - Waldtal	88,1	17,9	24,1	0,8	57,1	0,0	0,0	28,6	4	1,386	-2,0	15,3	39,0	9,8	37,2	45,4	45,0	39,4	16,9	8,3	6,8	1,1	16,7	26,1	27,3	40,9	44,9	4,0	-2,3	46,2	56,0	-9,8	3,9
233 - Ortenberg	106,6	55,9	6,4	26,5	5,4	4,6	1,2	15,7	2	2,895	-3,1	10,5	34,6	14,3	11,3	11,9	14,5	12,3	2,5	1,9	0,7	0,6	13,5	4,1	5,0	6,1	10,8	4,7	-0,4	4,0	5,0	-1,0	1,5
241 - Südbahnhof	100,7	48,0	13,2	25,3	6,1	5,2	2,3	16,1	2	1,140	0,3	11,6	33,7	15,8	12,9	14,5	15,7	14,7	4,5	4,2	0,5	0,4	11,5	3,2	6,0	5,4	9,2	3,7	-0,8	2,8	1,2	1,6	2,2
242 - Hansenhäus	101,7	31,0	26,0	17,4	16,1	3,8	5,8	17,5	3	5,348	-0,4	10,1	33,5	15,3	13,8	15,1	15,4	15,4	3,4	2,9	1,0	1,2	11,0	5,8	6,8	10,9	12,4	1,5	-0,0	7,8	6,4	1,4	2,0
243 - Oberer Richtsberg	87,8	4,1	25,7	3,7	56,1	2,9	7,5	31,5	4	5,200	-0,6	20,9	20,5	16,6	27,5	35,8	33,3	31,0	15,6	10,8	3,9	1,5	3,0	28,9	36,1	41,2	47,6	6,4	1,4	33,7	23,5	10,2	3,8
244 - Unterer Richtsberg	86,6	4,1	26,6	0,1	66,2	1,0	2,0	33,8	4	2,523	11,2	16,1	29,1	13,7	30,2	29,9	35,9	32,1	10,8	7,1	6,3	2,9	9,4	20,9	26,3	35,5	41,9	6,4	2,2	42,9	35,3	7,7	4,3
311 - Wehrda	100,3	23,0	27,9	21,8	9,5	12,4	5,4	16,8	3	5,928	-2,5	12,3	26,5	18,9	13,8	11,8	24,9	16,2	3,8	2,7	1,6	0,6	9,0	6,8	9,5	11,9	15,2	3,3	0,0	6,8	5,9	0,9	2,2
321 - Marbach	105,8	39,2	12,0	36,2	2,3	9,0	1,1	15,7	3	3,380	-3,2	12,9	27,1	18,4	8,2	3,3	12,7	9,5	1,9	1,2	1,0	0,4	9,0	3,5	3,7	5,5	3,7	-1,8	-0,6	1,2	0,7	0,5	0,7
322 - Michelbach	110,5	21,2	22,8	26,0	0,4	25,9	3,7	12,3	3	2,218	8,6	20,3	13,0	15,6	6,3	6,2	11,8	7,0	1,6	0,9	0,2	0,4	1,3	3,0	4,2	4,6	5,3	0,7	-0,0	1,2	0,6	0,6	1,2
323 - Wehrshausen	119,7	21,9	16,4	57,8	0,0	3,4	0,5	9,2	5	6,81	-4,1	14,5	15,3	26,6	3,9	2,1	7,8	4,7	4,9	4,3	1,2	0,7	1,9	1,3	1,0	0,0	0,0	0,0	0,4	0,0	0,0	0,0	0,8
324 - Dagoberthausen	121,1	20,3	5,8	69,1	1,9	2,9	0,0	10,4	5	3,70	-5,4	12,7	20,8	29,6	14,6	6,7	41,9	18,4	6,5	3,9	0,3	0,3	2,8	1,4	5,2	2,3	6,7	4,3	-0,9	0,0	0,0	0,0	1,6
325 - Einhausen	111,2	21,3	18,4	22,6	2,8	20,9	14,0	11,5	3	1,037	-7,3	14,6	14,4	21,8	8,4	9,8	18,0	10,4	2,3	2,2	1,7	0,8	1,1	8,0	10,6	17,0	21,6	4,6	0,0	1,8	2,4	-0,6	1,1
326 - Dilschhausen	104,2	16,5	16,5	23,1	30,8	0,0	13,2	9,8	3	1,79	1,1	10,2	16,8	18,0	5,4	5,9	3,6	5,8	4,8	3,6	0,0	0,0	2,0	4,6	5,8	0,0	0,0	0,0	-0,5	3,3	4,2	-0,8	1,5
331 - Cyraxweimar	105,2	11,5	21,3	28,6	0,3	2,4	35,9	10,5	6	5,43	-6,2	14,5	17,7	22,3	5,0	9,0	7,4	6,2	1,7	1,7	0,2	0,0	2,0	4,0	6,5	7,4	12,8	5,5	0,9	1,7	0,8	0,8	0,2
332 - Haddamshausen	106,4	7,0	32,4	28,9	0,0	5,5	26,2	7,7	6	5,07	-1,4	13,3	15,1	21,3	2,0	0,0	2,7	1,8	0,6	0,2	0,2	0,0	2,0	2,8	4,3	3,6	3,0	-0,5	0,7	2,8	3,2	-0,4	0,3
333 - Hermerhausen	106,5	3,9	28,1	9,0	10,7	4,5	43,8	11,9	6	3,86	-2,3	15,0	19,3	16,0	3,1	1,7	6,6	3,6	0,0	0,0	0,5	0,0	0,5	3,2	2,7	4,5	5,1	0,5	0,3	0,0	0,0	0,0	0,9
341 - Ginseldorf	110,8	33,0	19,5	25,1	4,3	10,7	7,4	11,3	3	7,15	-10,2	14,6	14,2	18,8	3,6	2,9	2,9	4,0	0,7	0,7	0,1	0,0	2,5	3,3	1,7	7,9	1,9	-6,0	-0,9	3,0	0,9	2,1	0,7
342 - Bauernbach	110,3	38,0	16,0	22,7	2,5	16,8	3,9	13,8	3	1,386	-4,7	14,3	20,3	15,9	6,9	9,6	9,8	8,0	1,8	2,1	1,3	0,6	1,2	2,6	3,3	4,6	5,4	0,8	-1,2	1,2	1,0	1,4	0,6
343 - Schrock	108,0	7,8	29,3	26,1	1,4	23,4	12,0	10,8	3	1,790	-4,7	16,1	16,5	19,1	6,8	11,1	9,8	7,9	4,5	4,4	1,5	0,2	1,6	2,6	6,5	3,7	12,9	9,2	2,1	3,6	1,6	2,0	0,6
344 - Moisch	103,1	7,3	36,5	16,1	7,3	8,3	24,5	11,7	6	1,116	-7,5	14,0	15,7	22,3	7,2	9,7	10,3	8,7	4,5	4,6	1,5	0,5	1,6	2,6	6,5	3,7	12,9	9,2	2,1	3,6	1,6	2,0	0,6
351 - Cappel	103,8	15,3	33,2	23,9	7,2	9,1	11,4	13,3	3	6,826	-8,1	13,6	19,2	22,8	7,5	6,2	13,1	9,1	1,7	0,9	0,8	0,7	3,8	6,0	7,7	9,6	10,5	0,9	0,2	3,3	2,3	1,1	1,8
352 - Ronhausen	104,1	3,4	53,8	14,3	0,0	3,4	25,2	12,2	6	2,25	5,6	12,1	13,0	25,1	1,4	0,0	3,7	1,9	0,5	0,0	0,0	0,0	1,0	2,3	3,9	0,0	0,0	0,0	3,9	0,0	0,0	0,0	0,0
353 - Borshausen	98,9	11,1	40,2	14,5	10,3	17,1	6,8	14,2	6	2,30	-7,6	12,6	11,7	20,8	1,3	0,0	3,7	1,6	0,0	0,0	0,0	0,0	1,3	4,8	2,7	3,2	3,4	0,2	1,1	0,0	0,0	0,0	1,1
354 - Gisselberg	110,4	23,3	28,8	13,9	8,3	14,1	11,5	15,4	3	8,65	-8,3	16,1	17,5	17,8	8,0	7,8	14,4	9,2	1,6	1,0	0,2	0,3	4,3	3,6	6,3	8,4	9,9	1,5	-0,9	3,2	2,8	0,4	0,4
MARBURG	100,0	35,6	19,4	17,6	14,3	7,7	5,3	17,1	x	77,091	-2,1	12,0	31,5	15,9	13,3	14,2	17,9	15,0	4,4	3,1	1,4	0,8	12,0	7,4	9,4	14,2	17,1	2,9	0,2	10,1	6,1	3,9	2,2
	überdurchschnittlich hoch bzw. überdurchschnittlich ansteigend										überdurchschnittlich gering bzw. überdurchschnittlich absteigend																						

Tabelle 4: Veränderung der Bevölkerung nach Altersgruppen und Nationalität in den Ortsteilen, 1.1.2016 bis 1.1.2021

Ortsteil	6-11-			16-			36-		41-		51-61-			66-71-		76-81-			Ver. Dt. Ew. gesamt
	0-5 Jahre	10 Jahre	15 Jahre	20 Jahre	21-25 Jahre	26-30 Jahre	31-35 Jahre	40 Jahre	45 Jahre	46-50 Jahre	55 Jahre	60 Jahre	65 Jahre	70 Jahre	75 Jahre	80 Jahre	85 Jahre	86 u.ä.	
211 - Altstadt	-33	13	-6	8	-42	-87	-107	-51	-16	-56	-50	-4	-19	17	6	-14	17	2	-422
212 - Weidenhausen	-5	0	-7	5	23	-61	-13	2	-24	-19	-11	-5	4	20	9	8	8	0	-66
213 - Campusviertel	1	-12	-11	2	-75	-108	6	-6	-31	-8	-33	-4	8	-3	-20	9	17	2	-266
214 - Südviertel	5	-8	-38	-18	-56	-145	-134	-6	-40	-153	-53	41	25	68	-11	24	16	-29	-512
221 - Grassenberg	-24	6	0	27	-68	-69	-47	-34	-44	-40	-7	-15	-11	7	-11	-13	36	20	-287
222 - Ockershausen	-31	-10	14	-18	-61	-98	-41	33	-23	-115	-31	30	25	33	-28	16	29	-3	-279
223 - Stadtwald	-12	-7	-26	3	-38	-25	-10	2	-24	-4	-21	37	3	17	-7	7	9	0	-96
231 - Nordviertel	12	12	-4	13	-107	-6	-18	19	3	-49	-23	10	-27	32	-11	-19	26	-11	-148
232 - Waldtal	9	-12	-17	-18	-76	3	-13	1	12	-25	-9	-18	8	15	1	-13	14	-4	-142
233 - Ortenberg	-26	-1	-13	-29	-31	-62	-58	-26	-41	-49	-14	12	-20	38	-12	-6	26	-6	-318
234 - Lahnberge	0	-1	-1	0	-1	0	0	-1	0	2	-1	0	3	0	0	0	0	0	0
241 - Südbahnhof	16	16	-6	-9	-44	2	-13	7	-22	-16	2	15	-8	0	-14	17	1	-9	-65
242 - Hansenhaus	7	19	-18	9	-195	-79	-53	34	-14	-98	-55	35	-19	68	-21	-26	25	-11	-392
243 - Oberer Richtsberg	-47	-49	-6	-63	-113	-117	-50	-28	1	-95	-96	-7	6	55	-33	-47	32	-16	-673
244 - Unterer Richtsberg	-5	3	-6	14	-48	-25	-3	6	-3	9	-28	-3	42	32	-1	-6	3	15	-4
311 - Wehrda	26	-11	-11	-98	-182	-98	9	-23	-43	-93	-46	-10	25	19	-35	-53	21	18	-585
321 - Marbach	-3	4	7	-10	-97	-41	-45	-44	-18	-41	-26	26	-28	2	-27	-36	47	6	-324
322 - Michelbach	38	-37	49	-18	-19	-29	15	-5	-21	-27	37	-8	60	21	-9	-8	14	17	70
323 - Wehrshausen	5	-6	14	7	-2	7	-12	2	-19	-21	-25	14	9	1	-1	-11	11	4	-23
324 - Dagobertshausen	2	6	-8	-7	0	-10	-21	-3	-2	-13	-2	-2	-15	6	3	-4	11	-4	-63
325 - Einhausen	-15	7	0	-12	-40	-14	-19	-10	-14	-32	11	-20	20	18	-20	10	19	1	-110
326 - Dilschhausen	-1	0	-3	3	-5	-7	-5	2	2	1	-8	7	0	5	2	-3	0	1	-9
331 - Cyriaxweimar	-7	-5	-3	0	-6	4	-12	-11	-19	0	-12	15	-1	-4	5	2	1	-2	-55
332 - Haddamshausen	13	-2	-1	-12	-10	-6	1	7	-12	-7	-13	5	9	1	-1	10	0	1	-17
333 - Hermershausen	10	1	-19	1	-3	-13	4	5	-2	-13	-4	12	-6	16	-2	-9	8	-4	-18
341 - Ginseldorf	-5	-6	3	-7	-33	-19	3	-4	-5	-35	-31	25	8	31	-5	-2	-4	6	-80
342 - Bauerbach	2	-20	2	-26	-42	-35	-17	1	-29	-41	-30	4	51	-5	-16	9	6	-3	-189
343 - Schröck	-29	4	-7	-14	-24	-14	-26	-43	-9	-5	-57	53	1	17	-8	-14	12	4	-159
344 - Moischt	8	-8	-15	-8	-37	-25	-11	2	-33	-22	3	-3	-3	27	-2	-15	8	-9	-143
351 - Cappel	-10	5	-13	-89	-131	-98	-58	-15	-89	-133	-122	86	3	23	-19	-43	75	27	-601
352 - Ronhausen	6	-6	3	-4	-2	-1	-1	-10	5	-13	0	3	-3	4	2	-4	10	-3	-14
353 - Bortshausen	-8	4	2	-11	3	-2	0	-9	-7	-16	19	-3	3	2	-2	-8	4	-1	-30
354 - Gisselberg	-13	0	-7	-11	-36	-7	7	-14	-21	-11	-5	30	2	14	-16	0	16	6	-66
MARBURG	-114	-101	-152	-390	-1.598	-1.285	-742	-220	-602	-1.238	-741	358	155	597	-304	-242	518	15	-6.086

Ortsteil	6-11-			16-			36-		41-		51-61-			66-71-		76-81-			Ver. ausl. Ew. gesamt
	0-5 Jahre	10 Jahre	15 Jahre	20 Jahre	21-25 Jahre	26-30 Jahre	31-35 Jahre	40 Jahre	45 Jahre	46-50 Jahre	55 Jahre	60 Jahre	65 Jahre	70 Jahre	75 Jahre	80 Jahre	85 Jahre	86 u.ä.	
211 - Altstadt	0	0	-1	-11	-4	34	19	13	4	-4	5	2	4	-4	0	1	1	0	58
212 - Weidenhausen	-3	-2	0	-3	-11	8	13	3	1	0	-6	4	5	0	0	1	1	0	11
213 - Campusviertel	6	4	-7	-11	10	41	29	4	1	-4	7	2	3	-3	6	-1	0	0	87
214 - Südviertel	5	5	2	0	12	33	21	-18	1	9	-8	4	5	-3	8	-3	2	-4	71
221 - Grassenberg	1	0	2	-32	19	21	13	10	-8	2	-1	1	-2	0	-4	6	1	1	30
222 - Ockershausen	4	8	1	-2	15	-2	13	6	4	13	3	-4	3	1	0	1	-1	0	63
223 - Stadtwald	11	9	1	15	14	4	4	7	4	4	2	-3	-1	1	1	0	0	77	
231 - Nordviertel	23	5	5	1	5	83	51	17	20	11	9	10	-3	3	5	1	0	2	248
232 - Waldtal	12	25	9	-28	-18	34	24	12	0	4	2	-1	3	3	1	1	-1	3	85
233 - Ortenberg	7	11	6	2	6	14	3	7	-4	12	-6	0	-5	5	1	1	-1	0	59
234 - Lahnberge	-2	0	0	0	1	-1	-2	-1	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	-3
241 - Südbahnhof	0	4	9	8	5	1	17	0	-4	10	2	0	-3	1	-1	3	0	0	52
242 - Hansenhaus	13	7	3	11	32	39	37	2	21	8	3	5	-2	9	-7	-6	4	2	181
243 - Oberer Richtsberg	122	68	71	32	29	60	66	18	17	50	5	15	9	-2	6	0	4	0	570
244 - Unterer Richtsberg	37	11	19	-19	11	34	22	25	8	10	2	23	11	-2	10	-3	-4	9	204
311 - Wehrda	21	12	11	-15	59	45	20	1	6	11	8	8	-2	1	-4	0	0	-2	180
321 - Marbach	0	-3	4	7	5	4	21	2	-2	9	4	1	0	2	4	-3	2	1	58
322 - Michelbach	5	9	4	1	6	3	12	4	-5	7	-2	4	0	4	1	0	0	0	53
323 - Wehrshausen	-1	-1	-1	0	1	0	-4	0	1	-1	-1	4	-2	-1	-1	-1	2	-3	-9
324 - Dagobertshausen	-1	2	1	16	6	1	2	-3	5	1	1	1	0	-3	2	2	0	0	33
325 - Einhausen	7	-1	2	4	-2	14	4	6	3	6	1	-1	2	-3	0	1	0	0	43
326 - Dilschhausen	0	0	1	0	-2	0	1	-2	-2	2	0	1	0	0	-1	1	0	0	-1
331 - Cyriaxweimar	-3	1	0	2	0	1	1	1	-3	4	0	-1	0	0	-1	1	0	0	3
332 - Haddamshausen	0	0	0	-1	-2	2	-1	-3	2	0	-1	0	0	1	0	1	0	0	-2
333 - Hermershausen	0	1	0	1	1	2	1	-2	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0	8
341 - Ginseldorf	0	0	-1	1	-6	0	-2	1	-1	-3	2	2	0	0	0	-1	1	0	-7
342 - Bauerbach	4	5	3	-6	6	-3	6	-1	4	-3	0	3	1	2	-1	1	0	0	21
343 - Schröck	2	-1	5	-11	6	2	-4	7	4	5	1	3	0	4	-1	2	-2	0	22
344 - Moischt	2	4	1	6	-2	-5	6	-4	-3	4	7	1	-3	4	0	-2	1	0	17
351 - Cappel	-30	-31	-31	-133	-103	-40	-37	-31	-8	-6	-6	-5	3	-5	9	-5	2	0	-457
352 - Ronhausen	0	0	0	0	-1	1	1	0	-1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
353 - Bortshausen	0	0	0	0	1	-1	0	-2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-2
354 - Gisselberg	2	3	1	3	5	6	-6	3	-2	1	5	-3	2	-1	0	1	0	0	20
MARBURG	244	155	120	-162	104	435	351	82	66	165	40	82	26	12	33	1	12	8	1.774

Diagramm 5: Anteile Herkunftsgebiete an allen Ausländer/Innen, Stadt Marburg und Deutschland, in % (Quelle: Ausländerzentralregister)

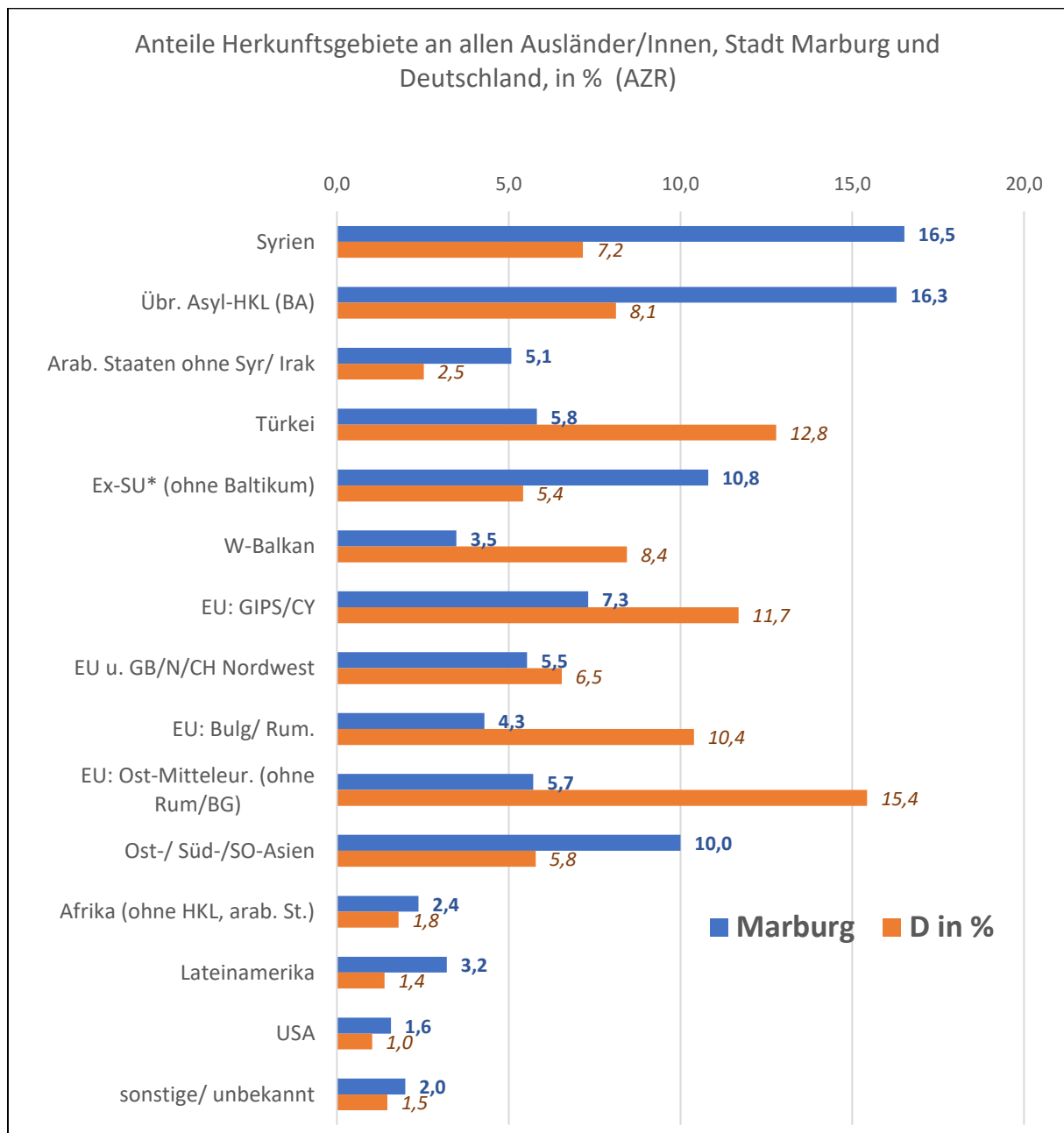


Tabelle 6: Gesamtübersicht SGB-II und SGB-XII in Marburg auf der Ortsteilebene

Gesamtübersicht Bezugsquoten von SGB-II Personen in Bedarfsgemeinschaften und Personen mit Grundsicherung nach SGB XII, nach Ortsteilen, Altersgruppen und Entwicklung 2015 bis 2020															
Ortsteile	Quoten Grundsicherung nach SGB XII: Grundsicherung im Alter (in % der jeweiligen Altersgruppe)				Quoten Personen in SGB-II Bedarfsgemeinschaften nach Altersgruppen und gesamt, in % der jeweiligen Altersgruppe								Zusammengefasste Quote SGB II- und SGB XII- Personen in % der Gesamtbevölkerung		
	SGB XII_Quote über 65 2017	SGB XII_Quote über 65 2020	Ver SGB-XII_Quote über 65 PP	SGB XII_Quote unter 65 2020	SGBII u65 2017	SGBII u65 2020	Ver Quote 2015-17 PP	Ver Quote 2017-20 PP	Quote 15- bis 65 2015	Quote 15 bis 65 2020	Ver Quote 15-65 J. 1. 2020	Ver Quote Kinder bis 15 151. 2015-20 in PP	Gesamtquote Ver 2020: SGB II u. SGB XII zu Bevölkerung PP	Gesamtquote 2015 bis 2020	
211 - Altstadt	6,6	7,8	1,2	1,2	4,0	4,0	0,02	0,39	3,7	4,2	0,50	8,3	-1,61	5,7	0,34
212 - Weidenhausen	8,0	12,9	4,9	2,5	5,0	4,3	-0,71	0,41	4,7	4,7	-0,08	5,1	-2,71	7,8	0,60
213 - Campusviertel	2,5	13,7	11,2	1,7	2,5	4,6	2,10	0,24	2,1	4,2	2,12	14,9	6,64	7,3	3,93
214 - Südviertel	3,6	7,3	3,7	1,1	3,6	4,7	1,12	0,72	3,5	5,1	1,61	8,0	3,88	6,6	2,07
221 - Grassenberg	0,4	4,0	3,6	1,5	1,9	3,3	2,4	1,42	1,9	2,4	0,51	2,3	0,48	3,9	1,75
222 - Ockershausen	2,2	4,6	2,4	2,0	4,2	4,0	4,8	-0,25	0,84	3,7	4,4	0,73	7,3	6,3	1,22
223 - Stadtwald	17,0	28,7	11,7	3,5	22,5	25,8	23,2	3,29	-2,54	18,4	19,6	1,13	41,9	26,9	1,59
231 - Nordviertel	3,4	8,1	4,7	1,1	4,6	5,0	4,8	0,48	-0,25	3,9	4,5	0,57	7,9	6,1	0,75
232 - Waldtal	56,0	46,2	-9,8	3,9	26,1	29,6	27,3	3,54	-2,30	23,7	23,7	0,04	44,9	32,7	1,61
233 - Ortenberg	5,0	4,0	-1,0	1,5	3,8	4,8	4,4	0,99	-0,39	3,8	4,2	0,33	7,8	5,7	0,09
241 - Südbahnhof	1,2	2,8	1,6	2,2	3,2	6,8	6,0	3,53	-0,77	3,0	5,5	2,50	9,2	7,3	3,06
242 - Hansenhäus	6,4	7,8	1,4	2,0	5,8	6,8	6,8	1,06	0,00	5,2	6,1	0,90	12,4	8,7	1,24
243 - Oberer Richtsberg	23,5	33,7	10,2	3,8	28,9	34,7	36,1	5,75	1,43	25,6	32,3	6,68	47,6	38,9	7,68
244 - Unterer Richtsberg	35,3	42,9	7,7	4,3	20,9	24,1	26,3	3,20	2,17	17,9	22,7	4,78	41,9	32,3	6,63
311 - Wehrda	5,9	6,8	0,9	2,2	6,8	9,5	9,5	2,68	0,01	6,0	8,4	2,43	15,2	10,7	2,52
321 - Marbach	0,7	1,2	0,5	0,7	3,5	4,3	3,7	0,87	-0,60	3,1	3,7	0,60	3,7	3,8	-0,22
322 - Michelbach	0,6	1,2	0,6	1,2	3,0	4,2	4,2	1,24	-0,00	2,6	3,9	1,35	5,3	4,8	1,48
323 - Wehrhausen	0,0	0,0	0,0	0,8	1,3	0,6	1,0	-0,77	0,45	1,6	1,3	-0,34	0,0	1,3	-0,08
324 - Dagobertshausen	0,0	0,0	0,0	1,6	1,4	6,1	5,2	4,77	-0,93	1,2	4,9	3,68	6,7	4,8	2,97
325 - Einhausen	2,4	1,8	-0,6	1,1	8,0	10,6	10,6	2,59	0,04	6,2	8,1	1,92	21,6	9,6	4,58
326 - Dilschhausen	4,2	3,3	-0,8	1,5	4,6	6,4	5,8	1,78	-0,54	5,3	6,7	1,36	0,0	6,6	0,37
331 - Cynraxweimar	0,8	1,7	0,8	0,2	4,0	5,6	6,5	1,56	0,88	3,2	5,0	1,82	12,8	5,6	0,66
332 - Haddamshausen	3,2	2,8	-0,4	0,3	2,8	3,6	4,3	0,81	0,70	2,7	4,6	1,88	3,0	4,2	0,74
333 - Hermshausen	0,0	0,0	0,0	0,9	3,2	2,4	2,7	-0,75	0,32	2,8	2,2	-0,61	5,1	3,1	0,32
341 - Ginseldorf	0,9	3,0	2,1	0,7	3,3	2,6	1,7	-0,72	-0,87	2,4	1,7	-0,73	1,9	2,5	-0,72
342 - Bauerbach	0,0	1,4	1,4	0,6	3,6	3,9	3,7	0,33	-0,17	3,4	3,4	-0,06	5,3	3,9	0,58
343 - Schrock	0,9	1,2	0,3	0,6	2,6	4,5	3,3	1,91	-1,27	2,2	2,7	0,59	5,4	3,4	0,78
344 - Moischt	1,6	3,6	2,0	0,6	2,6	4,5	6,5	1,86	2,05	2,4	5,1	2,71	12,9	6,3	3,16
351 - Cappel	2,3	3,3	1,1	1,8	6,0	7,5	7,7	1,52	0,17	5,3	7,1	1,78	10,5	8,1	1,46
352 - Ronhausen	0,0	0,0	0,0	0,0	2,3	0,0	3,9	-2,26	3,87	2,6	4,6	2,03	0,0	2,9	1,08
353 - Bortshausen	0,0	0,0	0,0	1,1	4,8	1,6	2,7	-3,14	1,11	5,0	2,6	-2,43	3,4	3,0	-1,53
354 - Gisselberg	2,8	3,2	0,4	0,4	3,6	7,2	6,3	3,62	-0,93	2,4	5,4	2,98	9,9	6,1	2,26
Marburg	6,1	10,1	4,0	2,2	7,4	9,2	9,4	1,78	0,21	6,4	8,1	1,72	17,1	10,8	2,10

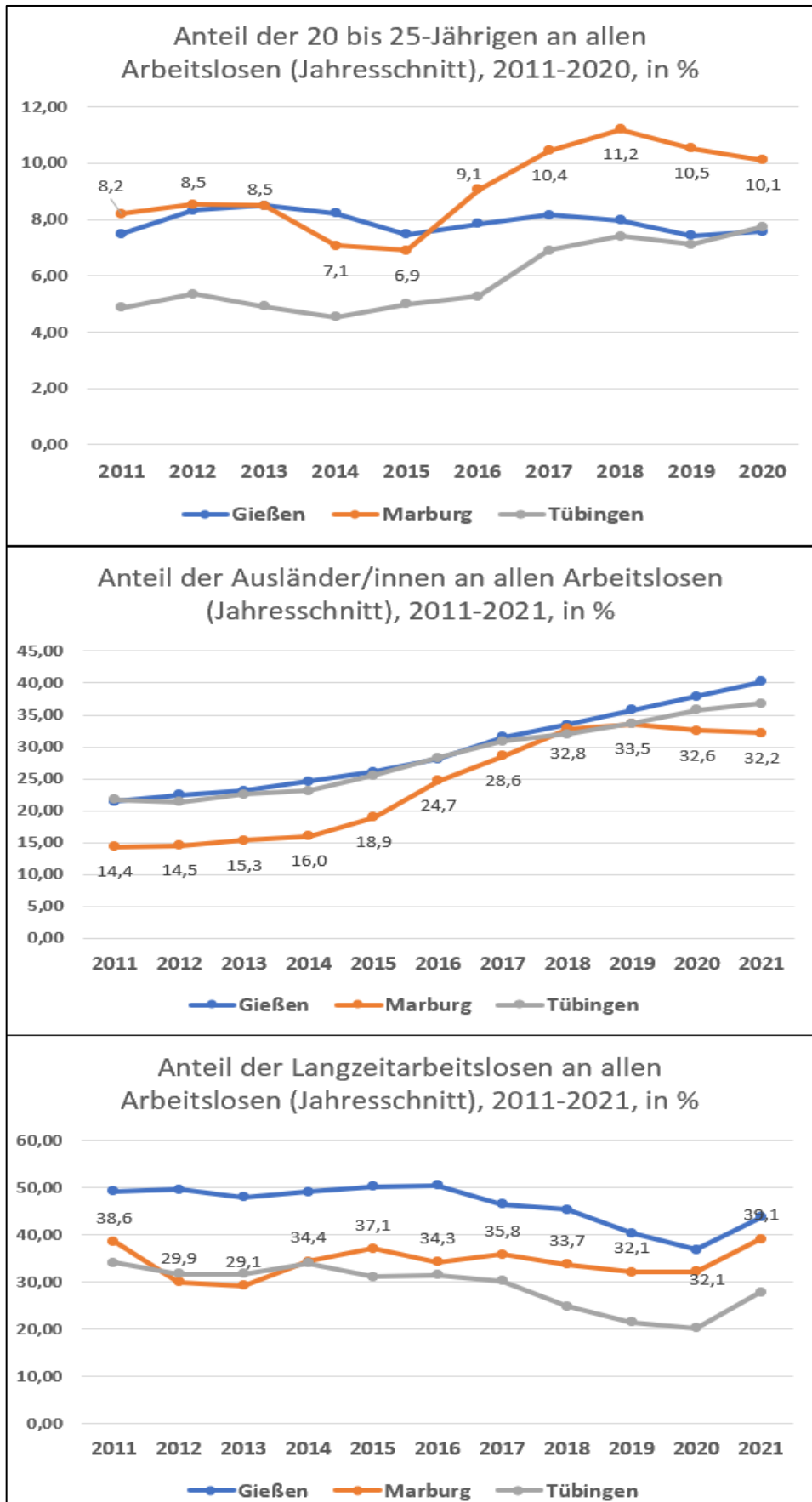
Tabelle 7: Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften - Anteile nach Verweildauer in % im Jahr 2020

Code	Name	6 bis 10					11 Jahre u. länger
		Unter 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	3 bis 5 Jahre	Jahre		
211	Altstadt	27,0	16,9	33,8	14,9	7,4	
212	Weidenhausen	20,8	15,1	24,5	20,8	18,9	
213	Campusviertel	30,1	15,1	30,1	13,7	11,0	
214	Südviertel	23,7	21,8	25,2	17,9	11,5	
221	Grassenberg	29,5	27,3	27,3	11,4	4,5	
222	Ockershausen	16,8	17,8	24,3	19,6	21,5	
223	Stadtwald	12,2	15,6	24,5	28,6	19,0	
231	Nordviertel	21,5	26,2	24,2	14,1	14,1	
232	Waldtal	10,9	11,5	24,2	26,1	27,3	
233	Ortenberg	26,5	13,2	32,4	16,2	11,8	
241	Südbahnhof	18,8	25,0	40,6	6,3	9,4	
242	Hansenhaus	17,2	21,4	22,9	18,8	19,8	
243	Oberer Richtsberg	8,9	12,3	30,5	24,2	24,2	
244	Unterer Richtsberg	9,4	15,4	28,3	25,2	21,7	
311	Wehrda	9,9	14,8	31,6	26,2	17,5	
321	Marbach	19,1	23,5	33,8	14,7	8,8	
322	Michelbach	16,1	29,0	25,8	9,7	19,4	
323	Wehrshausen	25,0	25,0	0,0	50,0	0,0	
324	Dagobertshausen	20,0	40,0	20,0	0,0	20,0	
325	Elnhausen	6,9	24,1	20,7	24,1	24,1	
326	Dilschhausen	0,0	25,0	25,0	37,5	12,5	
331	Cyriaxweimar	16,7	25,0	8,3	25,0	25,0	
332	Haddamshausen	16,7	16,7	41,7	16,7	8,3	
333	Hermershausen	0,0	0,0	75,0	25,0	0,0	
341	Ginseldorf	33,3	16,7	33,3	16,7	0,0	
342	Bauerbach	25,0	8,3	25,0	20,8	20,8	
343	Schröck	4,0	20,0	52,0	24,0	0,0	
344	Moischt	9,5	23,8	33,3	28,6	4,8	
351	Cappel	14,0	15,2	25,6	28,0	17,2	
352	Ronhausen	0,0	40,0	20,0	40,0	0,0	
353	Bortshausen	0,0	25,0	25,0	25,0	25,0	
354	Gisselberg	27,8	16,7	22,2	22,2	11,1	
	Marburg	15,1	16,8	28,1	22,0	18,0	

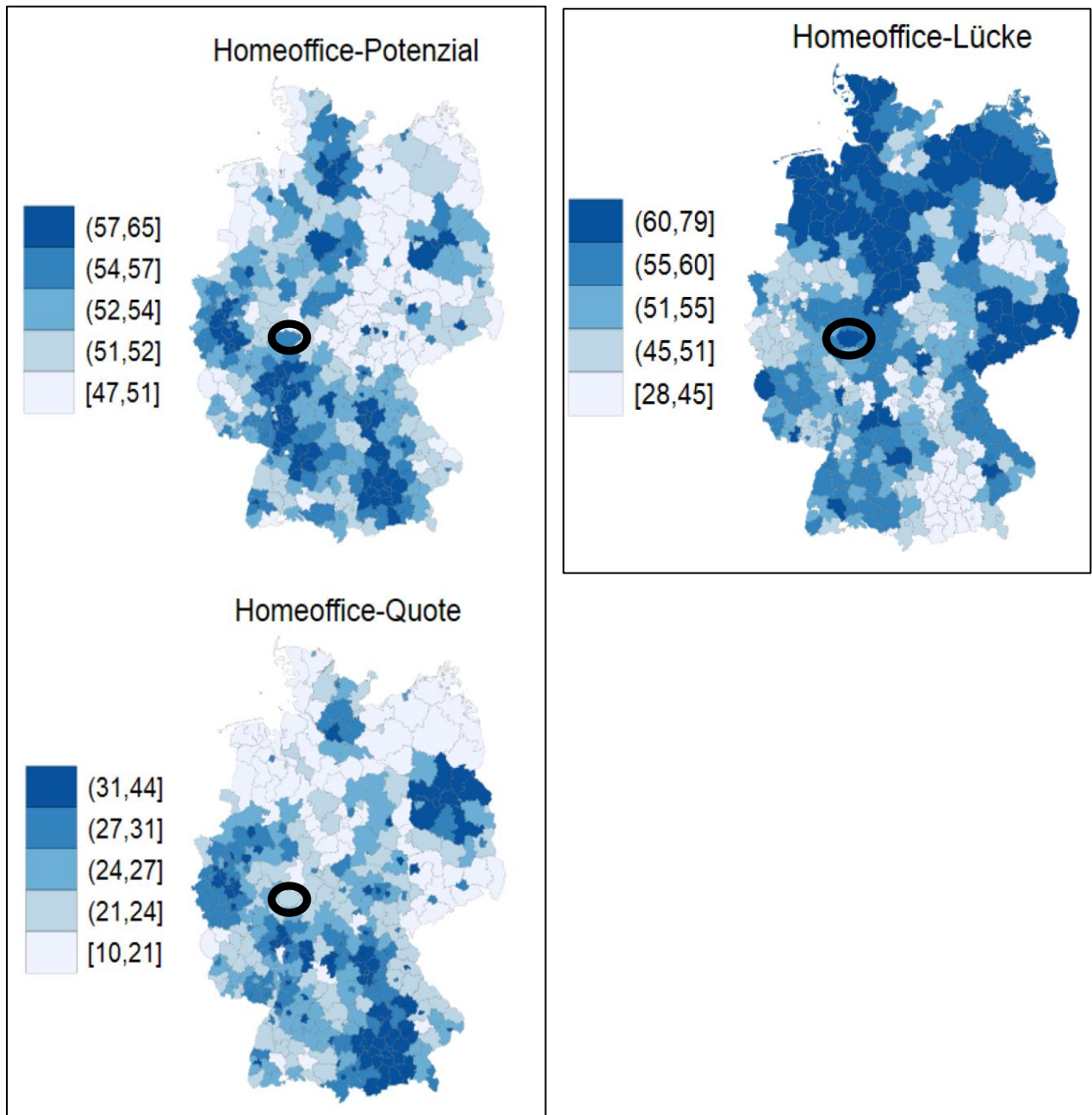
Tabelle 8: Studierende mit Wohnadresse im Ortsteil in % der Bevölkerung bzw. der Bevölkerung zwischen 16 und 35 Jahren

STT	STT Name	Anzahl Studierende SS 2021 (WO)	Anteil an allen Stud.	Anteil an ges. Bev.in %	Anteil an Bev. 16-35 J. %
211	Altstadt	1453	15,2	36,0	48,6
212	Weidenhausen	290	3,0	19,4	36,2
213	Campusviertel	951	10,0	40,6	63,3
214	Südviertel	1376	14,4	18,9	39,0
221	Grassenberg	505	5,3	18,2	41,6
222	Ockershausen	419	4,4	9,3	29,3
223	Stadtwald	204	2,1	13,6	29,1
231	Nordviertel	1214	12,7	25,5	42,5
232	Waldtal	232	2,4	17,2	37,0
233	Ortenberg	385	4,0	13,7	31,4
234	Lahnberge	1	0,0	6,7	25,0
241	Südbahnhof	131	1,4	11,6	27,5
242	Hansenhaus	636	6,7	12,4	29,9
243	Oberer Richtsberg	176	1,8	3,0	11,0
244	Unterer Richtsberg	229	2,4	9,5	25,8
Kernstadt		8202	85,9	17,3	37,3
311	Wehrda	525	5,5	9,1	26,8
321	Marbach	296	3,1	9,0	26,0
322	Michelbach	27	0,3	1,3	6,6
323	Wehrshausen	18	0,2	2,7	15,0
324	Dagobertshausen	10	0,1	2,8	11,6
325	Elnhausen	12	0,1	1,1	5,8
326	Dilschhausen	5	0,1	3,0	12,5
331	Cyriaxweimar	11	0,1	2,0	9,4
332	Haddamshausen	10	0,1	2,0	9,8
333	Hermershausen	3	0,0	0,8	2,9
341	Ginseldorf	18	0,2	2,5	11,5
342	Bauerbach	69	0,7	5,3	19,0
343	Schröck	22	0,2	1,3	6,1
344	Moischt	18	0,2	1,6	7,4
351	Cappel	258	2,7	3,8	14,9
352	Ronhausen	3	0,0	1,4	7,9
353	Bortshausen	3	0,0	1,3	6,3
354	Gisselberg	38	0,4	4,3	18,2
Außenstadt		1346	14,1	4,8	18,1
Marburg		9548	100,0	12,7	32,5

Diagramme 9: Entwicklung des Anteils ausgewählter Gruppen an allen Arbeitslosen, 2011-2020/21

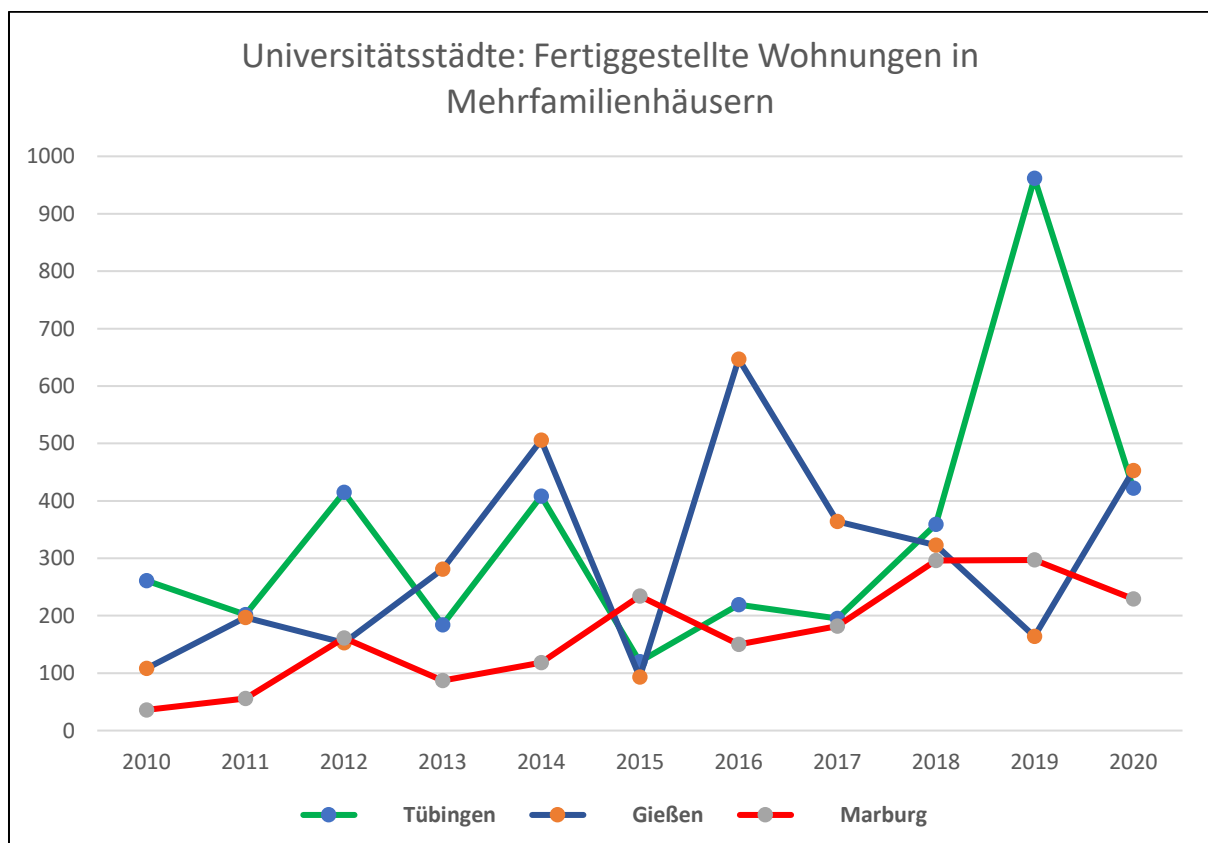
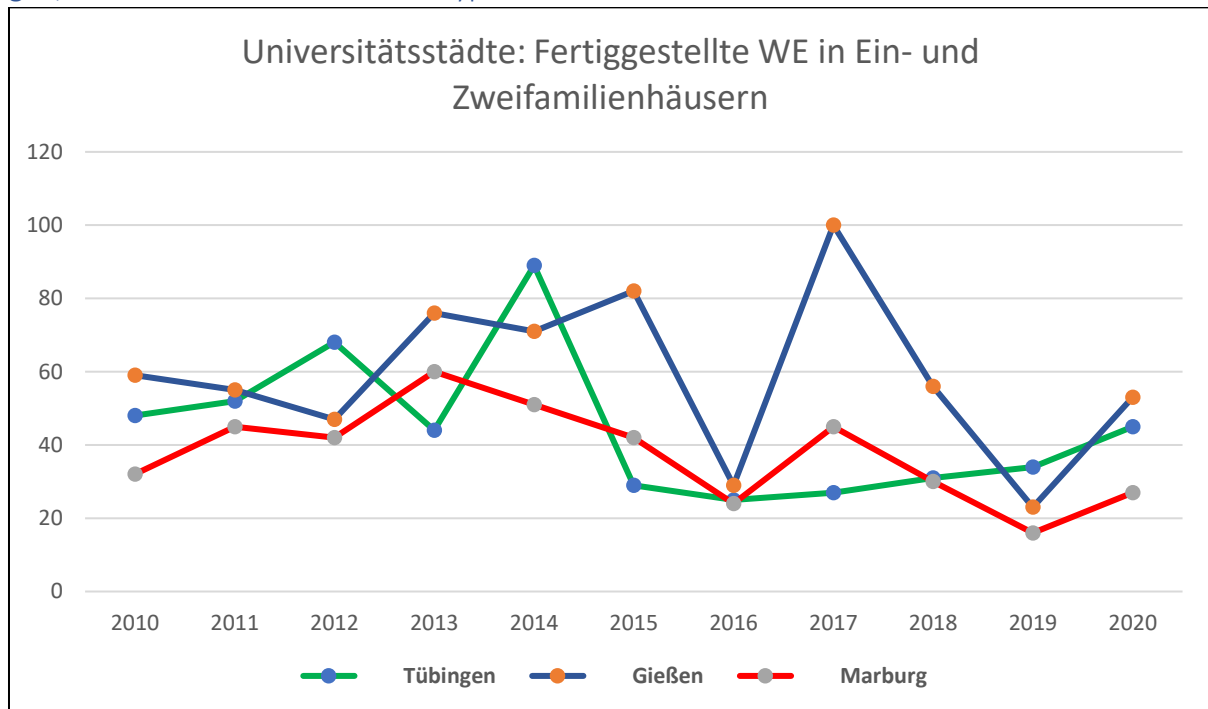


Karten 10: Homeoffice-Potenzial und Homeoffice-Lücke auf Kreisebene



Quelle: Ifo

Diagramme 11: Baufertigstellungen in den Universitätsstädten Marburg, Gießen und Tübingen, 2011 bis 2020 nach Gebäudetyp



Quellen: www.regionalstatistik.de

Kenntnisnahme	Vorlagen-Nr.:	VO/0720/2022
	Status:	öffentlich
	Datum:	23.05.2022
Dezernat:	III	
Fachdienst:	50 - Soziale Leistungen	
Sachbearbeitung:	Meier, Monique	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Kenntnisnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung	Kenntnisnahme	öffentlich
Ortsbeirat Richtsberg	Kenntnisnahme	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Kenntnisnahme	öffentlich

Zwischenbericht zur Arbeit der Ombudsstelle „Fair Wohnen“ – ein Angebot für Mieterinnen und Mieter in Marburg

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, den Zwischenbericht zur Arbeit der Ombudsstelle „Fair Wohnen“ (Mai 2021 - Mai 2022) zur Kenntnis zu nehmen.

Sachverhalt

Die Universitätsstadt Marburg hat im Mai 2021 die Ombudsstelle "Fair Wohnen" als neues Beratungsangebot für Mieterinnen und Mieter in Marburg eingerichtet. Ehrenamtliche Ombudspersonen sind bei diesem Angebot Ansprechpartner*innen für Marburgerinnen und Marburger, die in ihrem Mietverhältnis Beratungsbedarf haben und Unterstützung benötigen. Das Konzept für das Ombudsangebot wurde von der städtischen Sozialplanung erarbeitet und diese begleitet als hauptamtliche Geschäfts- und Koordinierungsstelle die Umsetzung und derzeitige Ausweitung des Angebots.

Der vorliegende Zwischenbericht umfasst Hintergrundinformationen zum Konzept der Ombudsstelle, gibt einen Überblick zur ehrenamtlich geleisteten Arbeit und einen Einblick in die Themenvielfalt der bisher erfolgten Beratungsarbeit.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Finanzielle Auswirkungen

-

Anlage/n

- 1 Zwischenbericht zur Arbeit der Ombudsstelle 'Fair Wohnen'

Zwischenbericht zur Arbeit der Ombudsstelle „Fair Wohnen“ – ein Angebot für Mieterinnen und Mieter in Marburg

Die Universitätsstadt Marburg hat im Mai 2021 die Ombudsstelle "Fair Wohnen" als neues Beratungsangebot für Mieterinnen und Mieter in Marburg eingerichtet. Ehrenamtliche Ombudspersonen sind bei diesem Angebot Ansprechpartner*innen für Marburgerinnen und Marburger, die in ihrem Mietverhältnis Beratungsbedarf haben und Unterstützung benötigen. Das Konzept für das Ombudsangebot wurde von der städtischen Sozialplanung erarbeitet und diese begleitet als hauptamtliche Geschäfts- und Koordinierungsstelle die Umsetzung und derzeitige Ausweitung des Angebots.

Der vorliegende Zwischenbericht umfasst Hintergrundinformationen zum Konzept der Ombudsstelle, gibt einen Überblick zur ehrenamtlich geleisteten Arbeit und einen Einblick in die Themenvielfalt der bisher erfolgten Beratungsarbeit.

Inhalt

1. Das Ombudsangebot „Fair Wohnen“	1
2. Ein Jahr Ombudsstelle von Mai 2021 bis Mai 2022	2
2.1 Die Arbeit der Ombudsstelle „Fair Wohnen“	2
2.2 Ombudsverfahren: Beratungen und Themen	4
2.3 Erfahrungsbericht von der Ombudsfrau Silvia Lerch-Denfeld	5
2.4 Erfahrungsbericht von der Ombudsfrau Bettina Böttcher-Dutton	6
2.5 Gemeinsame Arbeitstreffen der Haupt- und Ehrenamtlichen	8
3. Ausweitung des Angebots: Sprechzeit am Richtsberg	8
4. Weitere Informationen	9

1. Das Ombudsangebot „Fair Wohnen“

Die Marburger Ombudsstelle bietet Beratung und Unterstützung an, um die Lage von ratsuchenden Menschen bezüglich ihrer Wohnsituation zu verbessern. Das Angebot richtet sich sowohl an Mieter*innen von Wohnungen der Wohnungsbaugesellschaften als auch an Mieter*innen von Wohnungen privater Vermieter*innen. Die in Marburg bereits vorhandenen Strukturen sollen durch das Ombudsangebot bedarfsgerecht ergänzt werden. Im Vorfeld des Angebotsstarts fand ein fachlicher Austausch mit den regionalen Netzwerkpartner*innen statt. Die Idee des neuen Angebots wurde vorgestellt und von den Beteiligten befürwortet.

Das Ziel eines Ombudsverfahrens ist die Verbesserung der Lage der ratsuchenden Menschen und die Beendigung von Streitigkeiten. Die Ombudsperson wirkt dabei vermittelnd, damit eine Verbesserung der Situation für die Betroffenen erreicht werden kann. Dazu steht eine Ombudsperson mit allen relevanten Akteur*innen im stetigen Austausch. Ein Ombudsverfahren ist gekennzeichnet durch Vertrauen, Fairness und Transparenz für alle Beteiligten. Insbesondere für Personengruppen, deren Belange ansonsten wenig Beachtung finden, ist eine solche Anlaufstelle sehr wichtig.

Die Ombudspersonen arbeiten ehrenamtlich. Dieses Amt steht für eine unparteiische Vorgehensweise, wobei die Interessen der ratsuchenden Personen berücksichtigt werden. Die Ehrenamtlichen sind in den Prozessen als Vermittler tätig, um Unstimmigkeiten zwischen Ratsuchenden und Vermieter*innen zu klären. Dabei nehmen sie die Sichtweise der Mieter*innen sehr ernst, ergreifen jedoch für keine Seite Partei. Statt eine Position gegen den*die Vermieter*in einzunehmen, ist die jeweilige Situation sachlich unvoreingenommen und moderierend zu klären. Das Ergebnis soll für alle Beteiligten zufriedenstellend sein.

Ein Kontakt auf Augenhöhe ist das Fundament des Ombudsangebots. Die Ombudspersonen unterliegen der Schweigepflicht und die ihnen mitgeteilten Informationen werden vertraulich behandelt.

Die Aufgaben von Ombudspersonen sind klar definiert und mit dem Team besprochen. Die Ehrenamtlichen unterstützen bei der Klärung von Konfliktfällen in bestehenden Mietverhältnissen. Ein bürokratischer Aufwand soll hierbei vermieden werden. Dies geschieht durch:

- eine unabhängige, objektive Betrachtung des einzelnen Falls,
- Abwägung der von beiden Seiten vorgebrachten Argumente,
- Vergleich von Schaden, Aufwand und Kostenfaktoren,
- Erreichen einer zufriedenstellenden Lösung,
- oder Aussprechen einer empfohlenen Lösung für den entsprechenden Fall.

Eine Rechtsberatung findet im Rahmen des Ombudsangebotes nicht statt. Die Stelle gibt Auskunft über die Rechtslage in Schlichtungsfällen und bei Bedarf wird ein Kontakt zu einem geeigneten Rechtsbeistand vermittelt.

2. Ein Jahr Ombudsstelle von Mai 2021 bis Mai 2022

2.1 Die Arbeit der Ombudsstelle „Fair Wohnen“

Das Ombudsangebot „Fair Wohnen“ wurde 2021 als ergänzendes Angebot zu bereits bestehenden Strukturen eingerichtet. Somit war es notwendig, bereits in der Phase der Vorbereitung die Kooperationspartner*innen einzubinden.

Vor dem Start des Angebots wurden auf Einladung von Dr. Thomas Spies Netzwerkpartner*innen zu einem fachlichen Austausch eingeladen, um die konzeptionellen Ideen vorzustellen.

Der Mieterverein Marburg und Umgebung e.V., die GeWoBau Marburg-Lahn (Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH), die GWH (Wohnungsgesellschaft mbH Hessen), die Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte / Wohnstadt, die Verbraucherberatung e.V. / Verbraucherzentrale Hessen e.V. und der Marburger Anwaltverein e.V. sind u.a. über das Vorhaben der Universitätsstadt Marburg informiert worden. Für einen regelmäßigen fachlichen Austausch werden seit Beginn an Kooperationspartner*innen zu den Austauschtreffen der Ombudsstelle eingeladen, um eine gute Vernetzung zu erreichen.

Die Ombudsstelle ist ein Angebot für Mieter*innen der Wohnungsbaugesellschaften und auch für Mieter*innen von Wohnungen privater Vermieter*innen gedacht. Das Angebot kann nur von Bürger*innen genutzt werden, die im Stadtgebiet Marburg wohnen. Das Ombudsangebot ist ein Bindeglied zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen. Bei den Wohnungsbaugesellschaften gibt es feste Ansprechpersonen. Zu den privaten Vermieter*innen wird durch die Ombudspersonen individuell Kontakt aufgenommen.

Die Ombudspersonen wurden in der Kooperation mit der Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf e.V. und auch durch persönliche Ansprache für die ehrenamtliche Tätigkeit gewonnen.

Ehrenamtsverträge bilden die Grundlage der Arbeit und geben einen Rahmen für die Umsetzung der Aufgaben in der Ombudsstelle.

Derzeit sind vier feste Ansprechpersonen in der Ombudsstelle tätig. Darüber hinaus gibt es eine Ombudsfrau, die im Mai 2022 begonnen hat und derzeit hospitiert sowie von Beginn an einen Ombudsmann für Vertretungssituationen:

- Bettina Böttcher-Dutton
- Helmut Fiedler
- Silvia Lerch-Denfeld
- Janina Werth
- Natalia Pauli (tätig seit Mai 2022)
- Arndt Jacob (Vertretung in Urlaubszeiten, bei Krankheit etc.)

Im Laufe des Jahres gab es mehrere Interessierte, die teilweise hospitiert und auch kurzzeitig mitgearbeitet haben. Für Vertretungssituationen sind weitere Interessierte immer herzlich im Team willkommen.

Hauptaufgaben der Ombudspersonen sind:

- Gespräche führen, sich die Sorgen und Nöte anhören (niederschwellig)
- Unterstützung bei der Kontaktaufnahme zum/zur Vermieter*in, u.a. Hilfe bei der Formulierung von Anschreiben und der Darlegung des Sachverhalts
- beraten, was getan werden kann (Empfehlungen geben), nächste Schritte besprechen, Hilfestellung geben
- als Lotse zu anderen Stellen vermitteln, bspw. zur rechtlichen Beratung

Für die Ratsuchenden werden seit Mitte Mai 2021 Sprechzeiten angeboten und das Angebot wurde umfangreich beworben. Über eine Homepage und Flyer in sechs Sprachen stehen die Informationen zur Verfügung: www.marburg.de/fair-wohnen

Die Ombudsstelle hat bisher ein Büro im Dienstgebäude beim städtischen Fachbereich Soziales und Wohnen in der Friedrichstraße 36. Die Sprechzeiten, die aufgrund der Corona-Pandemie telefonisch angeboten werden, sind jeweils am Montag, Mittwoch und Donnerstag, von 17 bis 18 Uhr. Unter Einhaltung der Corona-Regelungen fanden und finden zudem persönliche Beratungstermine sowie Hausbesuche statt (Zur Ausweitung des Angebots siehe Abschnitt 3 → Sprechzeit am Richtsberg).

2.2 Ombudsverfahren: Beratungen und Themen

Alle Ombudspersonen führen eine gemeinsame Statistik, in der alle Ratsuchenden vermerkt und die Kontakte dokumentiert sind. Dieser Überblick umfasst allgemeine Angaben zu den Klient*innen und es werden zudem die Beratungsverläufe dokumentiert. Neben den Vermerken zum aktuellen Sachstand werden auch die Ergebnisse verschriftlicht. So sind die Einzelverfahren für alle Ombudspersonen auch in Vertretungssituationen und für die Sozialplanung nachvollziehbar.

Zum heutigen Stand (19. Mai 2022) haben bisher **54 Menschen** Kontakt zur Ombudsstelle „Fair Wohnen“ aufgenommen, die durchschnittlich zwei bis drei Kontakte mit den Ombudspersonen hatten. Als aktuelles Zwischenfazit konnte der überwiegende Anteil der Anfragen zur Zufriedenheit aller Beteiligten geklärt werden. Grenzen gab es in der Vergangenheit oftmals bei rechtlichen Fragestellungen und bei Wohnungssuchen, wo die Ombudsstelle lediglich verweisen und an die zuständigen Stellen lotsen konnte.

Die Gründe der Kontaktaufnahmen und die Unterstützungsbedarfe sind sehr vielfältig:

- vermeintlich unzumutbare Wohnsituationen (Hausbesuche und Beratung)
- allergieauslösende Ausstattung muss erneuert werden, gesundheitliche Probleme (Klärung ist erfolgt, Teppich wurde von Vermieterin ausgetauscht)
- Kampfhunde in der Nachbarschaft (Angst vor Hund und dem Nachbarn, Klärung über Vermieter)
- Ruhestörungen in der Nachbarschaft (Mediation mit Vermieter und Nachbarn)
- gesundheitliche Beeinträchtigungen, die einen Umzug innerhalb eines Wohnungsunternehmens notwendig machen
- Unterstützung beim Kontakt zum Hauswart wegen Sperrmüllproblematik
- kein funktionsfähiges Waschbecken (Klärung mit dem Hausmeister)
- zwischenmenschliche Probleme mit Vermieter, Mieter fühlt sich ungerecht behandelt
- Probleme mit Mitmieterin in einer Wohngemeinschaft
- defekter Zustand der Fenster
- Informationen zu Wohnungsvermittlung und Lotsen an Fachdienst Wohnungswesen
- Unterstützung bei sprachlichen Hürden zur Klärung von Sachverhalten mit Vermieter (Dolmetscherservice des Landkreises involviert)
- Mäusebefall im Haus (Hausbesuch, Gespräch mit Vermieterin)
- Silberfische im Bad, Mieter schwerbehindert, Unterstützung bei Klärung notwendig
- Mängel in der Wohnung (Kooperation mit dem Mieterverein)
- feuchter Keller (Kommunikation mit Wohnungsbaugesellschaft)
- Wasserschaden hinter der Spüle (Klärung erfolgt und Unterstützung bei Kontakt zu Handwerkern)
- Rollläden sind veraltet und es hat sich Schimmel gebildet (Dachsanierung, Rücksprache mit Vermieter und Firmen)

- aufgrund eines Unfalls ist die Badewanne nicht mehr nutzbar, eine Dusche soll eingebaut werden (Gutachten, Attest zu gesundheitlicher Verschlechterung)
- Trennung und Auszug von Partnerin, Abschluss eines neuen Mietvertrags für dieselbe Wohnung
- Mobbingvorwürfe von Wohngemeinschaft (Mediation mit der Vermieterin)
- Kontakt wegen vermeintlicher Probleme mit Hausmeister und Vermieter, im Ombudsverfahren stellt sich Einsamkeit der Mieterin als eigentlicher Grund heraus (Kontakt zu „In Würde teilhaben“, Bedarf eine*n Gesprächspartner*in zu haben)

Um einen Einblick in die sehr vielfältige Arbeit zu geben, folgen zwei persönliche Erfahrungsberichte von Ehrenamtlichen.

2.3 Erfahrungsbericht von der Ombudsfrau Silvia Lerch-Denfeld

In meiner bisherigen Mitarbeit in der Ombudsstelle „Fair Wohnen“ wurde für mich zunehmend deutlich, dass es viele Menschen in völlig unterschiedlichen Lebenslagen gibt, die in Wohnungs- und Mietfragen Unterstützung benötigen, um ihre Wohnsituation zu verbessern bzw. ihre Interessen für ein angenehmes und konfliktfreies Wohnen durchsetzen zu können.

Zum einen können Störungen oder Unstimmigkeiten zwischen der Mieter- und der Vermieterseite entstehen, die auf einer kommunikativen Ebene erörtert und für die mithilfe der Ombudsstelle gemeinsam mit und zwischen beiden Parteien eine Lösung auf der „vorrechtlichen Ebene“ gefunden werden soll. Hier geht es um den Austausch von (gegensätzlichen) Argumenten, um die Abwägung weiterer Schritte der einen oder anderen Seite im Hinblick auf die Konsequenzen für eine Lösungsfindung usw.

Zum anderen gibt es auch Konflikte zwischen Mietparteien, die mit den Betroffenen gemeinsam erörtert werden. Hier hat sich gezeigt, dass Erfahrungen in der Gesprächsführung und in Mediationsverfahren hilfreich sind, um einen Konflikt zu deeskalieren, sodass Lösungsansätze gefunden werden können.

Aber auch Hilfestellung bei ganz praktischen Schritten ist gefragt, wenn beispielsweise Briefe verfasst werden müssen, bei denen Formulierungshilfen oder die Unterstützung bei technischem Know-how aufgrund fehlender Ausstattung oder mangelnder Erfahrung erforderlich sind. Die Vernetzung der Ombudsstelle mit anderen Institutionen ermöglicht es, bei Sprachproblemen von Klienten, z.B. wegen eines Migrationshintergrundes, schnell und unkompliziert einen Dolmetscher hinzuziehen.

Ein großes Problem stellen die Mietkosten und die künftig steigenden Nebenkosten dar, mit denen die Ombudsstelle konfrontiert wird. Dieses Problem ist für die Ombudsstelle nicht lösbar. Die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum ist wichtig, damit jeder in einer angemessenen und menschenwürdigen Wohnung leben kann. Angesichts der Wohnungsknappheit sollten Sozialwohnungen so bepreist werden (Kaltmiete) und/oder sollten Härtefallregelungen so flexibel gehandhabt werden können, dass z.B. Transferbezieher*innen (Grundeinkommen) auf Wohnungen mit einer Sozialbindung ohne besondere Einschränkungen ein Anrecht haben.

Angesichts der Vielzahl der Probleme, mit denen die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen der Ombudsstelle konfrontiert sind, ist sowohl die gegenseitige Beratung im Team sehr hilfreich und stützend als auch der Austausch in der monatlichen stattfindenden Koordinationssitzung. Darüber hinaus ist neben der eigenen Lebenserfahrung der Erwerb von Informationen und die Aneignung von Wissen und rechtlichen Hintergrundinformationen aus dem Umfeld „Wohnen“ für eine kompetente Beratung unabdingbar.

2.4 Erfahrungsbericht von der Ombudsfrau Bettina Böttcher-Dutton

Das beginnt damit, dass wir uns als Teil einer Gesellschaft sehen, in der die Starken selbstverständlich für die Schwächeren eintreten.

Mit dem Antritt meiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Ombudsperson in der Ombudsstelle "Fair Wohnen" erlebe ich den großen Zuspruch der Bürger*innen aus den unterschiedlichsten Lebensverhältnissen.

Im besonderem Maße besteht eine schwierige Situation für Einkommensschwache- oder Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Wohnungsmarkt.

Umso wichtiger ist die Anlaufstelle, um auch benachteiligten Menschen zu ermöglichen eine Stimme zu haben und berechtigte Interessen geltend zu machen, insofern es möglich ist.

In der Funktion als Mittler*innen wird in den unterschiedlichsten Sachverhalten Hilfeleistung geleistet. Als Form von Begleitung bei Konflikten mit den Vermieter*innen oder den zuständigen Behörden, das heißt eine Verbindung zu schaffen zu den jeweiligen Ansprechpartnern/Institutionen, um dann einen gemeinsamen Lösungsweg zu finden.

Die Fragen zum Mietrecht und anderen Gesetzgebungen sind sehr komplex und in unserer Funktion als Ombudsperson dürfen wir keine Rechtsberatung ausüben, aber informieren und unterstützen.

In der Praxis ist das nicht immer einfach. Hinter jedem Fall verbirgt sich eine Lebensgeschichte, ein Mensch! Um einen zufriedenstellendes Ergebnis für die betroffenen Personen zu erlangen, ist der Weg dorthin nicht immer leicht. Man benötigt einen langen Atem oder die sogenannte Hartnäckigkeit, den betroffenen Mieter*innen zu helfen und das zahlt sich am Ende aus. Es gibt kein schöneres Geschenk, wenn man hilfesuchenden Mieter*innen in den unterschiedlichsten Lebenslagen damit wieder ein Stück Respekt zurückgeben kann, den sie oft vermissen.

Denn eine Gesellschaft die füreinander einsteht, misst sich auch am Umgang mit dem Bürger*innen, die auf andere angewiesen sind.

Das versuchen wir in unserer Funktion in der alltäglichen Arbeit als ehrenamtliche Ombudspersonen zu meistern, was allerdings aufgrund von Gesetzgebungen, der Uneinsichtigkeit von Menschen und in der eigenen Erwartung in seiner Tätigkeit, selbst an gewisse Grenzen stößt. Darum ist gerade angesichts der Vielzahl der Probleme, die interne Beratung im Team oder der Austausch und die Unterstützung in den Arbeitstreffen sehr wichtig.

In diesem Zusammenhang möchte ich in meiner Tätigkeit von einem positiven Beispiel berichten, was mich persönlich auch sehr beeindruckt hat.

Das Diakonische Werk hat eine Mieterin mit Migrationshintergrund an die Ombudsstelle vermittelt und um Unterstützung gebeten. Die angemietete Wohnung war von der Vermieterin komplett mit Teppichboden ausgelegt. Aus gesundheitlichen Gründen innerhalb der Familie musste der Teppichboden entfernt werden. Dazu ergaben sich viele Fragen: Gestattet das die Vermieterin? Wer kommt für die Kosten auf usw.?

Ich habe mich diesem Fall angenommen. Im ersten Schritt hatte mir die Mieterin den Sachverhalt geschildert und trotz sprachlicher Probleme konnte ich auf die Problematik, auch ohne Dolmetscher*in eingehen. Sie war über ihr Anliegen und die bisher ungelösten Fragen, die sich daraus ergaben, sehr aufgewühlt, da sie sehr besorgt war um die Gesundheit ihrer Kinder.

Mit ihrem Einverständnis nahm ich telefonischen Kontakt mit der Vermieterin auf. Darauf folgte ein Treffen mit ihr und das Gespräch verlief sehr konstruktiv. Die Vermieterin hatte nichts gegen die Entfernung des Teppichbodens einzuwenden, wollte sich allerdings erstmal Kostenvoranschläge einholen und die finanzielle Vorleistung tätigen. Ich selbst war sehr positiv im gemeinsamen Gespräch über das Entgegenkommen der Vermieterin überrascht.

In dieser Zeit war allerdings die Mieterin schon sehr aktiv. Sie hatte einen Anteil der Finanzierung von andere Stelle erhalten, in Eigenleistung den Teppichboden mit ihrem Ehemann entfernt und einen anderen Bodenbelag in der Wohnung verlegt.

Die Vermieterin hatte ihrerseits den restlichen finanziellen Anteil getätigt. Gemeinsam hatten wir ein Abschlusstreffen in der Wohnung der Mieterin.

Stolz hat sie den neu verlegten Fußboden gezeigt. Die Finanzierung war endgültig gelöst und die gesundheitlichen Auswirkungen für die Kinder in der Familie waren minimiert.

Sehr berührt hat mich die Gastfreundlichkeit und die tiefe Dankbarkeit der Familie, obwohl die Familie selbst so viel Eigeninitiative in der schwierigen Situation geleistet hat.

Des Weiteren war ich beeindruckt von dem sozialen Engagement der Vermieterin. Sie hat zugehört und ohne viele Worte gehandelt, was auch in dieser Zeit nicht immer selbstverständlich ist.

In meiner ersten äthiopischen Kaffeezeremonie habe ich bei diesem Treffen nochmals erfahren und voneinander gelernt, dass dies nicht nur dem guten Geschmack des Kaffees dient, sondern auch dem guten Zusammenleben und ein Stück Respekt zurück zu geben.

Für dieses Erlebnis bin ich persönlich sehr dankbar.

Damit bestätigt sich die dringende Notwendigkeit der Ombudsstelle und etabliert sich somit als ein wichtiger Bestandteil für die Bürger*innen in der Stadt Marburg.

2.5 Gemeinsame Arbeitstreffen der Haupt- und Ehrenamtlichen

Einmal monatlich treffen sich alle Mitwirkenden der Ombudsstelle zum gemeinsamen Arbeitstreffen, bei dem ein Austausch zu aktuellen Anfragen und zu einzelnen Fällen erfolgt. Die Organisation und Moderation dieser Teamtreffen übernimmt die Sozialplanung als Hauptamtliche.

In diesem Rahmen findet eine kollegiale Beratung statt und es werden zudem auch organisatorische Themen besprochen. An diesen Austauschrunden nehmen zudem, wie eingangs beschrieben, auch Netzwerkpartner*innen als Gäste teil. Beispielsweise waren schon Vertreter*innen des Mietervereins, der GeWoBau, des KreisJobCenters Marburg-Biedenkopf und von dem Angebot „In Würde teilhaben“ zu Gast. Neben der Vorstellung der jeweiligen Aufgabenbereiche werden im Sinne der Netzwerkarbeit auch bestehende Kooperationen vertieft.

Bei der nächsten Sitzung sind beispielsweise die Kolleginnen des städtischen Fachdienstes Wohnungswesen eingeladen. Da die Ombudsstelle nicht direkt bei der Wohnungssuche unterstützt, sondern an die zuständigen Stellen weiterleitet, ist eine enge Zusammenarbeit und Abgrenzung an dieser Schnittstelle sehr wichtig.

Die gemeinsamen Arbeitstreffen und der regelmäßige Austausch miteinander bilden einen Rahmen für das Angebot. Die gute Kommunikation untereinander ist die Basis für eine gut funktionierende Ombudsstelle.

3. Ausweitung des Angebots: Sprechzeit am Richtsberg

Die Ombudsstelle „Fair Wohnen“ ist bisher zentral in der Friedrichstraße 36 beim Fachbereich Soziales und Wohnen verortet. Es steht ein Büro im Gebäude zur Verfügung (Raum -1.26), das bisher von allen Ehrenamtlichen im Wechsel genutzt wurde. Des Weiteren können für die Gespräche mit den Ratsuchenden ein kleiner und ein großer Besprechungsraum gebucht werden. Zudem finden bei Bedarf auch Hausbesuche statt.

Aufgrund der Nachfrage und Inanspruchnahme des Beratungsangebots wird dieses nun 2022 ausgeweitet. Die Arbeit des letzten Jahres hat gezeigt, dass ein dezentrales Angebot der Ombudsstelle sinnvoll ist. Da es viele Anfragen von Menschen gibt, die am Richtsberg wohnen, wird es zukünftig auch eine wöchentliche Sprechstunde am Richtsberg geben.

Am 18. Mai startete das Angebot der Ombudsstelle „Fair Wohnen“ mit einer wöchentlichen Sprechstunde im Beratungs- und Begegnungszentrum in der Sudetenstraße 24 (BBGZ). Jeweils mittwochs von 17 bis 19 Uhr wird hier telefonische Beratung und nach Terminabsprache auch eine persönliche Unterstützung in den Räumlichkeiten des neuen Beratungszentrums angeboten.

Das Team der Ombudsstelle wird sich vor den Sommerferien im Ortsbeirat Richtsberg vorstellen, um über das Angebot vor Ort zu informieren.

4. Weitere Informationen

Die Ombudsstelle „Fair Wohnen“ hat eine Homepage, auf der alle Informationen und auch der Flyer in 6 Sprachen veröffentlicht sind: <https://www.marburg.de/fair-wohnen>.

Die Stelle ist per E-Mail: fair-wohnen@marburg-stadt.de und telefonisch erreichbar: 0157/83927153

Die bisherige Öffentlichkeitsarbeit kann über die im Folgenden aufgeführten Links nachvollzogen werden. Für Rückfragen ist die Sozialplanerin Monique Meier die Ansprechpartnerin. Vorschläge und Impulse für die Weiterarbeit können Sie gern an Frau Meier senden: monique.meier@marburg-stadt.de

- [Pressemitteilung Mai 2021](https://www.marburg.de/portal/meldungen/stadt-richtet-ombudsstelle-fair-wohnen-ein-900007694-23001.html?rubrik=900000004)
<https://www.marburg.de/portal/meldungen/stadt-richtet-ombudsstelle-fair-wohnen-ein-900007694-23001.html?rubrik=900000004>
- [Podcast „Hör mal Marburg“ - Folge 22](https://hoermalmarburg.de/)
<https://hoermalmarburg.de/>
- [Pressemitteilung Januar 2022](https://www.marburg.de/portal/meldungen/ombudsstelle-fair-wohnen-hat-gros-sen-zuspruch-900008572-23001.html?rubrik=900000004)
<https://www.marburg.de/portal/meldungen/ombudsstelle-fair-wohnen-hat-gros-sen-zuspruch-900008572-23001.html?rubrik=900000004>

